KANTON AARGAU

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail
Bundesamt für Justiz

zz@bj.admin.ch

17. September 2025

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats die Kantonsregierungen eingeladen, sich zu den vorgeschlagenen Varianten betreffend Förderung der alternativen Obhut bei gemeinsamer Sorge in Umsetzung der (21.449) Pa. Iv. Kamerzin zu äussern. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat bevorzugt die Variante 1, wonach das Gericht respektive die Kindesschutzbehörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüft, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und sie anordnet, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Dabei steht die Weigerung eines Elternteils dieser Prüfung und Anordnung nicht entgegen. Es dient der Klarheit und der möglichst einheitlichen Rechtsanwendung, wenn die bisherige bundesgerichtliche Rechtsprechung kodifiziert wird.

Die Variante 2 erachtet der Regierungsrat als zu weit gehend. Wenn keines der Elternteile und auch nicht das Kind einen Antrag auf alternierende Obhut stellt, soll diese nicht dennoch angeordnet werden können. Die alternierende Obhut eines Kindes bedingt gegenseitige Kommunikation und Absprache durch die Eltern. Diese ist per se anspruchsvoll und stellt angesichts des Umstands, dass sich die Eltern in einem Eheschutzverfahren befinden oder geschieden sind, eine zusätzliche Herausforderung dar. Gleichzeitig berührt der Entscheid über die alternierende Obhut einen aus Sicht des Kindes sensiblen Bereich. Der Wille dazu soll von wenigstens einer beteiligten Person aktiv geäussert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dieter Egli
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Appenzell, 2. Oktober 2025

21.449 Parlamentarische Initiative lv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur 21.449 parlamentarischen Initiative lv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern, zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft.

Die Ergänzungen im Zusammenhang mit der Weigerung eines Elternteils zur alternierenden Obhut (Variante 1) bringen keinen erkennbaren Mehrwert. Bereits heute wird in der Praxis eine alternierende Obhut angeordnet, auch wenn ein Elternteil nicht einverstanden ist, sofern dadurch keine Gefährdung des Kindeswohls entsteht. Eine Anpassung gemäss Variante 1 erachtet die Standeskommission daher als nicht erforderlich.

Die in Variante 2 formulierte Grundannahme, dass eine Betreuung zu gleichen Teilen grundsätzlich die beste Lösung im Sinne des Kindeswohls sei, ist kritisch zu beurteilen und muss im Einzelfall geprüft werden. Damit eine alternierende Obhut tatsächlich dem Wohl des Kindes entspricht, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehören die Erziehungsfähigkeit der Eltern, ihre Bereitschaft zur Übernahme elterlicher Verantwortung sowie ihre Fähigkeit zur Kommunikation und Zusammenarbeit. Bei einer Trennung muss das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Es soll nicht dazu führen, dass elterliche Rechte übergeordnet betrachtet oder daraus automatisch Ansprüche auf eine alternierende Obhut abgeleitet werden.

Zusammenfassend erachtet die Standeskommission die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als nicht notwendig. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen ermöglichen es der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie den Gerichten bereits heute, kindsgerechte und angemessene Betreuungsmodelle festzulegen. Die Standeskommission teilt die Auffassung des Bundesrats und der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz, wonach zur Förderung der geteilten Kinderbetreuung in erster Linie die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. Eine Änderung der materiellrechtlichen Bestimmungen zur alternierenden Obhut ist aus Sicht der Standeskommission nicht erforderlich.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission
Der Ratschreiber:

Roman Dobler

Zur Kenntnis an:
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Bezirksgericht, Marco Seydel, Zielstrasse 38, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Appenzell Ausserrhoden

Departement Gesundheit und Soziales

Vorsteher

Kasernenstrasse 17
9102 Herisau
Tel. +41 71 353 65 92
gesundheit.soziales@ar.ch
www.ar.ch

Departement Gesundheit und Soziales, 9102 Herisau

Yves Noël Balmer
Regierungsrat
Tel. +41 71 353 68 50
yves.balmer@ar.ch

Per E-Mail
Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Herisau, 13. Oktober 2025

Eidg. Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der pa. Iv. 21.449 «Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»; Stellungnahme Appenzell Ausserrh

Sehr geehrter Herr Maitre
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats die Kantonsregierungen eingeladen, zur eingangs erwähnten Vorlage Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis am 15. Oktober 2025.

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden schliesst sich vollumfänglich der Stellungnahme der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) vom 30. September 2025 an. Aus Sicht von Appenzell Ausserrhoden besteht kein Revisionsbedarf, da die aktuelle gesetzliche Regelung aus Sicht des Kindeswohls genügt. Falls eine Revision angestrebt würde, wird Variante 1 klar bevorzugt und Variante 2 abgelehnt. Hervorzuheben ist, dass bei Fragen betreffend die Obhut immer das Kindeswohl ins Zentrum zu stellen ist und Elterninteressen zweitrangig sein müssen. Eine Betreuung zu gleichen Teilen entspricht nicht per se dem Kindeswohl.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Yves Noël Balmer, Regierungsrat

Kanton Bern
Canton de Berne

Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Per E-Mail (in Word & PDF) an:
zz@bj.admin.ch

RRB Nr.:	909/2025	3. September 2025
Direktion:	Direktion für Inneres und Justiz	
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert	

Vernehmlassung des Bundes (Nationalrat, Kommission für Rechtsfragen): 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur obgenannten Vorlage eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Die parlamentarische Initiative verfolgt das Ziel, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge zu fördern und deren Prüfung in jedem Einzelfall sicherzustellen. Der Regierungsrat unterstützt dieses Anliegen. Bereits unter geltendem Recht wird die Möglichkeit einer alternierenden Obhut in Anwendung von Art. 298 Abs. 2ter ZGB und Art. 298b Abs. 3ter ZGB von den Gerichten und Kindesschutzbehörden nicht nur geprüft, sondern auch angeordnet, wenn diese dem Kindswohl am besten entspricht. Unter Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung gilt dies auch, wenn ein Elternteil die alternierende Obhut ablehnt. Gleichwohl unterstützt der Regierungsrat das Anliegen der Initianten, dies im Gesetz ausdrücklich zu verankern und dem Kind auch nach der Trennung der Eltern eine dauerhafte und ausgewogene Beziehung mit beiden Eltern zu ermöglichen.

2. Antrag

Der Regierungsrat begrüsst die von der Kommission des Nationalrats vorgeschlagene Variante 1 der Änderung von Art. 298 Abs. 2ter ZGB und Art. 298b Abs. 3ter ZGB und lehnt Variante 2 ab.

Begründung

Variante 1 stärkt das berechtige Anliegen der Initiative, bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut zu fördern, ohne dass die bestehende Systematik und Terminologie des Gesetzes ohne Not abgeändert werden.

Die vorgeschlagene Variante 2 erachtet der Regierungsrat demgegenüber aus folgenden Gründen als problematisch:

1. Die Formulierung, wonach das Gericht bzw. die KESB verpflichtet werden soll, die Möglichkeit einer „Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen" zu prüfen, bedeutet eine Abkehr vom in der Rechtspraxis etablierten Begriff der „alternierenden Obhut". Diese Formulierung birgt zudem die Gefahr, dass künftig nur noch eine hälftige Betreuung als alternierende Obhut verstanden wird. In der Praxis umfasst die alternierende Obhut jedoch auch asymmetrische Modelle (z.B. 40/60 oder 30/70), sofern beide Eltern in substanziellem Umfang in die Betreuung eingebunden sind. Solche asymmetrischen Betreuungsmodelle im Rahmen einer alternierenden Obhut sind in der Praxis auch häufiger anzutreffen als eine Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu genau gleichen Teilen.

2. Die Pflicht zur Prüfung einer hälftigen Betreuung könnte dahin gehend interpretiert werden, dass eine 50/50-Lösung künftig als Regelfall gilt, von dem nur noch ausnahmsweise abgewichen werden darf. Dies würde mit der Gefahr einhergehen, dass die gerichtliche und behördliche Prüfung nach Massgabe des Kindeswohls in den Hintergrund rücken könnte, was es zu vermeiden gilt.

3. In hochkonflikthaften Konstellationen – in denen eine alternierende Obhut aufgrund des elterlichen Dauerkonflikts regelmässig nicht dem Kindeswohl entspricht – könnte Variante 2 kontraproduktiv wirken. Hochstrittige Eltern könnten sich auf den Gesetzeswortlaut berufen und verlangen, dass grundsätzlich immer eine hälftige Betreuung anzuordnen sei. Dies birgt die Gefahr, dass die bereits bestehenden elterlichen Konflikte verschärft und dadurch das Kindeswohl zusätzlich gefährdet werden könnte.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Christoph Neuhaus
Regierungsratspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Direktion für Inneres und Justiz

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
T 061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

BASEL LANDSCHAFT
REGIERUNGSRAT

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Rechtsfragen des
Nationalrats (RK-N), Bern

zz@bj.admin.ch

Liestal, 23. September 2025

Vernehmlassung betreffend 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Wir sind der Ansicht, dass kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, da sich das geltende Recht in der Praxis bewährt hat und die bundesgerichtliche Rechtsprechung die massgeblichen Leitlinien vorgibt. Zudem möchten wir betonen, dass auch in strittigen Fällen mit dem geltenden Recht Lösungen gefunden werden können, welche die Bedürfnisse der Kinder sowie die Betreuungsmöglichkeiten und -fähigkeiten der Eltern unter bestmöglicher Wahrung des Kindeswohls berücksichtigen. Gerichte und KESB geben der alternierenden Obhut bereits heute den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht und die einschlägige Rechtsprechung des Bundesgerichts sollte sowohl den Gerichten als auch den KESB bekannt sein.

Falls das Parlament dennoch eine Gesetzesänderung beschliessen sollte, sprechen wir uns für die Variante 1 aus. Diese sieht vor, dass die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut nur auf Antrag eines Elternteils oder des Kindes prüft und ihr den Vorzug gibt, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht; ausserdem soll die bundesgerichtliche Rechtsprechung, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung nicht entgegensteht, ausdrücklich im Gesetz verankert werden. Variante 2 wird hingegen abgelehnt, da sie die Behörde verpflichten würde, die alternierende Obhut auch ohne Antrag zu prüfen, sobald bei gemeinsamer elterlicher Sorge Uneinigkeit besteht. Eine solche Prüfung von Amtes wegen würde eine übermässige staatliche Einflussnahme ermöglichen, ohne dass dies zum Schutz des Kindeswohls erforderlich wäre.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

E. Heer Dietrich

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz
Frau Debora Gianinazzi
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Basel, 9. September 2025

Regierungsratsbeschluss vom 9. September 2025
Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Parlamentarische Initiative Kamerzin 21.449: Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Präsident der Rechtskommission des Nationalrats
Sehr geehrter Frau Peter
Sehr geehrte Frau Gianinazzi

Wir danken für Ihre Einladung vom 24. Juni 2025, zum Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Parlamentarische Initiative Kamerzin 21.449: Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern) Stellung zu beziehen.

1. Grundsätzliche Beurteilung der Vorlage

Die bestehenden Regelungen geben den Gerichten und Kindesschutzbehörden an sich bereits heute genügend Raum, dem vom Gesetzgeber angestrebten Ziel der Förderung von geteilten Betreuungsmodellen zum Durchbruch zu verhelfen. Der Kanton Basel-Stadt beurteilt es dennoch als sinnvoll, die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichts auf Gesetzesebene nachzuvollziehen.

2. Beurteilung der zwei Varianten

Der Regierungsrat lehnt die Variante 2 ab, da der Grundsatz einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen in vielen Fällen nicht der Lebensrealität der sich trennenden Eltern mit Kindern bzw. dem Kindeswohl entspricht. Entsprechend erscheint eine diesbezügliche Prüfungspflicht der Behörden als zu weitgehend. Zudem wird mit der «Betreuung zu gleichen Teilen» ein neuer Rechtsbegriff eingeführt, welcher die hälftige Betreuung bevorzugt und als anzustrebenden Idealzustand festlegt. In der Praxis haben sich hingegen viele gleichwertige alternierende Betreuungsmodelle etabliert, die von einer 30:70 bis 50:50 Betreuung reichen und sich einzig und allein am Wohl des Kindes orientieren. Am sich in der Praxis bewährenden Begriff der «alternierenden Obhut» gilt es deshalb aus Rechtssicherheits- und Flexibilitätsgründen sowie unter Achtung der immer vorrangig zu beachtenden Maxime des Kindeswohls im Kindesrecht festzuhalten.

Variante 1 kodifiziert in erster Linie die heutige Rechtsprechung des Bundesgerichts zur Prüfung und allfälligen Anordnung der alternierenden Obhut. Auch wenn dadurch das Recht nicht geän-

dert wird, erscheint die Nachführung des Gesetzes aufgrund der damit einhergehenden Signalwirkung sinnvoll. Die Pflicht, die alternierende Obhut jeweils zu prüfen, kommt in der Neufassung besser zum Ausdruck, stärkt das Bewusstsein der Eltern und der rechtsanwendenden Behörden, kann das Potenzial der alternierenden Obhut besser ausschöpfen und verdeutlicht nach einer Trennung der Eltern die Notwendigkeit neu zu prüfen, welche Form der Betreuung im Kindeswohl liegt, um der unkritischen Weiterführung der bisherigen Betreuungsregelung unter dem Argument der Stabilität der Verhältnisse entgegenzuwirken. Die alternierende Obhut muss dort zur Anwendung gelangen, wo sie – nach den konkreten Umständen der zu beurteilenden Situation – dem Kindeswohl am besten entspricht. Sie wird mit der Variante 1 nicht zum Regelfall erhoben, was aus Kindeswohlgesichtspunkten absolut abzulehnen wäre. Die Behörden haben gemäss Variante 1 weiterhin im Einzelfall zu prüfen, ob die alternierende Obhut als Betreuungslösung aller Voraussicht nach dem Wohl des Kindes am besten entspricht.

Dezidiert darauf hinzuweisen ist schliesslich, dass die alternierende Obhut in der Praxis nicht immer nur dann angeordnet wird, wenn beide Eltern damit einverstanden sind. Selbstverständlich bilden die einvernehmlichen elterlichen Anträge die Mehrheit der gerichtlich und behördlich von der KESB angeordneten alternierenden Obhutsregelungen. Solche werden aber auch dann sehr häufig verfügt, wenn die alternierende Obhut vom hauptbetreuenden Elternteil abgelehnt wird. Nur bei hochstrittigen Elternkonflikten kommt die alternierende Obhut in der Regel nicht in Frage. Es stellt eine traurige Realität dar, dass bei hochstrittigen Elternkonflikten alternierende Obhutsmodelle aufgrund der sich daraus ergebenden schweren Belastungen für die Kinder nicht funktionieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese in der Öffentlichkeit viel stärker wahrzunehmen sind, weil sie die Gerichte und die KESB überproportional stark beschäftigen und nicht selten über alle Instanzen hinweg ausgetragen und medial ausgebreitet werden. Diese verzerrte Wahrnehmung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich alternierende Betreuungsmodelle in der Praxis immer mehr durchsetzen und bereits weit verbreitet sind. Das Grundproblem von Verfahren, in denen die Kinder aufgrund schwerwiegender Elternkonflikte unter einem alternierenden Obhutsmodell schwer zu leiden hätten, lässt sich weder durch die eine oder andere Variante des Vorschlags der RK NR zur Förderung der alternierenden Obhut und schon gar nicht durch die teilweise vehement geforderte aber aus Kindeswohlgesichtspunkten absolut abzulehnende Einführung der alternierenden Obhut als Regelfall lösen.

3. Abschliessende Stellungnahme und Änderungsantrag

Der Kanton Basel-Stadt spricht sich für die Variante 1 aus. Er beantragt jedoch in beiden Bestimmungen nArt. 298 Abs. 2ter bzw. in nArt. 298b Abs. 3ter ZGB jeweils eine Streichung:

Art. 298 Abs. 2ter
^{2ter} Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es die Möglichkeit einer alternierenden Obhut~~, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt,~~ und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.

Art. 298b Abs. 3ter
^{3ter} Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie die Möglichkeit einer alternierenden Obhut~~, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt,~~ und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.

Der Passus «wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt» ist zu streichen, weil bereits nach geltendem Recht anzunehmen ist, dass gestützt auf den Untersuchungs- und den Offizialgrundsatz die Möglichkeit der Prüfung und der Anordnung der alternativen Obhut unabhängig von Anträgen besteht. Der Passus, «wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt», würde somit einen Rückschritt gegenüber heute darstellen, weil er die Prüfung einer alternierenden Obhut vom Antrag eines Elternteils oder des Kindes abhängig machen würde.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Dr. Patrick Fassbind (patrick.fassbind@bs.ch; Tel. 061 267 80 90) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Conseil national
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

Courriel : zz@bj.admin.ch

Fribourg, le 30 septembre 2025

2025-1024
21.449 n Iv. pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Monsieur le Président,

Par courrier du 24 juin dernier, vous nous avez consultés sur le projet cité en titre, et nous vous en remercions. Nous nous prononçons comme suit.

Si l'on s'attache à la pratique actuelle par les autorités judiciaires fribourgeoises compétentes, nous pouvons considérer que ce projet de modification du code civil précise une jurisprudence largement mise en œuvre. En effet, les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte sont sensibilisées à la question de la garde alternée dans le cadre de la recherche de solutions individuelles en fonction du cas d'espèce. Leur pouvoir d'appréciation et leur proximité avec les justiciables permettent des décisions au cas par cas en prenant en compte chaque situation individuelle avec ses spécificités. Néanmoins, un tel projet pour l'entier des juridictions civiles suisses est important.

Nous nous prononçons en faveur de la variante 1, qui est la plus adaptée à la réalité du terrain. Elle permet selon nous de valoriser le principe de la garde alternée tout en offrant de meilleures garanties que l'intérêt de l'enfant demeure au centre des décisions concernant sa prise en charge. En outre, la nouvelle terminologie, par sa plus grande précision, apporte les réponses aux questions qui se sont posées vis-à-vis des dispositions légales actuelles et qui ont été résolues par le Tribunal fédéral. Codifiant ainsi la pratique actuelle, la variante 1 a l'avantage d'encourager la responsabilité commune des parents, en corrigeant les biais éventuels qui voudraient que la prise en charge soit principalement exercée par l'un des parents.

Nous nous opposons en revanche à la variante 2, qui comporte les risques suivants :

> Sur la forme d'abord, les termes choisis amènent des confusions importantes. La formulation « participation des parents à parts égales » semble se référer à une répartition 50 %-50 %, laissant entendre que toute autre répartition s'écartement de ce principe ;

> Sur le fond, il faut relever que la prise en charge strictement répartie 50 %-50 % est un système minoritairement choisi et appliqué. Il n'est dès lors pas pertinent de l'ériger comme point de départ pour toutes les situations familiales, car il pourrait se révéler contre-productif dans le processus de négociation et de mise en œuvre du système de prise en charge.

> En outre, le bon fonctionnement d'une garde alternée dépend d'exigences matérielles élevées (un logement adapté pour chaque parent, la proximité entre les logements et l'école, des moyens financiers suffisants…). Prévoir expressément une prise en charge à parts égales peut revenir à nier que dans nombre de situations ces conditions ne peuvent pas être remplies, en raison du contexte social de la famille.

> Enfin, considérer la prise en charge de l'enfant de manière parfaitement égale comme principe ne nous semble pas toujours compatible avec le bien de l'enfant. La pratique et les études confirment qu'une organisation adaptée aux besoins et à la situation de la famille permet une meilleure attention aux enfants, un meilleur bien-être au quotidien et la possibilité de tisser des liens avec leurs deux parents de manière stable.

Avec ces considérations, nous réitérons notre soutien à la variante 1 et notre clair rejet de la variante 2.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

CONSEIL D'ETAT · CANTON DE FRIBOURG

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la justice ;
à la Direction de santé et des affaires sociales, pour elle et le Service de l'enfance et de la jeunesse ;
à la Chancellerie d'Etat.

RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 15 octobre 2025

Le Conseil d'Etat

3012-2025

Conseil national
Commission des affaires juridiques
Monsieur Vincent Maître
Conseiller national
3003 Berne

Par courrier électronique à :
zz@bj.admin.ch

Concerne : 21.449 n Iv. Pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe - Prise de position de la République et canton de Genève

Monsieur le Conseiller national,

Notre Conseil a bien reçu votre courrier du 24 juin 2025, par lequel vous avez invité les Gouvernements cantonaux à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge.

Après en avoir pris connaissance avec intérêt et attention, le Conseil d'Etat vous informe qu'il soutient la variante 2 de l'avant-projet, qui prévoit une obligation pour l'autorité compétente d'examiner d'office la possibilité d'une prise en charge égalitaire de l'enfant, même en l'absence de demande explicite d'un parent ou de l'enfant.

Notre Conseil considère en effet que cette approche permet de recentrer pleinement l'examen sur le bien de l'enfant, indépendamment des demandes formulées ou des éventuels désaccords parentaux.

Cette variante évite que l'enfant doive se retrouver en position de devoir initier lui-même une demande, ce qui reviendrait à lui faire porter une responsabilité disproportionnée dans un contexte familial souvent déjà conflictuel. En imposant à l'autorité de se prononcer sur la pertinence d'un mode de garde égalitaire, cette option assure une prise en compte prioritaire des besoins et du bien-être de l'enfant, tout en garantissant une équité de traitement dans l'examen des situations parentales.

Cette variante paraît en outre permettre la prise en compte de la participation croissante et équilibrée des deux parents à l'éducation des enfants, ainsi que la préservation de l'intérêt de l'enfant grâce à une approche plus systématique et harmonisée de l'analyse de sa situation familiale.

Notre Conseil relève toutefois l'importance de la prise en compte de la capacité des parents à se mettre d'accord et à trouver une communication harmonieuse, qui permet également de favoriser le bien de l'enfant. Il rappelle à cet égard le succès rencontré dans notre canton par le recours à la médiation depuis l'entrée en vigueur le 1er juin 2023 de la loi genevoise sur la médiation, du 27 janvier 2023 (LMédiation – RSG E 6 25). Selon le rapport d'activité du Pouvoir judiciaire pour l'année 2024 (sur : compte-rendu-activite-pj-2024.pdf), le bureau de la médiation, rattaché au Pouvoir judiciaire, a reçu en moyenne 2 à 3 personnes par jour, et entre 30 et 40 téléphones et courriels quotidiens, et a autorisé le financement de 670 médiations. Plus de 70 % des cas concernaient un litige familial, et deux tiers des médiations se sont soldées par un accord, dont 53 % par un accord complet.

Il considère ainsi qu'avant de conclure qu'une garde alternée à parts égales est la solution qui convient le mieux au bien-être de l'enfant, l'autorité compétente doit s'assurer qu'aucun accord entre les parents n'est réellement possible, au besoin par le recours à la médiation.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller national, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :

Thierry Apothéloz

kanton glarus

Telefon 055 646 60 11/12/15
E-Mail: staatskanzlei@gl.ch
www.gl.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Glarus, 30. September 2025
Unsere Ref: 2025-151 / SKGEKO.4969

Vernehmlassung i. S. 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterliche Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Aus der Sicht des Kantons Glarus besteht kein Handlungsbedarf für eine Änderung/Ergänzung der aktuell massgebenden Bestimmungen zur elterlichen Sorge und Obhut. Bereits heute sind die Gerichte bestrebt, im Einzelfall stets die für das Kindeswohl optimale Betreuungsregelung anzuordnen. Die alternierende Obhut ist als mögliches Betreuungsmodell inzwischen unbestritten und etabliert. Im Weiteren stellt sich bei fehlender Kooperation, hochstrittigen Eltern oder bei der Weigerung eines Elternteils die Frage, ob es in diesen Fällen sinnvoll ist, wenn dies in jedem Fall geprüft werden muss, da die alternierende Obhut oder die Betreuung zu gleichen Teilen in diesen Fällen wohl kaum mit dem Kindeswohl zu vereinbaren sein wird. Grundsätzlich soll, wenn die Eltern sich einig sind und das Kindeswohl nicht verletzt wird, möglichst kein staatlicher Eingriff erfolgen und die Verantwortung bei den Eltern belassen werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

Kaspar Becker
Landammann

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): zz@bj.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom	Mitgeteilt den	Protokoll Nr.
14. Oktober 2025	14. Oktober 2025	730/2025

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: zz@bj.admin.ch

Vernehmlassung RK-N - 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern
Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Maitre

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die Regierung lehnt beide Varianten, welche die Rechtskommission des Nationalrats vorschlägt, ab. Dies vor allem aus den folgenden Gründen:

1. Allgemeine Bemerkungen

Bereits nach geltendem Recht und gemäss ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts steht bei der Regelung des Eltern-Kind-Verhältnisses das Kindeswohl im Zentrum, nicht die Vorstellungen der Eltern (vgl. BGE 142 III 612 E. 2.4. und BGE 142 III 617 E. 3.2.3.). Das Gericht bzw. die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) prüft im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes anhand der konkreten Lebensumstände, ob die alternierende Obhut überhaupt in Betracht kommt und ob sie mit dem Kindeswohl vereinbar ist. Eine Abklärung der Ausgangslage und eine Prognose über die bestmögliche Betreuungslösung erfolgen von Amtes wegen. Wenn

beispielsweise ein Elternteil sein Berufsleben so gestaltet, dass er bereit und fähig ist, das Kind länger als im Rahmen eines üblichen Besuchsrechts zu betreuen, wird dieser Umstand in der Prüfung berücksichtigt, auch wenn keine Partei die alternierende Obhut beantragt. Angesichts dieser offenen, am Kindeswohl orientierten Praxis besteht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf (Erläuternder Bericht der Kommission vom 23. Mai 2025, S. 17).

2. Zur Variante 1

Das Gericht bzw. die KESB ist heute bereits gehalten, bei ihrem Entscheid in allen Kinderbelangen dem Kindeswohl den Vorzug zu geben. Wenn es/sie die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüft und dabei feststellt, dass diese dem Wohl des Kindes am besten entspricht, dann ordnet es/sie diese an bzw., in der Leseart der Variante 1, gibt ihr den Vorzug. Zudem übernimmt die Variante 1 gefestigte bundesgerichtliche Rechtsprechung und ist auch deshalb unnötig.

3. Zur Variante 2

Wenn heute ein Gericht bzw. die KESB die Anordnung der alternierenden Obhut auf Antrag eines Elternteils oder des Kindes prüft und dabei feststellt, dass eine alternierende Obhut im Kindeswohl liegt, wird es/sie die alternierende Obhut anordnen. Eine systematische Verpflichtung der Behörde, die Möglichkeit einer Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag eines Elternteils oder des Kindes, wenn bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit herrscht, würden weder Eltern noch Kind verstehen. Ordnet ein Gericht bzw. die KESB die alternierende Obhut gegen den übereinstimmenden Willen der Kindseltern an, weil es/sie – anders als die dem Kind viel näherstehenden Eltern – der Meinung ist, dadurch sei das Kindswohl besser gewahrt, wird der Vollzug in der Praxis nicht funktionieren.

Die Annahme der Initianten, dass sich das Kindeswohl automatisch mit einem höheren Betreuungsanteil eines Elternteils verbessert, greift zu kurz. Vielmehr zeigt die Erfahrung, dass häufige Wechsel zwischen den Haushalten beider Eltern für viele Kinder mit erheblichem Stress und Unruhe verbunden sein können. Entscheidend muss stets das Kindeswohl sein – nicht das Interesse der Eltern an möglichst gleichen Betreuungsanteilen.

4. Zum Übergangsrecht (Schlusstitel, Art. 12 Abs. 6 ZGB)

Sollte neues Recht beschlossen werden, sollte dieses ausschliesslich auf Verfahren Anwendung finden, die nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts rechtshängig gemacht wurden. So gibt es einen klaren Schnitt und laufende Verfahren könnten – vor allem, wenn sie sich im fortgeschrittenen Stadium befinden – zu Ende geführt werden, ohne dass sie neu aufgerollt werden müssten.

5. Systematische Prüfung auf häusliche Gewalt

Schliesslich ist zu prüfen, ob eine besondere Regelung für die häusliche Gewalt aufgenommen werden soll, wenn Art. 298 ZGB und Art. 298b ZGB geändert werden würden. In Fällen von häuslicher Gewalt ist die Obhut so zu regeln, dass die Sicherheit des gewaltbetroffenen Elternteils und des Kindes gewährleistet bleibt. Die hierfür erforderlichen Abklärungen haben die zuständigen Behörden bereits nach geltendem Recht von Amtes wegen zu tätigen und die hierfür notwendigen Beweismittel zu erheben. Diese Regelung könnte verdeutlicht werden, indem im Gesetz verankert würde, dass bei der Regelung der Kinderbelange immer systematisch abzuklären ist, ob es in der Vergangenheit irgendeine Form von häuslicher Gewalt gegeben hat, welche Folgen darauf für die Gewaltbetroffenen resultieren und welche Gefahr in Zukunft besteht (vgl. dazu ausführlich ANDRA BÜCHLER/ZENO RAVEANE, Elterliche Sorge, Obhut, Besuchsrecht und häusliche Gewalt, Die Regelung der elterlichen Sorge und die zivilrechtliche Ausgestaltung der Kinderbetreuung bei Trennung nach häuslicher Gewalt, Gutachten, August 2024).

Abschliessend danken wir Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

GRISCHUN * GRIGIONE * GRAUBÜNDEN

Namens der Regierung

Der Präsident:	Der Kanzleidirektor:
Marcus Caduff	Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Conseil national
Commission des affaires juridiques
Par son Président
M. Vincent Maître
3003 Berne

par courriel : zz@bj.admin.ch

Delémont, le 23 septembre 2025

21.449 n Iv. pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe : Ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Président,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous transmet sa réponse relative à la consultation citée en titre.

Sur le fond, le Gouvernement estime qu'il est opportun de favoriser la garde alternée. En effet, il est dans l'intérêt de l'enfant de pouvoir bénéficier, en cas de séparation ou de divorce, d'un contact régulier et direct avec ses deux parents. Les présentes propositions de modifications sont donc saluées. Toutefois, dans la pratique, la garde alternée n'est pas toujours possible et il demeure effectivement nécessaire de pouvoir s'adapter au cas par cas.

Au surplus, après avoir consulté le Tribunal de première instance et l'Autorité de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA), le Gouvernement privilégie la variante 1. Il est toutefois noté que cette modification n'aura que peu d'impact sur l'activité des autorités car elle consiste en une codification de la jurisprudence du Tribunal fédéral.

S'agissant de la forme, il est relevé que la manière de formuler les alinéas topiques pourrait être améliorée.

Le Gouvernement constate que la variante 2 tient compte des critiques formulées à l'encontre de la terminologie en matière de garde, respectivement de la notion de « garde alternée » (cf. chiffre 2.3.1, paragraphe 4, et chiffre 5.3, paragraphe 6, du rapport explicatif). Le Gouvernement se pose la question de savoir pourquoi cette réflexion sur la terminologie n'a pas également été menée pour la variante 1, laquelle conserve la notion de « garde alternée ».

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement vous remercie de l'avoir consulté à ce propos et vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Martial Courtet
Président

Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

KANTON
LUZERN

Justiz- und Sicherheitsdepartement
Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates

per E-Mail
zz@bj.admin.ch

Luzern, 14. Oktober 2025

Protokoll-Nr.: 1124

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern: Stellungnahme Kanton Luzern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 24. Juni 2025 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danke ich Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussere mich dazu wie folgt:

Wir begrüssen das Ziel der Vorlage, die alternierende Obhut zu fördern und so die gleichwertige Beteiligung beider Eltern an der Kinderbetreuung zu stärken. Eine dauerhafte und tragfähige Beziehung zu beiden Elternteilen wirkt sich nachweislich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und unterstützt zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Gerichte und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) im Kanton Luzern fördern die alternierende Obhut bereits heute im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben. In der Praxis werden mit den Eltern regelmässig individuelle Lösungen erarbeitet, die eine möglichst ausgewogene Präsenz beider Eltern im Alltag der Kinder sicherstellen. Dabei hat das Bundesgericht klargestellt, dass die Gerichte sowie die KESBs nicht an die Anträge der Parteien gebunden sind und die alternierende Obhut auch gegen den Willen eines Elternteils prüfen und anordnen können, sofern dies dem Kindeswohl entspricht. Die Erfahrung zeigt, dass eine alternierende Obhut nur dann gelingen kann, wenn die Eltern miteinander kooperieren, die Kommunikation gut ist und beide die Bereitschaft haben, zugunsten der gemeinsamen Kinder Kompromisse einzugehen.

Eine gesetzliche Verankerung der oben erwähnten Rechtsprechung, wie sie in Variante 1 vorgeschlagen wird, erachten wir als sinnvoll. Es ist davon auszugehen, dass dadurch mit Blick auf die Förderung der alternierenden Obhut eine klare und positive Signalwirkung erzielt werden kann. In diesem Sinne unterstützen wir die Variante 1, welche die bundesgerichtliche Rechtsprechung im Gesetz abbildet und die Prüfung der alternierenden Obhut ausdrücklich ermöglicht, auch wenn ein Elternteil nicht einverstanden ist.

Variante 2 hingegen, welche eine systematische Prüfung einer Betreuung zu gleichen Teilen von Amtes wegen vorsieht, lehnen wir ab. Sie würde zu einer Mehrbelastung der Gerichte und der KESBs führen, ohne dass damit ein erkennbarer zusätzlicher Nutzen im Hinblick auf das zentrale Primat des Kindeswohls erreicht würde. In Konstellationen, in denen keiner der Beteiligten eine alternierende Betreuung anstrebt, ist eine entsprechende Anordnung in aller Regel nicht realistisch oder mit dem Kindeswohl vereinbar.

Abschliessend halten wir fest, dass in diesem Zusammenhang die laufende Revision des Familienverfahrensrechts von hoher Relevanz ist. Verfahrensmässigen Instrumenten wie etwa der angeordneten Beratung oder Mediation, mit Hilfe derer Eltern gemeinsam und eigenverantwortlich gute Lösungen für ihre Kinder suchen und finden können, messen wir grosse Bedeutung zu. Solche begleitenden Massnahmen sind gerade auch für eine erfolgreiche Förderung und Umsetzung der alternierenden Obhut entscheidend.

Freundliche Grüsse

Ylfete Fanaj
Regierungsrätin

LE CONSEIL D'ÉTAT
DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Conseil national
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

21.449 n Iv. pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Monsieur le président,

Votre correspondance du 24 juin 2025 nous est bien parvenue et nous vous en remercions.

La République et Canton de Neuchâtel accueille favorablement l'avant-projet de modification du Code civil.

Nous soutenons en particulier la variante 2 de l'avant-projet, en raison de l'introduction d'une obligation pour l'autorité d'examiner la possibilité d'une garde alternée, indépendamment d'une demande des parents en ce sens. Le Canton salue particulièrement le remplacement des termes « garde alternée » par « participation des parents à parts égales à la prise en charge de l'enfant », ce qui permettra aux juges de répartir la prise en charge des enfants par leurs parents d'une autre manière qu'un traditionnel 50/50, permettant ainsi l'adoption de solutions sur mesure, ce qui pourrait éviter beaucoup de crispations dans les procédures matrimoniales.

En outre, nous estimons que la variante 2 est l'option la plus adaptée à l'intérêt supérieur de l'enfant. En effet, la littérature scientifique démontre que la coparentalité active et équilibrée contribue au développement harmonieux de l'enfant après une séparation, notamment en ce qui concerne l'attachement, la réussite scolaire et la stabilité émotionnelle. Nous appuyons également l'examen systématique imposé aux juges, lequel permet d'éviter que certains modèles éducatifs soient écartés faute d'avoir été demandés par l'un des parents. Il s'agit en effet d'un message clair adressé aux parents sur lequel les autorités de première instance en particulier pourront s'appuyer pour définir avec eux la prise en charge adéquate de leurs enfants.

La question de la prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce doit se poser au regard de la répartition moderne de prise en charge des enfants dans les familles. La variante 2 a l'avantage de ne pas se baser sur les émotions ou ressentis des parents, mais sur les conséquences qu'il y aura pour les enfants. Or, ces derniers ne devraient pas être privés de la présence de l'un de leurs parents, avec lequel ils ont potentiellement tissé des liens forts et une relation harmonieuse, simplement parce que ceux-ci n'arrivent pas à se mettre d'accord.

NE

Si le Conseil d'État est favorable à cette évolution des dispositions du Code civil, dans l'intérêt des enfants, il souligne cependant que l'application, dans la réalité d'aujourd'hui où ce sont encore majoritairement les femmes qui prennent en charge les enfants en réduisant leur temps de travail pour ce faire, nécessitera également une appréciation de la situation économique des parents. En d'autres termes, la coparentalité active ne devrait pas engendrer une précarisation de la situation économique des mères.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de recevoir, Monsieur le président, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 29 septembre 2025

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
C. GRAF

La chancelière,
S. DESPLAND

KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL
Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
Herr Vincent Maitre
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 23. September 2025

Justiz- und Sicherheitsdirektion. Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates betreffend die Pa. Iv. 21.449 Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern». Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Präsident Maitre
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 eröffnete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren im titelerwähnten Geschäft. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

1 Ausgangslage

Mit dem Vorentwurf wird die parlamentarische Initiative 21.449 umgesetzt. Diese verfolgt das Ziel, die alternierende Obhut als Betreuungsmodell nach einer Trennung oder Scheidung stärker zu fördern. Vorgesehen sind zwei Varianten:

- Variante 1: Die zuständige Behörde prüft die alternierende Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht.

- Variante 2: Die Behörde wird verpflichtet, bei Uneinigkeit der Eltern systematisch eine Betreuung zu gleichen Teilen zu prüfen, unabhängig von einem Antrag.

2 Würdigung

Der Regierungsrat befürwortet grundsätzlich Bestrebungen, die gleichwertige Beteiligung beider Elternteile an der Kinderbetreuung zu fördern. Eine solche Regelung kann positive Effekte sowohl für die Beziehung zwischen Eltern und Kindern als auch für die Gleichstellung im Erwerbsleben haben.

Die Erfahrungen der kantonalen Praxis (KESB und Gerichte) verdeutlichen, dass die alternierende Obhut dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn die Eltern über eine gute Kooperationsfähigkeit verfügen. Damit das Kindswohl auch in schwierigen Trennungssituationen geschützt bleibt, ist eine sorgfältige Abklärung durch die Behörden unerlässlich.

Gleichzeitig zeigt sich, dass offene rechtliche und praktische Fragen, etwa zur Bestimmung des zivilrechtlichen Wohnsitzes des Kindes bei Betreuung in unterschiedlichen Gemeinden oder zur Unterhaltsberechnung («Kippschalter-Effekt») geklärt werden müssen. Eine klare Regelung kann dazu beitragen, finanzielle Fehlanreize zu vermeiden und die Fokussierung auf das Kindswohl zu stärken. Zudem sind unterstützende Rahmenbedingungen wie flexible Arbeitsmodelle und ein ausreichendes Angebot an externer Kinderbetreuung entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung. Diese Aspekte müssen im weiteren Gesetzgebungsprozess parallel zu den Anpassungen im Zivilgesetzbuch berücksichtigt werden.

3 Stellungnahme zu den Varianten

Der Regierungsrat unterstützt eine massvolle Gesetzesanpassung im Sinne der Variante 1. Diese verankert die bisherige bundesgerichtliche Praxis im Gesetz und stärkt die Pflicht der Behörden, die alternierende Obhut ernsthaft zu prüfen, ohne die notwendige Flexibilität der Einzelfallbeurteilung einzuschränken.

Variante 2 wird abgelehnt. Sie geht zu weit, da sie faktisch ein bestimmtes Betreuungsmodell bevorzugt, das in der Praxis nur für eine Minderheit der Familien realistisch ist. Sie birgt zudem das Risiko neuer Konflikte und schafft rechtliche Unsicherheiten.

4 Fazit

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden spricht sich für eine ausgewogene Weiterentwicklung des Familienrechts aus. Zentrales Kriterium muss stets das Kindeswohl bleiben. Die vorgeschlagene Variante 1 wird deshalb unterstützt, während Variante 2 abzulehnen ist.

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

REGIERUNGSRAT · KANTON NIDWALDEN ·

Dr. Othmar Filliger
Landammann

lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- zz@bj.admin.ch

Kanton Obwalden

Der Vorsteher des Sicherheits- und Sozialdepartements SSD

CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Kommission für Rechtsfragen

per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5508
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 8. Oktober 2025

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlichen Sorge die alternierende Obhut fördern; Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur oberwähnten parlamentarischen Initiative danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden lehnt die Vorlage ab, da aus unserer Sicht kein Revisionsbedarf besteht. Wir sind der Ansicht, dass die heutige gesetzliche Regelung alle relevanten Aspekte umfasst und aus Sicht des Kindeswohls genügt. Falls die Kommission den gesetzgeberischen Weg weiter beschreiben möchte, bevorzugen wir die Variante 1, während wir die Variante 2 klar ablehnen. Für weitere Ausführungen verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) vom 30. September 2025 in der Beilage.

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Sicherheits- und Sozialdepartement SSD
Enetriederstrasse 1, 6060 Sarnen
Tel. +41 41 666 62 19
ssd@ow.ch
www.ow.ch

Beilage:
- Stellungnahme der KOKES vom 30. September 2025

Kopie an:
- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Sozialamt
- Amt für Justiz
- Staatskanzlei

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

(per E-Mail zugestellt an: zz@bj.admin.ch)

30. September 2025

Vernehmlassung des Bundes (Nationalrat, Kommission für Rechtsfragen): 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern / Stellungnahme der KOKES

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Am 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur obgenannten Vorlage eingeladen. Die KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Seit 2017 sind KESB und Gerichte bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Uneinigkeit der Eltern gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt.

Die Vorlage verfolgt das Ziel, eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung zur Diskussion.

Die KOKES *unterstützt* das Anliegen, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge zu fördern und deren Prüfung im Einzelfall sicherzustellen.

Bereits unter geltendem Recht wird die Möglichkeit einer alternierenden Obhut von den KESB und Gerichten im Einzelfall *geprüft und angeordnet*, wenn diese dem Kindeswohl am besten entspricht. Unter Berücksichtigung der differenzierten bundesgerichtlichen Rechtsprechung geschieht dies auch dann, wenn ein Elternteil die alternierende Obhut ablehnt.

2. Relevante Aspekte aus Sicht des Kindesschutzes

Bei der Betreuungsregelung ist zwischen Elternrechten und Kinderrechten zu unterscheiden. Ziel ist nicht ein gerechter Interessenausgleich zwischen den Eltern, sondern die Betreuung des Kindes im Interesse des Kindes zu regeln. Oberste Richtschnur ist dabei das Kindeswohl, das anhand der gegebenen Umstände im *Einzelfall* zu beurteilen ist. Allfällige Wünsche oder Interessen der Eltern haben gegenüber dem Kindeswohl in den Hintergrund zu treten.

Im Zentrum der Regelung der Betreuung stehen allein *Kindeswohl* massgebende Kriterien, die erfüllt sein müssen, sei es im Rahmen einer alleinigen Obhut oder Formen der alternierenden Obhut. Durch die Wahl der Betreuungsform muss sichergestellt sein, dass den Bedürfnissen des Kindes im Einzelfall Rechnung getragen werden kann.

Von den Eltern gemeinsam ausgearbeitete Betreuungsregelungen dienen in der Regel dem Kindeswohl am besten. Aufgrund der *Offizialmaxime* ist das Gericht oder die KESB verpflichtet zu prüfen, ob die von den Eltern getroffene Regelung dem Kindeswohl entspricht. Gesetzlich eine obligatorische Prüfung einer Betreuung zu gleichen Teilen durch das Gericht oder die KESB in jedem Fall zu fordern, dient nicht dem Kindeswohl.

Die Form der alternierenden Betreuung erfordert als Basisvoraussetzung die Erziehungsfähigkeit jedes Elternteils und die Bereitschaft zur Übernahme von Erziehungsverantwortung. Eine minimale *Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft* als Konsequenz ist bei alternierender Betreuung zwingend, da ein höheres Mass an Absprachen und gegenseitiger Information notwendig ist, um den Alltag des Kindes zu organisieren. Die Eltern müssen in der Lage sein, auch nach der Trennung ihre Elternrolle gemeinsam auszuüben, sich gegenseitig zu unterstützen und so die notwendige Stabilität für das Kind sicherzustellen. Es ist nicht Aufgabe des Kindes, dies selbst zu übernehmen oder zu vermitteln, wenn die Eltern aufgrund von Elternkonflikten dazu nicht in der Lage sind.

Die Forderung der Betreuung zu gleichen Teilen würde in der Praxis häufig bedeuten, dass die Eltern nach der Trennung gezwungen wären, aus Kindeswohlgründen am gleichen Ort oder mindestens in angemessener Distanz zu leben, damit das Kind ohne Mehraufwand die Schule besuchen kann. Mit zunehmendem Alter wird zudem das soziale Umfeld für die Kinder immer wichtiger, was ebenfalls eine *räumliche Nähe* der Lebensorte erfordert.

Aus Kindeswohlgründen spielt die *Stabilität* der persönlichen Beziehung eine grosse Rolle. Haben beide Elternteil bereits vor der Trennung oder vor der richterlichen/behördlichen Regelung das Kind abwechselnd massgeblich betreut, spricht dies für eine Form der alternierenden Betreuung, nicht aber zwingend für eine Betreuung zu gleichen Teilen.

Im Weiteren ist der *Wunsch des Kindes* sowohl von den Eltern bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Lösung wie auch der gerichtlichen/behördlichen Regelung mit zunehmendem Alter einzubeziehen, was in Art. 301 Abs. 2 ZGB für die Eltern explizit vorgesehen ist.

Die *materielle Situation* der Eltern muss eine alternierende Betreuung zulassen, da diese Form der Betreuung häufig kostenintensiver ist.

3. Analyse des Ist-Zustands, der beiden Varianten und Ausblick

Ist-Zustand: Aus Sicht des Kindeswohls genügt die heutige Regelung in Art. 298b Abs. 3ter ZGB (KESB) und Art. 298 Abs. 2ter ZGB (Gericht), eine adäquate Regelung der Betreuung im Streitfall zu verfügen und dabei alle Varianten der Betreuung (alternierende Obhut zu gleichen Teilen oder zu angepassten Teilen, alleinige Obhut) zu evaluieren. Dies geschieht im Rahmen der allgemeinen Abklärungen zur Betreuungssituation bei strittigen Trennungen. Es besteht m.a.W. kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Die gesetzliche Regelung und die differenzierte Rechtsprechung, welche das Kindeswohl und die Einzelfallbetrachtung in den Vordergrund stellen, sind ausreichend und zielführend.

Variante 1: Die Ergänzungen im Gesetzestext entsprechen der geltenden Systematik und Auslegung. Die Variante 1 bringt aus Sicht der Praxis keinen Mehrwert, da dies bereits heute so praktiziert wird.

Variante 2: Die Forderung, dass es grundsätzlich für das Kindeswohl die beste Lösung ist, wenn das Kind zu gleichen Teilen betreut wird, ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht verifiziert. Es kommt jeweils auf den Einzelfall an, ob die Voraussetzungen für eine gelingende alternierende Betreuung zu gleichen Teilen aus Sicht des Kindeswohls gegeben sind oder nicht. Die Forderung schafft - fokussiert auf die Elternrechte - Erwartungen, dass ein Anspruch der Eltern (und nicht des Kindes) auf eine Betreuungsform zu gleichen Teilen besteht. Dass aufgrund einer gesetzlichen Regelung den Eltern wirksam aufgezeigt werden kann, dass auch nach einer Trennung die Verantwortung für die Betreuung bei beiden liegt, wie dies als Begründung für diese Gesetzesänderung angeführt wird, wird bezweifelt. Die Folge bei Variante 2 wäre, dass Gerichte und KESB begleitend zur alternierenden Obhut standardmässig Beistandschaften errichten müssten mit dem Auftrag, die Kommunikation zwischen den Eltern zu verbessern. Die Erfahrungen aus den zahlreichen Besuchsrechtsbeistandschaften, die viele Ressourcen verschlingen und meist wirkungslos sind, zeigen, dass dieser Weg nicht geeignet ist.

Ausblick: Der Fokus müsste vielmehr auf Bestrebungen liegen, alternative Methoden zur Lösung von Elternkonflikten zu fördern und Betreuungsregelungen im Streitfall mit entsprechenden Verpflichtungen zu verbinden. In diese Richtung tendiert auch der Bundesratsbericht vom 6. Juni 2025 zur Modernisierung des Familienverfahrensrechts (Link). Vorgelagerte

Schlichtungsinstanzen sind ergiebiger und für das Kind wirksamer (vgl. Zwischenbericht der Universität Freiburg zum Pilotprojekt «Zentrum für Familien in Trennung» vom Mai 2025: Link). Gesetzlich vorzuschreiben, wie die Obhut aufgeteilt werden soll, funktioniert nicht.
Die Eltern müssen stattdessen mit vorgelagerten Streitdeeskalations-, Beratungs-Angeboten und Elternkursen unterstützt, in die Verantwortung genommen und befähigt werden, Elternverantwortung gemeinsam wahrzunehmen.

4. Fazit und Antrag

4.1. Aus Sicht der KOKES besteht *kein Revisionsbedarf.* Die heutige gesetzliche Regelung umfasst alle relevanten Aspekte und genügt aus Sicht des Kindeswohls.

4.2. Falls der Gesetzgeber etwas ändern möchte, wird – im Sinne eines Eventualantrags – der *Variante 1* der Vorzug gegeben.

4.3. Die Variante 2 wird aus Sicht des Kindeswohl abgelehnt.

Wir danken für Ihr Interesse und die wohlwollende Aufnahme unserer Stellungnahme bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Bei Rückfragen steht die Generalsekretärin, Diana Wider (diana.wider@kokes.ch; Tel. 041 367 48 87), gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES

Diana Wider,
Generalsekretärin

Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Kommission für Rechtsfragen
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 24. September 2025

Kommission für Rechtsfragen: Parlamentarische Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst, dass mit dem vorgelegten Entwurf die gleichmässigere Aufteilung der Kinderbetreuung nach Trennung oder Scheidung gefördert werden soll. Dies wirkt sich positiv auf die emotionale Bindung des Kindes zu beiden Elternteilen aus und stärkt die Resilienz sowie das Kindeswohl. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Eltern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert, was sich wiederum positiv auf die berufliche Wiedereingliederung der nichterwerbstätigen Elternteile auswirkt und nachhaltig zur Verhinderung von Armut bzw. zu einer besseren wirtschaftlichen Basis von Familien beiträgt. Zudem entlastet eine klare Regelung das Rechtssystem, indem Konflikte reduziert und gemeinsame Lösungen gefördert werden. Insgesamt trägt die Vorlage damit zu einem modernen Familienrecht bei, das den Bedürfnissen von Kindern und Eltern besser gerecht wird.

Hinsichtlich Wahl der Varianten wird Variante 2 bevorzugt. Diese stärkt die Stellung beider Elternteile und betont den Grundsatz, dass Mutter und Vater gleichermassen für die Betreuung verantwortlich sind. Sie fördert eine vertiefte Auseinandersetzung mit der alternierenden Betreuung auch in Fällen, in denen das bisher selten geprüft wurde, und trägt zur Harmonisierung der Anwendungspraxis bei. Zudem können durch die vorgesehene Begriffsanpassung («Betreuung» anstatt «Obhut») bestehende Unklarheiten im Gesetz reduziert und Anschlussfragen, etwa zum Wohnsitz des Kindes, einheitlicher geregelt werden. Damit die Umsetzung der gleichmässigen Betreuungsregelung auf Elternebene möglich ist und die Betreuung zu gleichen Teilen weiter gestärkt werden kann, regen wir zudem an, Eltern bei Konfliktsituationen o.ä. zur Teilnahme an entsprechenden Elternkursen zu verpflichten.

Unabhängig von der Wahl der Variante ist es aus Sicht des Kantons St.Gallen unerlässlich, bei der Festlegung der Betreuungsanteile den zivilrechtlichen Wohnsitz des Kindes festzulegen. Ebenfalls ist Art. 25 ZGB zu redigieren und der Wortlaut anzupassen, da es in der Praxis immer wieder zu Auslegungsschwierigkeiten und somit zu unerwünschten Nebeneffekten hinsichtlich der Bestimmung des zivilrechtlichen Wohnsitzes von minderjährigen Personen kommt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Beat Tinner
Präsident

KANTON ST. GALLEN
REGIERUNG

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zz@bj.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen

per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 21. Oktober 2025

Parlamentarische Initiative 21.449 Kamerzin "Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern"; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Bestrebungen, die alternierende Obhut zu fördern. Dennoch sind wir der Auffassung, dass vorliegend kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht und die Vorlage entsprechend abzulehnen ist. Dies aus folgenden Gründen:

Bereits das geltende Recht trägt der Intention des Gesetzgebers Rechnung, dem Kind die Aufrechterhaltung einer bedeutsamen und dauerhaften Beziehung zu beiden Elternteilen zu ermöglichen. Die konkrete Umsetzung der alternierenden Obhut scheitert in der Praxis jedoch regelmässig nicht an den rechtlichen Voraussetzungen, sondern an den tatsächlichen Bedingungen (insbesondere dem elterlichen Konfliktverhalten), welche keine kindswohlgerechte Umsetzung der alternierenden Obhut zulassen.

Hinsichtlich *Variante 1* ist festzuhalten, dass diese im Wesentlichen die bundesgerichtliche Rechtsprechung kodifiziert. Auf eine Anpassung der gesetzlichen Regelung kann verzichtet werden, da die Justizbehörden diese Rechtsprechung bereits jetzt uneingeschränkt anwenden und

andernfalls der Rechtsmittelweg offensteht. Es erscheint nicht zweckmässig, nur ein Element der umfassenden Kindeswohlprüfung ausdrücklich im Gesetz festzuhalten.

Hinsichtlich *Variante 2* ist festzuhalten, dass eine Anordnung der alternierenden Obhut – entgegen dem übereinstimmend geäusserten Willen der Eltern – in der Praxis kaum je dem Kindeswohl entsprechen dürfte. Ausserdem steht der Wortlaut im Gesetzestext der Variante 2 im Widerspruch zu den Ausführungen im erläuternden Bericht. Der erläuternde Bericht führt mehrfach aus, die Behörde könne von der alternierenden Obhut abweichen, wenn eine andere Betreuungsregelung dem Kindeswohl *besser* entspreche. Der Wortlaut der Variante 2 sieht dagegen eine Abweichung lediglich dann vor, wenn eine andere Betreuungsregelung dem Kindeswohl *am besten* entspricht. Sodann ist anzumerken, dass die entscheidende Behörde bereits nach der im geltenden Recht enthaltenen Offizial- und Untersuchungsmaxime gemäss Art. 296 ZPO – unabhängig von konkreten Anträgen der Eltern oder des Kindes – die für das Kindeswohl beste Betreuungslösung zu wählen hat.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Martin Kessler

REGIERUNGSRAT DES KANTONS SCHAFFHAUSEN

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Kommission für Rechtsfragen des
Nationalrates (RK-N)
3003 Bern

per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

16. September 2025

Vernehmlassung zu 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Maitre
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 24. Juni 2025 eingeladen, zur Vorlage «21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Verschiedene empirische Studien haben ergeben, dass selbst Kinder, deren Eltern im Konflikt stehen, von der alternierenden Obhut profitieren. Aus grundrechtlichen Überlegungen erscheint es zudem als evident, dass die alternierende Obhut als Grundsatz in der Regelung von Betreuungsfragen gelten sollte. Das Bundesgericht hat seit 2017 nicht nur die Kriterien für die Anordnung der alternierenden Obhut in strittigen Fällen definiert, sondern die alternierende Obhut - unter Vorbehalt der Wahrung des Kindeswohls - zum Ausgangspunkt in Betreuungsfragen gemacht, wenn sich Eltern uneinig sind. An der aktuellen Rechtslage und bundesgerichtlichen Rechtsprechung positiv zu werten ist, dass die wichtigsten Risikofaktoren für das Kindeswohl im Einzelfall geprüft werden müssen. Diese Vorsichtsmassnahme erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass allfällige Gefährdungen eines Kindes entdeckt werden, und gewährleistet damit einen besonders guten Kindesschutz.

Aus Sicht des Kantons Solothurn ist die aktuelle Rechtslage rechtsgenüglich. Sie schafft einerseits bei unproblematischen Fällen Klarheit, bietet den Behörden andererseits aber auch in komplexen Fällen die nötigen Grundlagen, um Lösungen zu finden. In sämtlichen Verfahren der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) gilt uneingeschränkt der Untersuchungs- und Offizialgrundsatz. Ausgehend vom Umstand, dass Eltern lediglich bei Uneinigkeit in Betreuungsfragen die KESB anrufen, sind die Kindesschutzbehörden demnach bereits jetzt in jedem Einzelfall dazu gehalten, zu prüfen, ob eine alternierende Obhut angeordnet werden kann. Eine Anpassung des Gesetzestextes erscheint deshalb zur Förderung der alternierenden Obhut nicht notwendig. Gleichzeitig bestehen Zweifel, ob eine Förderung auf diesem Weg erreicht werden kann.

In der Praxis familienrechtlicher Verfahren zeigt sich, dass Kinder dann eine dauerhafte und ausgewogene Beziehung mit beiden Eltern aufbauen und aufrechterhalten können, wenn es den Eltern gelingt, gemeinsame elterliche Verantwortung wahrzunehmen und den elterlichen Blick auf die Bedürfnisse des Kindes zu erhalten. Die Förderung der alternierenden Obhut setzt damit voraus, dass es Gerichten oder Behörden im Rahmen von Verfahren zur Obhutsregelung gelingt,

Eltern in die Verantwortung zu nehmen und deren Blick auf die Bedürfnisse ihrer Kinder zu lenken. Zu diesem Zweck scheinen gesetzgeberische Anpassungen bezüglich der alternierenden Obhut eher ungeeignet. Vielmehr müssten – wie der Bundesrat 2024 in seinem Bericht zur alternierenden Obhut richtig festgestellt hat – den Gerichten und Behörden Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um strittige Eltern nach einer Trennung bei der Reorganisation der gemeinsamen Elternschaft besser zu unterstützen. Verbesserungen, welche zu einer sichtbaren Förderung der alternierenden Obhut führen, ergeben sich damit aus Sicht des Kantons Solothurn nicht aus einer Anpassung des Zivilgesetzbuches (ZGB), sondern durch Anpassungen des bestehenden Familienverfahrensrechts.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.	sig.
Sandra Kolly	Yves Derendinger
Frau Landammann	Staatsschreiber

Regierungsrat des Kantons Schwyz

VERSENDET AM 30. SEP. 2025

kantonschwyz

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail
Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

zz@bj.admin.ch

Schwyz, 23. September 2025

Umsetzung parlamentarische Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.449 Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» den Kantonsregierungen die Unterlagen zum Vorentwurf zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) zur Vernehmlassung bis 15. Oktober 2025 unterbreitet.

Aus Sicht des Kindeswohls genügt die heutige Regelung in Art. 298b Abs. 3ter ZGB für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und in Art. 298 Abs. 2ter ZGB analog für das Gericht, eine adäquate Regelung der Betreuung im Streitfall zu verfügen und dabei alle Varianten der Betreuung (alternative Obhut zu gleichen Teilen oder zu angepassten Teilen, alleinige Obhut) zu evaluieren. Der Regierungsrat spricht sich gegen den Vorentwurf bzw. beide Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative aus. Sollte der Entscheid dennoch auf eine der beiden Varianten fallen, so bevorzugt der Regierungsrat Variante 1.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Kommissionspräsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli
Landammann

Regierungsrat Kanton Schwyz

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:
– die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

Thurgau

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Herr Vincent Maitre
Präsident
3003 Bern

Frauenfeld, 23. September 2025
Nr. 509

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für eine Anpassung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) und teilen Ihnen mit, dass wir dem Entwurf eher kritisch gegenüberstehen. Wir begründen dies wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die alternierende Obhut ist für die Eltern und das Kind eine sehr anspruchsvolle Betreuungsregelung, muss sie doch fortlaufend an sich verändernde Verhältnisse (neue Stundenpläne, Hobbies oder gar neue Wohnsitze) angepasst werden. Dies funktioniert in aller Regel nur dann gut, wenn die Eltern über eine gewisse Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit verfügen. Die Betreuungssituation ist für das Kind verlässlich, stabil und möglichst konfliktfrei zu gestalten. Der Weg dahin kann sowohl für die Eltern als auch für das Kind sehr herausfordernd sein. Auch ist zu beachten, dass die Kinder oftmals einen „Hauptwohnsitz" benötigen und die stetigen Wechsel daher nicht deren Bedürfnissen und Wünschen entsprechen.

In der Praxis führen hauptsächlich reale Lebensumstände – beispielsweise verschiedene Wohnsitze der Eltern oder berufliche Verpflichtungen – zu Problemen bei der Umsetzung der alternierenden Obhut. Es stellen sich insbesondere organisatorische Fragen, z.B. welche Aufsteh- und Fahrzeiten einem Kind zugemutet werden sollen, nur damit eine zusätzliche Übernachtung möglich ist, oder welcher Elternteil für den Transport oder das Abholen des Kindes von der Schule verantwortlich ist. Eine weitere Hürde stellt sodann häufig die finanzielle Situation der Familie dar. Wenn ein Elternteil lange Zeit nicht oder kaum erwerbstätig war, braucht es eine gewisse Zeit, um eine neue oder ausgedehnte Erwerbstätigkeit realisieren zu können. Es ist daher bei knappen finanziellen Verhältnissen häufig schwierig, eine alternierende Obhut anzuordnen, da dafür

Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
T +41 58 345 53 10
www.tg.ch

schlicht die Mittel fehlen. Dabei gilt es zu bedenken, dass die ausreichende finanzielle Sicherheit auch Teil des Kindeswohls darstellt.

Die Einführung eines bevorzugten Modells der alternierenden Obhut darf nicht dazu führen, dass diese Betreuungsform auch in Fällen angeordnet wird, in denen sie dem Kindeswohl eindeutig widerspricht. Insbesondere sind folgende Ausschlusskriterien zwingend zu berücksichtigen:

- Häusliche Gewalt:

  Liegen Hinweise oder Belege für psychische oder physische Gewalt innerhalb der Familie vor, ist eine enge Kooperation der Eltern nicht zumutbar und eine alternierende Obhut in der Regel ausgeschlossen.

- Suchterkrankungen:

  Eine elterliche Suchtproblematik kann die Verlässlichkeit und Stabilität der Betreuung beeinträchtigen.

- Psychische oder physische Erkrankungen:

  Wenn ein Elternteil aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage ist, für das Kind in gleichem Masse zu sorgen, ist eine geteilte Obhut nicht realistisch.

- Elterlicher Dauerkonflikt:

  Ein hohes Konfliktniveau zwischen den Eltern beeinträchtigt das Kind erheblich und steht der für die alternierende Obhut erforderlichen Kooperationsfähigkeit entgegen.

2. Beurteilung der vorgeschlagenen Varianten

Unter Vorbehalt der unter den allgemeinen Bemerkungen dargelegten kritischen Haltung gegenüber der alternierenden Obhut sprechen wir uns klar für Variante 1 aus:

2.1. Variante 1

Variante 1 hält die bundesgerichtliche Rechtsprechung fest. Wenn die alternierende Obhut dem Kindeswohl entspricht, wird diese bereits heute durch die Behörden angeordnet, auch wenn dies nur von einem Elternteil verlangt wird. Es spricht grundsätzlich nichts dagegen, dies im Gesetzestext so auch festzuhalten, denn es erhöht die Rechtssicherheit. Es kann zudem für den Rechtssuchenden durchaus hilfreich sein und für das Betreuungsmodell der alternierenden Obhut, dort wo es sinnvoll und umsetzbar ist, förderlich sein.

2.2. Variante 2

Variante 2 ändert an den vorerwähnten realen Lebensverhältnissen, die eine alternierende Obhut erschweren oder verunmöglichen, ebenfalls nichts. Sie bringt eine Verpflichtung für die Behörden mit, die Möglichkeit der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, unabhängig davon, ob ein entsprechender Antrag gestellt wird. Die Behörden prüfen bereits heute – aufgrund der Offizialmaxime auch ohne entsprechenden Antrag –, ob eine alternierende Obhut für das Kind die beste Lösung darstellt. Einer gesetzlichen Verpflichtung bedarf es dazu nicht. Unklar ist zudem, was unter der Wendung „Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen" zu verstehen ist. Sofern damit gemeint ist, dass die Eltern die Kinder in quantitativer Hinsicht gleich zu betreuen haben, so führt dies zu einer Schwächung der alternierenden Obhut, da sich in der Praxis verschiedenste gemeinsame Betreuungsformen finden, die keine Betreuung zu gleichen Teilen umfassen. Der Begriff der „alternierenden Obhut" ist deshalb vorzuzuziehen, da dieser bewusst nicht als „Betreuung zu gleichen Teilen" definiert wird. Die Eltern haben dadurch die Möglichkeit, die Betreuungsanteile untereinander so zu vereinbaren, wie es ihrem Lebensmodell und dem Wohl des Kindes am besten entspricht. Variante 2 ist aus diesen Gründen klar abzulehnen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

DER REGIERUNGSRAT · DES KANTONS THURGAU ·

Der Staatsschreiber

Numero			Bellinzona
4673	fr	0	1 ottobre 2025

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consiglio nazionale
Commissione degli affari giuridici
3003 Berna

zz@bj.admin.ch (Word e pdf)

Procedura di consultazione concernente il progetto preliminare di modifica del Codice civile (Favorire la custodia alternata) per l'attuazione della iniziativa parlamentare Kamerzin n. 21.449 "Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta"

Stimato Presidente,
gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura di consultazione inerente al progetto preliminare di modifica degli articoli 298 capoverso 2ter e 298b capoverso 3ter del Codice civile e ringraziamo per la facoltà concessa di poterci esprimere in proposito.

Il Consiglio di Stato prende atto che il progetto preliminare pone in consultazione due varianti per l'attuazione dell'iniziativa parlamentare menzionata in epigrafe, nell'ottica di favorire una partecipazione il più possibile paritaria alla cura del figlio se i genitori che esercitano l'autorità parentale congiuntamente non riescono ad accordarsi su un modello di accudimento.

In relazione alle varianti proposte, prendiamo posizione come segue.

- **Variante 1 (Custodia alternata)**

Si prende atto che la prima variante codifica la giurisprudenza del Tribunale federale già in essere, mantenendo la situazione attuale nel caso in cui i genitori sono d'accordo, proponendo tuttavia una leggera modifica degli articoli 298 cpv. 2ter e 298b cpv. 3ter CC laddove i genitori non giungano ad un accordo, segnatamente che il semplice rifiuto di un genitore non impedisce all'autorità competente di valutare e disporre la custodia alternata.

Lo scrivente Consiglio ritiene opportuno che venga mantenuta e riconosciuta la facoltà dell'autorità competente di valutare, caso per caso, l'opportunità di disporre la custodia alternata tra i genitori, privilegiandola soltanto nella misura in cui la stessa risultasse

essere maggiormente conforme all'interesse superiore del figlio. A tal fine, si reputa imprescindibile che il giudice e l'autorità di protezione conservino un adeguato margine di discrezionalità volto a calibrare le modalità di custodia in funzione delle specifiche esigenze del bene primario del figlio – criterio cardine che deve orientare le decisioni dell'autorità nei singoli casi – rispettivamente della concreta situazione famigliare.

La configurazione della custodia alternata in termini rigidamente paritari, sia sotto il piano temporale che organizzativo, risulta eccessivamente restrittiva nonché potenzialmente disfunzionale e inadeguata rispetto alle reali necessità del minore. La preservazione di un'impostazione flessibile, consente una modulazione equilibrata e personalizzata della ripartizione del tempo di permanenza presso ciascun genitore (ad esempio nella misura del 30/70 o 40/60) e permette di garantire il rispetto della realtà quotidiana del minore e delle possibilità effettive di ciascun genitore.

- **Variante 2 (Cura del figlio paritaria)**

La seconda variante di modifica degli articoli 298 cpv. 2ter e 298b cpv. 3ter sancisce l'obbligo dell'autorità competente di valutare sistematicamente l'opportunità di disporre la cura paritaria del figlio (custodia alternata 50-50), indipendentemente dalla presentazione di un'istanza in tal senso da parte di uno dei genitori. Di conseguenza, il giudice e l'autorità di protezione potrebbero discostarsi da tale principio solo se ciò risultasse più conforme al bene del figlio.

Sebbene, in linea teorica, la custodia alternata paritaria sembra apparire come la soluzione ideale per garantire al minore la possibilità di mantenere un rapporto equilibrato e continuativo con entrambi i genitori, l'esperienza maturata dalle preture e dalle autorità di protezione, ha evidenziato come tale modalità di affidamento presupponga delle specifiche condizioni. In effetti, la custodia alternata richiede un elevato livello di cooperazione e comunicazione tra i genitori, nonché la sussistenza di determinati presupposti di natura materiale e strutturale, quali un reddito adeguato, la prossimità delle abitazioni dei genitori e l'esistenza di soluzioni complementari di accudimento del figlio complementari alla famiglia (per es. nidi dell'infanzia, famiglie diurne, centri extrascolastici) o reti di sostegno parentale. Inoltre, non devono essere trascurati il potenziale impatto negativo sul benessere del minore, derivante dalla frequente alternanza del luogo di soggiorno, nonché le implicazioni personali ed economiche che una tale imposizione può comportare per le famiglie interessate.

La custodia alternata richiede una consistente disponibilità temporale da parte di entrambi i genitori, al fine di assicurare una gestione bilanciata e costante della cura del minore. Tale impegno può tradursi in una riduzione dell'orario lavorativo o in una necessaria flessibilità che, se da un lato favorisce la presenza genitoriale, dall'altro può comportare una diminuzione del reddito complessivo familiare, soprattutto nei casi in cui quest'ultimo risulti già esiguo. Ciò può incidere negativamente sulla capacità economica dei genitori di far fronte ai bisogni del minore, determinando l'eventualità di dover ricorrere a forme di sostegno sociale da entrambe le parti. Le difficoltà di natura economica potrebbero altresì generare ulteriori tensioni tra i genitori, compromettendo cooperazione indispensabile per garantire l'efficacia e la stabilità della custodia alternata.

Si ritiene opportuno sottolineare che in Ticino, già nella prassi attuale, i giudici e le autorità di protezione sono costantemente impegnati nella promozione di soluzioni che mirano a favorire la presenza e i contatti di ogni genitore nella vita dei figli. Le decisioni relative alla custodia alternata sono tuttavia generalmente condizionate dalle specifiche circostanze concrete, con particolare riferimento all'organizzazione famigliare, agli impegni professionali dei genitori e alle esigenze del figlio, che variano in funzione dell'età. La limitata diffusione della custodia alternata non deve quindi essere interpretata come l'espressione di una carente volontà da parte dell'autorità giudiziaria e delle autorità di protezione, bensì come conseguenza delle condizioni di vita concrete delle famiglie interessate.

Stante a quanto precede e in considerazione del principio dell'interesse superiore del minore, il Consiglio di Stato aderisce alle proposte di modifica previste nella variante 1.

Vogliate gradire l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Norman Gobbi

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Divisione dell'azione sociale e delle famiglie (dss-dasf@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) (Förderung der alternierenden Obhut) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt.

Wir begrüssen es grundsätzlich, dass eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kinds gefördert werden soll, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Zu bedenken ist allerdings, dass die Umsetzung von Betreuungsregelungen, insbesondere der alternierenden Obhut, entscheidend von den Eltern, deren Möglichkeiten und Verhalten abhängt. Sie können nicht staatlich erzwungen werden.

Von den beiden vorgeschlagenen Varianten favorisieren wir die Variante eins. Dass die Weigerung eines Elternteils der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wurde vom Bundesgericht bereits verbindlich festgelegt. Der Eingang dieser bundesgerichtlichen Rechtsprechung ins Gesetz dürfte nur - aber immerhin - für mehr Klarheit sorgen.

Demgegenüber ist die Variante zwei abzulehnen. Diese würde die zuständige Behörde, unabhängig von einem entsprechenden Antrag eines Elternteils oder betroffenen Kinds, dazu verpflichten, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung der Kinder zu gleichen Teilen zu prüfen. Dies hätte eine deutliche Mehrbelastung der zuständigen Behörde zur Folge und würde, bei

fehlenden personellen Ressourcen der Behörden, zu unangemessen langen Verfahrensdauern und damit zu Rechtsunsicherheit bei den Eltern führen, was letztlich dem Wohl der betroffenen Kinder abträglich wäre.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 23. September 2025

REGIERUNGSRAT DES KANTONS URI

Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann	Der Kanzleidirektor
Christian Arnold	Roman Balli

canton de vaud
LIBERTÉ ET PATRIE

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur
Vincent Maître
Président de la
Commission des affaires juridiques
du Conseil national
3003 Berne

Par courriel à : zz@bj.admin.ch

Réf. : 25_COU_6063

Lausanne, le 1er octobre 2025

Avant-projet de modification du Code civil - Initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de révision mentionné en objet.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes cantonaux concernés, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

I. Remarques d'ordre général

Le Conseil d'Etat soutient la volonté d'agir dans le but de favoriser, en cas de divorce ou de séparation, la mise en place d'un mode de garde le plus égalitaire possible et centré sur le bien de l'enfant.

Le projet soumis à consultation, dans sa variante 1, paraît de nature à renforcer les liens familiaux, sans instaurer de contrainte procédurale supplémentaire se répercutant sur les familles et autorités. En ce sens, le Conseil d'Etat, dans sa majorité, estime qu'il mérite un accueil favorable.

II. Remarques particulières

1. Variante 1 (garde alternée) : art. 298, al. 2ter et art. 298b, al. 3ter CC

Cette variante du projet de réforme est soutenue par le Conseil d'Etat vaudois, même si elle ne devrait pas modifier fondamentalement la situation actuelle dans le canton, dès lors qu'elle correspond à la pratique des autorités judiciaires vaudoises.

En précisant que le refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution de la garde alternée, le projet propose une codification bienvenue de la jurisprudence actuelle. Ancrer ce mécanisme dans la loi pourrait en effet empêcher la

naissance de conflits autour de cette question et inciter les parties à adhérer à un tel mode de garde.

2. Variante 2 (prise en charge de l'enfant à parts égales) : art. 298, al. 2ter et art. 298b, al. 3ter CC

La proposition d'instaurer un examen systématique de la possibilité d'établir une garde alternée en cas de désaccord entre les parents, y compris en l'absence d'une demande en ce sens, paraît trop rigide et de nature à rallonger et complexifier des procès sensibles nécessitant, en particulier pour le bien de l'enfant, un traitement efficace. Un tel mécanisme impliquerait en outre une sollicitation excessive des parties, et l'examen des éléments factuels délicats nécessaire à l'analyse de sa faisabilité pourrait même générer des conflits supplémentaires entre parents.

Les *raisons objectives* permettant de déroger à la mise en œuvre d'une garde alternée en cas de désaccord des parents (p. 20 du rapport : p. ex. violences domestiques ou grande distance géographique entre les domiciles des parents) semblent trop rigoureuses car incompatibles avec la réalité de la majorité des familles, qui ne sont concrètement pas en mesure de mettre en place une prise en charge plus égalitaire, que ce soit pour des raisons d'obligations professionnelles ou financières, en particulier liées à la possibilité de disposer de deux logements aux capacités d'accueil équivalentes.

La modification terminologique proposée (*prise en charge de l'enfant* au lieu de *garde*) pourrait créer des confusions entre les notions de prise en charge personnelle et financière de l'enfant. De surcroît, pour être cohérente, une telle modification ne devrait pas se limiter à ces deux dispositions mais englober toutes les normes pertinentes en matière tant d'entretien que de garde.

3. Prise en compte des violences domestiques dans le cadre de la fixation du droit de garde

Le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques (pp. 20 et 24) mentionne la problématique des violences domestiques uniquement en lien avec la variante 2, en ce sens qu'elle constitue un motif permettant de refuser la mise en œuvre d'une garde alternée.

Le Conseil d'Etat vaudois estime nécessaire d'ancrer dans la loi, quelle que soit la variante du projet retenue, le principe selon lequel la violence domestique constitue un obstacle à la mise en œuvre d'une garde alternée, la garde devant dans ce cas être attribuée exclusivement au parent non violent, et cela même si la violence n'est pas dirigée contre les enfants.

III. Conclusion

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat soutient les principaux objectifs de ce projet de révision, considérant toutefois que seule la variante 1 est de nature à atteindre l'objectif poursuivi de maintien des liens familiaux, tout en maintenant le bien de l'enfant comme maxime suprême permettant de déterminer le mode de prise en charge.

Plusieurs réserves doivent en effet être formulées en lien avec la variante 2 proposée, dans le sens exposé ci-dessus.

Le Conseil d'Etat souhaite également voir ancré dans la loi le principe selon lequel la personne auteure de violence domestique ne saurait se voir attribuer un quelconque droit de garde.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux observations du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE	LE CHANCELIER
Christelle Luisier Brodard	Michel Staffoni

Copies

- Office des affaires extérieures
- Direction générale des affaires institutionnelles et des communes, Direction des affaires juridiques

Conseil d'Etat
Staatsrat
CP 670, 1950 Sion
CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

2025.03923

P.P. CH-1951 Sion A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur
Vincent Maître
Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil national
3003 Berne

Notre réf. SB

Date 24 SEP. 2025

21.449 n Iv. pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté sur l'avant-projet de mise en œuvre de l'initiative parlementaire citée en exergue et vous communique, ci-après, sa détermination.

Il ressort des deux études interdisciplinaires commandées à la suite du postulat 21.4141 Silberschmidt du 29 septembre 2021 que les modalités de prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce sont le plus souvent décidées par les parents eux-mêmes et non par l'autorité (juge ou autorité de protection de l'enfant), cette dernière se limitant à examiner si la solution proposée est possible et compatible avec le bien de l'enfant.

De manière générale, les solutions consensuelles sont plus profitables aux enfants, une solution sur laquelle les parents se sont mis d'accord ayant vraisemblablement plus de chance de perdurer qu'une solution imposée par l'autorité. Dès lors, il est important que le présent avant-projet ne modifie pas le principe selon lequel un accord entre les parents sur la prise en charge de leur enfant a toujours la priorité. En effet, que ce soit pour une garde alternée égalitaire ou une autre organisation, c'est surtout la capacité des parents à se mettre d'accord et à trouver une communication respectueuse qui fera la différence pour le bien de l'enfant.

De plus en plus de pères s'investissent dans les soins et l'éducation de leurs enfants. Pourtant, les couples dans lesquels la prise en charge est plutôt égalitaire pendant la vie commune restent rares. Cela ne résulte pas forcément d'un choix des familles, mais aussi de la lente évolution du monde du travail concernant la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale, de la réalité économique des familles et des stéréotypes persistants sur les rôles attribués aux pères et aux mères. En conséquence, lorsqu'une répartition plus égalitaire de la prise en charge des enfants entre les parents dès la naissance sera soutenue et encouragée par les différentes bases légales et les conditions de travail, alors elle sera d'autant plus facilement maintenue après une séparation.

Lorsque les tâches étaient réparties de façon unilatérale avant la séparation et que celle-ci induit une modification profonde et immédiate du modèle familial, l'autorité doit vérifier que les modalités de prise en charge sont réalistes et s'assurer que l'un des parents ne demande pas la garde alternée (ou exclusive) pour des raisons purement financières. Elle peut d'ailleurs suggérer aux parents une adaptation graduelle de la garde et convenir de phases d'essai avant de prononcer une décision définitive.

La garde alternée est une des options, mais elle ne peut pas, à l'instar des autres options, être définie, dans l'abstrait, comme la solution qui en cas de désaccord entre les parents correspondrait le mieux au bien de l'enfant. Le rapport explicatif expose clairement que selon les expériences en Suisse et ailleurs, pour le bien de l'enfant, chaque cas doit être examiné individuellement. Dans les pays où la priorité avait été donnée dans la loi à la garde alternée, les limites de cette approche ont été constatées et des propositions de revenir au modèle du cas par cas sont émises.

Le Tribunal fédéral a défini les critères pour la mise en place de la garde alternée dans les cas litigieux, en soulignant la volonté législative de promouvoir la coparentalité sous la forme d'une garde alternée après la séparation ou le divorce. L'autorité doit ainsi évaluer, sur la base de la situation de fait actuelle ainsi que de celle qui prévalait avant la séparation des parties, si l'instauration d'une garde partagée est à même de préserver le bien de l'enfant. Au nombre des critères essentiels pour cet examen, entrent en ligne de compte les capacités éducatives des parents de communiquer et coopérer avec l'autre, compte tenu des mesures organisationnelles et de la transmission régulière d'informations que nécessite ce mode de garde. Il faut aussi tenir compte de la situation géographique et de la distance séparant les logements des deux parents, la stabilité que peut apporter à l'enfant le maintien de la situation antérieure, la possibilité pour chaque parent de s'occuper personnellement de l'enfant, l'âge de ce dernier et son appartenance à une fratrie ou un cercle social ainsi que le souhait de l'enfant s'agissant de sa propre prise en charge (arrêt du Tribunal fédéral du 22 avril 2022 dans la cause 5A_932/2021 consid. 3.1; ATF 142 III 617 consid. 3.2.3).

Compte tenu du fait que les critères rappelés ci-dessus sont interdépendants et que leur importance varie en fonction du cas d'espèce, le Conseil d'Etat considère qu'il n'est pas indiqué d'inscrire dans le Code civil le principe d'une participation à parts égales à la prise en charge de l'enfant, avec la possibilité de s'en écarter si le bien de ce dernier le commande (variante 2). En effet, si la loi devait poser le principe d'une prise en charge symétrique de l'enfant, la jurisprudence n'y dérogerait qu'exceptionnellement, et ce au détriment d'une recherche d'une solution sur mesure adaptée aux besoins de l'enfant. De plus, le fait d'imposer à l'autorité l'obligation d'examiner la possibilité d'une prise en charge de l'enfant à parts égales dans chaque cas, indépendamment d'une demande en ce sens, apparaît éloigné de la réalité.

Dans ces circonstances, le Conseil d'Etat soutient la variante 1 pour les motifs exposés ci-dessus.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Mathias Reynard

CANTON DU VALAIS
CONSEIL D'ETAT

La chancelière

Monique Albrecht

Copie à zz@bj.admin.ch

Kanton Zug

Regierungsrat

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail
Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates RK-N
3003 Bern

Zug, 30. September 2025 rv

Vernehmlassung zu n Pa. Iv. 21.449 Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 haben Sie uns zu «21.449 n Pa. Iv. 21.449 Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» zur Vernehmlassung mit Frist bis 15. Oktober 2025 eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen wie folgt Stellung.

Allgemeines
Der Kanton Zug begrüsst die Bestrebungen der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, die Bestimmungen betreffend die alternierende Obhut im Rahmen der gemeinsamen elterlichen Sorge in Art. 298 Abs. 2ter und 3ter Zivilgesetzbuch (ZGB; SR 210) präziser zu fassen. Es ist nachvollziehbar, dass die Begrifflichkeit der Obhut überprüft werden soll, weil im geltenden Recht nur die Möglichkeit der Anordnung einer «alternierenden Obhut» oder einer «alleinigen Obhut mit Besuchsrecht» besteht. Zudem lässt die bundesgerichtliche Rechtsprechung die Tendenz erkennen, dass die Anordnung einer alternierenden Obhut immer häufiger wird und eine Abweichung davon stichhaltig zu begründen ist.

Der Kanton Zug begrüsst weiter, dass die alternierende Obhut auch künftig nicht automatisch anzuordnen ist, sondern vielmehr das Kindeswohl die oberste Richtschnur bei der Beurteilung durch ein Gericht oder eine Kindesschutzbehörde bleibt und diese Organe weiterhin ihren Ermessensspielraum behalten.

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates stellt zwei Varianten für die Umsetzung des Anliegens zur Diskussion: Gemäss Variante 1 muss die Möglichkeit einer alternierenden Obhut geprüft werden, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. Neu sieht die Bestimmung vor, der alternierenden Obhut den Vorzug zu geben, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Ebenfalls wird verankert, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut Folge zu leisten, der Anordnung derselben nicht entgegensteht. Dies entspricht der Praxis des Bundesgerichts.

Regierungsgebäude, Seestr. 2, 6300 Zug
T +41 41 594 11 11
zg.ch

Variante 2 geht dahingehend weiter, als dass die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet wird, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen – und nicht lediglich eine alternierende Obhut. Davon ist nur dann abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

Antrag
Die Variante 1 sei zu bevorzugen.

Begründung
In der Praxis wird die alternierende Obhut zunehmend berücksichtigt, sofern die Eltern über die entsprechende Kooperationsfähigkeit verfügen und die äusseren Umstände eine alternierende Obhut zulassen. Sie bleibt aber weiterhin nicht der Regelfall, weil oftmals die Lebensumstände der Eltern diese verunmöglichen oder die Eltern verstritten sind. Insbesondere mit kleineren Kindern kann bereits eine geringe Distanz zwischen den Wohnorten eine alternierende Obhut verunmöglichen, ebenfalls können die beruflichen Situationen sowie die finanziellen Möglichkeiten der beiden Elternteile einer alternierenden Obhut im Wege stehen. In Variante 2 wird nicht nur die alternierende Obhut festgeschrieben, sondern die «Betreuung zu gleichen Teilen». An ausgeglichene Betreuungsleistungen beider Elternteile werden noch höhere Anforderungen betreffend die Kompatibilität der Wohn- und Arbeitssituationen der Eltern gestellt. So müssen beide Elternteile in Teilzeit arbeiten können und in möglichst geringer Nähe zueinander wohnen. So erscheint die «Betreuung zu gleichen Teilen» eine Variante mit zu vielen Hindernissen, als dass sie als Standardlösung sinnvoll sein könnte. Zudem impliziert die Formulierung in Variante 2, dass die Beachtung des Kindeswohls nachrangig sei, also von der «Betreuung zu gleichen Teilen» nur abgewichen werden könne, wenn das Kindeswohl gefährdet sei. Dies ist nicht sachgerecht, entspricht dies einerseits nicht den tatsächlichen Gegebenheiten und andererseits auch nicht der geltenden Rechtspraxis.
In Variante 1 wird das Kindeswohl explizit als entscheidendes Kriterium genannt bei der Beurteilung, welches Betreuungsmodell im konkreten Fall das beste sein soll. Dies ist aus fachlicher Sicht richtig und wichtig und entspricht denn auch im Kanton Zug gängiger Praxis. Weiter begrüsst der Kanton Zug die Neuerung in Variante 1, dass der Widerstand eines Elternteils allein kein Ausschlusskriterium für die Anordnung einer alternierenden Obhut sein darf. Daher ist die Formulierung in Variante 1 derjenigen der Variante 2 klar vorzuziehen.

Generelle Anregung
Das Familienrecht ist ein sehr dynamisches Rechtsgebiet. Gerade in den letzten Jahren hat es – auf Stufe Rechtsprechung sowie auf Stufe Gesetz – grosse Umbrüche erfahren. «Mini-Revisionen» einzelner Bestimmungen sind daher grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr drängt sich eine gesamtheitliche Betrachtung auf. Bei einer solchen wäre insbesondere zu prüfen, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, an den Begriffen «Obhut» (damit auch alternierende Obhut), «persönlicher Verkehr» und «Besuchsrecht» festzuhalten. Diese Begriffe führen – wie dies bei den betreffenden Behörden täglich zu beobachten ist und sich im Übrigen auch in der Begründung der parlamentarischen Initiative zeigt – zu unnötigem Streit zwischen den Eltern, zumal beispielsweise unklar ist, ab welchem Betreuungsanteil überhaupt von alternierender Obhut ge-

sprochen werden kann. Es würde sich deshalb empfehlen, im Gesetz künftig ausschliesslich von Betreuung zu sprechen; damit ist auch die Betreuungsverantwortung gemeint. Wesentlich ist nämlich einzig, wer das Kind wann betreut bzw. wann für das Kind verantwortlich ist. Solche und ähnliche Überlegungen sollten alsdann in eine allfällige Gesamtbetrachtung einfliessen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Antrags.

Zug, 30. September 2025

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Andreas Hostettler
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Mitteilung per E-Mail an:
- Kommission für Rechtsfragen RK-N (zz@bj.admin.ch; PDF und Word-Version)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch)
- Zuger Obergericht (info.og@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (info.kes@zg.ch)
- Kantonales Sozialamt (sozialamt@zg.ch)

Kanton Zürich
Regierungsrat
staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Elektronisch an zz@bj.admin.ch

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

24. September 2025 (RRB Nr. 980/2025)
Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, Förderung der alternierenden Obhut (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 24. Juni 2025 haben Sie uns die geplante Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) zur Vernehmlassung unterbreitet (Förderung der alternierenden Obhut). Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

A. Ausgangslage und aktuelle Rechtsprechung

Seit dem 1. Januar 2017 ist die zuständige Behörde (Gericht oder Kindesschutzbehörde) bei gemeinsamer elterlicher Sorge gesetzlich verpflichtet, bei Uneinigkeit der Eltern zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter und 298b Abs. 3ter ZGB). Das Bundesgericht hat in seiner seither ergangenen Rechtsprechung die wesentlichen Kriterien für die behördliche Anordnung der alternierenden Obhut definiert (vgl. BGE 142 III 617, E. 3.2.3, und BGE 142 III 612, E. 4.2 und 4.3). Gemäss dieser steht das Kindeswohl für die Regelung des Eltern-Kind-Verhältnisses an erster Stelle; die Wünsche der Eltern haben in den Hintergrund zu treten. Im Vergleich zur gemeinsamen elterlichen Sorge (vgl. Art. 296 Abs. 2, Art. 298 Abs. 1, Art. 298b Abs. 2 ZGB) handelt es sich bei der alternierenden Obhut jedoch nicht um einen vom Gesetz vorgegebenen Regelfall. Vielmehr verpflichtet das Gesetz die Behörden im Einzelfall dazu, die Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu prüfen, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. Das Gericht bzw. die Kindesschutzbehörde hat dabei eine sachverhaltsbasierte Prognose abzugeben und die zum Wohl des Kindes beste Obhuts- und Betreuungsregelung zu treffen (vgl. zum Ganzen: BGE 142 III 612, E. 4.2 und 4.3). Kriterien, die zur Beurteilung über die alternierende Obhut herangezogen werden können, sind u. a. die Erziehungsfähigkeit der Eltern, die Bereitschaft der Eltern zur Kommunikation und Kooperation, deren geografische Wohnsituation sowie die Möglichkeit der Eltern, das Kind persönlich zu betreuen. Auch der Wunsch des Kindes wird mitberücksichtigt.

Zudem ist in der Praxis des Bundesgerichts eine Tendenz zu erkennen, dass die alternierende Obhut immer häufiger angeordnet wird und eine Abweichung davon stichhaltig zu begründen ist. Gemäss Bundesgericht darf allein aus dem Umstand, dass sich ein Elternteil einer alternierenden Betreuungsregelung widersetzt, nicht ohne Weiteres auf eine fehlende Kooperationsfähigkeit der Eltern geschlossen werden, die einer alternierenden Obhut im Wege steht.

B. Inhalt der Vorlage

Die Vernehmlassungsvorlage will eine möglichst gleichmässige Beteiligung der Eltern an den Obhuts- und Betreuungspflichten des Kindes bei gemeinsamer elterlicher Sorge fördern, denn gemäss der RK-N machen die zuständigen Gerichte sowie die Kindesschutzbehörden die Anordnung der alternierenden Obhut mehrheitlich von einer Vereinbarung der Parteien abhängig (erläuternder Bericht, S. 17). Die heutige Gerichtspraxis verlangsamt gemäss der RK-N eine schnellere Verbreitung der alternierenden Obhut. Die Gerichte sowie die Kindesschutzbehörden sollen künftig der alternierenden Obhut den Vorzug geben, wenn sie dem Wohl des Kindes entspricht.

Vor diesem Hintergrund hat die RK-N zwei alternative Vorschläge ausgearbeitet:
– Variante 1 sieht vor, dass die Behörden nicht nur die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüfen, wenn dies von einem Elternteil oder einem Kind verlangt wird, sondern sie haben diesem Betreuungsmodell den Vorzug geben, wenn es dem Wohl des Kindes am besten entspricht. Die Ablehnung eines Elternteils steht der Anordnung nicht im Weg.
– Variante 2 sieht im Unterschied zur Variante 1 eine gesetzliche Pflicht der Behörden vor, die Möglichkeit einer alternierenden Obhut des Kindes in jedem Fall zu prüfen, unabhängig davon, ob ein entsprechender Antrag gestellt wird oder nicht.

C. Beurteilung der Vorlage

Evaluation der bisherigen Gerichtspraxis

Der Bundesrat hat zur Evaluation der Gerichtspraxis zur alternierenden Obhut zwei interdisziplinäre Studien in Auftrag gegeben und einen Bericht dazu verfasst (Bundesrat, Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts, 24. April 2024 [nachfolgend: Bericht des Bundesrates]). Dem Bericht ist zu entnehmen, dass sich die Annahme, die erst- und zweitinstanzlichen Gerichte würden eine schnellere Verbreitung der alternierenden Obhut verhindern, in den Studien nicht bestätigt hat. Der Bericht hebt vielmehr hervor, dass die alternierende Obhut bzw. die Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung der Kinder nach einer Trennung oder Scheidung in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Die meisten Eltern einigen sich über die Regelung der Kindesbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung. Die Studien haben gezeigt, dass der Entscheid, auf die alternierende Obhut zu verzichten, meistens von den Eltern selbst und nicht von den Gerichten getroffen wird. Entscheidend dafür sind primär die anspruchsvollen materiellen Voraussetzungen dieser Betreuungsform, insbesondere die Distanz zwischen den Wohnorten der Eltern sowie auch die finanziellen Voraussetzungen, um beispielsweise zwei ausreichend grosse Wohnungen zu finanzieren. Schliesslich hebt der Bericht hervor, dass sich die meisten Richterinnen und Richter bemühen, mit zerstrittenen Eltern passende individuelle Lösungen für die Kinderbetreuung zu diskutieren und zu entwickeln.

Der Bundesrat erachtet die heutige Gerichtspraxis im Zusammenhang mit der alternierenden Obhut, welche das Kindeswohl und die Einzelfallbetrachtung in den Fokus stellt, als differenziert, ausreichend und zielführend. Aufgrund dieser Erkenntnisse ist der Bundesrat der Überzeugung, dass bei der Festlegung der alltäglichen Kinderbetreuung zwischen den Elternteilen die Prüfung des Einzelfalles der beste, weil überzeugendste Ansatz ist. Vor diesem Hintergrund liegt für den Regierungsrat die Vermutung nahe, dass es keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf bei der alternierenden Obhut gibt.

Förderung einer gleichberechtigten Kinderbetreuung durch beide Elternteile

Gemäss dem erläuternden Bericht ist das Ziel der Gesetzesrevision die Förderung einer gleichberechtigteren Regelung der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern, sodass ein egalitäres Familienbetreuungsmodell entstehen kann. Da die Beteiligung der Väter an Familien- und Hausarbeit sowie die externe Betreuung von Kindern zugenommen hätten, sind laut der RK-N heutzutage die meisten Väter in der Lage, ihr Berufsleben so zu gestalten, dass sie ihre Kinder länger als im Rahmen des «üblichen Besuchsrechts» betreuen können.
In der Lehre und Praxis geht man heute ebenfalls davon aus, dass Kinder für eine optimale Entwicklung eine starke Bindung zu mehreren elterlichen Bezugspersonen aufbauen und pflegen sollten. In diesem Sinne verankert auch Art. 7 Abs. 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (KRK; SR 0.107) den Grundsatz, dass Kinder, wann immer möglich, das Recht haben, von ihren Eltern betreut zu werden (Art. 7 Abs. 1 KRK). Die Mitgliedstaaten bemühen sich im Rahmen des Kindeswohls (Art. 3 KRK), sicherzustellen, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind (Art. 18 Abs. 1 KRK).
Im Sinne des Kindeswohls hat eine paritätische Erziehung und Betreuung der Kinder durch beide Elternteile gemäss Lehre und Praxis bereits vor einer möglichen Trennung bzw. Scheidung zu erfolgen. So hält Art. 18 Abs. 2 und 3 KRK fest, dass die Mitgliedstaaten die Eltern in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, Kinder zu erziehen, zu unterstützen und für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern zu sorgen haben (Art. 18 Abs. 2 KRK). Dazu gehören gemäss KRK genügend Kinderbetreuungsangebote, sodass es Eltern ermöglicht wird, ihre Erwerbs- und Familienarbeit gleichmässig aufzuteilen (Art. 18 Abs. 3 KRK).
Dessen ungeachtet liegt die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung in der Schweiz laut den neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) nach wie vor mehrheitlich bei den Müttern. Dies zeigt sich namentlich daran, dass 2024 in Paarhaushalten mit Kindern das am weitesten verbreitete Modell jenes war, in dem der Vater Vollzeit und die Mutter Teilzeit arbeitet. Laut BFS trugen 2023 in nahezu der Hälfte der Haushalte, die aus einem Paar bestehen, die Frauen die Hauptverantwortung für die Hausarbeit (49%). Haushalte, in denen die Hausarbeit hauptsächlich vom Mann übernommen wird, sind hingegen selten (4%).
Vor diesem Hintergrund weisen insbesondere die Kinderschutzbehörden darauf hin, dass die alternierende Obhut nach einer Trennung bzw. Scheidung nicht in allen Fällen die richtige Lösung darstellt. Eine asymmetrische Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit vor und nach einer Trennung bzw. Scheidung hängt deshalb auch mit der Unvereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zusammen sowie mit der finanziellen Realität vieler Familien, die sich eine paritätische oder externe Kinderbetreuung nicht leisten können. Aus diesem Grund ist in jedem Einzelfall zu prüfen, inwiefern die Beteiligung beider Elternteile an der Kinderbetreuung nach einer Scheidung oder Trennung dem Kindeswohl und den Lebensrealitäten der Eltern entspricht. Wird die behördliche Anordnung der alternieren-

den Obhut zum Regelfall, wie es die Vorlage vorsieht, und wird sie ungeachtet der Betreuungsrealitäten vor der Trennung den Eltern auferlegt, kann sie sich auch negativ auf das Kindeswohl auswirken. Die erfolgreiche Umsetzung der alternierenden Obhut ist laut Praxis anspruchsvoll und setzt neben einer funktionierenden Elternschaft ebenfalls voraus, dass beide Elternteile die notwendige berufliche Flexibilität und die finanziellen Mittel haben, um einen massgebenden Anteil an der Kinderbetreuung zu leisten. Im Weiteren weist die Praxis darauf hin, dass die Betreuung eines Kindes zu gleichen Teilen die Bestimmung des Wohnsitzes und des Aufenthaltsortes des Kindes stark erschwert. Hinzu kommt, dass die Zahl von streitenden Eltern nach den Erfahrungen der Kindeschutzbehörde zunimmt und mittlerweile rund die Hälfte der Kindesschutzmassnahmen in diesem Kontext angeordnet werden.
Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die alternierende Obhut nicht voraussetzungslos, sondern aufgrund der realen Lebensumstände der sich trennenden Eltern angeordnet werden sollte. Der Schutz des Kindeswohls setzt gemäss Praxis und Lehre nicht notwendigerweise eine alternierende Obhut voraus. Das Kindeswohl kann auch mittels individueller Lösungen – namentlich der alleinigen Obhut mit erweitertem Besuchsrecht – unterstützt und aufrechterhalten werden.

Regelung der alternierenden Obhut bei häuslicher Gewalt

Die alleinige Obhut eines Elternteils soll laut dem erläuternden Bericht weiterhin möglich sein, wenn dies der Schutz des Kindeswohls erfordert. Als Beispiel nennt der Bericht «Situationen häuslicher Gewalt» oder andere objektive Gründe, wie eine erhebliche geografische Distanz zwischen den Wohnorten der Eltern. Der erläuternde Bericht geht nicht weiter auf die Beurteilung von Obhutsfragen bei häuslicher Gewalt ein.
Im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention (SR 0.311.35) hat das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) einen Bericht zum Thema «Unterstützungsangebote und Schutzmassnahmen für Kinder, die Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung ausgesetzt sind» veröffentlicht. Laut diesem sind jährlich rund 27 000 Kinder in der Schweiz elterlicher Partnerschaftsgewalt ausgesetzt. Häusliche Gewalt wirkt sich nachweislich negativ auf die physische und psychische Gesundheit und mithin auf das Wohl des Kindes aus. Gerade in konfliktbehafteten Familienkonstellationen kann eine gesetzlich angeordnete alternierende Obhut gemäss Bericht gravierende Folgen für Kinder haben.
Der Bericht des EBG weist darauf hin, dass häusliche Gewalt in aller Regel einen Ausschlussgrund für eine alternierende Obhut darstellt, da diese konstruktive Konfliktbewältigungsfähigkeiten der Eltern und eine funktionierende Elternschaft voraussetzen. Allerdings zeigt der Bericht auf, dass häusliche Gewalt in Trennungs- bzw. Scheidungsverfahren oftmals nicht ausreichend mitberücksichtigt wird. Es kommt nicht selten vor, dass Fälle häuslicher Gewalt den Behörden nicht bekannt sind und dass die betroffene Person ihre Erfahrungen im Trennungsverfahren nicht erwähnt, um Letzteres nicht zu verzögern. Der Bericht hat gezeigt, dass nur 30% der befragten Richterinnen und Richter bei Scheidungen in jedem Fall abklären, ob elterliche Paargewalt vorliegt.
Vor dem Hintergrund, dass häusliche Gewalt erhebliche Folgen für das Kindeswohl hat, greift die Vorlage die Risiken einer gesetzlichen Förderung von alternierender Obhut im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt kaum auf. Insbesondere Variante 2 verpflichtet die zuständige Behörde, systematisch und von Amtes wegen zu prüfen, ob die alternierende Obhut angeordnet werden kann. Dieser Regelfall kann dazu führen, dass in Fällen, in denen das Vorliegen von häuslicher Gewalt den Behörden nicht bekannt ist oder von Letzteren nicht mitberücksichtigt wird, eine alternierende Obhut angeordnet wird.

Folglich ist für uns nicht ersichtlich, inwiefern sich die beiden vorgeschlagenen Varianten eignen, den Schutz des Kindeswohls bei Scheidungen oder Trennungen im Falle von häuslicher Gewalt zu verbessern.

Alternierende Obhut für den Unterhaltsbetrag

Schliesslich hat die Vernehmlassungsvorlage auch Auswirkungen auf die Berechnung des zu zahlenden Unterhaltsbeitrags, der heute in der Regel der Mutter zugutekommt, da sie aufgrund von Kinderbetreuungspflichten in den meisten Fällen ein tieferes Einkommen als der Vater hat. Durch die Anordnung einer alternierenden Obhut kann der Unterhaltsbeitrag herabgesetzt werden. Dies wirkt sich insbesondere für Mütter nachteilig aus. Nach einer Scheidung sind die Einkommensverluste bei Müttern mit minderjährigen Kindern besonders hoch (38%), während Männer nur geringe Verluste erleiden, selbst unter Berücksichtigung der Unterhaltszahlungen (3–5%). Trotz einer höheren Arbeitsmarktbeteiligung erreichen Frauen aufgrund ihrer Betreuungsaufgaben oft kein ausreichendes Einkommen. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint eine Einzelfallbeurteilung der Anordnung einer alternierenden Obhut sinnvoll.

D. Fazit: Kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf

Aus den aufgeführten Gründen erachten wir die Vorlage in beiden Varianten als nicht geeignet, den Schutz des Kindeswohls bei Scheidungen oder Trennungen zu verbessern. Des Weiteren schliessen wir uns der Praxis sowie der Haltung des Bundesrates an, dass bei der Zuteilung der alltäglichen Kinderbetreuung die Prüfung des Einzelfalls der beste Ansatz ist (vgl. Bericht des Bundesrates, S. 27). Da die Einzelfallbeurteilung bereits Gegenstand der bestehenden Praxis der Gerichte sowie der Kindesschutzbehörden ist, sehen wir – wiederum in Einklang mit dem Bundesrat und der Praxis – keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, weshalb wir beide Varianten der Vorlage ablehnen. Das geltende Recht und die Rechtsprechung ermöglichen es den verantwortlichen Behörden bereits heute, die alternierende Obhut zu prüfen und gegebenenfalls anzuordnen, wenn dies dem Wohl des Kindes am besten entspricht oder sie aufgrund einer einvernehmlichen Regelung zwischen den Eltern verlangt wird.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Die Staatsschreiberin:

Dr. Martin Neukom Dr. Kathrin Arioli

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2025

Vernehmlassung: 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Seit 2017 ist die zuständige Behörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. In der Praxis wird jedoch oftmals die Obhut lediglich einem Elternteil übertragen, zumal bestimmte erst- und zweitinstanzliche Gerichte entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung die alternierende Obhut nur dann anordnen, wenn beide Eltern damit einverstanden sind. Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative soll diese Praxis korrigiert und die alternierende Obhut gestärkt werden. Dabei werden zwei Varianten vorgeschlagen. Bei der Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Dabei wird auch gesetzlich verankert, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht. Bei der Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

Eine Stärkung der alternierenden Obhut zum Wohle des Kindes

Die Mitte unterstützt entschieden die vorliegende parlamentarische Initiative. Wir sind der Ansicht, dass die alternierende Obhut, sofern die Umstände dies zulassen, den Bedürfnissen und dem Kindswohl am besten entspricht.

Die alternierende Obhut fördert eine ausgewogene und dauerhafte Beziehung zu beiden Elternteilen. Sie verringert auch das Risiko, dass das Kind bei einer Trennung instrumentalisiert wird. Darüber hinaus ermöglicht die alternierende Obhut den Kindern, ihre Beziehungen zu ihren Grosseltern und dem erweiterten Familienkreis auf beiden Seiten leichter aufrechtzuerhalten, was zu ihrem emotionalen und sozialen Gleichgewicht und ihrer persönlichen Entwicklung beiträgt.

Ein Modell, das den heutigen Realitäten entspricht

Die Entwicklung des Familien- und Berufslebens zeigt, dass heute in vielen Fällen beide Elternteile in der Lage sind, ihre elterlichen Pflichten gemeinsam wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund hält Die Mitte es für unerlässlich, die alternierende Obhut zu stärken, damit beide Elternteile ihre Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber ihren Kindern wahrnehmen können.

Die Mitte
Schweiz

Seilerstrasse 8a
Postfach
CH-3001 Bern

T 031 357 33 33
info@die-mitte.ch
die-mitte.ch

Die alternierende Obhut trägt auch zur Gleichstellung der Eltern bei. Sie fördert die Möglichkeit für beide Elternteile – insbesondere für Mütter –, eine berufliche Tätigkeit auszuüben oder wieder aufzunehmen.

Variante 1 als bevorzugte Lösung

Aus all diesen Gründen unterstützt Die Mitte diese parlamentarische Initiative zur Förderung der alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge. Beide Varianten zielen in die richtige Richtung. Ganz allgemein begrüsst Die Mitte zudem den grundsätzlichen Vorrang einer Vereinbarung zwischen den Eltern über die Betreuung ihrer Kinder.

Von beiden Varianten bevorzugt Die Mitte die vorgeschlagene Variante 1. Im Gegensatz zur Variante 2 wird der Begriff der alternierenden Obhut nicht als Betreuung zu gleichen Teilen definiert, womit den tatsächlichen Verhältnissen besser Rechnung getragen kann. Gleichwohl wird bei der Variante 1 im Unterschied zum geltenden Recht ausdrücklich festgehalten, dass die blosse Weigerung eines Elternteils kein Hindernis für die Prüfung und Anordnung einer alternierenden Obhut darstellen darf. Zudem muss die Behörde die alternierende Obhut nicht nur prüfen, sondern richtigerweise dieser auch den Vorzug geben, wenn sie dem Wohl des Kindes am besten entspricht. Die Mitte regt zudem an, bei Variante 1 die Formulierung «wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt» zu streichen, damit die zuständige Behörde die Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut unabhängig von einem entsprechenden Antrag vornehmen kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel
Generalsekretär Die Mitte Schweiz

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

50 Jahre EDU seit 1975 der Wahrheit verpflichtet

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Per E-Mail: rk.caj@parl.admin.ch

Thun, 20. August 2025

Vernehmlassungsantwort der EDU Schweiz zur Parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Einladung an die EDU, sich an dieser Vernehmlassung zu beteiligen. Wir nehmen diese Gelegenheit gerne wahr und übermitteln Ihnen fortfolgend unsere Stellungnahme.

1. Grundhaltung
Die EDU Schweiz begrüsst Bestrebungen, die Beziehung der Kinder zu beiden Elternteilen auch nach einer Trennung oder Scheidung zu stärken. Es ist unbestritten, dass Väter in der Vergangenheit – und teilweise noch heute – in der praktischen Ausübung ihrer Elternrolle benachteiligt wurden. Eine gesetzliche Präzisierung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.
Das Wohl des Kindes muss jedoch in jedem Einzelfall an erster Stelle stehen. Gesetzliche Änderungen dürfen nicht zu starren Lösungen führen, die den individuellen Umständen zu wenig Rechnung tragen.

2. Einschätzung der Varianten
Variante 1
- Behält die heutige Regelung grundsätzlich bei, stärkt aber den Vorrang der alternierenden Obhut in Fällen, in denen ein Elternteil oder das Kind dies beantragt.
- Verankert die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die Weigerung eines Elternteils allein kein Hindernis darstellen darf.
- Lässt Flexibilität zu (auch 60/40 oder 70/30-Aufteilungen möglich).
- Aus Sicht der EDU Schweiz ist diese Variante verhältnismässig, praxistauglich und ausgewogen.

Variante 2
- Verpflichtet die Behörden, bei Uneinigkeit der Eltern immer eine 50/50-Betreuung prioritär zu prüfen, unabhängig von einem Antrag.
- Kann zu starren Erwartungen führen und bietet Raum für taktisches Verhalten (z. B. Wohnsitzverlagerung, um oder gegen eine gleichteilige Betreuung zu argumentieren).
- Erhöht den administrativen Aufwand und das Konfliktpotenzial, ohne nachweislich bessere Ergebnisse für das Kindeswohl zu garantieren.
- Aus Sicht der EDU Schweiz ist diese Variante zu rigide.

EDU Schweiz
Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 1011, 3601 Thun Aarezentrum, Tel. 033 222 36 37
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

50 Jahre EDU seit 1975 der Wahrheit verpflichtet

3. Weitere Bemerkungen

- Finanzielle Auswirkungen müssen mitbedacht werden: Eine gleichmässige Betreuung kann nur dann im Interesse des Kindeswohls umgesetzt werden, wenn auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beider Eltern realistisch sind.
- Die jüngere Rechtsprechung, die Fremdbetreuung und Eigenbetreuung grundsätzlich gleichsetzt, ist kritisch zu hinterfragen. Gerade bei Trennungssituationen ist die verlässliche persönliche Betreuung durch die Eltern von grosser Bedeutung für die Stabilität und Geborgenheit des Kindes.
- Die Beibehaltung von Flexibilität ermöglicht individuelle, kindgerechte Lösungen.

4. Schlussfolgerung

Die EDU Schweiz unterstützt Variante 1 und lehnt Variante 2 ab. Variante 1 stärkt die Rolle beider Elternteile, ohne das Kindeswohl einer starren Regelung unterzuordnen.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

EDU Schweiz

gez. Daniel Frischknecht, Präsident gez. Thomas Lamprecht, Vizepräsident

Für weitere Auskünfte:

Grossrat Samuel Kullmann, GL-Mitglied EDU Schweiz, 079 720 77 86

Herr Präsident
Vincent Maître
Kommission für Rechtsfragen
Nationalrat

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2025

Vernehmlassung zur 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen, und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme.

Ausgangslage

Nach einer Scheidung wird in der grossen Mehrheit der Fälle die gemeinsame elterliche Sorge zugesprochen. In der Praxis ist die Betreuung der Kinder jedoch selten gleichmässig aufgeteilt (sogenannte alternierende Obhut). Meist übernimmt die Mutter den grösseren Teil der Betreuungsarbeit. Dies führt oft dazu, dass der andere Elternteil – in der Regel der Vater – weniger Zeit mit den Kindern verbringt und dadurch eine weniger enge Beziehung zu ihnen aufbauen kann.

Die parlamentarische Initiative 21.449 möchte diese Situation gesetzlich verbessern. Zur Umsetzung schlägt ihre Kommission zwei Varianten vor.

Die Erste («alternierende Obhut») sieht vor, dass die alternierende Obhut auch gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden soll, wenn das Kind oder das andere Elternteil es verlangt und diese Entscheidung im besten Interesse des Kindes liegt. Diese Änderung würde die aktuelle Rechtsprechung gesetzlich verankern. Wie auch im geltenden Recht hat eine Vereinbarung zwischen den Eltern über die Betreuung ihres Kindes weiterhin Vorrang, insofern diese mit dem Wohl des Kindes vereinbar ist.

Der zweite Vorschlag («Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen») verpflichtet die zuständigen Behörden oder das Gericht, die alternierende Obhut in jedem Streitfall zu prüfen, selbst wenn keiner der beiden Elternteile

oder das Kind einen entsprechenden Antrag stellt. Auch hier bleibt das Kindeswohl der zentrale Entscheidungsfaktor.

Stellungnahme

Für die EVP ist die Stärkung der Familien ein politischer Schwerpunkt – denn starke Familien sind die Grundlage für eine starke Schweiz. Bei Fragen zur Obhut steht für uns stets das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Aus Sicht der EVP ist es wesentlich, dass beide Elternteile Verantwortung übernehmen und aktiv am Leben ihrer Kinder teilnehmen.

In der Regel – wenngleich es auch Ausnahmen geben kann – liegt die alternierende Obhut eher im Interesse des Kindes als eine einseitige Betreuung durch nur einen Elternteil. Vor diesem Hintergrund unterstützt die EVP die Variante 1, da sie bestehende gerichtliche Praxis gesetzlich verankert, ohne neue Zwänge zu schaffen.

In der bisherigen Praxis zeigt sich jedoch häufig, dass eine Antragsregelung allein nicht ausreicht, um eine konsistente und faire Umsetzung sicherzustellen. Gerichte und Behörden interpretieren ihre Prüfungspflicht bislang unterschiedlich, und nicht alle Eltern sind über ihre Rechte und Möglichkeiten ausreichend informiert.

Daher unterstützt die EVP den Vorschlag von Pro Familia Schweiz, zusätzlich eine gesetzlich verankerte Aufklärungspflicht einzuführen: Gerichte und Kindesschutzbehörden sollen verpflichtet werden, beide Elternteile aktiv und umfassend über die Möglichkeit, die Voraussetzungen und die Auswirkungen einer alternierenden Obhut zu informieren – unabhängig davon, ob bereits ein entsprechender Antrag gestellt wurde. Eine solche Regelung würde bewährten Prinzipien aus anderen Rechtsgebieten folgen, in denen die informierte Selbstbestimmung der Betroffenen durch gesetzliche Aufklärungspflichten gesichert wird (z. B. im Scheidungs-, Straf- oder Sozialversicherungsrecht sowie im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht). Diese Aufklärungspflicht dient nicht der Bevormundung, sondern stärkt Eltern darin, fundierte und eigenverantwortliche Entscheidungen im besten Interesse ihres Kindes zu treffen.

Variante 2 hingegen lehnt die EVP ab, da sie zu weit geht: Eine vom Gericht angeordnete alternierende Obhut – selbst wenn weder ein Elternteil noch das Kind einen entsprechenden Antrag stellt – greift aus unserer Sicht unverhältnismässig in familiäre Strukturen ein.

Es besteht bei der Variante 2 die Gefahr, dass der Justiz dadurch die Befugnis eingeräumt wird, ein paritätisches Betreuungsmodell durchzusetzen – und dies in einem Bereich, der in erster Linie der freien Gestaltung durch die Familie selbst überlassen bleiben sollte. Eine Lösung, die von keinem der beiden Elternteile gewünscht wird, wird in der Regel auch kaum dem Kindeswohl entsprechen, da sie häufig auf mangelnde Kooperationsbereitschaft, Konflikte oder fehlende Voraussetzungen für eine funktionierende geteilte Betreuung hinweist. In solchen Fällen besteht das Risiko, dass das Kind zwischen den Fronten steht oder in einem instabilen Betreuungsumfeld aufwächst – was seinem Wohl nicht dient.

In jedem Fall muss auch das Recht der Kinder auf Anhörung gemäss Art. 12 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und gemäss Art. 298 Abs. 1 ZPO wirksam gewährleistet werden. Die Kinder müssen ihrem Alter entsprechend aktiv an allen Entscheidungen teilnehmen können, die sie betreffen und ihren Alltag beeinflussen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz

Alex Würzer
Generalsekretär EVP Schweiz

Evangelische Volkspartei der Schweiz
Nägeligasse 9 | Postfach | 3001 Bern | 031 351 71 71 | info@evppev.ch | evppev.ch

FDP
Die Liberalen

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 29. September 2025 / SO
20251015_VL_alternierende_Obhut_d

Elektronischer Versand: zz@bj.admin.ch

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Nachstehend finden Sie unsere Stellungnahme.

Die FDP. Die Liberalen unterstützt **Variante 1.** Diese Variante kodifiziert die Praxis des Bundesgerichts, stärkt die Prüfung und Förderung der alternierenden Obhut, verhindert ein de-facto-Veto eines Elternteils und bewahrt zugleich die richterliche / behördliche Prüfpflicht zugunsten des Kindeswohls. Aus Sicht der Partei ist diese Variante die ausgewogenste, praktikabelste und rechtssichere Lösung.

- Variante 1 kodifiziert die bereits in der Rechtsprechung festgehaltene Praxis, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils die Anordnung einer alternierenden Obhut nicht automatisch verhindert. Dadurch wird Rechtssicherheit für Gerichte, Behörden und Eltern geschaffen, ohne den Gerichten den notwendigen Ermessensspielraum zu entziehen. Die Kommissionsvorlage macht dies explizit zur gesetzlichen Pflicht (Präferenz/Bevorzugung, wenn dem Kindeswohl entsprechend). Diese Auffassung stützt sich auf die Bundesgerichtspraxis, die bereits ähnliche Grundsätze formuliert hat.
- Gleichzeitig stärkt Variante 1 die alternierende Obhut, führt aber keinen Automatismus ein: Das Kindeswohl bleibt entscheidend; Gerichte und KESB behalten die Möglichkeit, bei konkreten Risiken (z. B. häusliche Gewalt, gravierende Instabilität) von einer alternierenden Lösung abzusehen. Das entspricht sowohl parlamentarischem Willen als auch internationalen Vorgaben (UN-KRK / EMRK-Orientierung, Kindeswohlprinzip).
- Eine starre gesetzliche 50/50-Vorgabe übersieht die empirische Vielfalt und die praktische Umsetzbarkeit bei vielen Familien (z. B. berufliche Verpflichtungen, geographische Distanz, Betreuungsinfrastruktur). Deshalb ist ein modelloffener, auf das Kindeswohl fokussierter Ansatz vorzuziehen. Eine flächendeckende Pflicht zur 50/50-Prüfung kann zu unnötigem Mehraufwand und möglicherweise zu unrealistischen Vorgaben führen.
- Ein gesetzlicher Eingriff, der die Gerichte und KESB unnötig belastet, ist zu vermeiden. Variante 1 bewahrt die bewährte, fallbezogene Prüfung und ist nach Einschätzung der Kommission mit geringeren zusätzlichen Auswirkungen für Behörden verbunden als Variante 2.

Zusammenfassend setzt Variante 1 ein klares Signal: Die gemeinsame Verantwortung der Eltern wird gefördert und die alternierende Obhut ist eine ernsthaft zu prüfende Option. Gleichzeitig bleibt Raum für pragmatische Lösungen. Dies unterstützt die Gleichstellung von Müttern und Vätern, ohne Familien in ungeeignete Schablonen zu pressen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär

Jonas Projer

Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

30.09.2025

Ihr Kontakt: Timothey Nussbaumer, Stv. Fraktionssekretär der Bundeshausfraktion, Tel. +41 79 794 37 28, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Umsetzung der Pa. Iv. Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung nehmen zu können.

Der Kontakt des Kindes zu beiden Elternteilen, wie dies bei der alternierenden Obhut der Fall ist, soll gefördert werden, wenn dies im Interesse des Kindes ist. Seit dem 1. Januar 2017 ist die zuständige Behörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge gesetzlich verpflichtet, zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist. Dies aber nur, wenn ein Elternteil oder das Kind eine alternierende Obhut verlangt. In der Praxis führt dies dazu, dass die alternierende Obhut oft nur dann angeordnet wird, wenn beide Eltern dies beantragen. Eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des Kindes wäre wünschenswert.

Aus Sicht der GLP soll bei der Regelung der Eltern-Kind-Verhältnisses das Kindeswohl an erster Stelle stehen. Die Interessen und Wünsche der Eltern haben in den Hintergrund zu treten, wie dies auch das Bundesgericht festgehalten hat. In der Regel ist es im Interesse des Kindes einen regelmässigen und direkten Kontakt zu beiden Elternteilen pflegen zu können, wie dies eine alternierende Obhut bzw. Betreuung des Kindes vorsieht. Zudem erlaubt eine alternierende Betreuung die Chancengleichheit und den Zugang zum Arbeitsmarkt für beide Elternteile zu begünstigen. Entsprechend soll die alternierende Betreuung zu gleichen Teilen vorrangig zu prüfen sein.

Die GLP spricht sich daher für die Variante 2 zur Umsetzung der Pa. Iv. Kamerzin aus. Die zuständige Behörde soll gesetzlich verpflichtet werden, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen immer aktiv zu prüfen, wobei abweichende Vereinbarungen (z.B. 60/40) weiterhin möglich sein sollen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Prüfung soll weiterhin in Bezug zu den Anliegen der Beteiligten stehen, aber unabhängig von einem entsprechenden Antrag erfolgen, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Diese antragsunabhängige Prüfung trägt dazu bei, die Interessen des Kindes besser zu berücksichtigen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion

Les VERT-E-S suisses
Joanna Haupt
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
joanna.haupt@gruene.ch
031 511 93 20

Commission des affaires
juridiques du Conseil national

Monsieur Vincent Maître,
président de commission

Par e-mail :
zz@bj.admin.ch

Berne, le 9 octobre 2025

Réponse à la consultation sur l'iv. pa. 21.449 Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Monsieur le Président de commission,

Vous avez invité les VERT-E-S à prendre position dans le cadre de la consultation mentionnée en titre. Nous vous remercions de cette invitation et prenons position comme suit.

Appréciation générale

L'initiative parlementaire mentionnée en titre vise à promouvoir les modèles de garde alternée lors de divorces. Les VERT-E-S soutiennent toutes les mesures favorisant un partage plus égalitaire de la prise en charge des enfants, que ce soit pendant ou après la vie conjugale. La situation actuelle reste insatisfaisante, puisque certains tribunaux continuent de n'accorder la garde alternée que lorsque les deux parents y consentent. Or, pour autant que la situation le permette, le maintien d'une relation régulière avec chacun des parents est essentiel au bien-être des enfants.

Nous reconnaissons la nécessité de renforcer la garde alternée au niveau légal, afin d'uniformiser les pratiques des tribunaux et promouvoir une garde alternée lorsque les parents ne parviennent pas à se mettre d'accord sur la modalité de prise en charge de l'enfant. De plus en plus d'hommes aménagent leur vie pour pouvoir endosser leur rôle de père et il est important de leur donner la possibilité de le faire, quelle que soit leur relation avec la mère de leurs enfants. Il s'agit d'une mesure en faveur de l'égalité dans les familles, une évolution que les VERT-E-S appellent de leurs vœux à tous les niveaux. Des deux variantes soumises à consultation, nous favorisons la variante 1 qui prévoit que les tribunaux favorisent la garde

alternée, pour autant qu'une partie l'ait demandée, ce qui constitue une concrétisation de la jurisprudence actuelle.

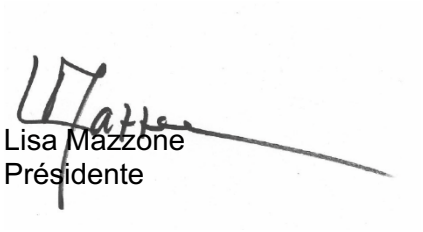
Remarques supplémentaires

La volonté de préserver le bien-être des enfants guide cette réforme et doit donc rester au cœur de l'appréciation des juges. Cette modification légale ne saurait donc en aucun cas s'opposer à une garde exclusive lorsque la situation l'ordonne.

Enfin, pour les VERT-E-S, la prise en charge égalitaire des enfants doit aussi être favorisée par des mesures extérieures au droit des familles. Nous pensons en particulier à l'introduction d'un congé familial qui permettrait à tous les parents de s'impliquer de manière aussi égale que possible dans la vie de leur enfant dès ses premiers mois de vie. C'est ce que nous demandons dans notre initiative pour un congé familial paritaire, lancée au mois d'avril de cette année.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position et restons à votre disposition en cas de questions.

Avec nos salutations distinguées,



Lisa Mazzone
Présidente

Joanna Haupt
Secrétaire politique

15. Oktober 2025

Stellungnahme der SP Frauen Schweiz zur Vernehmlassung «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» – Umsetzung der pa. Iv. Kamerzin 21.449

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage, die wir nachfolgend gerne nutzen.

1. Zusammenfassung der Vorlage

Die Rechtskommission des Nationalrats setzt mit diesem Vorentwurf die parlamentarische Initiative 21.449 um. Ziel ist es, eine gleichmässigere Beteiligung beider Elternteile an der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung stärker zu fördern. Zwei Varianten stehen zur Diskussion:

- Variante 1 kodifiziert die Rechtsprechung des Bundesgerichts: Sie sieht vor, dass die alternierende Obhut zu prüfen und anzuordnen ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und dies dem Kindeswohl entspricht – auch wenn der andere Elternteil nicht einverstanden ist.
- Variante 2 geht deutlich weiter: Gerichte und Behörden wären verpflichtet, bei Uneinigkeit der Eltern über die Betreuungsregelung des Kindes, von Amtes wegen eine Betreuung zu gleichen Teilen (50/50) zu prüfen. Davon wäre abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspräche.

2. Grundsätzliche Haltung der SP Frauen Schweiz zur Vorlage

Die SP Frauen Schweiz bekennen sich klar zu einem egalitären Familienmodell, das echte Gleichstellung in allen Lebensphasen anstrebt. Doch wer Gleichstellung **nach** der Trennung will, muss **vor** der Trennung ansetzen: bei der fairen Verteilung der Care-Arbeit, bei gleichen Löhnen, beim Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit, beim Ausbau von Betreuungsangeboten und bei der gesellschaftlichen Aufwertung von Sorgearbeit. Denn die alternierende Obhut kann nur funktionieren, wenn sie bereits vor der Trennung gelebt wurde oder wenn beide Elternteile die nötigen Voraussetzungen dafür mitbringen. Viele Familien haben weder die räumlichen noch die finanziellen Möglichkeiten, ein solches Modell umzusetzen.

Die vorgeschlagenen Änderungen greifen zu kurz und verkennen die ungleiche Ausgangslage zwischen den Geschlechtern. Frauen leisten nach wie vor rund zwei Drittel der unbezahlten Betreuungs- und Hausarbeit. Eine «formale Gleichstellung» in Form einer automatisch zu prüfenden 50/50-Betreuung blendet diese strukturellen Unterschiede aus.

Die Festsetzung der Betreuung zu gleichen Teilen als Regelfall – wie dies Variante 2 vorsähe – würde die Diskrepanz zwischen der rechtlichen Regelung und der Betreuungsrealität weiter verstärken, weshalb Variante 2 klar abzulehnen ist.

Die Umsetzung der Variante 1 würde zwar eine gewisse Rechtssicherheit schaffen, indem dadurch die bundesgerichtliche Rechtsprechung kodifiziert würde. Aus Sicht der SP Frauen Schweiz ist sie

jedoch nicht nötig, da das geltende Recht bereits heute eine differenzierte und kindeswohlorientierte Prüfung im Einzelfall erlaubt.[1]

Kurz: Die vorliegende Revision setzt am falschen Ort an. Gleichstellung entsteht nicht durch Zwang zur Parität, sondern durch gerechte Rahmenbedingungen – bereits vor Eintreten eines Trennungsfalls. Die SP Frauen Schweiz sehen entsprechend keinen Handlungsbedarf.

3. Gewalt in Beziehungen konsequent berücksichtigen

Weiter ist problematisch, dass im vorliegenden Diskurs, welcher die alternierende Obhut stärken und damit auch geschlechtsbedingte Nachteile der Eltern verringern möchte, die Realität der häuslichen Gewalt vollständig ausgeblendet wird. Eine Realität, die mehrheitlich Frauen betrifft und Kinder direkt traumatisiert.

Schweizweit erleben mindestens 27'000 Kinder jährlich elterliche Partnerschaftsgewalt[2]. Diese Gewalt wird in Trennungs- und Scheidungsverfahren oftmals nicht systematisch abgeklärt.[3] Gerade in konfliktbehafteten Familienkonstellationen kann eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut gravierende Folgen für Kinder haben. Sie zwingt die betroffenen Eltern weiterhin in ein System permanenter Abstimmung und Kooperation – was den Gewaltkreislauf verlängern und das Kindeswohl gefährden kann. Nach Erkennung dieser Problematik wurde beispielsweise in Australien eine gesetzliche Förderung der geteilten Betreuung wieder abgeschwächt, weil sich zeigte, dass der Zwang zu gleichmässigem Kontakt in Fällen von Gewalt das Kindeswohl ernsthaft gefährden kann.[4]

Daraus folgt: Jede gesetzliche Anpassung muss den Schutz der Kinder vor Gewalt ins Zentrum stellen – andernfalls droht sie, das Kindeswohl zu gefährden, statt es zu stärken.

4. Ökonomische Konsequenzen

Trennungen verschärfen die ökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Frauen sind nach einer Trennung überproportional von Armut betroffen – eine direkte Folge der ungleichen Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit. Und der strukturellen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut kann diese Ungleichheiten noch verstärken: Offiziell geteilte Betreuungsanteile führen oft zu tieferen Unterhaltszahlungen, während Frauen in der Praxis weiterhin die Hauptverantwortung für Betreuung und Organisation tragen. Dies resultiert in einer massiven Doppelbelastung und erhöht das Armutsrisiko von Alleinerziehenden.

5. Fazit

Die SP Frauen Schweiz unterstützen den Grundgedanken einer gleichberechtigten Elternschaft. Die vorliegende Revision verfehlt diesen Anspruch. Variante 1 ist rechtlich zwar vertretbar, aber nicht notwendig, da das geltende Recht bereits heute eine differenzierte, kindeswohlorientierte Praxis ermöglicht. Variante 2 lehnen wir entschieden ab, weil sie an der Realität vieler Familien vorbeigeht und Kinder in unpraktikable Modelle drängen könnte.

Was es braucht, ist nicht eine juristisch erzwungene «Gleichverteilung», sondern eine gesellschaftliche und strukturelle Gleichstellngsmassnahmen:

- den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kita-Initiative)
- eine Reduktion der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn

---

[1] AESCHLIMANN, SABINE/SCHWEIGHAUSER, JONAS/STOLL, DIEGO: Das Parlament revidiert das Familienrecht – was sagen Lehre und Praxis dazu?, in: FamPra.ch 1/2024, 81, S. 88.
[2] https://www.ebg.admin.ch/de/nsb?id=99761.
[3] Resolution der Geschäftsleitung der SP Frauen Schweiz zu Handen der Mitgliederversammlung vom 06.09.2025 (https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2025/08/R3_Alternierende-Obhut_D.pdf).
[4] Erläuternder Bericht S. 11.

- eine umfassende Elternzeit
- einen konsequenten Schutz vor Gewalt

Nur so entsteht echte Gleichstellung – auch wenn Beziehungen enden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.
Freundliche Grüsse

Jessica Jaccoud und Tamara Funiciello
Co-Präsidentinnen SP Frauen Schweiz

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

14.10.2025

SP-Stellungnahme zur Vernehmlassung «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» – Umsetzung der pa. Iv. Kamerzin 21.449

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage, die wir nachfolgend gerne nutzen.

1. Zusammenfassung der Vorlage

Die Rechtskommission des Nationalrats setzt mit diesem Vorentwurf die parlamentarische Initiative 21.449 um. Ziel ist es, eine gleichmässigere Beteiligung beider Elternteile an der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung stärker zu fördern. Zwei Varianten stehen zur Diskussion:

- Variante 1 kodifiziert die Rechtsprechung des Bundesgerichts: Sie sieht vor, dass die alternierende Obhut zu prüfen und anzuordnen ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und dies dem Kindeswohl entspricht – auch wenn der andere Elternteil nicht einverstanden ist.
- Variante 2 geht deutlich weiter: Gerichte und Behörden wären verpflichtet, bei Uneinigkeit der Eltern über die Betreuungsregelung des Kindes, von Amtes wegen eine Betreuung zu gleichen Teilen (50/50) zu prüfen. Davon wäre abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspräche.

2. Grundsätzliche Haltung der SP zur Vorlage

Die SP Schweiz bekennt sich klar zu einem egalitären Familienmodell. Doch wer Gleichstellung nach der Trennung will, muss vor der Trennung ansetzen: bei der Förderung egalitärer Familienmodelle, beim Ausbau der Betreuungsangebote, bei fairen Arbeitsbedingungen und bei der gesellschaftlichen Aufwertung der Care-Arbeit. Denn die alternierende Obhut kann nur funktionieren, wenn sie bereits vor der Trennung gelebt wurde oder wenn beide Elternteile die nötigen Voraussetzun-

gen dafür mitbringen. Viele Familien haben weder die räumlichen noch die finanziellen Möglichkeiten, ein solches Modell umzusetzen. Die Festsetzung der Betreuung zu gleichen Teilen als Regelfall – wie dies Variante 2 vorsähe – würde die Diskrepanz zwischen der rechtlichen Regelung und der Betreuungsrealität weiter verstärken, weshalb Variante 2 klar abzulehnen ist.

Die Umsetzung der Variante 1 würde zwar eine gewisse Rechtssicherheit schaffen, indem dadurch die bundesgerichtliche Rechtsprechung kodifiziert würde. Aus Sicht der SP Schweiz ist sie jedoch nicht nötig, da das geltende Recht bereits heute eine differenzierte und kindeswohlorientierte Prüfung im Einzelfall erlaubt.[1]

Die vorliegende Revision setzt folglich am falschen Ort an, weshalb die SP Schweiz keinen Handlungsbedarf sieht.

3. Gewalt in Beziehungen konsequent berücksichtigen

Weiter ist problematisch, dass im vorliegenden Diskurs, welcher die alternierende Obhut stärken und damit auch geschlechtsbedingte Nachteile der Eltern verringern möchte, die Komponente der häuslichen Gewalt vollständig ausgeblendet wird.

Schweizweit erleben mindestens 27'000 Kinder jährlich elterliche Partnerschaftsgewalt[2]. Diese Gewalt wird in Trennungs- und Scheidungsverfahren oftmals nicht systematisch abgeklärt.[3] Gerade in konfliktbehafteten Familienkonstellationen kann eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut gravierende Folgen für Kinder haben. Sie zwingt die betroffenen Eltern weiterhin in ein System permanenter Abstimmung und Kooperation – was den Gewaltkreislauf verlängern und das Kindeswohl gefährden kann. Nach Erkennung dieser Problematik wurde beispielsweise in Australien eine gesetzliche Förderung der geteilten Betreuung wieder abgeschwächt, weil sich zeigte, dass der Zwang zu gleichmässigem Kontakt in Fällen von Gewalt das Kindeswohl ernsthaft gefährden kann.[4]

Daraus folgt: Jede gesetzliche Anpassung muss den Schutz der Kinder vor Gewalt ins Zentrum stellen – andernfalls droht sie, das Kindeswohl zu gefährden, statt es zu stärken.

4. Ökonomische Konsequenzen

Trennungen haben in der Regel erhebliche ökonomische Folgen, die besonders Frauen treffen. Da sie nach wie vor den grössten Teil der unbezahlten Care-Arbeit leisten und häufiger Teilzeit arbeiten, tragen sie auch im Trennungsfall die Hauptlast. Eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut kann diese Ungleichheiten

[1] AESCHLIMANN, SABINE/SCHWEIGHAUSER, JONAS/STOLL, DIEGO: Das Parlament revidiert das Familienrecht – was sagen Lehre und Praxis dazu?, in: FamPra.ch 1/2024, 81, S. 88.
[2] https://www.ebg.admin.ch/de/nsb?id=99761.
[3] Resolution der Geschäftsleitung der SP Frauen Schweiz zu Handen der Mitgliederversammlung vom 06.09.2025 (https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2025/08/R3_Alternierende-Obhut_D.pdf).
[4] Erläuternder Bericht S. 11.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz Theaterplatz 4 Postfach 3001 Bern Tel. 031 329 69 69 Fax 031 329 69 70 info@spschweiz.ch www.spschweiz.ch

noch verstärken: Offiziell geteilte Betreuungsanteile führen oft zu tieferen Unterhaltszahlungen, während Frauen in der Praxis weiterhin die Hauptverantwortung für Betreuung und Organisation tragen. Dies resultiert in einer massiven Doppelbelastung und erhöht das Armutsrisiko von Alleinerziehenden.

5. Fazit

Die SP Schweiz unterstützt den Grundgedanken eines egalitären Familienmodells, doch die vorliegende Revision ist unnötig und geht am Kern der Probleme vorbei. Variante 1 ist rechtlich zwar vertretbar, aber nicht notwendig, da das geltende Recht bereits heute eine differenzierte, kindeswohlorientierte Praxis ermöglicht. Variante 2 lehnen wir entschieden ab, weil sie an der Realität vieler Familien vorbeigeht und Kinder in unpraktikable Modelle drängen könnte.

Die Revision setzt am falschen Ort an. Wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht, ist beim Schutz vor häuslicher Gewalt und bei der Stärkung von Rahmenbedingungen, die eine gleichberechtigte Familienarbeit ermöglichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Carla Müller
Politische Fachreferentin

Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Theaterplatz 4
Postfach 3001 Bern
Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Schweizerische Volkspartei
Union Démocratique du Centre
Unione Democratica di Centro
Partida Populara Svizra

Generalsekretariat / Sécrétariat général
Postfach, 3001 Bern / www.svp.ch
Tel. 031 300 58 58 / gs@svp.ch
IBAN: CH80 0900 0000 3000 8828 5

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Elektronisch an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 23. September 2025

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Vorentwurf wird die oben genannte parlamentarische Initiative umgesetzt, die eine ausgeglichene Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung des Kindes nach einer Trennung oder Scheidung fordert. Die Kommission stellt dazu zwei Umsetzungsvarianten zur Diskussion:

«– Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

– Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.»

Aus Sicht der SVP ist Variante 2 klar vorzuziehen, da sie die gemeinsame Verantwortung beider Elternteile betont und die Behörde verpflichtet, bei Uneinigkeit vorrangig eine gleichberechtigte Betreuung zu prüfen. Variante 2 bietet eine klare gesetzliche Grundlage, welche die Rechtssicherheit für alle Beteiligten stärkt und verhindert, dass einseitige Vorbehalte einzelner Elternteile die Prüfung einer geteilten Betreuung erschweren. Unabhängig davon bleibt das Kindeswohl das massgebliche Kriterium für die Entscheidung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident	Der Generalsekretär
Marcel Dettling	Henrique Schneider
Nationalrat	

Lugano 8 settembre 2025

A spett.
Consiglio Nazionale
Commissione degli affari giuridici
CH-3003 Berna
via mail a
zz@bj.admin.ch

Concerne:
Consultazione 21.449 n Iv. Pa. Kamerzin - Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta

Gentili Signore, Egregi Signori,

l'Associazione AGNA, si batte per promuovere il rapporto paritario tra bambini, padri e madri, nonostante separazione o divorzio.
Siamo paladini della bi-genitorialità che mette al centro il benessere dei bambini e il loro sviluppo armonioso.
Capisaldi della bi-genitorialità, oltre al dialogo tra genitori, nelle situazioni di separazione o divorzio sono:
-l'accudimento e affido condiviso
-l'equità dei contributi per l'accudimento
-l'efficienza ed efficacia delle istituzioni di supporto

È quindi partendo da questi tre principi e valutandolo nell'interesse dei figli di genitori separati o divorziati che abbiamo letto e analizzato il progetto in consultazione, che commentiamo di seguito.

Premessa:
È la prassi in vigore nella assegnazione dei ruoli genitoriali dopo separazione o divorzio, insoddisfacente per il bene dei minori, che ha portato alla richiesta dell'iniziativa di favorire la custodia alternata ritenuto che impone la partecipazione equilibrata dei genitori alla cura, all'educazione e al mantenimento dei figli. Numerosi studi e analisi dimostrano che la custodia alternata rappresenta la modalità più equilibrata di assegnazione dei ruoli genitoriali. Essa favorisce una piena assunzione di responsabilità da parte di entrambi i genitori e contribuisce a ridurre gli effetti emotivi e relazionali negativi per lo sviluppo psico fisico dei minori, spesso associati alla prassi tradizionale, che prevede l'affidamento esclusivo a un solo genitore e un diritto di visita limitato per l'altro.

Introdurre nella legislazione la custodia alternata come criterio di riferimento per l'assegnazione dei ruoli genitoriali in caso di separazione o divorzio significa riconoscere e sostenere l'evoluzione sociale già avviata. Tale principio è stato formalmente accolto nel 2014 con la riforma dell'autorità parentale, che resta congiunta anche dopo la fine del rapporto coniugale, salvo circostanze gravi che impongano misure a tutela del benessere del minore.

Lo studio " Travail domestique et familial - Temps consacré au travail domestique et familial" pubblicato il 04.06.2025 dall'Ufficio Federale di Statistiche conferma che:
i padri, anche se non ancora in modo paritario, **sono sempre più coinvolti** nelle faccende domestiche, nell'accudimento e l'educazione dei figli.
Le politiche di conciliazione lavoro-famiglia, come il congedo paternità e la flessibilità lavorativa, giocano un ruolo cruciale nel favorire questo cambiamento.

Questo dato testimonia una profonda trasformazione culturale, che rende superato il modello tradizionale in cui la madre è automaticamente considerata il genitore prevalente. In una società in cui sempre più padri partecipano attivamente alla vita familiare — come è giusto e auspicabile — è coerente che tale coinvolgimento prosegua anche dopo la separazione, attraverso la custodia alternata.
Questa modalità va quindi sostenuta e promossa, anziché ostacolata.

I detrattori dell'affido condiviso sostengono che, poiché uno dei genitori — solitamente la madre — ha storicamente assunto un ruolo predominante nella cura del figlio, l'altro non disporrebbe delle competenze o della disponibilità necessarie, con il rischio di destabilizzare il minore.
Tuttavia, questo ragionamento si rivela paradossale: mantenere l'affido esclusivo non fa che perpetuare proprio quel disequilibrio che si intende denunciare. Anziché promuovere una reale corresponsabilità genitoriale, si consolida un modello sbilanciato, in cui un genitore resta il "principale" e l'altro viene relegato al ruolo di semplice visitatore — una dinamica che contrasta con il principio fondamentale della tutela del benessere del minore sancito dalla legge.

Detto questo:
Per AGNA la separazione dei genitori rappresenta un momento complesso e delicato per l'intera famiglia.
Perché ci si separa come coppia, ma i bambini continuano comunque a tenerci legati come genitori
Entrambi rimangono responsabili della cura e del mantenimento dei figli.

È necessario individuare soluzioni che consentano a ciascun genitore di intraprendere il proprio percorso personale, senza rinunciare al proprio ruolo educativo e affettivo nei confronti dei figli.
I figli, a loro volta, devono poter beneficiare di un accompagnamento educativo naturale e continuativo da parte di entrambi i genitori, anche dopo la separazione.
La custodia alternata rappresenta una risposta concreta a questa esigenza: garantisce ai minori due collocazioni il più possibile equilibrate, permettendo loro di vivere alternativamente con la madre e con il padre, condividendo con entrambi non solo le responsabilità quotidiane, ma anche il tempo libero — proprio come accade ai loro coetanei con genitori conviventi.

Nessun figlio dovrebbe sentirsi "a casa" con un genitore e semplicemente "in visita" con l'altro.
Con la custodia alternata, entrambi i genitori sono chiamati ad assumere pari responsabilità nella cura, nell'educazione e nel mantenimento dei figli — come è giusto che sia.
Non si tratta solo di una posizione condivisa da chi promuove una genitorialità equa: è un principio sancito dal Codice civile, che attribuisce a entrambi i genitori il dovere e il diritto di prendersi cura, educare e sostenere economicamente i propri figli.

Uno studio della COFF (pubblicato il 1° dicembre 2022) che analizza per la prima volta in Svizzera la situazione dei figli e dei genitori che vivono in economie domestiche diverse indica che il **72% dei figli di genitori che non vivono insieme pernotta regolarmente con entrambi,** ciò vuol dire che una custodia alternata è applicabile da tutti.

AGNA considera la custodia alternata non solo un'opzione, ma il punto di partenza imprescindibile per garantire il benessere dei figli. Un "dovere/diritto" dei genitori di esercitarla con responsabilità.
Per i figli, è fondamentale poter mantenere relazioni personali regolari e continue con entrambi i genitori, senza interruzioni né limitazioni, così come avveniva prima della rottura del legame coniugale.
La custodia alternata non va intesa come una rigida suddivisione matematica del tempo (50/50 o 70/30), ma come una soluzione pragmatica e flessibile per riorganizzare la quotidianità dei figli, nel rispetto dei loro ritmi, bisogni e legami affettivi.
Ecco perché deve essere il punto di partenza.
Ecco perché è un dovere e un diritto da esercitare: per il bene dei figli, come stabilito anche dalla normativa vigente**.**

Un'obiezione frequente sollevata dai contrari alla custodia alternata è che essa sarebbe praticabile solo da famiglie benestanti, mentre il ceto medio-basso non potrebbe permettersela.
AGNA risponde con fermezza a questa convinzione errata: la soluzione preferita dagli scettici — l'affido esclusivo a un genitore con diritto di visita per l'altro — **non comporta costi inferiori**, ma anzi presenta **oneri equivalenti**.
Infatti, per esercitare in modo responsabile il proprio ruolo genitoriale, **entrambi i genitori**, indipendentemente dal tipo di affidamento, devono sostenere spese analoghe: due abitazioni idonee ad accogliere i figli, vitto, tempo libero, abbigliamento, istruzione e tutto ciò che contribuisce al loro benessere.
Anche nel caso di affido esclusivo, il genitore non affidatario è comunque tenuto a garantire condizioni adeguate durante le visite, con costi che non si discostano da quelli della custodia alternata.
La vera differenza, dunque, **non è economica, ma relazionale**: la custodia alternata promuove una genitorialità paritaria e continua, a beneficio dei figli.

Al contrario, la custodia alternata consente ai genitori di godere di condizioni migliori per conciliare la vita professionale con quella familiare, come pure di avere maggiori opportunità di costruire una base economica sicura per sé stessi e per i propri figli e di guadagnare un reddito che ne garantisca autonomamente il sostentamento.

Partendo da queste premesse AGNA ha analizzato le due varianti di modifica della legge del progetto del Consiglio federale messe in consultazione per valutare quale delle due varianti assicuri meglio l'obiettivo perorato,

Come già indicato, AGNA sostiene con forza la **custodia alternata come punto di partenza**, **non come obiettivo eventuale** poiché:

- I figli hanno il diritto di mantenere relazioni regolari e paritarie con **entrambi i genitori**, anche dopo una separazione.
- La custodia alternata non è una misura eccezionale o elitaria, ma una **modalità pragmatica e realistica** di cura condivisa.
- Entrambi i genitori devono poter **esercitare in modo equo** i loro **diritti e doveri genitoriali**, così come sancito dal Codice civile.
- La soluzione deve contribuire a **superare le disuguaglianze economiche** e **favorire la conciliazione** tra lavoro e vita familiare

La Commissione Affari giuridici del Nazionale ha messo in consultazione due varianti per la modifica dell'art. 298 del CCS.
Testi ufficiali:

Art. 298 cpv. 2ter *In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale, ad istanza di uno dei genitori o del figlio l'autorità di protezione dei minori valuta se sia opportuno disporre la custodia alternata e la privilegia se è la soluzione più conforme al bene del figlio. Il rifiuto di uno dei genitori non impedisce all'autorità di protezione dei minori di valutare e disporre la custodia alternata.*	Art. 298 cpv. 2ter *In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale il giudice valuta se sia opportuno disporre una partecipazione paritaria dei genitori alla cura del figlio, ma sceglie una soluzione diversa se ciò è più conforme al bene del figlio.*

Dopo un'attenta analisi, AGNA conclude che, se l'obiettivo è una legislazione orientata al benessere del minore e alla piena partecipazione di entrambi i genitori, la soluzione più equa e coerente è rappresentata dalla **Variante 2**.
Questa proposta assume la **parità genitoriale come punto di partenza**, senza necessità di richieste preventive, e prevede un **esame sistematico della custodia alternata** in ogni caso di separazione o divorzio. Le eccezioni sono ammesse **solo quando sussistono motivi oggettivi** legati alla tutela del minore.

La Variante 1 risulta poco convincente, poiché — secondo quanto previsto dal progetto preliminare — il giudice non è tenuto a valutare d'ufficio la possibilità della custodia alternata, ma lo fa solo su esplicita richiesta di uno dei genitori.
Questo meccanismo presenta criticità evidenti: la mancata richiesta può derivare da semplice disinformazione oppure da una posizione negoziale debole del genitore disponibile a condividere le responsabilità, che potrebbe temere di perdere il contatto quotidiano con il figlio qualora l'altro genitore si opponga.
L'obbligo di richiesta unilaterale finisce così per favorire il genitore orientato all'affido esclusivo, consentendogli di eludere il confronto su una soluzione più equilibrata.
In questo modo, la custodia alternata viene relegata a **un'eccezione negoziata**, anziché essere considerata **una possibilità da valutare prioritariamente in funzione del benessere del minore**, come dovrebbe avvenire in un sistema realmente centrato sui diritti dei figli.

Entrambe le varianti presentano due lacune significative.
La prima riguarda l'assenza di un obbligo, da parte dell'autorità giudicante, di fornire ai genitori un'informazione preliminare chiara e completa sui loro diritti, ma soprattutto sui doveri e sulle possibili soluzioni disponibili in caso di separazione.
Una corretta informazione riduce sensibilmente il rischio di conflitti basati su motivazioni emotive o su fraintendimenti, favorendo scelte più consapevoli e responsabili.
La seconda lacuna concerne la mancanza di indicazioni operative per i casi in cui non vi sia un pericolo per il benessere del minore, ma si riscontri una difficoltà pratica nel garantire una presenza fisica paritaria nell'accudimento quotidiano (es. 50/50 o 30/70).
È fondamentale distinguere tra **impossibilità logistica nell'accudimento** e **capacità educativa o affettiva**: non è giustificabile, né equo, privare un genitore del proprio ruolo educativo e di mantenimento solo perché non può garantire una presenza fisica paritaria.
L'assegnazione esclusiva della competenza genitoriale in questi casi rischia di compromettere il principio di corresponsabilità, che dovrebbe invece essere tutelato e valorizzato.

Alla luce di quanto esposto, AGNA ribadisce con fermezza che la custodia alternata deve essere riconosciuta come il modello di riferimento per l'assegnazione dei ruoli genitoriali in caso di separazione o divorzio, quando l'autorità parentale è esercitata congiuntamente.
Non si tratta di una soluzione astratta o ideologica, ma di una risposta concreta e pragmatica alle esigenze dei minori e alla trasformazione sociale in atto.

AGNA esprime una preferenza chiara per la **Variante 2**, che promuove una partecipazione paritaria dei genitori nella cura dei figli in caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale
Questa variante rispecchia i principi fondanti dell'associazione, che da anni sostiene la bi-genitorialità come modello sano e sostenibile per il benessere dei figli dopo una separazione o un divorzio

Tuttavia, AGNA riconosce che anche la **Variante 1**, meno vincolante e più flessibile, potrebbe essere accettabile **a condizione** che venga introdotto un **obbligo esplicito per il giudice** di informare i genitori sui loro **diritti, doveri e sulle possibili soluzioni** in materia di accudimento. Questo dovere di informazione rappresenterebbe un presidio fondamentale per garantire che le decisioni prese siano consapevoli, equilibrate e orientate al bene del minore.
Permette ai genitori di comprendere le implicazioni legali e pratiche della custodia alternata.
Favorisce accordi più collaborativi e duraturi, riducendo il conflitto.
Rafforza il ruolo del giudice come garante della trasparenza e della tutela dell'interesse superiore del bambino.

Indipendentemente dalla variante normativa che sarà adottata per disciplinare la custodia alternata, è essenziale che il legislatore intervenga per **completare l'articolo 298 del Codice Civile svizzero**, correggendo due lacune:
Obbligo di informazione preliminare da parte dell'autorità giudicante
Mancanza di indicazioni operative per situazioni di disparità logistica
che rischiano di compromettere la piena attuazione del principio di corresponsabilità genitoriale.

Solo così sarà possibile costruire un sistema giuridico che non solo riconosca formalmente la corresponsabilità genitoriale, ma la renda effettiva e accessibile a tutte le famiglie — nel rispetto dei diritti dei genitori e, soprattutto, nel superiore interesse dei figli.

A disposizione per chiarimenti, ringraziamo per l'attenzione e porgo cordiali saluti

Pietro Vanetti
Presidente AGNA
Tel 079 223 93 50

alliance F

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
Präsident Herr Vincent Maitre
3003 Bern

Per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 14. Oktober 2025

21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern – Stellungnahme alliance F

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne beteiligen wir uns an der Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern», die der Bundesrat am 24. Juni 2025 eröffnete und bedanken uns für die Möglichkeit teilzunehmen. alliance F ist der überparteiliche Bund der Schweizer Frauenorganisationen. Wir vertreten die Interessen von rund 100 Mitgliederorganisationen und rund 1'000 Einzelmitgliedern und setzen uns seit 125 Jahren für die Interessen der Frauen und für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Mit dieser Stellungnahme äussern wir uns zum Gesetz aus der Gleichstellungsperspektive: alliance F betrachtet die Umsetzung der genannten parlamentarischen Initiative als ein im Grundsatz anzustrebendes, gutes Modell. Das geltende Recht, bei dem bei ca. 85–90 % der Kinder einem Elternteil die Obhut zugeteilt wird (in der Regel der Mutter), während der andere Elternteil ein übliches Besuchsrecht erhält, spiegelt das veraltete Ernährermodell einer Familie wider, bei welchem der Vater erwerbstätig ist und die Mutter sich um die Kinder kümmert. Dies ist für die wirtschaftliche Sicherheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen hinderlich. Dazu kommt, dass dieses Modell in der Schweiz immer seltener gelebt wird. Deswegen sind wir der Meinung, dass die alternierende Obhut zwar im Grundsatz anzustreben ist, aber nicht in jedem Fall funktioniert. Daher plädieren wir dafür, dass jeder Fall einzeln betrachtet werden muss.

Grundsätzliche Haltung von alliance F: Differenzierte Stellungnahme

Die Kommission stellt **zwei Umsetzungsvarianten** zur Diskussion: **Wir bevorzugen ganz klar Variante 1**, welche mehr Flexibilität in der Entscheidung und eine intensivere Prüfung der Eignung der Eltern sowie des Kindeswohls vorsieht. Die Komplexität der alternierenden Obhut muss in der Debatte berücksichtigt werden:

- **Trennungssituationen bergen für Frauen ein besonderes Risiko:** Drohungen, Stalking und Gewalt – in manchen Fällen sogar lebensgefährlich. Empirische Untersuchungen zeigen, dass das Risiko von Gewalt und Tötung in der Trennungsphase für Frauen und Kinder deutlich höher ist als sonst: **Eine Vielzahl** der Tötungsdelikte wird im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in Trennungssituationen begangen. Gewaltausübende Väter erlangen nach der Trennung immer wieder auf institutionellem Weg Kontrolle über ihre Ex-

Partnerin - beispielsweise über eine alternierende Obhut. Es ist demnach essenziell, dass die zuständige Behörde in der Lage ist, gewaltvolle Beziehungen zu erkennen, auch wenn diese oft nicht sichtbar sind: Viele Frauen haben Angst davor, ihre Situation offenzulegen, entweder aus Scham, Angst vor Vergeltung oder aus Angst, nicht geglaubt zu werden. **Aus diesem Grund sprechen wir uns gegen Variante 2 aus. Eine starre Umsetzung der alternierenden Obhut könnte dazu führen, dass potenziell mehr Frauen und Kinder häuslicher Gewalt ausgesetzt sind**. Es braucht demnach eine stärkere Kontrolle des Wohls von Müttern und Kindern sowie Flexibilität. alliance F begrüsst daher, dass die Variante 1 keinen Automatismus einführen will und ein egalitäres Betreuungsverhältnis nicht als zwingendes Modell vorsieht.

- In einer idealen Welt ist das alternierende Modell wünschenswert. Aber in der Realität gibt es **diverse psychosoziale und materielle Hürden**, die eine flächendeckende Umsetzung erschweren oder gar verunmöglichen: Es benötigt z.B. zwei genügend grosse Wohnungen in der Nähe derselben Schule und entspricht häufig auch nicht dem Betreuungsmodell, das vorher gelebt wurde. Wir unterstützen Variante 1, denn wir sind der Überzeugung, dass Eltern und Kinder, die eine alternierende Obhut bevorzugen, von einer prüfenden Behörde unterstützt werden sollten. Wir haben jedoch Bedenken, was Variante 2 angeht: Eine Verpflichtung bringt finanzielle oder organisatorische Schwierigkeiten mit sich. Diese würden dem Wohl des Kindes und der Eltern schaden. Das Gesetz muss realen Lebensumständen (z.B. finanzielle Situation, berufliche Verpflichtungen, Distanz zwischen Wohnorten) Rechnung tragen, statt sich an einem Ideal zu orientieren. Variante 2 erweist sich diesbezüglich als zu starr.
- Zudem gibt es immer wieder Fälle, wo die alternierende Obhut verlangt wird, damit **Väter weniger Unterhaltszahlungen** leisten **müssen**. Wir halten daran fest, dass die alternierende Obhut kein Mittel sein darf, um finanzielle Unterstützung von Müttern zu umgehen. Auch wenn laut BFS 83 % der Mütter in der Schweiz erwerbstätig sind, gibt es strukturelle Gründe, weshalb Frauen weniger verdienen und somit auf Unterhaltszahlungen angewiesen sind. Das gilt auch, wenn das Kind gleich viel Zeit bei beiden Eltern verbringt. Laut wissenschaftlichen Studien haben Frauen mit Kindern nach einer Scheidung im Durchschnitt eine Einkommenseinbusse von 38 %. Die Ursachen für geschlechterspezifische Lohnunterschiede sind vielfältig: Zum Beispiel geringere Löhne in sogenannten “typischen Frauenberufen”, weniger Berufserfahrung wegen Erwerbsunterbrüchen, deutliche Reduktion der Arbeitspensen nach der Geburt - unter anderem wegen hohen Kitakosten und fehlender Elternzeit, - sowie unerklärbare Lohnungleichheit. Solange Frauen weniger verdienen und eine Trennung für sie ein Armutsrisiko darstellt, dürfen die Unterhaltsbeiträge nicht gekürzt werden, da ansonsten das Wohl des Kindes gefährdet wäre und Frauen in schwierige Situationen gedrängt würden.

Ja, die egalitäre **Einbindung des Vaters in das Leben seiner Kinder** ist auch aus Gleichstellungsperspektive von grosser Bedeutung. Für viele Väter reicht das übliche Besuchsrecht bei einer Trennung nicht aus: Sie sehen ihre Kinder zu selten und haben zu wenig Möglichkeiten, eine Beziehung aufzubauen. Heute können in vielen Fällen beide Elternteile ihr

Leben so gestalten, dass sie ihr Kind abwechselnd betreuen können. Väter beteiligen sich immer mehr an der Kinderbetreuung und Hausarbeit und möchten dies auch nach einer Trennung weiterhin tun. Das kommt auch Frauen zugute. Für die echte Gleichstellung von Frauen befürworten wir die faire Aufteilung von Care-Arbeit. Aktuell übernehmen Frauen laut BFS jedoch immer noch ca. zwei Drittel der Familienarbeit.

Damit Eltern mit alternierender Obhut Erwerbs- und Familienleben unter einen Hut bringen, braucht es aber **bessere Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie:** Dazu gehört eine qualitativ bessere und erschwinglichere familienergänzende Kinderbetreuung die bezahlbar ist. Zudem sind Tagesstrukturen für Kinder im Schulalter wichtig. Darüber hinaus fordern wir die Einführung der Individualbesteuerung, damit sich Arbeit für verheiratete Frauen lohnt. Letztlich braucht es eine egalitäre Elternzeit, damit beide Eltern von Anfang an gemeinsam Verantwortung übernehmen können.

Abschliessende Bemerkungen:

Dieses Gesetz wäre ein wichtiger Schritt, um das moderne Familienmodell, das von den meisten Müttern und Vätern in der Schweiz angestrebt wird, voranzutreiben. In der Umsetzung ist die Variante 1 mit Prüfung auf Verlangen der alternierenden Obhut als Regelfall vorzuziehen. Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
alliance F

Kathrin Bertschy
Co-Präsidentin alliance F

Maya Graf
Co-Präsidentin alliance F

ATFMR
Associazione ticinese delle famiglie monoparentali e ricostituite

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

Locarno, 11 settembre 2025

Presa di posizione ATFMR
Procedura di consultazione sull'iniziativa parlamentare
Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta

Dal 1986 l'ATFMR (Associazione Ticinese Famiglie Monoparentali e Ricostituite) si occupa di monoparentalità e rappresenta la voce delle famiglie monoparentali e ricostituite della Svizzera italiana. Nel corso del tempo abbiamo potuto sviluppare importanti servizi per le famiglie, come lo sportello di ascolto e consulenza, lo sportello giuridico, le attività di formazione e socializzazione.
Lavoriamo quotidianamente a fianco dei genitori – madri e padri – in fase di separazione o già separati/divorziati: nel corso del 2024 abbiamo erogato più di 1100 consulenze e organizzato 17 incontri di formazione cui hanno partecipato circa 100 genitori.

1. PREMESSA – UNA RIFORMA VERAMENTE NECESSARIA?

L'iniziativa parlamentare 21.449 Kamerzin (così come la mozione Romano 22.4000) chiede un rafforzamento della custodia alternata. Al centro delle argomentazioni dell'iniziativa vi è la denuncia di tutta una serie di presupposti rischi della custodia esclusiva con diritti di visita per l'interesse superiore del bambino: si afferma che "*La custodia unica espone il figlio a rischi di strumentalizzazione, i cui effetti sono spesso distruttivi*" e "*che il genitore senza custodia assiste molto spesso a un peggioramento del rapporto con i figli a causa dell'assenza di tempo passato insieme.*" L'ostacolo a una maggiore diffusione della custodia alternata sembrerebbe – nelle argomentazioni dell'iniziativa – situarsi principalmente a livello legale: si scrive infatti che la custodia alternata resta molto rara e che la custodia dei figli sarebbe "*attribuita*" a uno dei genitori nella maggior parte dei casi ("*dall'85 al 90 per cento*"). **La realtà è ben diversa**: come evidenziato anche dai più recenti studi condotti Svizzera[1] e come osserviamo nel nostro lavoro a contatto con le famiglie in fase di separazione, **la stragrande maggioranza dei genitori che si separa riesce a trovare degli accordi consensuali in merito alla migliore soluzione di custodia** per i propri figli. L'attuale predominanza di soluzioni di custodia esclusiva con diritti di visita per l'altro genitore non è dunque da ricondurre ad ostacoli di natura legale o alle decisioni dei tribunali, ma è semplicemente il riflesso di quelle che sono le modalità di

[1] Cf. in particolare Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T., *Quand les parents ne vivent pas ensemble – Parentalité et quotidien des enfants. Rapport de recherche à l'intention de la Commission fédérale pour les questions familiales (COFF)*, 2022 (pp. 46 e seguenti). Si vedano anche le conclusioni del rapporto commissionato dall'Ufficio federale di giustizia da cui emerge che "Il est rare que les parents ne s'entendent pas sur les modalités de garde. Tant les avocats que les juges indiquent une part avoisinant les 90% de parents qui parviennent à un accord intégral en cas de divorce. Certains parents sont déjà d'accord sur tous les points au moment de se présenter devant le tribunal ; d'autres y parviennent en audience de conciliation. » (*Garde alternée : Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien, en particulier en ce qui concerne la garde. Résumé du rapport final du Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien BASS AG d'octobre 2023*, p. 7)

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

ripartizione dei compiti educativi e di cura dominanti all'interno delle famiglie: anche prima di un'eventuale separazione è ancora oggi quasi sempre la madre che riduce (o interrompe) la propria attività professionale per prendersi cura dei figli.
Le **richieste di custodia alternata provenienti da un unico genitore (sempre il padre) sono molto rare** e **l'analisi dei casi non ha permesso di dimostrare una maggiore comprensione dei tribunali nei confronti delle madri o dei padri**: in queste situazioni ad essere determinanti per la decisione sono generalmente le condizioni oggettive di realizzazione di un'eventuale custodia alternata (distanza tra le abitazioni, età dei bambini, conciliabilità famiglia/lavoro, ecc).[2]
Il dibattito attorno alla custodia alternata è diventato particolarmente acceso in questi ultimi anni e le **argomentazioni di stampo ideologico hanno invisibilizzato e deformato i vissuti concreti delle famiglie e i loro bisogni reali**. **Per la maggioranza silenziosa dei genitori che si separano – madri ed anche padri – la normativa vigente in merito alla custodia è già sufficiente** e ciò che semmai potrebbe sostenere queste famiglie verso una più serena ed equilibrata organizzazione della presa a carico dei figli sono misure di politica familiare in grado di agevolare la conciliabilità famiglia/lavoro e una maggiore parità nelle coppie già a monte di un'eventuale separazione.

2. LA CUSTODIA ALTERNATA È LA MODALITÀ DI CUSTODIA *IDEALE*?

Entrambe le varianti partono dal principio che **la custodia alternata sia la soluzione da privilegiare rispetto alla custodia esclusiva**. Ci sembra dunque indispensabile iniziare con alcune riflessioni preliminari circa questo assioma iniziale.
È evidente che prima di un'eventuale separazione, dunque in presenza di una coppia genitoriale unita e con buone capacità educative, crescere con entrambi i genitori sia benefico per i figli. Crediamo molto nella bigenitorialità e senz'altro la Svizzera potrebbe e dovrebbe fare molto di più per favorire una reale parità tra madri e padri fin dal momento della creazione della famiglia. Ci sembra tuttavia paradossale, e ben poco efficace, voler imporre la parità ai genitori solo dopo la separazione, invece di promuoverla nelle famiglie – anche tramite misure e strumenti di politica sociale e familiare – prima di un eventuale divorzio. Gli esempi più felici e riusciti di custodia alternata – e per fortuna ce ne sono molti – scaturiscono infatti spesso da situazioni familiari in cui già prima della separazione vigeva un tipo di organizzazione e ripartizione dei compiti paritaria.

La letteratura scientifica non ha potuto finora dimostrare l'esistenza di una modalità di custodia *ideale* per le famiglie che si separano.[3]
È infatti importante distinguere tra tutte quelle ricerche e studi che analizzano situazioni in cui la custodia alternata è consensualmente e consapevolmente scelta da entrambi i genitori e le situazioni in cui l'affidamento congiunto è incentivato o imposto tramite riforme legali, come accaduto di recente in vari altri stati.
Nel primo caso è possibile presupporre l'esistenza di tutta una serie di condizioni quadro favorevoli alla buona riuscita di questa forma di organizzazione della vita familiare post-separazione, come le capacità di comunicazione e collaborazione tra genitori, una bigenitorialità effettiva già a monte della separazione, possibilità di conciliazione famiglia/lavoro per entrambi i genitori, risorse economiche, ecc che spiegano le conclusioni generalmente positive in merito al benessere dei figli coinvolti. Nel secondo caso stanno invece emergendo sempre più i limiti e i rischi per il bene del minore di normative volte a imporre la custodia alternata anche laddove mancano i prerequisiti per la sua buona riuscita. Come anche accennato nel Rapporto, paesi precursori per quel che riguarda l'adozione della custodia alternata come soluzione da privilegiare hanno compiuto o stanno compiendo passi indietro dopo che studi empirici hanno permesso di dimostrare, da un lato, la scarsa efficacia degli interventi focalizzati unicamente a livello legale nel favorire un'importante diffusione di tale modello e, dall'altro, **l'aumento dei rischi per la sicurezza stessa dei minori**

[2] *Garde alternée : Évaluation de la pratique ... (op. cit).*
[3] Cf. ad esempio Kostka, *Neue Erkenntnisse zum Wechselmodell?*, in ZKJ, 2014, pp. 55 e seguenti che dimostra come la tesi secondo cui la custodia alternata sia il modello di custodia ideale e da favorire per il bene dei minori non trovi di fatto alcuna conferma negli studi empirici.

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

coinvolti. Particolarmente preoccupante è, ad esempio, quanto emerso in Australia, in cui uno studio pubblicato nel 2009 per valutare gli effetti della riforma in favore della custodia alternata del 2006 ha rilevato una tendenza a privilegiare il mantenimento di un contatto significativo con i due genitori a scapito della sicurezza del bambino e un altro rapporto ha constatato come l'importanza accordata all'atteggiamento di ciascun genitore nel favorire i contatti con l'altro impediva ad alcuni di loro di esprimere le proprie preoccupazioni circa la sicurezza del figlio confrontato a comportamenti violenti da parte dell'altro genitore.[4] Nello stesso rapporto esplicativo della Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale i passaggi dedicati all'analisi della situazione giuridica e delle discussioni in corso in altri Paesi testimoniano delle numerose criticità riscontrate laddove si è voluto intervenire sul piano legislativo per imporre la custodia alternata quale soluzione privilegiata. Ci stupisce dunque vedere come tali preoccupanti segnali non abbiano portato la Commissione verso l'elaborazione di proposte meno ideologicamente orientate verso il modello di custodia alternata quale soluzione 'ideale'.

3. ANALISI DELLE DUE VARIANTI PROPOSTE

Dovendo, tuttavia, esprimerci sulle due varianti elaborate, evidentemente non possiamo non **propendere per la prima variante** rispetto alla seconda, seppure a nostro avviso nessuna delle due proposte è in grado di rispondere adeguatamente ai bisogni delle famiglie che si separano e tutelare pienamente i minori coinvolti.

Se la prima variante è di fatto allineata con il diritto vigente, introducendo tuttavia l'indicazione che la custodia alternata debba essere *privilegiata* se più conforme al bene del figlio, nella seconda variante si chiede invece all'autorità competente di **valutare sistematicamente la possibilità di attuare una custodia alternata** (definita come "partecipazione paritaria dei genitori alla cura del figlio") anche in assenza di un'istanza in tal senso da parte di un genitore. Ciò significa che in caso di mancato accordo tra i genitori circa la soluzione di custodia – ossia **concretamente quando entrambi i genitori richiedono la custodia esclusiva per sé** – l'autorità "deve valutare in via preferenziale l'accudimento paritario". **Una soluzione dunque 'salomonica' che rischia di far passare in secondo piano il bene del figlio**. L'attuazione concreta della custodia alternata o di un 'accudimento paritario' comporta – rispetto alla custodia esclusiva con diritti di visita – una *costante e frequente* necessità di comunicazione e collaborazione tra i genitori, una fiducia reciproca nelle competenze genitoriali e educative dell'ex partner e stili educativi almeno parzialmente condivisi. Dal nostro osservatorio possiamo constatare come di fatto quasi tutti i genitori che adottano tale forma di organizzazione della vita familiare post-separazione hanno degli scambi più volte a settimana con l'altro genitore: dalle decisioni relative alle numerose e varie incombenze del quotidiano fino alle discussioni per trovare insieme nuove soluzioni all'evoluzione dei bisogni di ciascun membro della famiglia, il buon funzionamento della custodia alternata richiede non scontate capacità di ascolto, dialogo costruttivo, disponibilità al compromesso e flessibilità da parte di entrambi i genitori. La bigenitorialità è una pratica che va costruita insieme nel tempo, non un concetto astratto che può essere imposto dall'alto.
Anche in assenza di grave conflittualità, le tensioni e le difficoltà comunicative tra i genitori possono ripercuotersi negativamente sui figli: pensiamo ad esempio a tutte quelle situazioni in cui è il bambino che si ritrova a dover fare da 'messaggero' tra due adulti incapaci di comunicare o a ciò che significa dover costantemente adattarsi a due stili educativi troppo distanti.

Per quanto favorevoli alla prima variante, **ci interroghiamo sull'opportunità di dover precisare nel testo di legge che l'autorità debba "privilegiare" la custodia alternata** se questa è "la soluzione più conforme al bene del figlio". L'autorità deve sempre privilegiare – dopo aver analizzato il singolo caso e i bisogni concreti dei bambini coinvolti – la soluzione più conforme al bene del figlio, senza partire da considerazioni astratte e ideologiche circa una soluzione di custodia migliore in assoluto.

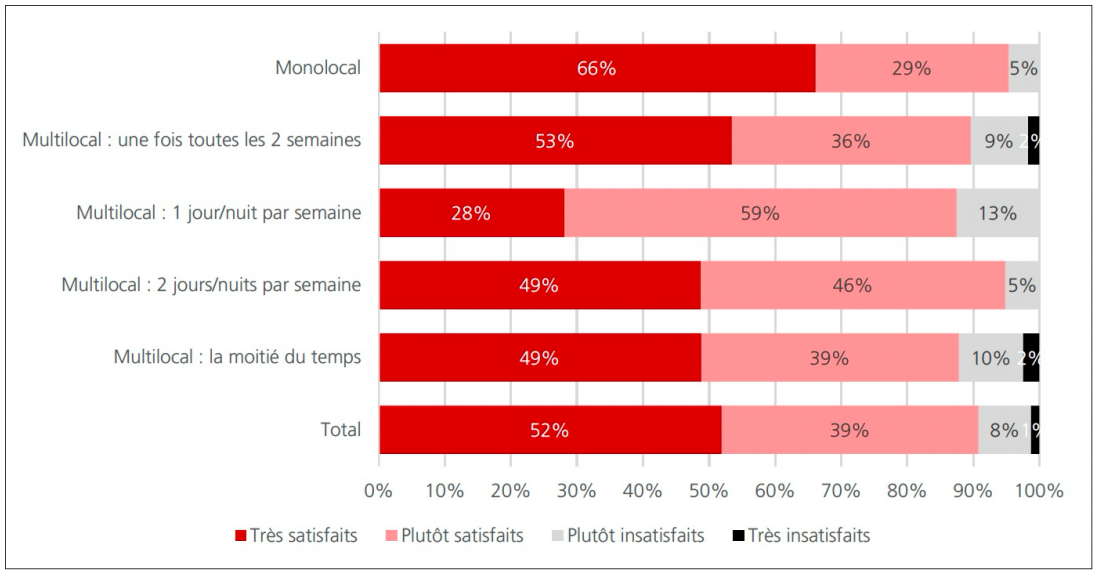
[4] Studi menzionati in Cottier M., Widmer E., Tornare S., Girardin M., *La garde alternée. Une étude interdisciplinaire sur ses conditions-cadre*, in FamPra.ch, 2018, 2, pp. 297-332 (p. 303).

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

4. La custodia alternata: una soluzione pensata per gli adulti o per i bambini?

Nell'analisi del progetto **ci sembra purtroppo assente il punto di vista di coloro che saranno direttamente toccati da queste modifiche, ossia i figli**. Il loro ruolo e la loro voce all'interno delle procedure relative alle decisioni che li riguardano andrebbero maggiormente rafforzati. Ci sembra in particolare importante ribadire la centralità dell'ascolto del minore, svolto sempre da personale qualificato, nelle decisioni in merito alla custodia (ed anche ai diritti visita).
Interessante e utile è anche porre attenzione a quanto emerso nella più completa e recente inchiesta svizzera sulle configurazioni familiari post-separazione. In questa inchiesta, cui hanno partecipato figli adolescenti (12-17 anni) di genitori separati, emerge un leggero minor grado di soddisfazione dei figli in custodia alternata rispetto a quelli in custodia esclusiva.[5]

Figure 43 : Satisfaction quant à la situation résidentielle actuelle du point de vue des adolescents dès 12 ans, selon la fréquence de la multilocalité (enquête auprès des adolescents)



Questions : « Dans quelle mesure es-tu satisfait de ta situation de logement actuelle ? » Source : enquête « Quand les parents ne vivent pas ensemble », réponses des adolescents (n=239), calculs BASS

Certamente è positivo constatare come – in qualsiasi configurazione – l'ampia maggioranza degli adolescenti si dichiara soddisfatta o abbastanza soddisfatta della configurazione di custodia adottata dai suoi genitori (a riprova della capacità della maggioranza silenziosa dei genitori separati di trovare accordi adeguati in merito all'organizzazione della vita familiare post-separazione). Tuttavia, crediamo sia indispensabile interrogarsi sulle possibili ragioni di una minor soddisfazione proprio degli adolescenti in configurazioni di custodia alternata: se due ragazzi su tre che vivono presso un solo genitore si dichiarano molto soddisfatti della soluzione adottata, tale percentuale scende sotto al 50% per i coetanei in custodia alternata. E va sottolineato come tale inchiesta è stata condotta nel 2021 e che dunque la stragrande maggioranza dei ragazzi che vivono in custodia alternata lo sono in seguito non a una decisione imposta dall'autorità bensì per una scelta consensuale di due genitori presumibilmente non in forte conflittualità reciproca. Eppure, anche

[5] Lo studio *Quand les parents … (cit)* non utilizza le categorie di custodia esclusiva o alternata, ma pragmaticamente suddivide le configurazioni familiari post separazioni secondo il numero di giorni o notti che i minori trascorrono presso l'uno o l'altro genitore. Con configurazioni "monolocali" si intendono dunque i casi di custodia esclusiva presso un solo genitore, con meno di 1 notte al mese presso l'altro genitore, mentre con configurazioni "multilocali" si intendono situazioni in cui i minori trascorrono almeno un giorno/notte ogni due settimane presso l'altro genitore. In tale categorie rientrano dunque sia casi di custodia esclusivi con diritti di visita più o meno ampi, sia casi di custodia alternata. (Grafico a p. 77).

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

in presenza di una bigenitorialità a prima vista non problematica, l'alternanza tra i due domicili non sembra essere la soluzione ideale per una fetta non così piccola degli adolescenti interrogati.
Ed effettivamente, come riscontriamo anche nel nostro lavoro a contatto con le famiglie, **la custodia alternata può rivelarsi talvolta molto esigente anche per i figli** e non sono rari i casi in cui – in particolare con l'entrata nell'adolescenza – i ragazzi esprimono il desiderio di ritrovare una maggiore stabilità e un domicilio principale, spesso quello più vicino al loro centro di interessi scolastico e personale, trovando poi altre modalità per mantenere i rapporti e i contatti con l'altro genitore.

5. FAVORIRE LA CUSTODIA ALTERNATA NELLE SITUAZIONI DI MAGGIORE CONFLITTUALITÀ?

La modifica introdotta dal legislatore nel 2017 prevede già la possibilità di adottare la custodia alternata contro il parere di un genitore, se richiesto dall'altro genitore o dal figlio.
Alla base delle iniziative che mirano a favorire, tramite modifiche legali, la custodia alternata vi è dunque la volontà di poter imporre anche in presenza di una forte conflittualità genitoriale tale soluzione. **Invece di mettere l'accento sulla creazione di servizi** (asili nido, mense, dopo-scuola, ecc) **e di politiche sociali** (parità salariale, riduzione del tempo di lavoro, ecc) in grado di **permettere a genitori capaci di collaborare di adottare soluzioni di organizzazione della presa a carico dei figli più paritarie dopo la separazione, si preferisce ampliare la possibilità di imporre la bigenitorialità laddove sembrano maggiormente mancare i pre-requisiti per la sua effettiva attuazione, ossia nei casi di maggiore conflittualità**. Per scongiurare un presunto rischio di "strumentalizzazione" e di "peggioramento del rapporto con i figli", si sostiene la tesi priva di fondamento secondo cui la custodia alternata risponderebbe meglio ai bisogni dei figli anche in presenza di conflittualità genitoriale. Eppure gli studi hanno ben dimostrato come nelle situazioni altamente conflittuali la custodia alternata comporta maggiori conseguenze negative per i figli rispetto alla custodia esclusiva: tali effetti si possono ad esempio manifestare a livello di disturbi del comportamento, ansietà o rischio di depressione, disturbi dell'attenzione, bassa autostima, ecc.[6] Anche nel nostro lavoro quotidiano possiamo purtroppo constatare di frequente gli effetti nefasti dell'esposizione costante dei minori al conflitto genitoriale in caso di custodie alternate imposte o di diritti di visita ampi stabiliti senza tener sufficientemente conto dei bisogni dei figli: aumento dell'aggressività dei bambini al rientro dall'altro genitore, ritorno e perdurare di episodi di enuresi notturna anche in bambini in età scolastica, agitazione, stress ed altri sintomi che possono talvolta scomparire rapidamente quando per varie ragioni la frequenza dei 'passaggi' e dei contatti con l'altro genitore si riduce. Particolarmente problematiche sono a nostro avviso, in caso di conflittualità genitoriale, tutte quelle soluzioni che in nome di un'astratta parità di presa a carico prevedono 'passaggi' frequenti da un domicilio all'altro e/o pianificazioni che vanno costantemente negoziate tra i genitori a causa degli impegni professionali di uno o entrambi di loro (lavoro a turni o con orari irregolari). Tali configurazioni comportano infatti continue nuove occasioni di conflittualità ed espongono i figli a uno stress costante.

6. LA LINEA ROSSA DELLA VIOLENZA DOMESTICA

Ci rammarica, inoltre, non trovare nel Rapporto alcuna osservazione in merito al problema delle situazioni di violenza domestica**. Il Consiglio federale, nel suo rapporto sulla custodia alternata ha ben ribadito come la presenza di violenze domestiche debba costituire una chiara "linea rossa"**.[7] Purtroppo, da più parti è stata evidenziata la presenza di casi di custodia alternata imposta nonostante la presenza di situazioni note di violenza domestica: in particolare, nel recente studio commissionato dall'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo (UFU) e dalla Conferenza svizzera contro la violenza domestica (CSVD) "*Offerte di sostegno e misure di protezione per bambini esposti alla violenza nella coppia genitoriale*", emerge con chiarezza come "*finora l'impatto della violenza di coppia sui figli (venga) preso solo parzialmente in considerazione se non*

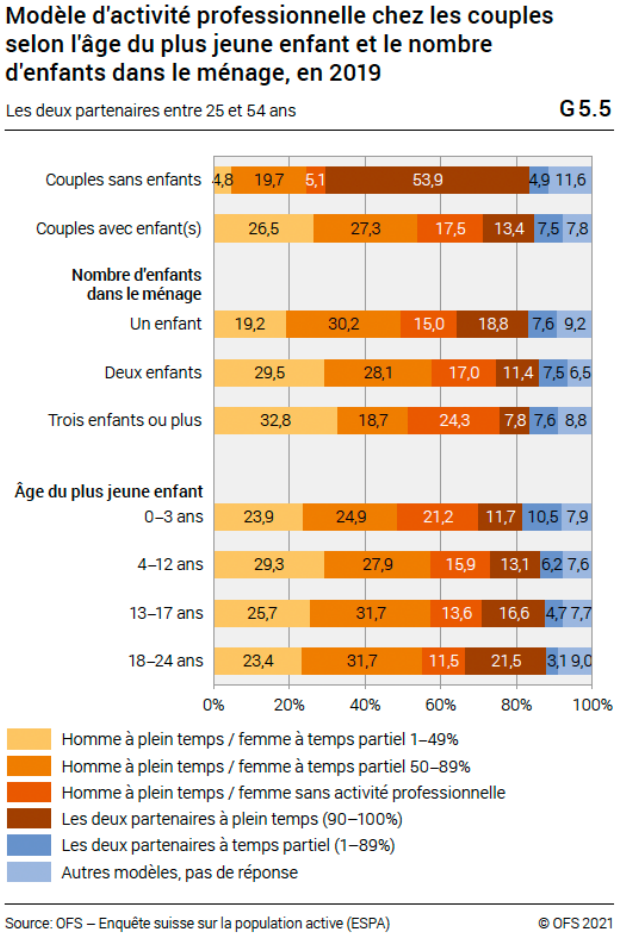
[6] *Etude interdisciplinaire sur la garde alternée,* Cottier M., Widmer E., Tornare S., Girardin M., Genève, 2017, pp. 29-30 e bibliografia ivi citata.
[7] *Garde alternée : Évaluation de la pratique … (op. cit)*, p. 15.

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

addirittura negato" e che "*gli episodi accertati di violenza di coppia hanno un influsso minimo anche sull'attribuzione della custodia*".[8] Riteniamo dunque rischioso non includere nel campo di riflessione attorno a queste modifiche legislative volte a favorire la custodia alternata anche il tema delle violenze domestiche. Come abbiamo spiegato in precedenza, infatti, tali modifiche proposte riguardano nello specifico quella minoranza di casi di separazione in cui i genitori non sono in grado di trovare consensualmente una soluzione circa la modalità di custodia dei figli. Questa piccola fetta di casi, generalmente etichettati come casi di 'alta conflittualità genitoriale', cela in realtà spesso situazioni di violenza domestica. **Senza i necessari investimenti a livello di formazione dei professionisti e senza una regolamentazione chiara circa le procedure da adottare in presenza di violenze domestiche, le possibilità di protezione dei minori e del genitore vittima di tali violenze risulteranno ulteriormente indebolite da queste proposte di riforma**.[9]

7. LA PARITÀ UOMO/DONNA VA PROMOSSA A MONTE DI EVENTUALI SEPARAZIONI/DIVORZI

Spesso i fautori della generalizzazione della custodia alternata affermano che si tratterebbe di una misura volta a riconoscere e promuovere una migliore parità uomo/donna all'interno delle famiglie. Nei loro discorsi, la famiglia cosiddetta 'tradizionale' (in cui il padre lavora e la madre resta a casa ad occuparsi dei figli) sarebbe ormai scomparsa, le coppie di genitori si suddividerebbero già in modo equo il lavoro domestico e di cura e dunque la regolamentazione della custodia in caso di separazione/divorzio dovrebbe rispecchiare tale evoluzione della società. Peccato che la realtà sia ancora ben lontana da questi scenari: se è vero che le famiglie che adottano il modello 'tradizionale' stanno diminuendo, restano sempre ancora le donne ad assumersi, alla nascita dei figli, la maggior parte del lavoro domestico e di cura, interrompendo e/o riducendo la propria attività professionale per periodi che restano ancora molto lunghi:



[8] Krüger, P, Lorenz Cottagnoud S., Mitrovic T., Mahfoudh A., Gianella-Frieden E., Droz-Sauthier G., *Offerte di sostegno e misure di protezione per bambini esposti alla violenza nella coppia genitoriale*, 2024 (versione breve in italiano e francese, versione integrale in tedesco).

[9] Cf. Le raccomandazioni avanzate dalle autrici dello studio *Offerte di sostegno… (op. cit.)*, nel loro articolo "*Mesures de protection de l'enfant en cas de violence dans le couple parental : de la Convention d'Istanbul au droit suisse. Analyse et propositions*, « FamPra.ch », 2024, 3, pp. 570-98, in particolare per quel che concerne l'introduzione nel Codice Civile di un articolo 307a relativo alle misure di protezione del minore in caso di violenze domestiche in cui si postula l'obbligo per le autorità competenti di "*dépister de manière systématique l'existence de violence domestique*" e si afferma che "*la présomption de l'autorité parentale exclusive est la règle. Il en est tenu compte lors de la réglementation de l'attribution de la garde et des relations personnelles*".

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

Come si evince dai dati più recenti, le coppie che adottano il modello 'tradizionale' o 'neo-tradizionale' (padre lavora a tempo pieno / madre a tempo parziale) restano di gran lunga maggioritarie: la loro percentuale non scende mai sotto al 70% in presenza di figli di età inferiore ai 18 anni.[10] Siamo anche noi fermamente convinti dell'importanza della parità all'interno delle coppie e delle famiglie. **Ci sembra tuttavia paradossale e ben poco efficace voler imporre la parità ai genitori solo dopo la separazione, invece di promuoverla nelle famiglie – anche tramite misure e strumenti di politica sociale e familiare – prima di un eventuale divorzio**.

8. FAMIGLIE MONOPARENTALI E POVERTÀ

Riteniamo, infine, indispensabile avanzare anche **alcune rapide considerazioni su un aspetto che è anch'esso purtroppo rimasto nell'ombra delle discussioni: l'elevato tasso di povertà che colpisce i nuclei monoparentali, in primo luogo quelli con alla testa una madre**.[11] Questa categoria di famiglia è infatti la maggiormente esposta al rischio di povertà: in Ticino addirittura **quasi un nucleo familiare su tre composto da madri sole con figli minorenni si trova in condizioni di povertà assoluta**.
I dati più recenti tendono, inoltre, a mostrare un aumento del rischio di povertà per queste categorie familiari. Le cause di tale fenomeno sono senz'altro molteplici e sarebbe urgente analizzarle da vicino. In questo modo si potrebbe anche mettere finalmente in luce **l'impatto delle recenti evoluzioni del diritto di famiglia** (in particolare le modifiche in merito al calcolo dei contributi di mantenimento) **sull'impoverimento dei nuclei monoparentali** con alla testa una madre.
Per quel che riguarda la custodia alternata, ciò che possiamo osservare è come, in diversi casi, dietro la volontà di richiedere la custodia alternata in modo unilaterale, vi siano **motivazioni di natura economica** e la convinzione che tale soluzione significhi automaticamente un azzeramento degli alimenti da versare all'altro genitore per il mantenimento dei figli.
Infine, l'argomento, talvolta avanzato, secondo cui la custodia alternata sarebbe una soluzione per contrastare il rischio di povertà delle madri monoparentali è infondato: se tale soluzione non si pone in continuità con una precedente modalità paritaria di suddivisione dei ruoli professionali e genitoriali, l'imposizione di un modello paritario solo dopo la separazione non permette di tenere debitamente conto del disequilibrio cumulato durante la fase familiare precedente. In parole povere: le interruzioni o i rallentamenti di carriera subiti dal genitore (quasi sempre la madre) che prima della separazione si è occupato in misura maggiore dei figli rischiano di essere invisibilizzati e **le conseguenze economiche di tali scelte familiari comuni finiscono con il ricadere, dopo la separazione, unicamente sulle spalle femminili**. Inoltre, se è vero che la custodia alternata può permettere una miglior conciliazione famiglia/lavoro, possiamo già segnalare situazioni di madri in custodia alternata che hanno dovuto **rinunciare a prospettive di avanzamento di carriera** che avrebbero comportato di dover rimettere in discussione tale modalità di custodia (proposte di lavoro che implicavano la necessità di un trasferimento o di una profonda modifica dell'accordo di custodia).

[10] Office fédéral de la statistique (OFS), *Les familles en Suisse. Rapport statistique 2021*, Berna, 2023, p. 28.
[11] In Svizzera nelle coppie con figli di età inferiore ai 25 anni, la situazione economica delle madri peggiora immediatamente dopo la separazione, mentre quella dei padri cambia solo in misura minima. La percentuale di madri con mezzi molto limitati quasi quintuplica (dal 7% al 34%), come dimostrato dal recente studio del Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien BASS AG su mandato dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS), *Die wirtschafliche Situation von Familien in der Schweiz. Die Bedeutung von Geburten sowie Trennungen und Scheidungen*, (S. Bischof, T. Kaderli, L. Liechti, J. Guggisberg), Berna, 2023, p. 90.

tel.: +41 (0)77 496 86 98
info@famigliemonoparentali.ch
www.famigliemonoparentali.ch

CONCLUSIONI

In conclusione, come associazione che porta la voce delle famiglie monoparentali della Svizzera italiana e che lavora a stretto contatto con numerosi genitori – madri e padri – in fase di separazione o divorzio, **tra le due varianti proposte optiamo per la prima**, segnalando tuttavia con forza la **nostra preoccupazione circa l'attuale evoluzione verso la diffusione della custodia alternata nelle situazioni di conflittualità genitoriale e senza nessuna regolamentazione procedurale chiara per identificare le situazioni di violenza domestica** e mettere in atto le dovute misure di protezione per il genitore vittima e i minori co-vittime.

Esortiamo dunque il mondo politico ed istituzionale sensibile all'importanza della bigenitorialità e della protezione del bene dei bambini a non farsi abbagliare da discorsi troppo ideologici e distanti dal vissuto reale delle sempre più numerose famiglie che affrontano una separazione o un divorzio. **Ciò che queste famiglie chiedono non sono modifiche legislative che impongono modelli astratti incapaci di tener conto della diversità delle singole situazione e dei bisogni concreti dei bambini coinvolti**, quanto **misure e servizi in grado di sostenerli nei loro compiti educativi e di cura nelle diverse fasi della vita familiare**: servizi per la conciliabilità famiglia/lavoro, prestazioni sociali per le famiglie, offerte di accompagnamento e formazione anche per i genitori in fase di separazione.

La nostra posizione in sintesi:

- La **legge attuale è sufficiente** e non vi è alcuna esigenza di introdurre nuove modifiche legislative a così pochi anni dalle nuove disposizioni del 2017 *(art. 298 cpv. 2(ter), art. 298b cpv. 3(ter) CC).*
- **Non esiste una soluzione di custodia "ideale"** in assoluto: le specificità e i bisogni concreti delle singole famiglie devono essere al centro delle decisioni della autorità.
- Le riforme che impongono la custodia alternata come norma hanno mostrato **rischi concreti per i minori in vari altri Paesi**.
- Tra le due varianti proposte, meglio la **prima**, ma con riserve sull'indicazione di "privilegiare" la custodia alternata.
- Centrale l'ascolto del minore: le decisioni sulla custodia e sulle sue modalità organizzative andrebbero condotte con **maggiore attenzione ai bisogni concreti dei figli** e all'organizzazione della loro vita quotidiana.
- La riforma rischia di favorire l'adozione di soluzioni di custodia alternata in casi di **alta conflittualità genitoriale**. Ciò è **contrario al bene del minore**.
- **Violenza domestica = linea rossa**: servono procedure per identificare le situazioni di violenza domestica e strumenti legali per escludere in questi casi la custodia alternata.
- Priorità politica: per rafforzare la **parità** uomo/donna servono **servizi e sostegni concreti alle famiglie**, non modelli imposti dall'alto al momento della separazione.

avenir familles
observatoire des familles

Aux membres de la Commission des Affaires Juridiques du Conseil national

Par courriel uniquement

Genève, octobre 2025

Concerne : Prise de position sur l'initiative « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » (21.449) dans le cadre de sa mise en consultation

Présentation de l'association

L'association Avenir Familles regroupe une quinzaine d'organisations et d'institutions telles que le Mouvement populaire des familles, l'Association des Familles Monoparentales, Couple et Familles, l'Office protestant des consultations conjugales et familiales, Caritas, la Fondation officielle pour la jeunesse ou encore l'Institution de sociologie de l'Université de Genève.

L'association a pour objectif de connaître les réalités de la vie quotidienne des familles dans le canton de Genève, ainsi que de défendre et relayer leurs besoins auprès des professionnels et des décideurs.

Prise de position

L'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » propose que la garde alternée soit étudiée par le juge (ou l'autorité de protection de l'enfant) en cas de demande de l'un des deux parents. Le refus de l'un des deux ne saurait empêcher la mise en place d'une garde alternée.

Sur le principe, Avenir Familles est favorable à la solution de la garde alternée car il s'agit d'un mode de garde qui permet l'aménagement de relations personnelles durables et équilibrées entre l'enfant et ses deux parents.

Toutefois, nous estimons que ce mode de garde ne peut être bénéfique que s'il est accompagné de conditions structurelles permettant une véritable égalité entre les parents. En l'absence de telles conditions, l'instauration de la garde alternée risque d'entraîner des déséquilibres financiers et organisationnels au détriment du parent qui, avant la séparation, s'est davantage investi dans les soins et l'éducation de l'enfant. En effet, cet investissement a souvent été accompagné d'une diminution du temps de travail, voire d'une interruption de l'activité professionnelle du parent

avenir familles
info@avenirfamilles.ch
www.avenirfamilles.ch

c/o Mouvement Populaire des Familles
Rue Jean-Antoine-Gautier 18
1201 Genève

majoritairement gardien. Ceci se traduit par des revenus plus faibles, qui perdurent souvent à long terme, même après la reprise de l'activité professionnelle.

Dans les faits, trop souvent la garde alternée est invoquée afin de réduire ou de supprimer la rente d'entretien versée par le père. En effet au motif que les enfants passeraient autant de temps chez les deux parents, les pères peuvent être tentés d'argumenter que le versement d'une rente d'entretien n'est plus justifié au nom du temps égal passé chez l'un ou l'autre des deux parents.

Dans le contexte actuel, l'introduction d'un tel mode de garde risque de se faire au détriment des femmes qui ont le plus souvent la charge des soins à l'enfant.
Avenir Familles partage cette préoccupation et considère que la garde alternée ne devrait être généralisée qu'en cas d'égalité réelle entre les deux parents. À défaut, les mères risquent trop souvent d'être défavorisées.

Pour notre association, l'élément déterminant reste et doit toujours rester le bien-être de l'enfant. Or celui-ci ne peut être garanti que si l'organisation de la garde tient compte de la capacité des deux parents à coopérer, des conditions matérielles et professionnelles qui leur permettent de s'investir auprès de l'enfant, et du souci d'éviter la précarisation d'un parent.

En effet, la séparation au sein d'un ménage est souvent accompagnée par une diminution de la qualité de vie, en particulier pour le parent qui s'est davantage investi dans l'éducation des enfants, au détriment de sa carrière professionnelle.

En l'état, Avenir Famille soutient le principe de la garde alternée, mais rejette l'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe ». En effet sans égalité réelle au sein du couple, la prononciation systématique de la garde alternée par les autorités judiciaires compétentes se ferait au détriment du bien-être de l'enfant et de l'égalité entre les genres.

AvenirSocial

Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz
Association professionnelle suisse du travail social
Associazione professionale lavoro sociale Svizzera
Associaziun professiunala svizra da la lavur sociala

Schwarztorstrasse 11
Postfach
CH-3001 Bern

+41 (0)31 380 83 00
info@avenirsocial.ch

avenirsocial.ch

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail zugestellt an: zz@bj.admin.ch

Bern, 13. Oktober 2025

Stellungnahme von AvenirSocial zur 21. 449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

AvenirSocial ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und wir vereinigen rund 4'000 Mitglieder. Wir vertreten die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Leitung Arbeitsagogik. Diese Interessenvertretung findet auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene statt. Wir engagieren uns für die Verwirklichung der Menschenrechte, die Chancengerechtigkeit sowie für eine qualitativ hochstehende Soziale Arbeit.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, und hoffen, dass unsere Rückmeldungen berücksichtigt werden.

Grundsätzliches

Seit 2017 sind KESB und Gerichte bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Uneinigkeit der Eltern gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt.

Die Vorlage verfolgt das Ziel, eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung zur Diskussion.

AvenirSocial unterstützt das Anliegen, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge zu fördern und deren Prüfung im Einzelfall sicherzustellen. Gleichzeitig ist zu betonen, dass gesetzliche Änderungen dem Kindeswohl gemäss Art. 3 Abs. 1 UN-KRK oberste Priorität einräumen müssen. Dieses Prinzip verpflichtet ausdrücklich auch den Gesetzgeber, bei der Ausgestaltung von Gesetzen das Kindeswohl als vorrangigen Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Echte Fortschritte im Sinne der Kinderrechte – etwa durch die Stärkung der Partizipationsrechte – fehlen in der Vorlage.

Relevante Aspekte aus Sicht des Kindesschutzes

Bei der Betreuungsregelung ist zwischen Elternrechten und Kinderrechten zu unterscheiden. Ziel ist nicht ein gerechter Interessenausgleich zwischen den Eltern, sondern die Betreuung des Kindes im Interesse des Kindes zu regeln. Oberste Richtschnur ist dabei das Kindeswohl, das anhand der gegebenen Umstände im *Einzelfall* zu beurteilen ist. Allfällige Wünsche oder Interessen der Eltern haben gegenüber dem Kindeswohl in den Hintergrund zu treten.

Im Zentrum der Regelung der Betreuung stehen allein *Kindeswohl* massgebende Kriterien, die erfüllt sein müssen, sei es im Rahmen einer alleinigen Obhut oder Formen der alternierenden Obhut. Durch die Wahl der Betreuungsform muss sichergestellt sein, dass den Bedürfnissen des Kindes im Einzelfall Rechnung getragen werden kann.

Von den Eltern gemeinsam ausgearbeitete Betreuungsregelungen dienen in der Regel dem Kindeswohl am besten. Aufgrund der *Offizialmaxime* ist das Gericht oder die KESB verpflichtet zu prüfen, ob die von den Eltern getroffene Regelung dem Kindeswohl entspricht. Gesetzlich eine obligatorische Prüfung einer Betreuung zu gleichen Teilen durch das Gericht oder die KESB in jedem Fall zu fordern, dient nicht dem Kindeswohl.

Die Form der alternierenden Betreuung erfordert als Basisvoraussetzung die Erziehungsfähigkeit jedes Elternteils und die Bereitschaft zur Übernahme von Erziehungsverantwortung. Eine minimale *Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft* als Konsequenz ist bei alternie-render Betreuung zwingend, da ein höheres Mass an Absprachen und gegenseitiger Informa-tion notwendig ist, um den Alltag des Kindes zu organisieren. Die Eltern müssen in der Lage sein, auch nach der Trennung ihre Elternrolle gemeinsam auszuüben, sich gegenseitig zu unterstützen und so die notwendige Stabilität für das Kind sicherzustellen. Es ist nicht Aufgabe des Kindes, dies selbst zu übernehmen oder zu vermitteln, wenn die Eltern aufgrund von Elternkonflikten dazu nicht in der Lage sind.

Die Forderung der Betreuung zu gleichen Teilen würde in der Praxis häufig bedeuten, dass die Eltern nach der Trennung gezwungen wären, aus Kindeswohlgründen am gleichen Ort oder mindestens in angemessener Distanz zu leben, damit das Kind ohne Mehraufwand die Schule besuchen kann. Mit zunehmendem Alter wird zudem das soziale Umfeld für die Kinder immer wichtiger, was ebenfalls eine *räumliche Nähe* der Lebensorte erfordert.

Aus Kindeswohlgründen spielt die *Stabilität* der persönlichen Beziehung eine grosse Rolle. Haben beide Elternteil bereits vor der Trennung oder vor der richterlichen/behördlichen Regelung das Kind abwechselnd massgeblich betreut, spricht dies für eine Form der alternierenden Betreuung, nicht aber zwingend für eine Betreuung zu gleichen Teilen.

Im Weiteren ist der *Wunsch des Kindes* sowohl von den Eltern bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Lösung wie auch der gerichtlichen/behördlichen Regelung mit zunehmendem Alter einzubeziehen, was in Art. 301 Abs. 2 ZGB für die Eltern explizit vorgesehen ist.

Die materielle *Situation* der Eltern muss eine alternierende Betreuung zulassen, da diese Form der Betreuung häufig kostenintensiver ist.

Die alternierende Obhut kann für viele Familien eine geeignete Lösung sein, ist jedoch nicht in jedem Fall angemessen. Es gibt kein Betreuungsmodell, das allen familiären und sozialen Situationen gleichermassen gerecht wird. Während sie im Schulalter gut funktionieren kann, sind bei Kleinkindern oder Jugendlichen oft andere Modelle kindgerechter. Entscheidend ist, dass das gewählte Modell dem gelebten Alltag entspricht und die Kinder bei der Festlegung

berücksichtigt werden. Problematisch wird die alternierende Obhut, wenn das Verhältnis zwischen den Eltern stark belastet ist, denn dann drohen Eskalationen zulasten des Kindes.

Fehlende Stärkung der Partizipationsrechte

Artikel 3 UN-KRK ist eng verknüpft mit Art. 12 UN-KRK, der die Partizipationsrechte des Kindes garantiert. Der Wille des Kindes ist ein integraler Bestandteil des Kindeswohls. Bei der Eruierung des Kindeswohls muss der Kindeswille entsprechend angemessen berücksichtigt werden.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz bedauert, dass die vorliegende Gesetzesänderung keine Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes vorsieht.

- Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, haben gemäss Art. 12 UN-KRK das Recht, diese Meinung frei zu äussern und das Recht, dass diese Meinung entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird. Auch Kinder, die noch nicht urteilsfähig sind, müssen altersgerecht einbezogen werden. Dabei können sowohl verbale wie auch nonverbale Willensäusserungen und gezeigte Grenzen berücksichtigt werden.
- Artikel 12 Abs. 2 sichert dem Kind weiter das Recht zu, in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die es betreffen, entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden. Diese Bestimmung ist in der Schweiz justiziabel. Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzentscheid festgehalten, dass Kinder in der Regel ab einem Alter von sechs Jahren in Verfahren angehört werden können (BGE 131 III 553). Die Kindesanhörung dient dabei nicht nur der Ermittlung des Sachverhalts, sondern ist Ausfluss der Persönlichkeit des Kindes, wie das Bundesgericht wiederholt betont hat.

Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes würde damit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte bedeutet.

Studien zeigen jedoch, dass nur rund 10% der Kinder tatsächlich bei Entscheidungen über Familienarrangements durch die KESB oder Gerichte angehört werden[1]. Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte wäre somit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte. AvenirSocial unterstützt daher die Forderung des Netzwerks Kinderrechte Schweiz, die Beteiligungsrechte der Kinder im Gesetz ausdrücklich zu verankern.

Analyse des Ist-Zustands, der beiden Varianten und Ausblick

Ist-Zustand: Aus Sicht des Kindeswohls genügt die heutige Regelung in Art. 298b Abs. 3ter ZGB (KESB) und Art. 298 Abs. 2ter ZGB (Gericht), eine adäquate Regelung der Betreuung im Streitfall zu verfügen und dabei alle Varianten der Betreuung (alternierende Obhut zu gleichen Teilen oder zu angepassten Teilen, alleinige Obhut) zu evaluieren. Dies geschieht im

---

[1] Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T. (2022): Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen — Elternschaft und Kinderalltag, Forschungsbericht zuhanden der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF), Bern/Zürich.

Rahmen der allgemeinen Abklärungen zur Betreuungssituation bei strittigen Trennungen. Es besteht m.a.W. kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Die gesetzliche Regelung und die differenzierte Rechtsprechung, welche das Kindeswohl und die Einzelfallbetrachtung in den Vordergrund stellen, sind ausreichend und zielführend.

Variante 1: Die Ergänzungen im Gesetzestext entsprechen der geltenden Systematik und Auslegung. Die Variante 1 bringt aus Sicht der Praxis keinen Mehrwert, da dies bereits heute so praktiziert wird.

Variante 2: Die Forderung, dass es grundsätzlich für das Kindeswohl die beste Lösung ist, wenn das Kind zu gleichen Teilen betreut wird, ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht verifiziert. Es kommt jeweils auf den Einzelfall an, ob die Voraussetzungen für eine gelingende alternierende Betreuung zu gleichen Teilen aus Sicht des Kindeswohls gegeben sind oder nicht. Die Forderung schafft - fokussiert auf die Elternrechte - Erwartungen, dass ein Anspruch der Eltern (und nicht des Kindes) auf eine Betreuungsform zu gleichen Teilen besteht. Dass aufgrund einer gesetzlichen Regelung den Eltern wirksam aufgezeigt werden kann, dass auch nach einer Trennung die Verantwortung für die Betreuung bei beiden liegt, wie dies als Begründung für diese Gesetzesänderung angeführt wird, wird bezweifelt. Die Folge bei Variante 2 wäre, dass Gerichte und KESB begleitend zur alternierenden Obhut standardmässig Beistandschaften errichten müssten mit dem Auftrag, die Kommunikation zwischen den Eltern zu verbessern. Die Erfahrungen aus den zahlreichen Besuchsrechtsbeistandschaften, die viele Ressourcen verschlingen und meist wirkungslos sind, zeigen, dass dieser Weg nicht geeignet ist.

Ausblick: Der Fokus müsste vielmehr auf Bestrebungen liegen, alternative Methoden zur Lösung von Elternkonflikten zu fördern und Betreuungsregelungen im Streitfall mit entsprechenden Verpflichtungen zu verbinden. In diese Richtung tendiert auch der Bundesratsbericht vom 6. Juni 2025 zur Modernisierung des Familienverfahrensrechts (Link). Vorgelagerte Schlichtungsinstanzen sind ergiebiger und für das Kind wirksamer (vgl. den Zwischenbericht der Universität Freiburg zum Pilotprojekt «Zentrum für Familien in Trennung» vom Mai 2025: Link). Gesetzlich vorzuschreiben, wie die Obhut aufgeteilt werden soll, funktioniert nicht. Die Eltern müssen stattdessen mit vorgelagerten Streitdeeskalations-, Beratungs-Angeboten und Elternkursen unterstützt, in die Verantwortung genommen und befähigt werden, Elternverantwortung gemeinsam wahrzunehmen.

Fazit und Antrag

Aus Sicht von AvenirSocial besteht kein Revisionsbedarf. Die heutige gesetzliche Regelung umfasst alle relevanten Aspekte und genügt aus Sicht des Kindeswohls. Falls der Gesetzgeber etwas ändern möchte, wird – im Sinne eines Eventualantrags – der Variante 1 der Vorzug gegeben. Die Variante 2 wird aus Sicht des Kindeswohl abgelehnt.

*****

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Fragen steht Ihnen Emilie Clavel, Co-Geschäftsleiterin von AvenirSocial, via e.clavel@avenirsocial.ch zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Emilie Clavel
Co-Geschäftsleiterin

Camille Naef
Verantwortliche Fachliche Grundlagen

BIF Beratungsstelle für Frauen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft
Postfach, 8031 Zürich

Tel. 044 278 99 99 www.bif-frauenberatung.ch
Fax. 044 278 99 98 info@bif.ch

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Zürich, 3. Oktober 2025

Stellungnahme von BIF Beratungsstelle für Frauen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft

Vernehmlassung «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» - Umsetzung der pa. Lv. Kamerzin 21.499

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage Stellung nehmen zu können.

Ausgangslage

Die BIF Beratungsstelle ist Teil der Opferhilfe Zürich. Wir beraten und begleiten Mütter, welche von körperlicher, seelischer oder sexueller Gewalt betroffen sind oder waren. Dabei sind die Kinder und die Auswirkungen der Häuslichen Gewalt auf sie regelmässig Thema in unseren Beratungen. Aus Studien ist bekannt, dass 50% der Kinder, deren Mütter häusliche Gewalt erleben, selber Gewalt erleben. Die anderen sind meist schwer belastet durch die Zeug:innenschaft.

Wir begrüssen grundsätzlich das Ziel der Vorlage, die gleichwertige elterliche Beteiligung an der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung zu stärken. Kinder haben das Recht auf eine tragfähige Beziehung zu beiden Elternteilen – vorausgesetzt, ihr Wohl ist dadurch gewährleistet.

Allerdings stellen wir aus fachlicher Sicht infrage, ob eine gesetzliche Neuregelung im vorgeschlagenen Umfang geeignet ist, dieses Ziel zu fördern, ohne schutzbedürftige Kinder zu gefährden. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass eine alternierende Obhut dem gewalttätigen Elternteil die Möglichkeit gibt, weiterhin Gewalt auf den anderen Elternteil auszuüben.

Beurteilung der vorgeschlagenen Varianten

Variante 1:
Diese Variante kodifiziert im Wesentlichen die bestehende bundesgerichtliche Praxis, wonach Gerichte auch bei einseitigem Antrag auf alternierende Obhut diese ernsthaft zu prüfen haben, sofern sie mit dem Kindeswohl vereinbar ist.

Wir sehen in dieser Variante keinen materiellen Fortschritt gegenüber geltendem Recht und Rechtsprechung, begrüssen aber, dass sie zur Rechtssicherheit beitragen kann.

Variante 2:
Diese Variante lehnen wir deutlich ab, da sie erhebliche Risiken für betroffene Kinder birgt. Insbesondere aus folgenden Gründen:

- Variante 2 priorisiert faktisch die alternierende Obhut, auch gegen den erklärten Willen eines Elternteils. Dies kann dazu führen, dass wichtige kindeswohlrelevante Umstände – wie häusliche Gewalt, unzureichende Kooperation oder psychische Belastungen – unzureichend gewichtet werden.

- Unsere Erfahrung zeigt, dass häusliche Gewalt nicht immer aktenkundig ist. In solchen Fällen besteht die reale Gefahr, dass Kinder unwissentlich einem gewaltausübenden Elternteil zur Obhut anvertraut werden.

- Die alternierende Obhut erfordert ein hohes Mass an elterlicher Kooperationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft. Ist dies nicht gegeben, drohen Loyalitätskonflikte, psychische Belastungen und Instrumentalisierung des Kindes.

- Auch ganz praktische Aspekte – etwa der Wechsel zwischen zwei Wohnorten mit unterschiedlichen Lebensrealitäten – können sich bei mangelnder Stabilität überfordernd und desorientierend für das Kind auswirken.

Empfehlung und Fazit

Aus Sicht des Kinderschutzes erachten wir die gesetzgeberische Fixierung auf die alternierende Obhut – insbesondere in Variante 2 – als problematisch. Die strukturelle Förderung eines Betreuungsmodells darf niemals zu einer Standardlösung werden, die dem individuellen Schutzbedürfnis der Kinder widersprechen kann.

Trennungen haben in der Regel erhebliche ökonomische Folgen, die besonders Frauen treffen. Da sie nach wie vor den grössten Teil der unbezahlten Care-Arbeit leisten und häufiger Teilzeit arbeiten, tragen sie auch im Trennungsfall die Hauptlast. Eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut kann diese Ungleichheiten noch verstärken: Offiziell geteilte Betreuungsanteile führen oft zu tieferen Unterhaltszahlungen, während Frauen in der Praxis weiterhin die Hauptverantwortung für Betreuung und Organisation tragen. Dies resultiert in einer massiven Doppelbelastung und erhöht das Armutsrisiko von Alleinerziehenden.

Wir empfehlen:

- **Auf Variante 2 zu verzichten**, da sie in hochkonflikthaften oder gewaltbelasteten Kontexten eine erhebliche Kindeswohlgefährdung darstellen kann.

- **Variante 1 nur dann umzusetzen**, wenn sie ausschliesslich der rechtlichen Klarstellung dient und keinen impliziten Erwartungsdruck erzeugt.

- **Bestehende Schutzmechanismen verbessern** – etwa durch verbindlichere und altersgerechte Kindesanhörung, die Einsetzung von unabhängigen Kindes- oder Rechtsvertreter:innen, eine vertiefte Gewaltabklärung oder klare Mindeststandards für alternierende Betreuung.

- **Strukturelle Ungleichheiten abbauen** und tragfähige Rahmenbedingungen schaffen, damit alternierende Obhut dort, wo sie dem Kindeswohl entspricht, verlässlich umgesetzt werden kann; durch flächendeckende und bezahlbare Kinderbetreuung, betreuungsfreundliche Arbeitszeitmodelle, faire Unterhalts- und Sozialversicherungsregelungen sowie eine gezielte Sensibilisierung und Schulung von Fachbehörden und Gerichten zu Kindeswohl, Gewaltindikatoren und migrationsspezifischen Benachteiligungen.

Wir bedanken uns und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Pia Allemann
Co-Geschäftsleiterin

Katja Niemeyer
Co-Gäschäftsleiterin

BIF Beratungsstelle für Frauen
gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft
Postfach, 8031 Zürich
Tel. 044 278 99 90
044 278 99 99 (Beratung)
www.bif-frauenberatung.ch

21.449 Iv. Pa. Kamerzin « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » : prise de position de la CFEJ (2 octobre 2025)

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) a étudié avec attention le projet de modification du Code civil suisse visant à favoriser la garde alternée et présente ci-après ses remarques et observations.

Considérations générales

La CFEJ tient tout d'abord à souligner que le droit aux relations personnelles (art. 9, al. 3 CDE) et le droit d'être élevé par ses deux parents (art 18, al. 1 CDE) sont des droits fondamentaux de l'enfant et non des parents. À ce titre, le fait de privilégier la garde alternée devrait prévaloir uniquement dans la perspective de l'intérêt de l'enfant, au titre de considération primordiale. La CFEJ estime que le renforcement de la coparentalité grâce à une participation et responsabilisation plus équilibrées des parents à la prise en charge de l'enfant après la séparation ou le divorce est à encourager, afin de garantir à l'enfant notamment l'exercice de ses droits en vertu des articles de la CDE précités. La garde alternée est déjà possible lorsque les deux parents la demandent et cette modalité doit être encouragée dans la recherche de solutions concertées.

En cas de séparation, la garde alternée signifie généralement pour les familles dans lesquelles les deux parents participaient déjà de manière similaire à la prise en charge des enfants avant la séparation, la poursuite du quotidien familial. Dans les cas où avant la séparation prévalait une répartition traditionnelle des rôles, la garde alternée peut représenter un changement radical pour toutes les personnes concernées. Les conséquences possibles, notamment les tensions et les incertitudes, doivent être prises en considération lors de la prise de décision.

Par ailleurs, la CFEJ aimerait également souligner que le droit d'être élevé par ses deux parents s'applique à tous les enfants, et pas seulement lorsque la séparation des parents se profile. C'est pourquoi nous estimons indispensable d'améliorer les conditions-cadres de la société dans son ensemble afin de favoriser une répartition (plus) équitable du travail rémunéré et non rémunéré dès (au plus tard) la naissance des enfants.

La CFEJ prend acte du fait que la CAJ-N a déjà validé le principe de légiférer en la matière et ne se prononce donc plus sur le besoin de légiférer ou non. Elle attire toutefois l'attention sur le fait que cette décision de principe porte sur un enjeu très complexe, avec la nécessité de prendre le temps d'analyser soigneusement et de manière approfondie la réalité actuelle dans ce domaine et son évolution (aussi bien sur le plan des réalités de terrain que du rôle des institutions ou de la jurisprudence). Il est essentiel, dans l'intérêt supérieur des enfants, de prendre en compte le contexte plus large de la vie familiale dans le monde d'aujourd'hui, notamment aussi les réalités socioéconomiques et les inégalités structurelles qui subsistent toujours au sein des couples.

Ainsi cette décision de principe et sa mise en œuvre ne doivent en aucun cas amener à la conclusion erronée que le débat à ce sujet serait clos et qu'il n'y aurait plus d'autres enjeux à traiter en la matière, bien au contraire. Il faut impérativement continuer à travailler sur la répartition des rôles et des tâches au sein des familles et favoriser une plus grande égalité au sein des couples dans la société ainsi qu'une amélioration sensible des conditions matérielles pour la vie des familles, tous ces éléments constituant des conditions préalables et nécessaires à l'épanouissement des enfants et au respect de nos obligations envers eux. Il s'agit de traiter sérieusement de questions liées aux politiques de la famille et d'égalité, qui doivent être abordées bien au-delà des situations de séparations ou de divorce.

La modification législative envisagée dans les deux variantes proposées par la CAJ-N concerne uniquement les cas d'autorité parentale conjointe et lorsque les deux parents n'arrivent pas à se mettre d'accord sur le mode de garde. Dans la pratique actuelle de garde exclusive avec droit de visite, les juges et les avocats veillent déjà à maintenir la présence des deux parents dans le quotidien des

enfants. La part de prise en charge par les pères a notablement augmenté et englobe des temps et investissements réguliers aussi pendant la semaine, et pas uniquement un week-end sur deux. Les juges et les avocats privilégient également l'établissement de solutions individuelles et établies avec les deux parents dans l'intérêt de l'enfant.

La CFEJ estime en effet que l'examen de la garde alternée devrait être possible aussi en cas de refus d'un parent. En revanche, il s'agit d'évaluer avec soin les raisons du refus, lequel n'est pas nécessairement sous-tendu par un défaut de coopération ou une volonté de défavoriser l'autre parent. Le refus d'un parent peut aussi parfois trouver sa source dans des considérations matérielles (notamment le logement), voire constituer une mesure de protection face à la violence – non seulement physique, mais aussi psychique comme dans les cas de contrôle coercitif – exercée par l'autre parent. Il est avéré que les violences sont encore insuffisamment détectées lors des procédures de séparation, et la protection des victimes, incluant les enfants, doit encore être améliorée au regard de la Convention d'Istanbul.

La CFEJ se prononce en faveur de la Variante 1 de l'avant-projet

Dès lors que la CAJ-N a validé le principe de cette modification législative, la CFEJ se prononce en faveur de la Variante 1 de l'avant-projet de la CAJ-N car elle permet l'ancrage dans le Code civil de la garde alternée dans les cas d'autorité parentale conjointe et lorsque cette modalité de prise en charge correspond le mieux au bien de l'enfant. De même, selon cette Variante 1 de la CAJ-N, le refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution de la garde alternée. La garde alternée permettrait jusqu'à une répartition 70-30 %, et tient compte des critères d'examen établis par la jurisprudence. La mise en œuvre de cette Variante 1 paraît nettement plus réaliste que la Variante 2 de la CAJ-N.

La CFEJ est d'avis que la Variante 1 de l'avant-projet visant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire 21.449 permet une meilleure application des droits de l'enfant, notamment :

- son droit d'entretenir régulièrement des relations personnelles et des contacts directs avec ses deux parents (art.9, al.3, CDE),
- son droit de participation et d'être entendu dans toute procédure administrative ou judiciaire le concernant (art.12, CDE), son avis étant dûment pris en compte,
- son droit d'être élevé par ses deux parents ayant une responsabilité commune pour ce qui est d'assurer son développement (art.18, CDE), le principe de son intérêt supérieur en tant que considération primordiale (art.3, CDE).

La CFEJ estime que la Variante 2 proposée par la CAJ-N est plus contraignante et offre moins de flexibilité dans l'agencement de la solution de garde et prise en charge à parts égales. Les autres pays ayant légiféré dans ce sens sont tous revenus en arrière en privilégiant des solutions au cas par cas et adaptées à chaque situation. Une solution rigide et imposée aurait par ailleurs peu de chances de perdurer dans le temps, ce qui serait délétère pour l'enfant qui nécessite de la stabilité et de la sécurité dans ses relations afin que son bon développement soit garanti.

Participation de l'enfant à la décision

La séparation parentale ou un divorce est une transition dans la vie qui peut être vécue de manière très stressante par l'enfant et avoir des impacts négatifs sur son développement jusqu'à l'âge adulte[1]. L'enfant doit donc être activement impliqué dans les choix concernant l'autorité parentale et la garde.

L'application de son droit d'être entendu, mais également de son droit d'être informé et assisté par un représentant ayant compétence pour le faire, doit être systématique, quel que soit son âge, quand bien même il ne disposerait pas encore de la capacité de discernement. Au-delà de la simple audition, il s'agit de prendre en compte le point de vue de l'enfant de manière sérieuse dans le processus décisionnel. Le droit d'être informé implique également que le contenu de la décision, sa signification et ses conséquences lui soient communiqués et expliqués d'une manière adaptée à son âge et à son

[1] Children's experience of private law proceedings: six key messages from research

degré de maturité. À cet effet, la CFEJ recommande d'ajouter une phrase dans les articles 298 et 298b du Code civil, mentionnant que **« L'enfant est entendu de manière systématique et adaptée à son développement, son avis est pris en considération par le juge ou l'autorité de protection et la décision finale lui est communiquée de manière appropriée. »**

Lien entre modalité de garde et contributions d'entretien

Selon la CFEJ, le choix du mode de garde ou de prise en charge doit être décidé indépendamment des aspects économiques et financiers liés à une séparation ou un divorce, en particulier de la question des contributions d'entretien. Cela implique également des démarches plus larges en matière d'égalité au sein du couple et de renforcement des conditions socioéconomiques pour les familles, comme évoqué ci-avant.

La CFEJ préconise de prêter une attention particulière lors des décisions concernant les contributions d'entretien en cas de garde partagée. La notion de prise en charge à parts égales de la variante 2 de l'avant-projet risque d'amener de la confusion ou à tout le moins d'être difficilement applicable puisqu'elle est trop rigide et n'est pas clairement définie quant au champ d'application et domaines auxquels elle s'applique (activités récréatives et de loisirs, scolaires et extrascolaires, frais complémentaires, etc.).

Accompagnement des parents et suivi des décisions

La CFEJ préconise aussi de renforcer au sens large les mesures et dispositifs qui permettent un suivi des décisions prises et un appui aux parents et/ou aux enfants concernés, si nécessaire. En effet, la garde alternée, dans les cas où la prise en charge des enfants n'était pas assurée de manière équilibrée entre les parents avant la séparation, est une modalité exigeante et complexe en termes d'adaptation pour l'enfant et aussi pour les parents qui se voient confrontés à des enjeux organisationnels, émotionnels et financiers majeurs. C'est d'autant plus le cas si elle résulte d'une décision négociée après une attitude plutôt négative de l'un des parents. Elle implique de fréquents changements de lieux de vie et demande une bonne organisation logistique.

Cette situation peut être une source de stress, de tension ou d'insécurité pour l'enfant en fonction de son âge, en particulier lorsque les parents ne communiquent pas de manière fluide. Dans un contexte de séparation, l'enfant a besoin de sécurité, de stabilité et de prévisibilité. Sans une excellente communication entre les parents, le risque est grand que l'enfant se retrouve à endosser un rôle d'émissaire ou de messager, et à porter une trop grande responsabilité dans l'organisation du quotidien, voire de se retrouver dans une position d'arbitre ou de tampon entre deux parents ayant une communication dégradée. Le cas échéant, des mesures correctives doivent pouvoir être prises, a fortiori si après la validation d'un dispositif de garde alternée, des violences, sous quelque forme que ce soit, sont détectées.

Remarque concernant la terminologie

La CFEJ tient finalement à relever que la notion de bien de l'enfant ne reflète pas l'usage terminologique de la Convention des Nations unies relative aux droits de l'enfant, en vigueur en Suisse depuis 1997, et propose que le législateur se réfère à **la notion d'intérêt supérieur de l'enfant**.

La Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse vous remercie d'avance pour la prise en compte de ses considérations et reste à disposition pour toute question.

Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ)

CROP
pour la coparentalité

La Coordination Romande des Organisations Paternelles

Conseil National
Commission des Affaires Juridiques
CAJ-N
M. Vincent Maître, Président
3003 Berne
zz@bj.admin.ch

Cc :
Mme Simone Peter
Secrétariat des CAJ
simone.peter@parl.admin.ch

15 octobre 2025

Réponse à la consultation fédérale de la Commission des Affaires Juridiques du Conseil National à l'initiative parlementaire 21.449
« Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Monsieur le Président,
Madame,

La CROP vous remercie pour votre invitation à prendre position sur l'avant-projet susmentionné.

Créée en 2006, la CROP regroupe les organisations de la condition paternelle et de la coparentalité des six cantons romands. Elle a pour mission de promouvoir une parentalité équilibrée entre les deux parents, notamment par l'instauration de congés parentaux et, en cas de séparation, le maintien d'une relation saine de coparentalité, conformément à l'intérêt supérieur de l'enfant.

Les associations membres de la CROP interviennent principalement auprès de parents confrontés à des difficultés pour maintenir leurs relations parentales après une séparation, malgré des droits aux relations personnelles établis par décision judiciaire. Elles recommandent systématiquement la médiation familiale et ont contribué à la promotion de cette pratique dans plusieurs cantons, notamment en coorganisant avec le Dr Jean Zermatten et le Professeur Philippe Jaffé un colloque international sur les nouvelles formes de parentalité (Jaffé et al., 2017, p.3), ayant conduit à l'introduction du consensus parental en Valais.

Vous trouverez ci-après notre prise de position détaillée dans le cadre de la consultation.

Tout en restant à disposition pour vos questions, nous vous adressons, Monsieur le Président, Madame, nos meilleures salutations.

Dr. Patrick Robinson
Porte-parole CROP

M. Patrick Constantin
Membre du Comité

Intern

1 Résumé

La garde alternée répond au besoin fondamental de l'enfant de maintenir et développer une relation équilibrée avec ses deux parents, un principe soutenu par la Convention relative aux droits de l'enfant et confirmé par de nombreuses études. Elle contribue à réduire l'impact psychologique néfaste des séparations, limite les effets délétères des conflits parentaux et évite que des situations de garde exclusive ne se figent durablement.

L'expérience documentée dans les pays qui ont instauré la « garde alternée » comme principe de base démontre qu'en général elle favorise le bien-être des enfants au court et long terme, promeut l'égalité des opportunités et des contraintes familiales et professionnelles pour les deux parents.

La distinction et le lien entre conflits et différents types de violences entre les parents, et de la part des parents envers l'enfant sont essentiels pour appréhender si la garde alternée est la meilleure ou la moins mauvaise option. Des mesures d'accompagnement (guidance parentale), des pratiques alternatives de résolution de conflits, voire d'expertise collaborative, permettent d'en garantir la possibilité de mise en œuvre dans la majorité des situations.

En Suisse, malgré l'implication considérable et croissante des pères dans le travail de « care » des enfants et une évolution sociétale demandant plus d'égalité entre femmes et hommes, la garde alternée demeure minoritaire et appliquée de façon inégale par les autorités judiciaires, ce qui crée des inégalités de traitement et est une entrave à l'égalité hommes-femmes. Lorsque les parents ne sont pas d'accord, les procédures sont alourdies, avec des coûts directs et indirects élevés pour tous les membres de la famille séparée, ainsi qu'indirectement pour l'état et par extension, le contribuable.

La documentation scientifique, tant au niveau international que par des chercheuses suisses d'Unil met en évidence la nécessité de faire de la garde alternée le principe de référence, modulé selon l'intérêt supérieur de l'enfant.

C'est pourquoi **la CROP soutient l'initiative ip.va 21.449 mise en consultation et particulièrement sa variante 2**, en posant comme point de départ la possibilité d'une participation des deux parents à parts égales à la prise en charge de l'enfant.

2 Principes de base et notions

2.1 Le besoin fondamental de l'enfant

Il y a un large consensus de la recherche empirique sur le développement de l'enfant que celui-ci s'attache envers ses figures primaires, généralement ses deux parents, ce qui lui est essentiel dès son plus jeune âge pour son développement équilibré. La présence et l'implication active de la mère et du père constituent des piliers pour son équilibre affectif, cognitif et social à long terme (Forslund et al 2021 [1], Braver et al 2018, Auberjonois 2019 et Cesalli 2019[2]). Tant la Convention relative aux droits de l'enfant (art. 9 al 3 et art.18 al 1), que la Constitution fédérale (art. 8 al 3 et art. 14) exigent qu'en principe l'enfant ait une relation régulière et fréquente en personne avec ses deux parents. Par ailleurs, l'intérêt supérieur de l'enfant étant devenu un droit, le juge devrait évaluer tous les modes de garde,

[1] dont le spécialiste de l'attachement en Suisse, Prof Blaise Pierrehumbert, de l'Université de Lausanne.
[2] Les deux sont pédopsychaitre en Romandie

indépendamment de la demande d'une garde alternée par un parent ou l'enfant (Observation générale 2013 no 14 art. 3, par. 1 (Schwarzer, 2021).

2.2 Impact des séparations et risques liés aux conflits parentaux

Toute séparation parentale est une épreuve pour l'enfant, particulièrement lorsque celle-ci s'accompagne de conflits entre ses parents. Les conflits conjugaux prolongés, non résolus, engendrent des effets délétères : conflits de loyauté, comportements de « gate keeping », voire menant à l'aliénation parentale. Ils nuisent directement au bien-être de l'enfant et à la qualité de l'encadrement parental. Plus rapidement la situation se stabilise, moins les conséquences psychologiques, sociales et éducatives néfastes sont durables pour l'enfant (Rey-Mermet et al 2021). Il en va de même pour les parents, ceci d'autant plus lorsque les compétences éducatives des parents sont amoindries par la séparation et les conflits.

2.3 L'effet du statu quo

Plus une garde exclusive temporaire perdure après une séparation, plus il devient difficile d'instaurer une garde alternée équilibrée. Les accords que les parents peuvent convenir après une longue et coûteuse procédure s'apparentent bien plus à une décision de « fait accompli », parce que la situation s'est ainsi cristallisée sur une longue période, implémentant des habitudes plus difficiles à faire évoluer. Ces statu quo sont évidemment peu favorables à l'égalité parentale et au bien-être durable des enfants.

2.4 Violence vs Conflit

Le conflit, même lorsqu'il atteint une forte intensité, est très souvent un élément constitutif du processus de séparation d'un couple, également exacerbé par les procédures judiciaires, et ne doit pas être confondu avec la violence, ni constituer en soi un motif de refus d'une garde alternée (Braver et al, 2018).

Concernant spécifiquement la violence, il est essentiel que les autorités et services d'accompagnements distinguent clairement les différentes formes reconnues : la violence (ex)conjugale ou envers les enfants, lorsqu'elle est coercitive et unilatérale, justifie l'exclusion d'une garde alternée, tandis que d'autres formes, comme les violence situationnelles (« *common couple violence* ») qui sont souvent bidirectionnelles (et souvent issues de conflits), bien que sérieuses, ne sont pas nécessairement incompatibles avec ce mode de garde, à condition que des mesures d'accompagnement appropriées soient mises en place.

En Suisse, l'étude menée pour le Bureau Fédéral de l'Egalité (Markwalder et al, 2023) synthétise les résultats de trois enquêtes de victimisation menées en 2018, 2021 et 2022 auprès d'un large échantillon de femmes et d'hommes en couple concernant différents formes de violence sur les 12 derniers mois : elle sont paritaires entre femmes et hommes pour la violence physique, plus élevée envers les femmes pour la violence sexuelle et la violence psychologique et plus élevée envers les hommes pour la violence sociale (tableau 6, p 18). De tels résultats issus des études menées dans les pays « occidentaux » démontrent une incidence similaire, malgré quelques différences dues à des questions de méthodologie, dont d'échantillonnage (par ex Kuijpers, 2019).

2.5 Garde alternée ou Résidence alternée

Le Conseil Fédéral, dans son rapport de 2024 reconnait que le terme « garde alternée », est insatisfaisant. L'étude du Bureau BASS mandatée par la COFF (Stutz et al 2022) rapportent que « *Les parents – qui se partagent la prise en charge de leur(s) enfant(s) – déplorent le plus fréquemment la réglementation selon laquelle l'enfant ne peut être officiellement domicilié que*

chez un seul d'entre eux, ce qui entraîne des inégalités dans de nombreux domaines : fiscalité, subsides à l'assurance-maladie, lieu de scolarisation, information des parents par l'école ou la structure d'accueil, etc. ».

3 Tendances et état des recherches sur le sujet

3.1 Au niveau international

Dans plusieurs pays (par ex Belgique, Norvège, Suède), ou provinces/états où la législation en matière de droit matrimonial est de leur ressort (par ex USA, Canada, Espagne), la garde alternée est posée en principe de base du traitement des cas de séparations et de divorce. Quatre exemples : Espagne, Norvège et Suède qui ne sont pas mentionnées dans le Rapport explicatif, et Belgique qu'y l'est.

3.1.1 Espagne

En Espagne, les cinq régions autonomes où la modification de la législation ont favorisé la garde alternée (2009-2010), l'opposition de la mère n'étant plus une justification sans preuves valables (à la stricte exception de violence à son égard de la part du père), ce mode de garde a progressé de manière significative : d'environ 10% à 40% en 5 ans, comparé aux provinces qui ne l'avaient pas favorisée avec environ 10-12% environ des cas (Fernandez-Kranz et al, 2024). La Cour constitutionnelle ainsi que des arrêts de la Cour suprême ont ensuite statué que la garde partagée devait être considérée comme « normale et pas exceptionnelle ». La différence de pourcentage de garde partagée entre les cinq régions autonomes et les autres provinces s'est ensuite amoindries. En 2019, le pourcentage de divorces avec garde partagée était en moyenne d'environ 50% dans les cinq régions autonomes et 30%. Ce « quasi natural experiment » a permis d'écarter d'autres facteurs socio-économiques qui auraient pu influencer les différences entre régions.

3.1.2 Belgique

En Belgique, comme le relève le Rapport explicatif, l'amendement de la législation en 2006, et à défaut d'accord entre les parents, le juge examine prioritairement la possibilité de l'hébergement égalitaire. Merla et al (2025) rapportent que 30,3% des enfants de parents séparés résidaient en alternance chez chacun des parents en 2021, dont 65% avec une répartition symétrique 50/50 du temps de l'alternance. Dans les cas où un des parents s'opposait à la demande de garde partagée de l'autre parent, les tribunaux ont statué pour une garde partagée dans 33% des cas en 2006, 37% en 2011 et 47% en 2014. L'étude a enquêté sur les critères – entre 8 et 11 – considérés par des avocats ainsi que par des juges comme importante pour la détermination d'accorder l'hébergement égalitaire et démontre qu'il y a des différences d'appréciation concernant l'importance de certains de ces critères. (p. 7 et 9). Le Rapport explicatif allègue, mais sans les citer de sources que « *plusieurs études empiriques ont été menées sur l'efficacité de ce régime de prise en charge et ont relevé ses faiblesses* ». Malgré nos recherches, nous n'avons pas mis la main sur ces études !

3.1.3 Suède

En Suède, le pourcentage de « garde partagée » - *joint physical custody* – était d'environ 1% à la suite d'une séparation dans les années 80, et près de 40% en 2011 (Turunen et al, 2017). Les auteurs rapportent que parmi les familles se séparant vers les années 2015, près de 50% des enfants se répartissaient leur temps de manière symétrique à 50/50 du temps chez chaque parent.

3.1.4 Norvège

En Norvège, qui a une politique favorisant la « garde alternée », la proportion d'enfants rapporté comme vivant en résidence partagée légalement – *legal shared custody* – était de 39% au début des années 2020. (Morbech et al, 2023). Leur étude portait sur les parents de 743 familles ayant participé à des séances de conseil familial concernant leur séparation. Dans 54% des cas les enfants étaient en mode de résidence partagée symétrique (50/50), 16 % en mode partagée asymétrique (36-49% des nuits chez un parent), 18% en mode de « droit de visite » élargi (16-35% des nuits chez un parent) et 11% en mode « droit de visite limité » (1-15% des nuits chez le parent non-gardien).

3.1.5 Etats-Unis

Aux Etats-Unis, une base de données est mise à jour tous les deux ans, détaillant les évolutions législatives par état de même que l'évolution du taux de garde alternée (US National Parents Organisation, 2025). Une telle base de données est en cours de préparation **pour les pays d'Europe** et sera présentée en décembre 2025 par l'International Council on Shared Parenting[3]. Cette dernière serait utile lors de l'élaboration du Message de la CAJ-N/du Conseil fédéral accompagnant le projet de modification des articles du CC relatif à la garde alternée.

3.2 Garde alternée : résultats de recherche sur ses avantages et limites pour les enfants

Comme ces pratiques varient à l'intérieur de ces pays, de provinces en provinces ou d'état en état, plusieurs études comparent empiriquement les décisions et leurs effets sur les parents et les enfants. Le rapport explicatif du 23 mai 2025 élaboré dans le cadre de cette procédure de consultation se réfère largement à l'« *Etude interdisciplinaire sur la garde alternée* » publiée en 2017 par Cottier et al. (2017). Ce rapport faisait l'impasse sur de nombreuses études qui avaient déjà été réalisées. Depuis, la recherche s'est fortement multipliée.

La revue « Journal of Divorce & Remarriage » (2018) consacrait deux éditions exclusivement sur ce thème, avec 20 articles par des spécialistes renommés sur différents aspects concernant la garde alternée. Les résultats étaient largement favorables à la « garde alternée » (*shared physical custody*). Braver et al (2018), y ont présenté un rapport de consensus de 12 experts, qui prônait un large consensus que la « garde partagée » devrait dorénavant être la présomption légale, que les enfants devraient passer un minimum de 35% de leur temps chez chaque parent pour récolter les fruits de la garde partagée, et que la présence de conflits parentaux ou l'opposition à ce mode de garde par l'un des parents ne devrait plus être un justificatif pour ne pas l'appliquer.

.

Les (pédo)psychiatres et psychothérapeutes romandes Katharina Auberjonois (2019) et Séverine Cesalli (2019) dans leurs chapitres respectifs prônaient, sur base de la « recherches approfondies » que les enfants – « même des jeunes enfants » - en garde alternée ont de meilleurs résultats que les enfants en résidence unique en termes de bien-être psychologique, ainsi qu'une meilleure santé psychique et de meilleures relations avec leur père et leur mère. Elle prétendent même que la coparentalité est devenue un impératif social.

Plusieurs publications sur la garde alternée émanant du Centre de Recherche interdisciplinaire LIVES sur la famille de l'Université de Lausanne donnent également des résultats de recherche positifs en faveur de la garde alternée:

[3] 2025 ICSP conference in Lisbon, Portugal – Two parents. Two homes.

Bernardi et al (2021 et 2022):

- il n'y a généralement pas plus de conflits entre parents avec garde partagée qu'avec garde exclusive, les conflits s'estompent généralement avec le temps,
- il n'y a pas de preuve en faveur de la théorie d'une seule figure d'attachement primaire,
- les enfants souffrent plus s'ils passent un tiers ou plus de nuits chez l'autre parent de manière régulière et prévisible,
- il n'y a pas de preuves empiriques que la garde partagée a des effets négatifs sur les « outcomes » des bébés et enfants en bas âges, car les pères prenant en charge les petits développent de meilleures compétences parentales et relations avec leur enfant.

Vowels et al (2023)

La revue de Vowels et al (2023), se basant sur 39 études de 2010 à 2022, comparent les « outcomes » (résultat/bien-être) pour les enfants dans différentes configurations familiales selon 5 critères : émotionnel, comportemental, relationnel, physique et résultats scolaires. Les résultats montrent que leurs meilleurs « outcomes » étaient dans des familles unies, mais que dans 75% des études les « outcomes » étaient tout aussi bons dans les familles en garde partagée. Les enfants dans les foyers monoparentaux avaient les pires « outcomes ». Une explication est que les foyers monoparentaux tendent à avoir moins de ressources sociales/relationnelles. Ces résultats confirment les résultats positifs cités par Sidney Kamerzin dans son initiative parlementaire, soutenant que l'intérêt supérieur de l'enfant est mieux préservé avec la garde partagée.

Schwarzer et al (2024)

Schwarzer et al (2024) confirment à nouveau les résultats généralement positifs de la garde partagée (shared physical custody) et qu'en Suisse ce mode de « garde » n'est que rarement pratiqué et le résultat d'accords informels plutôt que de décision de justice, les juges n'étant pas informés de la littérature scientifique sur le sujet.

Les études en Suède, sur de larges échantillons d'enfants, démontrent que leur estime de soi (Turunen et al 2017) est plus élevée sous régime de garde alternée que sous garde exclusive, que la probabilité de stress aigu est plus élevée chez les enfants en garde exclusive (Turunen 2017), et que divers comportements à risque chez les adolescents sont plus élevés sous régime de garde exclusive qu'avec une garde alternée (Fransson et al 2017). Dans ces études les différences ne pouvaient pas être expliquées par des facteurs socio-économiques.

Fernandez-Kranz et al (2022) sur base du « quasi naturel experiment » en Espagne citée ci-dessus ont comparé les comportements à risque de cohortes d'adolescents entre 14 et 18 ans, de 2006 à 2016. La garde partagée réduisait significativement les comportements à risque comparé aux adolescents sous le régime de la garde exclusive.

A souligner que les auteurs des études en Suède et en Espagne estiment que les différences sont dues exclusivement aux différences de régime de garde, tout autres facteurs à part égale.

Plus les enfants sont petits, plus la fréquence de l'alternance chez chaque parent est nécessaire. A l'adolescence, des enfants préfèrent parfois une alternance de plus d'une semaine sur deux. La fréquence des échanges doit donc pouvoir être modulables selon l'âge des enfants.

3.3 Liens intergénérationnels

Les liens intergénérationnels jouent un rôle important pour le développement et le bien-être des enfants, en particulier lors d'une séparation parentale. La garde alternée favorise non

seulement le maintien de la relation avec chacun des parents, mais elle permet aussi aux enfants de conserver un contact régulier avec les grands-parents paternels, souvent moins présents dans d'autres configurations familiales (Jappens et al 2019). Or, les grands-parents offrent un cadre précieux : ils constituent une source de stabilité, de continuité et de soutien affectif, mais aussi un repère éducatif et culturel. Leur foyer peut représenter un espace d'ancrage rassurant lorsque les parents, pris dans la gestion du conflit, traversent une période de tension. Ainsi, ne pas sous-estimer la place des grands-parents maternels et paternels, c'est reconnaître leur contribution déterminante au sentiment de sécurité et d'équilibre des enfants, ainsi pour décharger les parents respectifs lorsque ceux-ci le nécessitent ou le désirent.

3.4 Equilibre parental et professionnel

La garde alternée offre aux deux parents de meilleures conditions pour concilier vie familiale et professionnelle, et favorise le ressourcement personnel. Les mères, en particulier, voient leurs perspectives professionnelles renforcées, avec un impact positif sur leur indépendance économique et leur prévoyance vieillesse.

3.5 Egalité entre les sexes

Ce mode de garde contribue à un partage équilibré des responsabilités parentales et constitue un levier essentiel pour promouvoir l'égalité des chances et des charges entre mères et pères. La question d'une répartition équitable des tâches domestiques et familiales entre hommes et femmes ne devrait pas se limiter à la période de vie commune, mais s'étendre également après une séparation ou un divorce. En effet, l'organisation qui prévalait durant la vie conjugale doit être réexaminée, car la rupture introduit une nouvelle donne nécessitant une adaptation des responsabilités et des modalités de prise en charge des enfants. Selon David (2019), dans sa publication « *Shared Parenting in the modern Family from a Feminist View*», estimait que tant que le poids de la parentalité reposera également post séparation de façon prépondérante sur les mères, l'égalité hommes-femmes restera une illusion (trad).

3.6 Modèle éducatif positif

Les enfants bénéficient d'un double modèle de référence. Ils constatent également que leur père et leur mère sont capables d'assumer à la fois vie familiale et vie professionnelle.

3.7 Stabilité

Les expériences étrangères montrent que la garde alternée, une fois instaurée, est rarement remise en question par les parents et amène plus facilement à un apaisement des tensions parentales et familiales. Elle peut être modulée en fonction de l'âge de l'enfant.

3.8 Violences domestiques

Des études empiriques ont également mis en évidence un lien direct entre le régime de garde et la violence domestique, démontrant que de nombreuses formes de violences entre partenaires intimes débute au moment de la séparation et particulièrement lorsqu'un système de garde exclusif est imposé (Kruk, 2024).

En Espagne, basé sur le « *quasi natural experiment* » (cité ci-dessus), l'instauration plus systématique de la garde alternée dans les cinq régions autonomes s'est accompagnée en cinq ans d'une baisse d'actes de violences de pères envers les mères de 40% comparé aux provinces qui n'avaient pas introduit de telles modifications législatives, ainsi que de 8% pour les homicides des mères (Fernandez-Kranz et al, 2024). La même étude fait ressortir en revanche que les fausses accusations de violence à l'encontre des pères de la part des mères ont augmenté…dans une tentative d'éviter que la garde alternée soit octroyée.

3.9 Accompagnement structurel

Dans les pays où la garde alternée est largement pratiquée, des mesures de soutien à la coparentalité (séances d'informations au moment de la séparation, médiation obligatoire si nécessaire, voir expertise collaborative, accompagnement à la coparentalité post séparation) sont souvent prévues et mises en œuvre rapidement, favorisant des solutions consensuelles.

4 Situation en Suisse

4.1 La garde alternée en Suisse

En Suisse, moins de 20 % des enfants vivent en garde alternée dans les cantons qui en ont le taux le plus élevé, alors que dans plus de 70 % des cas, la garde principale est confiée à un seul parent, le plus souvent la mère. Le Rapport BASS (Stutz et al 2022), cité par le Conseil Fédéral en 2024, n'a pas pu déterminer combien de demandes initiales concernaient la garde alternée, faute de données cantonales.

Les statistiques de l'OFS ne sont pas pertinentes car son enquête se base sur le temps passé par l'enfant chez ses parents respectifs en journée, non par nuit. Le soir et le réveil sont des moments particulièrement privilégiés pour le développement de la relation enfant-parent.

Si 90 % des parents parviennent finalement à un accord, celui-ci résulte fréquemment de longues procédures judiciaires coûteuses et conflictuelles qui épuisent les familles avant de déboucher sur une entente contrainte par le « fait accompli ». Dans ce contexte, peu de pères choisissent de recourir, jugeant leurs chances de succès quasi nulles.

4.2 Une pratique judiciaire problématique

Les approches actuelles, souvent vécues comme une logique de « gagnant/perdant », tendent à aggraver les conflits plutôt qu'à les apaiser. Elles sont parfois perçues comme violentes et débouchent sur des situations de plus grande instabilité pouvant mener parfois à des situations de violences réactionnelles.

4.3 Une surcharge croissante des institutions

Les tribunaux de première instance, les APEA et les services de protection de l'enfant sont confrontés à une surcharge de travail croissante et un manque de ressources criant, entraînant retards, prétéritant gravement leur fonctionnement. Cette surcharge croissante de cas et le manque de ressources est confirmé par la COPMA (2023, 2024 et 2025) dans ses communiqués de presse et ses rapports statistiques, dans les rapports annuels des autorités judiciaires cantonales ainsi que des rapports annuels des Services/Offices de protections de l'enfant cantonaux. Cette situation est néfaste, voire grave pour les familles concernées lorsqu'elle mène à des décisions hâtives ou fondées sur des appréciations biaisées.

4.4 Conflits parentaux, maltraitance et violences intrafamiliales

Une multitude de sources indiqueraient que les problèmes de conflits conjugaux/parentaux sévères et de maltraitances et violences domestiques/intrafamiliales sont en fortes hausses. La pédopsychiatre des Boréales (CHUV) constate que « *ces cas engorgent actuellement l'ensemble des services, à savoir : pédopsychiatres, médiation conjugale, consultations de couples et de familles, ou encore le SUPEA ; toutes ces institutions sont débordées* » (p 5). Elle estime que « *cette forte augmentation et ce gros engorgement s'explique probablement par le changement par le changement du droit et plus précisément par le fait que les deux parents aient des droits égaux »* (Duc Marwood citée, Grand Conseil du Canton de VD- 2023, Rapport de la Commission des pétitions, p.6).

A l'instar de l'expérience de l'Espagne citée ci-dessus (points 3.1.1 et 3.8), il est vraisemblable que de favoriser la garde alternée réduirait le nombre de cas de violence intrafamiliale. Les spécialistes auditionnés par le Grand Conseil ont l'espoir que la pratique du Consensus parental introduite dans l'Est vaudois réduira également le nombre de ces cas hautement néfaste pour les enfants et leurs parents respectifs.

4.5 Une évolution sociétale

Certains milieux allèguent que de favoriser la garde alternée est prématuré, argumentant que le travail de care des enfants est encore primordialement le fait des mères.

Les enquêtes périodiques de l'OFS (lien pour les différents rapports et statiques en bibliographie) sur le temps consacré au travail domestique et familial montrent depuis plus de 20 ans que les pères participent de manière croissante aux tâches domestiques et de care des enfants.

En 2024, la répartition du temps consacré aux enfants entre les mères et les pères était respectivement de 58% et 42 % à jouer avec les enfants et les aider aux devoirs, 62% et 38% à les nourrir, les laver et les mettre au lit, et 57% et 43 % à véhiculer ou accompagner les enfants pour des activités ou des soins. Tous les ménages confondus (avec ou sans enfants) le total moyen d'heures par semaine consacrées aux tâches domestiques et aux enfants étaient de 60% et 40% respectivement pour les femmes et les hommes. Depuis l'introduction du congé paternité plus élargi, les pères s'impliquent également davantage dès la naissance de l'enfant. Il n'est donc pas prématuré d'appuyer leur revendication croissante pour une garde alternée.

4.6 Inégalités de traitement

Malgré les critères déjà posés par législateur, le large pouvoir d'appréciation des juges de première instance entraîne des différences marquées dans les décisions rendues, décisions souvent confirmées par les autorités supérieures – cantonales et fédérales – dans les cas de recours. Les a priori individuels des juges – ceux majoritairement plus conservateurs et ceux minoritairement plus avant-gardistes – sur « l'intérêt supérieur de l'enfant » créent une inégalité de traitement dans les décisions prises et appliquées (Schwarzer, 2021, Schwarzer et al, 2024).

4.7 Des pratiques innovantes prometteuses

La pratique du consensus parental, inspirée du modèle dit de Cochem apparu initialement en Allemagne, est mise en œuvre depuis 2020 dans plusieurs districts valaisans. Ce dispositif, fondé sur une des séances d'information, de collaboration interdisciplinaire ordonnée et une responsabilisation accrue des parents dans le processus de séparation lorsque conflictuels, permet d'aboutir à des solutions consensuelles dans plus de 90 % des cas pour lesquels les parents n'ont pas soumis d'emblée un accord consensuel à l'APEA, respectivement le tribunal. La pratique réduit de manière significative la charge des tribunaux et les coûts supportés par les familles (Mastrangelo et al, 2024). D'autres cantons ont introduit cette pratique et d'autres encore des pratiques similaires, spécifiquement Bâle-Ville, Berne, Fribourg, Genève, St-Gall et Vaud. Le Conseil Fédéral prévoit de rendre un rapport en 2026 sur les différentes pratiques de résolutions de conflits en cas de séparations. Une littérature importante existe sur les pratiques similaires introduites depuis des années dans différents pays, ayant permis, avec l'expérience de terrain, de les adapter pour les rendre plus efficaces. Ce rapport du Conseil Fédéral permettra donc de proposer une avancée majeure en appui aux familles qui se séparent.

4.8 Garde alternée et précarité

La littérature scientifique dans les pays/provinces qui ont favorisé la garde partagée depuis longtemps montre que généralement les parents qui ont opté au début pour ce mode de garde étaient majoritairement issus d'une formation tertiaire et avec une situation financière confortable. Les études plus récentes montrent que ce mode de garde s'est propagé dans tous les milieux socioéconomiques (par exemple aux Etats-Unis, en Suède, Norvège et Espagne).

Certains milieux en Suisse allèguent que de favoriser la garde alternée mènerait à un appauvrissement des mères et de leur(s) enfant(s). Le calcul est pourtant simple : même sous un régime de garde exclusive, avec « droit de visite » usuel, le parent « non-gardien » (généralement le père) doit se payer un logement adéquat pour accueillir ses enfants dignement, les nourrir, leur offrir des loisirs et vacances. Une séparation appauvrit généralement les deux foyers !

De plus, le parent non-gardien a plusieurs désavantages qui ne sont que rarement considérés dans le calcul des contributions d'entretien et des frais de la prise en charge : allocations familiales attribuées qu'au parent gardien, et en sus de la répartition du disponible, frais de transports pour chercher et ramener les enfants chez le parent gardien, dans certains cantons, le minimum vital est calculé pour une personne seul sans enfant(s) et le loyer admis dans le calcul ne permettant pas d'accueillir ses enfants dignement. Une répartition des coûts pro rata dans le calcul des contributions d'entretien et de la prise en charge des enfants semble logique.

Le Conseil Fédéral, dans son rapport du 26 septembre 2025 « Analyse de la contribution d'entretien de l''enfant », en réponse au postulat 23.4328, reconnait que ces calculs posent des défis et présentent une complexité indiscutable. Le Conseil Fédéral reconnait également qu'actuellement les bases du calcul sont insatisfaisantes, notamment sur la base que la garde soit alternée ou exclusive (effet de bascule), entrainant des conflits supplémentaires entre les parents pour des raisons financières. Le Conseil Fédéral renonce pour l'instant à entreprendre des travaux de révision concernant ces répartitions, et prévoit d'organiser un échange entre spécialistes. Il attend également les résultats de la consultation concernant la présente iv.pa sur la garde alternée.

4.9 Le statut de parent non-gardien

En Suisse, la garde alternée demeure confrontée à d'importantes lacunes structurelles. L'impossibilité pour un enfant d'être officiellement domicilié chez ses deux parents engendre des inégalités dans des domaines tels que la fiscalité, les aides sociales, l'accès aux structures extrascolaires ou encore la transmission des informations scolaires et médicales. Le manque de reconnaissance officielle du statut du parent non-gardien accentue ce déséquilibre et conduit à un traitement inégalitaire entre les deux parents, particulièrement ressenti lorsque la garde alternée est effectivement pratiquée les concernant.

5 Recommandation

L'avant-projet de loi propose ainsi deux variantes pour mettre en œuvre l'initiative. Les deux variantes mettent la priorité sur le « bien supérieur de l'enfant » :

5.1 Variante 1 : garde alternée

La CROP estime que cette variante n'apporte que peu d'amélioration par rapport au droit en vigueur. Certes, l'idée que l'autorité compétente doive privilégier la garde alternée va dans la bonne direction, mais la jurisprudence du Tribunal fédéral a déjà établi que le refus d'un parent ne saurait empêcher son examen ni son attribution.

Le fait que le juge n'examine la garde alternée que si un parent ou l'enfant la demande pose plusieurs problèmes. D'abord, le juge n'a pas l'obligation d'envisager d'office cette option. Or, les parents peuvent manquer d'informations fiables sur les avantages et les défis de la garde partagée, que ce soit par ignorance ou en raison de conseils erronés. De plus, un parent peut hésiter à la solliciter, craignant une intensification des conflits ou une manipulation de l'enfant. L'enfant lui-même peut redouter des pressions de la part de l'un ou des deux parents. Dans tous ces cas, la garde alternée risque de ne jamais être examinée par le juge.

5.2 Variante 2 : prise en charge de l'enfant à parts égales

Dans cette variante, l'APEA ou le tribunal a l'obligation – légale – d'examiner la possibilité d'une participation des parents à parts égales dans la prise en charge de l'enfant, tout en pouvant s'en écarter si cela sert mieux son intérêt.

Contrairement à la variante 1, l'analyse ne se limite pas à la garde alternée en tant que principe, mais englobe l'ensemble des droits, devoirs et responsabilités parentales, y compris les aspects financiers et la prise en charge quotidienne de(s) enfant(s).

L'expression « une participation » à parts égales, plutôt que « la participation », confère au juge une marge de manœuvre : il peut ajuster l'équilibre parental, par exemple retenir une répartition de la garde de 35/65 au lieu d'un strict 50/50, dès lors que cela correspond au bien de l'enfant.

Finalement, cette approche introduit une présomption légale en faveur de la garde alternée, déjà en vigueur dans plusieurs pays, et apporte ainsi plus de clarté et de sécurité juridique aux parents qui se séparent, tout en renforçant la stabilité pour l'enfant.

5.3 Recommandation de la CROP : variante 2 et subsidiairement, variante1

La CROP estime que deux autres éléments sont nécessaires pour que ces changements législatifs puissent être mise en œuvre pour atteindre les objectifs visés.

5.4 Remarques finales

5.4.1 Critères d'appréciation à prendre en considération

Bien que le Tribunal Fédéral ait établi plusieurs critères, ceux-ci ne tiennent pas suffisamment compte des avancées en sciences sociales, en psychologie et en psychiatrie, pourtant essentielles pour permettre aux juges une appréciation aussi objective que possible.

Plutôt que de s'en remettre uniquement à l'évolution de la jurisprudence, une alternative plus efficace serait l'élaboration d'un guide de référence, construit en collaboration avec des

experts. Ce guide devrait s'appuyer sur des connaissances faisant l'objet d'un large consensus scientifique, et ses contributeurs être sélectionnés avec rigueur, sur la base de leur neutralité et de leur compétence reconnue dans les domaines concernés.

5.4.2 Accompagnement des décisions judiciaires

L'expérience internationale et certaines pratiques émergentes en Suisse montrent qu'il est crucial de mettre en place des mesures d'accompagnement pour les parents en situation de séparation, en particulier pour ceux qui ne déposent pas de requête consensuelle auprès de l'autorité judiciaire. Ces parents ont besoin d'informations fiables sur les avantages et les défis des différentes modalités de prise en charge de l'enfant. L'obligation de participer à des séances d'information a démontré son efficacité. Par ailleurs, le juge devrait systématiquement proposer la médiation familiale en cas de désaccord entre parents.

Dans ce contexte, la CROP suit avec intérêt le rapport du Conseil fédéral en réponse au postulat Müller-Altermatt (2019) sur les pratiques alternatives de résolution des conflits liés aux séparations avec enfants.

6 Références bibliographiques

Auberjonois K. (2019) Le point de vue du thérapeute de famille : les besoins psychologiques des enfants et des parents dans la procédure matrimoniale in : Reiser, A. et S..Gauron-Carlin (éd.) : La procédure matrimoniale, regards croisés de praticiens sur la matière, Schultess Genève, tome 1, p. 175-195.

Bernardi, L., & Mortelmans, D. eds (2021). Shared physical custody - Interdisciplinary insights in child custody arrangement. 331 pp Springer Verlag: https://library.oapen.org/bitstream/id/7c565fb4-f217-4235-862b-372cc44024eb/978-3-030-68479-2.pdf

Bernardi (2022) Garde partagée et bien-être des enfants. Forum COFF https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/02veranstaltungen/Forum_2022/Referat_Bernardi_Vortrag_2_F.pdf

Braver, S., & Lamb, M. (2018). Shared parenting after parental separation: The views of 12 experts. Journal of Divorce & Remarriage, Vol 59, pp 372-397: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10502556.2018.1454195?scroll=top&needAccess=true

Cesalli, S (2019) Le point de vue du pédopsychiatre : l'enfant, le divorce, la garde alternée et le juge in : Reiser A et S Gauron-Carlin, op. cit., p. 196-221.

COPMA (2023, 2024 2025). Communiquées de presses sur le nombre de cas gérés par les APEA en 2022, 2023 et 2024 : https://www.kokes.ch/application/files/4916/9579/4804/CM_Statistiques_COPMA_2022.pdf, https://www.kokes.ch/application/files/5317/2730/1693/Comm-Presse_APEA_Statistiques_2023.pdf et https://www.kokes.ch/application/files/7517/5811/6277/CommPresse_Statistiques_2024.pdf

Cottier, M., Widmer, E., Tornare, S., & Girardin, M. (2017, March). Etude pluridisciplinaire sur la garde alternée. https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/publiservice/publikationen/externe/2017-03-01.html

David H. (2019) Shared Parenting in the Modern Family from a Feminist View. Journal of Interdisciplinary Sciences, Vol 3 (2) , pp 36-54

Fernandez-Kranz, D., & Nollenberger, N. (2022). The impact of equal parenting time laws on family outcomes and risky behavior by teenagers: evidence from Spain. Journal of Economic Behaviour & Organisation, volume 195: https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167268122000075

Fernandez-Kranz, D, Nollenberger, N., Roff, J.L. (2024) Bargaining under threats: the effect of joint custody laws on intimate partner violence. American Journal anl of Health Economics. DOI:10.1086/731585 ; JC and IPV AJHE.pdf

Forslund T et al (une cinquantaine d'expert.e.s) (2021) Attachement goes to court: child protection and custody issues. Attachment & Human Development: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14616734.2020.1840762

Fransson, E, Hjern A & M. Bergström (2018) What Can We Say Regarding Shared Parenting Arrangements for Swedish Children?, Journal of Divorce & Remarriage, 59:5, 349-358, DOI: 10.1080/10502556.2018.1454198

Grand Conseil VD (2023) Rapport Commission des pétitions (2023) https://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/organisation/gc/fichiers_pdf/2022-2027/22_PET_5_RC.pdf

ICSP- International Council on hared parenting (2025) 2025 ICSP conference in Lisbon, Portugal – Two parents. Two homes.

Jaffé, P.., Moody, Z., Schnyder, R., & Zermatten, J. (2017). Les nouvelles formes de parentalité: le temps du partage… et l'enfant? (163 pages). Actes du Colloque, Centre interfacultaire en droits de l'enfant, UNIGE: Sion

Jappens, M., & Van Bavel, J. (2019). *Relationships with grandparents and grandchildrens' well-being after parental divorce.* European sociological review, volume 35, issue 6: https://academic.oup.com/esr/article/35/6/757/5522498

Journal of Divorce & Remarriage (2018) Part I and II: Special Issue on Shared Physical Custody: Recent Research, Advances and Applications. Vol 59, Issue 4 and 5. https://www.tandfonline.com/toc/wjdr20/59/4 et https://www.tandfonline.com/toc/wjdr20/59/5?nav=tocList

Kruk, E. A. (2024). Going beyond the gender paradigm: a new perspective on interparental conflict, family violence and fathering after separation. New Male Studies: https://newmalestudies.com/OJS/index.php/nms/article/view/423/475

Kruk, E. A., & Harman, J. J. (2024). Countering arguments against parental alienation as a form of family violence and child abuse. The American Journal of Family Therapy, volume 53: https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/01926187.2024.2396279?needAccess=true

Kuijpers, K. (2019). Partner disagreement on the occurence of intimate partner violence among national sample of heterosexual young-adult couples. Violence Against Women. Vol 8, pp:889-909. https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/31169071/

Markwalder, N., Biberstein, L., & Baier, D. (2023, Aug). *Présence de la violence au sein des relations de couple en Suisse: ampleur et évolution en Suisse.* Bureau Fédéral de l'égalité en femmes et hommes: https://backend.ebg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-ebgch-files/files/2023/12/19/cce2fd6b-f217-407f-86f7-39ecacabcaef.pdf, tableau 6, p. 18

Mastrangelo, S., & Umutsinzi, M. (2024). Rapport d'évaluation du projet pilote de consensus parental en Valais (2022-2023). https://www.ssi-suisse.org/index.php/fr/rapport-devaluation-du-projet-pilote-de-consensus-parental-en-valais/454

Merla, L, Dedonder J et Baar M (2025) Judicial treatment of applications for joint physical custody in Belgium: criteria considered and underlying family normativities, *International Journal of Law, Policy and the Family*, Volume 39, Issue 1, https://doi.org/10.1093/lawfam/ebaf015

Meyer, D. R., Salin, M., Lindroos, E., & Hakovirta, M. (2024). Sharing Responsibilities for Children After Separation: A European Perspective. https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/28375300.2024.2423432

Nations Unies, Convention relative aux droits de l'enfant https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1998/2055_2055_2055/fr

Nielsen, L. (2018) *Joint versus sole physical custody: children's outcomes independent of parent-child relationships, income and conflict in 60 studies*. Journal of Divorce & Remarriage, https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10502556.2018.1454204

OFS-Office fédéral des statistiques – rapports successifs Travail domestique et familial | Office fédéral de la statistique - OFS

Rey-Mermet C et Wack C (2021) Le Modèle de Consensus parental en pratique. Revue de l'avocat pp. 374-381 https://www.vs.ch/documents/22827210/29804328/Le-modele-en-pratique+COCHEM.pdf/e6d65908-4443-6983-b351-f387708a0b9e?t=1710774703045&v=1.0

Schwarzer, G. (2021). Les critères d'appréciation pour l'attribution de la garde alternée. Revue de la jurisprudence suisse. https://drive.google.com/file/d/1IJvr8KJ35IpP_IqzNwEaY0ejR_H4gHg3/view

Schwarzer, G., & Bernardi, L. (2024). The role of judges in Swiss federal jurisprudence regarding shared physical custody. Centre LIVES, Swiss center of expertise in life course research, working paper 2025/106: https://www.centre-lives.ch/sites/default/files/2025-06/106_LIVES_WP_Schwarzer-04.pdf

Stutz, H., Bischof, S., Heusser, C., Guggenbühl, T., & BASS. (2022). *Quand les parents ne vivent pas ensemble - Parentalité et quotidien des enfants.* Commisson fédérale pour les questions familiales https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Bericht_Wenn_Eltern_nicht_zusammen_wohnen_F.pdf

Turunen, J. (2017, Jul 28). Shared physical custody and children's experience of stress. Journal of Divorce & Remarriage: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/10502556.2017.1325648

Turunen, J., Fransson, E., & Bergström, M. (2017). Self-esteem in children in joint physical custody and other living arrangements. Public Health (Royal Society of Public Health) p 106-112 https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/28595062/

US National Parents Organization. (2025). *Shared parenting report card 2025.* https://www.sharedparenting.org/2025-shared-parenting-report-card

Vowels, L., Comolli, C., Bernardi, L., Chacón-Mendoza, D., & Darwiche, J. (2023). *Systematic review and theoretical comparison of children's outcomes in post-separation living arrangements.* https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0288112

Warshak R. (2017) Stemming the Tide of Misinformation: International Consensus on Shared Parenting and Overnighting. Journal of the American Academy of Matrimonial Lawyers. Vol 30, pp 177-217 https://www.aaml.org/wp-content/uploads/MAT102_10.pdf

DAO
Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein
Fédération Solidarité femmes de Suisse et du Liechtenstein
Organizzazione mantello delle case protette per donne della Svizzera e del Liechtenstein
Organisaziun tetgala da las chasas da dunnas da la Svizra e dal Liechtenstein

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort von der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein DAO

Stellungnahme Vernehmlassung RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Maitre
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage.

Die Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein (DAO) vereint alle Frauenhäuser der Schweiz und Liechtensteins sowie weitere Schutzunterkünfte für Frauen und Kinder. Sie vertritt deren Anliegen auf nationaler Ebene. Zudem koordiniert und fördert sie deren Zusammenarbeit und setzt sich parteilich für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder ein. Mit ihrer jahrelangen Erfahrung zum Thema häusliche Gewalt ist sie Ansprechpartnerin für Politik, Medien und weitere Interessengruppen.

Die Vernehmlassungsantwort stützt sich auf das Fachwissen und die langjährige Erfahrung der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, die mit der Koordination der Frauenhäuser und der Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu häuslicher Gewalt einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leistet.

Ausgangslage
Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Eltern an der Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion:

Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

Prämisse und Grundhaltung
Das Kindeswohl ist ein zentrales Leitprinzip unseres Rechtssystems. Das Kindeswohl zu schützen ist idealerweise Aufgabe der Eltern und ihrer Bezugspersonen. Wenn Zweifel daran bestehen, dass diese das Kindeswohl gebührend und umfassend gewährleisten, obliegt es den involvierten Fachpersonen sowie der Kindesschutzbehörde und den Gerichten, Strukturen zu schaffen, das Kindeswohl zu schützen - mit geeigneten Massnahmen und Entscheiden.

Ein gleichberechtigtes Elternsein ist selbstverständlich erstrebens- und wünschenswert. Ein gleichgestelltes Familienmodell in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Care- und die Erwerbsarbeit sind Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Gleichberechtigte Elternschaftsmodelle sind in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu fördern, indem die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen und erhalten werden. Das dient dem Kindeswohl, dem Elternwohl und der Gesellschaft.

Aus unserer Perspektive
Die Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein schaut mit Besorgnis auf den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Im Arbeitsalltag der Frauenhäuser liegt der Fokus auf nicht (mehr) tragfähigen, konfliktbehafteten Elternbeziehungen. Etwa die Hälfte der Frauenhausbewohnenden sind Kinder. Sie kommen zu diesem Zeitpunkt aus Elternhäusern, die das Wohl des Kindes als oberstes Leitprinzip ihres Handelns nicht mehr in den Mittelpunkt stellen können. Auch die fürsorglichsten Eltern können im Zuge der Beziehungskonflikte das Kindeswohl aus den Augen verlieren. Das Erleben der Kinder von Häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zwischen den Eltern wird heute mit gutem Grund als eine spezifische Form der Kindswohlgefährdung definiert.

Die Kinder im Frauenhaus erzählen lange und schmerzhafte Geschichten von entfremdeten und mit den eigenen Interessen und Leiden beschäftigten Eltern. Von Streit und massiven Konflikten in den eigenen vier Wänden, die für die Kinder eine grosse Verunsicherung und Belastung darstellen. Wir sehen unzählige Kinder, die zum Spielball ihrer Eltern werden. Kinder, deren Eltern sich nicht mehr gemeinsam für ihr Wohlergehen einsetzen können.

Im Kontext von Häuslicher Gewalt weisen wir auf den «Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt» von Paula Krüger und Beat Reichlin, herausgegeben 2021 von der Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und-direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

Fazit
Eine gesetzlich verankerte alternierende Obhut, insbesondere in konfliktbehafteten und/oder von häuslicher Gewalt gezeichneten Trennungs- und Scheidungsverfahren gefährdet aus unserer Sicht ernsthaft das Wohlergehen der involvierten Kinder, weshalb **Variante 2 entschieden abzulehnen** ist.

Mit dem geltenden Recht haben die Gerichte bereits heute die Möglichkeit, den Antrag eines Elternteils auf alternierende Obhut zu prüfen.
Leider ist unsere Erfahrung, dass die zentralen Personen für diese Entscheidung, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, sehr oft nicht angehört werden. Sie werden unseres Erachtens von den Behörden nach wie vor nicht genügend einbezogen und leider nur selten angehört, obwohl das spätestens ab einem Alter von sechs Jahr möglich wäre (vgl. Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Die Einsetzung von Kindesvertretungen und/oder Kindesschutzabklärungen sowie der Beizug von Gutachten von Fachpersonen zur gründlichen Einschätzung der familiären Situation werden ebenfalls nicht ausreichend angewendet, obwohl diese Möglichkeit bestünde.
Deshalb erachten wir die **Variante 1** als keine Verbesserung der aktuellen Situation und in diesem Sinne als **unnötige und überflüssige Gesetzesrevision**.

Aus all diesen Überlegungen erachten wir beide vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als unnötig und wir befürchten, dass eine Umsetzung von beiden Varianten strukturelle, familiäre Lebenssituationen schaffen könnten, die dem Wohl der Kinder schaden und viele Eltern überfordern würden.

Unsere Empfehlungen
Das gelingende Ausüben der gemeinsamen elterlichen Sorge stellt die Eltern und Kinder selbst ohne alternierende Obhut vor grosse Herausforderungen. Es erfordert von beiden Elternteilen ein hohes Mass an Selbstreflexion und es ist nur dann kindeswohlorientiert, wenn die Eltern zur uneingeschränkten Kooperation fähig und bereit sind. Das ist während und nach einer Trennung, die auch für die betroffenen Eltern eine schwierige und schmerzhafte Zeit sein kann, sehr oft nicht der Fall. Auch wenn die Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen, so ist es in diesen destabilisierenden Umbruchsphase sehr schwierig, die Paarbeziehung von der Paarbeziehung zu trennen. Wenn die Eltern nicht mehr «am selben Strick» ziehen, sind Loyalitätskonflikte und immense Belastungen für die Kinder vorprogrammiert. Die Trennung der Eltern, die Auflösung des Familiensystems, u.U. ein Wohnungswechsel, all die Veränderungen machen Kinder und Eltern fragil.

Aus unserer Sicht wäre es zielführender, wenn seitens Gerichte stattdessen häufiger von der Kompetenz der Weisungs- und Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht würde (Art. 307 ZGB). Diese sehen nämlich schon heute vor, dass Eltern angewiesen werden können, Kurse und Programme wie Erziehungsberatung, Konfliktmediationen, Elternkurse etc. zu besuchen. Denn diese unterstützen und stärken die Eltern, damit sie eine gemeinsame, kindeswohlorientierte Elternschaft auch nach der Trennung führen zu können. Bei Häuslicher Gewalt empfehlen wir, grundsätzlich eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten.

Stattdessen empfehlen wir, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen konsequent und sorgfältig anzuwenden. Ganz besonders empfehlen wir den Behörden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihre Entscheide fallbezogen und situativ zu treffen. (Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Blertë Berisha
Co-Geschäftsleiterin DAO

Anja Derungs
für den Vorstand der DAO

Demokratische Jurist*innen Schweiz
Juristes Démocrates de Suisse
Giurist* Democratiche*i della Svizzera
Giurist*a*s democratic*a*s da la Svizra

Conseil national
Commission des affaires juridique
Monsieur le Président Vincent MAITRE
CH 3003 Berne
Par courriel uniquement : zz@bj.admin.ch

Le 15 octobre 2025

Initiative parlementaire 21. 441 « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques
du Conseil National,

La présente fait suite à la procédure de consultation de l'initiative mentionnée en objet. Dans le délai imparti, nous avons l'avantage de vous communiquer la prise de position de notre association à l'issue de la constitution d'un groupe de travail *ad hoc*.

1 Préambule

En guise de préambule, l'association des Juristes démocrates de Suisse (ci-après : JDS) rappelle son engagement dans la lutte pour la justice sociale et le respect des droits humains. Dans ce cadre, elle promeut les principes d'égalité et la protection des droits des personnes les plus vulnérables.

Les JDS sont très attachés au respect des droits fondamentaux inscrits notamment dans la Constitution fédérale (Cst.), la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (Convention d'Istanbul), la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE) et la Convention de sauvegarde des droits de l'Homme et des libertés fondamentales (CEDH).

Ces textes ont pour vocation de protéger notamment les femmes et les enfants victimes de violences domestiques, mais également de promouvoir un environnement propice à l'épanouissement harmonieux de leur personnalité.

La Convention d'Istanbul rappelle ainsi dans son Préambule qu'il est reconnu « *que la nature structurelle de la violence à l'égard des femmes est fondée sur le genre, et que la violence à l'égard des femmes est un des mécanismes sociaux cruciaux par lesquels les femmes sont maintenues dans une position de subordination par rapport aux hommes* » et « *que les enfants sont des victimes de la violence domestique, y compris en tant que témoins de violence au sein de la famille* ».

La Convention d'Istanbul aspire ainsi à créer une Europe libre de violences à l'égard des femmes et de violences domestiques.

Ces aspects sont notamment concrétisés aux articles 3, 9 et 31 de la Convention d'Istanbul.

L'article 31 de la Convention d'Istanbul énonce ainsi que « *les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que, lors de la détermination des droits de garde et de visite concernant les enfants, les incidents de violence couverts par le champ d'application de la présente Convention soient pris en compte* » (ch. 1) et que « *les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que l'exercice de tout droit de visite ou de garde ne compromette pas les droits et la sécurité de la victime ou des enfants* » (ch. 2).

L'article 19 CDE dispose que « *Les États parties prennent toutes les mesures législatives, administratives, sociales et éducatives appropriées pour protéger l'enfant contre toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalités physiques ou mentales, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou d'exploitation, y compris la violence sexuelle, pendant qu'il est sous la garde de ses parents ou de l'un d'eux, de son ou ses représentants légaux ou de toute autre personne à qui il est confié* » (ch. 1).

Ces principes sont également ancrés aux articles 8 et 14 CEDH ainsi qu'aux articles 8, 11 et 35 de la Constitution fédérale.

La présente prise de position ainsi que ses commentaires se font ainsi à la lumière de ces principes généraux et fondamentaux de respect des droits des personnes

vulnérables, lesquelles sont, dans le cadre de la séparation parentale, les mères et les enfants.

2 Commentaire par Variante

À titre préalable, les JDS précisent que la présente prise de position ne prend en compte que les familles composées de deux parents hétérosexuels. Il nous semble, en effet, que les effets néfastes de l'initiative 21.449 concernent principalement les mères, et par ricochet les enfants, dans un contexte de séparation avec les pères.

2.1 La variante 1 : art. 298, al. 2ter CC et art. 298b al. 3ter CC (nouvelle teneur) ; art. 12, al. 6 Titre final CC (nouveau)

Cette variante de l'initiative prévoit que l'autorité compétente examine la possibilité de la garde alternée, si un des parents ou l'enfant la demande, et privilégie cette solution, pour autant qu'elle corresponde le mieux au bien de l'enfant. Le refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution de la garde alternée.

Le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national de l'initiative 21.449 du 23 mai 2025 (ci-après : rapport explicatif), indique que cette initiative vise à promouvoir un aménagement plus égalitaire de la prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce des parents[1].

Deux arguments sont principalement allégués par la Commission, soit le fait que la garde alternée n'est prononcée par les autorités que lorsque les deux parents sont d'accord sur ce point (a) et le fait que les pères sont aujourd'hui en mesure d'aménager leur vie professionnelle pour mettre en œuvre une garde alternée qui améliorerait considérablement la relation entre les parents et leurs enfants ainsi que l'égalité des chances et l'accès au travail (b). Les JDS constatent que la Commission ne s'est fondée sur aucune source pour parvenir à ces constats et que le Conseil fédéral est parvenu à des conclusions opposées sur la base notamment de deux études interdisciplinaires au sein de son rapport du 24 avril 2024 « *Garde alternée : Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien* » donnant suite au postulat 21.4141 Silberschmidt du 29 septembre 2021(ci-après : rapport du Conseil fédéral).

[1] Rapport explicatif, p. 2.

Finalement, les JDS constatent l'absence totale de référence à la problématique de la fixation des contributions d'entretien (c) ainsi que celle relative aux violences conjugales (d) qui sont pourtant centrales dans les procédures judiciaires en fixations des droits parentaux lors des séparations parentales.

a) Prononcé de la garde alternée par les autorités

« *La commission estime* (…) *que dans la pratique de certains tribunaux de première et de deuxième instance, la garde alternée continue d'être prononcée seulement lorsque les deux parents sont d'accord. Un renforcement législatif s'avère donc nécessaire.* »[2]

Sur la base d'une étude interdisciplinaire menée pour évaluer la pratique des tribunaux par suite de la révision du droit des contributions d'entretien, en particulier en ce qui concerne la garde, le Conseil fédéral constate dans son rapport du 24 avril 2024 notamment ce qui suit :

- 90% des parents parviennent à un accord sur la garde en cas de divorce, et la garde alternée n'est que rarement retenue ;
- Dans 7 à 19% des cas, selon les cantons, une garde alternée a été instaurée dans le cadre des procédures de protection de l'union conjugale et des mesures provisionnelles et entre 9 à 29 % dans les jugements de divorce ;
- Les demandes de garde alternée formulée par un seul parent sont rares et sont toujours le fait du père. Vu le faible nombre de cas, on ne dispose pas de résultats probants sur le taux d'acceptation ;
- En cas de garde alternée, les parts de prise en charge inégale sont nettement plus courantes que les répartitions identiques. Même si on constate que les pères s'investissent de plus en plus dans la prise en charge de leurs enfants, la part qu'ils demandent est en général très éloignée d'un arrangement équilibré. Lorsqu'un des parents assume une grande part de la prise en charge, c'est le plus souvent la mère.
- La vision qu'ont les juges de l'élargissement du droit de visite a fondamentalement changé. Autant que faire se peut, ils veillent à maintenir la présence des deux parents dans le quotidien des enfants.[3]

Par ailleurs, sur la base d'une étude interdisciplinaire portant spécifiquement sur la responsabilité de la prise en charge et de l'éducation des enfants, quand les parents ne vivent pas ensemble, le Conseil fédéral constate dans son rapport du 24 avril 2024

[2] Rapport explicatif, p. 2.
[3] Rapport du Conseil fédéral, pp. 13 à 15 et références citées.

que pour 15% des parents ayant l'autorité parentale conjointe, c'est le tribunal ou l'APEA qui a décidé des modalités de garde, les parents ne parvenant pas à trouver une solution amiable. Dans près d'un tiers de ces cas, une garde alternée a été ordonnée. [4]

Aussi, les JDS, conformément aux conclusions du rapport du Conseil fédéral, constatent que le postulat de la Commission n'est aucunement vérifiable. Au contraire, il ressort de ce qui précède que les juges veillent attentivement à ce que les parents soient les deux présents dans le quotidien des enfants.

Les JDS confirment, à la teneur de l'expérience professionnelle de ses juristes, qu'en cas de désaccord, la garde alternée est systématiquement sollicitée par le père et que la garde alternée est d'ores et déjà régulièrement prononcée par les autorités malgré le désaccord des parents.

Par conséquent, ce premier argument avancé par la Commission est empiriquement faux.

b) *Aménagement de la vie professionnelle des pères, qualité de la relation parent/enfant et égalité des chances*

Selon la Commission, « *compte tenu de l'augmentation de la participation des pères aux activités familiales et domestiques, ainsi que de l'augmentation des places en crèches et accueils extrascolaires, tout comme de la possibilité de se prévaloir d'autres membres de la famille (grands-parents en particulier), la plupart des pères* [seraient] *aujourd'hui en mesure d'aménager leur vie professionnelle de manière à prendre en charge leur enfant plus que le temps reconnu dans le cadre d'un droit de visite usuel. Une garde alternée, aménagée au cas par cas, améliorerait de manière considérable la relation entre les parents et leurs enfants et favoriserait en outre l'égalité des chances et l'accès au travail pour les deux parents.* »[5]

Sur la base d'une étude interdisciplinaire portant spécifiquement sur la responsabilité de la prise en charge et de l'éducation des enfants, quand les parents ne vivent pas ensemble, le Conseil fédéral constate dans son rapport du 24 avril 2024 notamment ce qui suit :

- Les parents séparés qui se répartissent équitablement la prise en charge sont minoritaires ; il en va de même des parents vivant ensemble ;

[4] Rapport du Conseil fédéral, p. 19 et références citées.
[5] Rapport explicatif, p. 18.

- La majorité des enfants qui vivent (presque) toujours chez un seul de leurs parents ont des contacts réguliers avec le second dans l'autre foyer ;
- Seuls 37% des parents ayant le régime légal de garde alternée s'occupent effectivement en alternance de leurs enfants, c'est-à-dire au moins un tiers du temps chacun. Ce taux chute à 26% lorsque la garde alternée a été ordonnée contre la volonté d'un parent ;
- Dans 34% des cas, la prise en charge est assurée par les deux parents, mais l'enfant dort chez sa mère au moins les deux tiers du temps ;
- Dans les 29% restants, les enfants vivent *de facto* chez un de leurs parents et rendent seulement visite à l'autre ;
- Pour la plupart des enfants, les deux parents restent des personnes de références centrales. Le fait qu'un enfant soit pris en charge de manière alternée, donc qu'il dorme au moins un tiers du temps chez chaque parent, ou que les contacts avec l'autre parent soient intenses ne semble pas décisif pour la place de ce parent dans le réseau relationnel de l'enfant : quelle que soit la part de prise en charge, deux tiers des enfants de douze ans et plus comptent leurs deux parents parmi leurs personnes de référence les plus proches ;
- La prise en charge alternée requiert des contacts et de la coopération. La rupture complète de la communication et de la coopération se fait avant tout au détriment des enfants, qui transitent entre deux foyers ennemis, doivent supporter les tensions et parfois même agir comme émissaires. Il peut être très éprouvant pour eux d'être contraints de supporter et de compenser le manque de communication de leurs parents ;
- Il faudrait plus souvent demander aux enfants quels sont leurs souhaits et leurs besoins. [6]

Compte tenu de ces constats, les JDS rejoignent la conclusion du Conseil fédéral selon laquelle « *élever la garde alternée au rang de modèle de garde standard dans la loi ne serait pas compatible avec le bien de l'enfant, qui demeure la maxime suprême pour déterminer les parts de prise en charge.* (…) *Dès lors la notion de droit à une prise en charge parfaitement égale des enfants reflète peut-être davantage un besoin des parents que des enfants. Selon les observations faites dans la pratique, les enfants peuvent s'accommoder de différents modèles de prise en charge du moment que les deux parents sont favorables au modèle choisi* »[7].

[6] Rapport du Conseil fédéral, pp. 18 à 22 et références citées.
[7] Rapport du Conseil fédéral, pp. 25 et 26 et références citées.

Ainsi, il est démontré empiriquement que les mères continuent de prendre principalement en charge les enfants après la séparation, peu importe le modèle de garde choisi ou instauré par les autorités compétentes.

La pratique démontre également que la rupture de contact et de communication entre les parents est un obstacle à la mise en place d'une garde alternée dans l'intérêt bien compris des enfants.

La Commission n'a aucunement démontré l'augmentation du nombre de place en crèches ou extrascolaire, ni même que le taux du travail des pères aurait diminué[8]. Elle n'a pas non plus établi que les enfants solliciteraient la mise en place d'une garde alternée sans qu'elle soit pour autant accordée dans la procédure judiciaire.

Aussi, les JDS considèrent que la Commission n'a considéré dans son analyse que l'intérêt des pères dans le cadre des séparations parentales aux dépens de l'intérêt des enfants.

Les JDS estiment que la protection de l'intérêt de l'enfant doit être au cœur de la réflexion sur le mode de garde envisagé après la séparation entre les parents, ce qui empêche de privilégier un mode de garde plutôt qu'un autre et implique de prendre en considération une série de facteurs concrets.

Il ressort d'ailleurs du rapport explicatif de la Commission que d'autres pays ont tenté de privilégier le système de garde alternée, mais que cela a pu avoir des conséquences néfastes pour la sécurité des enfants, notamment en Australie[9]. Aucun des pays étudiés n'est parvenu à mettre en place un régime judiciaire tel que celui proposé par l'initiative parlementaire sans que cela n'ait été préjudiciable pour les enfants, allant ainsi à l'encontre de leur intérêt[10].

c) Fixation de la contribution d'entretien

La Commission ne soulève pas la problématique de la contribution d'entretien au sein de son rapport. Pourtant, le Conseil fédéral a souligné le fait qu'il faut prendre en compte que la répartition de la garde détermine le montant des contributions d'entretien[11]. « *Étant donné que l'arrangement de la garde influe sur le mode de calcul, une*

[8] Les derniers chiffres de l'Office fédéral des statistiques n'affichent pas d'augmentation significative du travail à temps partiel chez les pères ; https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/activite-professionnelle-temps-travail/caracteristiques-main-oeuvre/plein-temps-temps-partiel.html
[9] Rapport explicatif, pp. 12 à 14 et références citées.
[10] Rapport explicatif, pp. 12 à 14.
[11] Rapport du Conseil fédéral, p. 25

modification minime du taux de prise en charge peut déjà avoir des conséquences considérables sur la répartition des contributions d'entretien entre les parents. Des mesures s'imposeraient pour fluidifier ce passage »[12].

Il est démontré empiriquement que ce sont les mères qui se consacrent majoritairement à l'éducation de leurs enfants durant la vie commune, notamment en baissant leur taux d'activité salariée, voire en renonçant totalement pour un temps à leur carrière lorsque les enfants sont en bas âges[13].

Aussi, dans l'écrasante majorité des séparations, ce sont les pères qui sont débiteurs de l'entretien de la famille.

À cet égard, les JDS confirment, à la teneur de l'expérience professionnelle de ses juristes, que la garde alternée est régulièrement sollicitée par les pères dans les procédures judiciaires afin d'éviter de devoir contribuer à l'entretien des enfants. En outre, comme le démontre le rapport du 24 avril 2024 du Conseil fédéral, dans le cas où une garde alternée est prononcée, il est très fréquent qu'une garde exclusive de fait soit maintenue chez la mère, qui s'est vue allouer une contribution d'entretien limitée, voire aucune contribution d'entretien.

Cette situation est contraire à l'intérêt bien compris des enfants, qui se trouvent déjà économiquement précarisés en raison de la séparation.

Les JDS expriment également leur inquiétude pour les mères qui se retrouve alors sans ressources et sans perspectives d'en solliciter au père dans le cadre d'une procédure judiciaire de séparation ou de divorce si une garde alternée est envisagée, et ce, bien que leur précarité économique découle en partie de la prise en charge principale des enfants durant la vie commune.

Il serait d'ailleurs conforme au principe de solidarité, notamment ancré à l'article 164 CC, qu'une contribution d'entretien soit due en cas de garde alternée instaurée après une séparation lorsque la répartition des tâches durant la vie commune a été inégale.

Par conséquent, les JDS rejoignent la conclusion du Conseil fédéral au sein de son rapport selon laquelle « *il appartient à la politique de la famille et de l'enfance d'encourager ces modes prises en charge* »[14].

[12] Rapport du Conseil fédéral, p. 28 et références citées.
[13] Taux d'activité professionnelles des femmes, Office fédérale de la statistique, publié le 05.11.2024
[14] Rapport du Conseil fédéral, p. 25 et références citées.

Les JDS estiment qu'il convient d'étudier les réformes envisageables afin de permettre d'atteindre une plus grande égalité dans la prise en charge des enfants, notamment en ce qui concerne le congé paternité ou l'égalité salariale, afin que les tâches soient assumées par les parents de façon plus égalitaire durant la vie commune et, qu'en cas de séparation, ils puissent envisager le mode de garde privilégié sans que leur choix n'ait une incidence économique trop importante.

d) Violences conjugales

La Commission n'a aucunement évoqué la question des violences conjugales au sein de son rapport explicatif.

Pourtant, le Conseil fédéral considère que « *la difficulté fréquente à prouver les accusations de violence et la forte conviction que le contact avec les deux parents est en principe dans l'intérêt de l'enfant pourraient conduire à minimiser, à normaliser ou à nier totalement la violence. Les auteurs recommandent donc de déterminer systématiquement si des cas de violence domestique (y compris la violence dans le couple parental) sont connus, notamment pour déterminer comment la prendre en compte lors de l'attribution de la garde et de la règlementation des relations personnelles, afin de garantir la protection de l'enfant et du parent victime de la violence* »[15].

Les JDS considèrent également que cette problématique doit être intégrée dans les réflexions de réformes légales portant sur les droits parentaux.

En effet, il est démontré empiriquement que le bien de l'enfant préconise de ne pas l'exposer à des violences.

Aussi, les JDS se réfèrent à l'argumentaire contre le projet de loi 21.449 développé par Kids Too[16], auquel ils adhèrent pleinement.

Pour tous les motifs exposés ci-dessus, les JDS concluent au rejet de cette variante.

[15] Rapport du Conseil fédéral, pp. 26 et 27 et références citées.
[16] https://www.kidstoo.ch/app/uploads/KidsToo_21-449_Garde_alternee_argumentaire.pdf

2.2 La variante 2 : art. 298, al. 2ter CC et art. 298b al. 3ter CC (nouvelle teneur) ; art. 12, al. 6 Titre final CC (nouveau)

Cette variante propose d'ancrer dans la loi l'obligation pour l'autorité compétente d'examiner la possibilité d'une prise en charge égalitaire de l'enfant lorsque les parents exercent l'autorité parentale conjointe. L'autorité doit s'en écarter si cela correspond le mieux au bien de l'enfant.

Les JDS renvoient aux réflexions développées dans la variante 1 et concluent également au rejet de cette variante.

3 Discussion

La généralisation de la garde alternée repose sur la fiction d'une égalité entre les pères et les mères en ce qui concerne la répartition des tâches au sein de la famille. Les conditions – temps partiel, accueil extrascolaire et soutien des proches – seraient réunies pour que les pères puissent assurer la même prise en charge que les mères. Pour ces dernières, cette nouvelle organisation au sein du duo parental faciliterait l'accès au travail. En somme, le modèle dit « traditionnel » de répartition des tâches dans la famille serait en voie d'extinction et la généralisation de la garde alternée participerait à favoriser le processus.

Cependant, dans les faits, les statistiques n'attestent pas d'augmentation conséquente du nombre de pères qui travaillent à temps partiel ni leur participation accrue aux tâches domestiques et éducatives pendant la vie commune, ainsi qu'après la séparation. Pour les mères, l'impact de la répartition traditionnelle des tâches au sein des couples sur leur parcours professionnel est durable, et ne sera pas pallié par la généralisation de la garde alternée.

Pour l'instant, il n'y a pas d'égalité entre les mères et les pères dans le temps alloué à la vie professionnelle et à la vie familiale et les JDS considèrent que l'avènement d'une telle égalité ne sera pas le résultat d'une généralisation de la garde alternée, mais de politiques sociales.

L'instauration d'une garde alternée quasi-automatique aurait également pour effet de précariser davantage les mères qui, en plus d'assumer *de facto* de façon majoritaire la prise en charge de l'entretien en nature malgré une garde alternée mise en place,

devraient en plus assumer les aspects financiers inhérents à ce modèle de garde, au détriment de l'enfant.

Les JDS constatent ainsi que, sous couvert d'égalité entre les femmes et les hommes, ces réformes servent surtout les intérêts des pères, qui ne veulent pas être « réduits au rôle de banquier »[17], aux dépens des intérêts des enfants.

La Commission fait ainsi une proposition de réforme contraire aux droits fondamentaux ancrés tant dans la Convention d'Istanbul que dans la CDE et la CEDH. Dite réforme est dès lors incompatible avec le droit international et la Constitution fédérale qui sont le fondement et la base nécessaire à la protection des personnes vulnérables, à savoir les enfants et les mères dans le cadre d'une séparation parentale.

Aussi, les JDS concluent fermement au rejet de ces réformes.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, je vous prie de croire, Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil National, à l'expression de ma considération distinguée,

Pour les JDS,

Lea Schlunegger
Secrétaire générale JDS

[17] Motion 22.4000 Romano. Le texte de cette motion peut être consulté à l'adresse suivante : www.parlement.ch > Travail parlementaire > Recherche Curia Vista > Numéro d'objet.

Vernehmlassungsantwort Eidgenössische Kommission dini Mueter

zur Vorlage *21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidgenössische Kommission Dini Mueter dankt für die Möglichkeit, zur Vorlage Stellung zu nehmen. Die Eidgenössische Kommission Dini Mueter ist eine **kraftvolle politische Bewegung,** die mit ihrer jüngsten Petition zu einer Fairen Elternzeit – von über 40'000 Personen unterzeichnet – zeigt, dass Anliegen von Müttern und Kinderbetreuerinnen in der Schweizer Familienpolitik eine **lauter werdende Stimme** haben.

Wir Mütter, Grossmütter und Kinderbetreuerinnen sprechen uns aus Expertise und Erfahrung **dezidiert gegen eine gesetzliche Privilegierung der alternierenden Obhut** aus – sowohl in Variante 1 (Obhut auf Antrag) wie in Variante 2 (Prüfpflicht).

Aus unserer Sicht geht schon die heutige Praxis zu weit. 26% der Paare[1] mit alternierender Obhut sagen bereits jetzt, das Modell sei gegen ihren Willen installiert worden und entspreche nicht der gelebten Familienrealität.

Ein Gutachten, das die jüngsten Erkenntnisse dazu aufgearbeitet hat, empfiehlt die alternierende Obhut nicht als Regelfall einzuführen, sondern mit Blick auf das Kindswohl den konkreten Umständen im Einzelfall Rechnung zu tragen (Cottier, Widmer et al., 2017).[2]

Das fordern auch wir!

1. Realität der Care-Arbeit: Mütter tragen die Hauptlast

Auch wenn sie eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung[3] haben, übernehmen Frauen in der Schweiz immer noch den grössten Teil der unbezahlten und häufig unsichtbaren Care-Arbeit. Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten pro Woche fast 59 Stunden unbezahlt, Männer 37 Stunden. Das zeigen aktuelle Zahlen des Bundesamts für Statistik. Insgesamt, also unbezahlte und bezahlte Arbeit kombiniert, **leisten Frauen in der Schweiz mehr Arbeitsstunden als Männer** (77,5 resp. 73 Stunden pro Woche) – verdienen aber deutlich weniger und haben ein klar erhöhtes Armutsrisiko.

---

[1] Bundesrat (2024), Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts. Bericht des Bundesrates vom 24. April 2024 in Erfüllung des Postulates 21.4141 Silberschmidt vom 29. September 2021.
[2] Cottier M., E.D. Widmer, S. Tornare und M. Girardin (2017): Interdisziplinäre Studie zur alternierenden Obhut. Genf: Université de Genève, Faculté de Droit, Département de droit civil & Faculté des Sciences de la Societé, Institut de recherches sociologiques.
[3] Sowohl die Erwerbsquote als auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen gehören zu den höchsten in Europa. Bundesamt für Statistik (BFS), Arbeitsmarktindikatoren 2025, Neuenburg: BFS, 2025, online: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.35408373.html

Eine gesetzliche Privilegierung der alternierenden Obhut blendet diese Realität aus. Sie würde Mütter, die vor der Trennung den Hauptteil der Betreuung getragen haben, ökonomisch wie organisatorisch zusätzlich belasten. Durch die wechselnde Betreuung entstehen zwei Haushalte, die jeweils organisiert, koordiniert und ausgestattet werden müssen. Diese zusätzliche organisatorische Arbeit verbleibt meist bei den Müttern, da sie über das Wissen, die Routinen und die Verantwortung für den Alltag der Kinder verfügen.

Die Gefahr ist also gross, **dass Unterhaltszahlungen sinken, während die faktische Care-Arbeit weiter an den Müttern hängen bleibt.** Und auch das Risiko, dass die Alternierende Obhut von einigen Vätern als Rachevehikel gegen die Ex angestrebt wird, steigt. Sprich: Die Alternierende Obhut könnte künftig noch stärker als bisher schon als staatlich geförderte Strategie der Nachtrennungsgewalt eingesetzt werden.

Resultat: **Belastung und Armutsrisiko von Müttern steigen weiter.** Bereits heute ist das Risiko, ausgesteuert zu werden, für keine Gruppe grösser als für Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 25 und 35.[4]

Besonders deutlich zeigt sich die Schieflage zwischen der Belastung von Müttern und Vätern in der Argumentation von einigen Väterorganisationen: Oliver Hunziker, treibende Kraft hinter der Kampagne «Genug Tränen», erklärte beispielsweise, bei einer Trennung gehe hinsichtlich Kinderbetreuung «der Zähler wieder auf null» (Tamedia, 13.05.2024).

Diese Logik blendet die Realität in den allermeisten Familien aus. Sie tut so, als seien jahrelange Betreuungsrealitäten irrelevant, und **entwertet die Care-Arbeit der Mütter,** die über Jahre hinweg den Alltag der Kinder getragen haben – als habe es sie nie gegeben.

2. Kindeswohl statt Gleichmacherei

Das Kindeswohl verlangt **individuelle Lösungen**, keine starren Modelle. Schon heute ist das Gericht verpflichtet, die alternierende Obhut zu prüfen. Eine gesetzliche «Förderung» würde Gerichte in Richtung Standardisierung drängen, obwohl Lebensrealitäten höchst unterschiedlich sind. Kinder profitieren nicht von abstrakten Gleichheitsdogmen, sondern von stabilen, sicheren und verlässlichen Beziehungs- und Betreuungsstrukturen. Entscheidend ist, dass die Kontinuität der Betreuung auch nach einer Trennung möglichst gewahrt wird.

Die gängige Behauptung, für ihr Wohl bräuchten Kinder zwingend und in jedem Fall *beide* Elternteile, ist falsch.[5] Für das Kindeswohl sind vor allem **Beziehungsqualität und Konfliktfähigkeit der Eltern** massgeblich – nicht die Familienform. Modelle wie die alternierende Obhut sind nur im Fall von gut kooperierenden Eltern eine gute Lösung – nicht aber bei hochstrittigen Paaren.

Die Rechtssprechung hinkt diesen Erkenntnissen schon jetzt stark hinterher, wie schon vor 20 Jahren festgestellt wurde: «[Mit dieser Argumentation] wurde eine Lösung möglich – und

[4] Anja Burri (2025): «Schwanger und ausgesteuert: Hunderte Frauen verlieren ihr Recht auf Mutterschaftsentschädigung»
[5] Eidg. Kommission für Familienfragen (2022): «Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen – Elternschaft und Kinderalltag».

zwar mit erstaunlich wenig Widerstand – die **«die Rechte der Väter erhöhte, die der Kinder dagegen fast eliminierte und die der Mütter immerhin einschränkte»** (Bühler-Niederberger 2005:156).» [6]

3. Hochkonflikt- und Gewaltkonstellationen

Mindestens 27’000 Kinder erleben jährlich Partnerschaftsgewalt.[7] Eine verpflichtend geprüfte oder gar präferierte alternierende Obhut zwingt betroffene Mütter in ein dauerhaftes Kooperationsarrangement mit dem gewaltausübenden Ex-Partner. Das verlängert Gewaltkreisläufe und gefährdet das Kindeswohl akut.

Kinder haben auch das Recht auf Schutz vor dem ***Miterleben* von Gewalt**. Im Falle von Partnerschaftsgewalt ist deshalb die Alternierende Obhut in keinem Fall zu empfehlen und schon gar nicht zu erzwingen.

In solchen Fällen ist die alternierende Obhut weder zumutbar noch im Interesse des Kindes. Dennoch fehlt es Behörden und Mediator:innen häufig an Sensibilisierung für die Dynamiken von Gewaltbeziehungen. Viele betroffene Mütter haben den Alltag der Kinder bereits über Jahre alleine getragen. Eine geteilte Obhut würde sie erneut in Kontakt mit dem Täter zwingen und Kinder ungeschützt einer Person aussetzen, die sie mittraumatisiert hat.

Hinzu kommt die **ökonomische Dimension von Macht und Abhängigkeit**: In vielen Trennungssituationen verfügen Väter über die grössere finanzielle Stabilität und können juristische Verfahren, Gutachten oder Strategien wie die Forderung nach alternierender Obhut gezielt einsetzen, um wirtschaftlichen Druck auf die Mutter auszuüben. Damit wird finanzielle Ungleichheit zu einem Mittel der Kontrolle – auch nach der Trennung. Wenn Unterhaltsrecht und Betreuungsanteile miteinander verknüpft bleiben, können Väter ihre ökonomische Position nutzen, um Unterhaltszahlungen zu senken oder Macht über Wohn- und Lebensbedingungen der Mutter zu behalten.

Das Familienrecht fördert damit die **Fortsetzung ökonomischer, psychischer und physischer Nachtrennungsgewalt**, besonders bei kleinen Kindern, die sich nicht selbst äussern können. Deshalb gilt: Nur wenn **beide Elternteile und das Kind** die alternierende Obhut ausdrücklich wünschen, darf sie angeordnet werden.

Zudem muss in allen strittigen Fällen eine **unabhängige Anwaltschaft fürs Kind** obligatorisch sein, finanziert durch die Wohngemeinden. Nur so kann der Schutz des Kindeswohls gewährleistet werden.

---

[6] Aus: Barbara Schwarz: Die Verteilung der elterlichen Sorge aus erziehungswissenschaftlicher und juristischer Sicht. Kindheit als Risiko und Chance. VS Research, 1. Auflage 2011.

[7] Paula Krüger / Susanne Lorenz Cottagnoud / Tanja Mitrovic / Amel Mahfoudh / Ersilia Gianella-Frieden / Gaëlle Droz-Sauthier, *Unterstützungsangebote und Schutzmassnahmen für Kinder, die Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung ausgesetzt sind. Schlussbericht*, Luzern / Siders / Fribourg 2023, im Auftrag des EBG und der SKHG, 20.11.2023, https://www.ebg.admin.ch/de/elterliche-partnerschaftsgewalt-betroffene-kinder-besser-schuetze

4. Instrumentalisierung durch Väterrechtsbewegungen

Die politische und mediale Debatte ist stark von einigen Väterrechtsgruppen geprägt (ähnlich wie in Deutschland, siehe Correctiv-Recherche «Väterrechtler auf dem Vormarsch»). Fiona Friedlis Forschung zeigt, dass gewisse Gruppen ihre Anliegen als «Kampf gegen eine männerfeindliche Justiz» inszenieren, oft mit antifeministischem Unterton. Dabei werden Mütter systematisch als Hindernis dargestellt – mit Konzepten wie «elterliche Entfremdung» (PAS), die wissenschaftlich widerlegt sind. Das verzerrt das Bild der Öffentlichkeit – und der Politikerinnen und Politiker.

Es ist gefährlich, wenn Gesetzesrevisionen in der Familienpolitik auf dieser einseitigen und ideologisch aufgeladenen Rhetorik beruhen. Das führt zu einer **Marginalisierung der realen Erfahrungen von Müttern** und verstellt den Blick auf strukturelle Ungleichheiten.

5. Was es wirklich braucht

Wer Gleichstellung in der Elternschaft will, muss **vor der Trennung** ansetzen:

- Ausbau von bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung
- Förderung von Teilzeitmodellen auch für Väter
- Abbau der Diskriminierung von Müttern im Arbeitsmarkt
- Gesellschaftliche Aufwertung von Care-Arbeit
- eine echte, faire Elternzeit zusätzlich zu den heutigen Mutterschafts- und Vaterschaftsurlauben

Nur so kann echte Gleichstellung entstehen. Eine gesetzliche Privilegierung der alternierenden Obhut im Trennungsfall ist der falsche Hebel.

Fazit

Die Eidgenössische Kommission Dini Mueter fordert, die Vorlage in beiden Varianten zurückzuweisen. Statt die Gerichte auf ein Betreuungsmodell festzulegen, muss Politik die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen schaffen, die **frei gewählte egalitäre Familienmodelle** überhaupt ermöglichen. In strittigen Fällen muss Beistand und Anwaltschaft für das Kind künftig obligatorisch sein.

Familienpolitik muss sich an der Realität orientieren und darf Familien keine Dogmen aufzwingen. Und sie muss **Mütter entlasten, Kinder schützen und Care-Arbeit aufwerten**. Im Trennungsfall sollen Gerichte die konkrete **Betreuungspraxis vor der Trennung**, die **Bindungs- und Beziehungskontinuität für das Kind**, die **Kooperationsfähigkeit der Eltern** sowie mögliche **Gewalt- und Hochkonfliktkonstellationen** berücksichtigen. Alternierende Obhut darf nur dort festgeschrieben werden, wo Eltern plus Kind(er) dies einvernehmlich wünschen.

Mit freundlichen Grüssen
Eidgenössische Kommission Dini Mueter Bern, 10. Oktober 2025

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF

Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

16. September 2025

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, zum Vorentwurf zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) Stellung zu nehmen.

Die EKF befasst sich als beratendes Organ des Bundes mit Fragestellungen, die die Situation der Frauen in der Schweiz und die Gleichstellung der Geschlechter betreffen. Dabei setzt sich die EKF für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter und gegen jede Form von geschlechtsspezifischer Diskriminierung ein.

I. Grundsätzliches

Die vorgeschlagenen Änderungen des ZGB verfolgen das Ziel, dass sich nach einer Trennung beide Elternteile möglichst gleichmässig an der Betreuung des Kindes beteiligen, sofern das Sorgerecht geteilt ist und die Parteien sich nicht einigen können. Die Änderungen bezwecken, die Rolle der Väter als Betreuungsperson der Kinder (spätestens) nach einer Trennung zu stärken.

Die gesetzlichen Bestimmungen im Zivilgesetzbuch, die geändert werden sollen, sind seit 1. Januar 2017 in Kraft. Gemäss geltendem Recht ist das Gericht oder die Kindesschutzbehörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge verpflichtet, im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu prüfen, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter, Art. 298b Abs. 3ter ZGB). **Fraglich** ist, ob nach so kurzer Zeit überhaupt **Reformbedarf** besteht. Es mag sein, dass die gesetzlichen Bestimmungen zur alternierenden Obhut noch nicht die erwünschte Wirkung erzielen. Der politische Druck, ein egalitäres Betreuungsmodell bei Trennung und Scheidung zur Regel zu machen, verkennt aber die **Komplexität der alternierenden Obhut**. Die EKF begrüsst es deshalb, dass die Vorlage keinen Automatismus einführen will und ein paritätisches Betreuungsverhältnis nicht zum zwingenden Modell werden soll.

Solange die geschlechtsspezifischen Normen gesellschaftlich noch immer tief verankert sind und geeignete Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit fehlen, wird eine weitere Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zur elterlichen Obhut kaum etwas bewirken.

Die Gesellschaft verändert sich, die Lebensentwürfe werden vielfältiger. Es entspricht der liberalen Konzeption des Familienrechts, dass es dem freien Entscheid der Eltern obliegt, wie sie ihr Familienleben gestalten und die Aufgaben unter sich aufteilen. Die Bedürfnisse der Familien sind sehr unterschiedlich. Diesen unterschiedlichen Bedürfnissen muss bei der Regelung der Obhut Rechnung getragen werden. Die alternierende Obhut kann aus gleichstellungspolitischer Sicht als Ideallösung beurteilt werden, im Alltag ist sie es für die betroffenen Eltern und die Kinder in vielen Fällen jedoch nicht. Die Erfolgschancen der alternierenden Obhut hängen nämlich von einer Reihe von psychosozialen und materiellen Faktoren ab. Es gilt deshalb, die individuelle Situation mit all ihren Besonderheiten zu berücksichtigen und von Fall zu Fall Lösungen zu finden. Die **Suche nach individuellen Lösungen** ist

der Anordnung der alternierenden Obhut als Regelfall vorzuziehen. Dabei soll immer das Wohl des Kindes an erster Stelle stehen.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es zu begrüssen, dass die Rolle der Väter grösseres Gewicht in der Familie erhält und Väter die Kinder vermehrt mitbetreuen. Die Aufgabenteilung vor der Trennung spurt vieles vor. Soll die alternierende Obhut gefördert werden, ist es deshalb zwingend notwendig, nicht erst bei der Trennung oder Scheidung anzusetzen. Es sind **Rahmenbedingungen und Anreize** zu schaffen, damit Paare Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich(er) aufteilen (können) und Männer sich vermehrt in die Familienarbeit einbringen. Zu nennen sind etwa ein genügendes und qualitativ gutes Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen, die Durchsetzung der Lohngleichheit, die Individualbesteuerung und flexible Arbeitsmodelle. Haben Paare vor der Trennung die Betreuung der Kinder geteilt und eine funktionierende gemeinsame Elternschaft gelebt, tun sie dies in der Regel auch nach der Trennung. Die alternierende Obhut bedeutet für sie die Fortführung des Familienalltags.

Anders ist die Situation bei Paaren, die vor der Trennung ein Rollenmodell gewählt haben, in dem ein Elternteil die Hauptlast der Betreuungs- und Hausarbeit trägt. Für sie bedeutet die alternierende Obhut eine radikale Umstellung, was zu Spannungen und Unsicherheiten führt. Frauen, die sich in erster Linie über ihre Rolle als Mutter identifizieren und nicht oder kaum erwerbstätig sind, empfinden die alternierende Obhut oft als ungerecht und mangelnde Anerkennung ihrer Leistungen für die Familie bzw. ihrer Care-Arbeit. Es kommt vor, dass ihre Ex-Partner nicht deshalb ihre Kinder vermehrt betreuen wollen, um mehr Zeit mit Ihnen zu verbringen, sondern um die Höhe der Unterhaltszahlungen zu beeinflussen.

Trennung und Scheidung bergen Armutsrisiken. Dies gilt erst recht bei alternierender Obhut, denn sie ist eine **kostspielige Form der Obhut**. Sie führt zu einer Verdoppelung der Fixkosten. Es sind zwei Wohnungen mit kompletter Infrastruktur (Möbel, Kleider, Spielsachen, etc.) erforderlich. Hinzu kommt, dass die geografische Distanz zwischen den beiden Wohnorten nicht allzu gross sein darf. In Zeiten von Wohnungsnot ist es selbst für finanziell gut gestellte Eltern sehr schwierig, Wohnungen zu finden, die nahe beieinander liegen. Die egalitäre Betreuung nach einer Trennung oder Scheidung scheitert oft nicht am Willen der Ex-Partnerin oder des Ex-Partners, sondern an der Realität. Den Gerichten und Behörden anzulasten, sie würden den Willen des Gesetzgebers missachten, ist deshalb verfehlt. Ohnehin kommt eine neue Generation von Richterinnen und Richtern nach mit diverseren Bildern von Familie. Aus Sicht der EKF muss das Gesetz den realen Lebensumständen (finanzielle Situation, berufliche Verpflichtungen, Distanz zwischen Wohnorten) Rechnung tragen, statt sich an einem Ideal zu orientieren, das nicht umsetzbar ist oder Gefahren für das Kind birgt, namentlich bei einem psychisch kranken oder gewaltausübenden Elternteil.

Fragwürdig ist, weshalb nur bei Kindern, deren Eltern getrennt oder geschieden sind, darauf hingewirkt werden soll, dass sie von beiden Elternteilen gleichmässig betreut werden. Bei Kindern mit Eltern in ungetrennter Ehe oder Partnerschaft besteht kein rechtlich durchsetzbarer Anspruch, von Mutter und Vater erzogen und betreut zu werden. Diese **Ungleichbehandlung der Kinder** ist nicht nachvollziehbar.

Als **Fazit** ist festzuhalten, dass die EKF die Förderung der alternierenden Obhut begrüsst. Um eine gleichmässigere Betreuung durch beide Elternteile nach einer Trennung oder Scheidung zu erreichen, braucht es jedoch nicht eine Gesetzesreform, sondern einen gesellschaftlichen Wandel mit einer Beseitigung von strukturellen und institutionellen Zwängen, die eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Beruf und Familie/Haushalt festigen.

II. Zu den Varianten

Nach Einschätzung der EKF besteht - wie oben dargelegt - kein gesetzlicher Handlungsbedarf. Muss zwischen den beiden vorgeschlagenen Varianten gewählt werden, sprechen wir uns für Variante 1 aus.

Variante 1

Bei dieser Variante soll der alternierenden Obhut der Vorzug gegeben werden, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Damit soll zerstrittenen Eltern signalisiert werden, dass eine gemeinsame Beteiligung an der Betreuung des Kindes dem Kindeswohl am besten entspricht. Wie vorne ausgeführt, ist die alternierende Obhut nicht per se in sämtlichen familiären und sozialen Situationen das ideale Betreuungsmodell für ein Kind nach der Trennung oder Scheidung seiner Eltern. Aus Sicht der EKF soll in Berücksichtigung der Umstände des konkreten Falls jene Lösung getroffen werden, die für das Kind am besten ist. Das kann, muss aber nicht die alternierende Obhut sein. Für die Beibehaltung einer funktionierenden gemeinsamen Elternschaft nach Auflösung einer Paarbeziehung braucht es nicht zwingend eine alternierende Obhut.
Die EKF gibt der Variante 1 klar den Vorzug gegenüber der Variante 2. Die Variante 1 liegt nahe beim geltenden Recht. Im Unterschied zum geltenden Recht müssten Gerichte und Behörden auf Antrag die Möglichkeiten einer alternierenden Obhut neu nicht nur prüfen, sondern ihr den Vorzug geben, wenn sie dem Wohl des Kindes am besten entspricht.

Im Gesetz soll zudem zukünftig explizit festgehalten werden, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht. Diese Ergänzung knüpft an die bundesgerichtliche Rechtsprechung an. Die gesetzliche Kodifizierung ist zu begrüssen, sie schafft Rechtssicherheit und Klarheit. Es darf nicht sein, dass ein Elternteil es in der Hand hat, durch seine blosse Weigerung eine geteilte Betreuung einseitig zu verhindern. Der Wille eines Elternteils darf für sich allein kein Hinderungsgrund für die alternierende Obhut sein, wenn diese im Interesse und zum Wohl des Kindes ist.

Variante 2

Gemäss der Variante 2 muss in jedem einzelnen Fall von Amtes wegen die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern zu gleichen Teilen an der Betreuung des Kindes geprüft werden. Eine solche Regelung erweist sich als zu starr. Zudem führt die zwingende Prüfung der gleichmässigen Betreuung in jedem einzelnen Fall - unabhängig davon, ob ein Antrag vorliegt oder nicht - bei Gerichten und Behörden zu Mehraufwand. Die familienrechtlichen Verfahren sind in den letzten Jahren bedeutend komplexer und aufwändiger geworden statt einfacher, effizienter, rascher und flexibler, wie es von der Praxis gefordert wird.

Selbst in jenen Fällen, in welchen heute Eltern die Obhut gemeinsam ausüben, ist eine 50:50-Betreuung sehr selten anzutreffen. Meist ist das Betreuungsverhältnis asymmetrisch: ein Elternteil - in der Regel die Mutter - betreut das Kind hauptsächlich, während der andere Elternteil - in der Regel der Vater - einen substanziellen, aber nicht gleichwertigen Anteil an der Betreuung übernimmt. Egalitäre Betreuungsmodelle werden vor allem von Väterorganisationen gefordert. Dabei wird ausgeblendet, dass es bei der Obhut nicht in erster Linie um die Gleichstellung von Vater und Mutter geht, sondern um die Interessen und Bedürfnisse der Kinder. Manch ein Elternteil verknüpft mit einer egalitären Betreuung die Erwartung, dass die Kinderkosten ebenfalls hälftig geteilt werden. Da aber die finanziellen Ressourcen von Frauen und Männern aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Lebensverläufe und unterschiedlichen Integration auf dem Arbeitsmarkt bei weitem nicht gleich sind, kann und darf eine Betreuung zu gleichen Teilen nicht zu einer Finanzierung der Kinder zu gleichen Teilen führen. Bei der Variante 2 ist deshalb zu befürchten, dass sie zu Spannungen und Enttäuschungen führt und viel emotionalen und wirtschaftlichen Druck auf Mütter erzeugt.

III. Weitere Bemerkungen

Die **Begrifflichkeiten** des Gesetzes zur Obhut sind heute unbefriedigend. Für viele Eltern ist nicht klar, was unter Obhut zu verstehen ist. Die Unterscheidung zwischen alleiniger und alternierender Obhut verschärft Konflikte. Die EKF hält hier gesetzliche Anpassungen für notwendig.

Nach wie vor gibt es keine gesetzliche **Definition der alternierenden Obhut**. Ab welchem Betreuungsanteil alternierende Obhut vorliegt, ist nicht abschliessend geklärt. Die Rechtsprechung geht häufig von einem Betreuungsanteil von mindestens ca. 30 Prozent aus, sofern die Betreuung sich auch auf den Alltag und nicht nur die Freizeit des Kindes bezieht. Eine gesetzliche Klärung würde Rechtssicherheit schaffen. Der Kippschalter-Effekt beim Übergang zwischen alleiniger und alternierender Obhut erweist sich in der Praxis als nicht hilfreich.

Dass die alternierende Obhut sich bislang nicht stärker verbreitet hat, mag auch damit zu tun haben, dass die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur **Unterhaltsberechnung** eine **Komplexität** angenommen hat, die an Grenzen stösst. Bei alternierender Obhut sind die Herausforderungen noch grösser, was eine abschreckende Wirkung haben kann. Es ist unerlässlich, Unterhaltsberechnungen wieder auf eine Ebene zu bringen, die für Gerichte, Behörden und Anwaltschaft handhabbar und für die Prozessparteien nachvollziehbar sind.

Die elterliche Kommunikation ist für eine funktionierende gemeinsame Elternschaft nach einer Trennung oder Scheidung wichtig. Um die alternierende Obhut zu fördern, sollten vermehrt **interdisziplinäre Methoden** zur Anwendung kommen wie collaborative law and practice-Verfahren (clp), Mediation, angeordnete Elternberatung, Elterncoaching, Beratungs- und Kursangebote.

Wir danken Ihnen für die aufmerksame Prüfung unserer Stellungnahme. Bei Fragen steht Ihnen Annina Grob, Leiterin des Sekretariats der EKF, gerne unter folgender E-Mail-Adresse zur Verfügung: annina.grob@ebg.admin.ch.

Cesla Amarelle
Präsidentin EKF

Annina Grob
Geschäftsleiterin EKF

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF

POST CH AG

CH-3003 Bern BSV

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates

zz@bj.admin.ch

Referenz: BSV-D-BE003501/382
Sachbearbeiter/in: / Nadine Hoch
Berne, 15.10.2025

Pa. Iv. 21.449 – Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) bedankt sich für die Einladung zur Teilnahme an der Vernehmlassung zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern».

Die EKFF setzt sich seit Jahren für eine Familienpolitik ein, die die Lebensbedingungen von Familien verbessert, um das Kindeswohl und die Geschlechtergleichstellung zu fördern. Das heutige schweizerische Familienmodell ist nach wie vor so ausgerichtet, dass die Kinder hauptsächlich von den Müttern betreut werden, die deswegen ihr Arbeitspensum reduzieren oder die Erwerbstätigkeit ganz aufgeben.[1] Diese Situation wirkt sich auf die Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung aus, wobei die Mütter weiterhin häufiger den Grossteil der Kinderbetreuung übernehmen, wie die Statistiken des BFS bestätigen (BFS, Aufteilung der Kinderbetreuung, 2023).

Wenn der Gesetzgeber eine Anpassung der Regeln im Bereich der Kinderbetreuung in Erwägung zieht, muss den Realitäten Rechnung getragen werden, um bestehende Ungleichheiten nicht noch zu verstärken.

[1] Le Goff, J.-M., & Levy, R. (Hrsg.). (2016). Devenir parents, devenir inégaux : Transition à la parentalité et inégalités de genre. Seismo; Levy, R., & Widmer, E. D. (Hrsg.). (2013). Gendered life courses between standardization and individualization. A European approach applied to Switzerland. LIT Verlag; Bundesamt für Statistik. (2021). Familien in der Schweiz – Statistischer Bericht 2021. Bundesamt für Statistik.

Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF
Nadine Hoch
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Effingerstrasse 20, 3003 Bern
Tél. +41 58 484 98 04
nadine.hoch@bsv.admin.ch
ekff.admin.ch

Die Kommission stellt im Übrigen fest, dass immer noch keine Daten zur Gerichtspraxis verfügbar sind, trotz des 2023 veröffentlichten Berichts des Büros Bass («Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts mit Fokus auf die Obhutsregelung. Schlussbericht des Büros für Arbeits- und sozialpolitische Studien BASS AG, Oktober 2023, nachfolgend «Bericht»). Es gibt auch keine Statistiken zur Gerichtspraxis hinsichtlich der Aufteilung der Obhut. Die Anzahl Scheidungen mit alternierender Obhut wird weder vom Bundesamt für Statistik (BFS) noch vom informatisierten Zivilstandsregister (Infostar) oder von den Gerichten erhoben (Bericht). Bis 2010 wies das BFS auf der Basis einer nicht mehr existierenden Datenquelle jeweils aus, auf welche Artikel des Zivilgesetzbuchs sich die Scheidungsurteile bezogen, und lieferte Angaben zur gemeinsamen elterlichen Sorge.

Die BASS-Studie unterstreicht, dass es den meisten Eltern vor oder während des Gerichtsverfahrens gelingt, sich in der Betreuungsfrage zu einigen. Es liegen jedoch keine Angaben zum Anteil der Eltern vor, die dem Gericht eine vollständige oder teilweise Einigung vorlegen. Ebenfalls keine Informationen finden sich zur Dauer der Verfahren, bis eine vollständige Einigung nach Vorlage einer Teilvereinbarung erreicht wird. Die Studie lässt auch keine Schlüsse zur Gerichtspraxis bei strittigen Fällen zu. Insbesondere fehlen Daten zum Anteil der von den Gerichten angenommenen Anträge auf alternierende Obhut, nachdem ein Elternteil diese beantragt hat.

Ebenfalls möchte die EKFF darauf hinweisen, dass in der interdisziplinären Studie zur alternierenden Obhut (UNIGE, 2017)[2] auf die ungenügende Umsetzung des Rechts des Kindes auf Anhörung in Entscheidungsprozessen bei Scheidungsverfahren hingewiesen wird. Die EKFF unterstützt die Forderung nach Ausbildung der anhörenden Personen und konsequenter Umsetzung der Partizipation der Kinder.

Deshalb unterstützt die EKFF die Position des Bundesrates vom 13. August 2025, wonach die Ergebnisse neuer Studien abzuwarten sind, bevor weitere Gesetzesanpassungen bezüglich Obhutsfragen in Betracht gezogen werden.

Nach Ansicht der Kommission ist eine gleichmässige Aufteilung der Betreuung theoretisch wünschenswert. Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuchs ist jedoch nicht geeignet, eine egalitärere Ausgestaltung der Kinderbetreuungsfrage nach einer Trennung oder einer Scheidung der Eltern zu fördern. Eine gleichmässige Aufteilung der Kinderbetreuung ist nicht allein mit einer alternierenden Obhut zu erreichen; dazu müssen alle zu leistenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Kind aufgeteilt werden, einschliesslich aller unsichtbarer Aufgaben, ohne die finanzielle Situation des einen oder anderen Elternteils zu verschlechtern. Deshalb sollte idealerweise von «gemeinsamer Betreuungsverantwortung» gesprochen werden.

Trennungen und Scheidungen gehen mit einem hohen Armutsrisiko für Familien einher, insbesondere für Mütter und Kinder.[3] Die Praxis des Bundesgerichts trägt indirekt dazu bei, indem sie nur das Kriterium der Aufteilung der Betreuungszeit zwischen den Eltern berücksichtigt und alle anderen Care-Aufgaben im Zusammenhang mit der Betreuung ausser Acht lässt. Das Bundesgericht definiert die alternierende Obhut als die Situation, in der Eltern, die die gemeinsame elterliche Sorge ausüben, sich die Obhut für das Kind in ungefähr gleiche Zeiträume aufteilen. Die Zeiträume können in Tagen, Wochen oder sogar

[2] Cottier, M., Widmer, Eric D, Tornare, S., & Girardin, M. (2017). Interdisziplinäre Studie zur alternierenden Obhut. Bundesamt für Justiz.

[3] Fluder, R., Kessler, D., & Schuwey, C. (2024). Scheidung als soziales Risiko. Seismo; Kessler, D. (2020). Economic Gender Equality and the Decline of Alimony in Switzerland. Journal of Empirical Legal Studies, 17(3), 493–518.

Monaten festgelegt werden (BGer 5A_700/2021, E. 3.1). Indem es sich lediglich auf die Zeitfrage beschränkt, blendet das Bundesgericht die Care-Aufgaben aus und schafft damit eine Ungleichbehandlung zwischen den Eltern auf Kosten desjenigen Elternteils, der den Grossteil der Care-Arbeit übernimmt.

Die finanzielle Ungleichheit zwischen den beiden Elternteilen wird durch die vom Bundesgericht angewandte zweistufig-konkrete Methode verstärkt (BGE 147 III 265), mit der die Unterhaltsbeiträge festgelegt werden. Mit der Methode lassen sich unbezahlte Aufgaben nicht sichtbar machen: Für die aufgrund von Hausarbeiten wie Mahlzeitenvorbereitung, Einkäufe (insbesondere Kleider), Begleitung der Kinder zu Arztbesuchen usw. entstehenden Ausgaben ist kein Betrag vorgesehen. Zudem kann mit dieser Methode, sobald bei der Aufteilung der Kinderbetreuung eine Schwelle von 30 Prozent erreicht wird (z. B. jedes zweite Wochenende von Freitagabend bis Sonntagabend und ein Abend pro Woche), der Unterhaltsbeitrag zugunsten des anderen Elternteils beträchtlich gesenkt werden, ohne dass sich die Kosten für den zu 70 Prozent betreuenden Elternteil (in den meisten Fällen die Mutter) im gleichen Verhältnis verringern.

Es ist ein zentrales Anliegen der EKFF; die materielle Sicherheit der Familien zu garantieren und allen Kindern ein Aufwachsen in Würde zu ermöglichen. Die Motion erhöht in ihrer jetzigen Form das Armutsrisiko, da sie dem wirtschaftlich schwächeren Elternteil, dessen Berufsaussichten aufgrund der bis zur Trennung oder Scheidung in die Kinderbetreuung investierten Zeit weniger gut sind, keine Garantien bietet.

Schliesslich ist die EKFF besorgt darüber, dass diese Art von Betreuung selbst auch bei Uneinigkeit der Eltern gefördert werden soll, denn eine Betreuung zu gleichen Teilen ist äusserst anspruchsvoll.[4] Die Durchsetzung eines solchen Modells könnte Konflikte verschärfen und häusliche Gewalt verschleiern, die bekanntlich oft über eine Trennung oder Scheidung hinaus bestehen oder sich gar verstärken, wobei das Kind zum Druckmittel wird.[5] Falls von den Eltern gewünscht, lässt das geltende Recht bereits heute eine gleichmässige Betreuungsaufteilung nach einer Trennung oder Scheidung zu. Zudem ist eine individuelle Beurteilung der Situation weiterhin besser für Lösungen, die dem Kindeswohl entsprechen, geeignet. Um die Gleichbehandlung zwischen den Eltern sicherzustellen, müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien während des Zusammenlebens und nach einer Trennung oder Scheidung im Vordergrund stehen.

Aus den genannten Gründen lehnt die Mehrheit der EKFF die parlamentarische Initiative in ihren zwei Varianten ab und bekräftigt dabei erneut, dass sie eine Gleichstellung in der Familienorganisation befürwortet. Ein Mitglied der Kommission befürwortet jedoch die parlamentarische Initiative in ihrer Variante 2 und argumentiert, dass das Modell der alternierenden Obhut als Grundlage gerechter für die Kinder und effizienter für die Eltern sei.

Für die EKFF muss die Unterstützung der Gleichstellung in der Familienorganisation bereits während des gemeinsamen Familienlebens über eine angemessene öffentliche Politik und arbeitsmarktliche Anpassungen konkretisiert werden. In diesem Zusammenhang fordert die EKFF eine Elternzeit von mindestens 38 Wochen (EKFF, 2022 und frühere Publikationen) und den Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung (EKFF, 2021). Sie unterstützt ausserdem Massnahmen, die die Gleichbe-

[4] Cottier, M., Widmer, Eric D, Tornare, S., & Girardin, M. (2017). *Interdisziplinäre Studie zur alternierenden Obhut*. Bundesamt für Justiz.

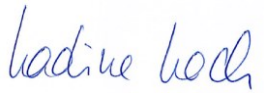
[5] Brown, E. und Mazuy, M. (2022). Les violences conjugales dans un contexte de séparation. *Informations sociales,* 207(3), 98-105; Romito, P. (2011). Les violences conjugales post-séparation et le devenir des femmes et des enfants. *Revue internationale de l'éducation familiale,* 29(1), 87-105.

rechtigung von Frau und Mann auf dem Arbeitsmarkt fördern. Solange diese Gleichberechtigung während des Zusammenlebens nicht durch familienunterstützende Massnahmen ermöglicht wird oder von den Eltern nicht gewünscht wird, erscheint es kaum legitim, sie zum Zeitpunkt der Trennung zu fordern.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme!

Freundliche Grüsse

Eidgenössische Kommission für Familienfragen



Monika Maire-Hefti, Präsidentin

Nadine Hoch, Geschäftsleiterin

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI

Commission fédérale pour les questions familiales COFF

POST CH AG

CH-3003 Berne OFAS

Commission des affaires juridiques du Conseil national

zz@bj.admin.ch

Référence : BSV-D-BE003501/382
Collaboratrice responsable : Nadine Hoch
Berne, 15.10.2025

Iv. pa. 21.449 - Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Mesdames, Messieurs,

La Commission fédérale pour les questions familiales (COFF) vous remercie de l'avoir invitée à participer à la procédure de consultation concernant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe ».

La COFF promeut depuis des années une politique familiale qui soutient les conditions de vie des familles afin de favoriser le bien de l'enfant et l'égalité entre les sexes. Actuellement, force est de constater que le modèle familial suisse reste ancré sur une prise en charge des enfants principalement par les mères qui sont amenées à diminuer, voire à arrêter, leur activité rémunérée[1]. Cette situation se répercute sur les arrangements de prise en charge des enfants post-séparation et divorce, avec une prévalence plus élevée de mères qui continuent à assurer une part plus importante de la prise en charge, comme le confirment les statistiques de l'OFS (OFS, Répartition des soins aux enfants, en 2023).

Il est nécessaire de tenir compte de la réalité lorsque le législateur envisage de modifier les règles en matière de garde des enfants, afin de ne pas renforcer les inégalités préexistantes.

Par ailleurs, la commission observe que les données relatives à la pratique des tribunaux restent manquantes, malgré le rapport BASS (« Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien, en particulier en ce qui concerne la garde, Rapport final, Octobre 2023, ci-après « rapport »). En effet, il n'existe pas de données statistiques sur la pratique des tribunaux en matière de garde. Ni l'Office fédéral de la statistique (OFS), ni le registre informatisé de l'état civil (Infostar), ni les tribunaux recensent le nombre de divorce avec garde alternée (rapport). Jusqu'en 2010, l'Office fédéral de la statistique indiquait à quels articles du Code civil les jugements de divorce faisaient référence et fournissaient des indications sur l'autorité parentale conjointe, sur la base d'une source de données qui n'existe plus.

[1] Le Goff, J.-M., & Levy, R. (Eds.). (2016). Devenir parents, devenir inégaux : Transition à la parentalité et inégalités de genre. Seismo.; Levy, R., & Widmer, E. D. (Éds.). (2013). Gendered life courses between standardization and individualization. A European approach applied to Switzerland. LIT Verlag. ; Office fédéral de la statistique. (2021). Les familles en Suisse—Rapport statistique 2021. Office fédéral de la statistique.

Commission fédérale pour les questions familiales COFF
Nadine Hoch
c/o Office fédéral des assurances sociales OFAS
Effingerstrasse 20, 3003 Berne
Tél. +41 58 484 98 04
nadine.hoch@bsv.admin.ch
ekff.admin.ch/fr

L'étude BASS souligne que la plupart des parents réussissent à s'entendre sur les questions de garde, que ce soit avant ou pendant le processus judiciaire. Il n'y a toutefois aucune indication des pourcentages de parents ayant soumis un accord complet pour ratification ni de celui pour un accord partiel. Il n'y également pas d'information sur la durée des procédures pour parvenir à un accord complet parmi les parents ayant soumis un accord partiel. L'étude ne permet pas de tirer des conclusions sur la pratique des tribunaux concernant les cas litigieux. En particulier, il n'y a pas de données sur le taux d'acceptation des demandes de garde alternée à la suite de la demande d'un parent.

La COFF tient également à souligner que l'étude interdisciplinaire sur la garde alternée (UNIGE, 2017)[2] met en évidence la mise en œuvre insuffisante du droit de l'enfant à être entendu dans les processus décisionnels dans le cadre des procédures de divorce. La commission soutient la demande de formation des personnes chargées d'entendre les enfants et de mise en œuvre systématique de la participation des enfants.

Ainsi, la COFF appuie la position du Conseil fédéral du 13.08.2025 estimant qu'il faut attendre le résultat de nouvelles recherches avant d'envisager d'autres adaptations de la loi en matière de garde de l'enfant.

De l'avis de la commission, une répartition à parts égales est souhaitable à un niveau théorique. Néanmoins, la modification du Code civil telle que proposée ne permet pas de promouvoir un aménagement plus égalitaire de la prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce des parents. Une prise en charge égalitaire des enfants ne se limite pas à une garde alternée, mais doit impliquer la répartition de toutes les tâches relatives à l'enfant, y compris les tâches invisibles, sans péjorer la situation financière d'une partie plutôt que l'autre. Il est ainsi préférable de parler de « prise en charge ».

Toutefois, les séparations et les divorces sont associés à un fort risque d'appauvrissement des familles, en particulier des mères et des enfants[3]. La pratique du Tribunal fédéral y contribue indirectement en ne considérant que le critère de la répartition du temps de garde entre les deux parents et en occultant toutes les autres tâches de care liées à la garde. Le Tribunal fédéral définit la garde alternée comme « la situation dans laquelle les parents exerçant en commun l'autorité parentale se partagent la garde de l'enfant pour des périodes plus ou moins égales, qui peuvent être fixées en jours ou en semaines, voire en mois » (TF 5A_700/2021, consid. 3.1). En se référant uniquement à la question du temps, le Tribunal fédéral occulte les tâches de care et crée une inégalité de traitement entre les parents au détriment du parent qui assume l'essentiel des tâches de care.

L'inégalité financière entre les deux parents est renforcée par la « méthode concrète en deux étapes » utilisée par le Tribunal fédéral (ATF 147 III 265) qui permet de fixer les contributions d'entretien. En effet, cette méthode ne permet pas de rendre visible les tâches non rémunérées, car aucun montant n'est pris en compte pour les dépenses imposées par le travail domestique, telles que préparer les repas, faire les achats (notamment d'habits), accompagner les enfants aux rendez-vous médicaux, etc. En outre, avec cette méthode, dès qu'une répartition de la garde des enfants atteint un seuil de 30% (par exemple un week-end sur deux du vendredi soir au dimanche soir et un soir par semaine), le montant de la contribution d'entretien versé en main de l'autre parent en faveur de l'enfant est susceptible d'être réduit de

[2] Cottier, M., Widmer, Eric D, Tornare, S., & Girardin, M. (2017). Etude interdisciplinaire sur la garde alternée. Office fédéral de la Justice

[3] Fluder, R., Kessler, D., & Schuwey, C. (2024). Scheidung als soziales Risiko. Seismo.; Kessler, D. (2020). Economic Gender Equality and the Decline of Alimony in Switzerland. Journal of Empirical Legal Studies, 17(3), 493–518.

manière importante, sans que les coûts de l'enfant pour le parent à 70% (dans la majorité des cas, la mère), ne soit modifié dans la même proportion.

La COFF a à cœur de garantir la sécurité matérielle des familles et de permettre à chaque enfant de grandir dans la dignité. La motion en l'état accroit ce risque de pauvreté parce qu'elle ne propose aucune garantie au parent le plus faible économiquement et dont les perspectives professionnelles sont péjorées en raison de son investissement dans la prise en charge des enfants jusqu'à la séparation ou au divorce.

Enfin, la COFF s'inquiète de la mention que ce type de prise en charge doit être promue même en cas de désaccord entre les parents, sachant qu'une prise en charge à parts égales est extrêmement exigeante[4]. L'imposition d'un tel modèle pourrait exacerber des conflits et occulter des violences conjugales qui, rappelons-le, se maintiennent souvent au-delà d'une séparation ou d'un divorce, voire s'exacerbent, l'enfant devenant un moyen de contrôle coercitif à part entière[5]. Le droit en vigueur permet déjà une participation équilibrée des deux parents à la prise en charge de leur(s) enfant(s) après une séparation ou un divorce si cela correspond à leurs souhaits et une évaluation individualisée de chaque situation reste mieux à même de trouver des solutions qui garantissent le bien de l'enfant. Il est nécessaire pour garantir l'égalité de traitement entre les parents, de se concentrer sur les conditions économiques des familles durant la vie commune et après la séparation ou le divorce.

Dès lors, la COFF, dans sa majorité, rejette l'initiative parlementaire dans ses deux variantes, tout en réitérant le fait qu'elle soutient l'égalité dans l'organisation des familles. Cependant, un membre de la commission est en faveur de l'initiative parlementaire dans sa variante 2, soutenant que le modèle de garde alternée comme base est plus juste pour les enfants et plus efficace pour les parents.

Pour la COFF, le soutien à l'égalité dans l'organisation des familles doit se concrétiser déjà durant la vie commune par des politiques publiques appropriées et des adaptations du marché du travail. A cet égard, elle réclame un congé parental d'au moins 38 semaines (COFF, 2022 et versions antérieures) et le développement de l'accueil extrafamilial et parascolaire des enfants (COFF, 2021).) Elle encourage également les mesures favorisant l'égalité entre les hommes et les femmes sur le marché du travail. Tant que cette égalité durant la vie commune n'est pas rendue possible par des mesures de soutien aux familles ou qu'elle n'est pas souhaitée par les parents, il semble difficilement légitime de l'exiger au moment de la séparation.

Nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures,

Commission fédérale pour les questions familiales

Monika Maire-Hefti, Présidente

Nadine Hoch, Responsable du secrétariat

[4] Cottier, M., Widmer, Eric D, Tornare, S., & Girardin, M. (2017). Etude interdisciplinaire sur la garde alternée. Office fédéral de la Justice.

[5] Brown, E. et Mazuy, M. (2022). Les violences conjugales dans un contexte de séparation. Informations sociales, 207(3), 98-105. ; Romito, P. (2011). Les violences conjugales post-séparation et le devenir des femmes et des enfants. Revue internationale de l'éducation familiale, 29(1), 87-105.

EQUALITY.CH
Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG
Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité CSDE
Conferenza svizzera delle-i delegate-i alla parità CSP

Parlamentarische Kommission für
Rechtsfragen
Vincent Maître, Präsident
Per E-Mail an zz@bj.admin.ch

3003 Bern

Bern, 15. Oktober 2025

Eidgenössische Vernehmlassung 2025/56: parlamentarische Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zu den Umsetzungsvarianten der parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung nehmen zu können. Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG), der Zusammenschluss der öffentlichen Fachstellen und Büros für die Gleichstellung der Geschlechter des Bundes, der Kantone und Städte, nimmt dazu wie folgt Stellung.

Einleitend ist festzuhalten, dass bei Entscheiden über die Situation von Kindern ihr Wohl Priorität haben muss, auch wenn dieses nicht zwingend mit den Interessen der Eltern übereinstimmt.

I. Aktuelle Situation: Eine Mehrheit der Eltern findet eine einvernehmliche Lösung

In ihrem erläuternden Bericht schreibt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, dass die erst- und zweitinstanzlichen Gerichte die alternierende Obhut in der Praxis nach wie vor nur dann anordneten, wenn sie von beiden Eltern beantragt wird[1]. Sie macht jedoch keine

[1] Bericht S. 2

konkreten Aussagen über die Anzahl Eltern, denen die alternierende Obhut verweigert wird, weil der andere Elternteil nicht einverstanden ist. Ebensowenig finden sich im Bericht Informationen über die Anzahl Trennungen, in denen die Obhut nur einem Elternteil zugesprochen wird, weil der andere Elternteil keinen grösseren Anteil an der Kinderbetreuung übernehmen will oder kann. Der Bericht des Bundesrates «Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts»[2] vom 24. April 2024 kommt auf Basis zweier interdisziplinärer Studien zu folgenden differenzierteren Schlussfolgerungen:

- **Die meisten Eltern einigen sich nach einer Trennung oder Scheidung einvernehmlich über die Organisation der Kinderbetreuung**. Dass sich Eltern eher selten für eine alternierende Obhut entscheiden, hat dabei mehr mit ihren realen Lebensumständen (Distanz zwischen den Wohnorten der Eltern, berufliche Verpflichtungen oder finanzielle Situation) zu tun als mit ihren Konflikten untereinander.
- **Die Studien bestätigen die Annahme der Parlamentarischen Kommission nicht, dass insbesondere die erst- und zweitinstanzlichen Gerichte eine breitere Anwendung der alternierenden Obhut behindern würden**. Die meisten Richterinnen und Richter bemühen sich, mit zerstrittenen Eltern passende individuelle Lösungen für die Kinderbetreuung zu finden und zu entwickeln und lassen dabei auch schrittweise Anpassungen und Probephasen zu. Zudem achten sie darauf, dass möglichst beide Eltern im Alltag der Kinder präsent bleiben.
- **Die Betreuungsanteile der getrennten Väter sind in den letzten Jahren gestiegen** und beschränken sich in vielen Fällen nicht mehr auf das früher «gerichtsübliche» Besuchsrecht jedes zweite Wochenende, sondern beinhalten regelmässige Betreuungszeiten auch unter der Woche.
- **Die alternierende Obhut ist in den analysierten Kantonen der Romandie selbstverständlicher als in der Deutschschweiz.** Dies wiederspiegelt die stärkere berufliche Integration der Mütter in der Westschweiz im Vergleich zu den übrigen Teilen der Schweiz. Diese regionalen Unterschiede zeigen, dass eine gleichberechtigte Beziehung der Eltern während des Zusammenlebens die alternierende Obhut nach einer Trennung begünstigt.
- Der Bericht benennt den **Mangel an Zahlen zu tatsächlichen Fällen, in denen Gerichte die alternierende Obhut ablehnen,** der die Analyse der Situation erschwert. Tatsächlich konnten weniger als die Hälfte der Gerichte Angaben zur Häufigkeit der Anträge auf alternierende Obhut machen. Wo Angaben vorliegen, haben die Gerichte gemeinsame elterliche Anträge auf alternierende Obhut nie abgelehnt. Alleinige Anträge auf alternierende Obhut sind selten und diese werden ausschliesslich von den Vätern gestellt, nie von den Müttern oder Kindern. Zur Häufigkeit, mit der die Gerichte diese Anträge annehmen oder ablehnen, liegen aufgrund der tiefen Fallzahlen keine belastbaren Erkenntnisse vor. Belegt ist nur, dass es auch Ablehnungen gab. Gemäss den befragten Gerichten ist bei einem solchen Entscheid relevant, ob ein realistisches Betreuungskonzept des antragsstellenden Elternteils vorliegt oder nicht.
- Erwähnenswert sind folgenden Feststellungen zu den **Rechtsmittelverfahren von**

[2] Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 21.4141 Silberschmidt vom 29. September 2021

Müttern und Vätern: Der Weiterzug von Verfahren aufgrund strittiger Obhutsfragen an die nächste Instanz ist äusserst selten. Aus den untersuchten zweitinstanzlichen Entscheidungen ist ersichtlich, dass die Berufungen praktisch gleich häufig von Müttern und Vätern ausgehen. Die Väter wehren sich mehrheitlich gegen die alleinige Obhut der Mutter, in Ausnahmefällen aber auch gegen die konkrete Ausgestaltung der alternierenden Obhut. **In der Regel erhalten weder die Mutter noch der Vater Recht. Es gibt keinerlei Hinweise, dass die zweitinstanzlichen Gerichte den Müttern oder den Vätern mehr entgegenkommen**.

- Trotz einem klaren Trend, dass Väter mehr Kinderbetreuung übernehmen, haben die Studien aufgezeigt, dass die von den Vätern gewünschten Betreuungsanteile in der Regel weit weg von einer gleichberechtigten Aufteilung der Betreuung liegen. In den Fällen, in welchen sich die Betreuungsanteile der Eltern unterscheiden, übernimmt in aller Regel die Mutter den grösseren Anteil.

II. Verteilung der Hausarbeit sowie der Betreuungs- und Erziehungsaufgaben während des Zusammenlebens

Gemäss dem erläuternder Bericht ist das Ziel des Vorentwurfs die **Förderung einer gleichberechtigteren Organisation der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern**. Dem Ziel einer gerechteren Aufteilung der unbezahlten Haus- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern stimmen wir zu. Bei der Bewertung des Vorentwurfs ist es jedoch zentral, die aktuelle Situation von Paarhaushalten mit Kindern zu betrachten. Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS)[3] tragen bei fast der Hälfte der heterosexuellen Paare in gemeinsamen Haushalten die Frauen die Hauptverantwortung für die Hausarbeit (49%). 47% der Paare erledigen die Hausarbeit gemeinsam. Paarhaushalte, in denen hauptsächlich die Männer die Hausarbeit übernehmen, sind sehr selten (4%). Auch die Aufteilung der Kinderbetreuung variiert je nach Art der Aufgaben. Laut dem Bundesamt für Statistik (BFS)[4] waren im Jahr 2024 Frauen ohne Kinder öfter berufstätig als Mütter, insbesondere als jene mit Partner*in. Bei Müttern nimmt die Erwerbstätigkeit mit dem Alter des jüngsten Kindes zu. Im Jahr 2024 war bei heterosexuellen Paaren mit Kindern das am weitesten verbreitete Modell jenes, in dem der Vater ein Vollzeit- und die Mutter ein Teilzeitpensum hat. Leben keine Kinder unter 25 Jahren mehr im Haushalt, sind in mehr als der Hälfte der Fälle beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig.

Gemäss den neuesten Zahlen liegt die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung in Paarhaushalten nach wie vor mehrheitlich bei den Müttern. Der Bundesrat stellt in seinem Bericht fest, dass, *wenn die Eltern vor der Trennung eine einseitige Arbeitsteilung praktizierten und das Familienmodell somit mit der Trennung grundlegend geändert wird, werden auch schrittweise Übergänge und Probephasen zugelassen. So können die Richterinnen und Richter*

[3] BFS: Verteilung der Hausarbeit 2023
https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/erwerbs-haus-familienarbeit.assetdetail.32348844.html
[4] https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/erwerbs-haus-familienarbeit.html

überprüfen, ob ein realisierbares Betreuungskonzept vorliegt, und ob ein Elternteil die alternierende (oder alleinige) Obhut aus einer rein finanziellen Motivation verlangt.[5]

Obwohl sich in den letzten Jahren Väter immer mehr in die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder einbringen, liegt die Erwerbsquote der Väter immer noch bei über 90%[6] , so dass heterosexuelle Paare, die sich die Kinderbetreuung während des Zusammenlebens einigermassen gleichberechtigt aufteilen, nach wie vor selten sind. Dies ist nicht unbedingt eine bewusste Entscheidung der Familien. Vielmehr hängt die Entscheidung mit Faktoren wie der langsamen Entwicklung der Arbeitswelt in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der wirtschaftlichen Realität der Familien sowie den nach wie vor bestehenden stereotypen Rollenerwartungen gegenüber Vätern und Müttern zusammen. Deshalb ist eine gleichberechtigte Aufteilung der Kinderbetreuung während des Zusammenlebens und nach einer Trennung umso realisitischer, wenn die gesetzlichen, betrieblichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diese unterstützen.

In einer Minderheit der Fälle haben sich die Eltern bereits vor einer Trennung die Kinderbetreuung relativ gleichmässig aufgeteilt. Sie sind dann eher bereit, sich gemeinsam für die alternierende Obhut zu entscheiden oder sie zu akzeptieren, weil sie bereits teilweise ihrer bisherigen Arbeitsteilung entspricht. Aber auch in den Fällen, in denen vor der Trennung ein Elternteil hauptsächlich für die Kinderbetreuung verantwortlich war, ist eine Einigung auf eine alternierende Obhut nach der Trennung nicht von vornherein ausgeschlossen, falls der andere Elternteil Interesse und zeitliches Engagement zeigt. Wie der erläuternde Bericht (S. 8) betont, ist es wichtig, dass der vorliegende Vorentwurf das Prinzip nicht ändert, wonach eine Vereinbarung zwischen den Eltern über die Kinderbetreuung immer Vorrang hat. Denn sowohl bei einer gleichberechtigten alternierenden Obhut als auch bei anderen Regelungen ist in erster Linie die Fähigkeit der Eltern entscheidend, sich zu verständigen, respektvoll miteinander umzugehen und im Interesse ihrer Kinder zu handeln.

III. Bei Uneinigkeiten zwischen den Eltern

Der Vorentwurf konzentriert sich auf Trennungs- oder Scheidungssituationen, in denen die Eltern sich bezüglich Aufteilung der Kinderbetreuung nicht einig sind. Auch in diesen Fällen erachten wir es als wichtig, dass die Behörden die Betreuungssituation vor der Trennung betrachten und prüfen, wie eine neue Regelung schrittweise unter Berücksichtigung der Möglichkeiten beider Elternteile entwickelt werden kann. Dabei sollte keine Option – also auch die alternierende Obhut nicht - pauschal als die beste Lösung für das Kindswohl definiert werden. Vielmehr müssen die Behörden alle möglichen Optionen prüfen, wenn die Eltern sich über die Regelung der Kinderbetreuung nicht einig werden. Erfahrungen in der Schweiz und in weiteren Ländern zeigen, dass jeder Fall unterschiedlich ist und im Interesse des Kindes individuell geprüft werden muss. Länder, welche die Priorisierung der alternierenden Obhut im Gesetz verankert hatten, haben die Grenzen des Ansatzes festgestellt und es folgten

[5] Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 21.4141 Silberschmidt (PDF, 524 kB, 24.04.2024), s. 15-16
[6] BFS, https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/erwerbs-haus-familienarbeit.html

Initiativen, um wieder individuell auf Scheidungsfälle eingehen zu können. Diese Prüfung ist notwendig und sollte nicht durch die vorgeschlagene Variante 2 geschwächt werden, gemäss welcher die alternierende Obhut von Amtes wegen angeordnet wird.

IV. Begründung des Antrags auf alternierende Obhut

Aktuell muss der Elternteil, der die alternierende Obhut beantragt, diesen Antrag begründen. In der Praxis bedeutet dies, dass er im Detail darlegen muss, wie er die Betreuung organisieren will. Die Behörde muss die beabsichtigte Organisation überprüfen um sicherzustellen, dass sie dem Kindswohl entspricht, auch wenn der andere Elternteil ihr nicht zustimmt. Der Vorentwurf schlägt zwei Varianten vor, die unterschiedliche Auswirkungen auf die Begründungspflicht der Parteien haben.

Variante 1 sieht das gleiche Verfahren wie im aktuellen Recht vor, formuliert aber ausdrücklich, dass die Ablehnung durch ein Elternteil der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wenn ein Elternteil oder ein Kind diese verlangt, und dass ihr der Vorteil gegeben wird, wenn dies dem Kindswohl entspricht.

Die Variante 2 geht weiter und verpflichtet das Gericht, systematisch und von Amtes wegen zu prüfen, ob die alternierende Obhut angeordnet werden kann. Ein Elternteil, der die diese wünscht, müsste seine Motivation und sein konkretes Engagement nicht mehr detailliert erläutern. Ein Elternteil, der die alternierende Obhut ablehnt, müsste dagegen begründen, weshalb diese in seinen Augen den Interessen des Kindes widerspricht. Gerade bei Scheidungen von Paaren, die vor der Trennung ein traditionelles Rollenbild gelebt haben, scheint uns dies nicht sachgerecht. Vielmehr soll das Elternteil, das sich während des Zusammenlebens wenig um die Kinderbetreuung gekümmert hat, begründen müssen, warum und wie es dies nach einer Trennung ändern kann und will. Die SKG ist der Ansicht, dass bei der Variante 2 ein Risiko besteht, dass das Kindswohl nicht angemessen berücksichtigt wird, weil die alternierende Obhut auch bei Uneinigkeit der Eltern pauschal als beste Option bevorzugt werden soll. Aus diesem Grund lehnt die SKG die Variante 2 klar ab.

Um das Kindswohl zu wahren, ist es bei Uneinigkeit der Eltern erforderlich, dass der Elternteil, welcher die alternierende Obhut beantragt, seinen Antrag konkret begründet und die beabsichtigte Organisation der Kinderbetreuung darlegt.

V. Ermittlung von häuslicher Gewalt

Obwohl der erläuternde Bericht klarstellt, dass **die alternierende Obhut bei häuslicher Gewalt keine Option** ist, hat die Praxis gezeigt, dass die Feststellung von häuslicher Gewalt (und nicht nur von «einfachen» Konflikten) in der Realität schwierig ist. Es kommt nicht selten vor, dass der Vorwurf häuslicher Gewalt nicht berücksichtigt oder verharmlost wird, weil sie ja noch während des Zusammenlebens passiert sei und somit in der Vergangenheit liege. Die Angst vor Gewalt wird deshalb nicht immer als Grund anerkannt, den anderen Elternteil nicht zu treffen. Es ist jedoch erwiesen, dass Gewalt in der Partnerschaft häufig auch über die

Trennung hinaus fortbesteht und sich insbesondere durch Kontrolle und/oder Drohungen bezüglich Sorgerecht für die Kinder oder durch andere Formen psychischer Gewalt äussert. Zudem kommt es nicht selten vor, dass Fälle häuslicher Gewalt den Behörden oder Institutionen nicht bekannt sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die betroffene Person ihre Erfahrungen im Trennungsverfahren möglicherweise nicht erwähnt, um dieses nicht zu verzögern.

Für die SKG stellt das Risiko, häusliche Gewalt nicht zu erkennen, ein Argument für den Beibehalt des «Status quo» oder zumindest für die weniger restriktive Variante 1 dar.

VI. Unterhaltsbeitrag

Schlussendlich haben die vorgeschlagenen Bestimmungen auch Auswirkungen auf die Berechnung des Unterhalts. Dieser kommt heute in der Regel den Müttern zu, da diese mehr Betreuungsarbeit übernehmen und deswegen ein tieferes Einkommen haben. Die alternierende Obhut kann den Unterhaltsbeitrag für die Kinder erheblich reduzieren. Andererseits ermöglicht sie der Mutter mehr zeitliche Ressourcen für eine bezahlte Erwerbstätigkeit. Nach einer Scheidung sind die Einkommensverluste bei Müttern mit minderjährigen Kindern besonders hoch (38%), während Männer selbst unter Berücksichtigung der Unterhaltszahlungen nur geringe Verluste erleiden(3% bis 5%). Trotz einer höheren Arbeitsmarktbeteiligung erreichen Frauen aufgrund ihrer Betreuungsaufgaben oft kein ausreichendes Einkommen. Frauen, die in Ehen mit traditioneller Rollenverteilung gelebt haben, sind häufiger auf Sozialhilfe angewiesen[7]. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint ein schrittweises, fallbezogenes Vorgehen am sinnvollsten.

Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zur finanziellen Unabhängigkeit der Ehegatt*innen nach einer Trennung hat sich in den letzten Jahren verschärft (BGE 147 III 265 bzw. 147 III 301). Der Grundsatz der finanziellen Unabhängigkeit geht der Unterhaltspflicht vor. Eine automatische Prüfung der alternierenden Obhut könnte daher einen zusätzlichen Druck auf Frauen ausüben, schnell wieder ins Berufsleben einzusteigen, obwohl sie nach der Geburt eines Kindes beruflich nach wie vor benachteiligt sind. Es ist zum Beispiel gut belegt, dass eine Unterbrechung der beruflichen Laufbahn nur schwer aufzuholen ist.

VII. Schlussfolgerung

Nach Ansicht der SKG muss eine möglichst gerechte Aufteilung der Kinderbetreuung nach einer Trennung insbesondere mit einer Familien- und Kinderpolitik beginnen, die eine möglichst gerechte Aufteilung der Kinderbetreuung während des Zusammenlebens, eine stärkere Beteiligung der Väter an der Haus- und Familienarbeit und eine bessere Integration der Mütter in den Arbeitsmarkt fördert.

[7] Fluder, R.,&Kessler, D. (2025) Le coût des modèles matrimoniaux traditionnels : perte de revenus, pauvreté et protection sociale après le divorce Social Change in Switzerland, N°41. doi: 10.22019/SC-2025-00003

Solange eine gerechtere Aufteilung Kinderbetreuung während des Zusammenlebens nicht stärker gefördert und unterstützt wird, erachten wir es nicht als zielführend, die alternierende Obhut als diejenige Lösung zu bevorzugen, die dem Kindswohl auch bei Uneinigkeit der Eltern am besten entspricht. Das geltende Recht und die aktuelle Rechtsprechung ermöglichen bereits jetzt die alternierende Obhut, entweder aufgrund einer einvernehmlichen Regelung zwischen den Eltern oder wenn die Behörde feststellt, dass es dem Kindswohl entspricht.

Angesichts dessen lehnt die SKG die vorgeschlagenen Änderungen ab. Von den zwei Varianten bevorzugt sie subsidiär die weniger weitgehende Variante 1.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten

Die Co-Präsidentinnen

Mirjam Gasser

Miriam Ganzfried Couderc

EQUALITY.CH
Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG
Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité CSDE
Conferenza svizzera delle-i delegate-i alla parità CSP

Commission parlementaire des affaires juridiques
Vincent Maître, Président
Par courriel à zz@bj.admin.ch

3003 Berne

Berne, 15 octobre 2025

Procédure de consultation fédérale 2025/56 : Initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Monsieur le Président,
Mesdames et Messieurs les membres de la Commission,

Nous vous remercions pour votre invitation à participer à la consultation. La Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité (CSDE), qui chapeaute tous les services spécialisés et les bureaux de l'égalité entre femmes et hommes au niveau de la Confédération, des cantons et des villes, a le plaisir de vous remettre sa position concernant les modifications législatives susnommées.

En préambule, il est important de souligner que les décisions concernant le sort des enfants doivent être prises en fonction de leur bien-être et que celui-ci ne correspond pas toujours aux intérêts des parents.

I. Situation actuelle : une majorité des parents parviennent à trouver un accord

Dans son rapport explicatif, la Commission des affaires juridiques du Conseil national estime que dans la pratique de certains tribunaux de première et de deuxième instance, la garde alternée continue d'être prononcée seulement lorsque les deux parents sont d'accord[1]. Cependant, cette assertion reste floue sur le nombre de parents qui se voient refuser une garde alternée parce que l'autre n'est pas d'accord, et aussi du nombre de séparations dans lesquelles une garde exclusive est prononcée parce que l'autre parent ne demande pas ou refuse une participation plus importante à la prise en charge de son enfant. Le rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024 « Garde alternée : Évaluation de la pratique des tribunaux

[1] Rapport explicatif p. 2

suite à la révision du droit des contributions d'entretien »[2], basé sur les résultats de deux études interdisciplinaires, nous fournit des éléments de faits pertinents :

- **La plupart des parents trouvent un accord sur la garde de leurs enfants après leur séparation ou leur divorce**. Le fait qu'ils choisissent assez rarement la garde alternée a davantage à voir avec les circonstances réelles (distance entre les domiciles des parents, obligations professionnelles ou situation financière) qu'avec les conflits qui les opposent.
- **Les études n'ont pas confirmé l'hypothèse de la commission parlementaire selon laquelle les tribunaux de première et de deuxième instance feraient obstacle à la diffusion de la garde alternée**. La plupart des juges s'efforcent de trouver des solutions individuelles avec les parents en conflit et ils admettent des phases de transition et d'essai graduelles. Ils veillent en outre à ce que les deux parents restent aussi présents que possible dans le quotidien de leurs enfants.
- **La part de prise en charge moyenne des pères a progressé ces dernières années** et, dans nombre de cas, plutôt que de se limiter au droit de visite auparavant usuel d'un week-end sur deux, ce droit englobe actuellement des temps réguliers de prise en charge pendant la semaine.
- **La garde alternée est plus généralisée dans les cantons de Suisse romande** analysés, ce qui reflète la plus grande intégration professionnelle des mères romandes avant une séparation par rapport au reste de la Suisse. Ce constat confirme qu'une relation plus égalitaire entre les parents pendant la relation favorise une prise en charge partagée des enfants après une séparation.
- Le rapport relève le **manque de chiffres sur les cas réels de refus de la garde alternée par les autorités**, ce qui entrave l'analyse de la situation. En effet, moins de la moitié des tribunaux ont pu fournir des indications sur la fréquence des requêtes de garde alternée. Selon les données disponibles, les demandes conjointes de garde alternées n'ont jamais été refusées. Les demandes de garde alternée formulées par un seul parent sont rares, mais toutes émanent du père, jamais de la mère ou des enfants. Vu le faible nombre de cas, on ne dispose pas de résultats probants sur le taux d'acceptation des demandes déposées par un seul parent, mais il est certain qu'il y a eu des refus. L'élément déterminant selon les tribunaux est de savoir si les modalités de prise en charge proposées par le parent requérant sont réalistes.
- Les constats suivants sur les **procédures de recours des mères ou pères** sont également intéressants à relever : Il est très rare que des litiges autour des questions de garde fassent l'objet d'un recours auprès de l'instance supérieure. Il ressort des décisions de deuxième instance étudiées que les mères et les pères interjettent appel à parts égales, ces derniers s'opposant le plus souvent à une garde exclusive de la mère et, à titre exceptionnel, aux modalités concrètes de la garde alternée décidée. Quant aux mères, l'objet de leur appel est la garde alternée ou la garde exclusive octroyée au père. **Généralement, ni la mère ni le père n'obtiennent gain de cause.**

[2] Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat 21.4141 Silberschmidt (PDF, 524 kB, 24.04.2024)

Rien n'indique, dans l'ensemble, que les tribunaux de deuxième instance fassent preuve de plus de compréhension à l'égard des demandes des mères ou de celles des pères.

- Les études ont encore exposé que, même si l'on constate que les pères s'investissent de plus en plus dans la prise en charge de leurs enfants, la part qu'ils demandent est en général très éloignée d'un arrangement équilibré et lorsqu'un des parents assume une grande part de prise en charge, c'est le plus souvent la mère.

II. Répartition du travail domestiques et des tâches de soins et d'éducation aux enfants pendant la vie commune

Selon le rapport explicatif, le but de l'avant-projet est la **promotion d'un aménagement plus égalitaire de la prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce des parents**. Cet objectif rejoint celui d'une répartition plus égalitaire entre femmes et hommes du travail domestique et des tâches familiales qui constituent un travail non rémunéré. Dans le cadre de cette consultation, il est important de se pencher sur la situation qui prévaut actuellement dans les couples avec enfants qui vivent ensemble, soit avant une éventuelle séparation. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS)[3], dans près de la moitié des ménages formés d'un couple hétérosexuel, la responsabilité principale des tâches domestiques revient aux femmes (49%). En outre, 47% des couples s'occupent ensemble des tâches domestiques. Les ménages dans lesquels les tâches domestiques sont principalement effectuées par l'homme sont rares (4%). La répartition des soins aux enfants varie également en fonction des tâches. Selon l'OFS encore, en 2024, les femmes sans enfants exerçaient plus souvent une activité professionnelle que les mères, en particulier celles ayant un ou une partenaire. Chez les mères, le taux d'activité augmente avec l'âge du plus jeune enfant. En 2024, au sein des ménages de couples hétérosexuels avec enfants, le modèle le plus fréquent est celui où le père travaille à plein temps et la mère à temps partiel. Lorsqu'aucun enfant de moins de 25 ans ne vit dans le ménage, dans plus de la moitié des cas les deux travaillent à plein temps.

Selon les derniers chiffres, actuellement, la prise en charge des enfants repose en majorité sur les mères. Le Conseil fédéral constate dans son rapport que *lorsque les tâches étaient réparties de façon unilatérale avant la séparation et que celle-ci induit une modification profonde et immédiate du modèle familial, le juge peut admettre des phases de transition et d'essai graduelles. Il peut vérifier que les modalités de prise en charge sont réalistes et s'assurer que l'un des parents ne demande pas la garde alternée (ou exclusive) pour des raisons purement financières*.[4]

Bien que ces dernières années, de plus en plus de pères s'investissent dans les soins et

---

[3] OFS, Activité professionnelle, tâches domestiques et familiales 2023, https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/population/familles/activite-professionnelle-taches-domestiques-familiales.html

[4] Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat 21.4141 Silberschmidt (PDF, 524 kB, 24.04.2024); p. 15

l'éducation de leurs enfants, avec un taux d'activité professionnelle des pères de plus de 90%[5], les couples hétérosexuels dans lesquels la prise en charge est plutôt égalitaire pendant la vie commune restent rares. Cela ne résulte pas forcément d'un choix des familles, mais notamment de la lente évolution du monde du travail concernant la conciliation entre vie professionnelle et vie familiale, de la réalité économique des familles et des stéréotypes persistants sur les rôles attribués aux pères et aux mères. Par conséquent, un partage équitable des tâches liées à la garde des enfants pendant la vie commune et après une séparation sera d'autant plus réaliste lorsque les conditions légales, professionnelles et économiques y seront favorables.

On constate que dans certaines situations, encore minoritaires, l'aménagement de la prise en charge des enfants était déjà relativement égalitaire avant la séparation. Dans ces cas, les parents sont a priori plus enclins à choisir la garde alternée d'un commun accord, ou de l'accepter, vu que cela correspond déjà en partie à leur organisation avant la séparation. Dans les cas où l'organisation qui prévalait avant la séparation était celle d'un parent s'occupant principalement des enfants, un accord sur une garde alternée après la séparation n'est pas d'emblée exclu, si l'autre parent montre de l'intérêt et de la disponibilité. Comme relevé dans le rapport explicatif (p. 8), la plupart des parents trouvent un accord sur la garde de leurs enfants après la séparation ou le divorce. Il est important que le présent avant-projet ne modifie pas le principe qu'un accord entre les parents sur la prise en charge de leur enfant a toujours la priorité. En effet, que ce soit pour une garde alternée égalitaire ou une autre organisation, c'est surtout la capacité des parents à se mettre d'accord et à trouver une communication respectueuse qui fera la différence pour le bien de l'enfant.

III. En cas de désaccord entre les parents

L'avant-projet se concentre sur les situations de séparation ou divorce dans lesquelles les parents sont en conflit sur la prise en charge de leur enfant. Au vu de ce qui précède, il semble important, dans ces cas aussi, que l'autorité prenne en compte ce qui prévalait avant la séparation et examine comment pourrait être aménagée progressivement la nouvelle situation en fonction des possibilités de chacun des parents. La garde alternée est une des options, mais elle ne peut pas, à l'instar des autres options, être définie, dans l'abstrait, comme la solution qui en cas de désaccord entre les parents correspondrait le mieux au bien de l'enfant. Le rapport explicatif expose clairement que selon les expériences en Suisse et ailleurs, pour le bien de l'enfant, chaque cas doit être examiné individuellement. Dans les pays où la priorité avait été donnée dans la loi à la garde alternée, les limites de cette approche ont été constatées et des propositions de revenir au modèle du cas par cas sont émises. Cet examen est nécessaire et ne saurait être rendu plus léger par l'adoption de la variante 2, soit le prononcé d'office de la garde alternée.

[5] OFS, https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/population/familles/activite-professionnelle-taches-domestiques-familiales.html

IV. Motivation de la demande de garde alternée

Actuellement si la garde alternée est demandée, le parent qui la demande doit la motiver. Dans les faits, il s'agit d'exposer en détails comment sa prise en charge s'organisera. Cet élément concret d'organisation doit être vérifié par l'autorité pour s'assurer que cette option, qui n'a pas l'accord de l'autre parent, pourrait correspondre au bien de l'enfant. L'avant-projet propose deux variantes qui n'ont pas les mêmes incidences sur le devoir d'allégation des parties.

La variante 1. maintiendra la même démarche que dans le droit actuel tout en indiquant que la garde alternée est privilégiée et que le refus de l'un des parents n'y fait pas obstacle si cela correspond au bien de l'enfant.

La variante 2. en revanche va plus loin et implique que le juge examine systématiquement et d'office si la prise en charge de l'enfant à parts égales peut être prononcée, plaçant le parent qui la refuse face à la charge d'alléguer que celle-ci ne serait pas dans l'intérêt des enfants et évitant ainsi au parent qui la demande de devoir faire l'exercice du détail de sa motivation et de son engagement dans les faits et concrètement. Selon la variante 2, le parent qui s'oppose à la garde alternée devrait justifier pourquoi, cela n'est pas dans l'intérêt de l'enfant. Dans les cas de divorce où les rôles entre les parents étaient répartis sur le modèle traditionnel avant la séparation, cela ne nous semble pas approprié. Au contraire, c'est au parent qui s'occupait moins des enfants pendant la vie commune que l'autorité devrait demander d'exposer pourquoi et comment il peut et veut s'en occuper à parts égales après la séparation. Selon la CSDE, cette variante présente plus de risque que la priorité ne soit pas donnée au bien de l'enfant, car elle part du présuposé qu'en cas de désaccord entre les parents la prise en charge à part égales est *a priori* la première option à envisager. C'est pourquoi la CSDE rejette clairement la variante 2.

Dans tous les cas de désaccord entre les parents, pour donner la priorité au bien de l'enfant, il est nécessaire que le parent demandeur de la garde alternée fasse l'exercice de motiver conrètement sa demande et d'exposer la future organisation et sa prise en charge.

V. Détection des cas de violences domestiques

De plus, et même si le rapport explicatif semble clair sur le fait que **la garde alternée n'est pas une option en cas de violences domestiques,** dans les faits, la pratique a démontré que la détection même de situation de violences domestiques (et non de « simple » conflit) n'est pas évidente. En effet, lorsqu'un parent au moment de la séparation évoque des violences domestiques pour expliquer sa peur ou son impossibilité de rencontrer l'autre parent, il n'est pas rare que les violences ne soient pas prises en compte ou minimisées, du fait qu'elles sont « passées ». Il est cependant établi que la violence dans le couple persiste souvent au-delà de la séparation, notamment par un contrôle et/ou des menaces concernant justement la garde des enfants, ou d'autres formes de violences psychologiques. En outre, il n'est pas rare que des situations de violences domestiques ne soient pas connues des autorités ou des institutions et que la personne n'évoque pas son vécu dans la procédure de séparation afin de

ne pas la ralentir.

Selon la CSDE, le risque de ne pas détecter des violences domestiques plaide donc pour le statu quo ou pour la variante la moins contraignante possible, soit la variante 1.

VI. Contribution d'entretien

Enfin ces dispositions ont aussi une incidence sur le calcul de la contribution d'entretien. En effet, une garde alternée permet de réduire considérablement le montant d'une éventuelle contribution de prise en charge des enfants encore actuellement généralement à la mère vu son revenu moins élevé. Mais, à contrario, elle permet à la mère de libérer du temps pour le travail rémunéré. Après un divorce, les pertes de revenus sont particulièrement élevées chez les mères d'enfants mineurs (38 %), alors que les hommes ne subissent que de faibles pertes, 3% à 5% même en tenant compte des paiements de pensions alimentaires. Malgré une participation accrue au marché du travail, les femmes ne parviennent souvent pas à obtenir un revenu suffisant en raison de leurs obligations de prise en charge. Les femmes ayant vécu dans des mariages avec une répartition traditionnelle des rôles sont plus souvent dépendantes de l'aide sociale[6]. Sous cet angle encore, une approche progressive et au cas par cas paraît la plus pertinente.

La jurisprudence du Tribunal fédéral en matière d'indépendance financière des époux après une séparation s'est durcie ces dernières années (ATF 147 III 265 ou encore 147 III 301). Le principe d'indépendance financière prime le devoir d'entretien. Aussi, un examen d'office de la garde alternée pourrait être une nouvelle pression sur la nécessité pour les femmes de se réinserer professionnellement rapidement, dans un contexte encore reconnu en leur défaveur sur le plan professionnel à l'arrivée des enfants. Il est en effet notoire qu'une cassure dans un parcours professionnel reste difficile à combler.

VII. Conclusion

Selon la CSDE, pour que la prise en charge des enfants soit répartie de manière aussi équitable que possible après une séparation, cela doit notamment commencer par une politique familiale et de l'enfance qui favorise une répartition aussi égalitaire que possible de la prise en charge des enfants pendant la vie commune, une participation accrue des pères aux tâches domestiques et familiales et une meilleure intégration des mères dans le marché du travail.

De manière générale, cette modification légale semble prématurée dans un contexte où le maintien des femmes en emploi à l'arrivée des enfants n'est pas garanti, notamment en raison des pénuries de place de crèche, où le temps partiel pour les hommes n'est pas suffisamment répandu et où les inégalités salariales ou la surepresentation des femmes dans les professions

[6] Fluder, R.,&Kessler, D. (2025) Le coût des modèles matrimoniaux traditionnels : perte de revenus, pauvreté et protection sociale après le divorce Social Change in Switzerland, N°41. doi: 10.22019/SC-2025-00003

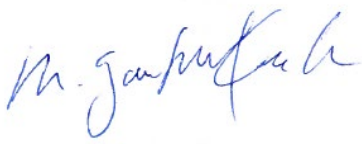
moins rémunératrices sont encore une réalité. L'examen de l'organisation familiale après une séparation ne peut pas ignorer ce contexte, ce d'autant plus que le droit actuel ne fait pas obstacle à la garde alternée lorsque les parents parviennent à se mettre d'accord ou que les arguments du parent demandeur sont recevables et que l'autorité constate que cela correspond au bien de l'enfant.

Au vu de ce qui précède, la CSDE n'est pas favorable à la modification proposée, et à titre subsidiaire, la CSDE soutient la variante 1.

En vous remerciant pour l'attention portée à nos remarques, nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Au nom de la Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité,

Les co-présidentes



Mirjam Gasser

Miriam Ganzfried Couderc

f· information

Espace d'accueil et d'orientation
pour **femmes et familles**

Conseil National
Commission des affaires juridiques
M. le Président Vincent MAITRE
CH.3003 Berne
zz@bj.admin.ch

Envoyé par courriel, le 15.10.2025

Concerne : Initiative parlementaire 21. 449 « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil National,

Nous faisons suite à la procédure de consultation de l'initiative mentionnée en objet afin de vous communiquer la prise de position de notre association.

F-information est une association qui accueille, informe et oriente les femmes*[1] et leurs familles à Genève. Dotée de plus de 40 ans d'expérience, F-information propose un accompagnement pluridisciplinaire par le biais de consultations individuelles dans le domaine professionnel, juridique, social et psychologique, des activités collectives et une bibliothèque spécialisée sur les thèmes femme·xs, féminismes, genre et égalité.

Notre expertise de terrain auprès des femmes et des familles genevoises et notre connaissance du cadre légal nous permettent de nous prononcer comme suit :

1. Une réforme législative n'est pas nécessaire

Actuellement, la grande majorité des parents qui se séparent parviennent à trouver des accords consensuels sur la meilleure solution de garde pour leurs enfants. Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024 sur l'évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien, la plupart des parents s'entendent sur les modalités de la garde : 90 % des parents parviennent à un accord intégral en cas de divorce[2].

Sur le terrain, nous parvenons au même constat. Surtout depuis que le canton de Genève a facilité l'accès à la médiation familiale pour aider à la conclusion d'accords

[1] * Toute personne qui se reconnaît en tant que femme ou socialisée en tant que telle.
[2] Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat 21.4141 Silberschmidt du 29 septembre 2021 : « Garde alternée : Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien », 24 avril 2024.

parentaux, de manière souvent plus rapide et consensuelle que dans un processus judiciaire.

Lorsque les parents ont une répartition égale des tâches et des rôles parentaux, ils trouvent généralement des accords pour aménager une garde alternée qui réponde au bien-être de leurs enfants, dans la continuité de leur vie commune. Lorsque les parents n'ont pas une répartition égale des tâches et des rôles, ils sont généralement d'accord pour instaurer une garde exclusive et aménager un droit de visite, afin de préserver les relations personnelles de chacun·e avec les enfants. Lorsqu'un droit de visite est bien aménagé et pensé par les parents, dans la continuité de la répartition des tâches durant leur vie commune, le bien de l'enfant est préservé car il garde une certaine stabilité et entretient des relations personnelles apaisées avec ses deux parents.

Dans les rares cas où les parents ne s'entendent pas sur le mode de garde à instaurer à leur séparation, les tribunaux décident du mode de garde le plus approprié en fonction de conditions objectives et matérielles propres à chaque situation familiale, à savoir la proximité entre les logements des parents, le taux d'activité des parents, les principes de stabilité et de non séparation des fratries, etc. Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024, la vision qu'ont les juges de l'élargissement du droit de visite a fondamentalement changé. Autant que faire se peut, elles ou ils veillent à maintenir la présence des deux parents dans le quotidien des enfants.

Ainsi, les bases légales en vigueur actuellement permettent déjà d'instaurer une garde alternée contre l'avis d'un parent, si l'autre parent ou l'enfant en fait la demande et si elle répond au bien de l'enfant. Une réforme législative n'est donc pas nécessaire.

2. L'égalité des tâches et des rôles parentaux ne peut émaner de décisions de justice, mais de politiques sociales

La généralisation de la garde alternée repose sur la fiction d'une égalité entre les pères et les mères en ce qui concerne la répartition des tâches au sein de la famille. En effet, si on observe une évolution de cette répartition dans certaines familles, il s'agit encore de cas très minoritaires qui, comme soulevé dans le premier point, sont généralement d'accord d'instaurer et d'aménager une garde alternée qui réponde au bien de l'enfant.

Sur le terrain, nous n'observons pas d'augmentation conséquente du nombre de pères qui travaillent à temps partiel ou qui participent de manière accrue aux tâches domestiques et éducatives pendant la vie commune, ainsi qu'après la séparation. Même lorsque les parents aménagent une garde alternée, la mère prend fréquemment à sa charge une part plus importante du temps passé auprès de l'enfant, par exemple en ayant congé le mercredi pour amener l'enfant à une activité extra-scolaire, même si c'est le tour de garde de l'autre parent.

Les statistiques ne démontrent pas non plus d'égalité entre les pères et les mères en ce qui concerne la répartition travail/famille : 74,9% des mères vivant dans un ménage

comptant des enfants travaillent à temps partiel contre 14,3% des pères dans la même situation[3].

De plus, pousser les mères à l'emploi à plein temps n'est pas réaliste tant qu'il n'y a pas de structures adéquates pour prendre en charge les enfants. A Genève, selon l'Observatoire cantonal de la petite enfance, les besoins des familles en crèche ne sont toujours pas satisfaits malgré le développement de l'offre d'accueil préscolaire préconisé par le canton[4].

Nous relevons par ailleurs la situation de précarité de nombreux parents séparés qui ne permet pas de remplir les critères d'équité préconisés par le modèle que souhaite instaurer l'initiative parlementaire 21. 441. Il est en effet illusoire de demander à deux parents en situation de précarité de travailler à temps partiel et de trouver deux logements suffisamment spacieux pour accueillir confortablement un ou plusieurs enfants. Ces prérequis sont pourtant essentiels avant d'instaurer une garde alternée qui préserve le bien de l'enfant.

Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024, si les 90 % des parents parviennent à un accord intégral en cas de divorce, la garde alternée est rarement retenue. Les conditions réelles (p. ex. la distance entre les domiciles respectifs des parents, les obligations professionnelles ou la situation financière) restreignent souvent les possibilités de prise en charge des enfants. Par ailleurs, lorsqu'une garde alternée est retenue, les parts de prise en charge inégale sont nettement plus courantes que les répartitions identiques. Même si on constate que les pères s'investissent de plus en plus dans la prise en charge de leurs enfants, la part qu'ils demandent est en général très éloignée d'un arrangement équilibré. Lorsqu'un des parents assume une grande part de la prise en charge, c'est le plus souvent la mère.

A notre avis, l'avènement d'une égalité entre les pères et les mères dans la prise en charge des enfants ne sera pas le résultat d'une généralisation de la garde alternée, mais de politiques sociales.

3. La généralisation de la garde alternée risque d'appauvrir les mères

Aujourd'hui, il est notoire que les conséquences d'une répartition inégale des tâches pour les mères sont durables et impactent notamment leurs parcours professionnels, leurs cotisations sociales, leur épargne, leur santé et celle de leurs enfants. Lors d'une séparation, le risque de pauvreté pour les mères est plus élevé que pour les pères[5].

[3] Office fédéral de la statistique : « Le travail à temps partiel en Suisse 2024 ».
[4] Enquête famille 2023 : « Prise en charge extra-parentale des jeunes enfants dans le canton de Genève », Alexandre Jaunin, Marc Brüderlin, mars 2024.
[5] Voir notamment l'article de l'Observatoire des inégalités : « Comment favoriser le partage du travail domestique entre femmes et hommes ? », mars 2023.

Pour protéger le parent gardien – et par ricochet les enfants – des risques de précarisation, le législateur a mis en place toute une série de droits, notamment le droit à une contribution d'entretien pour les enfants, versée en mains du parent gardien.

Selon l'art. 276 al. 1 CC, l'entretien en nature est équivalent à l'entretien financier. L'entretien en nature comprend les tâches telles que la cuisine, la lessive, les courses, l'aide aux devoirs, les soins en cas de maladie, le fait de véhiculer l'enfant, l'assistance dans les questions liées à son quotidien et son développement[6]. Pour compenser ces tâches, qui prennent du temps, le parent qui n'a pas la garde, mais un droit de visite, doit participer financièrement aux frais d'entretien des enfants par la fixation d'une contribution d'entretien. Ainsi, en cas de garde exclusive, le parent qui n'a pas la garde est tenu de payer l'entretien financier des enfants, à hauteur de son disponible mensuel. Le montant de la contribution d'entretien est plafonné aux besoins financiers concrets des enfants, pour ne pas servir à financer indirectement l'autre parent[7].

Sur le terrain, nous observons que dans la grande majorité des séparations, ce sont les mères qui baissent leur taux de travail pour s'occuper des enfants et ce sont les pères qui sont débiteurs de l'entretien de la famille. La fixation d'une contribution d'entretien en faveur des enfants versée au parent gardien permet un apaisement des relations parentales, car le parent gardien peut subvenir aux besoins matériels des enfants sans devoir négocier chaque ticket de caisse. Une certaine autonomie est en effet indispensable pour répondre aux besoins quotidiens des enfants.

A ce stade, nous tenons à préciser qu'une contribution d'entretien est fixée pour le parent gardien, uniquement lorsque le père a un disponible, soit après avoir répondu à ses propres besoins financiers. Ainsi, dans certaines situations de précarité, aucune contribution d'entretien ne peut être fixée. Beaucoup de mères se retrouvent ainsi à recourir à l'aide sociale ou aux prestations complémentaires, faute de moyens financiers du père.

En cas de garde alternée, une contribution d'entretien n'est fixée pour la prise en charge des enfants que si les revenus des parents diffèrent substantiellement[8]. Le montant de la contribution d'entretien est généralement moins élevé qu'en cas de garde exclusive.

Sur le terrain, nous observons que la plupart des mères renoncent à demander une contribution d'entretien équitable en cas de garde alternée et acceptent une répartition des frais des enfants qui n'est pas proportionnelle aux revenus des parents. Ainsi, la mère s'est appauvrie durant la vie commune et continue de s'appauvrir après la séparation.

Nous observons souvent que la réelle motivation des pères à demander la garde alternée est d'éviter de devoir verser une contribution d'entretien à la mère de leurs

[6] 5A_690/2019.
[7] ATF 147 III 265 consid. 7.1.
[8] 5A_49/2023.

enfants. Ils instrumentalisent ainsi la notion de bien de l'enfant à des fins économiques. Ce faisant, les mères et les enfants se retrouvent souvent précarisés.

Nous précisons par ailleurs qu'il n'existe pas de mesure permettant de faire respecter la garde alternée à ces pères, qui sont davantage motivés par des intérêts économiques que par la volonté de prendre en charge leurs enfants. À F-information, nous recevons fréquemment des mères qui assument, de facto, une prise en charge supérieure à ce qu'elles devraient dans une garde alternée. Elles nous rapportent que, peu à peu, le père de leurs enfants les accueille de moins en moins chez lui, ne va pas les chercher à la sortie de l'école, ne reste pas avec eux quand ils sont malades et ne les accompagnent pas à leurs rendez-vous médicaux. Ces mères se retrouvent donc dans une situation de garde exclusive, sans qu'une contribution d'entretien soit fixée. Ce sera à elles de demander la modification du jugement, en concluant à une modification du droit de garde et à la fixation des contributions d'entretien.

Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024, seuls 37% des parents ayant le régime légal de garde alternée s'occupent effectivement en alternance de leurs enfants, c'est-à-dire au moins un tiers du temps chacun. Ce taux chute à 26% lorsque la garde alternée a été ordonnée contre la volonté d'un parent. Dans 34% des cas, la prise en charge est assurée par les deux parents, mais l'enfant dort chez sa mère au moins les deux tiers du temps. Dans les 29% restants, les enfants vivent de facto chez un de leurs parents et rendent seulement visite à l'autre.

La généralisation d'une garde alternée par défaut, sans s'assurer de la réelle motivation des pères ni les conditions objectives et matérielles propres à chaque situation familiale, risque donc de servir le seul intérêt économique des pères et d'appauvrir les mères. Il nous semble donc important de prendre en compte que la répartition de la garde détermine le montant des contributions d'entretien, ce qui est omis dans l'initiative parlementaire 21. 441.

4. La garde alternée ne répond pas toujours au bien de l'enfant

Sur le terrain, nous observons que l'alternance entre deux domiciles n'est pas toujours la solution idéale pour les enfants et adolescent·es de parents qui se séparent. En effet, de nombreux spécialistes ont démontré que lorsque leurs parents se séparent, les enfants ont besoin d'un environnement stable et constant, de routines, de communication parentale et de simplifications logistiques dans la gestion du quotidien (scolarité, soins médicaux, activités extra-scolaires, etc.). Cela se manifeste par le maintien du logement habituel, de l'école et des activités, ainsi que par la réduction des déplacements fréquents entre deux domiciles.

Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024, pour la plupart des enfants dont les parents sont séparés, les deux parents restent des personnes de références centrales. Le fait qu'un enfant soit pris en charge de manière alternée, donc qu'il dorme au moins un tiers du temps chez chaque parent, ou que les contacts avec l'autre parent

soient intenses ne semble pas décisif pour la place de ce parent dans le réseau relationnel de l'enfant : quelle que soit la part de prise en charge, deux tiers des enfants de douze ans et plus comptent leurs deux parents parmi leurs personnes de référence les plus proches.

De plus, lorsque les parents ne s'entendent pas, il est rare qu'une garde alternée réponde au bien de l'enfant. En effet, une garde alternée implique plus d'échanges et de potentiels conflits entre les parents qu'une garde exclusive. La capacité et la volonté de coopérer de manière constructive sont donc nécessaires pour instaurer une garde alternée[9]. Or, un conflit marqué et persistant entre les parents portant sur des questions liées à l'enfant laisse présager des difficultés futures de collaboration et aura en principe pour conséquence d'exposer de manière récurrente l'enfant à une situation conflictuelle, ce qui pourrait apparaître contraire à son intérêt[10]. Selon le Rapport du Conseil fédéral du 24 avril 2024, la rupture complète de la communication et de la coopération se fait avant tout au détriment des enfants, qui transitent entre deux foyers ennemis, doivent supporter les tensions et parfois même agir comme émissaires. Il peut être très éprouvant pour eux d'être contraints de supporter et de compenser le manque de communication de leurs parents

Nous rappelons finalement qu'il faut renforcer le rôle des enfants et la prise en compte de leur opinion dans les procédures de fixation des droits parentaux, ce qui est omis dans l'initiative parlementaire 21.441. Selon le Comité des droits de l'enfant, le principe de l'intérêt supérieur de l'enfant et celui du droit d'être entendu sont complémentaires (art. 3 al. 1 et 12 de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant CDE). Ainsi, pour pouvoir établir ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant, il est indispensable de connaitre son opinion[11].

Nous pensons donc que le principe du bien de l'enfant empêche de privilégier un mode de garde plutôt qu'un autre, mais demande une analyse de chaque situation familiale au cas par cas.

5. L'initiative ne prend pas en compte la violence conjugale, qui est pourtant étroitement liée au bien de l'enfant

Il n'est plus à démontrer que l'exposition à la violence conjugale nuit au développement des enfants et des adolescent·es, même lorsque les parents pensent que les enfants ne s'en rendent pas compte[12]. L'exposition à la violence perturbe le développement

[9] C'est d'ailleurs l'une des conditions de la garde alternée définies par le Tribunal fédéral dans son arrêt TF 5A_164/2019.
[10] ATF 142 III 617, cons. 3.2.3.
[11] Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat 14.3382 CSEC-N : « Droit de l'enfant d'être entendu. Bilan de la mise en œuvre en Suisse de l'article 12 de la Convention relative aux droits de l'enfant », 2 septembre 2020.
[12] CHUV et HUG : « Expérience, ressources et besoins des enfants exposé.e.s à la violence dans le couple », novembre 2024.

émotionnel, physique et cognitif des enfants et des adolescent·es[13]. L'expérience de la violence dans le couple parental doit par ailleurs être considérée comme une forme de violence psychologique indirecte à l'encontre de l'enfant qui menace son bien-être, au même titre que le recours à la violence physique ou psychologique directe[14].

Lorsqu'il s'agit de fixer les modalités des relations personnelles entre l'enfant et le parent auteur de violence conjugale, la question de la capacité éducative de ce dernier est centrale et doit être investiguée par les autorités. De nombreuses études révèlent que la violence au sein du couple a souvent pour corollaire une limitation significative de la capacité éducative[15]. Ainsi, la proportion des mauvais traitements infligés à l'enfant est plus élevée chez les parents qui usent de violence conjugale. Même si aucune violence n'a encore été directement exercée à l'encontre de l'enfant, le risque de maltraitance de l'enfant est élevé.

Dans son Rapport du 24 avril 2024, le Conseil fédéral relève que la difficulté fréquente à prouver les accusations de violence et la forte conviction que le contact avec les deux parents est en principe dans l'intérêt de l'enfant pourraient conduire à minimiser, à normaliser ou à nier totalement la violence. Il est donc recommandé de déterminer systématiquement si des cas de violence domestique (y compris la violence dans le couple parental) sont connus, notamment pour déterminer comment la prendre en compte lors de l'attribution de la garde et de la règlementation des relations personnelles, afin de garantir la protection de l'enfant et du parent victime de la violence.

En outre, la violence ne s'arrête pas avec la séparation. Elle peut se prolonger, voire s'intensifier sous des formes économiques, psychologiques, administratives et juridiques. Le féminicide de Corcelles nous a montré que les risques de violences physiques pouvaient s'accroître après la séparation. Dans le cadre de notre pratique, on nous relate de nombreux cas dans lesquels la relation parentale est utilisée par l'auteur des violences domestiques pour maintenir le contrôle sur la victime, après la séparation.

Selon l'art. 31 de la Convention d'Istanbul, il est nécessaire de prendre en compte les incidents de violence lors de la détermination des droits de garde et de visite concernant les enfants et de prendre des mesures pour que l'exercice de tout droit de visite ou de garde ne compromette pas les droits et la sécurité de la victime ou des enfants. Dans son rapport d'évaluation sur les mesures d'ordre législatif et autres mesures donnant effet aux dispositions de la Convention d'Istanbul, le GREVIO souligne qu'il n'est largement pas suffisant de prévoir l'attribution de la garde exclusive

[13] CSVD : « Violence domestique : quel contact après la séparation des parents ? Guide d'évaluation des relations personnelles pour les enfants victimes de violence domestique », Paula Krüger et Beat Reichlin, novembre 2021.
[14] BFEG : « Autorité parentale, garde, droit de visite et violence domestique », Andrea Büchler et Zeno Raveane, janvier 2025.
[15] CSVD : « Violence domestique : quel contact après la séparation des parents ? Guide d'évaluation des relations personnelles pour les enfants victimes de violence domestique », Paula Krüger et Beat Reichlin, novembre 2021.

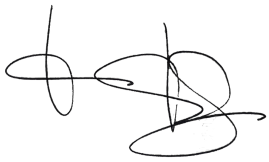
au parent victime uniquement dans des cas de violences extrêmement graves et dans lesquels l'enfant est directement visé[16].

Compte tenu de ce qui précède, F-information conclut au rejet des modifications législatives proposées par l'Initiative parlementaire 21. 449.

Dans le cas où nous devrions choisir parmi les deux propositions, nous privilégions la première variante par rapport à la seconde. Cela étant, aucune de ces propositions ne nous semble correspondre aux besoins des familles qui se séparent et que nous côtoyons dans l'exercice de notre pratique.

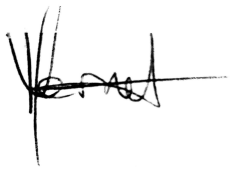
En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil National, à l'expression de notre considération distinguée,

Pour F-information,



Stéphanie Sarfati
Membre du comité

Sylvie Fischer
Responsable



Marine Pernet
Juriste

[16] GREVIO/Inf(2022)27, adopté le 13 octobre 2022, publié le 15 novembre 2022.

Fachstelle OKey
Opferberatung und Kinderschutz

Fachstelle OKey
General-Guisan-Strasse 47
8400 Winterthur

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Winterthur, 2. Oktober 2025

Stellungnahme der Fachstelle OKey – Opferberatung und Kinderschutz – zur Vernehmlassung «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» – Umsetzung der pa. Iv. Kamerzin 21.449

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage, die wir nachfolgend gerne nutzen.

Ausgangslage und Grundhaltung

Die Fachstelle OKey ist Teil der Opferhilfe Zürich. Wir beraten und begleiten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie deren Angehörige, die von körperlicher, psychischer oder sexueller Gewalt betroffen sind oder waren. Minderjährige, die von elterlicher Partnerschaftsgewalt betroffen sind, werden durch uns nach Gewaltschutzmassnahmen beraten und begleitet.

Wir begrüssen grundsätzlich das Ziel der Vorlage, die gleichwertige elterliche Beteiligung an der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung zu stärken. Kinder haben das Recht auf eine tragfähige Beziehung zu beiden Elternteilen – vorausgesetzt, ihr Wohl ist dadurch gewährleistet. Allerdings stellen wir aus fachlicher Sicht infrage, ob eine gesetzliche Neuregelung im vorgeschlagenen Umfang geeignet ist, dieses Ziel zu fördern, ohne schutzbedürftige Minderjährige zu gefährden.

Beurteilung der vorgeschlagenen Varianten

Variante 1:
Diese Variante kodifiziert im Wesentlichen die bestehende bundesgerichtliche Praxis, wonach Gerichte auch bei einseitigem Antrag auf alternierende Obhut diese ernsthaft zu prüfen haben, sofern sie mit dem Kindeswohl vereinbar ist.
Wir sehen in dieser Variante keinen materiellen Fortschritt gegenüber geltendem Recht und Rechtsprechung, begrüssen aber, dass sie zur Rechtssicherheit beitragen kann.

Variante 2:

Diese Variante lehnen wir deutlich ab, da sie erhebliche Risiken für betroffene Kinder birgt. Insbesondere aus folgenden Gründen:

- Variante 2 priorisiert faktisch die alternierende Obhut, auch gegen den erklärten Willen eines Elternteils. Dies kann dazu führen, dass wichtige kindeswohlrelevante Umstände – wie Häusliche Gewalt, unzureichende Kooperation oder psychische Belastungen – unzureichend gewichtet werden.

- Unsere Erfahrung zeigt, dass häusliche Gewalt nicht immer aktenkundig ist bzw. in den Entscheid einfliesst. In solchen Fällen besteht die reale Gefahr, dass Kinder unwissentlich einem gewaltausübenden Elternteil zur Obhut anvertraut werden.

- Die alternierende Obhut erfordert ein hohes Mass an elterlicher Kooperationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft – aus unserer Erfahrung ist diese bei Häuslicher Gewalt selten gegeben. Ist dies nicht gegeben, drohen Loyalitätskonflikte, psychische Belastungen, Retraumatisierungen und Instrumentalisierung des Kindes.

- Auch praktische Aspekte – etwa der Wechsel zwischen zwei Wohnorten mit unterschiedlichen Lebensrealitäten – können sich bei mangelnder Stabilität überfordernd und desorientierend für das Kind auswirken.

- Da der Verdacht oder das Wissen um häusliche Gewalt von Gerichten und KESB bislang nicht systematisch in Entscheidungen zum Umgangsrecht einbezogen wird (vgl. Gutachten «Elterliche Sorge, Obhut, Besuchsrecht und häusliche Gewalt» des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung), kann diese Regelung zu erheblichen Kindeswohlgefährdungen führen.

Empfehlung und Fazit

Aus Sicht des Kinderschutzes erachten wir die gesetzgeberische Fixierung auf die alternierende Obhut – insbesondere in Variante 2 – als problematisch. Die strukturelle Förderung eines Betreuungsmodells darf niemals zu einer Standardlösung werden, die dem individuellen Schutzbedürfnis der Kinder widersprechen kann.

Wir empfehlen:

- **Auf Variante 2 zu verzichten**, da sie in hochkonflikthaften oder gewaltbelasteten Kontexten eine erhebliche Kindeswohlgefährdung darstellen kann, wenn diese Situation nicht aktenkundig ist.

- **Variante 1 nur dann umzusetzen**, wenn sie ausschliesslich der rechtlichen Klarstellung dient und keinen impliziten Erwartungsdruck erzeugt.

Unabhängig der Varianten empfehlen wir:

- **Bestehende Schutzmechanismen verbessern** – etwa durch verbindlichere und altersgerechte Kindesanhörung, die Einsetzung von unabhängigen Kindes- oder Rechtsvertreter:innen, eine vertiefte Gewaltabklärung oder klare Mindeststandards für alternierende Betreuung.

- **Strukturelle Ungleichheiten abbauen** und tragfähige Rahmenbedingungen schaffen, damit alternierende Obhut dort, wo sie dem Kindeswohl entspricht, verlässlich umgesetzt werden

kann: durch flächendeckende und bezahlbare Kinderbetreuung, betreuungsfreundliche Arbeitszeitmodelle, faire Unterhalts- und Sozialversicherungsregelungen sowie eine gezielte Sensibilisierung und Schulung von Fachbehörden und Gerichten zu Kindeswohl, Gewaltindikatoren und migrationsspezifischen Benachteiligungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Fachstelle OKey – Opferberatung und Kinderschutz
Anerkannte Opferhilfestelle gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Teil der Opferhilfe Zürich

Nadine Caprez
Geschäftsleitung Stiftung OKey

Milena Brüni
Co-Leitung Fachstelle OKey

femmes protestantes

Stellungnahme der femmes protestantes im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

10.10.2025

femmes protestantes danken für die Gelegenheit, zum Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend die Förderung der alternierenden Obhut Stellung zu nehmen.

Das Anliegen der alternierenden Obhut steht aus Sicht von femmes protestantes im Einklang mit unserem Leitsatz, wonach jeder Mensch ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben führen können soll. In diesem Sinne setzen wir uns für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in Kirche, Politik und Gesellschaft ein.

I. Grundsätzliches

Die vorgeschlagenen Änderungen des ZGB verfolgen das Ziel, dass sich nach einer Trennung beide Elternteile möglichst gleichmässig an der Betreuung des Kindes beteiligen, sofern das Sorgerecht geteilt ist und die Parteien sich nicht einigen können. Die Änderungen bezwecken, die Rolle der Väter als Betreuungsperson der Kinder (spätestens) nach einer Trennung zu stärken.

Die gesetzlichen Bestimmungen im Zivilgesetzbuch, die geändert werden sollen, sind seit 1. Januar 2017 in Kraft. Gemäss geltendem Recht ist das Gericht oder die Kindesschutzbehörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge verpflichtet, im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu prüfen, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter, Art. 298b Abs. 3ter ZGB). Fraglich ist, ob nach so kurzer Zeit überhaupt Reformbedarf besteht. Es mag sein, dass die gesetzlichen Bestimmungen zur alternierenden Obhut noch nicht die erwünschte Wirkung erzielen. Der politische Druck, ein egalitäres Betreuungsmodell bei Trennung und Scheidung zur Regel zu machen, verkennt aber die Komplexität der alternierenden Obhut. Femmes protestantes begrüssen es deshalb, dass die Vorlage keinen Automatismus einführen will und ein paritätisches Betreuungsverhältnis nicht zum zwingenden Modell werden soll.

Solange die geschlechtsspezifischen Normen gesellschaftlich noch immer tief verankert sind und geeignete Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit fehlen, wird eine weitere Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zur elterlichen Obhut kaum etwas bewirken.

Die Gesellschaft verändert sich, die Lebensentwürfe werden vielfältiger. Es entspricht der liberalen Konzeption des Familienrechts, dass es dem freien Entscheid der Eltern obliegt, wie sie ihr Familienleben gestalten und die Aufgaben unter sich aufteilen. Die Bedürfnisse der Familien sind sehr unterschiedlich. Diesen unterschiedlichen Bedürfnissen muss bei der Regelung der Obhut Rechnung getragen werden. Die alternierende Obhut kann aus gleichstellungspolitischer Sicht als Ideallösung beurteilt werden, im Alltag ist sie es für die betroffenen Eltern und die Kinder in vielen Fällen jedoch nicht. Die Erfolgschancen der alternierenden Obhut hängen nämlich von einer Reihe von psychosozialen und materiellen Faktoren ab. Es gilt deshalb, die individuelle Situation mit all ihren Besonderheiten zu berücksichtigen und von Fall zu Fall Lösungen zu finden. Die Suche nach individuellen Lösungen ist der Anordnung der alternierenden Obhut als Regelfall vorzuziehen. Dabei soll immer das Wohl des Kindes an erster Stelle stehen.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es zu begrüssen, dass die Rolle der Väter grösseres Gewicht in der Familie erhält und Väter die Kinder vermehrt mitbetreuen. Die Aufgabenteilung vor der Trennung spurt vieles vor. Soll die alternierende Obhut gefördert werden, ist es deshalb zwingend notwendig, nicht erst bei der Trennung oder Scheidung anzusetzen. Es sind Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, damit Paare Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen können und Männer sich vermehrt in die Familienarbeit einbringen. Zu nennen sind etwa ein genügendes und qualitativ gutes Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen, die Durchsetzung der Lohngleichheit, die Individualbesteuerung und flexible Arbeitsmodelle. Haben Paare vor der Trennung die Betreuung der Kinder geteilt und eine funktionierende gemeinsame Elternschaft gelebt, tun sie dies in der Regel auch nach der Trennung. Die alternierende Obhut bedeutet für sie die Fortführung des Familienalltags.

Anders ist die Situation bei Paaren, die vor der Trennung ein traditionelles Rollenmodell gewählt haben. Für sie bedeutet die alternierende Obhut eine radikale Umstellung, was zu Spannungen und Unsicherheiten führt. Frauen, die sich in erster Linie über ihre Rolle als Mutter identifizieren und nicht oder kaum erwerbstätig sind, empfinden die alternierende Obhut oft als ungerecht und mangelnde Anerkennung ihrer Leistungen für die Familie bzw. ihrer Care-Arbeit. Nicht

selten sind sie mit Ex-Partnern konfrontiert, die auf einmal Kinder betreuen wollen, nicht, um mehr Zeit mit den Kindern verbringen zu können, sondern um tiefere Unterhaltszahlungen zu erwirken.

Trennung und Scheidung bergen Armutsrisiken. Dies gilt erst recht bei alternierender Obut, denn sie ist eine kostspielige Form der Obhut. Sie führt zu einer Verdoppelung der Fixkosten. Es sind zwei Wohnungen mit kompletter Infrastruktur (Möbel, Kleider, Spielsachen, etc.) erforderlich. Hinzu kommt, dass die geografische Distanz zwischen den beiden Wohnorten nicht allzu gross sein darf. In Zeiten von Wohnungsnot ist es selbst für finanziell gut gestellte Eltern sehr schwierig, Wohnungen zu finden, die nahe beieinander liegen. Die egalitäre Betreuung nach einer Trennung oder Scheidung scheitert oft nicht am Willen der Ex-Partnerin oder des Ex-Partners, sondern an der Realität. Den Gerichten und Behörden anzulasten, sie würden den Willen des Gesetzgebers miss-achten, ist deshalb verfehlt. Ohnehin kommt eine neue Generation von Richterinnen und Richtern nach mit diverseren Bildern von Familie. Aus Sicht der femmes protestantes muss das Gesetz realen Lebensumständen (finanzielle Situation, berufliche Verpflichtungen, Distanz zwischen Wohnorten) Rechnung tragen, statt sich an einem Ideal zu orientieren, das nicht umsetzbar ist oder Gefahren für das Kind birgt, namentlich bei einem psychisch kranken oder gewaltausübenden Elternteil.

Fragwürdig ist, weshalb nur bei Kindern, deren Eltern getrennt oder geschieden sind, darauf hingewirkt werden soll, dass sie von beiden Elternteilen gleichmässig betreut werden. Bei Kindern mit Eltern in ungetrennter Ehe oder Partnerschaft besteht kein rechtlich durchsetzbarer Anspruch, von Mutter und Vater erzogen und betreut zu werden. Diese Ungleichbehandlung der Kinder ist nicht nachvollziehbar.

Als Fazit ist festzuhalten, dass femmes protestantes die Förderung der alternierenden Obhut begrüsst. Um eine gleichmässigere Betreuung durch beide Elternteile nach einer Trennung oder Scheidung zu erreichen, braucht es jedoch nicht eine Gesetzesreform, sondern einen gesellschaftlichen Wandel mit einer Beseitigung von strukturellen und institutionellen Zwängen, die eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Beruf und Familie/Haushalt festigen.

II. Zu den Varianten

Nach Einschätzung von femmes protestantes besteht - wie oben dargelegt - kein gesetzlicher Handlungsbedarf. Muss zwischen den beiden vorgeschlagenen Varianten gewählt werden, sprechen wir uns für Variante 1 aus.

Variante 1
Bei dieser Variante soll der alternierenden Obhut der Vorzug gegeben werden, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Damit soll strittigen Eltern signalisiert werden, dass eine gemeinsame Beteiligung an der Betreuung des Kindes dem Kindeswohl am besten entspricht. Wie vorne ausgeführt, ist die alternierende Obhut nicht per se in sämtlichen familiären und sozialen Situationen das ideale Betreuungsmodell für ein Kind nach der Trennung oder Scheidung seiner Eltern. Aus Sicht von femmes protestantes soll in Berücksichtigung der Umstände des konkreten Falls jene Lösung getroffen werden, die für das Kind am besten ist. Das kann, muss aber nicht die alternierende Obhut sein. Für die Beibehaltung einer funktionierenden gemeinsamen Elternschaft nach Auflösung einer Paarbeziehung braucht es nicht zwingend eine alternierende Obhut.

Femmes protestantes gibt der Variante 1 klar den Vorzug gegenüber der Variante 2. Die Variante 1 liegt nahe beim geltenden Recht. Im Unterschied zum geltenden Recht müssten Gerichte und Behörden auf Antrag die Möglichkeiten einer alternierenden Obhut neu nicht nur prüfen, sondern ihr den Vorzug geben, wenn sie dem Wohl des Kindes am besten entspricht.

Im Gesetz soll zudem zukünftig explizit festgehalten werden, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht. Diese Ergänzung knüpft an die bundesgerichtliche Rechtsprechung an. Die gesetzliche Kodifizierung ist zu begrüssen, sie schafft Rechtssicherheit und Klarheit. Es darf nicht sein, dass ein Elternteil es in der Hand hat, durch seine blosse Weigerung eine geteilte Betreuung einseitig zu verhindern. Der Wille eines Elternteils darf für sich allein kein Hinderungsgrund für die alternierende Obhut sein, wenn diese im Interesse und zum Wohl des Kindes ist.

Variante 2
Gemäss der Variante 2 sind muss in jedem einzelnen Fall von Amtes wegen die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern zu gleichen Teilen an der Betreuung des Kindes geprüft werden. Eine solche Regelung erweist sich als zu starr. Zudem führt die zwingende Prüfung der gleichmässigen Betreuung in jedem einzelnen Fall - unabhängig davon, ob ein Antrag vorliegt oder nicht - bei Gerichten und Behörden zu Mehraufwand. Die familienrechtlichen Verfahren sind in den letzten

Jahren bedeutend komplexer und aufwändiger geworden statt einfacher, effizienter, rascher und flexibler, wie es von der Praxis gefordert wird.

Selbst in jenen Fällen, in welchen heute Eltern die Obhut gemeinsam ausüben, ist eine 50:50-Betreuung sehr selten anzutreffen. Meist ist das Betreuungsverhältnis assymetrisch: ein Elternteil betreut das Kind hauptsächlich, während der andere Elternteil einen substanziellen, aber nicht gleichwertigen Anteil an der Betreuung übernimmt. Egalitäre Betreuungsmodelle werden vor allem von Väterorganisationen gefordert. Dabei wird ausgeblendet, dass es bei der Obhut nicht in erster Linie um die Gleichstellung von Vater und Mutter geht, sondern um die Interessen und Bedürfnisse der Kinder. Manch ein Elternteil verknüpft mit einer egalitären Betreuung die Erwartung, dass die Kinderkosten ebenfalls hälftig geteilt werden. Da aber die finanziellen Ressourcen von Frauen und Männern aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Lebensverläufe und unterschiedlichen Integration auf dem Arbeitsmarkt bei weitem nicht gleich sind, kann und darf eine Betreuung zu gleichen Teilen nicht zu einer Finanzierung der Kinder zu gleichen Teilen führen. Bei der Variante 2 ist deshalb zu befürchten, dass sie zu Spannungen und Enttäuschungen führt und viel emotionalen und wirtschaftlichen Druck auf Mütter erzeugt.

III. Weitere Bemerkungen

Die Begrifflichkeiten des Gesetzes zur Obhut sind heute unbefriedigend. Für viele Eltern ist nicht klar, was unter Obhut zu verstehen ist. Die Unterscheidung zwischen alleiniger und alternierender Obhut verschärft Konflikte. Femmes protestantes hält hier gesetzliche Anpassungen für notwendig.

Nach wie vor gibt es keine gesetzliche Definition der alternierenden Obhut. Ab welchem Betreuungsanteil alternierende Obhut vorliegt, ist nicht abschliessend geklärt. Die Rechtsprechung geht häufig von einem Betreuungsanteil von mindestens ca. 30 Prozent aus, sofern die Betreuung sich auch auf den Alltag und nicht nur die Freizeit des Kindes bezieht. Eine gesetzliche Klärung würde Rechtssicherheit schaffen. Der Kippschalter-Effekt beim Übergang zwischen alleiniger und alternierender Obhut erweist sich in der Praxis als nicht hilfreich.

Dass die alternierende Obhut sich bislang nicht stärker verbreitet hat, mag auch damit zu tun haben, dass die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Unterhaltsberechnung eine Komplexität angenommen hat, die an Grenzen stösst. Bei alternierender Obhut sind die Herausforderungen noch grösser, was eine abschreckende Wirkung haben kann. Es ist unerlässlich, Unterhaltsberechnungen wieder auf eine Ebene zu bringen, die für Gerichte, Behörden und Anwaltschaft handhabbar und für die Prozessparteien nachvollziehbar sind.

Die elterliche Kommunikation ist für eine funktionierende gemeinsame Elternschaft nach einer Trennung oder Scheidung wichtig. Um die alternierende Obhut zu fördern, sollten vermehrt interdisziplinäre Methoden zur Anwendung kommen wie Mediation, angeordnete Elternberatung, Elterncoaching, Beratungs- und Kursangebote.

Freundliche Grüsse

Yvonne Feri
Präsidentin femmes protestantes

femmes protestantes
Schwanengasse 9 | 3011 Bern | +41 31 33 06 08
info@femmesprotestantes.ch | femmesprotestantes.ch
LinkedIn: femmes protestantes

Unterstütze uns: **Fehler!**

Argumentaire contre le projet de loi 21.449 – Garde alternée

Introduction

Dans le cadre de la consultation sur l'initiative parlementaire 21.449, nous exprimons une opposition claire aux deux variantes proposées visant à favoriser ou systématiser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe. Ces variantes posent de graves risques, notamment en cas de violences domestiques, et négligent les dynamiques réelles d'inégalités de genre, la situation des enfants, ainsi que l'intérêt supérieur de l'enfant tel que défini dans le droit actuel.

Rappel du droit actuel

À ce jour, l'article 298 al. 2 et 298b al. 3 du Code civil suisse prévoit que, lorsqu'il y a autorité parentale conjointe, la/le juge ou l'autorité de protection de l'enfant examine le temps de garde selon l'intérêt supérieur de l'enfant.

Ce que propose le projet de loi (art. 298 al. 2 ter et 298b al. 3 ter)

Variante 1 : La/le juge doit privilégier la garde alternée si elle correspond au bien de l'enfant, même en cas de refus d'un parent.

Variante 2 : L'autorité examine systématiquement une prise en charge à parts égales, même sans demande des parties.

La/le juge doit examiner la possibilité d'une prise en charge à parts égales, mais devra explicitement s'en écarter si cela ne correspond pas au bien de l'enfant.

Les variantes du projet de loi 21.449 introduisent une présomption implicite de garde alternée, même en l'absence d'accord parental, et rendent obligatoire l'examen de cette option dans tous les cas, même lorsqu'aucun des parents ne la demande. Cela représente une atteinte grave à l'évaluation individualisée de l'intérêt supérieur de l'enfant. Le risque est que la/le juge, influencé par un standard légal, privilégie un modèle de coparentalité minimale à 35% ou mathématique à 50% au détriment de la sécurité, de la stabilité psychologique et des besoins affectifs réels de l'enfant.

Cela est d'autant plus inquiétant dans les situations où existe de la violence domestique. Le texte n'apporte aucun mécanisme protecteur explicite pour exclure d'office la garde alternée dans ce type de cas, ni ne renforce les obligations d'investigation de la/du juge en matière de violence domestique. En banalisant la garde alternée même en contexte de violence, ces propositions risquent de renforcer la mainmise de l'agresseur sur la victime, y compris par l'intermédiaire de l'enfant. La coparentalité imposée dans un climat de peur ou de domination n'est pas seulement contre-productive pour le développement de l'enfant, elle peut aussi perpétuer le traumatisme et entraver toute reconstruction après la séparation.

La violence domestique en Suisse

En 2024, la Suisse a enregistré plus de 20'000 cas de violences domestiques[1]. La violence domestique représente **près de 40% de tous les délits de violence enregistrés**[2]. Les femmes représentent environ 70 % des victimes, et dans plus de la moitié des cas, des enfants sont présents[1]. **Environ 27'000 enfants sont exposés chaque année à la violence entre parents**[3]**.** Pourtant, ces chiffres officiels sont très loin de refléter l'ampleur réelle du phénomène[4].

Cette violence ne s'arrête pas avec la séparation ; elle peut se prolonger, voire s'intensifier, sous des formes économiques, psychologiques ou juridiques après la séparation. Selon une méta-analyse internationale, **environ 40 % des enfants exposés à la violence conjugale subissent également des violences physiques directes de la part du parent agresseur**[5].

Après la séparation, l'exercice de l'autorité parentale conjointe est souvent utilisé par l'agresseur pour nuire à la victime, la menacer, voire la tuer. Une recherche italienne démontre que le risque de nouvelle violence apparaît lors des passations d'enfants[6]. **En Angleterre, sur 53 femmes séparées, 50 ont subi de nouvelles agressions post-séparation et la moitié des enfants ont été agressés physiquement ou sexuellement**[7]. L'enquête Virage en France révèle que 16 % des femmes ont subi des agressions verbales et physiques post-séparation[8]. Selon Bienfait, C., ces violences visent à rétablir la domination et à se venger, ce qui interroge la pertinence du maintien systématique du lien enfant-parent agresseur[9].

La stratégie DARVO (Deny, Attack, Reverse Victim and Offender) est fréquemment utilisée : l'auteur nie les faits, attaque la victime, puis se présente comme victime. Ce mécanisme est bien documenté

---

[1] Office fédéral de la statistique. *Violence domestique*. Statistique policière de la criminalité. Disponible à l'adresse : https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/criminalite-droit-penal/police/violence-domestique.html (consulté le 13 août 2025)

[2] Markwalder, N., Biberstein, L., & Baier, D. (2023). *Violence domestique en Suisse : Analyses dans le cadre du Crime Survey 2022* (sur mandat du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes). Universität St. Gallen & Institut für Delinquenz und Kriminalprävention. https://www.kidstoo.ch/app/uploads/Markwalder-et-al-Crime-Survey-2022.pdf

[3] Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG)**.** *Mieux protéger les enfants exposés à la violence au sein du couple parental*. Communiqué de presse. Berne, 22 janvier 2024. Disponible à l'adresse : https://www.ebg.admin.ch/fr/nsb?id=99761 (consulté le 13 août 2025).

[4] Selon l'étude *Présence de la violence domestique au sein des relations de couple*, la prévalence sur 12 mois atteint 9,3 % et sur l'ensemble de la vie 22 %. Cela signifie que en 2022, sur 12 mois, la violence globale était environ 90 fois supérieure aux cas enregistrés par la statistique policière de la criminalité (SPC), et que la seule violence physique est 20 fois supérieure aux chiffres officiels
Markwalder, N., Biberstein, L., & Baier, D. (2023, août). *Présence de la violence au sein des relations de couple en Suisse : Ampleur et évolution en Suisse. Résultats d'enquêtes représentatives*. Berne : Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG). https://www.kidstoo.ch/app/uploads/Markwalder-et-al-Presence-de-la-violence-au-sein-des-relations-de-couple-en-Suisse-2023.pdf

[5] Edleson, J. L., Mbilinyi, L. F., Beeman, S. K., & Hagemeister, A. K. (2003). How Children Are Involved in Adult Domestic Violence: Results From a Four-City Telephone Survey. *Journal of Interpersonal Violence*, *18*(1), 18-32. https://doi.org/10.1177/0886260502238538

[6] Romito, P., Saurel-Cubizolles, M.-J., & Crisma, M. (2001). The relationship between parents' violence against daughters and violence by other perpetrators: An Italian study. *Violence Against Women, 7*(12), 1429–1463. https://doi.org/10.1177/10778010122183937

[7] Radford, L., Hester, M., Humphries, J., & Woodfield, K.-S. (1997). For the sake of the children: The law, domestic violence and child contact in England. *Women's Studies International Forum, 20*(4), 471–482. https://doi.org/10.1016/S0277-5395(97)00036-8

[8] Brown, E., Jaspard, M., Lelong, N., & Mazuy, M. (2020). *Violences et rapports de genre : Enquête Virage*. Paris : INED.

[9] 'Les enfants victimes de la violence conjugale', Cédric Bienfait, Éditions Érès, 2019.

et complique la reconnaissance de la violence dans les procédures judiciaires, notamment en matière de droit de la famille[10].

Dans un contexte où les autorités tiennent encore trop peu compte de la violence domestique dans leurs décisions et ne remettent pas en question l'autorité parentale conjointe[11], instaurer une garde alternée par défaut reviendrait à mettre en danger un très grand nombre d'enfants, ceux exposés à la violence, pour ne potentiellement améliorer la situation que de quelques-uns dont les parents n'auraient pas pu s'accorder sur le mode de garde. Et même en cas d'accord des deux parents pour une garde alternée, la/le juge doit examiner si celle-ci est possible ET compatible avec le bien de l'enfant.

La Convention d'Istanbul

La Suisse est liée par la Convention d'Istanbul depuis 2018. Cette convention impose de :

- reconnaître la nature structurelle et genrée de la violence domestique ;
- protéger spécifiquement les enfants exposés à cette violence, qu'ils en soient victimes directes ou témoins ;
- mettre en œuvre des politiques coordonnées dans les domaines de la prévention, de la protection, des poursuites et de la formation des professionnels.

Or, le projet 21.449 ne prévoit aucune mesure de protection spécifique des enfants exposés à la violence ni d'exclusion automatique de la garde alternée en cas de violence avérée. Cela pourrait contrevenir aux engagements de la Suisse en vertu du droit international.

Autorité parentale conjointe, droit de visite et violence domestique

En Suisse, malgré une reconnaissance croissante de la problématique de la violence domestique dans la législation, sa prise en compte effective dans les décisions judiciaires relatives à l'autorité parentale, à la garde et au droit de visite demeure limitée. **À peine 30 % des juges déclarent que la question de la violence dans le couple parental est systématiquement clarifiée, alors que 52 % des membres des APEA vérifient cette information [12]**.

Selon le rapport du GREVIO (2022)[13], la possibilité d'attribuer l'autorité parentale exclusive en lieu et place de l'autorité parentale conjointe est peu utilisée, et l'attribution de la garde exclusive au parent victime dans un contexte de violence domestique n'intervient que dans des situations de violence extrêmement graves, lorsqu'il est prouvé que l'enfant est une victime directe.

---

[10] Harsey, S. J., & Freyd, J. J. (2020). Deny, Attack, and Reverse Victim and Offender (DARVO): What is the influence on perceived perpetrator and victim credibility? *Journal of Aggression, Maltreatment & Trauma, 29*(6), 897–916. https://doi.org/10.1080/10926771.2020.1774695

[11] Büchler, A., & Raveane, Z. (2024). *Autorité parentale, garde, droit de visite et violence domestique*. Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG). Université de Zurich, août 2024. https://backend.ebg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-ebgch-files/files/2025/01/10/c563278e-1f28-4781-acc3-780e5c2cd95c.pdf

[12] Krüger, P., et al. (2024, avril). *Offres de soutien et mesures de protection pour les enfants exposé·e·s à la violence dans le couple parental* (Rapport final). Berne : Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG) & Commission suisse de prévention de la violence domestique (CSVD). https://backend.ebg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-ebgch-files/files/2024/04/26/688b2d5e-9b8e-483b-b57e-81b1c6cdcf59.pdf

[13] GREVIO, Rapport d'évaluation de référence Suisse du 15 novembre 2022. Point 171-175. https://www.kidstoo.ch/app/uploads/GREVIO-rapport-Suisse-2022.pdf

Les pratiques judiciaires révèlent que **même en cas de violence dans le couple parental, les représentant-e-s de l'autorité concernée se sont écartés de l'autorité parentale conjointe dans moins de 5% des cas**[12]. Cette inertie s'explique par la conception dominante selon laquelle le lien avec les deux parents sert toujours l'intérêt de l'enfant, malgré les risques documentés. Le rapport *Autorité parentale, garde, droit de visite et violence domestique* souligne que **cette approche contrevient aux exigences de la Convention d'Istanbul, qui impose de prendre en compte les besoins de protection du parent victime et de l'enfant** [12]. Les critères formels comme la gravité des violences, la fréquence des incidents sont souvent sous-évalués tandis que la capacité de coopération est surévaluée. La violence dans le couple parental est trop rarement considérée comme un motif suffisant pour retirer l'autorité parentale conjointe.

Une étude portant sur des données de 2021/2022 dans 5 cantons[14] montre qu'**il est rare que les parents ne s'entendent pas sur les modalités de la garde.** Tant les avocats que les juges indiquent une part avoisinant les 90 % de parents qui parviennent à un accord intégral en cas de divorce. La garde alternée a été instaurée dans 7 à 19 % des cas lors des procédures de protection de l'union conjugale ou de mesures provisionnelles, et dans 9 à 29 % des cas lors des divorces. **Les demandes conjointes de garde alternée représentent 9 % des procédures provisoires et 13 % des divorces, et n'ont jamais été refusées.** Selon cette étude, tous les juges s'accordent à dire qu'il y a très peu de demandes unilatérales pour une garde alternée. Toutes les demandes individuelles provenaient de pères. **La grande majorité des juges se déclarent personnellement ouverts à la garde alternée.** Les critères déterminants incluent la capacité éducative, la proximité géographique, la qualité de la communication parentale et la volonté exprimée par l'enfant. L'âge des enfants concernés est rarement inférieur à 3 ans. La pratique reste hétérogène quant à l'audition de l'enfant et à l'adaptation des régimes en fonction de situations de violence. Les juges accordent une grande importance à l'audience de conciliation en tant que première étape de la procédure de divorce. Elle leur permet de tester des solutions provisoires avec les parents, de faire des expériences et de vérifier ce qui convient ou non. Les juges rappellent que **les solutions souhaitées en théorie ne sont de loin pas praticables au quotidien.**

De plus, le rapport *Offres de soutien et mesures de protection pour les enfants exposé-e-s à la violence dans le couple parental* [12] souligne qu'en pratique, même en cas de violence avérée, les autorités tendent à privilégier le maintien des contacts entre l'enfant et le parent auteur de violence. Cette approche repose sur la conviction largement partagée par les professionnel-le-s que le lien avec les deux parents sert en principe le bien de l'enfant, même lorsque de la violence a eu lieu. De plus, **une partie considérable des représentant-e-s des autorités interrogé-e-s passerait tout à fait outre la demande de l'enfant de rompre le contact**. Cette posture est renforcée par un déficit de formation initiale et continue des autorités en matière de violence conjugale, de ses conséquences sur les enfants et de techniques d'audition de l'enfant. Les outils existants sont par ailleurs peu utilisés.

Cette approche est symptomatique d'une vision dominante de la coparentalité dans la justice familiale suisse, dans laquelle le lien avec les deux parents est considéré indépendamment des risques qu'il peut comporter ou de la qualité du lien parent-enfant. La jurisprudence et la pratique montrent que, dans de nombreuses situations, le comportement violent d'un parent est dissocié de ses capacités

[14] Stutz, H., Heusser, C., Gajta, P., König, A., Müggler, S., Simoni, H., Büchler, A., Borkowski, B., Raveane, Z., Petralia, S., & Cantieni, L. (2023). *Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien, en particulier en ce qui concerne la garde*. Bureau für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG, pour l'Office fédéral de la justice (OFJ). https://www.kidstoo.ch/app/uploads/Stutz-et-al-Evaluation-de-la-pratique-des-tribunaux-suite-a-la-revision-du-droit-des-contributions-dentretien-en-particulier-en-ce-qui-concerne-la-garde-2023.pdf

parentales, selon le dogme problématique : « un homme violent envers sa conjointe peut rester un bon père ».

L'arrêt du Tribunal fédéral suisse **ATF 142 III 617** du 30 novembre 2016 rappelle que la mise en place d'une **garde alternée suppose une bonne coopération entre les parents**. Dans un contexte de conflits persistants, d'**absence de communication ou de situations de violence, la garde alternée peut être contraire au bien de l'enfant**. Le Tribunal insiste sur le fait que la conflictualité chronique entre les parents expose l'enfant à des tensions et rend ce mode de garde inadapté. Ainsi, la garde alternée ne doit pas être considérée comme automatique, et le **bien-être de l'enfant doit toujours primer** dans la décision judiciaire.

Les APEA et les tribunaux civils manquent souvent de formation spécialisée sur la violence domestique, ce qui peut conduire à des décisions minimisant les risques. Selon les curateur-ice-s interrogé-e-s, les juges des tribunaux civils ''avaient pas les compétences nécessaires en matière de protection de l'enfant [12]. Le droit de visite est alors vu comme un « droit du parent » plus que comme une mesure à construire dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Or, cette approche met les enfants en danger lorsqu'ils sont exposés, directement ou indirectement, à des comportements destructeurs, coercitifs ou déstabilisants.

Le rapport Büchler & Raveane (2024)[11] recommande que la loi exige:

- l'examen systématique de tout antécédent de violence domestique lors des décisions concernant les enfants ;
- la prise en compte explicite de toute forme de violence domestique dans la réglementation des relations parents-enfants, y compris la possibilité de restreindre les droits parentaux ;
- la considération simultanée des besoins de protection de l'enfant et du parent victime ;
- la présomption réfutable que des contacts réguliers avec un parent auteur de violence ne servent pas l'intérêt de l'enfant.

Ceci rejoint les recommandations du rapport de Krüger et al., 2024 [12]:

- Vérifier systématiquement dans chaque cas de séparation, protection de l'union conjugale ou divorce si des violences domestiques ont eu lieu.
- Les autorités cantonales de surveillance des APEA doivent adopter des directives pour guider cette évaluation.
- Clarifier le flux d'informations. La police doit transmettre toutes les interventions liées à la violence domestique lorsque des enfants vivent dans le ménage.
- Considérer la violence dans le couple parental comme une menace potentielle pour le bien de l'enfant.
- Évaluer au cas par cas comment cette violence influence l'attribution de l'autorité parentale, la garde et la réglementation des relations personnelles, afin de protéger l'enfant et le parent victime.
- Élaborer des directives cantonales pour guider les APEA sur l'examen et la prise en compte de la violence domestique et dans le couple parental, en se basant sur les guides existants.
- Examiner la nécessité de modifications législatives pour mettre en œuvre l'article 31 de la Convention d'Istanbul (expertise juridique recommandée).
- Recueillir systématiquement le point de vue des enfants selon leur âge et leur développement, surtout en cas de violences. La participation peut se faire via un-e représentant-e, curateur-trice ou personne de confiance, sans auditions multiples directes.

Droits de l'enfant

La Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant (CDE), ratifiée par la Suisse en 1997, constitue un cadre impératif pour toute réforme du droit de la famille. Trois articles essentiels doivent être au cœur des décisions en matière de garde et de droit de visite :

Article 3 : « Dans toutes les décisions qui concernent les enfants, l'intérêt supérieur de l'enfant doit être une considération primordiale. » Cela signifie qu'aucune solution préconçue, comme la garde alternée systématique, ne peut prévaloir sur une évaluation individualisée.

Article 12 : L'enfant a le droit d'être entendu dans toute procédure le concernant, directement ou par l'intermédiaire d'un représentant. Ce droit implique une mise en œuvre réelle : écoute active, moyens adaptés à l'âge de l'enfant, et prise en compte effective de son avis.

Article 19 : Les États doivent protéger l'enfant « contre toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalité physique ou mentale, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou d'exploitation ». Ce devoir de protection s'applique aussi lorsque la violence est exercée contre le parent protecteur, ce qui est souvent le cas dans les dynamiques de contrôle post-séparation.

La mise en œuvre effective de ces droits est souvent compromise dans les procédures suisses, notamment lorsque la parole de l'enfant est minimisée ou interprétée à travers des filtres adultocentriques, ou lorsqu'une neutralité supposée conduit à des décisions qui exposent les enfants à des environnements instables, violents ou hostiles. Toute réforme du droit de la famille doit garantir que ces droits soient non seulement reconnus, mais opérationnalisés par des pratiques cohérentes et contrôlées.

La garde alternée face aux réalités inégalitaires

La répartition des responsabilités parentales demeure profondément inégalitaire en Suisse, et ces écarts doivent être pris en compte dans tout projet de réforme du droit de la famille. Selon les données de l'OFS, les mères assument encore la majorité du travail domestique et des soins aux enfants. Lorsqu'un enfant tombe malade, 63.1 % des soins sont pris en charge par la mère contre seulement 4.4 % par le père [15]. Dans les ménages avec enfants en bas âge, les mères consacrent en moyenne 63,1 heures par semaine aux tâches familiales, contre 39,8 heures pour les pères [16]. Ces chiffres révèlent un déséquilibre structurel qui montre que même **en l'absence de violence domestique**, **la garde alternée imposée ne correspond pas à la réalité des pratiques parentales et risque de placer l'enfant dans une organisation artificielle, déconnectée de ses besoins**. Même la Coordination romande des organisations paternelles (CROP) [17] reconnaît que les employeur-euse-s freinent encore l'investissement des pères dans la vie familiale, ce qui illustre que le problème ne réside pas dans la volonté individuelle mais dans des contraintes sociétales persistantes. Dans ce contexte, vouloir instaurer après une séparation une (plus ou moins) stricte symétrie temporelle entre les parents inexistante avant la séparation revient à ignorer l'essentiel: **l'intérêt supérieur de l'enfant repose avant tout sur la qualité des liens affectifs, la stabilité des repères éducatifs et la continuité de la relation**, bien plus que sur une mécanique de répartition égale des jours.

---

[15] Données 2023 de l'Office Fédéral de la Statistique (OFS). *Tâches familiales et activité professionnelle : que disent les chiffres ?* https://www.sta.be.ch/fr/start/themen/gleichstellung-von-frau-und-mann/familie-und-gleichstellung/familienarbeit-und-erwerbsarbeit.html Consulté le 19 août 2025.

[16] Union syndicale suisse. (2023, 10 octobre). *Les femmes assument toujours la majorité du travail non rémunéré*. https://www.uss.ch/themes/egalite/detail/frauen-uebernehmen-immer-noch-die-mehrheit-der-unbezahlten-arbeit. Consulté le 19 août 2025.

[17] Coordination Romande des Organisations Paternelles. (s.d.). *Injustices*. Consulté le 13 août 2025, à l'adresse https://www.crop.ch/injustices/

Ce que nous demandons

Au lieu d'introduire une présomption de garde alternée, nous demandons :

- **Le rejet du projet de loi 21.449**
- Le maintien du droit actuel, qui permet une appréciation individualisée de chaque situation, centrée sur l'intérêt supérieur de l'enfant.
- L'adoption de l'ajout de l'art 307a CC en cas de violence domestique proposé par Droz-Sauthier et al., 2024[18] :

  [1] Les autorités sont tenues de dépister de manière systématique de l'existence de violence domestique,

  [2] En cas d'indices de violence domestique, l'enfant et le parent victime ont le droit à une protection particulière. Notamment, un soutien psychosocial est systématiquement proposé à l'enfant dès l'intervention de la police.

  [3] La présomption de l'autorité parentale exclusive est la règle. Il en est tenu compte lors de la réglementation de l'attribution de la garde et des relations personnelles.

  [4] La participation de l'enfant est garantie. Un représentant lui est désignée dès la première intervention. Si nécessaire, l'autorité parentale peut être limitée en conséquence.

  [5] Aucune médiation ne peut être ordonnée.
- L'exclusion explicite de la garde alternée dans toute situation impliquant de la violence domestique avérée ou suspectée, des conflits sévères ou une incapacité à coopérer.
- L'évaluation systématique du risque pour l'enfant, fondée sur des observations pluridisciplinaires (psychosociales, juridiques, médicales) et une prise en compte du vécu de la victime.
- Des moyens accrus pour les enfants exposés à la violence, leur permettant d'accéder directement à une aide, sans médiation du parent agresseur.
- Afin de compléter l'étude de Stutz et al., 2023[14], une étude nationale indépendante sur les pratiques judiciaires afin de documenter:

  - la proportion des dossiers où des violences domestiques ont été alléguées et/ou reconnues
  - La proportion des dossiers où des violences domestiques ont été alléguées pour lesquels l'autorité parentale exclusive a été octroyée en lieu de l'autorité parentale conjointe
  - les raisons pour lesquelles certains parents contestent ou non la demande de garde alternée
  - après obtention d'une garde alternée, le parent qui l'a demandée assume-t-il réellement la prise en charge de l'enfant selon les modalités fixées ?
  - l'âge des enfants, de la fratrie
  - les conséquences économiques et sociales de la garde alternée relativement à la garde exclusive avec droit de visite usuel
  - l'impact sur le bien-être des enfants (étude longitudinale)
  - le rôle des facteurs sociaux et genrés dans les décisions des tribunaux

[18] Droz-Sauthier, G., Gianella-Frieden, E., Krüger, P., Lorenz Cottagnoud, S., Mahfoudh, A., & Mitrovic, T. (2024). *Mesures de protection de l'enfant en cas de violence dans le couple parental : de la Convention d'Istanbul au droit suisse. Analyse et propositions*. In A. Büchler & M. Cottier (Éds.), *La pratique du droit de la famille* (pp. 570–598). Stämpfli Verlag AG

Signataires

Fondation KidsToo	
Centre d'accueil MalleyPrairie	
Centre Prévention de l'Ale	
Violence Que Faire	
Association Nouveau Départ	
Association RECAP-ME	
Fondation Au Cœur des Grottes	
Association Arabelle	
Association des Familles Monoparentales et Recomposées AFMR Vaud	
Fondation pour l'égalité de genre	
Association Stop Inceste	

Contact :

Pascal Bovay

Président du Conseil

+41 79 294 59 32

kidstoo@protonmail.ch

Fondation KidsToo

c/o étude Piquerez & Droz

Rue des Annonciades 8

2900 Porrentruy

www.kidstoo.ch

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Zürich, 2. Oktober 2025

Stellungnahme der Frauenberatung sexuelle Gewalt zur Vernehmlassung

«Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» – Umsetzung der pa. Iv. Kamerzin 21.449

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage, die wir nachfolgend gerne nutzen.

Ausgangslage und Grundhaltung

Die Frauenberatung sexuelle Gewalt ist Teil der Opferhilfe Zürich. Wir beraten und begleiten Mütter die von körperlicher, seelischer oder sexueller Gewalt betroffen sind oder waren. Aus Studien ist bekannt dass 50% der Kinder deren Mütter häusliche Gewalt erleben selber Gewalt erleben. Die andern sind meist schwer belastet durch die Zeuginnenschaft.

Wir begrüssen grundsätzlich das Ziel der Vorlage, die gleichwertige elterliche Beteiligung an der Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung zu stärken. Kinder haben das Recht auf eine tragfähige Beziehung zu beiden Elternteilen – vorausgesetzt, ihr Wohl ist dadurch gewährleistet.

Allerdings stellen wir aus fachlicher Sicht infrage, ob eine gesetzliche Neuregelung im vorgeschlagenen Umfang geeignet ist, dieses Ziel zu fördern, ohne schutzbedürftige Kinder zu gefährden.

letzigraben 89 : 8003 zürich : telefon 044 291 46 46 :
info@frauenberatung.ch : www.frauenberatung.ch : pc-nr. 80-44005-3

Beurteilung der vorgeschlagenen Varianten

Variante 1:

Diese Variante kodifiziert im Wesentlichen die bestehende bundesgerichtliche Praxis, wonach Gerichte auch bei einseitigem Antrag auf alternierende Obhut diese ernsthaft zu prüfen haben, sofern sie mit dem Kindeswohl vereinbar ist.

Wir sehen in dieser Variante keinen materiellen Fortschritt gegenüber geltendem Recht und Rechtsprechung, begrüssen aber, dass sie zur Rechtssicherheit beitragen kann.

Variante 2:

Diese Variante lehnen wir deutlich ab, da sie erhebliche Risiken für betroffene Kinder birgt. Insbesondere aus folgenden Gründen:

- Variante 2 priorisiert faktisch die alternierende Obhut, auch gegen den erklärten Willen eines Elternteils. Dies kann dazu führen, dass wichtige kindeswohlrelevante Umstände – wie häusliche Gewalt, unzureichende Kooperation oder psychische Belastungen – unzureichend gewichtet werden.
- Unsere Erfahrung zeigt, dass häusliche Gewalt nicht immer aktenkundig ist. In solchen Fällen besteht die reale Gefahr, dass Kinder unwissentlich einem gewaltausübenden Elternteil zur Obhut anvertraut werden.
- Die alternierende Obhut erfordert ein hohes Mass an elterlicher Kooperationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft. **Ist dies nicht gegeben, drohen Loyalitätskonflikte, psychische Belastungen und Instrumentalisierung des Kindes.**

Empfehlung und Fazit

Aus Sicht des Kinderschutzes erachten wir die gesetzgeberische Fixierung auf die alternierende Obhut – insbesondere in Variante 2 – als hoch problematisch. Die strukturelle Förderung eines Betreuungsmodells darf niemals zu einer Standardlösung werden, die dem individuellen Schutzbedürfnis der Kinder widersprechen kann.

letzigraben 89 : 8003 zürich : telefon 044 291 46 46 :
info@frauenberatung.ch : www.frauenberatung.ch : pc-nr. 80-44005-3

Wir empfehlen:

- **Auf Variante 2 zu verzichten,** da sie in hochkonflikthaften oder gewaltbelasteten Kontexten eine erhebliche Kindeswohlgefährdung darstellt, wenn diese Situation nicht aktenkundig ist.

- **Variante 1 nur dann umzusetzen,** wenn sie ausschliesslich der rechtlichen Klarstellung dient und keinen impliziten Erwartungsdruck erzeugt.

- **Bestehende Schutzmechanismen verbessern** – etwa durch verbindlichere und altersgerechte Kindesanhörung, die Einsetzung von unabhängigen Kindes- oder Rechtsvertreter:innen, eine vertiefte Gewaltabklärung oder klare Mindeststandards für alternierende Betreuung.

- **Kontraindikation von alternierender Obhut bei häuslicher Gewalt ausdrücklich festschreiben** Alternierende Obhut kann nicht zugelassen werden kann wenn häusliche Gewalt in der Familie aktenkundig ist.

- **Strukturelle Ungleichheiten abbauen** und tragfähige Rahmenbedingungen schaffen, damit alternierende Obhut dort, wo sie dem Kindeswohl entspricht, verlässlich umgesetzt werden kann: durch flächendeckende und bezahlbare Kinderbetreuung, betreuungsfreundliche Arbeitszeitmodelle, faire Unterhalts- und Sozialversicherungsregelungen sowie eine gezielte Sensibilisierung und Schulung von Fachbehörden und Gerichten zu Kindeswohl, Gewaltindikatoren und migrationsspezifischen Benachteiligungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Frauenberatung sexuelle Gewalt

Anerkannte Opferhilfestelle gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Teil der Opferhilfe Zürich

Brigitte Kämpf Co-Geschäftsleitung

letzigraben 89 : 8003 zürich : telefon 044 291 46 46 :
info@frauenberatung.ch : www.frauenberatung.ch : pc-nr. 80-44005-3

Frauenhaus Luzern

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Luzern, 14. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort des Frauenhaus Luzern

Stellungnahme Vernehmlassung RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Maitre
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage.

Diese Vernehmlassungsantwort stützt sich auf das Fachwissen und die über 40-jährige Erfahrung des Frauenhaus Luzern und der Bildungsstelle Häusliche Gewalt Luzern, welche Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit leistet zum Thema Häusliche Gewalt.

Ausgangslage
Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Eltern an der Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion:

Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

Prämisse und Grundhaltung
Das Kindeswohl ist ein zentrales Leitprinzip unseres Rechtssystems. Das Kindeswohl zu schützen ist idealerweise Aufgabe der Eltern und ihrer Bezugspersonen. Wenn Zweifel daran bestehen, dass diese das Kindeswohl gebührend und umfassend gewährleisten, obliegt es den involvierten Fachpersonen sowie der Kindesschutzbehörde und den Gerichten, Strukturen zu schaffen, das Kindeswohl zu schützen - mit geeigneten Massnahmen und Entscheiden.

Postfach, 6002 Luzern
Tel 041 360 70 00
frauenhaus@frauenhaus-luzern.ch
www.frauenhaus-luzern.ch

Ein gleichberechtigtes Elternsein ist selbstverständlich erstrebens- und wünschenswert. Ein gleichgestelltes Familienmodell in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Care- und die Erwerbsarbeit sind Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Gleichberechtigte Elternschaftsmodelle sind in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu fördern, indem die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen und erhalten werden. Das dient dem Kindeswohl, dem Elternwohl und der Gesellschaft.

Aus unserer Perspektive
Das Frauenhaus Luzern schaut mit Besorgnis auf den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Im Arbeitsalltag des Frauenhaus Luzern liegt der Fokus auf nicht (mehr) tragfähigen, konfliktbehafteten Elternbeziehungen liegt. Mhr als die Hälfte der Frauenhausbewohnenden sind gewaltbetroffene Kinder. Sie kommen zu diesem Zeitpunkt nicht aus Elternhäusern, die das Wohl des Kindes als oberstes Leitprinzip ihres Handelns nicht mehr in den Mittelpunkt stellen können. Auch die fürsorglichsten Eltern können im Zuge der Beziehungskonflikte das Kindeswohl aus den Augen verlieren. Das Erleben der Kinder von Häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zwischen den Eltern wird heute mit gutem Grund als eine spezifische Form der Kindswohlgefährdung definiert.

Die Kinder im Frauenhaus erzählen lange und schmerzhafte Geschichten von entfremdeten und mit den eigenen Interessen und Leiden beschäftigten Eltern. Von Streit und massiven Konflikten in den eigenen vier Wänden, die für die Kinder eine grosse Verunsicherung und Belastung darstellen. Wir sehen unzählige Kinder, die zum Spielball ihrer Eltern werden. Kinder, deren Eltern sich nicht mehr gemeinsam für ihr Wohlergehen einsetzen können.

Im Kontext von Häuslicher Gewalt weisen wir auf den «Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt» von Paula Krüger und Beat Reichlin, herausgegeben 2021 von der Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und-direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

Fazit
Eine gesetzlich verankerte alternierende Obhut, insbesondere in konfliktbehafteten und/oder von häuslicher Gewalt gezeichneten Trennungs- und Scheidungsverfahren gefährdet aus unserer Sicht ernsthaft das Wohlergehen der involvierten Kinder, weshalb **Variante 2 entschieden abzulehnen** ist.

Mit dem geltenden Recht haben die Gerichte bereits heute die Möglichkeit, den Antrag eines Elternteils auf alternierende Obhut zu prüfen.
Leider ist unsere Erfahrung, dass die zentralen Personen für diese Entscheidung, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, sehr oft nicht angehört werden. Sie werden unseres Erachtens von den Behörden nach wie vor nicht genügend einbezogen und leider nur selten angehört, obwohl das spätestens ab einem Alter von sechs Jahr möglich wäre (vgl. Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).
Die Einsetzung von Kindesvertretungen und/oder Kindesschutzabklärungen sowie der Beizug von Gutachten von Fachpersonen zur gründlichen Einschätzung der familiären Situation werden ebenfalls nicht ausreichend angewendet, obwohl diese Möglichkeit bestünde.
Deshalb erachten wir die **Variante 1** als keine Verbesserung der aktuellen Situation und in diesem Sinne als **unnötige und überflüssige Gesetzesrevision**.

Aus all diesen Überlegungen erachten wir beide vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als unnötig und wir befürchten, dass eine Umsetzung von beiden Varianten strukturelle, familiäre

Lebenssituationen schaffen könnten, die dem Wohl der Kinder schaden und viele Eltern überfordern würden.

Unsere Empfehlungen
Das gelingende Ausüben der gemeinsamen elterlichen Sorge stellt die Eltern und Kinder selbst ohne alternierende Obhut vor grosse Herausforderungen. Es erfordert von beiden Elternteilen ein hohes Mass an Selbstreflexion und es ist nur dann kindeswohlorientiert, wenn die Eltern zur uneingeschränkten Kooperation fähig und bereit sind. Das ist während und nach einer Trennung, die auch für die betroffenen Eltern eine schwierige und schmerzhafte Zeit sein kann, sehr oft nicht der Fall. Auch wenn die Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen, so ist es in diesen destabilisierenden Umbruchsphase sehr schwierig, die Paarbeziehung von der Paarbeziehung zu trennen. Wenn die Eltern nicht mehr «am selben Strick» ziehen, sind Loyalitätskonflikte und immense Belastungen für die Kinder vorprogrammiert. Die Trennung der Eltern, die Auflösung des Familiensystems, u.U. ein Wohnungswechsel, all die Veränderungen machen Kinder und Eltern fragil.

Aus unserer Sicht wäre es zielführender, wenn seitens Gerichte stattdessen häufiger von der Kompetenz der Weisungs- und Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht würde (Art. 307 ZGB). Diese sehen nämlich schon heute vor, dass Eltern angewiesen werden können, Kurse und Programme wie Erziehungsberatung, Konfliktmediationen, Elternkurse etc. zu besuchen. Denn diese unterstützen und stärken die Eltern, damit sie eine gemeinsame, kindeswohlorientierte Elternschaft auch nach der Trennung führen zu können.
(Bei Häuslicher Gewalt empfehlen wir, grundsätzlich eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten.)

Stattdessen empfehlen wir, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen konsequent und sorgfältig anzuwenden. Ganz besonders empfehlen wir den Behörden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihre Entscheide fallbezogen und situativ zu treffen. (Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Irene Müller
Co-Leitung Frauenhaus Luzern und Bildungsstelle Häusliche Gewalt Luzern

FREIKIRCHEN.CH

Dachverband Freikirchen & christliche Gemeinschaften Schweiz
Sekretariat
Witzbergstrasse 7 | 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 62 17 | info@freikirchen.ch | www.freikirchen.ch

Herr Präsident
Vincent Maître
Kommission für Rechtsfragen
Nationalrat

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 17.09.2025

Vernehmlassung zur parlamentarische Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrter Herr Bundesrat
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, uns beim Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarische Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» beteiligen zu dürfen.

Nach einer Scheidung bleibt die gemeinsame elterliche Sorge zwar meist bestehen, die Betreuung wird jedoch selten gleichmässig geteilt. Oft übernimmt die Mutter den grösseren Teil, während der Vater viel weniger Zeit mit den Kindern verbringt. Die parlamentarische Initiative 21.449 will dies verbessern und schlägt zwei Varianten vor:

Variante 1: Alternierende Obhut kann auch gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden, wenn es dem Kindeswohl dient.

Variante 2: Gerichte müssen in jedem Streitfall eine paritätische Betreuung prüfen – selbst ohne Antrag der Eltern.

Stellungnahme Freikirchen.ch

Nach einer Scheidung bleibt das Wohl des Kindes zentral. Wichtig ist, dass beide Eltern Verantwortung übernehmen und aktiv am Leben ihrer Kinder teilhaben. In vielen Fällen entspricht die alternierende Obhut eher dem Kindeswohl als eine einseitige Betreuung.

Freikirchen.ch unterstützt deshalb die Variante 1 der parlamentarischen Initiative: Sie verankert die bestehende gerichtliche Praxis im Gesetz, ohne zusätzliche Zwänge zu schaffen.

Variante 2 lehnen wir ab. Sie gibt den Gerichten die Möglichkeit, auch ohne Antrag der Eltern oder des Kindes eine paritätische Betreuung anzuordnen. Dies greift unverhältnismässig in familiäre Strukturen ein und birgt das Risiko, dass Kinder in Konflikte oder instabile Betreuungssituationen geraten.

Entscheidend bleibt für uns auch, dass Kinder gemäss ihrem Alter und ihrer Reife angehört werden und ihre Stimme im Entscheidungsprozess Gewicht hat.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse,

Peter Schneeberger, Präsident Dachverband Freikirchen Schweiz, peter.schneeberger@feg.ch

FRIEDA

Die feministische
Friedensorganisation
/ ehemals cfd

per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 14. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort von Frieda – die feministische Friedensorganisation

Vernehmlassung 2025/56 – 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern Stellung zu nehmen.

Diese Stellungnahme basiert auf der Expertise und den langjährigen Erfahrungen von Frieda – die feministische Friedensorganisation (ehemals cfd) zum Thema geschlechtsspezifischer Gewalt und Gleichstellung. Frieda ist eine unabhängige, feministische Friedensorganisation. Frieda setzt sich dafür ein, dass Frauen und Jugendliche gleichberechtigt Zugang zu Lebensgrundlagen, Rechten, Mitbestimmung und Entfaltungsmöglichkeiten haben. In der Schweiz und im Ausland fördert Frieda den Wandel hin zu gewaltfreien und geschlechtergerechten Gesellschaften. Alle sollen frei von Gewalt und Diskriminierung leben.

Die Stellungnahme entstand zudem im Austausch mit dem Netzwerk Istanbul Konvention – ein Netzwerk von über 80 Organisationen, die sich gemeinsam für eine inklusive und diskriminierungsfreie Umsetzung der Istanbul Konvention in der Schweiz einsetzen. Das Netzwerk vereint unterschiedliche Expertisen und Erfahrungen im Bereich Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Prävention.

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt muss bei Entscheidungen zum Thema alternierende Obhut unbedingt berücksichtigt werden. Schweizweit erleben mindestens 27'000 Kinder jährlich elterliche Partnerschaftsgewalt[1]. Diese Gewalt wird in Trennungs- und Scheidungsverfahren oftmals nicht systematisch abgeklärt. Stattdessen werden diese Fälle oft pauschal als „hoch konflikthaft“ eingeordnet – ein Begriff, der die Dynamiken von Gewalt unsichtbar machen kann. Gerade in konfliktbehafteten Familienkonstellationen kann eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut gravierende Folgen für Kinder haben. Sie zwingt die betroffenen Eltern weiterhin in ein System

[1] https://www.ebg.admin.ch/de/nsb?id=99761

permanenter Abstimmung und Kooperation – was den Gewaltkreislauf verlängern und das Kindeswohl gefährden kann.

Daraus folgt: Jede gesetzliche Anpassung muss den Schutz der Kinder vor Gewalt ins Zentrum stellen – andernfalls droht sie, das Kindeswohl zu gefährden, statt es zu stärken. Häusliche Gewalt muss als Ausschlusskriterium für alternierende Obhut gesetzlich verankert werden.

Ist die Reform notwendig?

Die geltende Gesetzgebung ermöglicht bereits heute eine alternierende Obhut – auch gegen den Willen eines Elternteils, sofern sie dem Kindeswohl entspricht (Art. 298b Abs. 3ter ZGB). Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass viele Eltern nach einer Trennung einvernehmliche Lösungen finden, die gut auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt sind.[2] Diese Lösungen sind häufig das Ergebnis von Kommunikation, Kooperation und gegenseitigem Respekt, und nicht von gesetzlichen Vorgaben. Eine Reform, die die alternierende Obhut bevorzugt, birgt das Risiko, ein abstraktes Modell über die Vielfalt familiärer Lebensrealitäten zu stellen.

Ist die alternierende Obhut eine universelle Lösung?

Internationale Forschung[3] und auch Schweizer Studien[4] zeigen deutlich: Es gibt keine „ideale" Betreuungsform für Trennungskinder, sondern nur passende oder unpassende Lösungen, je nach Familiensituation. Wenn beide Elternteile vor der Trennung bereits gleichwertig in die Betreuung eingebunden waren, kann ein Wechselmodell gut funktionieren. Wird jedoch versucht, ein solches Modell nach der Trennung aufzuzwingen, obwohl keine entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, kann dies das Kindeswohl gefährden.

Sicht der Kinder

Was im politischen Diskurs häufig fehlt, ist die Sicht der Kinder. Eine kürzlich durchgeführte Schweizer Studie[5] mit Jugendlichen aus Trennungsfamilien (12–17 Jahre) zeigt: Jugendliche, die in einem Wechselmodell leben, sind weniger zufrieden als solche in einem stabilen Hauptwohnsitzmodell.
Wechselnde Wohnorte, zwei Haushalte, doppelte Regeln – das kann gerade in der Adoleszenz belastend sein. Kinder brauchen Sicherheit, Stabilität und verlässliche Bezugspersonen – keine gesetzlich verordnete Gleichverteilung der Zeit zwischen zwei Haushalten.
Zudem erfordert die Umsetzung einer Wechselbetreuung intensive Koordination, häufige Kommunikation und ein gewisses Mass an gegenseitigem Vertrauen – all das ist nicht gegeben, wenn Eltern sich in einem konflikthaften oder gar gewaltgeprägten Trennungsprozess befinden.

---

[2] Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T., *Quand les parents ne vivent pas ensemble – Parentalité et quotidien des enfants. Rapport de recherche à l'intention de la Commission fédérale pour les questions familiales (COFF)*, 2022 (pp. 46 e seguenti).
[3] Kostka, *Neue Erkenntnisse zum Wechselmodell?*, in ZKJ, 2014, pp. 55
[4] Cottier M., Widmer E., Tornare S., Girardin M., *La garde alternée. Une étude interdisciplinaire sur ses conditions-cadre*, in FamPra.ch, 2018, 2, pp. 297-332 (p. 303).
[5] *Enquête "Quand les parents ne vivent pas ensemble"*

Gesetzlicher Zwang oder bessere Rahmenbedingungen?

Anstatt über das Familienrecht ein bestimmtes Betreuungsmodell zu bevorzugen, sollten politische Massnahmen dort ansetzen, wo tatsächliche Veränderung möglich und sinnvoll ist: Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Ausbau von Betreuungsangeboten; Förderung von Gleichstellung in der Erwerbsarbeit vor der Trennung.
Es ist nicht sinnvoll, die Parität nach der Trennung gesetzlich zu erzwingen, wenn sie zuvor nicht gelebt wurde. Ein gesetzlicher Zwang zur gleichwertigen Betreuung verkennt die real existierende Ungleichheit in Care-Arbeit – und führt dazu, dass Frauen, die zuvor den Hauptteil der Betreuungsarbeit geleistet haben, nach der Trennung ökonomisch benachteiligt werden.

Alternierende Obhut bei hoher Konfliktlage

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung zielt insbesondere auf jene Fälle ab, in denen kein Einvernehmen zwischen den Eltern besteht. Genau in diesen Kontexten aber ist alternierende Obhut besonders risikobehaftet. Studien[6] zeigen, dass Kinder aus hoch konflikthaften Trennungsfamilien unter einer erzwungenen Wechselbetreuung überdurchschnittlich häufig psychische Auffälligkeiten entwickeln: Angststörungen, Depressionen, Verhaltensauffälligkeiten oder psychosomatische Beschwerden. Gerade dort, wo es an Kooperationsfähigkeit, Kommunikation oder Vertrauen fehlt, kann eine solche Regelung mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

Gleichstellung nach der Trennung

In der Schweiz gibt es noch keine Gleichstellung. Noch immer übernehmen Frauen nach der Geburt eines Kindes den Grossteil der Care-Arbeit und reduzieren oder unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit oft über längere Zeit.

Eine gesetzlich geförderte alternierende Obhut nach der Trennung kann diese strukturelle Ungleichheit nicht ausgleichen. Im Gegenteil: Sie droht, bestehende Ungleichgewichte zu verschärfen – insbesondere dann, wenn sie unabhängig von der gelebten Realität vor der Trennung eingeführt wird. Gleichstellung muss vor einer Trennung gefördert werden – etwa durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire Aufteilung der Care-Arbeit und gezielte familienpolitische Massnahmen.

[6] *Garde alternée : Évaluation de la pratique … (op. cit)*, p. 15.

Unsere Position in Kürze

- Die aktuelle Gesetzeslage ist ausreichend – es braucht keine zusätzlichen gesetzlichen Anpassungen.
- Es gibt keine ideale Betreuungsform – das Kindeswohl muss im Zentrum stehen, nicht ein bestimmtes Modell.
- Alternierende Obhut darf nicht zur Standardlösung erklärt werden – insbesondere nicht bei Konflikt oder Gewalt.
- Gewalt ist eine rote Linie: Sie muss systematisch erfasst und rechtlich berücksichtigt werden.
- Statt gesetzlichem Zwang braucht es bessere Rahmenbedingungen für Care-Arbeit und Vereinbarkeit.
- Der Fokus muss auf Kinderschutz, Gleichstellung und struktureller Unterstützung liegen.

Fazit

Als feministische Friedensorganisation appellieren wir an die Gesetzgeber*innen, diese Reform zu überdenken. Was Familien – insbesondere Alleinerziehende, Gewaltbetroffene und Kinder – brauchen, sind bedarfsorientierte Unterstützung: sichere Strukturen, faire Arbeitsbedingungen, rechtliche Klarheit und konsequenter Schutz vor Gewalt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundlichen Grüssen

Frieda – die feministische Friedensorganisation

Anna-Béatrice Schmaltz

Co-Geschäftsleitung Frieda ad interim

Programmverantwortliche Prävention geschlechtsspezifische Gewalt

031 300 50 67

anna-beatrice.schmaltz@frieda.org

SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG FÜR GEMEINSAME ELTERNSCHAFT
ASSOCIATION SUISSE POUR LA COPARENTALITÉ
ASSOCIAZIONE SVIZZERA PER LA BIGENITORIALITA

zz@bj.admin.ch
ommission f r Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

Bern, 05. O tober 2025

21.449 N Parlamentarische Initiative Kamerzin.
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern.
Stellungnahme Dachverband für gemeinsame Elternschaft GeCoBi

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns eingeladen, zur genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen.
F r die Gelegenheit zur Meinungs usserung dan en wir Ihnen bestens.

GeCoBi
Der 2008 gegr ndete Dachverband f r gemeinsame Elternschaft GeCoBi setzt sich f r bessere Bedingungen f r inder nach einer Trennung/Scheidung ein und nimmt in diesem Zusammenhang am politischen Prozess in diesem Bereich a tiv teil.
GeCoBi vertritt mehrere Beratungsorganisationen aus dem Themenbereich Trennung/Scheidung.

Wir setzen uns f r gleichwertige Beziehungen zwischen indern und ihren beiden Eltern ein, auch nach einer Trennung oder Scheidung.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir zur a tuellen Vorlage 21.449 wie folgt Stellung

Ausgangslage
Die heutige Praxis bei der Verteilung der elterlichen Rollen nach Trennung/Scheidung hat urs chlich zur vorliegenden Initiative gef hrt. Der gesetzgeberische Wille wird unterschiedlich und teilweise will rlich umgesetzt, was zu einer unbefriedigenden Praxis bei der Zuweisung der elterlichen Rollen f hrt. Das Prinzip der alternierenden Obhut erm glicht eine ausgewogene Beteiligung der Eltern an der Betreuung, Erziehung und dem Unterhalt der inder, ein w nschenswertes Ziel.

Zahlreiche Studien zeigen, dass die alternierende Obhut in den meisten F llen die ausgewogenste Art der Wahrnehmung der Elternrollen bietet. Sie f rdert die bernahme von Verantwortung durch beide Elternteile. Sie tr gt dazu bei, negative emotionale und beziehungsbezogene Auswir ungen auf die Entwic lung Minderj hriger zu verringern, welche mit der verbreiteten Praxis der einseitigen Obhut mit eher bescheidenem Besuchsrecht f r den anderen Elternteil h ufig entstehen.

Mit der laren Veran erung der alternierenden Obhut im Gesetz, wie es die Initiative fordert, wird dieser Er enntnis Rechnung getragen.

Entwurf
Der vorliegende Entwurf stellt zwei unterschiedliche M glich eiten vor, die Initiative umzusetzen.

In Variante 1 pr ft die zust ndige Beh rde die M glich eit der alternierenden Obhut nur dann, wenn ein Elternteil oder das ind dies in einem entsprechenden Antrag verlangt.

In Variante 2 wird die zust ndige Beh rde gesetzlich verpflichtet, die M glich eit zu pr fen, unabh ngig von einem entsprechenden Antrag.

In beiden Varianten steht das Wohl des indes (best interest of the child) im Vordergrund.

Beurteilung GeCoBi zu Variante 1
Variante 1 f hrt das bestehende onzept der Antragserfordernis fort. Erfreulich ist, dass in Variante 1 ausdr c lich erw hnt wird, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung nicht entgegensteht, ein wichtiges Element, um Streitig eiten ber die geeignete Betreuungsform zu reduzieren.

In dieser Variante ist ein ausdr c licher Antrag eines Elternteils oder des indes erforderlich.
Diese Variante bietet daher all jenen Personen, welche diese Betreuungsform w nschen, die rechtliche M glich eit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.
Hingegen besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Antr ge trotz dem Wunsch nach alternierender Obhut aus Un enntnis, falscher Beratung oder anderen Gr nden nicht gestellt werden, und darum die Beh rde eine entsprechenden Schritte oder Pr fungen unternehmen w rde.

Beurteilung GeCoBi zu Variante 2
Variante 2 entspricht im Prinzip einem Regelfall, wie er bei der gemeinsamen Sorge besteht.
Die alternierende Obhut wird zum Regelfall, sofern nicht lar benannte riterien einer Anordnung der Betreuungsform entgegenstehen. ein Elternteil soll die M glich eit haben, sich dem Pflicht-Recht vollst ndig zu entziehen.

Grunds tzlich ist dies zu begr ssen, denn das Recht des indes auf beide Eltern gem ss der inderrechts onvention R steht ausser Frage und wird quasi automatisch umgesetzt. Ein Antrag ist nicht erforderlich, da das Pflicht-Recht der Eltern bereits besteht. Elternteil sein ist auch Pflicht.

GeCoBi
Schweizerische Vereinigung für gemeinsame Elternschaft
3000 Bern
www.gecobi.ch
info@gecobi.ch
+41 31 552 05 51

Em fehlung GeCoBi Variante 2

Wir sind der Ansicht, dass die alternierende Obhut in so vielen F llen wie m glich zur Anwendung ommen sollte, genau gesagt berall dort wo nicht explizite Gr nde dagegenstehen. Aus diesem Grund empfehlen wir die Variante 2. Mit diesem Ansatz wird die alternierende Obhut zum Regelfall, von welchem nur bei Vorliegen wichtiger Gr nde abgewichen werden ann. Dies schafft larheit und Rechtssicherheit f r Eltern welche vor einer Trennung/Scheidung stehen. Sie f rdert damit die Bereitschaft, fa tenbasierende Verhandlungen ber die Anteile und die Umsetzung zu f hren, anstelle onfli ttr chtiger riege um die Obhut.

Fazit

Die parlamentarische Initiative 21.449 ist ein weiterer Schritt in Richtung einer modernen Familienpoliti . Sie st r t die Rechte des indes, f rdert die elterliche Verantwortung bei gleichzeitiger St r ung der Rechte des indes. Sie vermag einseitige Belastungen zu reduzieren.

GeCoBi unterst tzt deshalb die Initiative ausdr c lich.

Wir dan en Ihnen f r die Ber c sichtigung unserer Stellungnahme

Freundliche Gr sse

GeCoBi

Oliver Hunzi er
Pr sident GeCoBi
praesident@gecobi.ch +41 76 340 85 90

Von: Bally Services Ltd.
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum: Freitag, 19. September 2025 08:45:12

Sehr geehrte Damen und Herren
Als Fachorganisation für Fragen bei Trennung und Scheidung befasst sich die **IGM.ch** seit 1976, d.h. über die 49 Jahre des Bestehens, inzwischen bei mehreren 10'000 sog. «Fällen», mit u.a. dem rubrizierten Thema.
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich, als langjähriger Berater der IGM.ch, **klar für Variante 2** (zwei) aus.
Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein alternativloser Schritt in Richtung der Gleichstellung der Eltern sowie v.a. auch zum Schutz des Kindeswohls.
Die bisherige Praxis führt, unnötig und viel zu häufig, zu problematischer Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender, schädlicher Eltern-Kind-Entfremdung, nicht selten mit Folgen für das ganze weitere Leben der betroffenen Kinder.
Die Alternierende Obhut soll der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Ich fordere den Gesetzgeber hiermit auf, **Variante 2** (zwei) umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen

IGM Schweiz
Interessengemeinschaft geschiedener
& getrennt lebender Männer

André B. Bally
IGM Vorstand & Berater
Amselweg 13A
CH 3627 Heimberg
T: 033 438 09 95
F: 033 438 04 40
abb@igm.ch

IGM Schweiz
5000 Aarau
Tel. 062 844 11 11
zentrale@igm.ch
www.igm.ch

Bevor Sie ausdrucken - Denken Sie bitte an unsere UMWELT! Vielen Dank.

VERTRAULICHKEITSHINWEIS: Diese E-Mail und/oder deren angehängte Dokumente sind vertraulich. Falls Sie nicht der angegebene Empfänger sind oder diese E-Mail irrtümlich an Sie adressiert wurde, ist jede unbefugte Verwendung, Offenlegung, Vervielfältigung oder Weiterverbreitung strengstens verboten und die E-Mail (und eine allfällige Kopie davon) zu löschen. Wir bitten Sie, uns darüber sofort telefonisch zu benachrichtigen. Besten Dank.

AVIS DE CONFIDENTIALITE: le présent e-mail et/ou les documents annexés sont confidentiels. Au cas où vous ne seriez pas son

destinataire ou que celui-ci vous aurait été adressé par inadvertance, veuillez prendre acte que toute utilisation abusive, divulgation, reproduction ou propagation est strictement interdite et que vous êtes prié d'effacer ledit e-mail (de même que toute copie éventuelle). Nous vous prions de nous en informer immédiatement par téléphone. Merci!
CONFIDENTIALITY NOTICE: This e-mail and / or accompanying documents are confidential. In case you are not the intended recipient or the one you have been inadvertently sent, please note that unauthorized use, disclosure, copying or dissemination is strictly prohibited and you are requested to delete said email (as well as any copies). Please notify us immediately by telephone. Thank you!

Interessengemeinschaft geschiedener & getrennt lebender Männer

Vernehmlassung

21.449 N Parlamentarische Initiative Kamerzin

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern.
Stellungnahme IGM Schweiz

Dominik Wirth
Vize-Präsident IGM Schweiz
dwj@igm.ch

IGM Schweiz
5000 Aarau
Tel. 062 844 11 11
zentrale@igm.ch
www.igm.ch

zz@bj.admin.ch
Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen zu dieser Vorlage Stellung nehmen zu dürfen.

Die IGM Schweiz ist eine Organisation, die ihre Mitglieder unterstützt, welche von Trennungs- und Scheidungsproblemen betroffen sind. Sie leistet Hilfe in menschlicher, sozialer und juristischer Hinsicht. Ausserdem will sie die Gleichstellung von Mann und Frau in der Schweiz vorantreiben, die beiden Elternteilen erlaubt, sich in Unterhalt und Betreuung der Kinder engagieren zu können. Dabei unterstützt sie ihre Mitglieder und setzt sich in der Öffentlichkeit für eine zeitgemässe und emanzipierte Familienpolitik ein.

Ausgangslage
Die heutige, unbefriedigende Praxis bei der Verteilung der elterlichen Rollen nach Trennung/Scheidung hat ursächlich zur vorliegenden Initiative geführt. Darüber hinaus wird der gesetzgeberische Wille von den Familiengerichten unterschiedlich und teilweise willkürlich umgesetzt, was zu einer unbefriedigenden Praxis bei der Zuweisung der Kinder zu den Eltern führt. Das Verankerung der alternierenden Obhut im Gesetz ermöglicht eine ausgewogene Beteiligung der Eltern an der Betreuung, Erziehung und dem Unterhalt der Kinder. Es ist unseres Erachtens ein wünschenswertes Ziel.

Zahlreiche Studien zeigen, dass dank der alternierende Obhut in den meisten Fällen die Elternrollen am ausgewogensten wahrgenommen werden kann. Sie fördert die Übernahme von Verantwortung durch beide Elternteile. Sie trägt dazu bei, negative emotionale und beziehungsbezogene Auswirkungen auf die Entwicklung Minderjähriger zu verringern, welche mit der verbreiteten Praxis der einseitigen Obhut mit bescheidenem Besuchsrecht für den anderen Elternteil häufig entstehen.

Mit der klaren Verankerung der alternierenden Obhut im Gesetz, wie es die Initiative fordert, wird dieser Erkenntnis Rechnung getragen.

Beurteilung IGM zu Variante 1
Variante 1 unterscheidet sich kaum von der bisherigen gesetzlichen Regelung. Sie führt das bestehende Konzept der Antragserfordernis fort. Erfreulich ist, dass in Variante 1 ausdrücklich erwähnt wird, dass „die blosse Weigerung eines Elternteils“ der Anordnung nicht entgegensteht, ein wichtiges Element, um Streitigkeiten über die geeignete Betreuungsform zu reduzieren. Die IGM Schweiz steht allerdings Gesetzen sehr kritisch gegenüber, die den Richtern einen Ermessensspielraum offen lassen .

In dieser Variante ist ein ausdrücklicher Antrag eines Elternteils oder des Kindes erforderlich. Diese Variante bietet immerhin all jenen Personen, welche diese Betreuungsform wünschen,

die rechtliche Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.
Hingegen besteht die Gefahr, dass die notwendigen Anträge trotz dem Wunsch nach alternierender Obhut aus Unkenntnis, falscher Beratung oder anderen Gründen nicht gestellt werden, und darum das Gericht keine entsprechenden Schritte oder Prüfungen unternehmen würde.

Beurteilung IGM Schweiz zu Variante 2
Variante 2 fordert, dass im Regelfall, die gemeinsamen Obhut gelebt wird.
Die alternierende Obhut wird zum Regelfall, sofern nicht klar benannte Kriterien einer Anordnung der Betreuungsform entgegenstehen. Hier steht der Gedanke dahinter, dass das Recht auf Obhut genau wie beim Sorgerecht ein Pflicht-Recht ist - ein Elternteil sich also einerseits dessen nicht entziehen können soll und andererseits die Kinder die Chance erhalten die Beziehung zu beiden Elternteilen aufrecht zu erhalten.

Grundsätzlich ist dies zu begrüssen, denn das Recht des Kindes auf beide Eltern gemäss der Kinderrechtskonvention KRK steht ausser Frage und wird quasi automatisch umgesetzt. Ein Antrag ist nicht erforderlich, da das Pflicht-Recht der Eltern mit der Umsetzung dieser Variante bereits besteht.

Fazit
Die parlamentarische Initiative 21.449 ist ein weiterer Schritt in Richtung einer modernen Familienpolitik. Sie stärkt die Rechte des Kindes, fördert die elterliche Verantwortung bei gleichzeitiger Stärkung der Rechte des Kindes. Sie vermag einseitige Belastungen zu reduzieren.

Die IGM Schweiz unterstützt deshalb die Initiative ausdrücklich.
Wir favorisieren klar Variante 2.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme

Im Namen des Vorstands:

Dominik Wirth, Vize-Präsident IGM Schweiz

JUSTIZ &
FAMILIENRECHTS-
AUFSICHT SWISS

8000 Zürich
office@jfswiss.ch
+41 43 540 47 47

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
Per Mail an zz@bj.admin.ch

Zürich, 31. Oktober 2025

21.449 Pa. Iv. Kamerzin / Alternierende Obhut fördern
Vernehmlassungsantwort Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss

Sehr geehrte Damen und Herren.

Die Unterhaltsrechtsrevision 2017 wurde die alternierende Obhut im ZGB ausdrücklich Festgehalten. Sie muss geprüft werden, auch wenn nicht beide Eltern damit einverstanden sind. Die Rechtskommission des Nationalrats ist «jedoch der Meinung, dass bestimmte erst- und zweitinstanzliche Gerichte in der Praxis die alternierende Obhut immer noch nur dann an-ordnen, wenn beide Eltern damit einverstanden sind. Entsprechend ist eine Stärkung der alternierenden Obhut auf gesetzlicher Ebene notwendig. Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen.» Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion.
Wir engagieren uns für die Umsetzung des Verfassungsauftrags (Art. 8 Abs. 3) und tragen aus Gesellschaftspolitischer und zum Schutz des Kindes zur Verwirklichung tatsächlicher Gleichstellung in allen Lebensbereichen – namentlich auch in der Familie – bei.
Unsere Organisation setzt bei seiner Prüfung des Vorschlags der Rechtskommission den Fokus auf die Frage, ob die vorgeschlagene Gesetzesänderung die egalitäre Verteilung aller Belastungen und Ressourcen – namentlich die zeitliche und mentale Verantwortung für die Kinderbetreuung und die Hausarbeit – zwischen den Geschlechtern fördert. Aus dieser Perspektive nehmen wir Stellung zum Entwurf der Rechtskommission. Neben breiter fachlicher Expertise in der geschlechterreflektierten Elternarbeit bilden die Erfahrungen aus unserem Erstberatungsangebot für Eltern die empirische Grundlage unserer Einschätzung. Unser Beraterteam hat auf diesem Weg jährlich mit über mehreren Tausend persönlichen Kontakt. In rund 90% der Fälle
drehen sich die Anliegen um Trennung und Scheidung, davon wiederum ein grosser Teil um Fragen der alternierenden Obhut. Vor diesem Hintergrund gelangen wir zu folgender Einschätzung und verweisen auf unsere Forderungen auf unserer Domain so wie Medien Veröffentlichungen auf:
www.jfswiss.ch

Ja, die Situation heute ist problematisch. Das Gesetz wird je nach Gericht sehr unterschiedlich interpretiert. Die Rechtsgleichheit ist nicht gewährleistet.
Der Ernessensspielraum der Gerichte verkümmert zu persönlichen Befindlichkeiten der Richter-Innen und lässt viel Raum zu Amtsmissbräuchlichem Verhalten was in einem diametralen Widerspruch zum Kindeswohl steht.

Gleichwohl können wir aufgrund unserer Erfahrungen mit Sicherheit sagen: Dass Elternteilen die alternierende Obhut aus Gründen verweigert wird, die schwerlich mit dem Kindswohl vereinbar sind, kommt nicht bloss in Einzelfällen vor. Gerichtsentscheide verkümmern zu einem Papier Tiger da diese durch gezielte Eltern-Kindentfremdung durch den hauptbetreuenden Elternteil sabotiert werden. Die Durchsetzung der Gerichtsurteile wird nicht an die Hand genommen. Strafrechtliche Verfahren werden gegen den Hauptbetreuenden Elternteil nicht an die Hand genommen. Im Alltag der Rechtsprechung wird Müttern beim Entscheid über die alternierende Obhut nach wie vor regelmässig ein faktisches Vetorecht eingeräumt. Das trifft insbesondere auch engagierte Väter, die von Anfang an viel Kinderbetreuung übernommen haben und gute Betreuungsbedingungen bieten können (und nicht – wie es das Klischee behauptet – bloss Väter, welche die Forderung nach alternierender Obhut als Machtmittel oder Möglichkeit zur Unterhaltsreduktion missbrauchen).

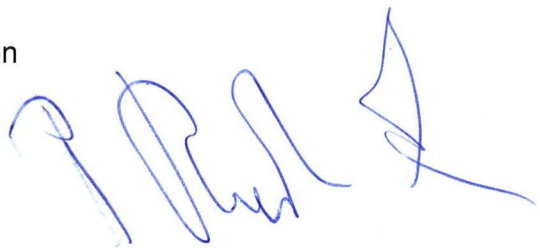
Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss teilt deshalb die Einschätzung der Rechtskommission, dass Handlungs-
bedarf besteht und es einer Schärfung des gesetzgeberischen Willens bedarf, um eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern (wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen). Justiz & Familienrechtsaufsicht Swiss unterstützt deshalb die parlamentarische Initiative und erachtet diese als wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags gemäss Art. 8 Abs. 3 BV.

Zur angemessenen Umsetzung (Varianten) haben wir uns klar zur Variante 2 entschieden. Zwingende Kriterien sind unseres Erachtens:

• Die Einheitlichkeit der Rechtssprechungsstandards ist zu stärken.
• Regionale Unterschiede oder richterliche Willkür sind zu verhindern und sogar den Ermessensspielraum zu streichen um der Korruption einen Riegel zu schieben.
• Rechtsetzung und Rechtsprechung stehen im Dienst des Verfassungsauftrags Art. 8 Abs. 3 BV und sollen einer faireren Verteilung der egalitären Verteilung der Familien- und Hausarbeit beitragen (wie dies auch dem Willen des Bundesrats entspricht, vgl. Gleichstellungsstrategie 2030 / https://www.gleichstellung2030.ch/de/), welche «die ausgeglichene Aufteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit» als strategisches Ziel vorgibt.

Freundliche Grüsse

Phil Ruch-Leon
Präsident



Fürst Marianne BJ

Von: Bürgy Nadia PARL INT <nadia.buergy@parl.admin.ch>
Gesendet: Montag, 30. Juni 2025 09:57
An: _BJ-ZZ
Cc: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: STN KESCHA 27.06.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Signiert von: nadia.buergy@parl.admin.ch

Von: KESCHA | Bruno Roelli <bruno.roelli@kescha.ch>
Gesendet: Freitag, 27. Juni 2025 15:36
An: Bürgy Nadia PARL INT <nadia.buergy@parl.admin.ch>
Betreff: AW: Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der pa. Iv. 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Frau Bürgy

Vielen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung. Wir begrüssen die grundsätzliche Stossrichtung beider Varianten, insbesondere das Absehen von einer starren Obhuts/Betreuungsregelung zur Hälfte. Es soll weiterhin konkret auf die Bedürfnisse des Einzelfalls und des konkret zu beachtenden Kindeswohls abgestellt werden. Ebenso soll eine im Sinn des Kindeswohls vertretbare gemeinsame Lösung der Eltern weiterhin den Vorrang haben.

Aus terminologischen Gründen bevorzugen wir die Variante 2. Der Begriff der „Betreuung" ist verständlicher als derjenige der Obhut.

Freundliche Grüsse
KESCHA
Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz, Postfach 261 | CH-6330 Cham, Tel. +41 44 273 96 96
www.kescha.ch
Bruno Roelli, Berater

Von: Bürgy Nadia PARL INT <nadia.buergy@parl.admin.ch>
Gesendet: Dienstag, 24. Juni 2025 14:18
An: _PARL_Info_RK.CAJ <rk.caj@parl.admin.ch>
Betreff: Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der pa. Iv. 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) eröffnet heute das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der parlamentarische Initiative 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern».

Sie sind eingeladen, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 15. Oktober 2025.

Die Vernehmlassung wird ausschliesslich elektronisch durchgeführt. Wir senden Ihnen in der Beilage gerne die Vernehmlassungsunterlagen in elektronischer Form. Diese Unterlagen sind auch unter folgenden Adressen abrufbar:

https://www.parlament.ch/de/organe/kommissionen/sachbereichskommissionen/kommissionen-rk/berichte-vernehmlassungen-rk

https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Freundliche Grüsse
Sekretariat der Kommissionen für Rechtsfragen

****

Consultation de la CAJ-N concernant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » (21.449)

Madame, Monsieur,

La Commission des affaires juridiques du Conseil national ouvre aujourd'hui la procédure de consultation concernant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » (21.449).

Par la présente, nous vous soumettons l'avant-projet susmentionné et un rapport explicatif, sur lesquels vous avez la possibilité de vous prononcer d'ici au 15 octobre 2025, date à laquelle prendra fin la procédure de consultation.

La consultation sera menée exclusivement par voie électronique. Vous trouverez donc ci-joint la version électronique des documents s'y rapportant. Tous ces documents sont également disponibles aux adresses suivantes :

https://www.parlament.ch/fr/organe/commissions/commissions-thematiques/commissions-caj/rapports-consultations-caj

https://www.fedlex.admin.ch/fr/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Vous remerciant par avance de votre coopération, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Le secrétariat de la Commissions des affaires juridiques

****

Consultazione della CAG-N sull'attuazione dell'iniziativa parlamentare 21.449 "Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta"

Gentili Signore e Signori,

in data odierna la Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale (CAG-N) avvia la consultazione sull'attuazione dell'iniziativa parlamentare 21.449 "Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta".

Vi invitiamo ad esprimere il vostro parere in merito al progetto preliminare e al relativo rapporto. Il termine di consultazione scade il 15 ottobre 2025.

La consultazione ha luogo esclusivamente per via elettronica. In allegato vi inviamo la relativa documentazione in forma elettronica. I documenti sono disponibili anche al seguente indirizzo:

https://www.parlament.ch/it/organe/commissioni/commissioni-tematiche/commissioni-cag/rapporti-consultazioni-cag

https://www.fedlex.admin.ch/it/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Con i nostri più cordiali saluti
Segreteria delle Commissioni degli affari giuridici

Nadia Bürgy

Administrative Sachbearbeiterin

Kinderanwaltschaft Schweiz

Rechtskommission des Nationalrates

PDF- und Word-Version per E-Mail an zz@bj.admin.ch

Zürich, 14. Oktober 2025

Stellungnahme von Kinderanwaltschaft Schweiz zur Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative ‘Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern.’

Sehr geehrter Herr Präsident der Rechtskommission des Nationalrates, Vincent Maitre, sehr geehrte Damen und Herren

Kinderanwaltschaft Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Vorentwurf zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alterierenden Obhut) Stellung nehmen zu können.

Kinderanwaltschaft Schweiz setzt sich als Verein dafür ein, dass in gerichtlichen und verwaltungsrechtlichen Verfahren dem Grundsatz der vorrangigen Berücksichtigung des übergeordneten Kindesinteresses gemäss Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention und dem Recht des Kindes auf Meinungsäusserung und Partizipation gemäss Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt nachgelebt wird. Hierzu gehört insbesondere das Recht des Kindes, in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren gehört, begleitet und vertreten zu werden. In diesem Zusammenhang stellt der Verein betroffenen Kindern qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung, um ihnen eine effektive Teilnahme an diesen Verfahren zu ermöglichen und um zu gewährleisten, dass die Anliegen und der Wille des Kindes im Verfahren gehört und berücksichtigt werden.

Kinderanwaltschaft Schweiz vertritt deshalb die Auffassung, dass Regelungen und Massnahmen, von denen Kinder betroffen sind, aus der Sicht des Kindes geprüft und vom Kind her gedacht werden müssen. Die Bedürfnisse des Kindes müssen im Vordergrund stehen. Die Bedürfnisse der Eltern haben in den Hintergrund zu treten. Dem entspricht die im Schweizer Recht geltende und von den Behörden und Gerichten in jedem Fall zu beachtende Maxime des Kindeswohls.

Die Mitglieder unseres Vereins vertreten regelmässig Kinder, die in einen Konflikt der Eltern über das Wechselmodell bzw. über die Frage, wie viel Zeit das Kind mit jedem Elternteil verbringen soll, verwickelt sind. Die Stellungnahme des Vereins basiert daher auch auf den Erfahrungen der Kinder, die in solchen Fällen vertreten wurden.

1. Die vorgeschlagene „Förderung der alternierenden Obhut“ im Zivilgesetzbuch entspricht nicht dem Kindeswohl

Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches strebt auf Basis der parlamentarischen Initiative Kamerzin an, *„[b]ei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut [zu] fördern*“. Als Kinderanwaltschaft Schweiz haben wir zu einer solchen Förderung grundsätzliche Bedenken.

Die zur Vernehmlassung unterbreitete gesetzliche „Förderung der alternierenden Obhut“ stellt aus unserer Sicht nicht die Bedürfnisse des Kindes in den Vordergrund. Vielmehr geht dieses Anliegen von elterlichen, oftmals väterlichen Bedürfnissen aus. Es geht mit anderen Worten um die Wünsche eines Elternteils, oft auch um durch einen Elternteil geltend gemachte „Rechte“, und weniger darum, was die Bedürfnisse und Anliegen des Kindes sind. Das Kind wird vom eigenständigen Rechtssubjekt zum Gegenstand des Streits zwischen seinen Eltern. Die Tendenz der Gerichte, einen Ausgleich unter den Eltern zu schaffen, wird verstärkt, und die Kindesinteressen werden vernachlässigt.

Wir sind uns bewusst, dass die Aufrechterhaltung von funktionierenden Beziehungen sowie die Pflege von regelmässigen und direkten Kontakten eines Kindes zu jedem seiner Elternteile nach einer Trennung oder Scheidung wünschbar und oft auch im Interesse des Kindes sind. Auch sehen wir eine erfreuliche Entwicklung in dem Sinne, dass beide Elternteile auch bei familialen Veränderungen vermehrt in der Beziehung zu ihren Kindern engagiert bleiben und Betreuungsanteile übernehmen. Und wir unterstützen alle Massnahmen, die Eltern darin unterstützen und befähigen, dass ihre Kinder die Beziehung zum anderen Elternteil in einer förderlichen und gesunden Weise leben können.

Dennoch ist immer im Einzelfall zu prüfen, welche familiäre Situation vorliegt und welche Bedürfnislage seitens des Kindes besteht. Die Prüfung der konkreten Situation jedes Kindes und die Ermessensbefugnis betreffend das Wohl des Kindes muss im Sinne von Art. 1 ZGB in jedem Einzelfall dem Gericht bzw. der Kindesschutzbehörde vorbehalten bleiben. Die Förderung der alternierenden Obhut bzw. der Betreuung zu gleichen Teilen als Standardlösung, die das Gericht vorrangig

anwenden muss, auch wenn sich die Eltern darüber nicht einig sind, sehen wir nicht als geeigneten Weg zum angestrebten Ziel des Kindeswohls.

Gemäss den Vernehmlassungsunterlagen verfolgt die Vorlage das Ziel, eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen.[1] In diesen Fällen der Uneinigkeit, die oftmals von hoher Konflikthaftigkeit begleitet werden, sind die betroffenen Kinder einem grossen Spannungsfeld ausgesetzt und erbringen Anpassungsleistungen, die sie überfordern und ihr Wohl gefährden oder beeinträchtigen. Es liegt deshalb nach unserer Erfahrung bei Uneinigkeit der Eltern tendenziell gerade nicht im Kindeswohl, eine alternierende Obhut zu fördern bzw. zu installieren, weil es die Kinder sind, die damit einhergehenden Spannungen und Belastungen aushalten müssen. In der Praxis kommt es deshalb auch vor, dass sich Kinder gegen eine alternierende Obhut aussprechen. Auch der Kindeswille lautet folglich nicht grundsätzlich auf Förderung der alternierenden Obhut. Ein Kind kann ein solches Modell als schädlich erleben und ablehnen. Nur eine sorgfältige Einzelfallprüfung unter kindesgerechtem Einbezug des Kindes wird den obgenannten Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention gerecht.

Eine grundsätzliche Förderung der alternierenden Obhut entspricht deshalb nach unserer Auffassung nicht dem Kindeswohl. Dieses hat sich stets an den im konkreten Einzelfall gegebenen Grund- und Entwicklungs-Bedürfnissen des betroffenen Kindes zu orientieren, wobei der Wille des Kindes zu berücksichtigen ist.[2]

2. Ergebnisse interdisziplinärer Studien und der Berichte des Bundesrates sprechen gegen eine „Förderung der alternierenden Obhut“ im Zivilgesetzbuch

Unsere vorgenannten Bedenken lassen sich auch auf die im Erläuternden Bericht der Rechtskommission des Nationalrates vom 23. Mai 2025 angeführten Forschungsergebnisse und Berichte abstützen.[3] Die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Interdisziplinäre Studie der Universität Genf hält abschliessend fest, „*dass nach einer Trennung die gemeinsame Elternschaft mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Aufgrund ihres Konfliktes haben die Eltern Mühe, eine funktionierende gemeinsame Elternschaft zu entwickeln, definiert als Fähigkeit zusammenzuarbeiten und sich beide in den verschiedenen Aufgaben zu engagieren und sich gegenseitig in der Elternrolle zu unterstützen, um so eine gewisse familiäre Stabilität sicherzustellen*“.[4] Kann aber eine Stabilität, als zentrales Grundbedürfnis

[1] vgl. Schreiben Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats vom 24.06.2025 betreffend Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.

[2] vgl. auch S. Brunner, K. Hardegger, G. von Salis, Mythen und Narrative über Kinder getrennter Eltern, undKinder, Das MMI-Magazin, Ausgabe 114, Dezember 2024, insbes. S. 10 f. „Mythos: ‚Alternierende Obhut ist (immer) am besten‘“.

[3] nachfolgend «Erläuternder Bericht»

[4] Michelle Cottier, Eric. D. Widmer et al., Interdisziplinäre Studie zur alternierenden Obhut, Genf 2017, S. 79; vgl. Erläuternder Bericht u.a. FN 13.

von Kindern, nicht sichergestellt werden, leiden die Kinder darunter und wird ihr Wohl gefährdet.

Nach unserem Verständnis der Interdisziplinären Studie der Universität Genf wäre die Förderung einer alternierenden Obhut bzw. gleichmässigerer elterlicher Betreuungsanteile denn auch zuerst in anderen Bereichen und mit anderen Mitteln anzugehen. Dies, um die Voraussetzungen für die Ausgestaltung solcher Betreuungsmodelle zum Wohl der Kinder überhaupt erst zu schaffen: „*Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Berichts kann postuliert werden, dass der Staat in erster Linie auf der Ebene der allgemeinen Familienpolitik die Organisation der alternierenden Obhut erleichtern kann, namentlich indem er Massnahmen zur Unterstützung von Einelternfamilien entwickelt, die es erlauben würden, die Frage der Obhut von der Frage des Unterhalts zu entkoppeln. Ebenfalls wünschenswert wäre eine stärkere finanzielle Beteiligung des Staates an der Mediation und den angeordneten Beratungen, damit diese kostenlos angeboten und somit generell eingeführt werden könnten*“.[5]

In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass aus der im Erläuternden Bericht enthaltenen Übersicht über die Rechtslage und die aktuellen Diskussionen in anderen Ländern eine deutliche Tendenz hervorgeht, dass die Gerichte aller betrachteten Länder (teils wieder) von Fall zu Fall über die Betreuung des Kindes entscheiden, wobei stets das Kindeswohl massgebend ist.[6] In seinem Bericht vom 24. April 2024 kam der Bundesrat gestützt auf zwei weitere interdisziplinäre Studien zum Schluss, dass eine weitere Entwicklung gleichmässigerer Betreuungsanteile nicht über eine Änderung des Zivilgesetzbuches bezüglich alternierender Obhut erreicht werden kann, sondern dass andere Massnahmen zu prüfen sind: „*Eine weitere Entwicklung in Richtung einer möglichst gleichmässig auf beide Elternteile aufgeteilten Kinderbetreuung nach einer Trennung oder Scheidung kann daher nach Ansicht des Bundesrates nicht durch eine Änderung des Zivilgesetzbuchs bezüglich alternierender Obhut, sondern vielmehr durch eine Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gefördert werden*“.[7]

[5] MICHELLE COTTIER, ERIC. D. WIDMER ET AL.., a.a.O., S. 81.

[6] vgl. Erläuternder Bericht S. 11 ff., Ziff. 3.2.5.

[7] Bericht Bundesrat vom 24.04.2024, Alternierende Obhut: Evaluation der Gerichtspraxis nach der Revision des Unterhaltsrechts, S. 32, Ziff. 5; vgl. Erläuternder Bericht S. 7, Ziff. 2.3.1 a.E., FN 6.

3. Zwischenfazit zu vorgeschlagener Änderung des Zivilgesetzbuches: Keine Aussicht auf Verbesserung der Situation und des Wohls von Kindern / Beibehaltung geltende Regelung – Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes

Vor dem geschilderten Hintergrund kann nicht angenommen werden, dass die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) geeignet ist, die Situation und das Wohl von Kindern bei Trennung oder Scheidung der Eltern zu verbessern. Den Einleitenden Überlegungen gemäss Ziff. 5.1 des Erläuternden Berichts können wir uns deshalb nicht anschliessen. Eher ist davon auszugehen, dass die „Förderung der alternierenden Obhut" rechtlich eingefordert und die Anspruchshaltung des fordernden Elternteils verstärkt würde. Die voraussichtlichen Folgen wären noch strittigere Verfahren und eine noch höhere Konflikthaftigkeit, was sich zu Lasten der betroffenen Kinder auswirken würde, zumal die Betreuungsaufteilung Auswirkungen auf die Unterhaltszahlungen hat. Die Tendenz der Gerichte, einen Ausgleich unter den Eltern zu schaffen, würde voraussichtlich verstärkt, während die Kindesinteressen in den Hintergrund treten und vernachlässigt würden.

Mit anderen Worten ist zu befürchten, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf für eine Änderung des ZGB die „Förderung der alternierenden Obhut" auf dem Rücken der Kinder ausgetragen würde. Das kann aber nicht Wille des Gesetzgebers sein. Sondern es wären zuerst andere Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, um günstigere Rahmenbedingungen für eine kindesgerechte Aufteilung der Betreuungsanteile zu schaffen (vgl. oben Ziff. 2).

Als solche Massnahme sehen wir vor allem die Stärkung der Partizipationsrechte der Kinder, wie sie Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention verbindlich vorgibt. Die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches bringt diesbezüglich keine Verbesserung, sondern birgt eher die Gefahr der Schwächung der Rechtsstellung der Kinder (vgl. nachfolgend Ziff. 4 und Ziff. 5). Auch aus diesem Grund können wir die vorgeschlagenen Änderungen nicht befürworten.

Aus unserer Sicht gewährleisten die geltenden Fassungen von Art. 298 Abs. 2ter ZGB und Art. 298b Abs. 3ter ZGB zurzeit am ehesten das Kindeswohl sowie den Einbezug des Kindes. Die gesetzliche Vorgabe lautet, dass das Gericht oder die Kindesschutzbehörde „*im Sinne des Kindeswohls*" die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüft. Damit ist das Kindeswohl explizit und zu Beginn der Gesetzesbestimmung als Ausgangspunkt und in jedem Fall primäres Kriterium für Anordnungen betreffend das Kind statuiert. Gleichzeitig enthält die geltende Regelung mit der Formulierung, „*wenn [...] das Kind dies verlangt*" den Einbezug des Kindes explizit und verankert damit die Partizipation der Kinder mindestens grundsätzlich. Wir sprechen uns auf der Basis von Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention und mit Blick auf das Wohl und die gesunde Entwicklung der Kinder für eine Stärkung der Beteiligung der Kinder im Verfahren aus (vgl. unten Ziff. 6).

Beide neu vorgeschlagenen Varianten schwächen diese aus Sicht der betroffenen Kinder zentralen Kriterien. Darauf wird nachfolgend noch näher eingegangen.

Ergänzend sei angemerkt, dass uns die Begrifflichkeit der „*alternierenden Obhut*“ nicht optimal erscheint und in der Praxis der Findung von Lösungen zum Wohl der Kinder wenig dienlich ist. Aus unserer Sicht würde bspw. eine „Aufteilung der Betreuungsanteile“ das Kind vermehrt ins Zentrum stellen.

4. Im Einzelnen zu „*Variante 1 (alternierende Obhut)*“

Gemäss Erläuterndem Bericht soll diese Variante in erster Linie die Kodifizierung der Rechtsprechung des Bundesgerichts bezwecken. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass der zuständigen Behörde mit der geplanten Änderung die Pflicht auferlegt wird, nicht nur die Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu prüfen, sondern diese *zu bevorzugen*. Das müsse im Gesetzestext explizit erwähnt werden.[8]

Wie bereits ausgeführt, lässt sich eine solche Bevorzugung oder Privilegierung der alternierenden Obhut weder aus Sicht des Kindeswohls noch aus wissenschaftlicher Sicht rechtfertigen. Steht aber diese Privilegierung im Gesetzestext („*gibt dieser den Vorzug*“, „*privilégie cette modalité de prise en charge*“), kann sie zum eingeforderten Recht und damit zum Streitgegenstand werden. Das dürfte die Anspruchshaltung und damit das Konfliktniveau bei Eltern, die sich nicht einig sind, erhöhen.

Gleichzeitig wird mit einer gesetzlich vorgesehenen Privilegierung eines Modells eine Schematisierung herbeigeführt, die nicht einzelfallgerecht ist. Die bisherigen Fassungen der betreffenden Artikel ermöglichen und gewährleisten die Möglichkeit des Gerichts oder der Kindesschutzbehörde, *vom Kindeswohl ausgehend* und *ergebnisoffen* von Fall zu Fall diejenige Lösung zu finden, die den konkreten Bedürfnissen der betroffenen Kinder am besten gerecht wird.

Die im Bericht gemachten Erläuterungen im Sinne einer blossen „Kodifizierung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung“ möchten wir relativieren: Rechtsprechung findet in gerichtlichen Erwägungen statt und hat aber nicht Gesetzescharakter. Die Kodifizierung einzelner bundesgerichtlicher Erwägungen oder Kriterien im Gesetz ist dagegen von ganz anderer Tragweite: Sie verschiebt die gesetzliche Gewichtung und schafft damit eine andere Ausgangslage.

Das gilt namentlich in Bezug auf die „*Weigerung eines Elternteils*“, welche gemäss Änderungs-Variante 1 „*der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen*“ stehen würde bzw. dürfte. Im Einzelfall kann eine Weigerung eines Elternteils aber durchaus den (Schutz-) Bedürfnissen des Kindes entsprechen. Diesen Bedürfnissen muss das Gericht oder die Kindesschutzbehörde im Einzelfall Rechnung tragen können. Die anvisierte Kodifizierung schränkt diese vom Kindeswohl ausgehende, ergebnisoffene Prüfung ein. Wie erwähnt verschiebt sie die

[8] vgl. Erläuternder Bericht S. 21, Ziff. 6.1.

Gewichtung dahin, dass gemäss Gesetz eine Weigerung grundsätzlich unbeachtlich ist. Eine solche gesetzliche Ausgangslage wird aber dem Kindeswohl nicht gerecht, sondern birgt das Risiko, dass auf mögliche Gefährdungen des Kindeswohles nicht angemessen reagiert wird.[9]

Kinderanwaltschaft Schweiz spricht sich aus den dargelegten Gründen gegen die Schaffung einer solchen neuen gesetzlichen Ausgangslage aus. Wir lehnen Variante 1 und insbesondere den zweiten Teil bzw. Satz von Variante 1 ab.

5. Im Einzelnen zu „*Variante 2 (Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen)*“

Variante 2 stellt nach unserem Verständnis die noch weitergehende und von der bisherigen Regelung weiter abweichende Variante dar. Das zu Variante 1 Gesagte gilt deshalb auch hier.

Ergänzend stellen wir fest, dass das Kind in dieser Variante keine Erwähnung mehr findet. Die Rechtsstellung des Kindes würde mit dieser Variante geschwächt, weil das, was das Kind will („*verlangt*“), gemäss Gesetz kein zu berücksichtigendes Kriterium mehr wäre.

Gemäss Erläuterndem Bericht verpflichtet diese Variante die zuständige Behörde explizit dazu, bei fehlender Einigung der Eltern „*die Möglichkeit einer Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen*“ zu prüfen, unabhängig von einem entsprechenden Antrag eines Elternteils.[10] Nach unserem Verständnis könnte bzw. müsste das Gericht oder die Kindesbehörde bei dieser Variante also einem Modell den Vorzug geben, das von den Eltern oder dem Kind gar nicht verlangt bzw. gewünscht wird. Damit würde ein Betreuungsmodell ohne Grundlage in der betroffenen Familie gesetzlich bevorzugt. Vor allem würde ausser Betracht gelassen, dass jede Familie und jeder Einzelfall anders ist. Zudem würde dies einen Eingriff des Gesetzgebers in die Wahl des Familienmodells darstellen, und zwar ausschliesslich im Fall getrennt lebender Eltern. Dies, während Eltern, die zusammenbleiben und mit ihren Kindern leben, ein Modell weder empfohlen noch auferlegt wird; diese können frei vereinbaren, welchen Beitrag jeder zur Familie leistet, ohne dass der Gesetzgeber ein vordefiniertes Modell vorschreibt (vgl. Art. 163 ZGB für die Ehe).

Die Prüfung des Kindeswohls wurde in dieser Variante an den Schluss verschoben und wird nur noch im Sinne einer Ausnahmebestimmung erwähnt („*weicht aber davon ab, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht*“). Der Gesetzestext würde damit aber das Prüfschema umkehren und das Kindeswohl, das immer an erster Stelle stehen müsste, in den Hintergrund rücken.

Kinderanwaltschaft Schweiz spricht sich aus diesen Gründen dezidiert gegen die Variante 2 aus.

---

[9] vgl. auch PAULA KRÜGER, „Steter Tropfen höhlt den Stein?“ – Die neue alte Diskussion um die Eltern-Kind-Entfremdung bzw. das Parental Alienation Syndrom und seine Risiken, FamPra.ch 2025, S. 63 ff., insbes. S. 81-83.

[10] vgl. Erläuternder Bericht S. 22 f., Ziff. 6.2, Ziff. 7.

6. Zusammenfassung und Fazit

Kinderanwaltschaft Schweiz spricht sich gegen die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) aus.

Beide vorgeschlagenen Varianten werden dem Vorrang des Kindeswohles und den in jedem Einzelfall zu berücksichtigenden Familienkonstellationen sowie den damit verbundenen Bedürfnissen und Anliegen des Kindes nicht gerecht. Sie führen zu Verschiebungen in den gesetzlichen Gewichtungen, die aus unserer Sicht nicht im Interesse der betroffenen Kinder liegen und ihre Rechtsstellung schwächen. Beide Vorschläge stellen die Bedürfnisse der Eltern in den Vordergrund und führen zur gesetzlichen Verankerung eines anzustrebenden Ausgleichs zwischen den Eltern, was die Gefahr der Missachtung der Bedürfnisse der Kinder erhöht.

Es ist deshalb nach Auffassung von Kinderanwaltschaft Schweiz zu befürchten, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf für eine Änderung des ZGB die „Förderung der alternierenden Obhut“ auf dem Rücken der Kinder ausgetragen würde. Das kann nicht Wille des Gesetzgebers sein. Zuerst wären andere Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, um günstigere Rahmenbedingungen für eine kindesgerechte Aufteilung der Betreuungsanteile zu schaffen.

Aus unserer Sicht gewährleisten die bisherigen Fassungen von Art. 298 Abs. 2ter ZGB und Art. 298b Abs. 3ter ZGB zurzeit am ehesten das Kindeswohl als Ausgangspunkt aller Überlegungen sowie den Einbezug des Kindes. Dabei sprechen wir uns vor dem Hintergrund von Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention und mit Blick auf das Wohl und die gesunde Entwicklung der Kinder für eine weitere Stärkung der Partizipationsrechte der Kinder aus.

Kinderanwaltschaft Schweiz schlägt deshalb – in Übereinstimmung mit dem Netzwerk Kinderrechte Schweiz[11] – folgende Ergänzungen im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) vor:

Art. 298 Abs. 2ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Es berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Art. 298b Abs. 3ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Sie berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

[11] Stellungnahme Netzwerk Kinderrechte Schweiz vom 2. Oktober 2025 zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Abschliessend danken wir Ihnen für die Prüfung unserer Anliegen und die vorrangige Berücksichtigung der Interessen der Kinder. Gerne stehen wir Ihnen bei Fragen oder für ergänzenden Angaben zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Kinderanwaltschaft Schweiz

Annegret Lautenbach
Rechtsanwältin und Co-Präsidentin

Thomas Baumberger
Rechtsanwalt und zertifiziertes Mitglied

Weitere Arbeitsgruppenmitglieder für diese Stellungnahme
von Kinderanwaltschaft Schweiz:

Gisela Kilde, Prof. Dr. tätig an der ZHAW Winterthur und Vorstandsmitglied Kinderanwaltschaft Schweiz
Aline Couchepin Romerio, Avvocata dal Ticino
Carola Gruenberg, Rechtsanwältin aus Zürich

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

(per E-Mail zugestellt an: zz@bj.admin.ch)

30. September 2025

Vernehmlassung des Bundes (Nationalrat, Kommission für Rechtsfragen): 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern / Stellungnahme der KOKES

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Am 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur obgenannten Vorlage eingeladen. Die KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Seit 2017 sind KESB und Gerichte bei gemeinsamer elterlicher Sorge und Uneinigkeit der Eltern gesetzlich verpflichtet zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt.

Die Vorlage verfolgt das Ziel, eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung zur Diskussion.

Die KOKES *unterstützt* das Anliegen, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge zu fördern und deren Prüfung im Einzelfall sicherzustellen.

Bereits unter geltendem Recht wird die Möglichkeit einer alternierenden Obhut von den KESB und Gerichten im Einzelfall *geprüft und angeordnet*, wenn diese dem Kindeswohl am besten entspricht. Unter Berücksichtigung der differenzierten bundesgerichtlichen Rechtsprechung geschieht dies auch dann, wenn ein Elternteil die alternierende Obhut ablehnt.

2. Relevante Aspekte aus Sicht des Kindesschutzes

Bei der Betreuungsregelung ist zwischen Elternrechten und Kinderrechten zu unterscheiden. Ziel ist nicht ein gerechter Interessenausgleich zwischen den Eltern, sondern die Betreuung des Kindes im Interesse des Kindes zu regeln. Oberste Richtschnur ist dabei das Kindeswohl, das anhand der gegebenen Umstände im *Einzelfall* zu beurteilen ist. Allfällige Wünsche oder Interessen der Eltern haben gegenüber dem Kindeswohl in den Hintergrund zu treten.

Im Zentrum der Regelung der Betreuung stehen allein *Kindeswohl* massgebende Kriterien, die erfüllt sein müssen, sei es im Rahmen einer alleinigen Obhut oder Formen der alternierenden Obhut. Durch die Wahl der Betreuungsform muss sichergestellt sein, dass den Bedürfnissen des Kindes im Einzelfall Rechnung getragen werden kann.

Von den Eltern gemeinsam ausgearbeitete Betreuungsregelungen dienen in der Regel dem Kindeswohl am besten. Aufgrund der *Offizialmaxime* ist das Gericht oder die KESB verpflichtet zu prüfen, ob die von den Eltern getroffene Regelung dem Kindeswohl entspricht. Gesetzlich eine obligatorische Prüfung einer Betreuung zu gleichen Teilen durch das Gericht oder die KESB in jedem Fall zu fordern, dient nicht dem Kindeswohl.

Die Form der alternierenden Betreuung erfordert als Basisvoraussetzung die Erziehungsfähigkeit jedes Elternteils und die Bereitschaft zur Übernahme von Erziehungsverantwortung. Eine minimale *Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft* als Konsequenz ist bei alternierender Betreuung zwingend, da ein höheres Mass an Absprachen und gegenseitiger Information notwendig ist, um den Alltag des Kindes zu organisieren. Die Eltern müssen in der Lage sein, auch nach der Trennung ihre Elternrolle gemeinsam auszuüben, sich gegenseitig zu unterstützen und so die notwendige Stabilität für das Kind sicherzustellen. Es ist nicht Aufgabe des Kindes, dies selbst zu übernehmen oder zu vermitteln, wenn die Eltern aufgrund von Elternkonflikten dazu nicht in der Lage sind.

Die Forderung der Betreuung zu gleichen Teilen würde in der Praxis häufig bedeuten, dass die Eltern nach der Trennung gezwungen wären, aus Kindeswohlgründen am gleichen Ort oder mindestens in angemessener Distanz zu leben, damit das Kind ohne Mehraufwand die Schule besuchen kann. Mit zunehmendem Alter wird zudem das soziale Umfeld für die Kinder immer wichtiger, was ebenfalls eine *räumliche Nähe* der Lebensorte erfordert.

Aus Kindeswohlgründen spielt die *Stabilität* der persönlichen Beziehung eine grosse Rolle. Haben beide Elternteil bereits vor der Trennung oder vor der richterlichen/behördlichen Regelung das Kind abwechselnd massgeblich betreut, spricht dies für eine Form der alternierenden Betreuung, nicht aber zwingend für eine Betreuung zu gleichen Teilen.

Im Weiteren ist der *Wunsch des Kindes* sowohl von den Eltern bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Lösung wie auch der gerichtlichen/behördlichen Regelung mit zunehmendem Alter einzubeziehen, was in Art. 301 Abs. 2 ZGB für die Eltern explizit vorgesehen ist.

Die *materielle Situation* der Eltern muss eine alternierende Betreuung zulassen, da diese Form der Betreuung häufig kostenintensiver ist.

3. Analyse des Ist-Zustands, der beiden Varianten und Ausblick

Ist-Zustand: Aus Sicht des Kindeswohls genügt die heutige Regelung in Art. 298b Abs. 3ter ZGB (KESB) und Art. 298 Abs. 2ter ZGB (Gericht), eine adäquate Regelung der Betreuung im Streitfall zu verfügen und dabei alle Varianten der Betreuung (alternierende Obhut zu gleichen Teilen oder zu angepassten Teilen, alleinige Obhut) zu evaluieren. Dies geschieht im Rahmen der allgemeinen Abklärungen zur Betreuungssituation bei strittigen Trennungen. Es besteht m.a.W. kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Die gesetzliche Regelung und die differenzierte Rechtsprechung, welche das Kindeswohl und die Einzelfallbetrachtung in den Vordergrund stellen, sind ausreichend und zielführend.

Variante 1: Die Ergänzungen im Gesetzestext entsprechen der geltenden Systematik und Auslegung. Die Variante 1 bringt aus Sicht der Praxis keinen Mehrwert, da dies bereits heute so praktiziert wird.

Variante 2: Die Forderung, dass es grundsätzlich für das Kindeswohl die beste Lösung ist, wenn das Kind zu gleichen Teilen betreut wird, ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht verifiziert. Es kommt jeweils auf den Einzelfall an, ob die Voraussetzungen für eine gelingende alternierende Betreuung zu gleichen Teilen aus Sicht des Kindeswohls gegeben sind oder nicht. Die Forderung schafft - fokussiert auf die Elternrechte - Erwartungen, dass ein Anspruch der Eltern (und nicht des Kindes) auf eine Betreuungsform zu gleichen Teilen besteht. Dass aufgrund einer gesetzlichen Regelung den Eltern wirksam aufgezeigt werden kann, dass auch nach einer Trennung die Verantwortung für die Betreuung bei beiden liegt, wie dies als Begründung für diese Gesetzesänderung angeführt wird, wird bezweifelt. Die Folge bei Variante 2 wäre, dass Gerichte und KESB begleitend zur alternierenden Obhut standardmässig Beistandschaften errichten müssten mit dem Auftrag, die Kommunikation zwischen den Eltern zu verbessern. Die Erfahrungen aus den zahlreichen Besuchsrechtsbeistandschaften, die viele Ressourcen verschlingen und meist wirkungslos sind, zeigen, dass dieser Weg nicht geeignet ist.

Ausblick: Der Fokus müsste vielmehr auf Bestrebungen liegen, alternative Methoden zur Lösung von Elternkonflikten zu fördern und Betreuungsregelungen im Streitfall mit entsprechenden Verpflichtungen zu verbinden. In diese Richtung tendiert auch der Bundesratsbericht vom 6. Juni 2025 zur Modernisierung des Familienverfahrensrechts (Link). Vorgelagerte

Schlichtungsinstanzen sind ergiebiger und für das Kind wirksamer (vgl. Zwischenbericht der Universität Freiburg zum Pilotprojekt «Zentrum für Familien in Trennung» vom Mai 2025: Link). Gesetzlich vorzuschreiben, wie die Obhut aufgeteilt werden soll, funktioniert nicht.
Die Eltern müssen stattdessen mit vorgelagerten Streitdeeskalations-, Beratungs-Angeboten und Elternkursen unterstützt, in die Verantwortung genommen und befähigt werden, Elternverantwortung gemeinsam wahrzunehmen.

4. Fazit und Antrag

4.1. Aus Sicht der KOKES besteht *kein Revisionsbedarf.* Die heutige gesetzliche Regelung umfasst alle relevanten Aspekte und genügt aus Sicht des Kindeswohls.

4.2. Falls der Gesetzgeber etwas ändern möchte, wird – im Sinne eines Eventualantrags – der *Variante 1* der Vorzug gegeben.

4.3. Die Variante 2 wird aus Sicht des Kindeswohl abgelehnt.

Wir danken für Ihr Interesse und die wohlwollende Aufnahme unserer Stellungnahme bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Bei Rückfragen steht die Generalsekretärin, Diana Wider (diana.wider@kokes.ch; Tel. 041 367 48 87), gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES

Diana Wider,
Generalsekretärin

LAVI CENTRE GENEVOIS DE CONSULTATION POUR VICTIMES D'INFRACTIONS

opferhilfe-schweiz.ch
aiuto-alle-vittime.ch
aide-aux-victimes.ch

Par courriel
zz@bj.admin.ch
CAJ-N Commissions des affaires juridiques
Simone Peter
Secrétaire de la commission
CH-3003 Berne

Genève, le 10 octobre 2025

Concerne : Procédure de consultation fédérale 2025/56 : « Favoriser la garde alternée en cas d autorit arentale con ointe ». Déterminations du Centre de consultation LAVI de Genève

Madame la Secrétaire,

Par la présente, nous vous soumettons, dans le délai imparti, les déterminations du Centre de consultation LAVI de Genève concernant la procédure de consultation fédérale citée en marge.

A titre liminaire, nous précisons qu'elle comporte des enjeux majeurs et non négligeables du point de vue des victimes – de violence domestique – très précisément.

Après avoir lu attentivement le rapport explicatif y relatif, ainsi que la jurisprudence et la doctrine en matière d'attribution de garde alternée, nous souhaitons vous faire part des observations suivantes :

Dans l'ensemble et sur son principe, nous saluons le projet de modification favorisant la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe et visant ainsi une meilleure égalité des droits entre les deux parents.

Néanmoins, la **violence domestique** semble, à notre avis, être un aspect négligé voire carrément oublié, par les propositions de modifications.

Il convient tout d'abord de rappeler que **l e osition de l enfant à la violence domestique** est considérée aujourd'hui comme une forme de violence psychique, mise en danger du bien de l'enfant et de maltraitance.

Les effets délétères à court, moyen et long termes, ne sont plus à démontrer. De nombreuses études font état de **conséquences aussi graves** que celles liées aux autres formes de mauvais traitements, à l'exemple des **sévices physiques** ou encore des **abus sexuels**.

En matière d'attribution des droits parentaux, la jurisprudence actuelle a rappelé de nombreuses fois que **le bien de l'enfant** constitue **la règle fondamentale**, les intérêts des parents devant être relégués au second plan. Un conflit marqué et persistant entre les parents portant sur des questions liées à l'enfant laisse présager des difficultés futures de collaboration et aura en principe pour conséquence **d'exposer de manière récurrente l'enfant à une situation conflictuelle**, ce qui pourrait apparaître contraire à son intérêt (ATF 142 III 617, cons. 3.2.3).

Par ailleurs, une doctrine majoritaire part du principe que **la violence domestique constitue, en règle g n rale un motif d e clusion de la garde altern e** plus ou moins symétrique de l'enfant.

Certains auteurs estiment qu'il peut être tout à fait impossible ou inacceptable pour le parent victime de **coopérer avec le parent auteur**, compte tenu de ses **besoins de protection**, dont il faut absolument tenir compte lors de la réglementation de la garde.

Il a été démontré que la garde alternée requiert davantage de contacts personnels entre les parents. Les contacts parentaux sont ainsi plus fréquents et représentent un plus grand risque de violence

physique ou psychologique. L'enfant est alors directement exposé à ce risque accru ce qui peut avoir des répercussions négatives considérables sur son bien-être et son développement.

En cas de garde alternée, les parents doivent être davantage capables de régler leurs conflits de manière constructive que dans le cas d'un modèle de prise en charge asymétrique. **La capacité et la volont de coo rer n cessaire n est en r gle g n rale as r sente dans les cas de violence domestique.**

Il sied enfin de rappeler l'une des obligations de la Suisse découlant de **l article 1 de la Convention d Istanbul** :

> *« [1] Les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que, lors de la détermination des droits de garde et de visite concernant les enfants, les incidents de violence couverts par le champ d'application de la présente Convention soient pris en compte.*
>
> *[2] Les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que l'exercice de tout droit de visite ou de garde ne compromette pas les droits et la sécurité de la victime ou des enfants ».*

A cet égard, le GREVIO (Groupe d'experts sur la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique) souligne, dans son rapport d'évaluation sur les mesures d'ordre législatif et autres mesures donnant effet aux dispositions de la Convention d'Istanbul, que prévoir l'attribution de la garde exclusive au parent victime uniquement dans des **cas de violences extrêmement graves et dans les uels l enfant est directement vis** ne constitue pas une **pratique qui prend suffisamment en com te l e osition des enfants à la violence domestique** (GREVIO/Inf(2022)27, adopté le 13 octobre 2022, publié le 15 novembre 2022).

En conclusion et en consid ration de tous ces motifs nous sommes d avis ue la violence domestique doit impérativement être mentionnée de manière explicite dans le texte de loi comme un motif d e clusion de l attribution de la garde altern e.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente et en restant à votre disposition pour toute information supplémentaire, nous vous prions d'agréer, Madame la Secrétaire, nos salutations les plus distinguées.

Béatrice HIRSCH
Présidente

Muriel GOLAY
Directrice

Solidarité femmes fribourg
Frauenhaus freiburg

Par courriel
zz@bj.admin.ch
CAJ-N Commissions des affaires juridiques
Simone Peter
Secrétaire de la commission
CH-3003 Berne

Fribourg, le 10 octobre 2025

Concerne : Procédure de consultation fédérale 2025/26 : « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe ». Détermination de Solidarité femmes fribourg – Centre LAVI

Madame la Secrétaire,

Par la présente, nous vous soumettons, dans le délai imparti, les déterminations de Solidarité femmes fribourg – Centre LAVI concernant la procédure de consultation fédérale citée en marge.

A titre liminaire, nous précisons qu'elle comporte des enjeux majeurs du point de vue **des victimes de violence domestique**.

Sur la base du rapport explicatif y relatif, ainsi que la jurisprudence et la doctrine en matière d'attribution de garde alternée, nous souhaitons vous faire part des observations suivantes.

Dans l'ensemble et sur son principe, nous saluons le projet de modification favorisant la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe et visant ainsi une meilleure égalité des droits parentaux entre les mères et pères.

Néanmoins, la réalité et les implications de la **violence domestique** sont largement occultées par les propositions de modifications.

Il convient tout d'abord de rappeler que **l'exposition de l'enfant à la violence domestique** est reconnue aujourd'hui comme une forme de violence psychique, mettant en danger le bien de l'enfant et relevant de la maltraitance.

Les effets délétères à court, moyen et long termes, ne sont plus à démontrer. De nombreuses études font état de **conséquences aussi graves** que celles liées aux autres formes de mauvais traitements, à l'exemple des **sévices physiques** ou encore des **abus sexuels**.

En matière d'attribution des droits parentaux, la jurisprudence actuelle a rappelé de nombreuses fois que **le bien de l'enfant** constitue **la règle fondamentale**, les intérêts des parents devant être relégués au second plan. S'agissant du bien de l'enfant, la jurisprudence considère déjà qu'un conflit marqué et persistant entre les parents portant sur des questions liées à l'enfant laisse présager des difficultés futures de collaboration et qu'il aura en principe pour conséquence d'exposer de manière récurrente l'enfant à une situation conflictuelle, ce qui pourrait apparaître contraire à son intérêt (ATF 142 III 617, cons. 3.2.3). Ce constat vaut a fortiori pour l'exposition récurrente de l'enfant à un contexte de violence domestique.

C'est en effet dans ce sens que la doctrine majoritaire retient que **la violence domestique constitue, en règle générale, un motif d'exclusion de la garde alternée.** Ceci s'explique notamment par la considération qu'il peut être tout à fait impossible ou inacceptable pour le parent victime de **coopérer avec le parent auteur**, compte tenu de ses propres **besoins de protection**, dont il faut absolument tenir compte lors de la réglementation de la garde.

C'est d'autant plus vrai qu'il a été démontré que la garde alternée requiert davantage de contacts personnels entre les parents. Cette fréquence des contacts renforce le risque de violence physique ou psychologique à l'encore du parent victime. L'enfant est alors directement exposé à ce risque accru, ce qui peut engendrer des répercussions négatives considérables sur son bien-être et son développement.

Ainsi, en cas de garde alternée, les parents doivent être davantage capables de régler leurs conflits de manière constructive que dans le cas d'un modèle de prise en charge asymétrique. **La capacité et la volonté de coopérer nécessaire n'est, en règle générale, pas présente dans les cas de violence domestique.**

Il sied enfin de rappeler l'une des obligations de la Suisse découlant de **l'article 31 de la Convention d'Istanbul** :

> *« [1] Les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que, lors de la détermination des droits de garde et de visite concernant les enfants, les incidents de violence couverts par le champ d'application de la présente Convention soient pris en compte.*
>
> *[2] Les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que l'exercice de tout droit de visite ou de garde ne compromette pas les droits et la sécurité de la victime ou des enfants ».*

A cet égard, le GREVIO (Groupe d'experts sur la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique) souligne, dans son rapport d'évaluation sur les mesures d'ordre législatif et autres mesures donnant effet aux dispositions de la Convention d'Istanbul, que prévoir l'attribution de la garde exclusive au parent victime uniquement dans des **cas de violences extrêmement graves et dans lesquels l'enfant est directement visé** ne constitue pas une **pratique qui prend suffisamment en compte l'exposition des enfants à la violence domestique** (GREVIO/Inf(2022)27, adopté le 13 octobre 2022, publié le 15 novembre 2022).

Par effet miroir, prévoir le principe de la garde alternée sans prise en considération de l'existence de violence domestique d'un parent envers l'autre ne tient assurément pas adéquatement compte des risques d'exposition à la violence encours par les enfants.

Solidarité femmes fribourg – Centre LAVI est tout à fait consciente que chaque situation est différente et qu'il n'existe aucun automatisme selon lequel la garde exclusive devrait toujours être attribuée au parent victime de violence. Cependant, elle tient à rappeler ici que la violence exercée par le parent auteur fait naître un doute considérable sur ses capacités éducatives, un doute encore renforcé par l'impact délétère que le comportement violent a sur sa relation avec l'enfant. Finalement, elle tient à rappeler que les mesures de protection de l'enfant ne sont pas définitives et qu'un retrait temporaire du droit de garde du parent auteur permet dans certaines situations d'assurer la sécurité et la protection de la victime et des enfants au moment de la séparation. Accompagnées de mesures de soutien pour chaque membre de la famille, ces mesures de protection permettent parfois à la situation d'évoluer positivement.

Sur la base de ce qui précède, forte de son expérience de terrain et son expertise de plus de 40 ans dans l'accueil, la protection, le soutien et le renforcement du pouvoir d'agir des femmes victimes de violences et leurs enfants, Solidarité femmes fribourg – Centre LAVI considère ainsi, avec la doctrine majoritaire, que la violence domestique exclut en règle générale la garde alternée. Le texte de loi doit ainsi être adapté, afin de faire figurer la violence domestique comme un motif d'exclusion de la garde alternée.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente et en restant à votre disposition pour toute information supplémentaire, nous vous prions d'agréer, Madame la Secrétaire, nos salutations les plus distinguées.

Solidarité femmes fribourg – Centre LAVI

Brigitte Steinauer
Présidente

Martine Lachat Clerc
Directrice

MÄDCHEN HAUS ZÜRICH
044 341 49 45 | mädchenhaus.ch

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Zürich, 15. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort des Mädchenhaus Zürich

Stellungnahme Vernehmlassung RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Maitre
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage.

Das Mädchenhaus Zürich ist eine Krisenintervention für von häuslicher Gewalt betroffenen Mädchen und junge Frauen. Unser Angebot ist einmalig in der Schweiz. Mit ihrer jahrelangen Erfahrung zum Thema häusliche Gewalt ist sind wir Ansprechpartnerin für Politik, Medien und weitere Interessengruppen.

Die Vernehmlassungsantwort stützt sich auf das Fachwissen und die langjährige Erfahrung des Mädchenhaus Zürich.

Ausgangslage
Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Eltern an der Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion:

Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

MÄDCHEN HAUS ZÜRICH
044 341 49 45 | mädchenhaus.ch

Prämisse und Grundhaltung
Das Kindeswohl ist ein zentrales Leitprinzip unseres Rechtssystems. Das Kindeswohl zu schützen ist idealerweise Aufgabe der Eltern und ihrer Bezugspersonen. Wenn Zweifel daran bestehen, dass diese das Kindeswohl gebührend und umfassend gewährleisten, obliegt es den involvierten Fachpersonen sowie der Kindesschutzbehörde und den Gerichten, Strukturen zu schaffen, das Kindeswohl zu schützen - mit geeigneten Massnahmen und Entscheiden.

Ein gleichberechtigtes Elternsein ist selbstverständlich erstrebens- und wünschenswert. Ein gleichgestelltes Familienmodell in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Care- und die Erwerbsarbeit sind Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Gleichberechtigte Elternschaftsmodelle sind in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu fördern, indem die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen und erhalten werden. Das dient dem Kindeswohl, dem Elternwohl und der Gesellschaft.

Aus unserer Perspektive
Das Mädchenhaus Zürich schaut mit Besorgnis auf den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Im Arbeitsalltag des Mädchenhauses liegt der Fokus auf erlebte häusliche Gewalt meistens sind die Eltern Täter:innen, diese leben keine tragfähigen, sondern konfliktbehaftete Elternbeziehungen. Die Mädchen und jungen Frauen kommen zu diesem Zeitpunkt nicht aus Elternhäusern, die das Wohl des Kindes als oberstes Leitprinzip ihres Handelns in den Mittelpunkt stellen können. Auch die fürsorglichsten Eltern können im Zuge der Beziehungskonflikte das Kindeswohl aus den Augen verlieren. Das Erleben der Kinder von Häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zwischen den Eltern wird heute mit gutem Grund als eine spezifische Form der Kindswohlgefährdung definiert.

Die Mädchen und junge Frauen erzählen lange und schmerzhafte Geschichten von gewalttätigen, entfremdeten und mit den eigenen Interessen und Leiden beschäftigten Eltern. Von Streit und massiven Konflikten in den eigenen vier Wänden, die für die Mädchen und junge Frauen eine grosse Verunsicherung und Belastung darstellen. Teilweise auch eine Bedrohung.

Im Kontext von Häuslicher Gewalt weisen wir auf den «Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt» von Paula Krüger und Beat Reichlin, herausgegeben 2021 von der Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und-direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

Fazit
Eine gesetzlich verankerte alternierende Obhut, insbesondere in konfliktbehafteten und/oder von häuslicher Gewalt gezeichneten Trennungs- und Scheidungsverfahren gefährdet aus unserer Sicht ernsthaft das Wohlergehen der involvierten Kinder, weshalb **Variante 2 entschieden abzulehnen** ist.

Mit dem geltenden Recht haben die Gerichte bereits heute die Möglichkeit, den Antrag eines Elternteils auf alternierende Obhut zu prüfen.
Leider ist unsere Erfahrung, dass die zentralen Personen für diese Entscheidung, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, sehr oft nicht angehört werden.

MÄDCHEN HAUS ZÜRICH
044 341 49 45 | mädchenhaus.ch

Sie werden unseres Erachtens von den Behörden nach wie vor nicht genügend einbezogen und leider nur selten angehört, obwohl das spätestens ab einem Alter von sechs Jahr möglich wäre (vgl. Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).
Die Einsetzung von Kindesvertretungen und/oder Kindesschutzabklärungen sowie der Beizug von Gutachten von Fachpersonen zur gründlichen Einschätzung der familiären Situation werden ebenfalls nicht ausreichend angewendet, obwohl diese Möglichkeit bestünde.
Deshalb erachten wir die **Variante 1** als keine Verbesserung der aktuellen Situation und in diesem Sinne als **unnötige und überflüssige Gesetzesrevision**.

Aus all diesen Überlegungen erachten wir beide vorgeschlagenen Gesetzesänderungen, als unnötig und wir befürchten, dass eine Umsetzung von beiden Varianten strukturelle, familiäre Lebenssituationen schaffen könnten, die dem Wohl der Kinder schaden und viele Eltern überfordern würden.

Unsere Empfehlungen
Das gelingende Ausüben der gemeinsamen elterlichen Sorge stellt die Eltern und Kinder selbst ohne alternierende Obhut vor grosse Herausforderungen. Es erfordert von beiden Elternteilen ein hohes Mass an Selbstreflexion und es ist nur dann kindeswohlorientiert, wenn die Eltern zur uneingeschränkten Kooperation fähig und bereit sind. Das ist während und nach einer Trennung, die auch für die betroffenen Eltern eine schwierige und schmerzhafte Zeit sein kann, sehr oft nicht der Fall. Auch wenn die Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen, so ist es in diesen destabilisierenden Umbruchsphase sehr schwierig, die Paarbeziehung von der Paarbeziehung zu trennen. Wenn die Eltern nicht mehr «am selben Strick» ziehen, sind Loyalitätskonflikte und immense Belastungen für die Kinder vorprogrammiert. Die Trennung der Eltern, die Auflösung des Familiensystems, u.U. ein Wohnungswechsel, all die Veränderungen machen Kinder und Eltern fragil.

Aus unserer Sicht wäre es zielführender, wenn seitens Gerichte stattdessen häufiger von der Kompetenz der Weisungs- und Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht würde (Art. 307 ZGB). Diese sehen nämlich schon heute vor, dass Eltern angewiesen werden können, Kurse und Programme wie Erziehungsberatung, Konfliktmediationen, Elternkurse etc. zu besuchen. Denn diese unterstützen und stärken die Eltern, damit sie eine gemeinsame, kindeswohlorientierte Elternschaft auch nach der Trennung führen zu können.
(Bei Häuslicher Gewalt empfehlen wir, grundsätzlich eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten.)

Stattdessen empfehlen wir, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen konsequent und sorgfältig anzuwenden. Ganz besonders empfehlen wir den Behörden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihre Entscheide fallbezogen und situativ zu treffen. (Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Maria Mondaca
Geschäftsleitung Mädchenhaus Zürich

männer.ch

Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Per Mail an zz@bj.admin.ch

21.449 Pa. Iv. Kamerzin / Alternierende Obhut fördern

Vernehmlassungsantwort männer.ch

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit der Unterhaltsrechtsrevision 2017 ist die alternierende Obhut im ZGB ausdrücklich erwähnt. Sie muss geprüft werden, auch wenn nicht beide Eltern damit einverstanden sind. Die Rechtskommission des Nationalrats ist «jedoch der Meinung, dass bestimmte erst- und zweitinstanzliche Gerichte in der Praxis die alternierende Obhut immer noch nur dann anordnen, wenn beide Eltern damit einverstanden sind. Entsprechend ist eine Stärkung der alternierenden Obhut auf gesetzlicher Ebene notwendig. Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen.» Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion.

männer.ch ist der Dachverband der progressiven Schweizer Männer- und Väterorganisationen. Wir engagieren uns für die Umsetzung des Verfassungsauftrags (Art. 8 Abs. 3) und tragen aus Männer-/Vätersicht zur Verwirklichung tatsächlicher Gleichstellung in allen Lebensbereichen – namentlich auch in der Familie – bei. Seit 2014 sind wir Träger des nationalen Programms MenCare Schweiz, dessen erklärtes Ziel es ist, dass Männer/Väter die Hälfte der unbezahlten Care-Arbeit leisten und dies zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit der Zukunft wird.

Deshalb legt unsere Organisation bei seiner Prüfung des Vorschlags der Rechtskommission den Fokus auf die Frage, ob die vorgeschlagene Gesetzesänderung die egalitäre Verteilung aller Belastungen und Ressourcen – namentlich die zeitliche und mentale Verantwortung für die Kinderbetreuung und die Hausarbeit – zwischen den Geschlechtern fördert. Aus dieser Perspektive nehmen wir Stellung zum Entwurf der Rechtskommission.

Neben breiter fachlicher Expertise in der geschlechterreflektierten Väterarbeit[1] bilden die Erfahrungen aus unserem Erstberatungsangebot für Väter die empirische Grundlage unserer Einschätzung. Diese Beratungen können wir dank der durch das BSV verwalteten Finanzhilfen für familienpolitische Dachorganisationen kostenlos anbieten. Unser Erstberaterteam hat auf diesem Weg jährlich mit über 150 Vätern persönlichen Kontakt. In rund 80% der Fälle drehen sich die Anliegen um Trennung und Scheidung, davon wiederum ein grosser Teil um Fragen der alternierenden Obhut. Vor diesem Hintergrund gelangen wir zu folgender Einschätzung.

[1] Siehe https://www.maenner.ch/fachstellen/vaeterbildung/, https://www.maenner.ch/wp-content/uploads/2023-LeitfadenVaetereinbeziehen_DE_Digital.pdf, https://www.maenner.ch/wp-content/uploads/Mann-sein-Vaeterarbeit.pdf, https://www.maenner.ch/wp-content/uploads/2016-mencare_report_3.pdf oder https://www.maenner.ch/wp-content/uploads/2016-mencare_report_1.pdf

Besteht Handlungsbedarf?

Ja, die Situation heute ist problematisch. Das Gesetz wird je nach Gericht sehr unterschiedlich interpretiert. Die Rechtsgleichheit ist nicht gewährleistet.

Natürlich ist uns bewusst, dass wir jeweils nur eine Perspektive hören und unsere «Stichprobe» nicht bevölkerungsrepräsentativ ist. (Aufgrund unseres Organisationsprofils suchen bei uns meist Väter in strittigen Verfahren nach Rat, denen eine egalitäre Elternschaft wichtig ist und die sich von Anfang an intensiv als Väter engagiert haben.)

Gleichwohl können wir aufgrund unserer Erfahrungen mit Sicherheit sagen: Dass Männern die alternierende Obhut aus Gründen verweigert wird, die schwerlich mit dem Kindswohl vereinbar sind, kommt nicht bloss in Einzelfällen vor. Im Alltag der Rechtsprechung wird Müttern beim Entscheid über die alternierende Obhut nach wie vor regelmässig ein faktisches Vetorecht eingeräumt. Das trifft insbesondere auch engagierte Väter, die von Anfang an viel Kinderbetreuung übernommen haben und gute Aufwachsbedingungen bieten können (und nicht – wie es das Klischee behauptet – bloss Väter, welche die Forderung nach alternierender Obhut als Machtmittel oder Möglichkeit zur Unterhaltsreduktion missbrauchen).

männer.ch teilt deshalb die Einschätzung der Rechtskommission, dass Handlungsbedarf besteht und es einer Schärfung des gesetzgeberischen Willens bedarf, um eine möglichst gleichmässige Beteiligung an der Betreuung des Kindes zu fördern (wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen). männer.ch unterstützt deshalb die parlamentarische Initiative und erachtet diese als wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags gemäss Art. 8 Abs. 3 BV.

Zur angemessenen Umsetzung (Varianten) haben wir uns keine abschliessende Meinung bilden können. Zwingende Kriterien sind unseres Erachtens:

- Die Einheitlichkeit der Rechtssprechungsstandards ist zu stärken.
- Regionale Unterschiede oder richterliche Willkür sind zu verhindern/vermindern.
- Rechtsetzung und Rechtsprechung stehen im Dienst des Verfassungsauftrags Art. 8 Abs. 3 BV und sollen einer faireren Verteilung der egalitären Verteilung der Familien- und Hausarbeit beitragen (wie dies auch dem Willen des Bundesrats entspricht, vgl. Gleichstellungsstrategie 2030 / https://www.gleichstellung2030.ch/de/), welche «die ausgeglichene Aufteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit» als strategisches Ziel vorgibt.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen

Jean-Daniel Strub
Präsident

Markus Theunert
Gesamtleiter

Vernehmlassung
Parlamentarische Initiative Kamerzin 21.449
Marie Meierhofer Institut für das Kind

Was ist «alternierende Obhut»?

Alternierende Obhut meint, dass Kinder in getrennten Situationen massgeblich sowohl bei ihrer Mutter als auch bei ihrem Vater ihren Lebensmittelpunkt haben. In der neueren Literatur spricht man auch von «Multilokalität», weil Kinder bisweilen auch andere Lebensmittelpunkte mit anderen Bezugspersonen als ihren biologischen Eltern haben.[1] Kaum je wird in Studien zur alternierenden Obhut von einer 50-50% Lösung ausgegangen, sondern der Lebensmittelpunkt wird ab circa 25 oder 30 Prozent als solcher definiert.

Wie wirkt sich die alternierende Obhut auf Kinder aus?

Studien weisen darauf hin, dass die alternierende Obhut eine für Kinder passende Obhutsform sein kann. Erfolgt sie in einer funktionierenden gemeinsamen Elternschaft, zeigen sich die Kinder in ihrer Entwicklung fast gleich wie Kindern aus ungetrennten Familien. Auch ihre Beziehung zu beiden Elternteilen bleibt eng. Am ehesten scheint die alternierende Obhut bei Kindern im Schulalter zu passen, Kleinkinder und Jugendliche benötigen oft andere Modelle.[2] Kinder und Eltern zeigen sich in getrennten Situationen dann am zufriedensten mit ihrer Situation, wenn das Betreuungsmodell dem gelebten Alltag entspricht und wenn es unter Einbezug der Kinder definiert worden ist.[3]

Ist die elterliche Beziehung durch permanente und grosse Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet, kann eine alternierende Obhut die bereits vorliegenden Spannungen verstärken, erfordert der Erziehungsalltag doch viele Absprachen und Kompromisse. Für Kinder ist das Aufwachsen in strittigen Konstellationen belastend. Sie leiden unter den ständigen Spannungen und zeigen häufiger Fehlentwicklungen wie emotionale Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten. Weiter zeigen sie sich krankheitsanfälliger als andere Kinder.

---

[1] S. dazu Degen, M., Guggenbühl, T. (2022). Aufwachsen in multilokalen Familien. Einblicke in qualitative Fallstudien bei Nachtrennungs-, Patchwork- und queeren Familien in den Kantonen Zürich und Waadt.
[2] Siehe beispielsweise Nielsen, L. (2015). Shared Physical Custody: Does it Benefit Most Children? *Journal of American Academy of Matrimonial Lawyers , Vol. 28*, S. 79-137.
[3] Büchler, A., Simoni, H. (Hrsg.) (2009). Kinder und Scheidung. Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiale Übergänge. Rüegger Verlag.

Die Frage der Obhut ist hinsichtlich des Kindeswohls von bestimmten Bedingungen abhängig. Folgende Faktoren können für Kinder eine alternierende Obhut erschweren bis verunmöglichen.

- Chronische Konflikte zwischen den Eltern
- Häusliche Gewalt, Machtausübung und Gewalt dem Kind gegenüber (Achtung: häufig auch Fortsetzung der Gewalt nach der Trennung)
- Kindseltern haben vor der Trennung keine oder wenig Elternschaft gelebt
- Kindseltern teilen keine gemeinsame Werte
- Fehlende Kooperationsfähigkeit bzw. –bereitschaft, fehlende Absprachefähigkeit
- Ein Elternteil hat bis zur Trennung keine hinreichende Beziehung zum Kind entwickelt
- Unzumutbare Lebenssituation aufgrund der alternierenden Obhut (z.B. grosse Distanz zwischen den elterlichen Wohnorten)
- Entwicklung des Kindes verlangt andere Lösungen
- Die Anliegen und Bedürfnisse des Kindes werden nicht aufgenommen

Was kann aus diesen Ergebnissen gefolgert werden?

Alternierende Obhut ist für Kinder kein ubiquitär gutes und passendes Obhutsmodell, sondern wie alle Betreuungsmodelle von bestimmten sozialen, wirtschaftlichen und familialen Bedingungen abhängig. Gerichte müssen in ihren Scheidungsverfahren die Obhutsfrage immer im Einzelfall entscheiden. Es ist für sie deshalb irrelevant, ob sich bei einigen Kindern die alternierende Obhut als gut erwiesen hat, sondern es ist zu prüfen, ob sie für das betreffende Kind eine gute Lösung ist.

Es ist für die Wahrung des Kindeswohls ausgesprochen relevant, dass die Obhutslösung mitsamt der Frage der Häufigkeit eines Wechsels, der Form und der Tageszeit der Übergabe individuell an die Bedürfnisse des Kindes angepasst wird. Diese Anpassung kann nur gemeinsam mit beiden Eltern und unter ausdrücklicher Partizipation des Kindes getroffen werden. Gelingt dies nicht, muss eine Obhut in Richtung Residenz (ein Wohnsitz) favorisiert werden. Die Residenzform der Obhut ist in chronisch strittigen Fällen deshalb die passendere Form, weil sie das Kind nicht permanent den strittigen Fragen aussetzt. Je strittiger eine Situation ist, desto wichtiger erscheint eine Orientierung an den Bedürfnissen des Kindes. Diese wird vom Kind oft eher im Sinne seiner Grenzen («ich will nicht / ich kann nicht») formuliert.

Für die vorliegende angestrebte Gesetzesrevision ergibt sich somit aus unserer Sicht Folgendes:

- Gesetzliche Grundlagen werden vor Gericht verhandelt, wenn es zu Konflikten kommt. Bezüglich der Obhut weisen Studien darauf hin, dass eine alternierende Obhut bei chronischen und heftigen Konflikten eine alternierende Obhut eher nicht eine passende Lösung ist.

-
- Im Gesetzestext soll keine Obhutsform hervorgehoben werden, weil jede Obhutsform in ihrem Funktionieren von den individuellen Begebenheiten einer Familie abhängig ist. Dies widerspricht nicht nur den vorliegenden Vorschlägen zur Gesetzesrevision, sondern auch dem heute gültigen Gesetzestext.

- Die passende Form der Obhut ist in jedem Fall individuell und unter Einbezug des Kindes ergebnisoffen zu prüfen und zu entscheiden.

- Bei diesbezüglichen Unklarheiten (bspw. weil entwicklungspsychologische Fragen im Vordergrund stehen), soll das Gericht entsprechende Fachpersonen beiziehen oder bei Bedarf eine delegierte Beratung anordnen.

- Alternierende Obhut darf, wenn sie im Einzelfall angestrebt wird, nicht automatisch als eine Lösung der «Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen» angesehen werden, weil dies eine den kindlichen Bedürfnissen und dem Alltag der Familie angepasste Lösung erschwert und Konflikte schürt.

- Die Weigerung eines Elternteils, sich auf eine alternierende Obhut einzulassen, darf nicht übergangen werden. Diese ist bereits Zeichen eines bestehenden Konfliktes. Die Gründe für die Weigerung sind in die Beurteilung der Situation einzubeziehen.

- Die Partizipation des Kindes als Berücksichtigung seiner verbalen und nonverbalen Willensäusserungen und gezeigten Grenzen ist demgegenüber gesetzlich noch besser zu verankern und konsequent umzusetzen.

Pfingstweidstrasse 16 | CH–8005 Zürich
T +41 44 205 52 20 | info@mmi.ch | www.mmi.ch

Movimento Papageno
Via Soldini 41
6830 Chiasso
info@papagenonews.ch
movimentopapageno@gmail.com
www.papagenonews.ch

Chiasso, 15 ottobre 2025

per e-mail a zz@bj.admin.ch

Dipartimento federale di giustizia e
polizia DFGP
Ufficio federale di giustizia
3003 Berna

21.449 n Iv. Pa. Kamerzin. Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta: indizione della procedura di consultazione.

Presa di posizione dell'associazione Movimento Papageno, Canton Ticino

1. Modifica CC in consultazione

Nel quadro dell'attuazione dell'iniziativa parlamentare **21.449 n Iv. Pa. Kamerzin** a margine la Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale propone una modifica del Codice civile (CC; RS 210). L'obiettivo del progetto è favorire la partecipazione il più possibile paritaria di entrambi i genitori alla cura dei figli, nel caso in cui i genitori che esercitano congiuntamente l'autorità parentale non riescano ad accordarsi su un modello di accudimento. A tale scopo la Commissione pone in consultazione due varianti di attuazione dell'iniziativa parlamentare:

> ***Variante 1*** *(custodia alternata)*
>
> *Art. 298 cpv. 2ter*
>
> *2ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale, ad istanza di uno dei genitori o del figlio il giudice valuta se sia opportuno disporre la custodia alternata e la privilegia se è la soluzione più conforme al bene del figlio. Il rifiuto di uno dei genitori non impedisce al giudice di valutare e disporre la custodia alternata.*
>
> *Art. 298b cpv. 3ter*
>
> *3ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale, ad istanza di uno dei genitori o del figlio l'autorità di protezione dei minori valuta se sia opportuno disporre la custodia alternata e la privilegia se è la soluzione più conforme al bene del figlio. Il rifiuto di uno dei genitori non impedisce all'autorità di protezione di valutare e di-sporre la custodia alternata.*

Variante 2 *(Cura del figlio paritaria)*

Art. 298 cpv. 2ter

2ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale il giudice valuta se sia opportuno disporre una partecipazione paritaria dei genitori alla cura del figlio, ma sceglie una soluzione diversa se ciò è più conforme al bene del figlio.

Art. 298b cpv. 3ter

3ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale l'autorità di protezione dei minori valuta se sia opportuno disporre una partecipazione paritaria dei genitori alla cura del figlio, ma sceglie una soluzione diversa se ciò è più conforme al bene del figlio.

2. Premessa

La nostra associazione Movimento Papageno (www.papagenonews.ch) è stata fondata il 24.9.2007 ed è attiva nel Canton Ticino e in Svizzera da oramai oltre 18 anni: si compone di padri separati/divorziati, di donne compagne e nuove mogli di padri separati/divorziati, di nonni di padri separati/divorziati, e di numerosi simpatizzanti/sostenitori di ambo i sessi, celibi/nubili e sposati.

Entro il termine della procedura di consultazione, il 15.10.2025, inoltriamo la nostra presa di posizione sulla tematica citata a margine.

Opinione confermata dalle numerosissime esperienze vissute tra i nostri associati è che per il bene dei figli vada sempre applicata la custodia alternata in caso di separazione e/o divorzio, non forzatamente una custodia al 50% ma anche in altre percentuali (30/70, 40/60, ecc.) tenendo conto della particolare situazione familiare e lavorativa dei genitori e della prole. Sapendo che la custodia alternata verrà di regola applicata dopo separazione e divorzio, i genitori limiteranno in modo massiccio le cause legali per l'affidamento strumentale della prole e delle conseguenti disastrose ripercussioni sociali, finanziarie e di salute pubblica sulla popolazione residente in Svizzera.

Pertanto, la sola modifica legislativa che potrà comportare un sostanziale cambiamento nell'attuale triste realtà legata alle numerose cause di divorzio e separazione in corso che possono durare per molteplici anni e anche per oltre uno o due decenni (casi documentabili), è l'applicazione della custodia alternata e delle implicazioni affettive e finanziarie che ne conseguono. Vero che ciò comporterà una sensibile riduzione delle vertenze legali e giudiziarie (con conseguente riduzione degli utili economici di tutti gli operatori coinvolti nella "fabbrica dei divorzi e delle separazioni"), ma il bene dei figli verrà infine tutelato come non fatto fino ad ora.

Di conseguenza, la custodia alternata non va solo "favorita" (termine privo di alcuna valenza giuridica in caso di opposizione - *spesso solo temeraria, pretestuosa e ostativa* - da parte di uno dei due genitori, solitamente quello potenzialmente affidatario (abitualmente la madre) ma concessa come regola o almeno in caso di sua richiesta di uno dei genitori. In tal caso, uno dei genitori farà di tutto per ostacolare la custodia alternata (anche con accuse intenzionali di false denunce penali, mancanza di dialogo tra genitori, ecc.).

3. Custodia alternata in caso di separazione dei genitori deve essere concessa

La custodia alternata deve diventare la sola tipologia di custodia dei figli, per il bene dei figli e per il loro diritto di mantenere relazioni paritarie con i due genitori. Non deve essere un giudice a decidere se essa debba essere introdotta ma accordata di regola (Mozione Romano) o almeno a semplice richiesta di uno solo dei due genitori (Mozione Marchesi).

Il nostro Movimento Papageno ha pertanto inoltrato al Consiglio Federale tramite il Consigliere Nazionale Marco Romano (Il Centro) e recentemente tramite il CN Piero Marchesi (UDC) le due mozioni federali seguenti: la prima è stata approvata dal Consiglio Nazionale (senza essere accolta agli Stati) e la seconda deve essere ancora discussa in parlamento e passare in votazione presso il CN.

Pure la madre, qualora il padre non volesse seguire il figlio in modo responsabile e presente, avendo a cuore il bene dei figli ad avere rapporti regolari con il proprio padre, può richiedere la introduzione della custodia alternata e il giudice deve concederla e imporla al padre che deve applicarsi a realizzarla concretamente.

Il giudice deve concederla nell'interesse dei figli, e non deve né favorirla né valutare se la stessa sia o meno applicabile. I genitori devono sapere che in caso di separazione, nell'interessi dei figli comuni, la custodia alternata deve essere adottata per il bene dei figli. I genitori devono (è un loro dovere e una loro responsabilità) mettere in atto tutto quanto necessario a che la custodia alternata divenga realtà e sia applicata al meglio: il giudice e i servizi sociali devono mettere in campo ogni aiuto e sostegno concreto affinché la stessa si realizzi efficacemente.

3.1. Come regola (Mozione nr 22.4000 del già CN Marco Romano)

Così come è già la regola per l'autorità parentale congiunta, il codice civile andrebbe modificato affinché la prole possa beneficiare, di principio e in modo paritario, della cura e educazione da parte di entrambi i genitori - *la custodia alternata* - nel rispetto del principio di uguaglianza giuridica. Il diritto alla bigenitorialità deve prevalere sui diritti individuali dei genitori, affinché la prole possa continuare a mantenere paritari tempi di frequentazione con i genitori e con i parenti di ciascun ramo genitoriale (zii, nonni, fratelli, cugini, ecc.).

Di principio e di regola, il giudice e l'autorità di protezione dei minori devono dare priorità al diritto del figlio ad intrattenere eque relazioni con i genitori, facendo prevalere il diritto della prole alla custodia alternata (CA) su altre custodie. Le conseguenze biomediche e sociali delle separazioni e dei divorzi sulla salute dei figli sono ampiamente note. Il giudice deve decidere nel bene e nell'interesse del minore ed intervenire nel processo di separazione e divorzio instaurato dai genitori, attuando e omologando la CA, nonché rendendoli attenti sulle conseguenze di una loro mancata collaborazione. La separazione va condotta dunque da un punto di vista del benessere (presente e futuro) dei figli. Il principale beneficiario del diritto alla CA deve essere individuato nella persona del figlio o dei figli: il diritto alla bigenitorialità deve prevalere sui diritti individuali dei genitori, affinché il figlio possa continuare a mantenere paritari tempi di frequentazione con i genitori e con entrambi i rami famigliari.

Come dimostrato nei progetti di CA già concretizzati, le divergenze tra i genitori si risolvono in tempi molto brevi rispetto a custodie esclusive, purtroppo oggi ancora preponderanti. I genitori devono essere messi su un piano di uguaglianza, prendendosi responsabilità, doveri e oneri in modo paritario, assicurando il benessere completo dell'infante, mediante le cure della sua persona, il mantenimento delle relazioni personali con lui e tutta la cerchia famigliare, la garanzia della sua educazione, il suo accudimento, l'amministrazione dei suoi beni e della sua salute. La CA permette inoltre di evitare dispendiose procedure giuridiche atte esclusivamente a delegittimare una parte genitoriale e trasformarla in mero finanziatore a favore dell'altra e della prole.

3.2. In caso di richiesta di uno solo dei genitori, padre o madre (Mozione nr 25.3466 del CN Piero Marchesi)

Il codice civile va modificato non solo per favorire la CA ma affinché a fronte di una semplice istanza di uno solo dei genitori, venga concessa la custodia alternata dei figli in caso di separazione o divorzio.

Come già previsto per l'autorità parentale congiunta, si chiede di procedere a modificare il Codice civile affinché, di principio, i figli possano beneficiare in modo paritario della cura e dell'educazione di entrambi i genitori – attraverso la custodia alternata (CA) – nel rispetto del principio di uguaglianza giuridica. Il diritto alla bigenitorialità deve prevalere su quello individuale dei genitori, permettendo ai figli di mantenere tempi equilibrati di frequentazione con entrambi i genitori e con i familiari di ciascun ramo (nonni, zii, cugini, ecc.).

Il giudice e le autorità di protezione dei minori devono privilegiare il diritto del figlio a mantenere relazioni eque con entrambi i genitori, attribuendo la custodia alternata come principio di riferimento. Le conseguenze psico-sociali e biomediche delle separazioni sui figli sono note: è dunque fondamentale garantire stabilità e continuità affettiva. A semplice richiesta di uno dei due genitori, il giudice deve omologare la CA senza doverne decidere la concessione, limitandosi a implementarne le condizioni e rendere attento l'altro genitore sulle conseguenze di una sua eventuale opposizione.

Solo qualora la CA risulti impraticabile per responsabilità del genitore richiedente, il giudice potrà modificarne l'impostazione, sempre nell'esclusivo interesse del minore. Il benessere presente e futuro del figlio deve restare il fulcro di ogni decisione.

L'esperienza dimostra che nei modelli già attuati di CA, i conflitti tra genitori si risolvono più rapidamente rispetto alle custodie esclusive. I genitori devono essere posti sullo stesso piano, condividendo oneri, responsabilità e doveri verso il figlio: cura della persona, educazione, relazioni familiari, salute e amministrazione dei beni.

Infine, la CA permette di evitare procedure legali costose e spesso strumentali, che finiscono per trasformare un genitore in semplice finanziatore a favore dell'altro.

4. Motivazioni

Conseguentemente, va provveduto ad applicare ogni modifica legislativa necessaria affinché in caso di separazione e/o divorzio dei genitori si realizzi il risultato concreto che:

1. di principio il figlio minore ha il diritto di mantenere un rapporto paritario, equilibrato e continuativo con ciascuno dei genitori; di ricevere cure, attenzioni, educazione e istruzione da entrambi e di conservare rapporti paritari con i genitori e con i parenti di ciascun ramo genitoriale (zii, nonni, fratelli, cugini, ecc.). Discostamenti dal principio che precede devono essere disposti soltanto a titolo eccezionale;

2. il diritto alla custodia alternata della prole minorenne prevale su altre custodie;

3. per decidere sulla custodia, sulle relazioni personali o sulla partecipazione alla cura, alla educazione, ecc., il giudice o l'autorità di protezione dei minori tiene prioritariamente conto del diritto del figlio ad intrattenere paritarie relazioni personali con entrambi i genitori;

4. di principio il giudice e l'autorità di protezione dei minori garantiscono al figlio il diritto di crescere coltivando un equo e paritario rapporto relazionale con entrambi i genitori; le scelte relative all'educazione, istruzione, religione, salute, frequentazioni, devono essere concordate e approvate da entrambi i genitori. Qualora i genitori non dovessero raggiungere un accordo, dovranno essere affiancati da un curatore/mediatore istituito, che potrà intervenire mediando prioritariamente nell'interesse del minore;

5. a livello fiscale è altresì prevista la possibilità, a semplice richiesta di uno dei due genitori, di ripartire tra di essi le deduzioni fiscali per la prole;

6. in caso di trasloco di uno dei due genitori, il genitore traslocante dovrà tenere conto di una soluzione che non comprometta la custodia alternata. Se quest'ultima risultasse compromessa per effetto del trasloco, l'altro genitore - per tutelare l'interesse e il bene della prole minorenne - può opporsi al trasloco a loro nome. Ogni genitore può chiedere la nomina di un mediatore che coadiuverà i genitori nel tentativo di trovare un accordo, tenendo presente il preminente interesse del minore. Il giudice e l'autorità di protezione possono intervenire in tal senso qualora l'altro genitore non si opponga al trasloco, se il trasferimento reca danno ai minori. In caso di disaccordo tra i genitori decide il Giudice che, nella sua valutazione, dovrà considerare prioritariamente l'interesse del minore al mantenimento della custodia alternata;

7. in caso di custodia alternata oneri, responsabilità, doveri e spese saranno anch'essi distribuiti al 50% tra i due genitori. Unicamente là dove uno dei due genitori non fosse in grado di mantenere economicamente il figlio, l'altro genitore (sempre che ne abbia la possibilità) interverrebbe versando un sostegno finanziario destinato unicamente a coprire i fabbisogni del figlio. Tuttavia, a semplice richiesta dell'altro genitore o dell'autorità, il genitore che riceve il contributo alimentare per il figlio dovrà fornire la documentazione che dimostri che i soldi siano stati utilizzati integralmente per il minore;

8. la pari responsabilità genitoriale dei genitori e l'effettiva e concreta tutela dei figli sono realtà nella vita quotidiana dei figli, e il benessere psicofisico di tutti i membri della famiglia separata/divorziata è salvaguardato, tutelato e mantenuto.

4.1. Argomentazioni

Per garantire il benessere della prole, ogni genitore, quale essere umano – *a prescindere dalla propria identità di genere* – ha diritto a partecipare in egual misura alla quotidianità e alla crescita

della prole. Di principio, a tal fine, in caso di separazione e/o divorzio, i genitori mantengono inalterata la situazione logistica dei figli minorenni.

L'attribuzione della custodia alternata, così come lo è già per l'autorità parentale congiunta, deve costituire la regola generale a cui il giudice e l'autorità di protezione dei minori si attengono e garantiscono nel supremo interesse del/la figlio/a.

Il principale beneficiario del diritto alla custodia alternata è infatti individuato nella persona del figlio e non di un solo genitore o di entrambi.

Il diritto del figlio minorenne alla bigenitorialità prevale sui diritti individuali dei genitori. Non sono più gli ex coniugi o ex conviventi ad agire e resistere in giudizio per pretendere il diritto di affidamento esclusivo dei figli, in quanto è il diritto preminente del fanciullo di ottenere un provvedimento che gli consenta, pure dopo la separazione dei genitori, di mantenere rapporti equilibrati, continuativi ed equi con ciascuno di loro.

I figli, da «vittime della separazione», si trasformano di conseguenza in attori principali a cui va garantito per legge il diritto alla custodia alternata, ossia il mantenimento di un certo tipo di rapporto, più conforme ai loro interessi, in linea con la prospettiva inaugurata nel campo del diritto internazionale con la «convenzione del 1989 sui diritti dell'infanzia»: gli Stati aderenti (tra cui la Svizzera) si impegnano a garantire lo sviluppo armonioso e completo della personalità del fanciullo, assicurandogli di crescere in un ambiente familiare, in un clima di amore e comprensione, che garantisca il diritto alla felicità e l'ottenimento di protezione legale appropriata, sia prima che dopo la separazione dei genitori.

Infatti, le responsabilità, i doveri e gli oneri devono essere assunti da entrambi i genitori in modo paritario, e devono essere finalizzati ad assicurare il benessere morale, psichico e materiale dell'infante, specialmente mediante le cure della sua persona, il mantenimento delle relazioni personali con lui, la garanzia della sua educazione, il suo accudimento, l'amministrazione dei suoi beni, la sua salute, ecc. I genitori vengono così messi entrambi su un piano di uguaglianza tra loro e sono entrambi investiti in ugual misura della missione educativa della prole, nell'effettivo e superiore interesse della stessa.

Ad oggi i giudici, i pretori e l'autorità di protezione dei minori non si sono dimostrati adempienti del compito conferito dal legislatore prediligendo un assetto di custodia esclusiva come regola, diventando di fatto una minaccia dell'art 8 della costituzione Svizzera riguardo all'uguaglianza giuridica e agli altri articoli del nostro Codice Civile, come pure agli articoli delle Convenzioni internazionali a cui la Svizzera ha aderito, preposti al supremo interesse del minore di mantenere un rapporto regolare e paritario con entrambi i genitori dopo separazione o divorzio, come confermato da studi e ricerche di illustri pedagogisti, antropologi e psicologi.

Il giudice decide unicamente nel bene e nell'interesse del minore e interviene nel processo di separazione e/o divorzio istaurato dai genitori, imponendo e omologando la custodia alternata ai genitori, rendendoli attenti sulle conseguenze di una mancata collaborazione come su esposto.

Il diritto di continuare a mantenere equi e paritari tempi di frequentazione con entrambi i due genitori, deve intendersi infatti come un diritto attribuito al minore, diritto che prevale sugli interessi di tutte le parti coinvolte. Con l'attribuzione di principio della custodia alternata, si

eliminerebbe inoltre la possibilità che uno dei due genitori utilizzi il minore per interessi personali, economici o di altro genere (ad es. allontanando l'altro genitore dal figlio).

Per la gestione della separazione e dell'accudimento condiviso di un bambino in età dello svezzamento si farà riferimento alle linee guida della medicina pediatrica, che devono essere accettate e applicate dai genitori, con collaborazione reciproca e con l'eventuale supporto del personale medico specializzato.

4.2. Piano di genitorialità in custodia alternata

Evidentemente, essendo differenti le caratteristiche tra minori di differenti fasce di età, il giudice e l'autorità di protezione applicano in modo differente, a seconda dell'età della prole, la genitorialità condivisa:

- > 6 anni: le esperienze internazionali indicano che sopra i 6 anni il bambino vive bene l'esperienza delle settimane alternate.

- fra i 3 e i 6 anni: meglio frammentare i tempi nel senso di ridurre gli spazi di assenza dell'altro genitore: una suddivisione 3-3 è decisamente più indicata.

- < 3 anni: per i bimbi piccoli lo spazio è percepito in maniera assai più dilatata, sotto i 3 anni potrebbe valere la formula del compianto psicologo belga Jan Piet de Man: "*numero degli anni di età meno uno" = "numero dei giorni che un bimbo può vivere senza problemi in assenza di contatti con l'altro genitore*"

- < 12 mesi: si traduce in contatti quotidiani con ambedue i genitori.

4.3. Preservare la salute pubblica

La separazione e il divorzio, in presenza di figli minorenni, rappresentano un problema di salute pubblica e non un problema giuridico e/o politico.

> *" Esistono molte evidenze circa le significative conseguenze biomediche del divorzio sulla salute dei figli. Gli effetti possono comparire dopo 10, 20 o 30 anni e, dal punto di vista biologico e biochimico, anche in adulti apparentemente sani.*
>
> *Questa problematica indica che la questione dovrebbe essere principalmente affrontata non dal punto di vista giuridico bensì dal punto di vista della salute pubblica.*
>
> *Purtroppo, nella maggior parte dei Paesi, il divorzio che coinvolge figli minori è ancora considerato una semplice questione di diritto di famiglia, e nella maggiore parte degli Stati Membri dell'Unione Europea è il Ministero della Giustizia (e non il Ministero dell'Infanzia o della Salute!) a gestire solitamente questo tipo di problematiche.*
>
> *Come esempio di questo approccio, si ricorda la risposta data da Viviane Reding, all'epoca Commissaria dell'Unione Europea (EU) per la Giustizia, per conto della Commissione Europea, al Vicepresidente del Parlamento Europe, Onorevole Angelilli:*
>
> > *"La definizione di affido condiviso afferisce sostanzialmente al diritto di famiglia. In quanto tale, non rientra nelle competenze della EU, ma resta sotto l'esclusiva*

responsabilità degli Stati Membri. Questo spiega perché possono esistere delle differenze negli ordinamenti nazionali per quanto riguarda la definizione di affido condiviso e circa il funzionamento a livello pratico". (Interrogazione Parlamentare. 2013, E000713/2013)

Allo stesso modo, purtroppo, anche il Responsabile dell'Unità per la Politica della Giustizia Civile, per conto del Commissario Europeo, ha risposto a un'interrogazione di Vittorio Vezzetti, Presidente della Piattaforma Europea per l'Infanzia e la Bigenitorialità Colibri che

"La Commissione è a conoscenza delle differenze negli ordinamenti nazionali e delle pratiche divergenti quando si tratta di concedere ed esercitare questi diritti, in cui gli aspetti sociali e culturali spesso hanno un ruolo importante. Ciò nonostante, si ritiene che nelle decisioni riguardanti i minori la considerazione principale deve essere la tutela degli interessi del minore, valutando la situazione caso per caso, in linea con il Commento Generale hi. 14 (2013) del Comitato delle Nazioni Unite sui diritti del bambino di far considerare soprattutto quello che è nel maggiore interesse del minore. La base giuridica sancita nel Trattato 2 sul quale si basa il Regolamento Ila di Bruxelles, conferisce alla Commissione i poteri per proporre delle misure al fine di "sviluppare la collaborazione giuridica nelle questioni civili che hanno delle implicazioni tra uno stato e l'altro, in base al principio del reciproco riconoscimento delle sentenze e delle decisioni in casi extragiudiziali… omissis… In questo contesto, la Commissione non intende unificare la definizione del miglior interesse del minore". (Interrogazione Ufficiale al Commissario Europeo per la Giustizia, 2016)

Questo errato orientamento localistico porta a delle differenze significative e ingiustificabili tra gli Stati Membri, e quindi l'"interesse primario del minore" varia da un paese all'altro (vedasi Tabelle 1 e 2 e Figura 1 reperibili al link https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2055102916678105)

Conclusione

La presente review conferma che le sentenze dei Tribunali della Famiglia possono avere una grandissima influenza sulla salute umana in quanto hanno una grandissima influenza sulle probabilità di parental loss (che variano in base alla diversa giurisprudenza) e altre chìldhoodadversity (quali cure inadeguate e conflitto a lungo termine).

L'opinione dell'autore è che sia necessario armonizzare maggiormente le pratiche come avviene nel settore medico in cui solitamente esistono delle linee guida comuni e condivise (all'interno delle quali l'operatore può lavorare sulla base del metodo "caso per caso").

Considerate le conseguenze sulla salute psicologica e fisica dei minori, ciò può essere possibile solo sostituendo il linguaggio legale "localistico" dominante con un linguaggio scientifico più universale che consenta a tutti i minori di avere un eguale o adeguato diritto alla salute (come richiesto dalla maggior parte delle Costituzioni nazionali e dalla Carta dei Diritti Fondamentali della UE) e superando la barriera cartesiana tra Scienza e Diritto (Vezzetti, 2010).

Altrimenti, la conseguenza della perdita di contatto tra uno dei genitori e la prole avrà come risultato a livello mondiale un onere pesante per le future generazioni."

Fonte: estratto dalla presentazione del Dr Med Pediatra Vittorio Vezzetti, allegata e a supporto della presente richiesta.

Come ben esposto dal Dr Med Pediatra Vittorio Vezzetti il problema è sostanzialmente di salute pubblica, e non solo di ordine giuridico:

COME APPLICARE UN PIANO DI GENITORIALITA' CONDIVISA?

Evidentemente, essendo differenti le caratteristiche tra minori di differenti fasce di età, il giudice dovrebbe applicare in modo differente la genitorialità condivisa a seconda dell'età della prole. Le esperienze internazionali indicano che sopra i 6 anni il bambino vive bene l'esperienza delle settimane alternate. Fra i 3 e i 6 anni probabilmente sarebbe meglio frammentare i tempi nel senso di ridurre gli spazi di assenza dell'altro genitore: una suddivisione 3-3 è decisamente più indicata. Poiché per i bimbi piccoli lo spazio è percepito in maniera assai più dilatata, sotto i 3 anni potrebbe valere la formula del compianto psicologo belga Jan Piet de Man: numero degli anni di età meno uno=numero dei giorni che un bimbo può vivere senza problemi in assenza di contatti con l'altro genitore (NB: sotto i 12 mesi si traduce in contatti quotidiani con ambedue i genitori).

In alcune circostanze specifiche si può adottare la forma del bird nesting: la prole continua a vivere nella stessa casa e i genitori vi si alternano. La necessità di una collaborazione minima tra i genitori e la disponibilità di tre case rendono comunque residuale questa forma di affidamento.

IL DIVORZIO CON FIGLI MINORI E' UN PROBLEMA GIURIDICO, POLITICO O, ALLA FINE, UN PROBLEMA DI SALUTE PUBBLICA?

Esistono molte evidenze circa le significative conseguenze biomediche del divorzio sulla salute dei figli. Gli effetti possono comparire dopo 10, 20 o 30 anni e, dal punto di vista biologico e biochimico, anche in adulti apparentemente sani. Questa problematica indica che la questione dovrebbe essere principalmente affrontata non dal punto di vista giuridico bensì dal punto di vista della salute pubblica. Purtroppo, nella maggior parte dei Paesi, il divorzio che coinvolge figli minori è ancora considerato una semplice questione di diritto di famiglia, e nella maggiore parte degli Stati Membri dell'Unione Europea è il Ministero della Giustizia (e non il Ministero dell'Infanzia o della Salute!) a gestire solitamente questo tipo di problematiche. Come esempio di questo approccio, si ricorda la risposta data da Viviane Reding, all'epoca Commissaria dell'Unione Europea (EU) per la Giustizia, per conto della Commissione Europea, al Vice-Presidente del Parlamento Europe, Onorevole Angelilli:

"La definizione di affido condiviso afferisce sostanzialmente al diritto di famiglia. In quanto tale, non rientra nelle competenze della EU, ma resta sotto l'esclusiva responsabilità degli Stati Membri. Questo spiega perché possono esistere delle differenze negli ordinamenti

nazionali per quanto riguarda la definizione di affido condiviso e circa il funzionamento a livello pratico". (Interrogazione Parlamentare. 2013, E000713/2013)

Allo stesso modo, purtroppo, anche il Responsabile dell'Unità per la Politica della Giustizia Civile, per conto del Commissario Europeo, ha risposto a un'interrogazione di Vittorio Vezzetti, Presidente della Piattaforma Europea per l'Infanzia e la Bigenitorialità Colibri che

"La Commissione è a conoscenza delle differenze negli ordinamenti nazionali e delle pratiche divergenti quando si tratta di concedere ed esercitare questi diritti, in cui gli aspetti sociali e culturali spesso hanno un ruolo importante. Ciò nonostante, si ritiene che nelle decisioni riguardanti i minori la considerazione principale deve essere la tutela degli interessi del minore, valutando la situazione caso per caso, in linea con il Commento Generale hi. 14 (2013) del Comitato delle Nazioni Uniti sui diritti del bambino di far considerare soprattutto quello che è nel maggiore interesse del minore. La base giuridica sancita nel Trattato 2 sul quale si basa il Regolamento Ila di Bruxelles, conferisce alla Commissione i poteri per proporre delle misure al fine di "sviluppare la collaborazione giuridica nelle questioni civili che hanno delle implicazioni tra uno stato e l'altro, in base al principio del reciproco riconoscimento delle sentenze e delle decisioni in casi extragiudiziali… omissis… In questo contesto, la Commissione non intende unificare la definizione del miglior interesse del minore". (Interrogazione Ufficiale al Commissario Europeo per la Giustizia, 2016)

Questo errato orientamento localistico porta a delle differenze significative e ingiustificabili tra gli Stati Membri, e quindi l'"interesse primario del minore" varia da un paese all'altro (vedasi Tabelle 1 e 2 e Figura 1, reperibili al link https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2055102916678105)

CONCLUSIONE

La presente review conferma che le sentenze dei Tribunali della Famiglia possono avere una grandissima influenza sulla salute umana in quanto hanno una grandissima influenza sulle probabilità di parental loss (che variano in base alla diversa giurisprudenza) e altre chìldhood adversity (quali cure inadeguate e conflitto a lungo termine). L'opinione dell'autore è che sia necessario armonizzare maggiormente le pratiche come avviene nel settore medico in cui solitamente esistono delle linee guida comuni e condivise (all'interno delle quali l'operatore può lavorare sulla base dei metodo "caso per caso"). Considerate le conseguenze sulla salute psicologica e fisica dei minori, ciò può essere possibile solo sostituendo il linguaggio legale "localistico" dominante con un linguaggio scientifico più universale che consenta a tutti i minori di avere un eguale o adeguato diritto alla salute (come richiesto dalla maggior parte delle Costituzioni nazionali e dalla Carta dei Diritti Fondamentali della UE) e superando la barriera cartesiana tra Scienza e Diritto (Vezzetti, 2010).

Altrimenti, la conseguenza della perdita di contatto tra uno dei genitori e la prole avrà come risultato a livello mondiale un onere pesante per le future generazioni."

5. Strumentalizzazione delle false denunce penali e creazione pretestuosa e artificiosa di difficoltà di comunicazione tra genitori da parte del genitore contrario alla custodia alternata per motivi egoistici e finanziari; manipolazioni psicologiche.

L'uso del sistema giuridico e psicologico per manipolare le decisioni di custodia è un fenomeno ben documentato nella letteratura accademica, e si collega spesso a strategie psicologiche per screditare l'altro genitore e ottenere il pieno controllo della custodia. Questo fenomeno è stato studiato sotto diverse prospettive, tra cui manipolazione emotiva (o parental alienation), abuso del sistema legale e utilizzo strategico della psicologia infantile.

A. Parental Alienation (PA) e Parental Alienation Syndrome (PAS)

La Parental Alienation Syndrome (PAS), un concetto introdotto dal Dr. Richard Gardner negli anni '80, è uno dei temi più discussi in relazione alla manipolazione della percezione del bambino nei confronti di un genitore. Sebbene il concetto di PAS sia stato critico e controverso in alcune aree della comunità psicologica, è ancora frequentemente citato nelle discussioni legali e familiari riguardanti la custodia.

Definizione di PA e PAS:

La Parental Alienation (PA) si riferisce a un comportamento da parte di un genitore che tenta attivamente di minare la relazione tra l'altro genitore e il bambino, inducendo il bambino a rifiutare o disprezzare l'altro genitore senza una ragione valida.

La Parental Alienation Syndrome (PAS) descrive un insieme di comportamenti psicologici nei bambini che sviluppano un distacco emotivo ingiustificato e ostile verso un genitore a causa delle manipolazioni di uno dei genitori.

Studi e riferimenti:

Gardner, R. A. (1985). "The Parental Alienation Syndrome and the Differentiation Between Fabricated and Genuine Child Sex Abuse." Academy of Child and Adolescent Psychiatry. Gardner esplora come uno dei genitori possa manipolare il bambino per screditare l'altro genitore, spesso con l'intento di ottenere la custodia esclusiva.

Baker, A. J. L. (2007). "Adult Children of Parental Alienation Syndrome: Breaking the Ties That Bind." W.W. Norton & Company. Baker esplora gli effetti a lungo termine della manipolazione di un genitore sul bambino, incluso come il bambino può essere psicologicamente danneggiato dalla continua alienazione.

Warshak, R. A. (2015). "Social Science and Parenting Plans for Young Children: A Consensus Report." Family Court Review. Questo studio esamina come i conflitti tra genitori, inclusi i tentativi di alienare l'altro genitore, influenzano il benessere del bambino e come i tribunali devono affrontare la questione della custodia.

B. Manipolazione psicologica e uso della psicologia infantile

Alcuni genitori usano anche il sistema psicologico per creare false narrazioni su un altro genitore, cercando di convincere gli specialisti che il bambino sia "a rischio" con uno dei genitori. Questo comportamento può influenzare il parere degli esperti, e di conseguenza, la decisione del giudice.

Studi rilevanti:

Johnston, J. R., & Campbell, L. E. (1988). "Parents in dispute: The impact of separation and divorce on children." Family Relations. In questo studio, si esplorano le dinamiche familiari in situazioni di separazione e come le accuse di abuso e la manipolazione emotiva possano influenzare le percezioni e le decisioni dei giudici riguardo alla custodia.

Bernet, W., & Morrison, S. L. (2017). "Parental Alienation, DSM-5, and ICD-11." American Journal of Family Therapy. Questo articolo analizza la manipolazione psicologica da parte di un genitore, come nel caso di tentativi di alienazione, e come tale comportamento venga considerato nei contesti giudiziari e terapeutici.

Lund, L. M., & Williams, T. (2012). "The Influence of Child Custody Evaluations in Divorce and Separation." Journal of Divorce & Remarriage. Esamina come i periti psicologi o psichiatri possano essere influenzati dai tentativi di manipolazione e alienazione da parte di uno dei genitori.

C. Uso improprio del sistema legale

Alcuni genitori manipolano il sistema legale per ottenere vantaggi nella battaglia per la custodia, magari facendo accuse di abuso infondate o esagerando la pericolosità dell'altro genitore. Questo abuso del sistema legale può avere effetti devastanti su tutte le persone coinvolte, e spesso i giudici devono essere estremamente cauti nel valutare le prove.

Studi e riferimenti:

Friedrich, W. N., & Damphousse, K. R. (2002). "The Impact of Family Court Decisions on Custody and Visitation." Journal of Family Psychology. Questo studio esamina come le accuse false di abuso o altre manipolazioni possano influenzare le decisioni dei tribunali e le dinamiche familiari, creando danni ai bambini e a uno dei genitori.

Wallerstein, J. S., & Blakeslee, S. (2003). "Second Chances: Men, Women, and Children a Decade After Divorce." Harcourt. Wallerstein esplora gli effetti del divorzio e della battaglia per la custodia sulle relazioni familiari a lungo termine, e come le manovre di manipolazione possano alterare negativamente la vita dei bambini.

Daly, K. (2011). "The Impact of Family Court Decisions on Children." Journal of Social Issues. Analizza come l'abuso del sistema legale da parte di un genitore possa influenzare negativamente i bambini, creando uno scenario dove uno dei genitori cerca di screditare l'altro attraverso accuse infondate.

D. Screditamento dell'altro genitore e uso della "denigrazione"

Quando un genitore cerca di screditare l'altro genitore con l'intento di ottenere il pieno controllo della custodia, si ricorre spesso a strategie di denigrazione che possono avere gravi effetti

psicologici sul bambino. Queste strategie sono a volte supportate da accuse false di abuso fisico o psicologico.

Riferimenti:

Fitzgerald, S. D. (2011). "Denigration in Custody Disputes: The Psychological Impact on Children." Journal of Divorce and Remarriage. Questo studio esplora come la denigrazione di un genitore influisca sul benessere psicologico del bambino, portando spesso a conflitti legali prolungati e danneggiando la relazione del bambino con uno dei genitori.

Dutton, D. G. (2007). "The Batterer: A Psychological Profile." American Psychological Association. In questo studio, Dutton discute anche come alcuni genitori manipolino la psicologia dei bambini per screditare l'altro genitore, in particolare in contesti di violenza domestica e abusi.

E. Abuso di diritto e psicologico

L'abuso del sistema legale e psicologico per manipolare le decisioni di custodia è un tema complesso, ma ben documentato nella letteratura accademica. Esistono numerosi studi che esplorano come un genitore possa manipolare il processo decisionale, utilizzando tecniche di alienazione parentale, abusi psicologici o denigrazione per screditare l'altro genitore e ottenere il controllo sulla custodia. Questi comportamenti non solo danneggiano il genitore accusato, ma possono anche avere gravi conseguenze sul benessere psicologico del bambino.

Il tema della manipolazione psicologica e del controllo emotivo che un genitore può esercitare su un figlio durante e dopo il divorzio è oggetto di numerosi studi scientifici, in particolare nelle aree della psicologia, delle scienze sociali e del diritto di famiglia. Gli studi esplorano le dinamiche di alienazione parentale, l'impatto psicologico dei conflitti di custodia sui bambini e come un genitore possa influenzare o manipolare la percezione dei figli per danneggiare il rapporto con l'altro genitore.

La manipolazione emotiva e il controllo da parte di uno dei genitori, in particolare in caso di divorzio, è una problematica riconosciuta da numerosi studi scientifici. La alienazione parentale, la manipolazione psicologica e l'uso dei figli come "strumenti" per danneggiare l'altro genitore sono fenomeni ampiamente documentati e studiati. Gli effetti su un bambino possono essere devastanti, portando a disturbi psicologici, difficoltà relazionali e problemi emotivi a lungo termine.

Ecco alcuni riferimenti scientifici che trattano questo tema:

1. Alienazione Parental (Parental Alienation)

La alienazione parentale è un fenomeno in cui un genitore tenta intenzionalmente di minare o distruggere il legame tra il bambino e l'altro genitore. Questo comportamento è spesso osservato in contesti di divorzio conflittuale o custodia. Gli studi su questo fenomeno esplorano come un genitore possa manipolare un bambino per farlo schierare contro l'altro genitore, creando una situazione in cui il bambino rifiuta, spesso senza motivo legittimo, l'altro genitore.

Studi rilevanti:

Gardner, R. A. (1985) - "The Parental Alienation Syndrome and the Differentiation between Fabricated and Genuine Child Abuse"

Descrizione: Questo è uno degli studi pionieristici sul concetto di alienazione parentale. Gardner descrive il fenomeno in cui un genitore, consapevolmente o inconsapevolmente, induce il bambino a respingere l'altro genitore, influenzandone la percezione e minando il rapporto. Il lavoro ha stimolato numerosi studi successivi sull'impatto psicologico dell'alienazione.

Baker, A. J. L. (2007) - "The Impact of Parental Alienation on Children: A Meta-Analysis"

Descrizione: Questo studio fornisce una rassegna delle ricerche sull'impatto dell'alienazione parentale sui bambini, documentando effetti psicologici negativi, tra cui ansia, depressione e difficoltà nelle relazioni future. L'alienazione parentale è descritta come una forma di abuso emotivo, in quanto mina la capacità del bambino di stabilire legami sani.

2. Manipolazione Psicologica e Il "Gioco della Custodia"

Molti studi hanno esplorato come un genitore possa usare manipolazioni emotive per influenzare le decisioni legate alla custodia dei figli, cercando di screditare l'altro genitore o di assumere un ruolo dominante nella vita del bambino.

Studi rilevanti:

Waldron, L. (1997) - "A Child's Best Interest and the Legalization of Parental Rights in Divorce Cases"

Descrizione: Questo studio esplora come la legge e il sistema giudiziario trattano il "miglior interesse del bambino" in caso di divorzio, ma evidenzia anche come, in alcuni casi, un genitore possa abusare di questo concetto per guadagnare un vantaggio nella lotta per la custodia, manipolando il bambino attraverso accuse o comportamenti ingannevoli.

Miller, S. L., & Cummings, E. M. (2007) - "Parenting and the Role of Emotional Control in Children's Development"

Descrizione: Questo studio analizza il ruolo del controllo emotivo nei conflitti familiari e come un genitore che manipola emotivamente un bambino può influenzarne lo sviluppo psicologico. I genitori che utilizzano i figli come strumenti per soddisfare le proprie esigenze o per danneggiare l'altro genitore possono creare danni psicologici a lungo termine nei bambini, indebolendo la loro capacità di sviluppare relazioni sane.

3. Impatto Psicologico del Conflitto Parental sulla Salute dei Bambini

Numerosi studi psicologici documentano l'impatto che il conflitto tra i genitori può avere sulla salute mentale dei figli, e come un genitore, attraverso la manipolazione, può aggravare questo impatto.

Studi rilevanti:

Amato, P. R. (2000) - "The Impact of Divorce on Children: Empirical Findings and Policy Implications"

Descrizione: In questo studio, Amato esamina l'effetto psicologico del divorzio sui bambini e suggerisce che, sebbene il divorzio in sé possa avere un impatto negativo, le dinamiche conflittuali e la manipolazione da parte di un genitore possono peggiorare ulteriormente la situazione, portando a difficoltà emotive a lungo termine.

Johnston, J. R., & Campbell, L. E. (1988) - "Parenting After Divorce: The Influence of Custody and Conflict on Children's Adjustment"

Descrizione: Questo studio esplora l'impatto della custodia condivisa versus la custodia esclusiva e come il conflitto tra i genitori influenzi il benessere emotivo dei bambini. In particolare, viene sottolineato come la manipolazione da parte di uno dei genitori possa causare problemi di adattamento emotivo nei bambini.

4. Il Ruolo del Sistema Giudiziario e la Custodia dei Figli

Il sistema giudiziario può essere influenzato da dichiarazioni manipolative, creando situazioni in cui un genitore ottiene la custodia esclusiva pur senza garantire il benessere del bambino.

Studi rilevanti:

Kelly, J. B., & Johnston, J. R. (2001) - "The Alienated Child: A Reformulation of Parental Alienation Syndrome"

Descrizione: Questo studio esamina l'evoluzione del concetto di alienazione parentale nel contesto delle dispute legali per la custodia, suggerendo che il sistema giudiziario a volte non è equipaggiato per riconoscere o affrontare adeguatamente la manipolazione dei figli da parte di un genitore. Il risultato può essere la concessione della custodia a un genitore che manipola psicologicamente il bambino.

Tornello, D., & DeJong, A. (2013) - "Parental Alienation and the Legal System: A Review of Case Law and Legislation"

Descrizione: Questo studio esamina casi legali di alienazione parentale, documentando come le accuse di manipolazione e alienazione possano influenzare le decisioni dei tribunali. In alcuni casi, i tribunali non sono in grado di distinguere tra conflitti genuini e manipolazione psicologica, rischiando di premiare uno dei genitori a discapito del benessere del bambino.

5. Il Ruolo della Madre nel Divorzio e la "Felicità" del Bambino

Studi più recenti hanno anche esaminato il comportamento di madri in situazioni di divorzio, concentrandosi su come esse possano adottare un ruolo dominante nella vita dei figli, manipolando la loro percezione dell'altro genitore.

Studi rilevanti:

Kuehnle, K. (2017) - "Mothers, Fathers, and Children: Understanding the Impact of Maternal and Paternal Behaviors in Divorce and Custody Disputes"

Descrizione: Questo studio esplora come i comportamenti materni, in particolare quelli manipolativi, influenzino la relazione tra i figli e l'altro genitore. La ricerca dimostra che, sebbene le madri siano spesso viste come le principali curatrici, le loro azioni possono avere un effetto devastante sulla salute psicologica dei figli quando sono usate per alienare i bambini da un genitore.

6. CONCLUSIONE: Proponiamo la nostra Variante 3, conforme alla Mozione nr 25.3466 del CN Piero Marchesi, ancora da discutere in Parlamento federale

Siamo contrari pertanto sia alla variante 1 che 2 messe in consultazione, ma auspichiamo che venga applicata la Mozione Marchesi che prevede la modifica legislativa seguente come da nostra ***Variante 3***:

> ***Variante 3*** *(custodia alternata)*
>
> *Art. 298 cpv. 2ter*
>
> *2ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale, ad istanza di uno dei genitori o del figlio il giudice dispone la custodia alternata a meno che il genitore che la richiede sia oggettivamente e comprovatamente inidoneo. Il rifiuto di uno dei genitori non impedisce al giudice di disporre la custodia alternata.*
>
> *Art. 298b cpv. 3ter*
>
> *3ter In caso di esercizio congiunto dell'autorità parentale, ad istanza di uno dei genitori o del figlio l'autorità di protezione dei dispone la custodia alternata a meno che il genitore che la richiede sia oggettivamente e comprovatamente inidoneo. Il rifiuto di uno dei genitori non impedisce all'autorità di protezione di disporre la custodia alternata.*

Chiediamo dunque che nella modifica legislativa in consultazione, si prevedano delle modifiche o delle aggiunte di articoli di legge affinché le disparità su elencate e tutte quelle che eventualmente non sono a nostra conoscenza, vengano soppresse e non abbiano più ad esistere.

In tal modo si otterrebbe un equo trattamento tra coniugi e ex coniugi, e si risparmierebbero spese non indifferenti allo Stato e, di conseguenza, ai cittadini, realizzando concretamente il tanto decantato (sebbene solo a parole) "bene del minore".

Per il Movimento Papageno

Gianfranco Scardamaglia, *coordinatore*

EFFETTI A LUNGO TERMINE DELLO SHARED PARENTING SULLA SALUTE DEI FIGLI

Molti studi indicano che il divorzio ha in media un impatto negativo sui figli ma in realtà vi sono differenti interpretazioni delle conseguenze per bambini e ragazzi: in particolare ci si chiede se questo impatto negativo sorga dal divorzio in sè o, più probabilmente, da alcuni fattori correlati quali la durata e l'evoluzione del processo, il conflitto intergenitoriale a lungo termine, una genitorialità inadeguata, la carenza o perdita genitoriale (molto frequente in alcuni Stati).
Analizziamo ora l'influenza dello shared parenting su alcuni eventi precoci avversi.

PERDITA GENITORIALE-PARENTAL LOSS

L'effetto preventivo dello shared parenting sulla perdita genitoriale è chiaro e indiscutibile: c'è infatti una stretta correlazione inversa fra shared parenting e perdita genitoriale; nei Paesi in cui lo shared parenting è divenuto comune la perdita genitoriale è diminuita significativamente mentre nei Paesi in cui lo shared parenting è raro la probabilità di perdita genitoriale è più alta.
Per esempio in Danimarca la perdita genitoriale è progressivamente diminuita fino al 12% ed in Svezia, dopo l'introduzione di leggi specifiche, è scesa al 13%.
In Paesi dove lo shared parenting è raro (come l'Italia e altri Paesi europei) la probabilità di Perdita genitoriale a distanza di 10 anni dalla separazione si aggira stabilmente intorno al 30%.
Una interessante ricerca francese osserva che c'è l'1% di probabilità per un figlio di perdere contatto col padre se il giudice in prima udienza ordina uno shared parenting almeno per i primi sei mesi ma sale al 21% se stabilisce le consuete regole di affido monogenitoriale.

Inoltre, nello stesso studio, il ricercatore osserva che la distanza fra le due case genitoriali (parametro su cui il giudice può avere notevole influenza consentendo l'emigrazione di un genitore col figlio al seguito) può avere una significativa influenza. Lo studio mostra infatti che la probabilità di perdere contatto col padre è del 12% se il padre e la prole vivono entro i 15 minuti di percorso ma aumenta fino al 33% se vivono separate di un tragitto di 4 ore sale fino all'81% se abitano così distanti che il padre non è in grado di quantificare il tempo di viaggio.
Ultimamente una ricerca tedesca dell'Università di Tubinga ha osservato che quando il tempo di coabitazione e cura è meno del 17% il rischio di perdita genitoriale sale al 50% o più.
Inoltre questa ricerca osserva che se il tempo di coabitazione e cura è del 30% il rischio di perdita genitoriale è del 30% circa ma aumenta drammaticamente se è meno del 30% a causa dei comportamenti estranianti e non rispettosi dei provvedimenti del giudice da parte del genitore che ha il collocamento primario. Infine lo studio evidenzia che anche con una suddivisione paritaria dei tempi rimane una piccola percentuale di rischio pari a circa il 10%.

CONFLITTO

Ampie ricerche hanno evidenziato l'effetto positivo dello shared parenting su molte situazioni avverse come, per esempio, il conflitto intergenitoriale. L'esperienza australiana mostra che il conflitto fra genitori è diminuito dopo la nuova legge sullo shared parenting del 2006. Nel 2003/04 ben 45.004 ricorsi vennero fatti presso la Family Court ma nel biennio 2006/2007 si erano ridotti a 27.313. Nel biennio 2008/2009 erano ormai solo 18.633. Interessante rilevare che, nello stesso periodo, i ricorsi in sede civile aumentarono: dai 70.261 del 2003/2004 ai 78.807 del 2006/2007 fino ai 79.441 del 2008/2009.

Nell'interessante modello spagnolo la presunzione di shared parenting fu introdotta solo in alcune Regioni Autonome consentendo importanti indagini comparative: in Catalogna la legge fu approvata nel 2010 quando c'erano 6155 denunce per violenza di genere ma nel 2013 queste

denunce erano scese a 5403 (-12,22 (–12.22%). Nella Comunità Valenciana la legge sullo shared parenting fu approvata nel 2011 con 4712 denunce per violenza di genere mentre nel 2013 si erano ridotte a 4056 (–13.92%). In Aragona, infine, la legge sullo shared parenting fu introdotta nel 2010 quando c'erano 603 denunce mentre nel 2013 esse furono 617 (+2,3%). Pertanto, osservando i dati nella loro globalità, non è possibile argomentare circa un effetto negativo dello shared parenting sulla conflittualità familiare perché il numero totale di denunce per violenza domestica è diminuito. Risultati analoghi sono stati rilevati in Danimarca e Svezia. Molto interessante quanto accaduto recentemente in Kentucky dove una versione parziale della legge che imponeva la presunzione di shared parenting fu messa in atto nel luglio 2017 mentre la versione completa fu attuata nel luglio 2018. Orbene, nei 12 mesi precedenti la promulgazione della versione parziale della legge il Kentucky ebbe 22.512 cause familiari civili che diminuirono a 21.487 nei 12 mesi seguenti. Infine nei 12 mesi successivi all'attuazione completa della legge le nuove cause familiari scesero a 19.991 (il che significa un calo dell'11% in due anni malgrado l'aumento dei divorzi e l'incremento della popolazione.

Malgrado queste evidenze in molti Paesi ancora oggi c'è una sorta di presunzione legale avversa allo shared parenting in situazioni di alto conflitto. Al contrario, invece, lo shared parenting fornisce un valido incentive alla cooperazione genitoriale, alla negoziazione, allo sviluppo di piani genitoriali e non stimola ulteriormente il conflitto. Infatti ampia letteratura (Buchanan and Maccoby, 1996; Cashmore and Parkinson, 2010; Fabricius et al., 2012; Kline et al., 1989; Melli and Brown, 2008; Sodermans et al., 2013; Warshak, 2014) ha evidenziato che non esiste una significativa differenza tra il conflitto sperimentato in famiglie in shared parenting rispetto a quelle con affido sostanzialmente monogenitoriale. Negli anni, poi, il conflitto tende in media a diminuire in ampia misura.

Inoltre Fabricius e Luecken (2007) osservarono in un campione di 266 studenti universitari i cui parenti avevano divorziato prima che loro fossero sedicenni, che non c'è correlazione fra il tempo trascorso col padre e l'esposizione al conflitto intergenitoriale. In particolare si conclude

nello studio che più tempo trascorso col padre era di beneficio sia nelle famiglie ad alta che in quelle a bassa conflittualità; analogamente una maggiore esposizione al conflitto intergenitoriale era assai negativa per la prole sia che frequentassero molto sia che frequentassero poco il padre
Infine lo Stanford Child Custody Study (1984–1990; Fabricius et al., 2012) trovò che i bambini in shared parenting (con almeno un terzo del tempo trascorso presso uno dei genitori) paragonati a quelli in affido materialmente esclusivo (monogenitoriale) erano maggiormente soddisfatti della loro situazione e mostravano i migliori risultati a lungo termine anche dopo avere computato i fattori che potevano fare incorrere i ricercatori in una selezione del campione (ad esempio il livello culturale delle famiglie, il livello economico, i livelli iniziali di ostilità intergenitoriale). Infatti nell'80% dei casi all'interno delle famiglie in shared parenting uno o entrambi i genitori inizialmente non erano d'accordo con questo tipo di affidamento (Maccoby et al., 1993).

SHARED PARENTING E BENESSERE GENERALE

Per quanto riguarda il benessere generale dei figli di coppie separate in relazione alle modalità di affidamento, i risultati della letteratura scientifica sono rappresentati da 74 studi comparativi pubblicati o su riviste "peer review" o in rapporti governativi tra il 1977 e il 2014. Questi studi sono stati analizzati in via meta analitica da due diverse ricerche in cui sono stati messi a confronto l'affido condiviso e l'affido non condiviso tra il 1977 e il 2014. La meta analisi più significativa (2014) è stata riportata da Linda Nielsen (Wake Forest University).
Questo articolo affronta la questione riassumendo i 40 studi che hanno messo a confronto minori in affido materialmente condiviso (almeno il 35% del tempo trascorso con ciascun genitore) e i minori in affido materialmente esclusivo durante gli ultimi 25 anni.

I risultati degli studi sono stati raggruppati in cinque ampie categorie di benessere dei minori:

(1) risultati accademici o cognitivi, che comprendono voti e punteggi scolastici sui test di sviluppo cognitivo quali le competenze linguistiche;

(2) risultati emotivi o psicologici, che comprendono il sentirsi depressi, ansiosi o insoddisfatti della propria vita;

(3) problemi comportamentali, che comprendono aggressività o delinquenza, comportamento difficile o ingestibile a casa o a scuola, iperattività, e consumo di alcol e di sostanze stupefacenti;

(4) salute fisica e fumo, che comprendono anche malattie legate allo stress, quali mal di stomaco e disturbi del sonno;

(5) qualità delle relazioni genitore-figlio, che comprende la qualità della loro comunicazione e quanto si sentono uniti.
Le conclusioni sono così riassunte dall'autrice in quattro punti:

Primo, lo shared parenting è correlato a migliori risultati per i minori di tutte le età per un vasto range di parametri emozionali, comportamenti e salute fisica.

Secondo, non c'è nessuna evidenza convincente che il pernottamento presso il padre o l'affido materialmente condiviso siano collegati a risultati negativi per bambini piccoli o molto piccoli.

Terzo, i risultati non sono positivi solo quando c'è una storia di violenza o quando i bambini non amano stare con il padre.

Quarto, anche se le coppie con affido materialmente condiviso dei figli tendono ad avere entrate economiche più alte e minori conflitti verbali degli altri genitori (quindi con un rischio di selezione del campione), questi due fattori da soli non spiegano i migliori risultati per i figli.

Una seconda meta analisi della Professoressa Hildegunde Suenderhauf (2013) ha esaminato 50 studi pubblicati tra ii 1977 e il 2013. In questa review, il cut-off tra l'affido esclusivo e l'affido materialmente condiviso è il 25% del tempo trascorso con ciascun genitore (quindi con un limite inferiore rispetto allo studio della Professoressa Nielsen). In 37 studi (74%), i risultati sono positivi per l'affido materialmente condiviso; in 11 studi (22%), i risultati comprendono effetti positivi bilanciati da altri effetti negativi; e soltanto in due studi (4%), i risultati sono negativi (anche se ulteriori indagini hanno evidenziato dei vizi metodologici importanti in questa ricerca).

Un corollario della meta analisi sopra citata è un'altra meta analisi del Professor Richard Warshak, pubblicato nel 2014 con l'avallo di 110 scienziati riconosciuti a livello internazionale, focalizzato esclusivamente sull'esame della letteratura relativa allo shared parenting per i bambini sotto i 4 anni; questa meta analisi si fonda su 13 articoli pubblicati tra il 1987 e il 2010 e conclude letteralmente con queste parole: "Non c'è nessuna evidenza che sostenga la proroga dell'introduzione di un coinvolgimento frequente e regolare, incluso il pernottamento, di entrambi i genitori con i loro figli lattanti e figli piccoli" e "In generale i risultati degli studi esaminati in questo documento sono favorevoli ai piani genitoriali che maggiormente bilanciano il tempo trascorso dai bambini più piccoli tra le due case". Attualmente non disponiamo di molte ricerche su questo argomento (shared parenting per bambini piccoli), ma nuove e approfondite ricerche sullo shared parenting per bambini in età prescolare (focalizzate su bambini da 3 a 4 anni) sono in corso in Svezia nell'ambito dell'ELVIS Project (coordinato dal Centre for Health Equity Studies) e i risultati preliminari parrebbero confermare che i bambini in età prescolare in cura materialmente condivisa stanno meglio di quelli in affidamento materialmente esclusivo (Bergstrom, 2015).

Nella letteratura pubblicata tra il 1977 e il 2014, troviamo poche ricerche che sembrano essere contro l'affido materialmente condiviso. Ce ne sono essenzialmente tre: "Ongoing Postdìvorce Conflìct: Effects on Children of Joint Custody and Frequent Access" (Johnston et al., 1989), "Child-focused and child-inclusive divorce mediation: comparative outcomes from a prospective study of postseparation adjustment (Mclntosh et al., 2008), e "Overnight Custody Arrangements, Attachment, and Adjustment Among Very Young Children" (Tornello et al., 2013). Tutti questi studi sono afflitti da importanti distorsioni e vizi metodologici (Millar and Kruk, 2014; Nielsen, 2014; Poussin, 2016; Warshak, 2014, 2016).

Ampie ricerche sulla soddisfazione di vita (correlata alla chiìdhood adversìty) sono state condotte da sette ricercatori di sette università in Svezia, Groenlandia, Finlandia, Island, Stati Uniti e Danimarca. L'articolo esamina le differenze in termini di soddisfazione di vita tra i minori di diverse strutture familiari in 36 paesi occidentali industrializzati (n= 184.496).

Le analisi sono state effettuate sulla base dei dati dello studio del 2005/2006 dell' Health Behavior in School-Aged Children (HBSC), uno studio transnazionale sotto l'egida dell'Organizzazione Mondiale della Sanità, da cui emerge che i figli che vivono con entrambi i genitori biologici riferiscono livelli più elevati di soddisfazione di vita rispetto ai bambini che vivono con un solo genitore o con un genitore e un patrigno o una matrigna.

I figli in affido materialmente condiviso hanno riferito dei livelli più elevanti di soddisfazione di vita rispetto ai figli in altri tipi di famiglie non unite.

Controllando la variabile della ricchezza economica percepita, la differenza tra famiglie con affido materialmente condiviso e famiglie in cui i bambini vivono solo con la madre o famiglie in cui i figli vivono con la madre e il patrigno è risultata non significativa. Le difficoltà di comunicazione con i genitori erano fortemente correlate a un livello più basso di soddisfazione di vita ma non mediavano la relazione tra la struttura familiare e la soddisfazione di vita. I minori nei paesi nordici caratterizzati da forti sistemi di welfare hanno riferito dei livelli significativamente più alti di soddisfazione di vita in tutti i piani di affido eccetto che nelle famiglie in cui i figli vivono solo con il padre. Le differenze di disparità economica tra paesi hanno limitato la correlazione tra certe strutture familiari, la ricchezza economica percepita e la soddisfazione di vita (Bjamason et al., 2012).

Nello stesso campione, una comunicazione compromessa sia con il padre che con la madre risultava significativamente meno probabile nell'affidamento materialmente condiviso rispetto ad altre famiglie non unite. In realtà, la comunicazione deteriorata con la madre era equivalente nelle famiglie unite e nelle famiglie in cui i figli sono in affido materialmente condiviso, mentre la comunicazione deteriorata con il padre era in realtà meno diffusa nei casi di affido materialmente condiviso rispetto alle famiglie unite (Bjamason and Arnarsson, 2011).

Ricerche comparative molto estese volte a paragonare la qualità della vita correlata alla salute dei minori dopo la separazione dei genitori sono state condotte in ambito scandinavo confrontando i figli che vivono con entrambi i genitori in nuclei familiari e quelli che vivono in affido materialmente condiviso e in presenza di altre forme di piani di affido (Bergstrom et al., 2013).

Esaminando un campione di uno studio nazionale svedese, su 164.580 studenti tra i 12 e i 15 anni, i ricercatori hanno osservato che vivere in un nucleo familiare era positivamente correlato a quasi tutti gli aspetti del benessere se paragonato ai minori con genitori separati. I figli in affido materialmente condiviso evidenziavano dei parametri migliori in termini di benessere soggettivo, vita familiare, e relazioni con i pari, rispetto ai minori che vivono per la maggior del tempo o soltanto con un genitore. Nella maggior parte dei parametri investigati i ragazzi di 15 anni in affido materialmente condiviso avevano più probabilità di riferire, rispetto ai ragazzi di 12 anni, livelli di benessere simili rispetto ai minori dei nuclei familiari intatti.

Altre ricerche svedesi dimostrano che i minori che vivono un'esperienza di genitori che non abitano sotto lo stesso tetto hanno più problemi psicosomatici di quelli che vivono in famiglie unite. Tuttavia, i minori in affido materialmente condiviso hanno parametri migliori in termini di salute a

livello psicosomatico rispetto ai minori che vivono per la maggior parte del tempo con un genitore o soltanto con un genitore (Bergstrom et al., 2015).

Infine, si ricorda l'articolo di Turunen pubblicato nel 2015: i dati per questo studio derivavano dalle Surveys of Living Conditions (ULF) dal 2001 al 2003, i primi anni in cui la ricerca era accompagnata da un supplemento sui minori.

Le indagini trasversali erano costituite da un campione rappresentativo a livello nazionale della popolazione svedese di età tra i 18 e i 84 anni e supplementi sui minori con dati raccolti da minori tra i 10 e i 18 anni che vivevano nella famiglia dell'intervistato principale. Come in altri studi recenti sui risultati emotivi dell'affido materialmente condiviso, questo studio ha osservato che la residenza condivisa in modo paritario dopo una crisi dell'unione genitoriale non è nociva per i minori. Al contrario, i minori in affido condiviso in modo paritario (50/50) hanno notevolmente meno probabilità di vivere alti livelli di stress, confermando i risultati positivi dello shared parenting su altri aspetti del benessere emotivo.

Questi risultati sono stati inoltre confermati dalle conclusioni raggiunte da un altro importante studio in cui sono stati analizzati i dati in ragazzi adolescenti di 15 anni dell'indagine svedese HBSC nei periodi dal 2005/2006 al 2009/2010 usando la regressione logistica: qui, gli autori hanno osservato che l'affido materialmente condiviso dopo la rottura del matrimonio sembra costituire un fattore di protezione della salute per comportamenti problematici e salute degli adolescenti (Asa et ah, 2012).

Nota Conclusiva. L'effetto causale dello shared parentìng sul benessere generale è più controverso: diversamente dalle aree di conflittualità e parental loss, in questo campo può essere più difficile operare una distinzione tra l'effetto selettivo del campione e l'effetto causale diretto di affidi di diverso tipo (condiviso, esclusivo, ecc.) sul benessere individuale. Tuttavia, anche se non è del tutto chiaro quanto i risultati dipendano dall'effetto selettivo (in cui i genitori che optano per uno "shared parenting" sarebbero già in partenza più collaborativi, non conflittuali, e migliori prestatori di cure dei genitori nei casi di affido esclusivo) o dall'effetto causale (secondo il quale lo shared parenting porterebbe effettivamente a migliori risultati per ì minori), l'improvviso incremento di casi di affido condiviso in Svezia (in cui al cambio legislativo l'affido materialmente condiviso è passato dal 4% nel 1998 ai 28% nel 2006, fino a raggiungere il 40% nel 2014, Bergstròm, 2015) e l'analogo incremento avvenuto in Kentucky e anche in Spagna -ma solo in quelle Regioni autonome che hanno optato per una legislazione in favore dello shared parenting (custodia compartida) - ci porta a ritenere che i risultati positivi dell'affido condiviso non possono dipendere soltanto dall'effetto di selezione del campione.
Inoltre molte osservazioni (Buchanan e Maccoby, 1996; Cashmore and Parkinson, 2010; Fabricius et al., 2012; Kline et al., 1989; Melli e Brown, 2008; Nielsen, 2014; Sodermans et al., 2013; Warsbak, 2016) indicano che non c'è differenza in termini di conflittualità tra famiglie con piani di affido materialmente condiviso e famiglie con affidamento esclusivo, e anche questo ci porta a escludere un effetto di selezione del campione, meccanismo per cui aderirebbero al modello di shared parenting solo coppie già in partenza poco o nulla conflittuali.

EFFETTI A LUNGO TERMINE DELLE CHILDHOOD ADVERSITY SULLA SALUTE

Stabilito che lo shared parenting riduce la probabilità di eventi precoci avversi nella vita dei figli, la questione innovativa è andare a verificare quali benefici comporti questa azione preventiva e, come vedremo, la Medicina e la Biologia ci sono d'aiuto con risultati davvero sorprendenti. La scienza ha infatti ormai chiaramente dimostrato gli effetti diretti sulla salute dei bambini e dei giovani adulti causati da eventi avversi dell'infanzia {childhood adversity). Questi danni possono essere suddivisi in due categorie: da un lato, gli effetti causati da fattori di stress cronici e, dall'altro, gli effetti causati da esperienze traumatiche. Molti sono correlati alla separazione e al divorzio dei genitori.

La definizione di childhood adversity comprende:

Chronic stressors (Fattori di stress cronici).

Perdita genitoriale (e carenza del contatto genitoriale), separazione dei genitori con conflitto familiare a lungo termine, trascuratezza, educazione genitoriale inadeguata, debole salute mentale dei genitori, povertà e uso di sostanze stupefacenti in famiglia.

Traumatic experiences (Esperienze traumatiche).

Abuso fisico, abuso verbale, abuso mentale, violenza assistita entro le mura domestiche e gravi malattie infantili.

Pur non essendo sempre facile dimostrare un effetto causale (come nel caso dei modelli animali), è importante osservare alcuni danni psicobiologici correlati alla perdita genitoriale {parental loss) e ad altre childhood adversity in quanto riguardano aspetti fino ad oggi inaspettati e le cui conseguenze possono manifestarsi dopo 10, 20, o 30 anni.

Il problema è significativo in quanto la separazione dei genitori riguarda oltre 10 milioni di minori in Europa, e negli Stati Uniti più di un milione di minori ogni anno affronta l'esperienza del divorzio dei genitori, per cui un divorzio che coinvolge i minori diventa una questione di salute pubblica. La separazione dei genitori, infatti, è la prima causa di parental loss nei paesi occidentali (in certi paesi si verifica in oltre il 40% dei divorzi) ed è spesso correlata, nella mia esperienza come anche nella letteratura, ad altre childhood adversity quali, ad esempio, conflitto genitoriale o violenza assistita. In realtà occorre osservare che fino a qualche anno fa la ricerca in questo campo era focalizzata sugli effetti del divorzio "tout court" senza considerare se dopo il divorzio il minore poteva continuare ad avere contatti frequenti, soddisfacenti e regolari con entrambi i genitori dato che l'affido materialmente condiviso (shared parentìng) era poco frequente.

La necessità di imponenti serie di dati per trarre delle conclusioni valide su sottogruppi molto piccoli della popolazione ha in passato notevolmente ridotto la possibilità di validare a livello statistico la ricerca sui figli che vivono in una situazione di shared parentìng. La propensione era (e spesso ancora è) di attribuire al divorzio le conseguenze che riguardano, ad esempio, la parentaì loss o il conflitto familiare.

Negli ultimi anni,però, in particolare nei paesi nordici, la diffusione dello shared parentìng ha permesso un'ampia ricerca comparativa (si pensi ai vastissimi studi dell'ELVIS Project in Svezia), e, inoltre, di capire che il tipo di affido può avere un effetto enorme sulle conseguenze di un divorzio in tema di benessere dei figli.

Effetti biologici sulla salute dei modelli animali correlati alla separazione dei genitori

Non ci deve sorprendere il fatto che in diverse specie di animali esistono molte prove degli effetti organici della childhood adversity, in particolare della parental loss e della separazione dai genitori. Molti studi hanno trattato gli effetti della perdita della madre, ma anche gli studi sugli effetti della perdita del padre sono in rapido aumento. Di solito queste ricerche riguardano gli animali in cui la cura della prole è affidata a entrambi i genitori E ne esistono degli esempi tra gli uccelli (specie in quelli con dimorfismo sessuale poco evidente), tra i mammiferi e anche tra i primati. Delle varie ricerche citeremo soltanto tre esempi.

Bambico et al. (2013) hanno dimostrato che l'assenza del padre nel topo monogamo della California ha un impatto negativo sul comportamento sociale e altera le sinapsi dopamino e glutammato dipendenti nella corteccia prefrontale mediale.

Analogamente Hoffman et al. (1995) avevano osservato che nelle scimmie Callicebus la separazione dalla madre per 1 ora non provocava nessuna risposta adrenocorticale da parte dei piccoli a meno che non fosse allontanato anche il padre. La separazione dal padre provocava un aumento significativo dell'attività adrenocorticale anche quando la madre rimaneva con il piccolo durante il periodo della separazione. Nei piccoli si osservavano i massimi livelli di cortisolo e le massime sequenze di vocalizzazione quando i genitori venivano allontanati e il piccolo rimaneva da solo per un'ora nella gabbia. Come in precedenti ricerche, ì piccoli mantenevano livelli più elevati di contatto con il padre che con la madre.

Infine, si ricorda che l'esposizione a condizioni ambientali di arricchimento o di impoverimento, l'esperienza, e l'apprendimento sono fattori che influiscono sullo sviluppo cerebrale, ed è stato dimostrato che un'esperienza emotiva neonatale interferisce in modo significativo con lo sviluppo sinaptico di aree associative di grado superiore del proencefalo. Ovtscharoff et al. (2006) hanno analizzato l'impatto della cura patema, cioè il contributo emotivo del padre nei confronti della sua prole, sullo sviluppo sinaptico della corteccia cingolata anteriore. Il raffronto al microscopio ottico e al microscopio elettronico tra animali del gruppo di controllo cresciuti da entrambi i genitori e animali cresciuti in famiglie solo con la madre non ha rivelato differenze significative nella densità dendritica apicale dei neuroni piramidali negli strati II/ITI e nelle sinapsi simmetriche e asimmetriche della colonna. Invece sono state osservate delle densità significativamente ridotte (-33%) delle sinapsi simmetriche nello strato II degli animali privati del padre rispetto agli animali dei gruppo di controllo. Questo dato indica uno squilibrio tra le sinapsi eccitatone e inibitorie nella corteccia cingolata anteriore degli animali privati del padre. Questi risultati mettono in dubbio l'ipotesi generale che un padre abbia un impatto inferiore sulla maturazione cerebrale sinaptica della prole rispetto alla madre.

Effetti psicobiologici sulla salute dei bambini correlati alla separazione dei genitori e ad altre childhood adversity.

Anche se gli effetti più noti del processo di divorzio sono di solito evidenti a livello comportamentale ed emotivo, la morbilità fisica dei figli è stata anche descritta in situazioni di parentaì loss e childhood adversity, che al divorzio della coppia genitoriale sono spesso correlate. Ad esempio, uno studio di Taiwan (Juang et al., 2004) ha osservato un collegamento evidente tra il divorzio dei genitori e la cefalea cronica dei figli (chronic daily headache).

Inoltre diversi studi hanno descritto una prevalenza del disturbo da deficit dell'attenzione e iperattività {attentìon deficit and hyperactivity disorder - ADHD) nei figli in situazioni di divorzio e di abuso (e non sempre per un effetto di selezione); ad esempio (Cohen et al., 2002) gli effetti interattivi della rottura familiare e dell'abuso sono stati collegati al rischio di disturbo da deficit dell'attenzione e iperattività per tutta la vita, e in caso di una combinazione di crisi familiare intergenitoriale e di abuso fisico il rischio di diagnosi di ADHD vita risulta aumentato di 15 volte nel corso della vita. In questo studio, lo status intergenitoriale non risulta essere di per sé un fattore di rischio significativo per una psicopatologia adolescenziale, mentre una chìidhood adversity come l'abuso fisico risulta essere un fattore dì rischio significativo per diverse categorie diagnostiche.

Svariate ricerche (anche se tutte condotte in Paesi monogenitoriali, dove lo shared parenting è poco frequente e il divorzio è spesso collegato all'incremento del fattore negativo della parental loss, ad un'elevata frequenza di conflitti familiari, ecc.) hanno individuato una correlazione tra il divorzio dei genitori e disturbi alimentari e sovrappeso (Igoin-Apfelbaum, 1985; Johnson et al., 2002; Yannakoulia et al,, 2008).

Inoltre uno studio su quasi 1 milione di bambini in Svezia ha riscontrato che i bambini che crescono in nuclei monoparentali avevano una probabilità due volte superiore di avere un disturbo psichiatrico grave, di commettere o tentare il suicidio, o di sviluppare dipendenza dall'alcol (Ringsback- Weitoff et al., 2003).

In altre ricerche, Tyrka et al. (2008) hanno osservato che i figli che avevano vissuto una separazione o un abbandono e quelli che avevano vissuto la morte dei genitori avevano una probabilità significativamente maggiore rispetto al gruppo di controllo di riferire la successiva insorgenza di sintomi di disturbi depressivi o di disturbi legati all'ansia, mentre Otowa et al. (2014) sono andati oltre, osservando che la separazione precoce dai genitori ha effetti maggiori e più gravi sulla psicopatologia nell'adulto rispetto alla morte dei genitori. In particolare, la separazione dai genitori era associata a un'ampia varietà di psicopatologie nell'età adulta, mentre la morte dei genitori era associata in modo specifico a fobie e dipendenza dall'alcool. Le separazioni dalla madre o dal padre erano quasi sempre associate in modo uguale alla maggior parte delle forme psicopatologiche.
Molti studiosi pensano che sebbene entrambe le esperienze (parental loss come conseguenza del divorzio e come conseguenza della morte dei genitori) possano avere un impatto sulle risorse economiche, le risorse sociali possono essere maggiormente influenzate dal divorzio dei genitori; inoltre mentre il divorzio dei genitori può comportare un cambiamento della relazione del figlio con entrambi i genitori, è meno probabile che la morte dei genitori possa turbare la relazione del figlio con il genitore rimasto.
Infine, numerose ricerche in Israele (Agid et al., 1999) hanno tratto diverse conclusioni:

1. Si osserva una maggiore frequenza complessiva di perdita genitoriale precoce nei casi di depressione maggiore, disturbo bipolare e schizofrenia, ma il risultato è più eclatante nella depressione maggiore seguita da schizofrenia. Il risultato relativo alla depressione maggiore è coerente con la maggior parte degli studi in cui la perdita non è suddivisa in categorie, mentre la letteratura sul disturbo bipolare e sulla schizofrenia non è sufficiente ai fini comparativi.

2. I pazienti con depressione maggiore esprimono una frequenza significativamente più elevata di parental loss precoce a causa di una separazione definitiva ma non a causa di morte, come osservato da una serie di studi epidemiologici e caso-control lo metodologicamente rigorosi.

3. La perdita della madre apparentemente può essere una perdita più significativa rispetto alla perdita de! padre; anche se in questa analisi questa osservazione era solo a livello di tendenza.

4. La perdita in tenera età (meno di 9 anni) è più significativa rispetto a una perdita tardiva

5. Questa ricerca suggerisce inoltre una sensibilità particolare alla perdita da parte delle femmine rispetto ai maschi nei casi di depressione maggiore e disturbo bipolare, ma, per la dimensione del campione, questo dato non può essere considerato definitivo.

6. La predisposizione genetica può influenzare il grado di sensibilità del soggetto agli effetti di uno stress ambientale precoce e può anche determinare l'entità psicopatologica a cui il soggetto diventa vulnerabile a seguito della situazione di stress.

CONSEGUENZE BIOLOGICHE DELLA PARENTAL LOSS E DI ALTRE CHILDHOOD ADVERSITY: LE PIU' RECENTI CONOSCENZE

Anche da un punto di vista più biologico, abbiamo molte evidenze: ad esempio, Nicolson (2004) ha dimostrato che i livelli di cortisolo negli uomini adulti risultano più elevati se durante l'infanzia gli stessi hanno subito una perdita genitoriale o altri eventi avversi.

Allo stesso modo, Luecken (1998) ha osservato che la perdita di un genitore nell'infanzia e una scarsa qualità di cura/accudimento sono associate a un incremento a lungo termine della pressione arteriosa e a risposte neuroormonali alterate allo stress.

Al contrario in Svezia (Fransson et al. 2014) uno studio ha osservato che le pure modalità di affidamento non influivano sui livelli di cortisolo salivare dei ragazzi, smontando la teoria che l'alternanza fra le due case costituisse una fonte di stress e potesse influenzare il funzionamento dell'asse ipotalamo-ipofisario.

E’ da sottolineare che l’aumento cronico dei livelli di cortisolo (dovuto all’influenza sull’asse ipotalamo-ipofisi- surrene) è collegato a diverse patologie nell’adulto e della senescenza, quali psicopatologia (p.e. depressione), diabete di tipo II, obesità e osteoporosi.

Dobbiamo inoltre osservare che tramite l’azione dei glucorticoidi sui sistema nervoso centrale, stress psicologici cronici e ripetuti possono inibire la secrezione dell’ormone TSH (Thyroid stimulating hormone) (Helmreich et ai., 2005).

In condizioni di stress psicologico, invece, si osservano raramente delle risposte a livello dell’ormone della crescita (growth hormone GH). Esiste piuttosto un difetto di secrezione dell’ormone della crescita in situazioni prolungate di stress psicosociali che causano un’ampia varietà di situazioni cliniche che portano alla rara condizione chiamata nanismo psicosociale (psychosocial dwarfism PD) (Delitala et al., 1987; Magner et al., 1984; Skuse et al., 1996).

Il nanismo psicosociale è un termine che descrive gravi forme di nanismo nell’adolescenza e nell’infanzia e/o un ritardo della pubertà a causa di deprivazione affettiva, parenting inadeguato, o molestie psicologiche. Una riduzione della secrezione dell’ormone della crescita, che è reversibile dopo la separazione del bambino dall’ambiente responsabile, è tipica in questa condizione (Albanese et al., 1994). Il trattamento con l’ormone della crescita di solito non porta un beneficio finché non migliora la situazione psicosociale.

Nel campo delle childhood adversity, Lacey et al. (2013) hanno osservato (però nel Regno Unito, un paese monogenitoriale in cui la parental loss dopo un divorzio è frequente: sarebbe interessante sapere se i ricercatori avrebbero ottenuto lo stesso risultato in un paese bigenitoriale come la Svezia, in cui lo shared parenting è frequente e la parental loss è poco frequente) che la separazione dei genitori aumenta i livelli della Proteina Reattiva C -C Reactive Protein CRP- (correlata a diabete di tipo I, coronaropatia, depressione, malattie infiammatorie, ecc.) nell’adulto per una serie di situazioni di svantaggio persistenti durante la vita.

Hartwell et al. (2013) hanno osservato un’associazione importante di livelli elevati di citochine basali con le childhood adversity in un campione di adulti sani, il che dimostra l’impatto a lungo termine dei traumi e degli stress dell’infanzia sui sistemi omeostatici. Si noti che questa associazione è stata riscontrata in adulti sani, suggerendo che tali alterazioni possono precedere lo sviluppo di malattie o disturbi psichiatrici significativi correlati allo stress.

Inoltre Kiecolt-GIaser et al. (2011) hanno dimostrato che la childhood adversity aggrava in età più avanzata l’impatto dello stress del caregiving sull’infiammazione e sulla lunghezza dei telomeri, ì quali sono così esposti ad una continua vulnerabilità tra gli adulti, aumentando l’impatto dei fattori di stress cronico: il che si traduce in un maggior numero di disturbi psichiatrici (per quanto riguarda l’abuso è stato dimostrato che questo porta ad un aumento delle malattie del metabolismo, dei tumori e delle pneumopatie).

Questo nuovo approccio epigenetico ha consentito agli autori di osservare che la presenza di più childhood adversity era correlata sia ad un accresciuto livello di interleuchina-6 (IL-6) sia a telomeri più corti rispetto a una situazione di assenza di eventi avversi; gli autori hanno osservato che la differenza dei telomeri poteva tradursi in una differenza da 7 a 15 anni nell’arco dell’esistenza. L’abuso veniva associato a livelli accresciuti di 1nterLeukina-6 e TNF-a (Tumor Necrosis Factor); per il TNF-a, questa relazione risultava maggiore nei prestatori di cure rispetto ai gruppi di controllo. Inoltre, l’abuso e Io status di caregiver risultavano associati in modo significativo e in modo indipendente a livelli più elevati di sintomi depressivi. La disregolazione della produzione di TNF è stata chiamata in causa in una serie di malattie umane, incluso il morbo di Alzheimer, tumori, depressione maggiore, psoriasi e malattie infiammatorie croniche intestinali (MICI), (Brynskov et al., 2002; Dowlati et al., 2010; Locksley et al., 2001 ; Swardfager etal., 2010; Victor e Gottlieb, 2002.

L’IL-6 stimola i processi infiammatori e autoimmuni in molte patologie quali diabete, aterosclerosi, depressione, morbo di Alzheimer, Lupus erimatoso sistemico, mieloma multiplo, carcinoma della prostata, malattia di Behcet e artrite reumatoide (Gadó et al., 2000; Hirohata e Kìkuchi, 2012; Nishimoto, 2006; Smith etal., 2001; Tackey et al., 2004).

Opacka-Juffry e Mohiyeddini (2012) hanno contribuito a quest'area di conoscenza con una ricerca interessante che ha dimostrato che esperienze negative nei primi anni di vita (quali, ma non soltanto, la parental loss) sono associate in modo negativo all'attività a livello dì sistema dell'ossitocina in età adulta (correlata a depressione e disturbi legati all'ansia), permettendo di conoscere ulteriormente gli effetti mediatori e moderatori su questo collegamento. Gunther Meinlschmidt e Christine Heim (2007) hanno osservato un'alterata sensibilità centrale agli effetti dell'ossitocina successivamente ad una precoce separazione dei genitori e suggeriscono che futuri studi dovranno confermare questi risultati ed esaminare attentamente il ruolo dell'ossitocina nel calmierare il rischio rispetto alla resilienza alla psicopatologia a seguito di un evento sociale avverso precoce.

Un nuovo tema è la possibile correlazione tra altezza e crisi familiare: Sheppard et al. (2015) sostengono che una rottura della coppia genitoriale durante la prima infanzia ha delle ripercussioni dì vasta portata sulla salute sia degli uomini che delle donne. Lo studio valuta l'altezza da adulti quale una delle conseguenze importanti per la salute. Nel caso degli uomini, la morte e il divorzio dei genitori durante la prima infanzia sono stati associati a un ritardo della pubertà. Quest'ultima è stata associata ad un'altezza più bassa nell'uomo adulto. Analisi del percorso hanno dimostrato che la relazione tra il divorzio dei genitori e l'altezza veniva interamente mediato dall'età al momento della pubertà, mentre la morte dei genitori veniva soltanto parzialmente mediata dall'età al momento della pubertà.

Nelle donne è stato riscontrato che la morte del padre durante la prima infanzia era associata a una pubertà precoce, che a sua volta era associata ad una statura più bassa nella donna adulta, mentre non emergeva evidenza di un rapporto diretto tra rottura della coppia genitoriale nell'infanzia e altezza nella donna adulta.

Un altro collegamento tra genitorialità e biologia umana è stato osservato da Human Lauren et al. (2014), i quali hanno evidenziato che gli adolescenti le cui esperienze erano percepite con maggior attenzione dai loro genitori riferivano un adattamento psicologico migliore (meno stress e depressione) e una maggiore sensibilità delle loro cellule immunitarie ai segnali antinfiammatori legati al cortisolo (e, cioè, una minore produzione di proteine infiammatorie quando le cellule venivano stimolate con la combinazione di un prodotto batterico (lipopolisaccaride) e cortisolo.

Gli autori sostengono che una cura genitoriale più attenta riguardo alle esperienze quotidiane degli adolescenti è associata ad un migliore adattamento psicologico e a una più sensibile risposta antinfiammatoria al cortisolo. Questi risultati forniscono una prima evidenza che una cura genitoriale più attenta riguardo alle esperienze quotidiane degli adolescenti può essere un fattore quotidiano specifico che svolge un ruolo a livello della salute e del benessere dell'adolescente.

Vale inoltre la pena di notare che Scott et al. (2008) hanno osservato che le childhood adversity hanno un valore predittivo dell'asma insorgente nell'adulto con un incremento del rischio in base al numero di eventi avversi vissuti.

Un'altra serie di ricerche ha evidenziato che tutte le childhood adversìty sono markers elevati d'infiammazione nelle superstiti di un carcinoma mammario, con implicazioni potenziali negative per la salute e il benessere. In particolare, un ambiente familiare caotico ha indicato collegamenti univoci con gli esiti infiammatori (Crosswell et al., 2014).

Infine, si ricorda che è comunemente noto che gli eventi negativi della vita aumentano la vulnerabilità a disturbi affettivi più tardivi, eventualmente mediati dalla metilazione dei geni trasportatori di serotonina. Dando tutto ciò per scontato, Van der Knaap et al. (2014) riportano un livello più elevato di metilazione dei geni trasportatori di serotonina a seguito di eventi stressanti negli adolescenti, con un'associazione più pronunciata per gli eventi stressanti vissuti durante l'adolescenza che durante l'infanzia.

COME APPLICARE UN PIANO DI GENITORIALITA' CONDIVISA?

Evidentemente, essendo differenti le caratteristiche tra minori di differenti fasce di età, il giudice dovrebbe applicare in modo differente la genitorialità condivisa a seconda dell'età della prole. Le esperienze internazionali indicano che sopra i 6 anni il bambino vive bene l'esperienza delle settimane alternate. Fra i 3 e i 6 anni probabilmente sarebbe meglio frammentare i tempi nel senso di ridurre gli spazi di assenza dell'altro genitore: una suddivisione 3-3 è decisamente più indicata. Poiché per i bimbi piccoli lo spazio è percepito in maniera assai più dilatata, sotto i 3 anni potrebbe valere la formula del compianto psicologo belga Jan Piet de Man: numero degli anni di età meno uno=numero dei giorni che un bimbo può vivere senza problemi in assenza di contatti con l'altro genitore (NB: sotto i 12 mesi si traduce in contatti quotidiani con ambedue i genitori).

In alcune circostanze specifiche si può adottare la forma del bird nesting: la prole continua a vivere nella stessa casa e i genitori vi si alternano. La necessità di una collaborazione minima tra i genitori e la disponibilità di tre case rendono comunque residuale questa forma di affidamento.

IL DIVORZIO CON FIGLI MINORI E' UN PROBLEMA GIURIDICO, POLITICO O, ALLA FINE, UN PROBLEMA DI SALUTE PUBBLICA?

Esistono molte evidenze circa le significative conseguenze biomediche del divorzio sulla salute dei figli. Gli effetti possono comparire dopo 10, 20 o 30 anni e, dal punto di vista biologico e biochimico, anche in adulti apparentemente sani. Questa problematica indica che la questione dovrebbe essere principalmente affrontata non dal punto di vista giuridico bensì dal punto di vista della salute pubblica. Purtroppo, nella maggior parte dei Paesi, il divorzio che coinvolge figli minori è ancora considerato una semplice questione di diritto di famiglia, e nella maggiore parte degli Stati Membri dell'Unione Europea è il Ministero della Giustizia (e non il Ministero dell'Infanzia o della Salute!) a gestire solitamente questo tipo di problematiche. Come esempio di questo approccio, si ricorda la risposta data da Viviane Reding, all'epoca Commissaria dell'Unione Europea (EU) per la Giustizia, per conto della Commissione Europea, al Vice-Presidente del Parlamento Europe, Onorevole Angelilli:

"La definizione di affido condiviso afferisce sostanzialmente al diritto di famiglia. In quanto tale, non rientra nelle competenze della EU, ma resta sotto l'esclusiva responsabilità degli Stati Membri. Questo spiega perché possono esistere delle differenze negli ordinamenti nazionali per quanto riguarda la definizione di affido condiviso e circa il funzionamento a livello pratico". (Interrogazione Parlamentare. 2013, E000713/2013)

Allo stesso modo, purtroppo, anche il Responsabile dell'Unità per la Politica della Giustizia Civile, per conto del Commissario Europeo, ha risposto a un'interrogazione di Vittorio Vezzetti, Presidente della Piattaforma Europea per l'Infanzia e la Bigenitorialità Colibri che

"La Commissione è a conoscenza delle differenze negli ordinamenti nazionali e delle pratiche divergenti quando si tratta di concedere ed esercitare questi diritti, in cui gli aspetti sociali e culturali spesso hanno un ruolo importante. Ciò nonostante, si ritiene che nelle decisioni riguardanti i minori la considerazione principale deve essere la tutela degli interessi del minore, valutando la situazione caso per caso, in linea con il Commento Generale hi. 14 (2013) del Comitato delle Nazioni Uniti sui diritti del bambino di far

considerare soprattutto quello che è nel maggiore interesse del minore. La base giuridica sancita nel Trattato 2 sul quale si basa il Regolamento Ila di Bruxelles, conferisce alla Commissione i poteri per proporre delle misure al fine di "sviluppare la collaborazione giuridica nelle questioni civili che hanno delle implicazioni tra uno stato e l'altro, in base al principio del reciproco riconoscimento delle sentenze e delle decisioni in casi extragiudiziali… omissis… In questo contesto, la Commissione non intende unificare la definizione del miglior interesse del minore". (Interrogazione Ufficiale al Commissario Europeo per la Giustizia, 2016)

Questo errato orientamento localistico porta a delle differenze significative e ingiustificabili tra gli Stati Membri, e quindi l'"interesse primario del minore" varia da un paese all'altro (vedasi Tabelle 1 e 2 e Figura 1, reperibili al link https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2055102916678105)

CONCLUSIONE

La presente review conferma che le sentenze dei Tribunali della Famiglia possono avere una grandissima influenza sulla salute umana in quanto hanno una grandissima influenza sulle probabilità di parental loss (che variano in base alla diversa giurisprudenza) e altre chìldhood adversity (quali cure inadeguate e conflitto a lungo termine). L'opinione dell'autore è che sia necessario armonizzare maggiormente le pratiche come avviene nel settore medico in cui solitamente esistono delle linee guida comuni e condivise (all'interno delle quali l'operatore può lavorare sulla base dei metodo "caso per caso"). Considerate le conseguenze sulla salute psicologica e fisica dei minori, ciò può essere possibile solo sostituendo il linguaggio legale "localistico" dominante con un linguaggio scientifico più universale che consenta a tutti i minori di avere un eguale o adeguato diritto alla salute (come richiesto dalla maggior parte delle Costituzioni nazionali e dalla Carta dei Diritti Fondamentali della UE) e superando la barriera cartesiana tra Scienza e Diritto (Vezzetti, 2010).

Altrimenti, la conseguenza della perdita di contatto tra uno dei genitori e la prole avrà come risultato a livello mondiale un onere pesante per le future generazioni.

Dott.
Vittorio Vezzetti
Medico Chirurgo Specialista in Pediatria
Co Fondatore gruppo di studio "International Council on Shared Parenting"
Studio via Greppi 8 Angera (Va) Tel. 0331-932028 0331-975122

Premessa

Nell'ambito del diritto di famiglia l'attività istruttoria presenta una serie di rilevanti peculiarità e una connotazione specifica rispetto al modello ordinario di processo di cognizione. [1],[2],[3].

Difatti in questa materia si pone il problema di individuare quale sia il c.d. *"preminente interesse del minore"*, al fine di assumere decisioni in ordine al suo affidamento ed alla sua collocazione.

La prova scientifica costituisce un dato imprescindibile.

Non vi sono dubbi in merito alle nozioni che riguardano le c.d. *"scienze dure"* come la chimica, la matematica, la fisica, la biologia, la statistica e via dicendo, attraverso le quali è argomentato il seguente parere.

Si pongono, invece dei dubbi in ordine alle scienze sociali (come la psicologia, la psichiatria, la sociologia ecc.),

Si tende a ritenere che le scienze della natura, dal momento che si avvalgono di metodi empirici e di apparati teorici e matematici, siano in grado di produrre risultati certi, e dunque idonei a formare un accertamento veritiero dei fatti (scienze nomotetiche) mentre le scienze umane, identificate come idiografiche *"non forniscono la conoscenza di leggi nelle*

[1] Taruffo, Senso comune, esperienza e scienza nel ragionamento del giudice, ora in Id, Sui confini, Bologna, 2002 cit. p. 145 ss.
[2] Wroblewski, Meaning an truth in judicial decision, Helsinki, 1983, pp. 51 ss., 153 ss., 180 ss.
[3] Taruffo, La prova dei fatti giuridici. Nozioni generali, Milano 1992, pp. 7 e 35 ss.

quali ricomprendere i fatti della singola controversia al fine di derivarne la conoscenza per via di inferenze deduttive o quasi deduttive, ma forniscono piuttosto modelli di interpretazione o di valutazione di «oggetti» che possono essere eventi del mondo materiale"[4].

Sulla scorta dei principi generali che regolano il ruolo degli apporti scientifici nei processi, laddove i criteri e le metodologie possano considerarsi consolidati, il Giudice si limita a verificarne la corretta applicazione, in caso contrario spetta a lui accertarne la validità scientifica. L'autorità giudicante deve, quindi, valutare la scientificità di una data indagine come premessa del ragionamento probatorio. La seguente relazione, basata essenzialmente sugli elementi biologici e statistici riportati in una pubblicazione scientifica prestigiosa e già accettati da un prestigioso comitato di lettura internazionale, soddisfa in larga parte i criteri di affidabilità del metodo scientifico stabiliti dalla nota sentenza Cozzini [5].

[4] Taruffo, Scienza e Progresso, XXI secolo, 2009.
[5] [5] Cass. Pen., sez. IV, 13 dicembre 2010, n. 43786.

PARERE PRO VERITATE

Il presente documento espone lo stato dell'arte nella comunità scientifica internazionale riguardo il tema della distribuzione dei tempi di coabitazione e cura dei figli di coppie separate ed esprime, coi dovuti aggiornamenti, quanto da me largamente illustrato il 19 maggio 2017 presso il Ministero della Salute della repubblica Italiana in un convegno dedicato alla mia prestigiosa pubblicazione "New approaches to divorce with children: a problem of public health" (Journal of Health Psychology Open[6] *July-December 2016: 1–13n DOI: 10.1177/2055102916678105* - all.1- http://hpo.sagepub.com/content/3/2/2055102916678105.full.pdf+html) poi aggiornato nel capitolo "Shared parenting as a protective factor in children's and adults' health" del libro di respiro mondiale "The Routledge International Handbook of Shared Parenting and Best Interest of the Child" (Routledge editore, 2021 https://www.routledge.com/The-Routledge-International-Handbook-of-Shared-Parenting-and-Best-Interest/Perea-Kruk-Ortiz-Tallo/p/book/9780367691448).

Executive summary:

I risultati di queste analisi indicano che, considerando la totalità dei 74 studi (v.allegato 1) pubblicati su riviste internazionali con revisione "peer in review" tra il 1977 e il 2014, i bambini obiettivamente traggono beneficio da un'ampia frequentazione dei due genitori e che va favorita una suddivisione il più possibile paritaria e comunque mai inferiore al 33% del tempo col genitore "less involved". Tale regime, valutato nel tempo, incide positivamente sulla crescita del bambino e vale pure per bambini molto piccoli.

Anche in presenza di un certo grado di conflittualità tale prescrizione appare a beneficio dei bambini e va solo esclusa in casi estremi (come violenza o abuso o

[6] Health Psychology Open gode di un prestigio e di una diffusione mondiali. Le proposte di pubblicazione vengono vagliate (e quindi rifiutate, richieste di correzione o pubblicate) da un comitato di lettura di livello internazionale (v.all.2). La proposta di pubblicazione deve rispondere a requisiti formali e sostanziali tra i quali l'elenco delle fonti, la verificabilità del metodo, la sottoposizione a controllo della comunità scientifica e la discussione critica dei risultati.

trascuratezza). Questi studi (gli unici accreditati dalla comunità scientifica) sono stati analizzati meticolosamente, anche attraverso audizioni di alcuni dei massimi esperti internazionali, dal Consiglio d'Europa, il quale infine, in data 2 ottobre 2015, con la risoluzione ufficiale 2079 (che rappresenta il documento politico più importante mai promulgato sul tema) ha invitato nell'interesse del minore tutti i 47 Stati membri ad applicare una suddivisione il più possibile paritaria dei tempi per ogni fascia di età a partire dai 12 mesi. Inoltre l'affido materialmente condiviso riduce inequivocabilmente il rischio di due importanti childhood adversity (eventi avversi dell'infanzia) quali la parental loss e il conflitto a lungo termine. La Medicina e la Biologia (scienze nomotetiche) hanno ormai chiaramente dimostrato (anche attraverso misurazioni obiettive quali la microscopia elettronica) che queste childhood adversity sono correlate con la probabilità di sviluppo a distanza di alterazioni ormonali, malattie infiammatorie croniche, malattie psichiatriche, malattie metaboliche, malattie neoplastiche e alterazioni cromosomiche.

Premessa

Nel febbraio 2006, dopo un dibattito intenso e prolungato, veniva promulgata dal Parlamento italiano la legge 54/06 sull'affidamento condiviso.

Da molte parti fu vista come un reale passo in avanti nella tutela dell'infanzia e un doveroso adempimento alla Convenzione Internazionale di New York in tema di diritto dei minori alla bigenitorialità, ma di fatto, a diciassette anni di distanza, essa - come anche evidenziato dai vari rapporti ISTAT del novembre- si è rivelata insufficiente allo scopo, al punto che in Parlamento sono state via via depositate molteplici proposte di legge atte a modificare il nuovo dettato legislativo.

La cosa non deve però stupire, perché storicamente in nessun Paese al mondo l'introduzione della cosiddetta «joint legal custody» (o affido legalmente condiviso, mero concetto giuridico privo di incisivi riflessi pratici sul benessere psicofisico dei minori e provatamente incapace di garantire ai medesimi **un diritto concreto di relazionare con ambedue i genitori anche dopo la loro separazione**) era servita a

modificare in modo incisivo la ripartizione dei tempi di coabitazione e cura, al punto che si erano spesso resi necessari dei correttivi che, solo in certe nazioni come Svezia, Belgio, e in minor misura Olanda e Francia, erano valse a un viraggio graduale verso la «joint physical custody» (Vezzetti 2013).

A tal fine e per la comprensione del prosieguo del parere, è opportuno precisare che internazionalmente si definisce *joint physical custody* (affido materialmente condiviso) – *shared custody* per i Paesi che giuridicamente non prevedono l'affido condiviso – quella modalità di affido che, pragmaticamente, presuppone che almeno il 33% – o il 35%– in Australia e USA – e fino al 50% del tempo totale sia trascorso dal minore col genitore «*less involved*» – ovvero meno coinvolto, meno presente. In Canada si è ancora più pragmatici e, addirittura, si parla direttamente di affido esclusivo se il minore passa più del 60% dell'anno – ovvero 219 giorni – con un genitore e di affido condiviso se il minore passa tra il 40 e il 60% del suo tempo con ciascuno dei due genitori). Queste percentuali vengono calcolate sulla base del numero dei pernottamenti presso i due genitori.

L'origine del dibattito

Quanto può essere giustificata la preoccupazione che alcuni giudici esprimono a favore di un affido materialmente condiviso? Fin dall'inizio del 1970, specie in ambito statunitense (ove è nato l'affido condiviso), si è aperto un intenso dibattito circa la positività o la nocività della custodia congiunta fisica e del doppio domicilio. È rilevante notare che, mentre negli USA (Paese in cui il divorzio esiste dal 1906), in Francia (Paese in cui il divorzio esiste dal 1789), in Svezia (dal 1913) iniziava questo dibattito, in molti altri Paesi tra cui l'Italia l'istituto del divorzio non era neppure legge dello Stato (la relativa legge fu licenziata dal Senato italiano nell'ottobre del 1970) e questo può spiegare in parte un certo ritardo culturale nell'affrontare la tematica.

Le due posizioni pro e contro la pariteticità del ruolo genitoriale possono essere sintetizzate nel confronto "Benefici dei rapporti continuativi con ambedue i genitori versus i possibili danni derivanti da una maggiore esposizione al conflitto genitoriale e da una instabilità del domicilio".

Per quanto riguarda proprio i danni da conflitto genitoriale si deve, fin da subito, sottolineare che con l'introduzione della presunzione di *shared custody,* in Belgio, Nord Est della Spagna, Danimarca, Svezia e Australia il conflitto è inequivocabilmente diminuito.

La discussione nella comunità scientifica è stata nei decenni comunque animata, con posizioni prima ideologicamente restie all'affido fisicamente congiunto e/o alternato (Goldstein et al.1973; Kuehl 1989) e con altre decisamente favorevoli (Roman et al. 1978; Bender 1994).

Risultati consolidati a favore dell'affido materialmente condiviso

A distanza di oltre 40 anni dall'inizio del dibattito, possiamo dire che è stato possibile sostituire delle impostazioni di natura teorica, aprioristica, percettiva e ideologica (che avevano portato alla formazione di due differenti "scuole di pensiero") con approcci concreti basati sulle risultanze di importanti ricerche (specie a carattere meta analitico, cioè confrontando criticamente e consolidando i risultati di un'ampia gamma di studi) coinvolgenti centinaia di migliaia di minori, e di analisi condotte per conto di istituzioni governative legate a esperienze di Paesi che da tempo hanno iniziato, a differenza dell'Italia, a utilizzare l'affido materialmente condiviso e alternato, se non in maniera maggioritaria, almeno in modo tale da consentire sufficientemente solide inferenze statistiche. Le conclusioni degli studi più autorevoli sono state univoche e, seppur con molta lentezza, stanno iniziando a esser recepite da molte legislazioni (Vezzetti 2013).

1- EFFETTI DELL'AFFIDO MATERIALMENTE CONDIVISO SUL RISCHIO DI PARENTAL LOSS:

L'effetto preventivo dell'affido materialmente condiviso su una childhood adversity[7] quale la perdita genitoriale è chiaro e inequivocabile. Esso non solo facilita il coinvolgimento dei due genitori ma soprattutto ostacola l'ostruzionismo del genitore "collocatario" (laddove tale figura esista) e così si rileva infatti una correlazione inversa tra shared parenting e parental loss: nei Paesi in cui l'affido materialmente condiviso è avanzato percentualmente, la perdita genitoriale post divorzio si è drammaticamente ridotta mentre, al contrario, nei Paesi in cui l'affido materialmente condiviso è raro la perdita genitoriale è rimasta stabile su valori piuttosto alti: mentre in Italia e Grecia essa si attesta sul 30% dei minori coinvolti nella separazione della coppia genitoriale, in Germania è pari a circa il 20% e in Svezia e Danimarca è crollata rispettivamente al 13 e al 12%. (Vezzetti V.2009, Paparigopoulos Y.2016, Suenderhauf H.2015, Bergstrom M. 2015, Schiratzki J. 2009, Lohse J.2015)

Una ricerca francese ha osservato che la probabilità di perdere contatto col padre è dell'1% se il giudice ha ordinato, almeno nei primi sei mesi di processo civile, l'affido materialmente condiviso ma sale al 21% nei casi in cui il giudice abbia stabilito fin dall'inizio un affido materialmente esclusivo. Inoltre il medesimo studio osserva che la distanza fra le due case genitoriali (parametro su cui il sistema giudiziario può avere ampia influenza consentendo o vietando la emigrazione del minore a seguito di un genitore), riveste una notevole importanza nel determinare la probabilità di perdita genitoriale. In questo studio francese la probabilità di perdere contatto col padre è infatti del 12% se padre e prole vivono a quindici minuti di distanza, sale al 33% se vivono a oltre quattro ore, e raggiunge l'81% se vivono a una distanza tale da non consentire al genitore di quantificare precisamente il tempo necessario a raggiungere la prole. (Régnier-Loilier A., 2013). La parental loss, specie se avviene nei primi 9 anni di vita, è correlata allo sviluppo di malattie psichiatriche, metaboliche, ormonali e persino neoplastiche a distanza (Vezzetti V. 2016).

Il KiMiss study dell'Università di Tuebingen ha inoltre osservato (2016/ 17) che, quando il tempo di coabitazione e cura è inferiore al 17% il rischio di perdita genitoriale è del 50% o anche più mentre se è del 30% è pure di circa il 30% ma sale poi drammaticamente nel caso in cui venga ridotto a causa del comportamento ostruzionistico del genitore collocatario. Finalmente questa ricerca osserva che quando il

---

[7] La definizione di childhood adversity include le situazioni che la Scienza Medica ha dimostrato poter incidere significativamente sullo stato di salute dei bambini esposti, anche in etàdi molto successiva. Sono riconosciute come childhood adversity:

A- chronic stressors: Perdita (o, in subordine, carenza) genitoriale, separazione dei genitori, soprattutto se con conflitto familiare persistente, trascuratezza, educazione genitoriale inadeguata, debole salute mentale dei genitori, povertà, uso di droghe in famiglia.

B- traumatic experiences: abuso fisico, abuso verbale, abuso mentale, violenza assistita entro le mura domestiche, malattia infantile cronica e severa (per es. tumori, leucemie, malattie rare ecc.)

Va qui evidenziato che la Medicina non riconosce come childhood adversity l'instabilità o alternanza del domicilio..

tempo di coabitazione è del 50%, sussiste comunque un rischio residuo di perdita genitoriale (del 10% circa: il rischio zero non esiste).

2- EFFETTI DELL'AFFIDO MATERIALMENTE CONDIVISO SUL CONFLITTO A LUNGO TERMINE

a- Studi longitudinali.

L'esperienza australiana sembra mostrare che una importante childhood adversity quale il conflitto intergenitoriale è stato ridotto dalla nuova legge sull'affido materialmente condiviso (entrata in vigore definitivamente nel 2006). Nel 2003/04, infatti, i ricorsi presso il Tribunale della Famiglia (Family Court) furono 45.004 mentre nel 2006/07 si erano già ridotti a 27.313 e nel 2008/09 addirittura a 18.633. Nel contempo la litigiosità generale, extrafamiliare, in Australia era aumentata del 13%: i ricorsi civili presso la Federal Magistrates Court erano stati infatti 70.261 nel 2003/04, poi 76.807 nel 2006/2007, e ben 79.441 nel 2008/09. (Vezzetti.V.2009)

In Spagna la presunzione di affido materialmente condiviso è stata introdotta solo in alcune Regioni e in momenti diversi. In Catalogna la legge fu approvata nel 2010 quando le denunce per violenza di genere erano state 6155. Nel 2013 esse erano scese a 5403 (-12,22%). Nella Corte Valenciana la legge sull'affido materialmente condiviso fu approvata nel 2011 quando le denunce per violenza di genere erano 4712. Nel 2013 esse erano scese a 4,056 (-13,92%). In Aragona la legge sull'affido materialmente condiviso fu introdotta nel 2010 quando le denunce per violenza di genere erano 603. Nel 2013 la situazione era sostanzialmente stabile (617 denunce, +2,3%). In totale la riduzione nelle tre regioni autonome considerate globalmente è stata in soli tre anni del 12,15% (Dati del "Consejo general del poder judicial", 2014).

Aggiungiamo inoltre che in Svezia e Danimarca i processi civili per separazione/divorzio sono progressivamente diminuiti man mano che l'affido materialmente condiviso è aumentato: attualmente solo il 2% delle coppie divorziande entra in un Tribunale e quasi lo stesso accade in Danimarca (Bergstrom M. 2015, Lohse J. 2015).

In Kentucky la nuova legge sull'affido materialmente condiviso è stata in grado di ridurre la cause giudiziali dell'11% in due anni malgrado l'aumento del numero di divorzi e della popolazione.

Malgrado questi dati, ancor oggi in alcune giurisprudenze vige una sorta di presunzione legale avversa all'affido materialmente condiviso soprattutto in casi conflittuali ma, al contrario, lo shared parenting fornisce un incentivo per la cooperazione genitoriale, la mediazione, la contrattazione, la riduzione del contenzioso economico e lo sviluppo di piani genitoriali e comunque non incrementa la conflittualità né l'esposizione al conflitto genitoriale.

b- Studi trasversali. Fabricius and Luecken (2007) hanno osservato in un campione di 266 studenti universitari i cui genitori avevano divorziato prima che i ragazzi avessero compiuto i 16 anni, che non c'è nessuna relazione fra la variabile "tempo trascorso presso il papà" e la variabile "esposizione al conflitto genitoriale". Inoltre gli studiosi rilevavano come la variabile "tempo trascorso col papà" fosse benefica sia nelle famiglie ad alta che a bassa conflittualità mentre l'esposizione al conflitto genitoriale era egualmente nociva sia che il

tempo trascorso presso il padre fosse alto o scarso. Il vasto Stanford Child Custody ha osservato che in minori in affido materialmente condiviso (cioè che vivono almeno un terzo del tempo, o più, con ciascun genitore) se paragonati con i coetanei in affido materialmente esclusivo erano significativamente più soddisfatti del loro piano di affidamento e mostravano la miglior situazione psicologica a lungo termine pure dopo aver controllato l'influenza di fattori che possono predisporre i genitori a scegliere elettivamente l'affido materialmente condiviso (come l'educazione, i salari e i livelli iniziali di ostilità). Infatti nell'80% dei casi di affido materialmente condiviso uno o entrambi i genitori inizialmente non erano d'accordo circa la suddivisione temporale condivisa. (Maccoby E.E.; Buchanan C. M.; Mnookin R..H.; Dornbusch S..M.1993)

Anche questo spiega perchè l'International Council on Shared Parenting nel 2014 ha statuito che lo shared parenting è riconosciuto come il mezzo più efficace per calmierare situazioni di alto conflitto genitoriale e prevenire l'esordio della violenza familiare.
Anche il conflitto a lungo termine vissuto nell'infanzia è un importante evento avverso (childhood adversity) correlato allo sviluppo di gravi malattie a distanza. (Vezzetti V. 2016)
La moderna ricerca biomedica ha infatti evidenziato, tra i molteplici effetti delle childhood adversity, una maggior suscettibilità a una vasta congerie di malattie sia attraverso alterazioni ormonali che immunologiche, oltre che tramite alterazioni delle porzioni telomeriche (funzionalmente protettive) dei cromosomi che risultano così più esposti ad agenti mutageni esterni.

3- EFFETTI SUL BENESSERE GENERALE DEI MINORI

Studi meta analitici

Tra il 1977 e il 2014 sono stati pubblicati, su riviste internazionali con revisione "*peer reviewed*" o in report governativi, **74 studi fondati sul confronto tra affido materialmente esclusivo e affido materialmente condiviso** e la loro valutazione **esprime il pensiero della comunità scientifica basato su risultati concreti.** Questi studi, tranne uno per questioni di contemporaneità, sono stati infatti analizzati in via meta analitica da due differenti ricerche in parte sovrapposte (vedi elenco allegato). Solo tre studi comparativi hanno dato risultati sostanzialmente negativi per l'affido materialmente condiviso ma erano gravati da alcuni errori metodologici poi chiariti dalla comunità scientifica.[8]

[8] Uno di questi tre studi negativi (quello di Mc Intosh del 2008) è stato fatto oggetto di censure per vizi metodologici (uso di misure non standardizzate), e per le ridotte dimensioni della campionatura (poche unità) relativa ai bimbi in età prescolare che pernottavano dal papà, per l'alto numero (60-90%) di genitori che non erano mai stati assieme o erano stati sposati e fu parzialmente rinnegato dalla stessa autrice; il secondo (Overnight custody arrangements, attachment and adjustment among very young children) presenta importanti errori metodologici (fece applicare addirittura dalle madri coinvolte nello studio una scala di misura dell'attaccamento mai usata prima) e fu svolto su su bambini statunitensi inferiori ai 6 anni che comunque erano nel 62% sotto la soglia di povertà, nell'85% appartenenti a minoranze etnico-razziali, in oltre il 50% con un genitore incarcerato più volte prima dei loro 5 anni d'età, per l'85% figli di genitori che non avevano mai convissuto e che nel 65% avevano avuto in giovane età plurime nascite extramaritali da più di un partner .
Il terzo risale al 1989 (Johnson et al.) e presentava anch'esso distorsioni metodologiche (adozione di misure non standardizzate) oltre ad una esigua campionatura.

Meta analisi Suenderhauf

La Prof.ssa Suenderhauf ha esaminato 50 studi pubblicati tra il 1977 e il 2013 (all.2). Ha adoperato come criterio di affido materialmente condiviso anche i pochi studi che consideravano come tale la suddivisione 25-75%. Le conclusioni sono chiare.

Trentasette studi (74%) **hanno evidenziato inequivocabili risultati positivi per l'affido materialmente condiviso** (Suenderhauf 2013). I risultati migliori si hanno proprio per la suddivisione paritaria dei tempi (probabilmente anche per una diminuzione dei motivi di conflitto di natura economica indotta dal mantenimento sostanzialmente diretto). Solo due studi[9] (4%) hanno dato risultati negativi per l'affido materialmente condiviso; undici o non avevano mostrato influenze oppure avevano mostrato alcuni effetti negativi neutralizzati da altri positivi (gruppo di studi detto neutrale o misto). In questa casistica di 50 studi l'affido materialmente condiviso era rappresentato, come dianzi accennato, da provvedimenti giudiziari che contemplavano una distribuzione dei tempi di coabitazione inclusa nel *range* 25-75% fino al 50-50, con la massima concentrazione attorno al *range* 33-66.

Meta analisi Nielsen

La seconda meta analisi è quella della Prof.ssa Nielsen che ha incluso i 40 studi pubblicati tra il 1989 e il 2014 che paragonavano i risultati sul benessere della prole derivanti dall'affido materialmente esclusivo rispetto a quello materialmente condiviso (forma di affido in cui la prole trascorreva non meno del 35% con ognuno dei due genitori, quindi con limite più alto rispetto a quello deciso dalla Prof.ssa Suenderhauf). Le conclusioni sono state riassunte dall'autrice in quattro punti:

- **L'affido materialmente condiviso (suddivisione temporale inclusa nel range 35-65%) è correlato a migliori risultati per i minori** di tutte le età per un vasto *range* di parametri emozionali, comportamentali e salute fisica
- Non c'è nessuna evidenza scientifica convincente che il pernottamento presso il padre o l'affido materialmente condiviso siano collegati a risultati negativi **per bambini anche piccoli (età 1-4 anni).**
- I risultati non sono positivi solo quando c'è una storia di violenza o quando i bambini non amano stare col padre.
- Anche se le coppie con affido materialmente condiviso dei figli tendono spesso ad avere entrate economiche più alte e minori conflitti verbali che gli altri genitori, questi due fattori non spiegano i migliori risultati per i figli. I 16 studi che hanno controllato anche queste due variabili hanno infatti generalmente confermato i vantaggi dell'affido materialmente condiviso.

STUDI ESTENSIVI[10]: Uno studio illuminante da un punto di vista tanto quantitativo che qualitativo è stato pubblicato su Children & Society nel 2012. Esso è stato condotto sotto l'egida dell'OMS (Organizzazione Mondiale della Sanità) da ricercatori indipendenti delle Università di

[9] Johnson et al. 1989 e Mc Intosh et al. 2008

[10] Si tratta di studi svolti su centinaia di migliaia di minori da parte di operatori specializzati per conto di istituzioni governative o sovranazionali

Bethesda, della Groenlandia, di Stoccolma, di Yvaskula (Finlandia), di Copenaghen, di Akureyri (Islanda), di Goteborg. Esso ha analizzato 184.496 minori (divisi in tre gruppi: undicenni, tredicenni, quindicenni) in 36 società occidentali (Italia inclusa) con non meno di 1536 studenti in ogni Paese per gruppo di età (Bjarnason et al.2012). Lo scopo del lavoro era di esaminare esclusivamente le differenze di soddisfazione di vita e di percezione del benessere familiare tra i bambini nelle diverse strutture familiari attraverso un ambito molto ampio di situazioni culturali. Un campione molto vasto tratto da 36 Paesi ha permesso di confrontare le comuni situazioni di vita comprendenti

A. famiglie non separate,

B. famiglie con madri single

C. famiglie con madri e patrigni,

Con situazioni meno comuni come

D. famiglie con padri single,

E. famiglie con padri e matrigne e

F. famiglie basate sulla doppia abitazione nel collocamento congiunto.

L'analisi è basata sui dati degli studi del 2005/2006 dell' HBSC (Health Behaviour in School-aged Children), uno studio collaborativo inter-nazioni della Organizzazione Mondiale della Sanità. Il questionario standard internazionale consisteva di un numero di domande centrali usate in tutti i Paesi partecipanti e di domande focali addizionali che permetteva ad ogni Paese partecipante di enfatizzare particolari aree di interesse nazionale. Le misure del presente studio furono utilizzate in 36 Paesi occidentali industrializzati[11] solo dopo aver ottenuto un'approvazione etica per ogni indagine nazionale in accordo alla legislazione di ogni Paese.

Le variabili dipendenti della soddisfazione di vita furono misurate con la misura classica di Cantril (1965), chiedendo agli intervistati di indicare dove essi sentono di stare in quel momento in una rappresentazione visiva di una scala nella quale 0 rappresenta la vita peggiore possibile e 10 la vita migliore possibile.

Per controllare l'influenza potenzialmente confusiva della ricchezza economica di livello individuale sulla soddisfazione di vita fu inclusa una misura dello *stato economico percepito:* la domanda chiedeva quanto bene lo studente pensava che stesse la propria famiglia (1: per niente

[11] Austria, Belgio, Bulgaria, Canada, Croazia, Repubblica Ceca, Danimarca, Estonia, Finlandia, Francia, Germania, Grecia, Ungheria, Islanda, Irlanda, Israele, Italia, Lettonia, Lituania, Lussemburgo, Macedonia, Olanda, Norvegia, Polonia, Portogallo, Romania, Russia, Slovacchia, Slovenia, Spagna, Svezia, Svizzera, Turchia, Ucraina, Regno Unito e Stati Uniti

bene; 5: molto bene) questa misura soggettiva era preferita ad altre misure oggettive di benessere come per esempio la HBSC -scala per il benessere familiare- poiché la soddisfazione di vita è più verosimilmente influenzata dalla percezione del benessere che dall'ammontare reale di beni materiali posseduti dalla famiglia rispetto ad altre famiglie.

I risultati principali indicano:

1. I **bambini che vivono con entrambi i genitori biologici riportano i più alti livelli** di *soddisfazione di vita* rispetto ai bambini che vivono con un genitore single o con un genitore biologico ed uno acquisito.

2. I bambini che vivono in **sistemazione di collocamento materialmente congiunto (suddivisione paritaria dei tempi) riportano comunque un più alto livello di soddisfazione di vita** rispetto ad ogni altra sistemazione di famiglia separata.[12]

Ad un livello più pragmatico, inoltre, il bisogno di insiemi di dati molto ampi per fare solide inferenze su sottogruppi molto piccoli della popolazione ha gravemente ristretto le possibilità di ricerca con validazione statistica sui bambini che vivono con i padri single o con i padri e le matrigne.

In ogni caso, i risultati non suggerirono che vivere tutto o la maggior parte del tempo con la madre fosse cruciale a tale riguardo; i bambini che vivono approssimativamente metà del tempo con la loro madre e metà del tempo con il loro padre sono ugualmente soddisfatti come quelli che vivono con la loro madre o con la madre ed il patrigno la maggior parte del tempo. **Mai è stata trovata una situazione di svantaggio per i figli in collocazione paritaria.**[13] La cosa non deve stupire poiché la Scienza Medica non include nelle childhood adversity l'instabilità del domicilio (anzi, i parametri di salute mentale dei milioni di nomadi ancora esistenti al mondo sono solitamente migliori di quelli dei bambini dei Paesi occidentali).

Anche la comunicazione coi genitori, indagata in profondità in uno studio appendice, è risultata migliore per minori in affidamento materialmente condiviso e/o paritetico nel medesimo vastissimo campione.[14]

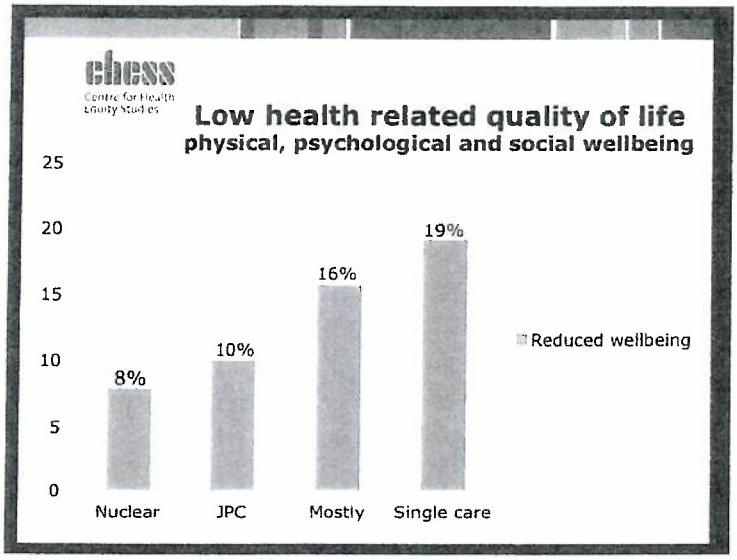
Ricerche comparative molto estese volte a paragonare la qualità di vita correlate allo stato di salute dei minori dopo la separazione dei genitori sono state condotte in Svezia. Tra di esse assumono particolare rilievo, come già anticipato, quelle svolte nell'ambito dell'Elvis Project, un progetto del Centre for Health and Equity Studies finanziato dal Karolinska e dall'Università di Stoccolma. Esse hanno osservato che i figli di genitori separati non sono un gruppo omogeneo e che le modalità di affidamento potrebbero incidere notevolmente sul benessere dei minori. Tra questi due grandi studi, rispettivamente su 164,580 e 147,839 ragazzi svedesi di 12 e 15 anni hanno evidenziato che i

[12] Solo un quarto di rango (-0,26) più basso dei bambini nelle famiglie integre

[13] Bjarnason T., Bendtsen P., Arnarsson A.M., Borup I., Iannotti R. J., Löfstedt P., Haapasalo I., Niclasen B. 2012

[14] Bjarnason T., Arnarsson A.M. 2011

parametri migliori relativamente a malattie psicosomatiche, benessere fisico, psicologico e sociale, malattie mentali, insoddisfazione circa le relazioni coi propri genitori sono quelli di coloro che vivono in famiglie intatte; ma i **minori che spendono tempi sostanzialmente eguali presso i due genitori si confermano la miglior struttura familiare tra tutte quelle di famiglie separate.** (Bergström et al. 2013 e 2014).Vedi Fig.1 sotto (correlazione tra tipologia di affidamento e benessere fisico, psicologico e sociale. Dello stesso gruppo faceva parte Emma Fransson che in una successiva pubblicazione evidenziava che i bambini in affido alternato, come avviene in oltre il 40% dei casi in Svezia in caso di divorzio, non hanno livelli maggiori rispetto a quelli in collocamento monogenitoriale in quanto a livelli salivari di cortisolo (indicatore di stress) e disturbi psicosomatici a manifestazione gastroenterica.



Pur in presenza di conflitto, la *shared custody* è di beneficio per i bambini

Infine, dobbiamo puntualizzare ancora che **il conflitto fra i genitori non può essere un pretesto per escludere l'applicazione della *shared custody*** *(va comunque precisato che uno degli effetti collaterali dell'introduzione della shared custody in modo estensivo è stato in tutti i Paesi la riduzione della conflittualità anche attraverso la riduzione del contenzioso economico).* Nella sua prima importante revisione meta analitica del 2011, la Prof.ssa Nielsen conclude infatti con quattro affermazioni:

1-I bambini in affido **materialmente condiviso stanno come e meglio di quelli collocati** esclusivamente presso il domicilio materno.
2-Non è necessario che i genitori siano particolarmente cooperativi, privi di conflittualità, entusiasti della *shared custody* o provvisti di un elevato status economico poiché esiste vasta letteratura che ha osservato che **non esiste nessuna differenza significativa relativa a questi parametri fra le coppie in affido materialmente condiviso e in quelle a gestione materialmente esclusiva[15].** Alcuni ricercatori hanno segnalato inoltre che risultati negativi della shared custody spesso attribuiti al conflitto intergenitoriale sono in realtà conseguenza dello scarso tempo a disposizione della genitorialità paterna poichè normalmente, in situazioni di conflitto, i bambini finiscono col trascorrere meno tempo coi papà (Fabricius & Luecken, 2007).

[15] Buchanan & Maccoby, 1996; Cashmore & Parkinson, 2010; Kline, Tschann, Johnston, & Wallerstein, 1989;

3-A distanza di tempo, i **giovani adulti figli di queste famiglie in *shared custody* esprimevano la loro assoluta soddisfazione.**
4-La maggior parte dei Paesi industrializzati sta provvedendo a un mutamento delle leggi nei confronti della *shared custody* (Nielsen 2011).

Sebbene la letteratura provveda a fornire una definizione solo sufficiente per l'impegno paterno (interazione diretta con il bambino), come una specifica forma di effettivo coinvolgimento paterno, vi è sufficiente conferma per esortare sia i professionisti che i responsabili politici a migliorare le circostanze favorenti il coinvolgimento paterno (non necessariamente biologico anche se c'è necessità di studi specifici sul punto in questione). Essa si traduce infatti, come dimostrato in una ricerca su 22.330 minori pubblicata addirittura su ACTA PEDIATRICA, in vantaggi verificati statisticamente: in particolare riduce la frequenza di problemi comportamentali nei ragazzi, riduce i problemi psicologici nelle giovani donne, migliora lo sviluppo cognitivo, mentre da un altro lato diminuisce la delinquenza e lo svantaggio economico in famiglie dal basso profilo socioeconomico. (Sarkadi et al.2008).

Questa panoramica internazionale ha dimostrato come **nella comunità scientifica prevalga nettamente il parere di un beneficio derivante dalla *"Presunzione dell'affido materialmente condiviso"*** e ha evidenziato i possibili danni derivanti da un assetto monogenitoriale. Non esiste nessuna evidenza circa la nocività di un affido paritetico che pare anzi, anche attraverso un mantenimento di tipo diretto, essere in grado di ridurre il conflitto intergenitoriale.

E per i bambini molto piccoli?

L'articolo scientifico attualmente più importante al mondo proprio sui piani genitoriali nei bambini sotto i 4 anni consiste in una accurata **revisione meta analitica dei più autorevoli studi mondiali** sul tema ed ha ricevuto l'endorsement di 110 scienziati internazionali. Esso, oltre a giustiziare implacabilmente sul piano metodologico ricerche precedenti di tenore solo parzialmente contrario svolte dall'australiana Jenny Mac Intosh[16] e dalla statunitense Tornello[17] conclude testualmente: **"In generale i risultati degli studi rivisitati in questo documento sono favorevoli ai piani genitoriali che bilanciano il tempo dei piccoli bambini tra le due case nel modo più egualitario possibile. La ricerca sui pernottamenti presso i padri favorisce l'idea di permettere che i minori sotto i 4 anni siano curati alla notte da ognuno dei genitori piuttosto che spendere ogni notte nella stessa casa (Warshak, 2014).**
Attualmente non abbiamo una vastissima casistica sull'affido materialmente condiviso/alternato per bimbi piccoli ma è in corso in Svezia, nell'ambito dell'Elvis Project (coordinato dal Centre for Health Equity Studies), un ampio studio comparativo sull'affido materialmente condiviso; i risultati preliminari parrebbero confermare che anche i bambini da tre a quattro anni in cura materialmente condivisa stanno meglio di quelli in affidamento materialmente esclusivo. (Bergstrom M.2015). La recente pubblicazione su Acta Pediatrica scaturita dalla prima fase di questa ricerca ha evidenziato, su un campione di 3656 bimbi in età prescolare (3-5 anni), che quelli in affido materialmente condiviso mostrano minori sintomi di disturbo psicologico di quelli in affido materialmente esclusivo (Bergström M., Fransson E., Fabian H., Hjern A., Sarkadi A., Salari R. 2017). In un recentissimo studio del 2016, poi, William V. Fabricius e Go Woon Suh hanno evidenziato come il pernottamento presso il papà, anche in forma paritaria, di bambini sotto i 2 anni sia correlato a
1- migliori relazioni del bambino sia col papà che con la mamma nel breve termine

[16] La ricercatrice arrivò successivamente ad ammettere che la sua ricerca aveva caratteristiche tali da non poter essere assunta come strumento per decisioni politico-legislativa
[17]Overnight custody arrangements, attachment and adjustment among very young children. : una ricerca già citata a pag.7 con importanti errori metodologici (fece applicare addirittura dalle madri coinvolte nello studio una scala di misura dell'attaccamento mai usata prima) su bambini statunitensi che comunque erano nel 62% sotto la soglia di povertà, nell'85% appartenenti a minoranze etnico-razziali, in oltre il 50% con un genitore incarcerato più volte prima dei loro 5 anni d'età, per l'85% figli di genitori che non avevano mai convissuto e che nel 65% avevano avuto in giovane età plurime nascite extramaritali da più di un partner .

2- migliori relazioni con papà e mamma a lungo termine

Inoltre i benefici (depurati dell'effetto potenzialmente confondente di variabili quali l'età dei minori al momento della separazione, il sesso dei minori, il tempo a disposizione dei padri nell'adolescenza e il livello di conflitto valutato fino a 5 anni dopo la separazione) si evidenziano sia per minori sotto i due anni che addirittura sotto l'anno. Non vi erano inoltre differenze tra le coppie in cui la frequentazione in affido materialmente condiviso fosse stata raggiunta di comune accordo rispetto a quelle in cui fosse stata imposta dal giudice contro il volere di una delle parti.
Le evidenze dimostrano quindi che la preservazione dell'habitat materiale è decisamente meno consono alla tutela del minore di quanto non sia la preservazione del contesto relazionale-affettivo. Vedremo più avanti la netta e ponderata presa di posizione del Consiglio d'Europa sul punto (anticipando però che il Consiglio ha ricordato che l'esperienza australiana ha osservato che il pernottamento secondo i principi dell'affido materialmente condiviso -in Australia significa oltre il 35% trascorso con ambedue i genitori- è positivo e benefico tra i 4 e 6 anni e quello sotto questa fascia di età **non ha nessun impatto negativo).** Si segnala che una innovativa ricerca svedese (Fransson et al. 2014) ha voluto valutare e paragonare le concentrazioni del cortisolo (ormone dello stress) salivare in ragazzi in domiciliazione prevalente versus ragazzi in domiciliazione paritetica con alternanza del domicilio. A dimostrazione del fatto che l'alternanza del domicilio è fonte di stress solo nelle menti e nelle sensibilità condizionate dai pregiudizi **nessuna differenza statisticamente significativa è stata riscontrata nelle due categorie di figli.**

UN ULTIMO CONTRIBUTO DI RESPIRO INTERNAZIONALE ARRIVA PROPRIO DALLA SVIZZERA

Un'importante ricerca è stata recentemente pubblicata (30 giugno 2023) a cura del Family and Development Research Center (presso l'Istituto di Psicologia) dell'Università di Losanna: "Systematic review and Theoretical comparison of children outcomes in post-separation living arrangements". https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0288112
La review include 39 studi internazionali condotti fra gennaio 2010 e dicembre 2022 e ha paragonato le modalità di distribuzione dei tempi di coabitazione e i risultati relativi a cinque settori: emozionale, comportamentale, relazionale, fisico ed educazionale.
I risultati hanno osservato che I risultati dei minori erano I migliori nelle famiglie unite ma in ben il 75% dei casi i bambini in affido materialmente condiviso (qui inteso come range 30-70%) avevano identici risultati. I bambini al di fuori del range 30-70 riportavano i peggiori risultati.
Nello studio emerge che la principale ragione è legata al fatto che i minori con scarsa frequentazione di uno dei genitori hanno meno risorse relazionali ed economiche dai genitori rispetto ai minori che rientrano nel range 30-70% (calcolato come sempre sulla base dei pernottamenti).

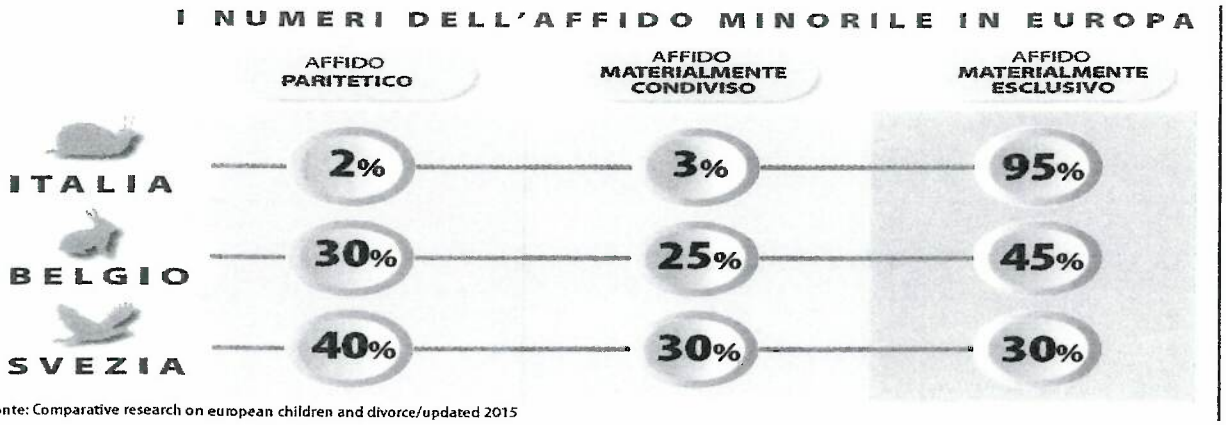
All'estero: dalla *shared responsability* alla *shared custody*

Sulla base di questi risultati, molti Paesi hanno scelto di affiancare l'affido legalmente condiviso con misure a favore di un affido materialmente condiviso.

Degno di nota è rilevare, ad esempio, che il tempo che i **minori spagnoli, danesi o tedeschi affidati a un solo genitore possono trascorrere presso il genitore non affidatario è nettamente superiore** a quello che i minori italiani in regime di affido condiviso possono mediamente trascorrere col genitore «*less involved*» in regime di affido condiviso (Vezzetti, 2013). Viene allora da pensare che sia maggiormente garante dei diritti dei minori l'affido esclusivo alla tedesca, alla danese o alla spagnola rispetto al condiviso all'italiana.

Attualmente, in attesa che il Belgio e soprattutto la Francia promulghino leggi (in discussione) che prevedono l'alternanza come prima e difficilmente eludibile opzione per il magistrato, la Svezia è il Paese europeo con la maggiore percentuale di affidi in alternanza (40%, contro il 30% del Belgio e, per fare un esempio, circa il 2% dell'Italia, anche se tutti e tre i Paesi vantano circa il 90% di affido legalmente condiviso). (Vezzetti, 2013)

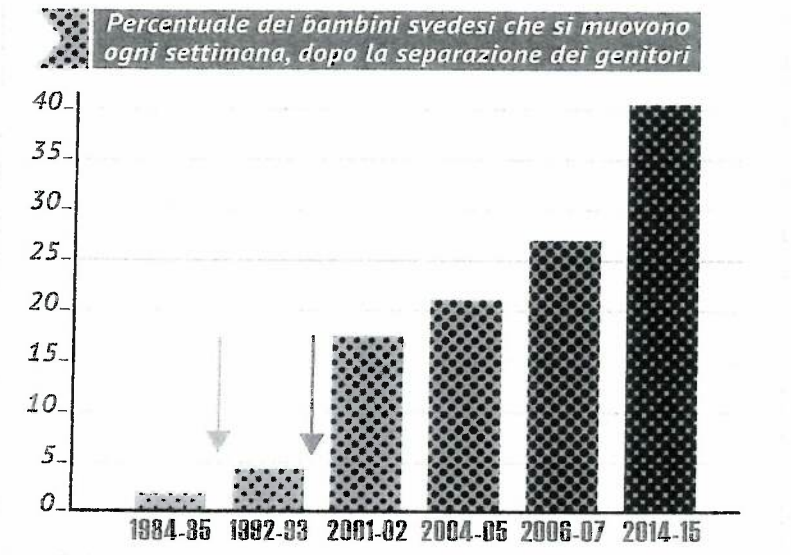
Figura 2 – tipologie di affido in tre paesi europei



Fonte: Comparative research on european children and divorce/updated 2015

Generalmente, comunque, in Svezia anche chi **non ha l'alternanza può spesso usufruire di tempi affini alla *physical joint custody* ottenuti modulando le ferie e i pernottamenti infrasettimanali presso** il genitore sfavorito (globalmente circa il 70% dei minori frequenta ognuno dei genitori per non meno di un terzo del tempo totale e ciò ha consentito importanti ricerche da parte di enti statali, del Karolinska e dell'Università di Stoccolma). Il weekend per il genitore *less involved* parte al venerdì pomeriggio e finisce al lunedì mattina e sono compresi pernottamenti infrasettimanali. Il risultato sulla conflittualità è stato straordinario: non essendo più **il minore strumento di ricatto affettivo o economico nei confronti dell'ex partner e passando di fatto a un mantenimento di tipo diretto non mediato dall'assegno mensile, le cause giudiziali in Svezia si sono quasi estinte.** Attualmente circa il 90% delle coppie consensualizza in prima udienza, altre in seconda e pochissime (2%) affrontano il percorso giudiziale (che, non essendo più oberati di lavoro gli uffici giudiziari, dura sei mesi soltanto). In questi casi, l'iter giudiziale si conclude nel 10% dei casi con l'affido esclusivo al padre e nel 10-15% con l'imposizione dell'affido alternato (in Italia siamo allo 0,7% e all'1% e questo può spiegare lo scarso ricorso alla mediazione pre-giudiziale!).

Figura 3 – sempre più numerosi i Paesi che consentono al bambino di passare almeno 30 % del tempo con ogni genitore



Un riconoscimento crescente fra i professionisti e i magistrati

Le evidenze dimostrano che la **preservazione del contesto abitativo è decisamente meno consono alla tutela del minore di quanto non sia la preservazione del contesto relazionale-affettivo.** Tale impostazione riceve sempre maggiore riconoscimento nell'ambito dei professionisti e nelle decisioni dei tribunali.

Fra i professionisti italiani

Non dobbiamo quindi stupirci che, preso atto di una vasta e preponderante corrente di studi favorevoli all'affido materialmente e non solo legalmente condiviso, già nell'importante audizione dell'8 novembre 2011, il **Collegio Nazionale degli Psicologi** abbia argomentato:

> *"... data quindi la totale **inidoneità al fine della salute dei figli di un modello che preveda che un solo genitore (quello collocatario o prevalente) sia il***

permanente punto di riferimento dei figli, *provvedendo a ogni loro necessità e assumendo ogni decisione e compito di cura, mentre l'altro si limita ad erogargli il denaro avendo con i figli solo sporadici contatti, in linea generale le modifiche del disegno di legge DDL 2454 non fanno altro che promuovere la possibilità che il principio della bi-genitorialità (nucleo allevante) non resti mero principio ma si inserisca nelle trame della vita quotidiana come applicazione rigorosa del principio stesso, tale da mantenere il processo evolutivo quale processo, appunto, e non fatto, cioè tale da mantenere sempre aperta la possibilità che su questo processo, incerto nel suo incedere, si possa inserire non solamente un genitore ma il nucleo allevante, cioè ciò che mantiene un assetto di terzietà.*

Nel bilancio della salute del figlio ***certamente è quindi per lui meno di sacrificio perdere un po' di tempo a frequentare due case che non perdere la possibilità di avere un riferimento in entrambi i genitori".(nostro grassetto)***

In seguito (febbraio 2013), anche la **Società Italiana di Pediatria Preventiva e Sociale (SIPPS),** prendendo atto delle inequivocabili evidenze a favore dell'affido materialmente condiviso, si è schierata a favore del modello due case-due famiglie. Nel 2017 pure la **Società Italiana di Scienze Forensi (SISF)** ha preso atto che il doppio domicilio e l'affido materialmente condiviso sono in condizioni standard la soluzione più tutelante per i minori.

Anche le decisioni di giustizia riconoscono queste necessità

Sulla base di questi risultati in ambito internazionale, al fine di avviare il doveroso rinnovamento culturale e legislativo, ho introdotto le ricerche e le esperienze estere più significative, da me illustrate presso il Parlamento Europeo nell'ottobre 2013, presso le Nazioni Unite nel settembre 2014, presso il quinto convegno europeo dei Social Workers in Lubiana nel 2015, presso il Ministero della Salute nel 2017, in alcuni disegni di legge depositati presso il Senato della Repubblica e presso la Camera dei Deputati.

Basandosi proprio sulle evidenze scientifiche sopra riportate il **Consiglio d'Europa**, in rappresentanza dei 47 Stati aderenti all'Organizzazione, in data 2 ottobre 2015 ha approvato dopo attenta valutazione un'importantissima delibera con 46 voti a favore (Italia inclusa) e la sola astensione di una rappresentante della Repubblica Ceca. Questa delibera invita tutti gli Stati a promuovere la shared residence (o affido materialmente condiviso) e non distingue fasce d'età perché ormai è chiaro che questa opzione è favorevole per tutti i minori salvo alcuni casi molto particolari riportati nel testo al paragrafo 5.5[il][18]

Lo scrivente precisa che nel rapporto (doc. 13870) su cui si è fondata la delibera (2079/2015) la *shared residence* viene definita come quella forma di affido in cui i figli trascorrono tempi più o meno eguali con mamma e papà **e che si specifica al paragrafo 24 che l'esperienza australiana ha dimostrato che il pernottamento secondo i principi dell'affido materialmente condiviso (in Australia significa oltre il**

[18] *"introduce into their laws the principle of shared residence following a separation, any exceptions to cases of child abuse or neglect, or domestic violence".*

35% e fino al 50% del tempo trascorso con ambedue i genitori) è positivo e benefico tra i 4 e 6 anni e quello sotto questa fascia di età non ha nessun impatto negativo.

> *"Shared residence is more beneficial than living with just one parent, in terms of psychological, emotional and social well-being, physical health and stress-related illnesses"*[19]

Mentre stanno aumentando le sentenze a favore dell'affido materialmente condiviso e/o alternato, presso il Tribunale di Perugia, da novembre 2014 vige con successo un protocollo[20] già allineato alle raccomandazioni del Consiglio d'Europa, che facendo piazza pulita di ogni pregiudizio e di ogni luogo comune circa la genitorialità paterna, prevede la "*presunzione di affido materialmente condiviso a tempi equipollenti con obbligo di presentare un dettagliato piano genitoriale*". Protocolli analoghi si sono affermati nel 2017 presso i Tribunali di Brindisi e di Salerno.

Conclusioni

1- Tutti i Paesi che hanno iniziato a usare, per legge o per giurisprudenza lo shared parenting, hanno sentito l'esigenza di continuare a farlo e nessuno è tornato indietro; questa tendenza si è manifestata tanto in Paesi del Nord Europa quanto in aree del Sud Europa (Catalogna, Baleari e Girona su tutte)
2- Ovunque la conflittualità a lungo termine si è ridotta
3- Non esiste evidenza di una presunta nocività dell'affido paritetico che pare anzi in grado di ridurre il contenzioso economico
4- Gli studi accreditati hanno dimostrato diminuzione della probabilità di perdita di un genitore
5- I parametri psicofisici ed emozionali migliori sono risultati quelli dei minori in affido materialmente condiviso per tutte le fasce di età[21] incluse quelle in età prescolare
6- Numerosi rilievi statistici hanno osservato che una tipologia di affido per cui i minori trascorrono presso ciascun genitore meno di un terzo del tempo risulta essere fattore di rischio per childhood adversity quali la perdita genitoriale e il conflitto a lungo termine. Queste childhood adversity sono per la Medicina e la Biologia indiscutibili fattori di rischio per la salute, diritto costituzionalmente riconosciuto, attraverso lo sviluppo a distanza di molteplici patologie (ormonali, metaboliche, infiammatorie croniche, psichiatriche, cromosomiche e neoplastiche)
7- Non è stato riportato in nessuno studio un impatto dell'affido paritetico e del pernottamento presso il padre sul sonno dei bambini e sulla sua qualità e neppure un aumento dei livelli di stress

[19] **Link di riferimento:** http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-DocDetails-en.asp?FileID=22220&lang=en
[20] **reperibile sul web** http://www.colibri-italia.it/2015/01/affido-minorile-un-isola-scandinava-in.html)
[21] **Il drammatico aumento di affidi materialmente condivisi a seguito di mutamenti legislativi e/o giurisprudenziali in molti sistemi legislativi induce a escludere che il miglior benessere sia legato a caratteristiche positive pre esistenti della coppia genitoriale (effetto selettivo) ma che sia invece proprio conseguenza della modalità di affido (effetto causale)**

In fede,

Vittorio Vezzetti V. Vittorio Vezzetti 16/11/2023

Bibliografia

- Agid O., Shapira B., Zislin J., Ritsner M., Hanin B., Murad H., Troudart T., Bloch M., Heresco-Levy U., Lerer B. (1999), "Environment and vulnerability to major psychiatric illness: a case control study of early parental loss in major depression, bipolar disorder and schizophrenia", Molecular Psychiatry 4, 163–172

- Albanese A., Hamill G, Jones J., Skuse D., Matthews D.R., Stanhope R. (1994) "Reversibility of physiological growth hormone secretion in children with psychosocial dwarfism"., Clin. Endocrinol. (OXF) 40: 687-692.

- Åsa C., Eriksson U., Löfstedt P., Sellström P. (2012)"Risk behaviour in Swedish adolescents: is shared physical custody after divorce a risk or a protective factor?", The European Journal of Public Health, Volume 23, Issue 1, Pp. 3 – 8,

- Bambico FR., Lacoste B.,Hattan PR, Gobbi G., (2013), "Father Absence in the Monogamous California Mouse Impairs Social Behavior and Modifies Dopamine and Glutamate Synapses in the Medial Prefrontal Cortex" , Cerebral Cortex doi: 10.1093/cercor/bht310

- Battaglia M., Pesenti-Gritti P., Medland S. E., Ogliari A., Tambs K., Spatola C. A. M., (2009),"A genetically informed study on the association between childhood separation anxiety, sensitivity to CO2, panic disorder and the effect of childhood parental loss" Arch Gen Psychiatry;66(1):64-71. doi:10.1001/archgenpsychiatry.2008.513

- Bergström M.,Modin B.,Fransson E.,Rajmil L.,Berlin M.,P.A. Gustafsson, Hjern.A. (2013) "Living in two homes-a Swedish national survey of wellbeing in 12 and 15 year olds with joint physical custody", BMC Public Health series open, inclusive and trusted 13:868

- Bergström M.,Modin B.,Fransson E., Berlin M.,P.A. Gustafsson, Hjern.A.., (2014), "Fifty moves a year: is there an association between joint physical custody and psychosomatic problems in children?", J Epidemiol Community Health doi:10.1136/jech-2014-205058

- Bergstrom M., "Shared parenting in Sweden and elsewhere-are children different?" Communication at International Conference on Shared Parenting 2015, Bonn 9-11 december 2015

- Bergström M., Fransson E., Fabian H., Hjern A., Sarkadi A.,Salari R.,

"Preschool children living in joint physical custody arrangements show less psychological symptoms than those living mostly or only with one parent" Acta Pediatrica, 7 september 2017, DOI: 10.1111/apa.14004

- Bjarnason T., Arnarsson A. M., (2011) "Joint physical custody and communication with parents: Comparative Study of 36 Western Societies", Journal of comparative family studies, vol.4, num. 6.

- Bjarnason T., Bendtsen P., Arnarsson A.M., Borup I., Iannotti R. J., Löfstedt P., Haapasalo I., Niclasen B., (2012) "Life Satisfaction Among Children in Different Family Structures: A Comparative Study of 36 Western Societies", Children & Society, Vol. 26, pp. 51–62

- Brynskov J, Foegh P, Pedersen G, Ellervik C, Kirkegaard T, Bingham A, Saermark T (2002). "Tumour necrosis factor alpha converting enzyme (TACE) activity in the colonic mucosa of patients with inflammatory bowel disease". Gut 51 (1): 37–43. doi:10.1136/gut.51.1.37.

- Buchanan, C.M. (1996). "Adolescents after divorce". Cambridge,MA: Harvard University.

- Cashmore J., & Parkinson, P. (2010). "Shared care parenting arrangements since the 2006 family law reforms", Sydney, Australia: University of New South Wales Social Research Centre.

-Cohen AJ., Adler N., Kaplan SJ., Pelcovitz D., Mandel FS. (2002) "Interactional effects of marital status and physical abuse on adolescent psychopathology". Child Abuse Negl. Mar; 26 (3): 277-88.

- Crosswell AD, Bower JE, Ganz PA. (2014) "Childhood Adversity and Inflammation in Breast Cancer Survivors", Psychosomatic Medicine:, Volume 76 - Issue 3 - p 208–214

- Data from Spanish "Consejo general del poder judicial", 2014

- Delitala G, Tomasi P, Virdis R. (1987) "Prolactin, growth hormone and thyrotropin-thyroid hormone secretion during stress states in man",.Baillieres Clin Endocrinol Metab., May;1(2):391-414

- Dom L. D. & Chrousos G. P. (1993) "The endocrinology of stress and stress system disorders in adolescence"., Endocrinol. Metab. Clin. N. Am. 22: 685-700

- Dowlati Y, Herrmann N, Swardfager W, Liu H, Sham L, Reim EK, Lanctôt KL (2010). "A meta-analysis of cytokines in major depression". Biol Psychiatry 67 (5): 446–457

- Duncan TE, Duncan SC, Hops H.,(1994) "The Effects of Family Cohesiveness and Peer Encouragement on the Development of Adolescent Alcohol Use: A Cohort-Sequential Approach to the Analysis of Longitudinal Data," Journal of Studies on Alcohol , Sep;55(5):588-99.

- Fabricius WV, Luecken LJ.(2007)," Postdivorce living arrangements, parent conflict, and long-term physical health correlates for children of divorce. J Fam Psychol. 2007 Jun;21(2):195-205.

- Fabricius W. V., Sokol K. R., Diaz P. &. Braver Sa. L,(2012) "Parenting Time, Parent Conflict, Parent–Child

Relationships, and Children's Physical Health", in Parenting plan evaluation: applied research for the family

Court 188, 200 (Kathryn Kuehnle & Leslie Drozd eds,), drawing on data from the Stanford Child

Custody Study (data set now available at http://www.socio.com/srch/summary/afda/fam25–27.htm)

- Fabricius, W. V., & Suh, G. W. (2016, November 28). Should Infants and Toddlers Have Frequent

- Overnight Parenting Time With Fathers? The Policy Debate and New Data. *Psychology, Public*

- Fransson E., Folkesson L., Östberg V., Lindfors P.:

"Exploring salivary cortisol and recurrent pain in mid-adolescents living in two homes",

BMC Psychol 2014 Oct 14;2(1):46. doi: 10.1186/s40359-014-0046-z. eCollection 2014.

- Gadó K, Domján G, Hegyesi H, Falus A (2000). "Role of Interleukin-6 in the pathogenesis of multiple myeloma". Cell Biology International 24 (4): 195–209

- Gomes-Schwartz B, Horowitz J., and. Cardarelli Albert P., (1988),"Child Sexual Abuse Victims and Their

Treatment,", U.S. Department of Justice, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention

- Green W.H., Campbell M., David R.(1984), "Psychosocial dwarfism: a critical review of the evidence". J. Am. Acad. Child Psych. 23: 39-48.

- Hailey Maier E. and Lachman M.E.. (2000) "Consequences of early parental loss and separation for health and well-being in midlife" International Journal of Behavioral Development, 24 (2), 183–189

- Hartwell KJ, Moran-Santa Maria M.M., Twal W.O., Shaftman S., DeSantis S.M., McRae-Clark A.L., Brady K.T. (2013) "Association of elevated cytokines with childhood adversity in a sample of healthy adults", Journal of Psychiatric Research Volume 47, Issue 5, May, Pages 604–610

- Helmreich D.L., Parfitt D.B., Lu X.Y., Akil H., Watson SJ. (2005), "Relation between the hypothalamic-pituitary-thyroid (HPT) axis and the hypothalamic-pituitary-adrenal (HPA) axis during repeated stress". Neuroendocrinology.,;81(3):18392. Epub 2005 Jul 11.

- Hirohata S, Kikuchi H (2012). "Changes in biomarkers focused on differences in disease course or treatment in patients with neuro-Behçet's disease". Internal Medicine 51 (24): 3359–65.

- Hoffman K.A., Mendoza S.P., Hennessy M.B., Mason W.A. (1995) "Responses of infant titi monkeys, Callicebus moloch, to removal of one or both parents: evidence for paternal attachment", Dev Psychobiol. Nov; 28(7):399-407

-Houben-van Herten M, Bai.G., Hafkamp E., Landgraf J.M., and Raat H.

(2015) "Determinants of Health-Related Quality of Life in School-Aged Children: A General Population Study in the Netherlands". PLoS ONE 10(5): e0125083.

doi:10.1371/journal.pone.0125083

-Human Lauren J.,Chan M., Delongis A., Roy L., Miller E.G.,Chen E.,(2014) "Parental Accuracy Regarding Adolescent Daily Experiences: Relationships With Adolescent Psychological Adjustment and Inflammatory Regulation", Psychosomatic Medicine: October 2014 - Volume 76 - Issue 8 - p 603–610

- Igoin-Apfelbaum L. (1985) "Characteristics of family background in bulimia", Psychother Psychosom. ;43(3):161-7

- Informal meeting during the summer session of the Parliamentary Assembly at the Council of Europe in

Strasbourg on Wednesday, 22 June 2016, "Dissemination of Shared Parenting in Europe within the Perspective of Resolution 2079 (2015) of the Council of Europe". http://twohomes.org/dl628

- Istituto di Statistica spagnolo, dati 2015 http://www.ine.es/dyngs/INEbase/es/operacion.htm?c=Estadistica_C&cid=1254736176798&menu=ultiDatos&idp=1254735573206

- Johnson J.G., Cohen P., Kasen S., Brook J.S. (2002) "Childhood Adversities Associated With Risk for Eating Disorders or Weight Problems DuringAdolescence or Early Adulthood" Am J Psychiatry; 159:394–400

- Johnston, J.R., Kline, M. And J.M.Tschann. (1989). "Ongoing Postdivorce Conflict: Effects on Children of Joint Custody and Frequent Access". American Journal of Orthpsychiatry, 59 (4), 576-592.

- Juang K.D., Wang S.J., Fuh J.L., Lu S.R., Chen Y.S. (2004) "Association between adolescent chronic daily headache and childhood adversity: a community-based study", Cephalalgia. Jan; 24-1-:54-9

- Kiecolt-Glaser J.K., Gouin J.P., Weng N.P., Malarkey W.B., Beversdorf D.Q., Glaser R. (2011) "Childhood adversity heightens the impact of later-life caregiving stress on telomere length and inflammation" Psychosom Med.73(1):16-22. doi:10.1097/PSY.0b013e31820573b6. Epub 2010 Dec 10

- Kline Pruett M., Tschann J.M., Johnston J., Wallerstein J.S. (1989), "Children's adjustment in joint and sole physical custody families". Developmental Psychology, Vol 25(3), 430-438

- Lacey R., Kumari M., Mc Munn A.M."Parental separation in childhood and adult inflammation: The importance of material and psychosocial pathways", Psychoneuroendocrinology 8 july 2013 PII: S0306-4530(13)00184-4).

- Locksley R.M., Killeen N., Lenardo M.J. (2001). "The TNF and TNF receptor superfamilies: integrating mammalian biology". Cell 104 (4): 487–501.

- Lohse J., "Ongoing shared parenting reforms in Denmark", communication at International Conference on Shared Parenting 2015, Bonn 9-11 december 2015

- Luecken, Linda J. PhD, (November/December 1998) "Childhood Attachment and Loss Experiences Affect Adult Cardiovascular and

Cortisol Function", Psychosomatic Medicine: - Volume 60 - Issue 6 - pp 765-772

- Maccoby E.E.; Buchanan C. M.; Mnookin R.H.; Dornbusch S.M., (1993) "Postdivorce Roles of Mother and Fathers in the Lives of Their Children", 7 J. Fam. Psychol. 24, 34–35

- Magner J.A., Rogol A.D., Gorden P. (1984) "Reversible growth hormone deficiency and delayed puberty triggered by a stressful experience in a young adult". The American journal of Medicine, Vol.76, issue 4, pag.737-742

- McIntosh J.E.,. Wells Y.D., Smyth B.M., and Long C.M. (2008) "Child-focused and child-inclusive divorce mediation: comparative outcomes from a prospective study of post separation adjustment". Family court review, Vol. 46 No. 1, 105–124

- Meinlschmidt G. and Heim C. (2007),"Sensitivity to Intranasal Oxytocin in Adult Men with Early Parental

Separation", Biological Psychiatry,Volume 61, Issue 9, 1 Pages 1109–1111

-Melli M. S.,Brown P R., (2008). "Exploring a New Family Form—The Shared Time Family", Int J Law Policy Family (2008) 22 (2): 231-269. doi: 10.1093/lawfam/ebn002

-Metzler C.W, Noell J., Biglan A., Ary D., Smolkowski K. (1994)"The Social Context for Risky Sexual Behavior Among Adolescents," Journal of Behavioral Medicine 17.

- Millar P., Kruk E. (2014), "Maternal Attachment, Paternal Overnight Contact, and Very Young Children's

Adjustment: Comment on Tornello et al.2013" Journal of marriage and family, 76: 232– 236

- Nicolson N.A. (2004), "Childhood parental loss and cortisol levels in adult men". Psychoneuroendocrinology; 29 (8):1012-8.

- Nielsen L. (2014) "Shared Physical Custody: Summary of 40 Studies on Outcomes for Children",

Department of Education, Wake Forest University, Winston-Salem, North Carolina, USA, Journal of Divorce & Remarriage, 55:614–636,

- Nishimoto N (2006). "Interleukin-6 in rheumatoid arthritis". Current Opinion in Rheumatology 18 (3): 277–81.

- Official Question to European Commissioner for Health 2016 https://drive.google.com/file/d/0BiOqOKLc35PYnNabUo0b3JkbnM/view?pref=2&pli=1

- Official Question to European Commissioner for Justice 2016 https://drive.google.com/file/d/0BiOqOKLc35PNDRUd1A1cWJWYVk/view?pref=2&pli=1 Answer: https://drive.google.com/file/d/0BiOqOKLc35Pa2FJVW5KcFotYWc/view

-Opacka-Juffry J, Mohiyeddini C. (2012)"Experience of stress in childhood negatively correlates with plasma oxytocin concentration in adult men". Stress.;15(1):1-10. doi: 10.3109/10253890.2011.560309. Epub 2011 Jun 19

-Otowa T., York TP., Gardner C.O., Kendler K.S., Hettema J.M. (2014) "The impact of childhood parental loss on risk for mood, anxiety and substance use disorders in a population-based sample of male twins", Psychiatry Research, December 15, Volume 220, Issues 1-2, Pages 404–409

- Ottosen, M.H. & Stage, S.. (2011), Dom til fælles forældremyndighed. En evaluering af forældreansvarslov en. 257 sider. ISBN: 978-87-7119-029- 8. e-ISBN: 978-87-7119-030-4. SFI - Det National Forskningscenter for Velfaerd, Copenhagen.

- Ovtscharoff W. Jr,Helmeke C., Braun K. (2006), "Lack of paternal care affects synaptic development in the anterior cingulate cortex". Brain Res. 20;1116(1):58-63. Epub 2006 Sep 1.

- Paparigopoulos Y., "Shared Parenting, the need for institutional reforms", Communication at International Conference: Athens University, 21 may 2015

- Parliamentary question, 7 march 2013, E 000713/2013, Question: http://www.figlipersempre.com/res/site39917/res652679_interrogazioneitangeleng.pdf Answer: http://www.figlipersempre.com/res/site39917/res658391_Parliamentary-questions.pdf

-Parliamentary questions 24 April 2014, E-005595-14

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2014-005595+0+DOC+XML+V0//EN

- Poussin G. "Les nouvelles formes de parentalité: le temps du partage… et l'enfant?" Communication au 7ème colloque international, 19 - 20 mai 2016, Valais-Wallis, Sierre, CH

- Régnier-Loilier A., (may 2013) "When fathers lose touch with their children after a separation", Population&Society, num. 500,

- Ringsback-Weitoft G., Hjem A., Haglund B., Rosen M.(2003) "Mortality, severe morbidity and injury in children living with single parents in Sweden: A population-based study". The Lancet; 361: 289-295

- Roustit C., Campoy E., Renahy E.,King G.,Parizot I.,Chauvin P.(2011)

"Family social environment in childhood and self-rated health in young adulthood". BMC

Public Health 11: 949. DOI: 10.1186/1471-2458-11-949

- Sarkadi A., Kristiansson R., Oberklaid F., Bremberg S.(2007) "Fathers' involvement and children's developmental outcomes: a systematic review of longitudinal studies", Acta Pædiatrica ISSN 0803–5253

- Schiratzki J., (2009) "Custody of Children in Sweden" Recent Developments, Scandinavian Studies in Law http://www.scandinavianlaw.se/pdf/38-11.pdf

- Scott Berman D. (1995) "Risk Factors Leading to Adolescent Substance Abuse," Adolescence 30

- Scott K. , Von Korff M, Alonso J, Angermeyer MC, Benjet C, Bruffaerts R, de Girolamo G, Haro JM, Kessler RC, Kovess V, Ono Y, Ormel J, Posada-Villa J. (November/December 2008) "Childhood Adversity, Early-Onset Depressive/Anxiety Disorders, and Adult-Onset Asthma", Psychosomatic Medicine: - Volume 70 - Issue 9 - pp 1035-1043

- Sheppard P. , Garcia JR, Sear R .(Nov.2015) "Family disruption and adult height: is there a mediating role of puberty?". Published by Oxford University Press on behalf of the Foundation for Evolution, Medicine, and Public Health.N2015
http://emph.oxfordjournals.org/content/early/2015/11/24/emph.eov028.full.pdf

- Skuse D., Albanese A., Stanhope R., Gilmour J., Voss L. (1996) "A new stress-related syndrome of growth failure and hyperphagia in children, associated with reversibility of growth-hormone insufficiency". Lancet. Aug 10;348(9024):353-8.

- Smith P.C., Hobisch .A, Lin D.L., Culig Z, Keller E.T. (Mar 2001). "Interleukin-6 and prostate cancer progression". Cytokine & Growth Factor Reviews 12 (1): 33–40

- Sodermans A., Matthijs K., Swicegood G.(2013). "Characteristics of joint physical custody families in Flanders". Demographic Research, 28, 821–848. Stadelmann et al. "Parental separation and children's behavioral/emotional problems: the impact of parental representations and family conflict". Fam Process 49: 92-108. (2010)

- Sünderhauf H. (2013), Wechselmodell: Psychologie - Recht - Praxis, Part 1, Chapter 3.1.5

- Suenderhauf H., "The legal development of parental responsibility in Europe, Communication at International Conference on Shared Parenting 2015, Bonn 9-11 december 2015

- Swardfager W, Lanctôt K, Rothenburg L, Wong A, Cappell J, Herrmann N (2010). "A meta-analysis of cytokines in Alzheimer's disease". Biol Psychiatry 68 (10): 930–941

- Tackey E, Lipsky PE, Illei GG (2004). "Rationale for interleukin-6 blockade in systemic lupus erythematosus". Lupus 13 (5): 339–43

- Tornello, S. L., Emery, R., Rowen, J., Potter, D., Ocker, B. and Xu, Y. (2013), Overnight Custody Arrangements, Attachment, and Adjustment Among Very Young Children. Fam Relat, 75: 871–885. doi:10.1111/jomf.12045

- Turunen J. (2015)"Shared Physical Custody and Children's Experience of Stress", Families and societies 24,

- Tyrka A.E , Wier L, Price LH, Ross NS, Carpenter LL. (2008). "Childhood parental loss and adult psychopathology: effects of loss characteristics and contextual factors", Int. J Psychiatry Med. 2008; 38(3): 329–344.)

- US Department of Health and Human Services, National Center for Health Statistics, Survey on Child Health, Washington, DC, 1993

- Van der Knaap L., Riese H., Hudziak J.J., Verbiest M.M., Verhulst F.C., Oldehinkel A.J., van Oort F.V. (2015) "Adverse Life Events and Allele-Specific Methylation of the Serotonin Transporter

Gene (SLC6A4) in Adolescents: The Trails Study" , Psychosomatic Medicine: - Volume 77 - Issue 3 - p 246–255

- Vezzetti V.,(2009), "Il figlio di genitori separati", rivista SIPPS, italian society for social and preventive pediatrics, N.3-4 2009. 5-8.

-Vezzetti V. "Nel nome dei figli" (In the name of the children), (2010) Booksprint ed., www.nelnomedeifigli.it,

- Vezzetti V. "European children and the divorce of their parents: a question of right to health?"

Contribution to Day general discussion: Digital Media and Children's rights. Office of High Commissioner for Human Rights, 12th september 2014

http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/CRC/Discussions/2014/Colibri.pdf

- Vezzetti V. (2015) "A comparative research on european children and divorce", Scholar Press ed. https://www.scholars-press.com/catalog/details/store/fr/book/978-3-639-76662-2/a-comparative-research-on-european-children-and-divorce?locale=gb

Vezzetti V. (2016) "New approaches to divorce with children: a problem of public health", Journal of Health Psychology Open *July-December 2016: 1–13n DOI: 10.1177/2055102916678105* http://hpo.sagepub.com/content/3/2/2055102916678105.full.pdf+html

-

- Victor FC, Gottlieb AB (2002). "TNF-alpha and apoptosis: implications for the pathogenesis and treatment of psoriasis". J Drugs Dermatol 1 (3): 264–75.

- Warshak R., (2014).“Social science and parenting plans for young children:a consensus report” Psychology, Public Policy, and Law, Vol 20(1), 46-67.

- Warshak R. A. (2016) “Stemming the Tide of Misinformation”, http://www.warshak.com/pdf/manuscripts/CR68e-Stemming-theTide.pdf 2016

-Yannakoulia M ., Papanikolaou K, Hatzopoulou I., Efstathiou E., Papoutsakis C, Dedoussis G.V. (2008) . “Association between family divorce and children's BMI and meal patterns: the

GENDAI Study”. Obesity (Silver Spring).16(6):1382-7

All. 1

Studi comparativi sulla custodia dei minori accreditati dalla comunità scientifica pubblicati tra il 1977 e il 2014

The 74 top comparative studies published between 1977 and February 2014 on children custody

SU= METANALYSIS SUENDERHAUF, NI=METANALYSIS NIELSEN, W=METANALYSIS WARSHAK (under 4 years)

1-Abarbanel (1977)	SU
2-Bastaits (2014)	NI
3-Bauserman (2002)	SU
4-Berger & al. (2008)	SU+W
5-Bergström(2012)	SU
6-Bergstrom (2013)	NI+SU
7-Bjarnasson & Arnasson (2011)	NI+SU
8-Breivik & Olweus (2006)	NI+SU
9-Brotsky & al. (1988)	NI+SU
10-Buchanan (1996)	NI
11-Campana & al. (2008)	NI+SU
12-13- Carlsund et al.(2012) TWO STUDIES	NI
14-15-16-Cashmore & al. (2010) THREE STUDIES	NI+SU
17-Cloutier & Jaques (1997)	SU
18-Fabricius (2000)	NI
19-Fabricius (2012)	NI
20-Fabricius & Luecken (2007)	NI+SU
21-Fabricius & Luecken (2014)	NI+SU
22-Fehlberg, Millward & Campo (2009)	SU
23-Fortin, Hunt & Scanian * (2012)	SU
24-Franbuch-Grembeck (2004)	SU
25- Frank (2007)	NI
26-Frigger (2008)	SU
27- Hahn (2006)	SU
28-Haugen (2010)	SU
29-Irving & al. (1984)	SU
30-Irving & Benjamin (1991)	NI+SU
31-Jablonska & Lindberg (2007)	NI+SU
32-Janning (2010)	NI
33-Johnson & al. (1989)	SU
34-Juby & al. (2005)	SU
35-Kaspiew & al. (2009)	NI+SU+W
36-Kline (1989)	NI
37-Lacroix (2006)	SU

38-Lakin (1994)	SU
39-Lee (2002)	NI+SU
40-Lodge (2010)	NI
41-Luepnitz (1986)	NI+SU
42-Maccoby & al. (1993)	NI+SU
43-Maccoby & Mnookin (1992)	SU+W
44-Mcintosh, Bryant & Murray (2008)	NI+SU
45-Mcintosh, Wells, Smyth & Long (2008)	SU
46-McKinnon & Wallerstein (1986)	SU-W
47-Melli & Brown (2008)	NI+SU
48-Neoh & Mellor (2010)	NI+SU
49-Neugebauer (1989)	SU
50-51-Pearson & Thoennes (1990) TWO STUDIES	NI+SU
52-Prazen & al. (2011)	SU
53-Pruett (2012)	NI
54-Richards & Goldenberg (1986)	SU
55-Shiller (1986a)	SU
56-Shiller (1986b)	SU
57-Skeirten & Barlindhaug (2007)	SU
58-Smart & al. (2001)	NI+SU
59-60-61-Smyth (2009), THREE STUDIES (2004/2005/2008)	SU
62-Sodermans, Matthijs & Swicegood (2013)	SU
63-Sokol (2014)	NI
64-Spruijt & Duindam (2010)	NI+SU
65-Steinman & al. (1985)	SU
66-Steinman (1981)	SU
67-Tornello (2013)	NI+W
68-Turunen (2014)	NI
69-Underwood (1989)	SU
70-Vanassche (2014)	NI
71-Westphal (2014)	NI
72-Wilkinson (1992)	SU
73-Williams (1991)	SU

A metanalytic research peer reviewed not mentioned as published in 2014

74-Warshak, Richard A. Social science and parenting plans for young children: a consensus report

Psychology, Public Policy, and Law, Vol 20(1), Feb 2014, 46-67.
(this metanalysis investigates the following studies about overnights under 4 years: Wallerstein-Kelly,1975, McKinnon-Wallerstein 1987, Brotsky 1991, Maccoby 1992, Solomon 1999, Woodward 2000, Pruett 2004, Altenhof 2008, Berger Melli 2008,Kaspiew 2009, Altenhofen 2010, McIntosh 2010, Tornello 2013).

Solo tre studi hanno dato esito negativo ma, a successiva analisi, risultarono gravati da importanti bias: 1-tra le molte critiche allo studio Mc Intosh ci sono l'adozione di misure non standardizzate, le dimensioni estremamente ridotte –poche unità-di alcuni sottocampioni per I bimbi che pernottavano dal papà, l'alto numero di genitori (60-90%) che non avevano mai vissuto assieme o erano stati sposati. 2-Fra le critiche allo studio Tornello troviamo il fatto di avere usato una scala di misura dell'attaccamento mai usata prima e applicata dalle madri coinvolte nello studio, di avere analizzato una casistica particolare (bambini che erano nel 62% sotto la soglia di povertà, nell'85% appartenenti a minoranze etnico-razziali, in oltre il 50% con un genitore incarcerato più volte prima dei loro 5 anni d'età, per l'85% figli di genitori che non avevano mai convissuto e che nel 65% avevano avuto in giovane età plurime nascite extramaritali da più di un partner) con motivi di disagio a prescindere dai pernottamenti (ad esempio pernottava dal padre chi aveva la madre in carcere), contraddizioni tra il testo e alcune tabelle riassuntive dei risultati che invece suffragano la positività dei pernotti presso il padre. 3-Sul vecchio studio Johnson, J.R., Kline, M. And J.M.Tschann, del1989 grava l'ombra dell'esiguità della casistica e dell'adozione di misure non standardizzate.

Anl. 2

Grün = „positiv", d.h. überwiegend positive Befunde in Bezug auf die konkrete Fragestellung
Gelb = entweder „neutral", d.h. Befunde sind weder positiv noch negativ zu bewerten oder „gemischt", d.h. sowohl positive als auch negative Befunde
Rot = „negativ", d.h. überwiegend negative Befunde in Bezug auf die konkrete Fragestellung

WM = Wechselmodell / paritätische Doppelresidenz RM = Residenzmodell (überwiegende Betreuung durch einen Elternteil)

Autoren(innen), Jahr der Veröffentlichung, Land	Zentrale Fragestellung(en)	Ergebnis für WM
Abarbanel (1977) USA	Bindungsentwicklung an zwei „psychologische Elternteile"	positiv
Steinman (1981) USA	Anpassung der Kinder, Zufriedenheit von Eltern und Kindern	positiv
a) Irving et al. (1984) Kanada b) Irving & Benjamin (1991)	a) Situation und Zufriedenheit der WM-Eltern b) Zufriedenheit der Eltern im Vergleich WM zu RM; Gründe dafür	positiv positiv
a) Steinman et al. (1985) USA b) Brotsky et al. (1988) USA	WM nach Mediation und Beratung	positiv
Luepnitz (1986) USA	Kindliche Anpassung, Vor- und Nachteile von WM/RM, Konfliktbelastung im WM/RM	positiv
McKinnon & Wallerstein (1986) USA	Faktoren für Erfolgschancen und Auswirkung des WM auf die psychische Entwicklung von Vorschulkindern	positiv/ neutral
Richards & Goldenberg (1986) USA	Rolle der Väter, Vereinbarkeit m. Erwerbstätigkeit im 50:50-WM; Zufriedenheit; Entwicklung der Kinder	positiv
a.) Shiller (1986a) USA b.) Shiller (1986b) USA	Verhaltensauffälligkeiten der Kinder Unterschiede hinsichtl. Loyalitätskonflikten, interfamiliären Beziehungen und Wiedervereinigungswünschen/-phantasien	positiv positiv
Underwood (1989) USA	WM-Auswirkungen auf Eltern/Kinder: psych. Entwicklung, Zufriedenheit, förderliche Rahmenbedingungen	positiv
Neugebauer (1989) USA	Einfluss von Betreuungsarrangements/Besuchen auf das Verhältnis zum nichtsorgeberechtigten Elternteil	positiv
Johnson et al. (1989) USA	Auswirkungen des WM und RM mit intensivem Umgangskontakt auf die kindliche Anpassung bei „hochstrittigen" Eltern	negativ
Pearson & Thoennes (1990) USA	Finanzielle Auswirkungen der Betreuung (WM/RM)	positiv
	Psychische Entwicklung der Kinder	neutral
Williams (1991) USA	Zusammenhang zwischen elterlicher Kommunikation u. Wechselfrequenz mit Zufriedenheit der Eltern im WM	positiv
Wilkinson (1992) USA	Auswirkung der Konfliktaustragung zw. Eltern (argumentativ od. aggressiv) auf psychische Entwicklung der Kinder	neutral
a) Maccoby & Mnookin (1992) b) Maccoby et al. (1993) USA	Geschlechtsspezifische Rollen vor/nach Scheidung, Kontakt der Kinder zu beiden ET, Stabilität des Betreuungsmodells, rechtl. Konflikte zw. ET, elterliche Interaktion	positiv/ neutral
Lakin (1994) USA	Psychologische Anpassung von Eltern und Kindern, Beziehung zw. den Eltern, Auswirkungen von Konflikten, Freiwilligkeit	positiv/ neutral
Cloutier & Jaques (1997) Kanada	Zeitliche Stabilität (Kontinuität) des WM im Vergleich zum RM	positiv
Smart et al. * (2001) Großbritannien	Methode u. Ressourcen im Umgang mit dem WM, Erfahrungen von Kindern im WM und Bewertung des WM	gemischt
Bauserman (2002) USA	Vorteile für die kindliche Anpassung in gemeinsamer elterlicher Sorge (WM und RM) oder Alleinsorge.	positiv
Lee (2002) USA	Faktoren, die die kindliche Anpassung negativ beeinflussen, abhängig vom Betreuungsarrangement (RM versus WM)	positiv
Franbuch-Grembeck (2004) USA	WM bei sehr kleinen Kindern, kindl. Entwicklung, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das WM	positiv
Juby et al. (2005) Kanada	Auswirkungen der Rollenverteilung (u.a. Faktoren) *in* der Partnerschaft auf die Betreuung *nach* einer Trennung	neutral

Studies on Shared Parenting and their Outcomes ©Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf(2014)

Breivik & Olweus (2006) Norwegen	Externalisierte Probleme (antisoziales/gewalttätiges Verhalten, Drogenkonsum), internalisierte Probleme (depressive, allgemein negatives Selbstbild) und schulische Leistungen	positiv
Hahn (2006) USA	Eigenschaften, Charakteristika und Handlungskonzepte erfolgreicher WM-Eltern	positiv
Lacroix (2006) Australien	Geschlechtsspezifische Rollenunterschiede (Aufgabenverteilung) bei 50 : 50 % WM-Eltern	neutral
Fabricius & Luecken (2007) USA	Einfluss der Zeit mit dem Vater und des elterlichen Konflikts auf die Beziehung z. Vater, Trauer über Scheidung, physische. Gesundheit	positiv
Skørten & Barlindhaug (2007) Norwegen	Einbeziehung der Kinder in die sorgerechtliche Entscheidung	positiv
Jablonska & Lindberg (2007) Schweden	Soziale Lage (Freundschaften, Schule); riskantes Konsumverhalten; Opfersituation (Mobbing, Gewalt) u. mentale Leiden	positiv
Berger et al. (2008) USA	Ist das WM weniger stabil als das RM? Gibt es einen „mother-drift"?	positiv
Campana et al. (2008) USA	Auswirkung der Betreuung (RM od. WM) auf den Erziehungsstil der Eltern u. auf die psychische Anpassung der Kinder	positiv
McIntosh, Wells, Smyth & Long (2008) Australien	Kooperation hochstrittiger Paare bei angeordnetem WM und Auswirkungen auf die Kinder	negativ
McIntosh, Bryant & Murray (2008) Australien	Kooperation hochstrittiger ET im WM, Beeinträchtigung der Kinder durch elterliche Konflikte	gemischt
Melli & Brown (2008) USA	Soziales Profil, Lebensumstände und interfamiliäre Beziehungen in den RM- und WM-Familien	positiv
Frigger (2008) Deutschland	Beschreibung der Lebensverhältnisse, Einfluss von Hochkonflikt und Freiwilligkeit des Betreuungsmodells	positiv
Kaspiew et al. (2009) Australien	Auswirkungen des WM auf Eltern, Kinder & Großeltern, Entwicklung der Verbreitung seit der gesetzl. Einführung (2006)	positiv
Smyth (2009) drei Studien (2004 / 2005 / 2008) Australien	(1) Charakteristika von WM-Eltern (2) Betreuungspläne von WM und RM-Eltern (3) Stabilität von Betreuungsarrangements	positiv positiv gemischt
Fehlberg, Millward & Campo (2009) Australien	Erfahrungen mit dem Sorgerechtsprozess/Mediation; Co-Parenting, Zufriedenheit	neutral gemischt
Neoh & Mellor (2010) Australien	Psychische Anpassung der Kinder in 3 Fam.-Typen;	positiv
	Glück + Zufriedenheit bei Eltern/Kinder in 3 Fam.-Typen	gemischt
Spruijt & Duindam (2010) Niederlande	Psychische Entwicklung der WM-Kinder, Bindung an beide Eltern, Konfliktniveau der WM-Eltern	positiv
Haugen (2010) Norwegen	Flexibilität in der Handhabung des Betreuungsplans u. emotionale Folgen; Recht der Kinder auf Mitsprache	positiv
Cashmore et al. (2010) Australien	WM-Praxis u. –Erfahrungen, Zufriedenheit von Kindern/ Eltern, sozio-ökonomische Lage der Eltern, Konflikte	positiv
Prazen et al. (2011) USA	Auswirkungen des WM auf Nachbarschaftsfreundschaften von Kindern	positiv
Bjarnasson & Arnasson (2011) 36 westl. Länder	Kommunikationsprobleme der Jugendlichen mit Mutter und Vater in Abhängigkeit vom Betreuungsstatus der Kinder	positiv
Fabricius et al. (2012) USA	Einfluss der gemeinsamen Zeit mit dem Vater nach der Scheidung und Bindung zum Vater als Erwachsene	positiv
Bergström (2012) Schweden	Beziehung zu den Eltern, psychische Gesundheit, Lebensqualität, Mobbing und Zufriedenheit m. Schulsituation	positiv
Fortin, Hunt & Scanlan* (2012) Großbritannien	Perspektiven von Trennungskindern in der Rückschau auf ihre Betreuungssituation (Anm. nur 5 % WM)	gemischt
Sodermans, Matthijs & Swicegood (2013) Belgien	Änderungen in der Charakteristik von WM-Familien infolge der gesetzlicher Einführung der gemeins. elterlichen Sorge und des WM	neutral

* Soziologische Studie

Quelle: Sünderhauf (2013): Wechselmodell: Psychologie – Recht – Praxis, Springer VS, Wiesbaden, S. 265 ff.

Curriculum Vitae di Vittorio Vezzetti
nato a Milano l'11 Novembre 1964 e residente a Ranco (Va) -Italia
Nel 1983 consegue a pieni voti la ***maturità classica.***
Nel 1990 si laurea in ***Medicina e Chirurgia*** *presso l'università di Pavia con 110 e lode.*
Nel 1994 si specializza in Pediatria presso la Medesima Università.
Pediatra convenzionato con la ASL di Varese, responsabile della Associazione convenzionata Pediatri dei 3 laghi.

Dal punto di vista scientifico ha pubblicato i primi articoli italiani a carattere medico sul tema "Minori fuori famiglia" (presentato al Campidoglio) e "Struttura familiare ottimale per i figli di separati"(presentato al Senato e tradotto in 9 lingue). Ha poi presentato presso l'Europarlamento in Strasburgo la prima ricerca comparativa sull'affido in Europa, che ha poi illustrato nel 2014 presso l'Alto Commissariato per i Diritti Umani (ONU) in Ginevra e nel 2015 presso il quinto convegno europeo degli assistenti sociali (social workers) in Lubiana.
Dal punto di vista giuridico ha ideato i primi casi nazionali di costituzione parte civile di minore e associazioni a favore della bigenitorialità. Ha collaborato, unico esperto italiano, al rapporto fondante la risoluzione 2079 del Consiglio d'Europa in tema di affido materialmente condiviso e genitorialità.

E' stato membro del comitato scientifico dell'International Council on Shared Parenting ed è Presidente dell'European Platform for joint custody and Childhood COLIBRI'.
Nel 2009 ha collaborato alla stesura del progetto di legge 2209 per la riforma dell'affido condiviso e nelle successive legislature alla stesura del DDL 1163 e del PDL 2507 e nella scorsa legislatura del DDL 735.
Ha al suo attivo pubblicazioni a carattere divulgativo su riviste scientifiche, tra le quali spiccano il primo articolo esclusivamente dedicato alle problematiche del figlio di genitori separati sulla rivista della società italiana di pediatria preventiva e sociale e l'articolo: Minori fuori famiglia (RIPPS) e il primo articolo sull'affido materialmente condiviso.
Nel 2016 pubblica sulla rivista internazionale Health Psychology Open la vastissima meta analisi "*New approaches to divorce with children: a problem of public health*", poi pubblicata anche sul sito dell'American Psychological Association.
Ha collaborato col prof. Bernet, Baltimora, ai fini dell'inserimento della PAS nel DSM V.
Nel 2009 ha presentato per conto di **Figlipersempre onlus** il progetto **LA FAMIGLIA ECOLOGICA** premiato dall'ASL di Varese con finanziamento pubblico ai sensi delle regionale 23.
Nel 2010, invece, ha presentato presso l'ASL di Varese il progetto **PROBLEMA= SOLUZIONE VERSO UNA NUOVA FAMIGLIA**, anch'esso premiato con finanziamento pubblico.
Nel 2012 fonda il cartello nazionale Colibrì, Coordinamento libere Iniziative per la Bigenitorialità e le Ragioni dell'Infanzia. Nel 2014 fonda a Bonn l'International Council on Shared Parenting. Più volte Professore a Contratto presso l'Università di Roma 3 (nei master post lauream di secondo livello in Educazione affettiva, Criminologia interventistica e conservativa e sulla Sindrome di Munchausen per procura e alienazione genitoriale) e presso l'Università di Losanna. E' stato audito più volte presso il Senato della Repubblica in diverse legislature nell'ambito della discussione per la revisione della legge 54/06 e anche dalla Commissione Bicamerale Infanzia e Adolescenza nell'ambito dello studio del fenomeno Minori fuori famiglia.
E' stato estensore di numerose interrogazioni parlamentari in Italia e all'estero, nonché presso l'europarlamento tra le quali segnaliamo la innovativa interrogazione europarlamentare E-005595-15 con cui si è chiesto alla Commissione Europea di affrontare il problema della gestione dei figli di separati in termini scientifici prima che giuridici.

PUBBLICAZIONI E LIBRI

1-Rivista della Società Italiana di pediatria preventiva e sociale, n° 3-4, anno 2009 anno IV, p.5-8. Il figlio di genitori separati
2-Rivista della Società Italiana di pediatria preventiva e sociale, n°2, 2012, anno VII, p.28-31, Minori fuori famiglia: analisi e criticità di un fenomeno importante
3-Rivista della Società Italiana di pediatria preventiva e sociale, n° 4, anno 2012 anno VII, Ottobre 2012,p.31-33 . DSM-V: l'alienazione genitoriale non entra nel novero delle malattie mentali vere e proprie, ma viene considerato disturbo relazionale
4-Archivi di psicologia giuridica n°1, 2014, p. 59-76. L'assegnazione della casa familiare: tute a del minore o dogma da sfatare?,
5-Rivista della Società Italiana di pediatria preventiva e sociale, n°1, 2015, anno X, pag.8-13 I minori europei e il divorzio dei genitori.
6-Psicologia contemporanea, n° 250, Luglio Agosto 2015, pagg.64-67. Figli condivisi-un lento progresso
7- Vezzetti V. (2016) "New approaches to divorce with children: a problem of public health", Journal of Health Psychology Open *July-December 2016: 1–13n DOI: 10.1177/2055102916678105*
http://hpo.sagepub.com/content/3/2/2055102916678105.full.pdf+html

Alla fine d'Ottobre 2010 pubblica il libro **Nel nome dei Figli** (www.nelnomedeifigli.it) che per il suo valore sociale e culturale ha avuto il patrocinio di 7 province e 21 Comuni italiani ed è stato regalato dalla sen. Emanuela Baio ai membri delle Commissioni Parlamentari Giustizia e Infanzia Nel 2013 il libro viene presentato prima al Senato e poi al Parlamento Europeo. Nel 2023 viene pubblicata la versione integrale in greco.
Nel 2015 pubblica con la casa editrice tedesca Scholar Press (Saarbrucken) il saggio monografico **"The european children and the divorce"**, (pubblicato in inglese e tradotto in italiano, spagnolo, francese, tedesco, portoghese, russo e polacco) e divulgato in tutto il mondo. Nel 2018 scrive un capitolo della pubblicazione per Maggioli editore **"Le nuove frontiere dell'affidamento condiviso".**
Nell'aprile 2019 pubblica il capitolo" L'affidamento «materialmente condiviso» da un punto di vista sanitario" in **Mediazione familiare e diritto del minore alla bigenitorialità**. Giappichelli editore.
Nell'aprile 2020 pubblica il capitolo "Childhood Adversity. Separazione della coppia genitoriale e Disturbo dell'Alimentazione" nel libro **"Genitorialità e Disturbi del Comportamento Alimentare"**, SICS editore.
Nel 2021 pubblica il capitolo "Shared parenting as a protective factor in children's and adults' health" nel libro "The Routledge International Handbook of Shared Parenting and Best Interest of the Child", Routledge ed.
Nel 2023 pubblica un capitolo nel libro **"The greek book on shared parenting"**.

Più volte Professore a contratto presso l'Università di Roma Tre, è stato relatore e docente in oltre 100 convegni sul tema della genitorialità e dell'affido condiviso in tutta Europa tra cui i convegni internazionali di
Bonn (2013, 2014, 2015), Bolzano (2013), Coimbra (2013), Strasburgo (Parlamento Europeo, 2013). Sierre (2016), Ginevra (Nazioni Unite, 2014), Lubiana (2015), Dinant, Bratislava e Losanna (2017), Locarno (2018), Atene, Oeyras e Linz (2019), Bruxelles e Malta (2021), Lubiana (2022). Atene (2023).

16/11/23

SCHWEIZERISCHE BEWEGUNG FÜR EINE VERANTWORTUNGSBEWUSSTE CO-ELTERNSCHAFT | MOUVEMENT SUISSE POUR LA COPARENTALITÉ RESPONSABLE | MOVIMENTO SVIZZERO PER LA CO-GENITORIALITÀ RESPONSABILE | SWISS MOVEMENT FOR RESPONSIBLE CO-PARENTING

Conseil national
Commission des affaires juridiques
M. le Président, Vincent Maître
3003 Berne
zz@bj.admin.ch

Sierre, le 15 octobre 2025

Prise de position du Mouvement Suisse pour la Coparentalité Responsable (MSCR)
21.449 n. Iv. pa. Kamerzin Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques,
Madame, Monsieur,

En tant qu'association à but non lucratif, créée le 3 septembre 2018 en Valais, mais avec engagement au niveau suisse, nous prônons la coparentalité responsable, c'est-à-dire un investissement de chaque parent dans la prise en charge des enfants.

Nous nous sentons particulièrement concernés par le thème dont il est question, œuvrant sur le terrain auprès des parents divorcés. Dans notre accompagnement de ceux-ci, y compris par les professionnels, membres ou externes, avec lesquels nous collaborons (assistants sociaux, médecins, psychothérapeutes, médiateurs familiaux), nous ne pouvons que constater que le principal point d'achoppement, lors d'une séparation, tourne autour de la garde des enfants. Nous avons remarqué que, une fois qu'un accord est trouvé à ce sujet, les autres litiges existants s'apaisent et le divorce peut alors de dérouler d'une manière moins délétère pour l'enfant. Pour celui-ci, le divorce de ses parents est un séisme et les études nous disent qu'il lui faudra environ deux ans pour retrouver une stabilité garante de la reprise facilitée de son développement.

Même s'il est dorénavant tout à fait bien accepté socialement, il n'en demeure pas moins qu'un divorce reste un événement très éprouvant. Si tout ce qui est matériel et financier est d'importance, l'enjeu principal reste le souci de pouvoir continuer à entretenir des liens protecteurs et bienfaisants avec ses enfants et de rester le plus possible en contact.

Il est si évident qu'un enfant bénéficie d'être en contact avec chacun de ses parents que, par conséquent, il est tout aussi évident qu'une garde exclusive, qui ne permet à l'enfant de voir le parent défavorisé par la garde qu'à raison de quatre jours par mois, ne saurait être envisagée, à moins que l'un des parents ne désire pas passer plus de temps que cela avec ses enfants, ce qui est très rare.

Les empêchements à la garde alternée relèvent d'impératifs liés à la distance géographique entre les deux domiciles des parents et également de l'existence possible d'une incompétence parentale notoire. Par exemple, le fait d'exercer de la violence au sein de sa famille est le signe qu'on ne peut pas prendre en charge ses enfants sans leur nuire. Dans ces cas-là, bien sûr, non seulement une garde alternée n'est pas possible, mais des mesures de protection adéquates doivent être mises en place.

Dans des conditions normales, et lorsque l'éloignement géographique entre les domiciles des deux parents est gérable, la garde partagée nous semble, dès lors, le meilleur système de garde possible. Dire qu'il faut bien s'entendre pour pouvoir y parvenir est erroné. C'est plutôt le fait de pouvoir laisser de côté tout l'enjeu de la garde qui permet de mieux s'entendre pour tout ce qui est à décider, ensemble, lorsqu'on bénéficie de l'autorité parentale conjointe.

Ainsi, même si, dans la législation actuelle, la possibilité d'attribuer la garde alternée existe, les juges ne l'ordonnent que rarement. Pour les parents capables ou désireux de coopérer, qui représentent une large palette de diversité, la modification de la loi, telle que prévue par l'initiative Kamerzin, peut participer à faire évoluer les mœurs et les pratiques familiales dans le sens de la coopération soutenue, celle dont, le plus souvent, les parents qui vont en médiation décident.

Il nous paraît essentiel de relever que le refus de l'un des parents, non motivé par de réels empêchements, ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution de la garde alternée.

L'initiative prévoit que l'enfant puisse demander l'attribution de la garde alternée. A l'heure actuelle, tout enfant de plus de six ans doit être entendu lors d'une procédure matrimoniale, principe qui découle de l'art. 12 de la Convention des droits de l'enfant (CDE). Plutôt que de craindre que l'enfant ne soit instrumentalisé lorsqu'il s'exprime, et tout en rappelant que sa parole sera prise comme une opinion, pas forcément décisionnaire, nous devons d'urgence mettre sur pied davantage de formation ad hoc, en matière d'écoute de la parole de l'enfant. Il en va de même pour l'acquisition, obligatoire, de repères relatifs à l'existence de violence intrafamiliale. Des formations existent déjà. Il est impératif de les développer.

De manière générale, nous considérons qu'une garde peut être dite alternée dès que le parent défavorisé par la garde prend en charge 30 % de celle-ci. S'impliquer dans la vie de son enfant également en semaine permet de s'investir plus facilement dans sa vie scolaire et être mieux au fait des réalités quotidiennes.

A noter que la variante 2 ne nous paraît pas adéquate, car moins complète dans sa description, et parce que le terme « à parts égales », concernant la participation parentale, nous paraît susceptible de déboucher sur des calculs d'épicier et une concurrence entre parents, qu'on souhaite justement éviter, l'accent devant être mis sur le bien supérieur de l'enfant, pour s'assurer que chacun dispose bien du même temps en présence de l'enfant. Or, même lorsque ses parents vivent ensemble, l'enfant ne passe jamais la même quantité de temps avec chacun, ce qui compte d'abord étant la qualité du lien.

Conclusion :
Nous recommandons sans réserve, et sans demande de modification, l'acceptation de l'initiative parlementaire 21.449 n et la présentation des Art. 298, alt 2ter et Art. 298b, al 3 ter telle que proposée.

En vous remerciant pour cette consultation, ainsi que pour l'intérêt que vous porterez à notre prise de position, nous vous adressons, Monsieur le Président des affaires juridiques, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Mouvement Suisse pour la Coparentalité Responsable
www.mscr.online – Av. des Alpes 17 – 3960 Sierre
par sa Présidente, Isabelle Vuistiner-Zuber

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Eingereicht per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 2. Oktober 2025

Stellungnahme des Netzwerks Kinderrechte Schweiz zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz (NKS) bedankt sich für die Einladung, im Rahmen der Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung zu nehmen.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz ist ein Zusammenschluss aus über 60 Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus den Bereichen Kinderrechte, Kindesschutz und Kinder- und Jugendpolitik, die sich für die Anerkennung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in der Schweiz einsetzen.

1. Grundsätzliche kinderrechtliche Überlegungen

Das NKS stützt sich bei der vorliegenden Stellungnahme auf die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die die Schweiz 1997 ratifiziert hat. Es wurden beide zur Vernehmlassung vorgeschlagenen Varianten geprüft.

Aus Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz vermögen die beiden vorgeschlagenen Varianten für eine Änderung von Art. 298 Abs. 2ter und Art. 298b Abs. 3ter nicht zu überzeugen. Sie bieten keine Verbesserungen im Sinne des Kindeswohls. Echte Fortschritte im Sinne der Verwirklichung der Kinderrechte – wie die Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes in Verfahren – fehlen.

Das Prinzip des übergeordneten Kindesinteresses/Kindeswohl (Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) als eines der Leitprinzipen der UN-KRK müsste aus Sicht des Netzwerks Kinderrechte Schweiz bei einer solchen Gesetzesänderung im Vordergrund stehen. Es besagt, dass bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl als ein vorrangiger Gesichtspunkt eruiert und berücksichtigt werden muss. Art. 3. Abs. 1 UN-KRK verpflichtet ausdrücklich

auch Gesetzgebungsorgane. Das Kindeswohl muss somit nicht nur im Einzelfall, sondern auch bei der Ausgestaltung von Gesetzen oberste Priorität haben.

2. Die alternierende Obhut ist nicht immer eine adäquate Lösung für das Kind

Der Begriff der alternierenden Obhut ist nicht eindeutig definiert. Im Allgemeinen versteht man darunter, dass Kinder nach einer Trennung zwei Lebensmittelpunkte haben. In der Praxis bedeutet dies jedoch selten eine exakt hälftige Betreuung (50/50). Bereits ab einem Betreuungsanteil von rund 25–30 % bei einem Elternteil wird häufig von alternierender Obhut gesprochen.

Die alternierende Obhut kann für viele Familien eine geeignete Lösung sein – es eignet sich jedoch nicht in jedem Fall. Denn es gibt kein einzelnes Betreuungsmodell, das allen familiären und sozialen Situationen gleichermassen gerecht wird. Während die alternierende Obhut im Schulalter gut funktionieren kann, können für Kleinkinder und Jugendliche andere Modelle besser geeignet sein.[1] Entscheidend ist, dass das gewählte Modell dem gelebten Alltag entspricht und die Kinder bei der Festlegung mitberücksichtigt werden.[2]

Problematisch kann die alternierende Obhut werden, wenn das Verhältnis zwischen den Eltern stark belastet ist. In solchen Situationen drohen die Konflikte zu eskalieren – zum Nachteil der Kinder, die unter ständigen Auseinandersetzungen und Spannungen besonders leiden.

3. Kindeswohlprinzip verlangt Prüfung im Einzelfall

Gemäss Art. 3 Abs. 1 UN-KRK ist bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen – unabhängig davon, ob diese von Behörden, Gerichten oder Gesetzgebern getroffen werden. Für die Praxis bedeutet dies, dass jeweils im Einzelfall geprüft werden muss, was für das Wohl des jeweiligen Kindes die bestmögliche Lösung ist. Zentral ist deshalb, dass die gewählte Betreuungslösung der individuellen Situation des Kindes am besten entspricht. Die passende Form der Obhut ist in jedem Fall individuell und unter Einbezug des Kindes ergebnisoffen zu prüfen und zu entscheiden. Eine gesetzliche Bevorzugung eines bestimmten Betreuungsmodells widerspricht diesem Grundsatz.

[1] Siehe beispielsweise Nielsen, L. (2015). Shared Physical Custody: Does ist Benefit Most Children? Journal of American Academy of Matrimonial Lawyers, Vol. 28, S. 79-137.
[2] Büchler, A., Simoni, H., (Hrsg). (2009). Kinder und Scheidung. Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiale Übergänge. Rüegger Verlag.

4. Fehlende Stärkung der Partizipationsrechte

Artikel 3 UN-KRK ist eng verknüpft mit Art. 12 UN-KRK, der die Partizipationsrechte des Kindes garantiert. Der Wille des Kindes ist ein integraler Bestandteil des Kindeswohls. Bei der Eruierung des Kindeswohls muss der Kindeswille entsprechend angemessen berücksichtigt werden.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz bedauert, dass die vorliegende Gesetzesänderung keine Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes vorsieht.

- Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, haben gemäss Art. 12 UN-KRK das Recht, diese Meinung frei zu äussern und das Recht, dass diese Meinung entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird. Auch Kinder, die noch nicht urteilsfähig sind, müssen altersgerecht einbezogen werden. Dabei können sowohl verbale wie auch nonverbale Willensäusserungen und gezeigte Grenzen berücksichtigt werden.
- Artikel 12 Abs. 2 sichert dem Kind weiter das Recht zu, in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die es betreffen, entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden. Diese Bestimmung ist in der Schweiz justiziabel. Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzentscheid festgehalten, dass Kinder in der Regel ab einem Alter von sechs Jahren in Verfahren angehört werden können (BGE 131 III 553). Die Kindesanhörung dient dabei nicht nur der Ermittlung des Sachverhalts, sondern ist Ausfluss der Persönlichkeit des Kindes, wie das Bundesgericht wiederholt betont hat.
- Studien zeigen jedoch, dass nur rund 10 % Prozent der Kinder tatsächlich bei Entscheiden über Familienarrangements durch die KESB oder ein Gericht angehört werden.[3]

Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes würde damit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte bedeutet.

5. Einschätzung der beiden Varianten im Detail

Variante 1

Aus den vorhergehenden grundsätzlichen Überlegungen lässt sich in Bezug auf Variante 1 festhalten:

[3] Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T. (2022): Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen — Elternschaft und Kinderalltag, Forschungsbericht zuhanden der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF), Bern/Zürich.

- Variante 1 und der Passus «und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht.» bezweckt eine gesetzliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell im Gesetz. Das NKS befürchtet, dass dadurch der Ermessensspielraum von Gerichten und Behörden unnötig eingeschränkt und ein bestimmtes Betreuungsmodell gesetzlich bevorzugt wird. Dies entspricht nicht dem Kindeswohlprinzip, wonach stets im Einzelfall geprüft werden muss, was für das jeweilige Kind die geeignetste Lösung ist.
- Der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.» lehnen wir aus fachlicher Sicht ab. Es besteht die Gefahr, dass Konflikte zwischen Elternteilen zusätzlich befeuert werden – mit den Kindern als Leidtragende.

Variante 2

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz spricht sich mit aller Deutlichkeit gegen die Variante 2 aus.

- Eine «Betreuung zu gleichen Teilen» ist realitätsfern, da dies in der Praxis in den wenigsten Fällen so gelebt wird oder gelebt werden kann (z.B. aus finanziellen Gründen).
- Variante 2 kehrt die Prüflogik um: Während nach aktuellem Recht die alternierende Obhut im Sinne des Kindeswohls geprüft wird, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, soll nach Variante 2 die Betreuung zu gleichen Teilen **als Norm** festgeschrieben werden. Das Gericht bzw. die Kindesschutzbehörde kann zwar in begründeten Fällen davon abweichen, sie wird in der Praxis aber stärker unter Druck stehen, im Streitfall eine Betreuung zu gleichen Teilen anzuordnen. Wie oben ausgeführt, ist dies gerade in besonders strittigen Verfahren nicht im Interesse des Kindes.

6. Fazit

Eine rechtliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell widerspricht dem Kindeswohlprinzip gemäss UN-KRK.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz spricht sich gegen beide vorgeschlagenen Varianten aus, kann sich aber mit Variante 1 arrangieren, wenn der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen» gestrichen wird. Wenn eine Variante zu bevorzugen ist, dann Variante 1.

Das NKS vermisst in der Vorlage eine kinderrechtliche Perspektive und bedauert insbesondere, dass die Partizipationsrechte der Kinder gemäss Art. 12 UN-KRK nicht

explizit gestärkt und damit keine tatsächliche Verbesserung im Sinne der Kinderrechte erreicht wird.

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz schlägt folgende Ergänzung im ZGB vor:

Art. 298 Abs. 2ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Es berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Art. 298b Abs. 3ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Sie berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Netzwerk Kinderrechte Schweiz

Niklaus Bieri
Vize-Präsident

Rahel Wartenweiler
Co-Geschäftsführerin

Ordre des Avocats
Genève

Par e-mail uniquement

Monsieur Beat JANS
Conseiller fédéral
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET DE POLICE
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Genève, le 14 octobre 2025

Modification du Code civil Favoriser la garde altern e en cas d autorit arentale con ointe – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

L'Ordre des avocats de Genève (« ODAGE ») est une association de droit privé représentant les intérêts de plus de 2'200 avocates et avocats, en Suisse et à l'étranger. La Commission des droits de l'enfant de l'ODAGE a notamment pour vocation d'œuvrer au respect de la Convention internationale des droits de l'enfant et de s'investir dans les actions visant au respect des droits de l'enfant.

C'est à ce titre que l'ODAGE, par sa Commission des droits de l'enfant, vous adresse la présente prise de position dans le cadre de la procédure de consultation en lien avec le projet de modification du Code civil, intitulée « *Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe* ».

A titre liminaire, nous rappelons que la Suisse est partie à la Convention relative aux droits de l'enfant (« Convention des droits de l'enfant ») du 20 novembre 1989, entrée en vigueur pour notre pays le 26 mars 1997. Cette convention est d'application directe. En vertu de son art. 3 al. 1, dans toutes les décisions qui concernent les enfants, qu'elles soient le fait des institutions publiques ou privées de protection sociale, des tribunaux, des autorités administratives ou des organes législatifs, l'intérêt supérieur de l'enfant doit être une considération primordiale.

La Suisse est également partie à la Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique (« Convention d'Istanbul ») du 11 mai 2011, entrée en vigueur pour la Suisse le 1er avril 2018. A teneur de l'art. 26 al. 1 de cette Convention, les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que, dans l'offre des services de protection et de soutien aux victimes, les droits et les besoins des enfants témoins de toutes les formes de violence couvertes par le champ d'application de la Convention soient dûment pris en compte. En outre, selon son art. 31 al. 1, les Parties prennent les mesures législatives ou autres nécessaires pour que, lors de la détermination des droits de garde et de visite concernant les enfants, les incidents de violence couverts par le champ d'application de la présente Convention soient pris en compte.

Au vu de ce contexte, la Commission des droits de l'enfant formule les observations suivantes sur les deux Variantes du projet soumis à consultation.

Ordre des avocats de Genève | T +41 22 310 50 65
Rue de l'Athénée 4 | secretariat@odage.ch
CH – 1205 Genève | www.odage.ch

Variante 1 (garde alternée)

A teneur de la Variante 1 du projet mis en consultation, « *lorsque l'autorité parentale est exercée conjointement, le juge (ou l'autorité de protection de l'enfant), examine la possibilité de la garde alternée, si un des parents ou l'enfant la demande et privilégie cette modalité de prise en charge, si elle correspond le mieux au bien de l'enfant. Le refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution de la garde alternée* ».

Cette première Variante est proche de la base légale actuellement en vigueur selon laquelle « *lorsque l'autorité parentale est exercée conjointement, le juge examine, selon le bien de l'enfant, la possibilité de la garde alternée, si le père, la mère ou l'enfant la demande* » (art. 298 al. 2*ter* CC).

A la différence de l'article pertinent actuel, la Variante 1 ajoute d'une part que le juge privilégie la garde alternée. L'ODAGE relève que dans la pratique actuelle des tribunaux, en particulier genevois, tel est déjà le cas, de sorte que cet ajout ne pose pas de problème (même s'il n'apparaît pas nécessaire), sous réserve qu'il pourrait avoir pour conséquence de limiter la grande marge d'appréciation du juge ou de l'autorité de protection de l'enfant[1]. Ce pouvoir d'appréciation doit selon l'ODAGE rester le plus large possible dès lors qu'il est en réalité question de déterminer l'intérêt de l'enfant.

D'autre part, la Variante 1 prévoit, à la différence du texte actuel, que le refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'instauration de la garde alternée. Cependant, là encore, tel est déjà le cas en pratique, l'opposition d'un parent à la mise en place de la garde alternée n'étant pas un motif permettant de refuser de mettre en place ce mode de garde, à teneur de la jurisprudence constante du Tribunal fédéral[2]. Par ailleurs, cet ajout consiste à codifier un des critères à analyser pour décider si la garde alternée doit être mise en place. Or, le Tribunal fédéral a développé toute une série de critères que le juge doit examiner dans le cadre de sa décision. Au nombre de ceux-ci, on retrouve notamment l'existence de capacités éducatives, la bonne capacité et volonté des parents à communiquer et à coopérer, l'âge de l'enfant, la distance géographique, le souhait exprimé par l'enfant ou encore l'existence d'une fratrie[3]. L'analyse de tous ces critères est essentielle lors de la décision d'instaurer ou non la garde alternée. Il nous paraît donc inopportun de codifier dans la nouvelle loi certains critères, en l'occurrence le fait que l'opposition d'un parent ne saurait faire obstacle à l'examen et l'instauration de la garde alternée, et d'en laisser d'autres, pourtant tout autant essentiels, de côté.

Variante 2 rise en charge de l enfant arts gales

En ce qui concerne la Variante 2, elle prévoit que « *lorsque l'autorité parentale est exercée conjointement, le juge (ou l'autorité de protection de l'enfant) examine la possibilité d'une participation des parents à parts égales à la prise en charge de l'enfant, mais s'en écarte si cela correspond le mieux au bien de l'enfant* ». Cette Variante va plus loin que la première en ce qu'elle envisage que le décideur examine la possibilité d'une « *prise en charge* » égalitaire alors même qu'elle n'aurait été demandée ni par les parents, ni par l'enfant. Or, envisager l'instauration d'une « *prise en charge* » à parts égales alors même qu'aucune des parties ne la sollicite peut s'avérer contre-productif, en plus de risquer de surcharger encore plus les tribunaux.

De plus, cette Variante mentionne une « *prise en charge* » et non pas une « *garde* ». Or la notion de prise en charge en droit de la famille renvoie également aux aspects financiers, de sorte que si la Variante 2 devait être retenue, elle risquerait de créer une confusion lors de l'application de la loi.

De surcroît, la Variante 2 fait état d'une « *prise en charge* » à parts égales dont le décideur devrait examiner la possibilité, ce qui ne tient pas compte du fait que, à teneur de la jurisprudence du Tribunal fédéral, la garde alternée ne fait pas forcément référence à une répartition strictement égalitaire, à savoir 50/50 dans la prise en charge de l'enfant, mais peut consister en une participation « *à peu près équivalente à la prise en charge de l'enfant, sans qu'il soit nécessaire que les deux parents assument exactement le même temps de garde* »[4],

[1] TF 5A_73/2024 du 3 février 2025, c. 3.2.1.2.
[2] TF 5A_195/2024 du 9 octobre 2024, c. 3.2.1.
[3] TF 5A_975/2022 du 30 août 2023, c. 3.1.3 ; TF 5A_416/2024 du 9 avril 2025, c. 3.1.2.
[4] ATF III 121, c. 3.2.3 ; TF 5A_345/2020 du 30 avril 2021, c. 5.1.

comme par exemple une répartition 40/60. Cette Variante apparait ainsi rigide et semble d'ailleurs aller à l'encontre du but envisagé par le projet.

Il faut encore relever que comme la Variante 1, la Variante 2 semble consacrer une limitation – au demeurant plus importante – de la marge d'appréciation de l'autorité décisionnaire, ce qui est, comme expliqué *supra*, problématique au vu du domaine dont il est question, à savoir les affaires familiales.

Enfin, il est important de rappeler que seul l'intérêt de l'enfant doit guider la décision. Or, une base légale rigide, et qui semble ériger un mode de garde de façon automatique va nécessairement à l'encontre de la préservation de l'intérêt de l'enfant.

S'agissant tant de la Variante 1 que de la Variante 2, l'ODAGE souhaite finalement relever l'inquiétude que suscite le projet de modification au regard de la problématique des violences conjugales et domestiques. En effet, instaurer une garde alternée dans de tels cas peut avoir des conséquences néfastes sur les mères qui en seraient victimes, ainsi que sur les enfants qui en auraient été témoins. Or la Suisse s'est engagée à respecter la Convention d'Istanbul et à protéger tant les femmes que les enfants victimes, notamment lorsqu'il est question de la fixation des droits parentaux, comme le prescrivent les art. 26 et 31 de dite Convention. Il est dès lors essentiel que la loi ne puisse pas être interprétée de telle sorte à conduire à ce que de telles violences ne soient pas prises en compte lors de la prise de décision.

En conclusion, si l'ODAGE est certes d'avis qu'il est important d'œuvrer à permettre que chaque parent puisse participer dans une large mesure à la vie de l'enfant, il estime que la base légale actuelle ne nécessite pas la modification envisagée. En effet, tant l'art. 298 al. 2*ter* CC actuel que la jurisprudence du Tribunal fédéral y relative sont suffisants pour réaliser le résultat escompté par le projet de modification, à savoir favoriser la garde alternée. La solution actuelle est par ailleurs mesurée et adéquate pour permettre le respect de l'intérêt supérieur de l'enfant.

Toutefois, si la modification envisagée devait avoir lieu, l'ODAGE estime que seule la Variante 1 devrait être considérée, celle-ci paraissant plus à même de permettre le respect de l'intérêt supérieur de l'enfant. L'occasion devrait dans ce cas toutefois être saisie de codifier l'ensemble des critères idoines que le Tribunal fédéral a développé, et des garde-fous devraient être prévus pour pallier à la problématique des violences conjugales et domestiques.

L'ODAGE reste bien entendu à disposition pour toutes informations complémentaires que vous souhaiteriez obtenir.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre très haute considération.

Camille LA SPADA-ODIER
Co-Présidente de la Commission
des droits de l'enfant

Sonia RYSER
Co-Présidente de la Commission
des droits de l'enfant

Sandrine GIROUD
Bâtonnière

Per E-Mail: zz@bj.admin.ch
Kommission für Rechtsfragen
CH-3000 Bern

Winterthur, 14. Oktober 2025

Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut)
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns im Rahmen des obengenannten Vernehmlassungsverfahrens zu äussern.

Kurz zu unserer Stiftung:

Die Stiftung bezweckt das Führen einer unabhängigen, nationalen und niederschwelligen Ombudsstelle zur Stärkung der Kinderrechte. Auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-Behindertenkonvention, deren Zusatzprotokollen, weiteren Schutzbestimmungen, der nationalen Gesetze sowie der Leitlinien des Europarates für eine kindgerechte Justiz berät und informiert sie Kinder und Jugendliche in der Schweiz in Bezug auf ihre Rechte und vermittelt zwischen ihnen und beispielsweise Gerichten, Behörden, öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Organisationen, die mit der Betreuung von Kindern und Jugendlichen befasst sind. Sie prüft die individuelle Situation und spricht Empfehlungen aus. Sie leistet Präventionsarbeit zum nachhaltigen Schutz und zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, stärkt deren Partizipation und orientiert sich am übergeordneten Kindesinteresse. Die Stiftung stellt ihre Kompetenzen, ihr Wissen und ihre Erfahrung im Bereich Kinder- und Verfahrensrechte Fachpersonen, Bildungsinstitutionen, Gesetzgebungsorganen wie auch politischen Kreisen und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Zudem unterstützt sie Bund und Kantone in deren Sensibilisierungsarbeit zur Förderung eines kindgerechten Rechtssystems, informiert sie mittels Berichte und spricht Empfehlungen aus. Sie ist weisungsunabhängig, hat keine Parteistellung und keine Rechtsprechungsbefugnisse.

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz
Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
+41 (0) 52 260 15 55 | info@kinderombudsstelle.ch
www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto
Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

Position

Weder Variante 1 noch Variante 2 können wir in der vorgeschlagenen Form unterstützen. Zu einzelnen Aspekten möchten wir uns im Folgenden äussern.

Ausgangslage

In der heutigen Zeit gibt es nicht mehr das eine klassische Familienmodell, sondern ein breites Spektrum an Lebens- und Familienformen. Dieser Pluralität muss Rechnung getragen werden. Sie betrifft sowohl Familien, die gemeinsam unter einem Dach leben, als auch Eltern, die getrennt sind und dennoch Verantwortung gemeinsam wahrnehmen. Entscheidend ist, dass jede Familie die Möglichkeit hat, individuell zu bestimmen, was für ihre Situation am besten passt, sei es in Bezug auf Betreuungsformen, Rollenaufteilungen oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere auch die Kinder je nach Alter und Umständen sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die alternierende Obhut ist daher nicht das eine Modell, das für alle, und insbesondere nicht für alle Kinder, ideal ist. Dies erleben wir auch in unserer Praxis immer wieder. Zudem stellt eine Trennung der Eltern für Kinder eine schwierige Situation dar, in der sie besonders auf Stabilität und Verlässlichkeit angewiesen sind. Auch bei Fragen der Obhut braucht es deshalb passgenaue Lösungen, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden und das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Eltern sich nicht einigen können und mit Hilfe des Gerichts eine Lösung gefunden werden muss.

Grundsätzlich haben Kinder ein Recht darauf, von beiden Elternteilen betreut, gefördert und begleitet zu werden. Dieses Recht gilt unabhängig davon, ob die Eltern zusammenleben oder getrennt sind. Eine enge Beziehung zu beiden Elternteilen trägt wesentlich zur emotionalen Sicherheit, Stabilität und gesunden Entwicklung von Kindern bei. Deshalb ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, die es Kindern ermöglichen, mit Mutter und Vater in engem Kontakt zu bleiben, Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen und so eine ausgewogene Bindung zu beiden Elternteilen zu gewähren. Dabei ist zu betonen, dass die alternierende Obhut keine Voraussetzung dafür ist, ob und welche Bindung zwischen dem Kind und seinen Eltern besteht. Stabile und tragfähige Beziehungen können auch in anderen Betreuungsmodellen entstehen und gepflegt werden.

Die Gründe, warum sich Familien gegen eine alternierende Obhut entscheiden, liegen häufig nicht in elterlichen Konflikten, sondern in äußeren Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere die finanzielle Situation der Eltern, ihre organisatorischen Möglichkeiten oder auch die räumliche Distanz zwischen den Wohnorten. Diese Faktoren können eine gleichwertige Betreuung erschweren oder gar unmöglich machen, selbst wenn beide Eltern grundsätzlich bereit wären, Verantwortung gemeinsam zu tragen. Wichtig zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, dass viele Familien im Alltag die Betreuung anders leben als ursprünglich vereinbart oder angeordnet. Eine reine Anordnung der alternierenden Obhut bedeutet also nicht, dass dieses Modell für die Familien im Alltag dann auch wirklich funktioniert.

Anmerkungen

1. Kindeswohl (übergeordnetes Kindesinteresse)

Positiv hervorzuheben ist, dass in den vorgeschlagenen Varianten klar festgehalten wird die alternierende Obhut soll dann gewählt werden, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht und nicht mehr lediglich im Sinne des Kindeswohls wie im bisherigen Gesetzestext. Diese sprachliche Präzisierung stärkt den Fokus auf das Wohl des Kindes als oberste Richtschnur. Sie verdeutlicht, dass nicht pauschale Modelle, sondern die individuell beste Lösung für das jeweilige Kind entscheidend ist.

Wir sprechen uns dafür aus, den Begriff «Kindeswohl» im Gesetzestext durch «übergeordnetes Kindesinteresse» zu ersetzen. Dies entspricht der Terminologie der UNO-Kinderrechtskonvention.

2. Partizipation und Information des Kindes

Besonders wichtig ist ein verstärkter Einbezug der Kinder. Ihre Partizipation muss ernst genommen und systematisch gefördert werden.

Zentral ist, dass Kinder verstärkt kindgerecht informiert werden. Es darf nicht allein den Eltern überlassen bleiben, die Kinder über ihre Rechte und Möglichkeiten zu unterrichten, zumal Eltern oft nicht über das nötige Wissen verfügen, um etwa das Antragsrecht des Kindes korrekt zu erklären. Damit Kinder ihr Recht auf Partizipation tatsächlich wahrnehmen können, braucht es

daher eine neutrale und fachlich kompetente Person, die sicherstellt, dass sie altersgerecht informiert werden und ihre Rechte kennen.

Die Information des Kindes ist insbesondere auch wichtig, damit ein Kind über sein Antragsrecht auf Änderung aufgeklärt ist und dieses entsprechend seinem Alter wahrnehmen kann. Die Praxis zeigt, dass Kinder ihr Recht kaum nutzen, was vermutlich auch auf fehlende Information zurückzuführen ist.

Bislang finden nur sehr wenige Kindesanhörungen statt und das meist nur in strittigen Verfahren. Dabei ist es ebenso bedeutsam, die Stimme der Kinder auch bei einvernehmlichen Vereinbarungen zu hören. Denn nur so können ihre Bedürfnisse und Perspektiven in die Entscheidungsfindung einfließen und zu Lösungen führen, die dem übergeordneten Kindesinteresse tatsächlich entsprechen. Dabei ist darauf zu achten, dass Kinder korrekt und altersgerecht zur Anhörung eingeladen werden und die Möglichkeit haben, eine Vertrauensperson mitzunehmen. Dies schafft Sicherheit und erleichtert es ihnen, ihre Sichtweise frei und selbstbestimmt zu äußern.

3. Gleichbehandlung aller Familienmodelle

Alle Betreuungsmodelle sollen gleichwertig betrachtet werden, ohne dass der alternierenden Obhut von vornherein ein grundsätzlicher Vorzug eingeräumt wird. Entscheidend ist immer eine sorgfältige Prüfung, welches Modell im konkreten Fall für das Kind und die Familie am besten passt. Deshalb erachten wir es nicht als förderlich, die alternierende Obhut explizit noch stärker in der Gesetzesnorm hervorzuheben. Eine gesetzliche Bevorzugung könnte zu einer einseitigen Gewichtung führen, die dem individuellen Bedarf von Familien nicht gerecht wird.

4. Betreuung zu gleichen Teilen

Wir sprechen uns klar dagegen aus, in der Gesetzesnorm eine Betreuung zu gleichen Teilen festzuschreibe, wie es in Variante 2 vorgeschlagen wurde. Eine solche Vorgabe würde Familien einengen und sie unter Umständen in Modelle drängen, die ihrer individuellen Situation nicht entsprechen und dann auch nicht gelebt werden. Entscheidend ist vielmehr, dass für jede Familie diejenige Betreuungsform gefunden wird, die den Bedürfnissen des Kindes und den Möglichkeiten der Eltern am besten gerecht wird.

5. Wording

Der Begriff «alternierende Obhut» ist aus unserer Sicht nicht mehr geeignet. Er ist rechtlich und praktisch nicht eindeutig definiert und wird in der Praxis vielfach missverstanden. Stattdessen sollte ein klarer und verständlicher Begriff verwendet werden, der die gemeinsame Verantwortung der Eltern in den Vordergrund stellt. Wir sprechen uns daher für die Formulierung «gemeinsame Betreuungsverantwortung» aus, da sie den Kern besser trifft und auch für betroffene Familien nachvollziehbarer ist.

6. Prüfung

Besonders zentral ist, dass die Prüfung, ob ein Betreuungsmodell tatsächlich im übergeordneten Kindesinteresse liegt, sorgfältig und fundiert erfolgt. Die vom Bundesgericht entwickelten Kriterien sind dabei wegweisend und geben wichtige Orientierung. Damit diese Prüfung in der Praxis zuverlässig durchgeführt werden kann, ist es entscheidend, dass die zuständigen Fachpersonen über ausreichende Kenntnisse und eine gezielte Schulung verfügen. In diesem Zusammenhang könnte auch die Einrichtung spezialisierter Familiengerichte ein sinnvoller Ansatz sein und ein Argument dafür, die Qualität und Einheitlichkeit solcher Verfahren langfristig zu sichern.

7. Beratung und Unterstützung

Von zentraler Bedeutung ist auch, dass Familien Beratung und Unterstützung erhalten. Sowohl im Prozess, gemeinsam eine geeignete Betreuungsregelung zu finden, als auch in der Zeit danach, wenn es darum geht, diese im Alltag zu leben. Fachliche Begleitung kann helfen, Konflikte zu vermeiden oder konstruktiv zu lösen, das Wohl des Kindes im Blick zu behalten und Eltern darin zu stärken, ihre Verantwortung partnerschaftlich und verlässlich wahrzunehmen.

8. Unterhalt

Es darf nicht vergessen werden, dass der Unterhalt in engem Zusammenhang mit dem Betreuungsmodell steht. Es kann beispielsweise dazu führen, dass Eltern ein bestimmtes Modell bevorzugen, weil es ihrer persönlichen finanziellen Situation entgegenkommt, auch wenn es nicht im übergeordneten Kindesinteresse liegt. Umso wichtiger ist es, bei der Wahl des

Betreuungsmodells stets sorgfältig zu prüfen, ob die Bedürfnisse des Kindes tatsächlich im Mittelpunkt stehen und nicht finanzielle Überlegungen der Eltern ausschlaggebend sind.

Fazit

Weder Variante 1 noch Variante 2 erscheinen geeignet, da beide zu einer einseitigen Fokussierung auf ein bestimmtes Betreuungsmodell führen und damit Familien in ihrer Vielfalt einengen. Entscheidend ist jedoch, dass stets die individuelle Situation jeder Familie im Vordergrund steht und passgenaue Lösungen gefunden werden.

Als wesentlich erachten wir daher eine Stärkung der Partizipation der Kinder, um tragfähige und kindgerechte Lösungen zu entwickeln. Ebenso zentral ist eine sorgfältige und fundierte Prüfung anhand der vom Bundesgericht entwickelten Kriterien, damit das übergeordnete Kindesinteresse zuverlässig und konsequent gewahrt bleibt.

Für die Berücksichtigung unserer Standpunkte danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz

Katja Cavalleri Hug
lic.iur.
Stv. GF, Leiterin Fachbereiche
Beratung und Expertise

Corina Ringli
MLaw
Juristische Mitarbeiterin
Beratung und Expertise

Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz
Theaterstrasse 29, CH-8400 Winterthur
+41 (0) 52 260 15 55 | info@kinderombudsstelle.ch
www.ombudsstelle-kinderrechte-schweiz.ch | www.kinderombudsstelle.ch

Spendenkonto
Raiffeisenbank Winterthur
IBAN: CH55 8080 4119 8294 1

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz
Pfingstweidstrasse 16, 8005 Zürich
Telefon 044 205 50 40
info@pa-ch.ch, www.pa-ch.ch

Eingereicht per Mail an:

zz@bj.admin.ch

Zürich, 14. Oktober 2025

Stellungnahme von PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz bedankt sich für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung zu nehmen.

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz ist ein Kompetenzzentrum für Fragen rund um Kinder in Pflege- und Adoptivfamilien. PACH bietet unter anderem Bildung und Beratung für alle an einem Pflegeverhältnis oder einer Adoption Beteiligten und organisiert Fachveranstaltungen zu diesen Themen. PACH setzt sich dafür ein, dass die Rechte der betroffenen Kinder sichergestellt sind und sie geborgen aufwachsen können. Dabei legt PACH den Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und plädiert stets für bedarfsgerechte Lösungen zum Wohl der betroffenen Kinder unter Wahrung ihrer Partizipationsrechte.

Da PACH Vorstands- und Mitgliedsorganisation des Netzwerks Kinderrechte Schweiz ist und dessen Haltung teilt, schliesst sich PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz der Stellungnahme des Netzwerks Kinderrechte Schweiz vollumfänglich an und übernimmt dessen Argumentation.

1. Grundsätzliche kinderrechtliche Überlegungen

Die vorliegende Stellungnahme stützt sich auf die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die die Schweiz 1997 ratifiziert hat. Vom Netzwerk Kinderrechte Schweiz wurden beide zur Vernehmlassung vorgeschlagenen Varianten eingehend geprüft. PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz unterstützt die Stellungnahme vom Netzwerk Kinderrechte Schweiz und kommt ebenfalls zum Schluss, dass die beiden vorgeschlagenen Varianten für eine Änderung von Art. 298 Abs. 2ter und Art. 298b Abs. 3ter nicht zu überzeugen vermögen. Sie bieten keine Verbesserungen im Sinne des Kindeswohls. Echte Fortschritte im Sinne der Verwirklichung der Kinderrechte – wie die Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes in Verfahren – fehlen.

Das Prinzip des übergeordneten Kindesinteresses/Kindeswohls (Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) als eines der Leitprinzipen der UN-KRK müsste auch aus Sicht von PACH bei einer solchen Gesetzesänderung im Vordergrund stehen. Es besagt, dass bei allen Entscheidungen, die die Kinder betreffen, das Kindeswohl als ein vorrangiger Gesichtspunkt eruiert und berücksichtigt werden muss. Art. 3. Abs. 1 UN-KRK verpflichtet ausdrücklich auch Gesetzgebungsorgane. Das Kindeswohl muss somit nicht nur im Einzelfall, sondern auch bei der Ausgestaltung von Gesetzen oberste Priorität haben.

2. Die alternierende Obhut ist nicht immer eine adäquate Lösung für das Kind

Der Begriff der alternierenden Obhut ist nicht eindeutig definiert. Im Allgemeinen versteht man darunter, dass Kinder nach einer Trennung zwei Lebensmittelpunkte haben. In der Praxis bedeutet dies jedoch selten eine exakt hälftige Betreuung (50/50). Bereits ab einem Betreuungsanteil von rund 25–30 Prozent bei einem Elternteil wird häufig von alternierender Obhut gesprochen.

Die alternierende Obhut kann für viele Familien eine geeignete Lösung sein – es eignet sich jedoch nicht in jedem Fall. Denn es gibt kein einzelnes Betreuungsmodell, das allen familiären und sozialen Situationen

gleichermassen gerecht wird. Während die alternierende Obhut im Schulalter gut funktionieren kann, können für Kleinkinder und Jugendliche andere Modelle besser geeignet sein. Entscheidend ist, dass das gewählte Modell dem gelebten Alltag entspricht und die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder bei der Festlegung mitberücksichtigt werden.

Problematisch kann die alternierende Obhut werden, wenn das Verhältnis zwischen den Eltern stark belastet ist. In solchen Situationen drohen die Konflikte zu eskalieren – zum Nachteil der Kinder, die unter ständigen Auseinandersetzungen und Spannungen besonders leiden.

3. Kindeswohlprinzip verlangt Prüfung im Einzelfall

Gemäss Art. 3 Abs. 1 UN-KRK ist bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen – unabhängig davon, ob diese von Behörden, Gerichten oder Gesetzgebern getroffen werden. Für die Praxis bedeutet dies, dass jeweils im Einzelfall geprüft werden muss, was für das Wohl des jeweiligen Kindes die bestmögliche Lösung ist. Zentral ist deshalb, dass die gewählte Betreuungslösung der individuellen Situation des Kindes am besten entspricht. Die passende Form der Obhut ist in jedem Fall individuell und unter Einbezug des Kindes ergebnisoffen zu prüfen und zu entscheiden. Eine gesetzliche Bevorzugung eines bestimmten Betreuungsmodells widerspricht diesem Grundsatz.

4. Fehlende Stärkung der Partizipationsrechte

Artikel 3 UN-KRK ist eng verknüpft mit Art. 12 UN-KRK, der die Partizipationsrechte des Kindes garantiert. Der Wille des Kindes ist ein integraler Bestandteil des Kindeswohls. Bei der Eruierung des Kindeswohls muss der Kindeswille entsprechend angemessen berücksichtigt werden.

PACH bedauert, dass die vorliegende Gesetzesänderung keine Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes vorsieht.

- Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, haben gemäss Art. 12 UN-KRK das Recht, diese Meinung frei zu äussern und das Recht, dass diese Meinung entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird. Auch Kinder, die noch nicht urteilsfähig sind, müssen altersgerecht einbezogen werden. Dabei können sowohl verbale wie auch nonverbale Willensäusserungen und gezeigte Grenzen berücksichtigt werden.

- Artikel 12 Abs. 2 sichert dem Kind weiter das Recht zu, in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die es betreffen, entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden. Diese Bestimmung ist in der Schweiz justiziabel. Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzentscheid festgehalten, dass Kinder in der Regel ab einem Alter von sechs Jahren in Verfahren angehört werden können (BGE 131 III 553). Die Kindesanhörung dient dabei nicht nur der Ermittlung des Sachverhalts, sondern ist Ausfluss der Persönlichkeit des Kindes, wie das Bundesgericht wiederholt betont hat.

- Studien zeigen jedoch, dass nur rund 10 Prozent der Kinder tatsächlich bei Entscheiden über Familienarrangements durch die KESB oder ein Gericht angehört werden.

Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes würde damit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte bedeuten.

5. Einschätzung der beiden Varianten im Detail

Variante 1

Aus den vorhergehenden grundsätzlichen Überlegungen lässt sich in Bezug auf Variante 1 festhalten:

- Variante 1 und der Passus «und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht.» bezweckt eine gesetzliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell im Gesetz. PACH befürchtet, dass dadurch der Ermessensspielraum von Gerichten und Behörden unnötig eingeschränkt und ein bestimmtes Betreuungsmodell gesetzlich bevorzugt

wird. Dies entspricht nicht dem Kindeswohlprinzip, wonach stets im Einzelfall geprüft werden muss, was für das jeweilige Kind die geeignetste Lösung ist.

- Den Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.» lehnt PACH aus fachlicher Sicht ab. Es besteht die Gefahr, dass Konflikte zwischen Elternteilen zusätzlich befeuert werden – mit den Kindern als Leidtragende.

Variante 2

PACH spricht sich klar gegen die Variante 2 aus.

- Eine «Betreuung zu gleichen Teilen» ist realitätsfern, da dies in der Praxis in den wenigsten Fällen so gelebt wird oder gelebt werden kann (z.B. aus finanziellen Gründen).

- Variante 2 kehrt die Prüflogik um: Während nach aktuellem Recht die alternierende Obhut im Sinne des Kindeswohls geprüft wird, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, soll nach Variante 2 die Betreuung zu gleichen Teilen als Norm festgeschrieben werden. Das Gericht bzw. die Kindesschutzbehörde kann zwar in begründeten Fällen davon abweichen, sie wird in der Praxis aber stärker unter Druck stehen, im Streitfall eine Betreuung zu gleichen Teilen anzuordnen. Wie oben ausgeführt, ist dies gerade in besonders strittigen Verfahren nicht im Interesse des Kindes.

6. Fazit

Eine rechtliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell widerspricht dem Kindeswohlprinzip gemäss UN-KRK.

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz spricht sich gegen beide vorgeschlagenen Varianten aus, kann sich aber mit Variante 1 arrangieren, wenn der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen» gestrichen wird. Wenn eine Variante zu bevorzugen ist, dann Variante 1.

PACH vermisst in der Vorlage eine kinderrechtliche Perspektive und bedauert insbesondere, dass die Partizipationsrechte der Kinder gemäss Art. 12 UN-KRK nicht explizit gestärkt und damit keine tatsächliche Verbesserung im Sinne der Kinderrechte erreicht wird.

PACH Pflege- und Adoptivkinder schlägt folgende Ergänzung im ZGB vor:

Art. 298 Abs. 2ter

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Es berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Art. 298b Abs. 3ter

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. Sie berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz

Karin Spychiger
Geschäftsleiterin

Seraina Berner Boadi-Attafuah
Juristische Mitarbeiterin

PRO FAMILIA
SCHWEIZ
SUISSE
SVIZZERA

Dachverband der Familienorganisationen in der Schweiz
Association faîtière des organisations familiales de Suisse
Associazione mantello delle organizzazioni per le famiglie in Svizzera

zz@bj.admin.ch
Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

3003 Bern

Bern, 13. Oktober 2025

21.449 N Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern: Stellungnahme von Pro Familia Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur oben genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Pro Familia Schweiz ist der nationale Dachverband der Familienorganisationen und ein Kompetenzzentrum für Familienpolitik. Wir zählen rund 50 Mitglieder und vernetzen Familien-, Fach- und Elternorganisationen. In enger Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft setzen wir uns für die Stärkung der Familien in der Schweiz ein.

Zur Vorlage

Pro Familia Schweiz begrüsst die Zielsetzung der Parlamentarischen Initiative 21.449, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge gezielt zu stärken (gemäss Art. 298 Abs. 2ter ZGB und Art. 298b Abs. 3ter ZGB). Im Zentrum dieser Gesetzesänderung steht das Kindeswohl, ein Anliegen, das auch für Pro Familia Schweiz oberste Priorität hat.
Gemäss Art. 296 Abs. 2 ZGB steht die elterliche Sorge grundsätzlich beiden Elternteilen gemeinsam zu und ist seit 2014 gesetzlicher Regelfall. In der Praxis bleibt sie jedoch oft symbolisch, da die tatsächliche Obhut in der Mehrheit der Fälle nur einem Elternteil zugesprochen wird. Die alternierende Obhut, als gelebte Verantwortung beider Eltern, ist bislang die Ausnahme, obwohl sie in vielen Fällen besser dem Kindeswohl entsprechen kann, sofern die Voraussetzungen stimmen. Die Initiative zielt darauf ab, den bestehenden Rechtsrahmen effektiver umzusetzen und die gemeinsame Verantwortung auch nach einer Trennung realistisch zu verankern.

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

1. Kindeswohl als zentrale Leitlinie

Kinder profitieren nachweislich von stabilen, tragfähigen Beziehungen zu beiden Elternteilen. Eine einseitige Obhutsregelung mit nur punktuellem Kontakt zum anderen Elternteil (oft jedes zweite Wochenende) wird dieser Realität häufig nicht gerecht.

Die alternierende Obhut (in flexiblen Modellen zwischen ca. 30–70 % Betreuung) bietet die Möglichkeit, beiden Elternteilen eine aktive Rolle im Alltag des Kindes zu ermöglichen, das

Kindeswohl zu wahren und an die individuellen Gegebenheiten anzupassen. Sie ist kein Automatismus, sondern ein differenziertes Modell für mehr elterliche Gleichverantwortung und unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebensrealitäten der betroffenen Familien.
Wichtig ist: Die Prüfung der alternierenden Obhut muss stets unter Berücksichtigung klarer Ausschlusskriterien erfolgen, insbesondere bei Gewalt oder Vernachlässigung. Insbesondere darf eine alternierende Obhut nicht in Betracht gezogen werden, wenn Gewalt, Missbrauch oder ein Machtungleichgewicht die Beziehung prägen. In solchen Fällen hat der Schutz des betroffenen Elternteils und des Kindes Vorrang.

2. Antragspflicht mit gesetzlicher Aufklärungspflicht kombinieren

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung sieht vor, dass das Gericht oder die Kindesschutzbehörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüft und fördert, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. Diese Regelung stellt sicher, dass der Wille mindestens einer beteiligten Partei den Anstoss zur Prüfung gibt, ohne einen Automatismus einzuführen.
Pro Familia Schweiz unterstützt dieses Vorgehen ausdrücklich. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Antragsregelung allein nicht ausreicht, um eine konsistente und faire Umsetzung sicherzustellen. Gerichte und Behörden interpretieren ihre Prüfplicht bislang unterschiedlich, und nicht alle Eltern sind über ihre Möglichkeiten ausreichend informiert. Deshalb schlägt Pro Familia Schweiz ergänzend eine gesetzlich verankerte Aufklärungspflicht vor:
Gerichte und Kindesschutzbehörden sollen verpflichtet werden, beide Elternteile aktiv und umfassend über die Möglichkeit, die Voraussetzungen und die Auswirkungen einer alternierenden Obhut aufzuklären, unabhängig davon, ob bereits ein Antrag gestellt wurde. Diese Aufklärungspflicht entspricht bewährten Prinzipien aus anderen Rechtsgebieten, in denen die informierte Selbstbestimmung der Betroffenen durch eine gesetzliche Aufklärungspflicht gesichert wird. So sind beispielsweise im Scheidungsverfahren Mediations- und Beratungsangebote gesetzlich vorgeschrieben und aufzuklären, im Strafprozess werden Rechte der Beschuldigten transparent gemacht, im Sozialversicherungsrecht besteht eine Informationspflicht zu Anspruchsvoraussetzungen, und im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sind Aufklärungen zu Schutzmassnahmen obligatorisch. Diese Aufklärungspflicht dient nicht der Bevormundung, sondern unterstützt Eltern dabei, fundierte und eigenverantwortliche Entscheidungen im Interesse ihres Kindes zu treffen.
Diese Kombination aus Antragspflicht und verbindlicher Aufklärung stärkt die informierte Entscheidungsfindung, erhöht die Verfahrensfairness und hilft, Fehlinformationen oder Missverständnissen vorzubeugen. Zudem bleibt die Entscheidungshoheit bei den Eltern bzw. dem Gericht. Es handelt sich nicht um eine automatische Anordnung, sondern um eine transparente Abwägung im Einzelfall. Zudem ist bei der Prüfung der alternierenden Obhut zu

berücksichtigen, wie elterliche Verantwortung bereits vor der Trennung wahrgenommen wurde, um strategisch motivierte Anträge oder realitätsferne Vorstellungen zu vermeiden. Dabei ist zu berücksichtigen, ob ein Elternteil bereits vor der Trennung die Betreuung überwiegend übernommen hat, um bestehende Betreuungslasten nicht nachträglich zu entwerten.

3. Perspektive des Kindes stärken

Die Beteiligung von Kindern im Verfahren muss alters- und reifegerecht gestaltet werden. Das Kind ist dabei nicht lediglich Objekt des Verfahrens, sondern hat ein Recht auf Gehör und eine seinem Entwicklungsstand angemessene Mitwirkung. Eine kindgerechte Einbeziehung stärkt die Kinderrechte und ist zentral für eine wirklich kindesorientierte Ausgestaltung der Obhutsregelung.

4. Förderung elterlicher Verantwortung und Kooperation

Die gemeinsame elterliche Sorge darf nicht als formale Grösse verstanden werden. Sie muss im Alltag konkret gelebt werden. Die differenzierte Prüfung der alternierenden Obhut fördert diese gemeinsame Verantwortung.
Zudem kann das Modell der alternierenden Obhut die Kooperation zwischen Eltern nach der Trennung stärken, da es auf gegenseitiges Engagement angewiesen ist. Dieser strukturelle Anreiz zur Zusammenarbeit kann helfen, destruktiven Mustern vorzubeugen. Durch klar geregelte Verantwortlichkeiten und eine gerechtere Rollenverteilung lassen sich viele alltägliche Streitpunkte vermeiden. Dies kann langfristig zur Deeskalation beitragen, familiäre Konflikte reduzieren und stabilere Verhältnisse schaffen, was wiederum einen klaren Gewinn für das Kind bedeutet.

5. Gleichstellung, gesellschaftliche Realität und wirtschaftlicher Nutzen

Die gesetzliche Förderung der alternierenden Obhut unterstützt die tatsächliche Gleichstellung der Eltern in der Betreuung und Verantwortung:

- Sie entlastet Mütter, die nach einer Trennung oft einseitig für die Betreuung verantwortlich sind, mit entsprechenden Nachteilen in Beruf und Einkommen. Dabei ist sicherzustellen, dass bisherige Betreuungsleistungen nach der Trennung angemessen berücksichtigt werden, insbesondere, um bestehende strukturelle Ungleichheiten nicht zu verfestigen.
- Sie ermöglicht Vätern, ihre Rolle als aktive Bezugsperson wahrzunehmen und dies über die finanzielle Unterstützung hinaus.

Zudem sind aus Sicht von Pro Familia Schweiz auch gesamtgesellschaftliche Vorteile zu erwarten:

- Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Eine mögliche Prävention psychischer Belastungen bei Kindern durch verlässliche und kooperative Elternbeziehungen
- Eine längerfristige Entlastung des Sozial- und Gesundheitssystems durch resilientere familiäre Strukturen
- Eine Reduktion eskalierender Streitigkeiten, was zur Entlastung der Justiz beitragen kann

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

6. Weitere Empfehlungen und Sicherstellungen

Begleitmassnahmen wie Mediation oder Konfliktberatung sollten vor einer Entscheidung über die alternierende Obhut geprüft und angeboten werden.
Flexibilität und Individualisierung müssen gewährleistet sein z. B. durch anpassbare Modelle zwischen 30–70 % Betreuung.
Es ist sicherzustellen, dass keine Diskriminierung bestimmter Familienformen (z. B. Patchwork- oder Regenbogenfamilien) erfolgt.
Eine regelmässige Evaluation (Monitoring) der Umsetzung und Wirkung der neuen Regelungen ist empfehlenswert. Zudem ist sicherzustellen, dass geeignete Rahmenbedingungen wie etwa bezahlbarer Wohnraum, flexible Betreuungsmodelle oder finanzielle Unterstützung vorhanden sind, um die Umsetzung der alternierenden Obhut im Alltag zu ermöglichen.

7. Rechtliche Einbettung und Verhältnismässigkeit

Die gesetzliche Regelung muss sich am Verhältnismässigkeitsprinzip orientieren. Das Kindeswohl hat oberste Priorität, ohne unnötige Eingriffe in elterliche Rechte. Das Verfahren muss zudem transparent und mit klaren Rechtsmittelwegen für Eltern und ggf. Kinder ausgestattet sein. Ebenso sind Datenschutz und Vertraulichkeit im gesamten Verfahren strikt zu wahren.

Fazit

Die parlamentarische Initiative 21.449 ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer modernen Familienpolitik. Sie stärkt die Rechte des Kindes, fördert elterliche Verantwortung, reduziert einseitige Belastungen und ermöglicht gerechtere Lebensperspektiven für alle Beteiligten.

Pro Familia Schweiz unterstützt ausdrücklich die Variante 1, wonach die zuständige Behörde die alternierende Obhut prüft, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und dieser den Vorzug gibt, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Zudem wird die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils die Anordnung nicht verhindert, ausdrücklich gesetzlich verankert. Gleichzeitig empfehlen wir, die im Entwurf vorgesehene Prüfung der alternierenden Obhut auf Antrag um eine verbindliche behördliche Aufklärungspflicht zu ergänzen.

Diese Kombination schafft keine Automatismen, sondern fördert Dialog, Verantwortung und faire Lösungen im Interesse der Kinder und ihrer Familien. Damit das Modell tatsächlich umsetzbar und tragfähig ist, müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen wie bezahlbarer Wohnraum, flexible Betreuungsangebote und finanzielle Unterstützung gewährleistet sein. Dabei muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass Schutzbedürftigkeit bei häuslicher Gewalt oder Machtungleichgewicht höchste Priorität hat.

Abschliessend betont Pro Familia Schweiz, dass der Erfolg jeglicher gesetzlicher Weiterentwicklung in diesem Bereich in hohem Masse von der Schaffung geeigneter und gerechter Rahmenbedingungen abhängt. Diese müssen insbesondere den Schutz vor jeglicher Form von Gewalt oder Machtungleichgewichten gewährleisten, die wirtschaftliche

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

Situation der Eltern berücksichtigen und verhindern, dass bestehende Ungleichheiten verstärkt werden. Eine sorgfältige Beobachtung der Umsetzung wird sicherstellen, dass die gemeinsame elterliche Betreuung tatsächlich dem Kindeswohl dient und zu einer echten Chancengleichheit beiträgt.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme sowie für Ihre wertvolle Arbeit zum Wohle der Familien in der Schweiz.

Freundliche Grüsse

PRO FAMILIA SCHWEIZ

Eva-Maria Kaufmann Rochereau
Direktorin

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

PRO FAMILIA
SCHWEIZ
SUISSE
SVIZZERA

Dachverband der Familienorganisationen in der Schweiz
Association faîtière des organisations familiales de Suisse
Associazione mantello delle organizzazioni per le famiglie in Svizzera

zz@bj.admin.ch
Commission des affaires juridiques du
Conseil national

3003 Berne

Berne, le 13 octobre 2025

21.449 N IV. PA. KAMERZIN. FAVORISER LA GARDE ALTERNÉE EN CAS D'AUTORITÉ PARENTALE CONJOINTE : PRISE DE POSITION DE PRO FAMILIA SUISSE

Mesdames et Messieurs,

Vous nous avez invités à prendre position sur le projet de consultation mentionné ci-dessus. Nous vous remercions sincèrement de cette occasion de faire valoir notre point de vue.

Remarques générales

Pro Familia Suisse est la faîtière nationale des organisations familiales et un centre de compétence en politique familiale. Nous comptons environ 50 membres et mettons en réseau des organisations familiales, professionnelles et de parents. En collaboration étroite avec le monde politique, économique et scientifique, nous nous engageons pour le renforcement des familles en Suisse.

Concernant le projet

Pro Familia Suisse accueille favorablement l'objectif de l'initiative parlementaire 21.449 visant à renforcer spécifiquement la garde alternée dans le cadre de l'autorité parentale conjointe (conformément aux art. 298 al. 2ter CC et 298b al. 3ter CC). Le bien-être de l'enfant est au centre de cette modification législative, une préoccupation qui est également primordiale pour Pro Familia Suisse.
Conformément à l'art. 296 al. 2 CC, l'autorité parentale appartient en principe aux deux parents conjointement et constitue depuis 2014 la règle légale. Dans la pratique toutefois, elle reste souvent symbolique, car la garde effective est attribuée dans la majorité des cas à un seul parent. La garde alternée, en tant que responsabilité concrète partagée par les deux parents, demeure l'exception, bien qu'elle puisse souvent mieux répondre à l'intérêt de l'enfant, à condition que les conditions préalables soient réunies. L'initiative vise à mettre en œuvre de manière plus efficace le cadre légal existant et à ancrer de manière réaliste la responsabilité commune après une séparation.

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

1. L'intérêt supérieur de l'enfant comme principe directeur

Les enfants gagnent sans aucun doute à avoir des relations stables et solides avec leurs deux parents. Une attribution unilatérale de la garde, accompagnée d'un simple droit de visite (souvent un week-end sur deux), ne reflète souvent pas cette réalité.

La garde alternée (dans des modèles flexibles entre environ 30 % et 70 % de temps de garde) permet à chaque parent de jouer un rôle actif dans la vie quotidienne de l'enfant, de préserver son bien-être et d'adapter la solution aux réalités individuelles. Ce n'est pas un automatisme, mais un modèle différencié favorisant une responsabilité parentale égale, tout en tenant compte des situations spécifiques des familles concernées.
Il est crucial que l'examen de la garde alternée s'effectue toujours en tenant compte de critères d'exclusion clairs, notamment en cas de violence ou de négligence. En particulier, la garde alternée ne doit pas être envisagée lorsque la relation est marquée par des violences, des abus ou tout déséquilibre de pouvoir, qu'il soit physique, économique, psychologique ou social, compromettant la sécurité ou l'autonomie d'un parent et de l'enfant. Dans ces situations, la protection du parent et de l'enfant concernés doit primer.

2. Combiner l'obligation de requête avec une obligation légale d'information

La modification législative proposée prévoit que le tribunal ou l'autorité de protection de l'enfant, en cas d'autorité parentale conjointe, examine et favorise la garde alternée lorsque l'un des parents ou l'enfant le demande. Cette disposition garantit que la volonté d'au moins une partie déclenche l'examen, sans pour autant instaurer un automatisme.
Pro Familia Suisse soutient expressément cette approche. Cependant, dans la pratique, cette obligation de requête seule ne suffit pas à garantir une application cohérente et équitable. Les tribunaux et autorités interprètent différemment leur devoir d'examen, et tous les parents ne sont pas suffisamment informés de leurs possibilités.
C'est pourquoi Pro Familia Suisse propose en complément une obligation légale d'information :
Les tribunaux et autorités de protection de l'enfant devraient être tenus d'informer activement et de manière complète les deux parents sur la possibilité, les conditions et les conséquences de la garde alternée, indépendamment du fait qu'une requête ait déjà été déposée.
Cette obligation d'information s'inspire de principes éprouvés dans d'autres domaines juridiques, où l'autodétermination éclairée des personnes concernées est garantie par une obligation légale d'information. Par exemple, dans la procédure de divorce, l'information sur les offres de médiation et de conseil est obligatoire ; dans la procédure pénale, les droits des personnes accusées sont clairement communiqués ; en droit des assurances sociales, il existe une obligation d'information sur les conditions d'octroi ; en droit de la protection de l'enfant et de l'adulte, les mesures de protection font l'objet d'une information obligatoire.
Cette obligation d'information ne vise pas à infantiliser, mais à permettre aux parents de prendre des décisions fondées et responsables dans l'intérêt de leur enfant.
Cette combinaison entre exigence de requête et obligation d'information renforce la prise de décision éclairée, accroît l'équité procédurale et aide à éviter malentendus et désinformations. La compétence décisionnelle reste toutefois aux parents ou au tribunal. Il ne s'agit pas d'une décision automatique, mais d'un examen transparent au cas par cas. Par ailleurs, l'examen de la garde alternée doit prendre en compte la manière dont la

responsabilité parentale était exercée avant la séparation, afin d'éviter des requêtes motivées stratégiquement ou des attentes irréalistes.
Il convient notamment de vérifier si un parent assumait déjà majoritairement la garde avant la séparation, afin de ne pas dévaloriser a posteriori les charges existantes.

3. Renforcer la perspective de l'enfant

La participation des enfants à la procédure doit être adaptée à leur âge et à leur niveau de maturité. L'enfant n'est pas uniquement un objet de la procédure, mais dispose d'un droit d'être entendu et d'une participation adaptée à son stade de développement. Cette prise en compte respectueuse des enfants renforce leurs droits et est essentielle pour une organisation véritablement centrée sur l'intérêt de l'enfant.

4. Promotion de la responsabilité parentale et de la coopération

L'autorité parentale conjointe ne doit pas être une notion formelle, mais une réalité concrète au quotidien. L'examen différencié de la garde alternée favorise cette responsabilité commune.
Le modèle de la garde alternée peut également renforcer la coopération entre les parents après la séparation, car il repose sur un engagement mutuel. Cette incitation structurelle à la collaboration peut prévenir des schémas destructeurs. Par des responsabilités clairement définies et une répartition plus équitable des rôles, beaucoup de conflits quotidiens peuvent être évités. Cela peut contribuer à long terme à la désescalade, réduire les conflits familiaux et créer des conditions plus stables, ce qui constitue un gain évident pour l'enfant.

5. Égalité, réalité sociale et avantages économiques

La promotion légale de la garde alternée soutient l'égalité réelle des parents dans la prise en charge et la responsabilité :

- Elle soulage les mères, qui après une séparation assument souvent seules la majorité de la garde, avec des désavantages correspondants dans leur carrière et leurs revenus. Il est essentiel que les prestations de garde antérieures soient dûment prises en compte pour ne pas renforcer des inégalités structurelles existantes.
- Elle permet aux pères d'assumer pleinement leur rôle de personne de référence active, au-delà du seul soutien financier.

Du point de vue de Pro Familia Suisse, des bénéfices sociétaux sont également attendus :

- Une meilleure conciliation entre famille et travail
- Une prévention possible des troubles psychiques chez les enfants grâce à des relations parentales fiables et coopératives
- Un allègement à long terme des systèmes social et de santé grâce à des structures familiales plus résilientes
- Une réduction des conflits judiciaires, contribuant à désengorger la justice

6. Autres recommandations et garanties

Des mesures d'accompagnement telles que la médiation ou le conseil en gestion des conflits devraient être examinées et proposées avant toute décision sur la garde alternée.
La flexibilité et l'individualisation doivent être garanties, par exemple par des modèles adaptables allant de 30 % à 70 % de temps de garde.
Il faut veiller à ce qu'aucune discrimination à l'encontre de certaines formes familiales (familles recomposées, familles arc-en-ciel, etc.) ne soit tolérée.
Une évaluation régulière (monitoring) de la mise en œuvre et de l'impact des nouvelles dispositions est recommandée. Par ailleurs, des conditions-cadres adéquates doivent être assurées, telles que des logements abordables, des modèles de garde flexibles ou un soutien financier, afin de rendre la garde alternée réalisable dans la vie quotidienne.

7. Cadre légal et proportionnalité

La réglementation légale doit respecter le principe de proportionnalité. Le bien-être de l'enfant prime sans porter atteinte inutilement aux droits parentaux. La procédure doit être transparente et assortie de voies de recours claires pour les parents et, le cas échéant, pour les enfants. La protection des données et la confidentialité doivent être strictement garanties tout au long de la procédure.

Conclusion

L'initiative parlementaire 21.449 constitue une étape importante vers une politique familiale moderne. Elle renforce les droits de l'enfant, favorise la responsabilité parentale, réduit les charges unilatérales et permet des perspectives de vie plus équitables pour tous les acteurs concernés.

Pro Familia Suisse soutient expressément la Variante 1, selon laquelle l'autorité compétente examine la garde alternée si un parent ou l'enfant le demande et lui donne la préférence si elle correspond le mieux à l'intérêt de l'enfant. De plus, la jurisprudence du Tribunal fédéral, selon laquelle le simple refus d'un parent ne bloque pas la décision, est explicitement consacrée par la loi.
Nous recommandons en outre de compléter l'examen de la garde alternée sur demande par une obligation d'information obligatoire par les autorités.

Cette combinaison ne crée pas d'automatismes, mais favorise le dialogue, la responsabilité et des solutions équitables dans l'intérêt des enfants et de leurs familles. Pour que le modèle soit réellement applicable et durable, les conditions-cadres nécessaires, telles que logements abordables, offres de garde flexibles et soutien financier, doivent être garanties. Il faut veiller en tout cas à ce que la protection en cas de violences domestiques ou de déséquilibre de pouvoir reste prioritaire.

Enfin, Pro Familia Suisse souligne que la réussite de toute évolution législative dans ce domaine dépendra largement de la mise en place de conditions-cadres adéquates et équitables. Celles-ci doivent notamment garantir la protection contre toute forme de violence

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

ou de déséquilibre de pouvoir, tenir compte des réalités économiques des parents et éviter de renforcer des inégalités préexistantes. Un suivi attentif de la mise en œuvre permettra de s'assurer que la garde alternée serve effectivement l'intérêt supérieur de l'enfant et contribue à une véritable égalité des chances.

Nous vous remercions de prendre connaissance de notre position et d'en tenir compte, ainsi que pour votre précieux travail en faveur des familles en Suisse.

Meilleures salutations,

PRO FAMILIA SUISSE

Eva-Maria Kaufmann Rochereau
Directrice

Pro Familia Schweiz
Marktgasse 36
3011 Bern
IBAN CH79 0844 0260 1921 4200 1

Telefon 077 232 84 58
www.profamilia.ch
info@profamilia.ch

PRO JUVENTUTE
Thurgauerstrasse 39
8050 Zürich
Telefon 044 256 77 77
info@projuventute.ch
www.projuventute.ch

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Parlamentsgebäude
CH-3003 Bern

Zürich, 14. Oktober 2025

Eingereicht per Mail an zz@bj.admin.ch

Stellungnahme von Pro Juventute zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Vincent Maitre
Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der RK-N

Pro Juventute bedankt sich für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zum Vorentwurf der parlamentarischen Initiative 21.449 Kamerzin «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» teilzunehmen.

Als grösste Fachorganisation für Kinder und Jugendliche in der Schweiz setzt sich Pro Juventute für die gesunde psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein. Mit vielfältigen Informations- und Beratungsangeboten unterstützen wir sie gemeinsam mit ihren Eltern direkt und wirkungsvoll auf ihrem Weg zu selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten. Durch das Beratungsangebot 147 stehen wir täglich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen und erfahren aus erster Hand, wie sie Scheidungs- und Trennungsverfahren ihrer Eltern erleben und mit welchen Fragen, Gedanken und Sorgen sie konfrontiert sind.

Pro Juventute unterstützt die Zielsetzung der Kommission, bei gemeinsamer elterlicher Sorge eine möglichst ausgewogene Beteiligung beider Eltern an der Betreuung zu fördern, wenn sich die Eltern nicht auf ein Modell einigen können. Der Erhalt einer stabilen Beziehung zu beiden Elternteilen ist für die gesunde Entwicklung des Kindes von grosser Bedeutung. Gleichzeitig muss bei der Wahl des Betreuungsmodells das Kindeswohl an erster Stelle stehen, was eine sorgfältige Einzelfallprüfung und die Berücksichtigung aller relevanten Faktoren bedingt.

Praxis der alternierenden Obhut

Die alternierende Obhut kann, insbesondere wenn die Betreuung der Kinder vor der Trennung nicht gleichmässig aufgeteilt war, eine anspruchsvolle und komplexe Betreuungsform darstellen. Sie erfordert von Eltern wie auch vom Kind eine erhebliche Anpassungsleistung und ist mit organisatorischen, emotionalen und finanziellen Herausforderungen verbunden. Gewisse Kinder berichten etwa, dass häufige Wohnortswechsel und ständige Wechsel im Alltag belastend sein können, und dass sie Mühe haben, sich auf neue Umgebungen einzustellen oder Freundschaften zu pflegen. Auch die ständige Planung von Schulweg, Freizeitaktivitäten oder Terminen kann zu Stress führen. Solche Erfahrungen verdeutlichen, dass die Umsetzung der alternierenden Obhut sorgfältig geprüft werden muss und nicht in allen Fällen gleich gut zum Kindeswohl passt.

Die Grundlagenstudie in Erfüllung des Postulats 21.414 Silberschmid zeigt, dass Gerichte der alternierenden Obhut zunehmend positiv gegenüberstehen und dieses Modell häufiger anordnen. Auch die bundesgerichtliche Rechtsprechung verlangt eine stichhaltige Begründung, wenn von diesem Modell abgewichen wird. Gleichzeitig zeigt die Studie eine erhebliche Diskrepanz zwischen vereinbarten oder

angeordneten Regelungen und der gelebten Realität: Nur 37 Prozent der Eltern mit formell vereinbarter alternierender Obhut betreuen die Kinder tatsächlich zu mindestens einem Drittel bei jedem Elternteil; bei behördlich angeordneter alternierender Obhut gegen den Willen eines Elternteils sind es nur 26 Prozent. Diese Diskrepanz verdeutlicht, dass eine gesetzliche Regelung allein nicht automatisch zu einer praktischen Umsetzung führt. Faktoren wie Wohndistanz, finanzielle Lage, Erwerbssituation und Alter des Kindes prägen die tatsächliche Betreuung massgeblich. Auch führen sich verändernde Umstände (zum Beispiel das steigende Kindesalter) dazu, dass sich die Betreuungsarrangements laufend verändern.

In gewissen Fällen – etwa, wenn Eltern nahe beieinander wohnen und die Organisation im Alltag gelingt – kann die alternierende Obhut ein passendes Modell sein. Sie darf jedoch kein Automatismus sein, sondern muss stets sorgfältig unter vorrangiger Berücksichtigung des Kindeswohls geprüft werden. Automatische Anordnungen, wie sie in der Motion 22.400 Romano gefordert wurden, lehnt Pro Juventute ab. Auch internationale Instrumente des Europarates und der UNO zugunsten der Kinderrechte sehen nicht vor, die alternierende Obhut als vorrangiges Modell einzuführen.

Kinderrechte und Partizipation

Nach geltendem Recht ist die Möglichkeit der alternierenden Obhut gemäss Art. 298 Abs. 2ter und Art. 298b Abs. 3ter ZGB von den Gerichten und Kindesschutzbehörden zu prüfen und anzuordnen, wenn dies dem Kindeswohl entspricht. Das Bundesgericht hat klargestellt, dass dies auch gegen den Willen eines Elternteils gilt. Pro Juventute unterstützt das Anliegen der Kommissionsmehrheit, diese Rechtsprechung im Gesetz ausdrücklich zu verankern, um so eine dauerhafte und ausgewogene Beziehung zu beiden Elternteilen zu ermöglichen. Die gemeinsame, möglichst egalitäre Verantwortung der Eltern sollte als Orientierungsrahmen gelten. Gleichzeitig braucht es Spielraum für Einzelfallprüfungen zur Sicherstellung des Kindeswohls. Dies verdeutlicht auch die begrenzte Tragweite der durch die ZGB-Revision ausgelösten Änderungen.

Die erwähnte Grundlagenstudie zeigt aber auch, dass die Wünsche der Kinder in Bezug auf ihr Wohn- und Betreuungsarrangement häufig nicht systematisch erfragt werden. Nur knapp die Hälfte der Eltern bezieht Kinder ab acht Jahren ein, bei jüngeren sind es rund ein Viertel. Viele Eltern verzichten bewusst darauf, aus Angst vor Überforderung oder Konfliktverschärfung. Besonders bedenklich ist, dass nur 10 Prozent der Kinder im Rahmen behördlicher Verfahren durch Fachpersonen oder Gerichte angehört werden.

Aus Sicht von Pro Juventute muss gewährleistet werden, dass Kinder ihre Rechte auf Mitsprache gemäss UN-Kinderrechtskonvention wahrnehmen können. Es braucht verbindliche Mechanismen, die sicherstellen, dass Kinder in familienrechtlichen Verfahren – auch bei der Prüfung des Betreuungsmodells – angehört und ernst genommen werden. Dies gilt besonders in konflikthaften Trennungssituationen oder bei Fällen von häuslicher Gewalt, in denen Kinder häufig unter Loyalitätskonflikten und psychischer Belastung leiden. In solchen Situationen dürfen das emotionale Wohlbefinden und die Erfahrungen der Kinder nicht in den Hintergrund geraten. Kinder sind bei häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt stets Mitbetroffene. Sie kindgerecht anzuhören, ihre Perspektive ernst zu nehmen und sie in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, ist ein entscheidender Schritt, um ihr Wohl zu schützen und ihnen Stabilität und Sicherheit zu geben.

Würdigung der beiden Varianten

Pro Juventute unterstützt die von der Kommission vorgeschlagene Variante 1 und lehnt Variante 2 ab. Variante 1 sieht vor, dass die zuständige Behörde eine alternierende Obhut prüft, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und diese anordnet, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Damit würde die bundesgerichtliche Rechtsprechung, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung nicht entgegensteht, gesetzlich verankert. Diese Lösung kann bei den Behörden das Bewusstsein fördern für die Rolle der alternierenden Obhut und Klarheit schaffen hinsichtlich der bundesgerichtlichen Rechtsprechung.

Demgegenüber wirft Variante 2 erhebliche Bedenken auf. Die vorgesehene Formulierung einer «Beteiligung der Eltern zu gleichen Teilen» bedeutet eine Abkehr vom bisherigen Rechtsbegriff der alternierenden Obhut. Sie könnte so verstanden werden, dass ein hälftiges Betreuungsmodell (50/50) als Regelfall gilt. Die Praxis zeigt jedoch, dass die meisten Betreuungsarrangements flexibler gestaltet sind – beispielsweise 40/60 oder 30/70 – und sich im Laufe der Zeit verändern können. Eine starre Vorgabe würde dieser Realität nicht gerecht, die notwendige Flexibilität einschränken und die Ausrichtung am

Kindeswohl in den Hintergrund drängen. Hinzu kommt, dass sich Eltern in konfliktreichen Trennungssituationen künftig auf einen solchen Gesetzeswortlaut berufen und ein hälftiges Betreuungsmodell einfordern könnten. Dies birgt die Gefahr, dass bestehende Spannungen verschärft und die Kinder zusätzlich belastet würden. Eine generelle Verpflichtung zur Prüfung eines gleichteiligen Modells nach Variante 2 – selbst wenn weder ein Elternteil noch das Kind dies beantragen – könnte zudem die Verfahrensdauer verlängern und die Rechtsunsicherheit erhöhen. Beides hätte unmittelbare negative Auswirkungen auf das Kindeswohl.

Weiterführende Bemerkungen und flankierende Massnahmen

In der öffentlichen Wahrnehmung stehen häufig hochstrittige Trennungen im Vordergrund. Diese Fälle beanspruchen Gerichte und Kindesschutzbehörden stark und werden öffentlich breit diskutiert. Sie dürfen jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass alternierende Modelle in der Praxis immer häufiger gelebt und erfolgreich umgesetzt werden. Entscheidend bleibt, dass Gerichte und Behörden im Einzelfall prüfen, ob dieses Modell dem Kindeswohl entspricht. Eine Einführung als Regelfall oder eine starre gesetzliche Vorgabe ist weder sachgerecht noch kindeswohlorientiert.

Die Anordnung der alternierenden Obhut setzt voraus, dass beide Elternteile auch nach einer Trennung oder Scheidung aktiv an der Betreuung ihrer Kinder beteiligt bleiben können. In der Praxis fehlen dafür jedoch häufig die notwendigen gesellschaftlichen, beruflichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf kindgerechte Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten an den jeweiligen Wohnorten der Eltern.

Die alternierende Obhut stellt eine anspruchsvolle und komplexe Betreuungsform dar, insbesondere dann, wenn die Betreuung der Kinder bereits vor der Trennung nicht gleichmässig zwischen den Eltern aufgeteilt war. Sie erfordert von Eltern wie auch vom Kind eine erhebliche Anpassungsleistung und geht mit organisatorischen, emotionalen und finanziellen Herausforderungen einher. Damit beide Elternteile ihre Betreuungsaufgaben gleichwertig wahrnehmen und das Kind zu beiden eine stabile Beziehung aufbauen und erhalten kann – was für seine psychische Entwicklung zentral ist – braucht es gezielte Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören insbesondere bezahlbare, qualitativ hochwertige und wohnortnahe familienergänzende Betreuungsangebote und genügend bezahlbaren Wohnraum für Familien.

Das Kind selbst sollte dabei nicht nur angehört, sondern auch altersgerecht informiert und von einer fachkundigen Vertreterin oder einem fachkundigen Vertreter begleitet werden. Aus diesen Gründen schlagen wir vor, die gewählte Gesetzesänderung explizit dahingehend zu ergänzen, dass die Behörden bei der Prüfung der Möglichkeit einer alternierenden Obhut die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise berücksichtigen. Dieser bewusste gesetzliche Zusatz stellt sicher, dass die Perspektive des Kindes systematisch einbezogen wird und stärkt dessen Rechte auf Partizipation gemäss UN-Kinderrechtskonvention.

Elternbefragungen aus der erwähnten Grundlagenstudie zeigen nicht zuletzt, dass ein grosser Bedarf an niederschwelligen Beratungs- und Mediationsangeboten besteht. Viele Eltern wünschen sich Unterstützung bei der Organisation des Alltags und bei Konflikten, nehmen entsprechende Angebote bisher jedoch kaum in Anspruch. Pro Juventute empfiehlt Bund und Kantonen, entsprechende Angebote gezielt zu fördern und ihre Zugänglichkeit zu verbessern. Dies würde dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu entschärfen, Kinder zu entlasten und längerfristige Kosten zu reduzieren.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Nicole Platel
Direktorin Pro Juventute

Lulzana Musliu
Leiterin Politik & Medien

sf-mvb
Schweizerischer Fachverband
Mütter- und Väterberatung

Eingereicht per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Bern, 7. Oktober 2025

Vernehmlassung des SF MVB zur Parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» Stellung zu nehmen.

Der Schweizerische Fachverband Mütter- und Väterberatung (SF MVB) vertritt gesamtschweizerisch die Anliegen der Mütter- und Väterberatung (MVB), Beratung Frühe Kindheit und setzt sich für Qualität und Professionalität im Fachbereich ein. Die MVB ist ein niederschwelliges, in allen Kantonen etabliertes Beratungsangebot der Prävention und Gesundheitsförderung in der frühen Kindheit und als solches ein wichtiger Bestandteil der kantonalen Politiken im Frühbereich. Die MVB begleitet Eltern, Erziehungsberechtigte und weitere familiäre Bezugspersonen des Kindes ab der Geburt bis zum 5. Geburtstag und unterstützt sie in ihren Betreuungs- und Erziehungsaufgaben. Im Zentrum stehen die physische, psychische und kognitive Gesundheit und Entwicklung des Kindes.

Bei unserer Vernehmlassungsantwort verweisen wir auf die Stellungnahmen des Netzwerks Kinderrechte Schweiz.

1. Grundsätzliche kinderrechtliche Überlegungen

Der SF MVB stützt sich bei der vorliegenden Stellungnahme auf die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die die Schweiz 1997 ratifiziert hat. Es wurden beide zur Vernehmlassung vorgeschlagenen Varianten geprüft.

Aus Sicht des SF MVB vermögen die beiden vorgeschlagenen Varianten für eine Änderung von Art. 298 Abs. 2^{ter} und Art. 298b Abs. 3^{ter} nicht zu überzeugen. Sie bieten keine Verbesserungen im Sinne des Kindeswohls. Echte Fortschritte im Sinne der Verwirklichung der Kinderrechte – wie die Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes in Verfahren – fehlen.

Das Prinzip des übergeordneten Kindesinteresses/Kindeswohl (Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) als eines der Leitprinzipen der UN-KRK müsste aus Sicht des SF MVB bei einer solchen Gesetzesänderung im Vordergrund stehen. Es besagt, dass bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl als ein vorrangiger Gesichtspunkt eruiert und berücksichtigt werden muss. Art. 3. Abs. 1 UN-KRK verpflichtet ausdrücklich auch Gesetzgebungsorgane. Das Kindeswohl muss somit nicht nur im Einzelfall, sondern auch bei der Ausgestaltung von Gesetzen oberste Priorität haben.

2. Die alternierende Obhut ist nicht immer eine adäquate Lösung für das Kind

Der Begriff der alternierenden Obhut ist nicht eindeutig definiert. Im Allgemeinen versteht man darunter, dass Kinder nach einer Trennung zwei Lebensmittelpunkte haben. In der Praxis bedeutet dies jedoch selten eine exakt hälftige Betreuung (50/50). Bereits ab einem Betreuungsanteil von rund 25–30 % bei einem Elternteil wird häufig von alternierender Obhut gesprochen.

Die alternierende Obhut kann für viele Familien eine geeignete Lösung sein – es eignet sich jedoch nicht in jedem Fall. Denn es gibt kein einzelnes Betreuungsmodell, das allen familiären und sozialen Situationen gleichermassen gerecht wird. Während die alternierende Obhut im Schulalter gut funktionieren kann, können für Kleinkinder und Jugendliche andere Modelle besser geeignet sein.[1] Entscheidend ist, dass das gewählte Modell dem gelebten Alltag entspricht und die Kinder bei der Festlegung mitberücksichtigt werden.[2]

Problematisch kann die alternierende Obhut werden, wenn das Verhältnis zwischen den Eltern stark belastet ist. In solchen Situationen drohen die Konflikte zu eskalieren – zum Nachteil der Kinder, die unter ständigen Auseinandersetzungen und Spannungen besonders leiden.

3. Kindeswohlprinzip verlangt Prüfung im Einzelfall

Gemäss Art. 3 Abs. 1 UN-KRK ist bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen – unabhängig davon, ob diese von Behörden, Gerichten oder Gesetzgebern getroffen werden. Für die Praxis bedeutet dies, dass jeweils im Einzelfall geprüft werden muss, was für das Wohl des jeweiligen Kindes die bestmögliche Lösung ist. Zentral ist deshalb, dass die gewählte Betreuungslösung der individuellen Situation des Kindes am besten entspricht. Die passende Form der Obhut ist in jedem Fall individuell und unter Einbezug des Kindes ergebnisoffen zu prüfen und zu entscheiden. Eine gesetzliche Bevorzugung eines bestimmten Betreuungsmodells widerspricht diesem Grundsatz.

[1] Siehe beispielsweise Nielsen, L. (2015). Shared Physical Custody: Does ist Benefit Most Children? Journal of American Academy of Matrimonial Lawyers, Vol. 28, S. 79-137.

[2] Büchler, A., Simoni, H., (Hrsg). (2009). Kinder und Scheidung. Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiale Übergänge. Rüegger Verlag.

4. Fehlende Stärkung der Partizipationsrechte

Artikel 3 UN-KRK ist eng verknüpft mit Art. 12 UN-KRK, der die Partizipationsrechte des Kindes garantiert. Der Wille des Kindes ist ein integraler Bestandteil des Kindeswohls. Bei der Eruierung des Kindeswohls muss der Kindeswille entsprechend angemessen berücksichtigt werden.

Der SF MVB bedauert, dass die vorliegende Gesetzesänderung keine Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes vorsieht.

- Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, haben gemäss Art. 12 UN-KRK das Recht, diese Meinung frei zu äussern und das Recht, dass diese Meinung entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird. Auch Kinder, die noch nicht urteilsfähig sind, müssen altersgerecht einbezogen werden. Dabei können sowohl verbale wie auch nonverbale Willensäusserungen und gezeigte Grenzen berücksichtigt werden.
- Artikel 12 Abs. 2 sichert dem Kind weiter das Recht zu, in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die es betreffen, entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden. Diese Bestimmung ist in der Schweiz justiziabel. Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzentscheid festgehalten, dass Kinder in der Regel ab einem Alter von sechs Jahren in Verfahren angehört werden können (BGE 131 III 553). Die Kindesanhörung dient dabei nicht nur der Ermittlung des Sachverhalts, sondern ist Ausfluss der Persönlichkeit des Kindes, wie das Bundesgericht wiederholt betont hat.
- Studien zeigen jedoch, dass nur rund 10 % Prozent der Kinder tatsächlich bei Entscheiden über Familienarrangements durch die KESB oder ein Gericht angehört werden.[3]

Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes würde damit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte bedeutet.

5. Einschätzung der beiden Varianten im Detail

Variante 1

Aus den vorhergehenden grundsätzlichen Überlegungen lässt sich in Bezug auf Variante 1 festhalten:

- Variante 1 und der Passus «und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht.» bezweckt eine gesetzliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell im Gesetz. Der SF MVB befürchtet, dass dadurch der

[3] Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T. (2022): Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen — Elternschaft und Kinderalltag, Forschungsbericht zuhanden der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF), Bern/Zürich.

Ermessensspielraum von Gerichten und Behörden unnötig eingeschränkt und ein bestimmtes Betreuungsmodell gesetzlich bevorzugt wird. Dies entspricht nicht dem Kindeswohlprinzip, wonach stets im Einzelfall geprüft werden muss, was für das jeweilige Kind die geeignetste Lösung ist.

- Der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.» lehnen wir aus fachlicher Sicht ab. Es besteht die Gefahr, dass Konflikte zwischen Elternteilen zusätzlich befeuert werden – mit den Kindern als Leidtragende.

Variante 2

Der SF MVB spricht sich mit aller Deutlichkeit gegen die Variante 2 aus.

- Eine «Betreuung zu gleichen Teilen» ist realitätsfern, da dies in der Praxis in den wenigsten Fällen so gelebt wird oder gelebt werden kann (z.B. aus finanziellen Gründen).
- Variante 2 kehrt die Prüflogik um: Während nach aktuellem Recht die alternierende Obhut im Sinne des Kindeswohls geprüft wird, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, soll nach Variante 2 die Betreuung zu gleichen Teilen **als Norm** festgeschrieben werden. Das Gericht bzw. die Kindesschutzbehörde kann zwar in begründeten Fällen davon abweichen, sie wird in der Praxis aber stärker unter Druck stehen, im Streitfall eine Betreuung zu gleichen Teilen anzuordnen. Wie oben ausgeführt, ist dies gerade in besonders strittigen Verfahren nicht im Interesse des Kindes.

6. Fazit

Eine rechtliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell widerspricht dem Kindeswohlprinzip gemäss UN-KRK.

Der SF MVB spricht sich gegen beide vorgeschlagenen Varianten aus, kann sich aber mit Variante 1 arrangieren, wenn der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen» gestrichen wird. Wenn eine Variante zu bevorzugen ist, dann Variante 1.

Der SF MVB vermisst in der Vorlage eine kinderrechtliche Perspektive und bedauert insbesondere, dass die Partizipationsrechte der Kinder gemäss Art. 12 UN-KRK nicht explizit gestärkt und damit keine tatsächliche Verbesserung im Sinne der Kinderrechte erreicht wird.

Der SF MVB schlägt folgende Ergänzung im ZGB vor:

Art. 298 Abs. 2ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Es berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Art. 298b Abs. 3ter
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Sie berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Fachverband Mütter- und Väterberatung

Präsidentin SF MVB

Andrea Trummer
Geschäftsleiterin SF MVB

CSVD Conférence Suisse contre la Violence Domestique

SKHG Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt

CSVD Conferenza Svizzera contro la Violenza Domestica

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

per Email an zz@bj.admin.ch

Bern, 7. Oktober 2025

Vernehmlassung zu 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin:
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Maitre

Die Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt (im folgenden SKHG genannt) dankt für die Möglichkeit zum obengenannten Vorentwurf Stellung zu nehmen.

I. Vorbemerkungen

Die SKHG anerkennt das Anliegen, die Betreuung von Kindern nach einer Trennung oder Scheidung ausgewogen zwischen den Elternteilen zu fördern. Gleichwohl betonen wir, dass bei allen Reformen im Familienrecht der Schutz des Kindeswohls oberste Priorität haben muss. Zentral ist dabei die systematische Abklärung häuslicher Gewalt, wenn über elterliche Sorge, Obhut und Besuchsrecht entschieden wird.

Das Gutachten Büchler/Raveane (UZH, 2024) sowie die jüngsten Beiträge von Prof. Krüger (HSLU, 2024, FamPra) kommen unabhängig voneinander zum Schluss, dass häusliche Gewalt immer zwingend systematisch zu prüfen ist, wenn über elterliche Sorge, Obhut und Besuchsrecht entschieden wird. Die aktuelle Studie „Unterstützungsangebote und Schutzmassnahmen für Kinder, die Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung ausgesetzt sind“ (NAP 30, 2023/24) hat jedoch belegt, dass dies in der Praxis nicht gewährleistet ist. Die vorliegende Gesetzesrevision bietet eine entscheidende Gelegenheit, diese Schutzlücke zu schliessen und die Abklärungspflicht gemäss Art. 31 IK verbindlich im Gesetz zu verankern.

II. Würdigung des Erläuternden Berichts und der Varianten

Zum Erläuternden Bericht
Der Erläuternde Bericht hält zutreffend fest, dass die alternierende Obhut bisher uneinheitlich gehandhabt wird und deshalb gesetzlicher Klärungsbedarf besteht. Er betont, dass Entscheide stets am Kindeswohl auszurichten sind. Aus Sicht der SKHG ist jedoch zentral, dass der Bericht die Problematik der Häuslichen Gewalt nur am Rande streift. Die fehlende Abklärung der Häuslichen Gewalt ist aber nachweislich die grösste Schutzlücke in der Praxis.

Notwendigkeit der systematischen Gewaltabklärung
Beide Varianten des Vorentwurfs enthalten keine Pflicht, häusliche Gewalt systematisch abzuklären. Die Studie „Unterstützungsangebote und Schutzmassnahmen für Kinder, die Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung ausgesetzt sind“ (NAP 30, 2023/24) belegt deutliche strukturelle Defizite: Gewalt wird in Verfahren häufig nicht systematisch berücksichtigt und Kinder werden zu selten angehört. Angesichts der Tatsache, dass eine systematische Abklärung in der Praxis bereits heute nicht gewährleistet ist, verfehlt die Vorlage aber eine zentrale völkerrechtliche Verpflichtung: Gemäss Art. 31 der Istanbul-

Konvention (IK) sind die Vertragsstaaten verpflichtet sicherzustellen, dass Vorkommnisse häuslicher Gewalt zwingend bei allen Entscheidungen über Sorge- und Besuchsrecht berücksichtigt werden und die Sicherheit der betroffenen Kinder wie auch des gewaltbetroffenen Elternteils nicht gefährdet wird. Hier setzt die SKHG ihre Hauptkritik an.

Bewertung der Varianten
- Variante 1 sieht die Prüfung der alternierenden Obhut auf Antrag vor. Grundsätzlich erscheint diese Lösung flexibler und kindeswohlorientierter als Variante 2. Aus fachlicher Sicht ist jedoch der Zusatz „Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen“ klar abzulehnen, da er Konflikte verschärfen und Kinder zusätzlich belasten würde.
- Variante 2 geht weiter und macht die Prüfung einer hälftigen Betreuung zum Automatismus. Diese Lösung ist zu starr, realitätsfern und führt zu einer Beweislastumkehr: Der Elternteil, der gegen 50/50 ist, müsste darlegen, dass dies nicht dem Kindeswohl entspricht. Damit wird das Kindeswohlprinzip (Art. 3 UN-KRK), das eine Einzelfallprüfung verlangt, unterlaufen. Zudem erhöht diese Variante das Risiko zusätzlicher Belastungen für ökonomisch schwächere Elternteile, meist Mütter.

III. Wissenschaftliche Grundlagen

- Gutachten Büchler/Raveane (UZH 2024): Häusliche Gewalt muss als eigenständiger Grund für eine abweichende Obhuts- und Sorgerechtsregelung gelten. Ohne systematische Prüfung droht die Kindeswohlgefährdung verkannt zu werden.
  UZH_Elterliche_Sorge_Obhut_Besuchsrecht_haeusliche_Gewalt_DE.pdf
- Prof. Krüger (HSLU 2024, FamPra): Praxis verwechselt häusliche Gewalt mit Hochstrittigkeit; dies führt zu gefährlichen Fehleinschätzungen. Eine systematische Abklärung ist notwendig.
- Studie NAP 30 (EBG/SKHG 2023/24): Belegt systematisch, dass KESB und Gerichte Gewaltvorkommnisse in der Praxis **nicht standardmässig** erfassen und berücksichtigen. Betroffene Kinder erhalten zu selten altersgerechte Unterstützung. NAP 30 - Schlussbericht.pdf
- SKHG-Leitfaden (2021): Besuchskontakte nur bei gewährleistetem Schutz und Gewaltfreiheit. 21_12_20_skhg_leitfaden_d.pdf

IV. Formulierung der SKHG

Konkret schlagen wir folgende Anpassung von Variante 1, **Art. 298 Abs. 2ter und sinngemäss Art. 298 Abs. 3ter ZGB** vor:

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft die Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Häusliche Gewalt wird bei der Zuteilung systematisch abgeklärt.

Der Zusatz *„Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen“* ist zu streichen, da er Konflikte verschärft und in diesem Fall die Situation der Kinder verschlimmert.

V. Schlussfolgerung

Die SKHG begrüsst das Ziel der Vorlage, die Beteiligung beider Eltern an der Kinderbetreuung zu stärken. Eine Umsetzung ohne die gesetzliche Pflicht zur systematischen Abklärung häuslicher Gewalt würde jedoch das Kindeswohl gefährden, internationale Standards verletzen und die Schutzlücken bestätigen, die durch die NAP-30-Studie nachgewiesen wurden.

Wir ersuchen daher, den Vorentwurf so zu ergänzen, dass diese Abklärungspflicht explizit im Gesetz verankert wird. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Laurence Bögli, Co-Präsidentin

Magdalena Küng, Co-Präsidentin

FSP SKJP

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

z.Hd. Kommissionssekretariat: zz@bj.admin.ch (Word und PDF)

14.10.2025/ob

Stellungnahme der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie (SKJP)

Vernehmlassung des Bundes (Nationalrat, Kommission für Rechtsfragen): 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Am 24. Juni 2025 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur obgenannten Vorlage eingeladen. Die Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie (SKJP) dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Bereits unter geltendem Recht wird die Möglichkeit einer alternierenden Obhut im Einzelfall geprüft und angeordnet. Dies auch dann, wenn ein Elternteil die alternierende Obhut ablehnt, wobei die Gründe für eine Ablehnung vielseitig sein können und im Einzelfall zu prüfen sind (u.a. mangelnde Kooperationsbereitschaft, Absicht den anderen Elternteil zu benachteiligen, materielle Gründe wie z.B. Wohnsituation, Schutz gegen Gewalt und vor Zwangskontrolle). Für die Wahrung des Kindswohls wichtig ist, dass Kinder aktiv an Entscheidungen über die elterliche Sorge und das Sorgerecht beteiligt werden.

Alternierende Obhut bedeutet in der Praxis eine Vielzahl von Möglichkeiten: Zwischen einem reinen "Nestmodell" v.a. für jüngere Kinder (Kind bleibt stets am Ort, Eltern wechseln) bis zum mitunter sehr elaborierten und anspruchsvollen Wechselmodell (Kind wechselt).

Alternierende Obhut hat in vielen Fällen - in Abgrenzung zum Besuchsrecht - Vorteile: Der Vater verbringt mehr Zeit mit dem Kind, ist stärker in das Leben seines Kindes

einbezogen und für eine Beziehung und regelmässigen Unterhalt motivierter. Alternierende Obhut entlastet zudem die Mütter.

Die SKJP unterstützt grundsätzlich das Anliegen, die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge zu fördern und deren Prüfung im Einzelfall unter Beteiligung des Kindes sicherzustellen.

2. Relevante Aspekte aus Sicht der Kinder- und Jugendpsychologie

Trennungen und Scheidungen von Eltern mit Kindern sind in unserer Gesellschaft ein häufiges Phänomen. Für die ganze Familie bedeutet dies eine Neuorganisation in emotionaler, sozialer und materieller Hinsicht. Für Kinder und Jugendliche ist eine solche Situation in jedem Fall ein einschneidendes und prägendes Lebensereignis. Die Regelung der Betreuung und eine für das abhängige Kind gute Umsetzung ist wichtig für eine Normalisierung und eine weitere gesunde Entwicklung.

Ziel ist dabei nicht zuerst ein Interessenausgleich zwischen den Eltern, sondern die Betreuung des Kindes im Interesse des Kindes selbst. Wünsche und Interessen der Eltern haben gegenüber dem Kindeswohl in den Hintergrund zu treten. Oberste Richtschnur einer Betreuungsregelung ist das Kindeswohl im Einzelfall, sei es im Rahmen einer alleinigen Obhut oder Formen der alternierenden Obhut.

Haben beide Elternteil bereits vor der Trennung das Kind massgeblich betreut, spricht dies für eine Form der alternierenden Betreuung, nicht aber zwingend für eine Betreuung zu gleichen Teilen. Eine Betreuung zu gleichen Teilen würde in der Praxis bedeuten, dass die Eltern gezwungen wären, am gleichen Ort oder mindestens in angemessener Distanz zu leben, damit das Kind ohne Mehraufwand die Schule besuchen und einen Freundeskreis erhalten und pflegen kann.

Von den Eltern gemeinsam ausgearbeitete Betreuungsregelungen dienen in der Regel dem Kindeswohl am besten. Die alternierende Betreuung erfordert die Erziehungsarbeit und Übernahme von Verantwortung beider Elternteile. Eine ausreichende Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft ist hierfür zwingend, da ein höheres Mass an Absprachen und gegenseitiger Information notwendig ist, um den Alltag der getrennten Familie zu organisieren. Die Eltern müssen in der Lage sein, auch nach der Trennung und trotz möglicher Konflikte ihre Rolle auszuüben, sich gegenseitig zu unterstützen und so die notwendige Stabilität für das Kind sicherzustellen.

3. Ist-Zustand, Varianten und Kommentar

Ist-Zustand: Die heutige Regelung in Art. 298b Abs. 3ter ZGB (KESB) und Art. 298 Abs. 2ter ZGB (Gericht), eine adäquate Regelung der Betreuung im Streitfall zu verfügen und dabei alle Varianten der Betreuung (alternierende Obhut zu gleichen Teilen oder zu

FSP SKJP

angepassten Teilen, alleinige Obhut) zu evaluieren, ist aus unserer Sicht ausreichend und zielführend. Es besteht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Variante 1: Die Ergänzungen im Gesetzestext entsprechen der geltenden Systematik und Auslegung.

Variante 2: Für das Kind ist es grundsätzlich nicht immer die beste Lösung, wenn es zu gleichen Teilen betreut wird, es kommt auf die individuelle Situation an.

Wir sind seitens der SKJP über die beiden Varianten hinaus dezidiert der Ansicht, dass der Fokus vermehrt auf Methoden zur Lösung von Elternkonflikten liegen müsste, um Betreuungsregelungen auch im Streitfall mit entsprechenden Verpflichtungen zu erzielen. Vorgelagerte Vermittlungs-, Schlichtungs- und Beratungsinstanzen sind ergiebiger und für das Kind wirksamer als eine gesetzliche Vorschrift zur Aufteilung der Obhut. Eltern müssen mit Streitdeeskalations- und Beratungs-Angeboten unterstützt, in die Verantwortung genommen und befähigt werden, ihre Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen.

4. Fazit

a. Aus Sicht der SKJP besteht kein Revisionsbedarf. Die heutige gesetzliche Regelung umfasst die relevanten Aspekte.

b. Falls der Gesetzgeber etwas ändern möchte, geben wir der Variante 1 den Vorzug.

c. Die Variante 2 wird aus unserer Sicht abgelehnt.

Wir danken für Ihr Interesse und die wohlwollende Aufnahme unserer Stellungnahme bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Bei Rückfragen stehe ich als Präsident gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SKJP

Matthias Obrist, Präsident

FRAUENHAUS
STIFTUNG FRAUENHAUS
BEIDER BASEL

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Bern, 15. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort vom Frauenhaus beider Basel

Stellungnahme Vernehmlassung RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Maitre
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage.

Das Frauenhaus beider Basel ist eine Schutzunterknft für Frauen und ihre Kinder, welche von Häuslicher Gewalt betroffen sind. Ihr Auftrag ist Schutz, Unterkunft und fachliche Beratung. Mit ihrer jahrelangen Erfahrung zum Thema häusliche Gewalt ist sie auch Ansprechpartnerin für Politik, Medien und weitere Interessengruppen.

Die Vernehmlassungsantwort stützt sich auf das Fachwissen und die langjährige Erfahrung der des Frauenhauses beider Basel und der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, die mit der Koordination der Frauenhäuser und der Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu häuslicher Gewalt einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leistet.

Ausgangslage
Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Eltern an der Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion:

Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

Prämisse und Grundhaltung
Das Kindeswohl ist ein zentrales Leitprinzip unseres Rechtssystems. Das Kindeswohl zu schützen ist idealerweise Aufgabe der Eltern und ihrer Bezugspersonen. Wenn Zweifel daran bestehen, dass diese das Kindeswohl gebührend und umfassend gewährleisten, obliegt es den involvierten Fachpersonen sowie der Kindesschutzbehörde und den Gerichten,

Strukturen zu schaffen, das Kindeswohl zu schützen - mit geeigneten Massnahmen und Entscheiden.

Ein gleichberechtigtes Elternsein ist selbstverständlich erstrebens- und wünschenswert. Ein gleichgestelltes Familienmodell in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Care- und die Erwerbsarbeit sind Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Gleichberechtigte Elternschaftsmodelle sind in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu fördern, indem die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen und erhalten werden. Das dient dem Kindeswohl, dem Elternwohl und der Gesellschaft.

Aus unserer Perspektive
Das Frauenhaus beider Basel schaut mit Besorgnis auf den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Im Arbeitsalltag der Frauenhäuser liegt der Fokus auf nicht (mehr) tragfähigen, konfliktbehafteten Elternbeziehungen liegt. Etwa die Hälfte der Frauenhausbewohnenden sind Kinder. Sie kommen zu diesem Zeitpunkt nicht aus Elternhäusern, die das Wohl des Kindes als oberstes Leitprinzip ihres Handelns nicht mehr in den Mittelpunkt stellen können. Auch die fürsorglichsten Eltern können im Zuge der Beziehungskonflikte das Kindeswohl aus den Augen verlieren. Das Erleben der Kinder von Häuslicher Gewalt oder Partnerschaftsgewalt zwischen den Eltern wird heute mit gutem Grund als eine spezifische Form der Kindswohlgefährdung definiert.

Die Kinder im Frauenhaus erzählen lange und schmerzhafte Geschichten von entfremdeten und mit den eigenen Interessen und Leiden beschäftigten Eltern. Von Streit und massiven Konflikten in den eigenen vier Wänden, die für die Kinder eine grosse Verunsicherung und Belastung darstellen. Wir sehen unzählige Kinder, die zum Spielball ihrer Eltern werden. Kinder, deren Eltern sich nicht mehr gemeinsam für ihr Wohlergehen einsetzen können.

Im Kontext von Häuslicher Gewalt weisen wir auf den «Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt» von Paula Krüger und Beat Reichlin, herausgegeben 2021 von der Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und-direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

Fazit
Eine gesetzlich verankerte alternierende Obhut, insbesondere in konfliktbehafteten und/oder von häuslicher Gewalt gezeichneten Trennungs- und Scheidungsverfahren gefährdet aus unserer Sicht ernsthaft das Wohlergehen der involvierten Kinder, weshalb **Variante 2 entschieden abzulehnen** ist.

Mit dem geltenden Recht haben die Gerichte bereits heute die Möglichkeit, den Antrag eines Elternteils auf alternierende Obhut zu prüfen.
Leider ist unsere Erfahrung, dass die zentralen Personen für diese Entscheidung, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, sehr oft nicht angehört werden. Sie werden unseres Erachtens von den Behörden nach wie vor nicht genügend einbezogen und leider nur selten angehört, obwohl das spätestens ab einem Alter von sechs Jahr möglich wäre (vgl. Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).
Die Einsetzung von Kindesvertretungen und/oder Kindesschutzabklärungen sowie der Beizug von Gutachten von Fachpersonen zur gründlichen Einschätzung der familiären Situation werden ebenfalls nicht ausreichend angewendet, obwohl diese Möglichkeit bestünde.
Deshalb erachten wir die **Variante 1** als keine Verbesserung der aktuellen Situation und in diesem Sinne als **unnötige und überflüssige Gesetzesrevision**.

Aus all diesen Überlegungen erachten wir beide vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als unnötig und wir befürchten, dass eine Umsetzung von beiden Varianten strukturelle, familiäre Lebenssituationen schaffen könnten, die dem Wohl der Kinder schaden und viele Eltern überfordern würden.

Unsere Empfehlungen

Das gelingende Ausüben der gemeinsamen elterlichen Sorge stellt die Eltern und Kinder selbst ohne alternierende Obhut vor grosse Herausforderungen. Es erfordert von beiden Elternteilen ein hohes Mass an Selbstreflexion und es ist nur dann kindeswohlorientiert, wenn die Eltern zur uneingeschränkten Kooperation fähig und bereit sind. Das ist während und nach einer Trennung, die auch für die betroffenen Eltern eine schwierige und schmerzhafte Zeit sein kann, sehr oft nicht der Fall. Auch wenn die Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen, so ist es in diesen destabilisierenden Umbruchsphase sehr schwierig, die Elternbeziehung von der Paarbeziehung zu trennen. Wenn die Eltern nicht mehr «am selben Strick» ziehen, sind Loyalitätskonflikte und immense Belastungen für die Kinder vorprogrammiert. Die Trennung der Eltern, die Auflösung des Familiensystems, u.U. ein Wohnungswechsel, all die Veränderungen machen Kinder und Eltern fragil.

Aus unserer Sicht wäre es zielführender, wenn seitens Gerichte stattdessen häufiger von der Kompetenz der Weisungs- und Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht würde (Art. 307 ZGB). Diese sehen nämlich schon heute vor, dass Eltern angewiesen werden können, Kurse und Programme wie Erziehungsberatung, Konfliktmediationen, Elternkurse etc. zu besuchen. Denn diese unterstützen und stärken die Eltern, damit sie eine gemeinsame, kindeswohlorientierte Elternschaft auch nach der Trennung führen zu können.
(Bei Häuslicher Gewalt empfehlen wir, grundsätzlich eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten.)

Stattdessen empfehlen wir, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen konsequent und sorgfältig anzuwenden. Ganz besonders empfehlen wir den Behörden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihre Entscheide fallbezogen und situativ zu treffen. (Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Frauenhaus beider Basel

STIFTUNG
FRAUENHAUS
ZÜRICH

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern
per E-Mail: zz@bj.admin.ch

Zürich, 14. Oktober 2025

Vernehmlassungsantwort der Stiftung Frauenhaus Zürich zu RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut)

Sehr geehrter Herr Nationalrat Maitre
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen
Sehr geehrte Damen bis Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorliegenden Vernehmlassungsvorlage.

Hiermit bringen wir unsere Perspektive und unsere langjährige Erfahrung in der stationären Krisenintervention mit gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern während und nach der Trennungsphase in das Vernehmlassungsverfahren ein.

Ausgangslage

Der Vorentwurf will eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Eltern an der Betreuung ihres Kindes bzw. ihrer Kinder fördern, wenn die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam ausüben und es ihnen nicht gelingt, sich auf ein Betreuungsmodell zu einigen. Dazu stellt die Kommission zwei Varianten der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Diskussion:

Gemäss Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts, wonach die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht, wird ebenfalls ausdrücklich gesetzlich verankert.

Gemäss Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen zu prüfen, und zwar unabhängig von einem entsprechenden Antrag, sofern bei gemeinsamer elterlicher Sorge in diesem Punkt Uneinigkeit zwischen den Eltern herrscht. Davon ist allerdings abzuweichen, wenn dies dem Kindeswohl am besten entspricht.

QUELLENSTRASSE 25 • CH-8005 ZÜRICH • T +41 44 440 37 69 • F +41 44 440 37 29 • STIFTUNG@FRAUENHAUS-ZHV.CH
WWW.FRAUENHAUS-ZHV.CH • PC: 80-36000-5 • IBAN CH67 0900 0000 8003 6000 5

STIFTUNG
FRAUENHAUS
ZÜRICH

Prämisse und Grundhaltung

Das Kindeswohl ist ein zentrales Leitprinzip unseres Rechtssystems. Das Kindeswohl zu schützen ist idealerweise Aufgabe der Eltern und ihrer Bezugspersonen. Wenn Zweifel daran bestehen, dass diese das Kindeswohl gebührend und umfassend gewährleisten, obliegt es den involvierten Fachpersonen sowie der Kindesschutzbehörde und den Gerichten, Strukturen zu schaffen, das Kindeswohl zu schützen - mit geeigneten Massnahmen und Entscheiden.

Ein gleichberechtigtes Elternsein ist selbstverständlich erstrebens- und wünschenswert. Ein gleichgestelltes Familienmodell in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Care- und die Erwerbsarbeit sind u.E. Grundlagen einer gerechten Gesellschaft. Gleichberechtigte Elternschaftsmodelle sind in jeder Hinsicht zu ermöglichen und zu fördern, indem die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen und erhalten werden. Das dient dem Kindeswohl, dem Elternwohl und der Gesellschaft.

Aus unserer Perspektive

Die Stiftung Frauenhaus Zürich, die seit 45 Jahren das Frauenhaus in Zürich betreibt, und seither gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz, Unterkunft und Beratung gewährt, schaut mit Besorgnis auf den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Es ist offensichtlich, dass in unserem, spezifischen Arbeitsalltag der Fokus auf nicht (mehr) tragfähigen, konfliktbehafteten Elternbeziehungen liegt. Die rund hundert Kinder, die pro Jahr mit ihren gewaltbetroffenen Müttern Zuflucht im Frauenhaus erhalten kommen zu diesem Zeitpunkt nicht aus Elternhäusern, die das Wohl des Kindes als oberstes Leitprinzip ihres Handelns nicht mehr in den Mittelpunkt stellen können. Auch die fürsorglichsten Eltern können im Zuge der Beziehungskonflikte das Kindeswohl aus den Augen verlieren. Das Miterleben von Häuslicher Gewalt/ Partnerschaftsgewalt wird heute mit gutem Grund als eine spezifische Form der Kindswohlgefährdung definiert.

Die Kinder im Frauenhaus erzählen lange und schmerzhafte Geschichten von entfremdeten und mit den eigenen Interessen und Leiden beschäftigten Eltern. Von Streit und massiven Konflikten in den eigenen vier Wänden, die für die Kinder eine grosse Verunsicherung und Belastung darstellen. Wir sehen unzählige Kinder, die zum Spielball ihrer Eltern werden. Kinder, deren Eltern sich nicht mehr gemeinsam für ihr Wohlergehen einsetzen können.

Im Kontext von Häuslicher Gewalt möchten wir auf den «Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt» (Paula Krüger und Beat Reichlin, 2021) hinweisen. Hrsg. Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK).

QUELLENSTRASSE 25 • CH-8005 ZÜRICH • T +41 44 440 37 69 • F +41 44 440 37 29 • STIFTUNG@FRAUENHAUS-ZHV.CH
WWW.FRAUENHAUS-ZHV.CH • PC: 80-36000-5 • IBAN CH67 0900 0000 8003 6000 5

Fazit

Eine gesetzlich verankerte alternierende Obhut, insbesondere in konfliktbehafteten und/oder von häuslicher Gewalt gezeichneten Trennungs- und Scheidungsverfahren gefährdet aus unserer Sicht ernsthaft das Wohlergehen der involvierten Kinder, weshalb Variante 2 entschieden abzulehnen ist.

Mit dem geltenden Recht haben die Gerichte bereits heute die Möglichkeit, den Antrag eines Elternteils auf alternierende Obhut zu prüfen.
Leider ist unsere Erfahrung, dass die zentralen Personen für diese Entscheidung, nämlich die Kinder und Jugendlichen selbst, sehr oft nicht angehört werden. Sie werden unseres Erachtens von den Behörden nach wie vor nicht genügend einbezogen und leider nur selten angehört, obwohl das spätestens ab einem Alter von sechs Jahr möglich wäre (vgl. Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

Die Einsetzung von Kindesvertretungen und/oder Kindesschutzabklärungen sowie der Beizug von Gutachten von Fachpersonen zur gründlichen Einschätzung der familiären Situation werden ebenfalls nicht ausreichend angewendet, obwohl diese Möglichkeit bestünde.

Deshalb erachten wir die Variante 1 als keine Verbesserung der aktuellen Situation und in diesem Sinne als unnötige und überflüssige Gesetzesrevision.

Unsere Empfehlungen

Das gelingende Ausüben der gemeinsamen elterlichen Sorge stellt die Eltern und Kinder selbst ohne alternierende Obhut vor grosse Herausforderungen. Es erfordert von beiden Elternteilen ein hohes Mass an Selbstreflexion und es ist nur dann kindeswohlorientiert, wenn die Eltern zur uneingeschränkten Kooperation fähig und bereit sind. Das ist während und nach einer Trennung, die auch für die betroffenen Eltern eine schwierige und schmerzhafte Zeit sein kann, sehr oft nicht der Fall. Auch wenn die Eltern das Beste für ihre Kinder wünschen, so ist es in diesen destabilisierenden Umbruchsphase sehr schwierig, die Paarbeziehung von der Paarbeziehung zu trennen. Wenn die Eltern nicht mehr «am selben Strick» ziehen, sind Loyalitätskonflikte und immense Belastungen für die Kinder vorprogrammiert. Die Trennung der Eltern, die Auflösung des Familiensystems, u.U. ein Wohnungswechsel, all die Veränderungen machen Kinder und Eltern fragil.

Aus unserer Sicht wäre es zielführender, wenn seitens Gerichte stattdessen häufiger von der Kompetenz der Weisungs- und Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht würde **(Art. 307 ZGB)**. Diese sehen nämlich schon heute vor, dass Eltern angewiesen werden können, Kurse und Programme wie Erziehungsberatung, Konfliktmediationen, Elternkurse etc. zu besuchen. Denn diese unterstützen und stärken die Eltern, damit sie eine gemeinsame, kindeswohlorientierte Elternschaft auch nach der Trennung führen zu können.
(Bei Häuslicher Gewalt empfehlen wir, grundsätzlich eine Erziehungsbeistandschaft zu errichten).

Stattdessen empfehlen wir, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen konsequent und sorgfältig anzuwenden. Ganz besonders empfehlen wir den Behörden, die betroffenen Kinder und Jugendlichen anzuhören und ihre Entscheide fallbezogen und situativ zu treffen. (Art. 314a Abs. 1 ZGB, Art. 298 ZPO).

STIFTUNG
FRAUENHAUS
ZÜRICH

Aus all diesen Überlegungen betrachten wir beide vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als unnötig und befürchten, dass eine Umsetzung von beiden Varianten strukturelle, familiäre Lebenssituationen schaffen könnten, die dem Wohl der Kinder schaden und viele Eltern überfordern würden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Anja Derungs
Geschäftsführerin Stiftung Frauenhaus Zürich

Frauenhaus Zürich Violetta
Fachbereich Kind

QUELLENSTRASSE 25 • CH-8005 ZÜRICH • T +41 44 440 37 69 • F +41 44 440 37 29 • STIFTUNG@FRAUENHAUS-ZHV.CH
WWW.FRAUENHAUS-ZHV.CH • PC: 80-36000-5 • IBAN CH67 0900 0000 8003 6000 5

Schweizerischer Verband für alleinerziehende Mütter und Väter

Stellungnahme des Schweizerischen Verbands für alleinerziehende Mütter und Väter (SVAMV) im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative 21.449 « Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern »

Bern, 26. September 2025

Der Schweizerische Verband für alleinerziehende Mütter und Väter (SVAMV) bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, zum Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) Stellung zu nehmen.

Der SVAMV setzt sich seit 1984 für STARKES, SELBSTBEWUSSTES Alleinerziehen ein.

Unsere Mission ist es, Alleinerziehenden eine Stimme in Gesellschaft und Politik zu geben, Wissen und Beratungen anzubieten, konkrete Hilfe für den Alltag zu geben, die Mitgliederorganisationen zu vernetzen und Netzwerke zu schaffen und zu nutzen.

Bei alldem steht das Kindswohl im Zentrum.

I. Grundsätzliches

Die vorgeschlagenen Änderungen des ZGB verfolgen das Ziel, dass sich nach einer Trennung beide Elternteile möglichst gleichmässig an der Betreuung des Kindes beteiligen, bei der Voraussetzung, dass das Sorgerecht geteilt und keine Einigung zustande gekommen ist. Die Änderungen bezwecken, die Rolle der Väter als Betreuungsperson der Kinder nach einer Trennung zu stärken.

Die gesetzlichen Bestimmungen im Zivilgesetzbuch, die geändert werden sollen, sind seit 1. Januar 2017 in Kraft. Gemäss geltendem Recht ist das Gericht oder die Kindesschutzbehörde bei gemeinsamer elterlicher Sorge verpflichtet, im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut zu prüfen, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter, Art. 298b Abs. 3ter ZGB). Fraglich ist, ob nach so kurzer Zeit überhaupt Reformbedarf besteht. Es mag sein, dass die gesetzlichen Bestimmungen zur alternierenden Obhut noch nicht die erwünschte Wirkung erzielen. Der politische Druck, ein egalitäres Betreuungsmodell bei Trennung und Scheidung zur Regel zu machen, verkennt aber die Komplexität der alternierenden Obhut. Der SVAMV begrüsst es deshalb, dass die Vorlage keinen Automatismus einführen will und ein paritätisches Betreuungsverhältnis nicht zum zwingenden Modell werden soll.

Solange die geschlechtsspezifischen Normen gesellschaftlich noch immer tief verankert sind und geeignete Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit fehlen, wird eine weitere Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zur elterlichen Obhut kaum etwas bewirken.

Die Gesellschaft verändert sich, die Lebensentwürfe werden vielfältiger. Es entspricht der liberalen Konzeption des Familienrechts, dass es dem freien Entscheid der Eltern obliegt, wie sie ihr Familienleben gestalten und die Aufgaben unter sich aufteilen. Die Bedürfnisse der Familien sind sehr unterschiedlich. Diesen unterschiedlichen Bedürfnissen muss bei der Regelung der Obhut Rechnung getragen werden. Die alternierende Obhut kann aus gleichstellungspolitischer Sicht als Ideallösung beurteilt werden, im Alltag ist sie es für die betroffenen Eltern und die Kinder in vielen Fällen jedoch nicht. Die Erfolgschancen der alternierenden Obhut hängen nämlich von einer Reihe von psychosozialen und materiellen Faktoren ab. Es gilt deshalb, die individuelle Situation mit all ihren Besonderheiten zu berücksichtigen und von Fall zu Fall Lösungen zu

finden. Die Suche nach individuellen Lösungen ist der Anordnung der alternierenden Obhut als Regelfall vorzuziehen. Dabei soll immer das Wohl des Kindes an erster Stelle stehen.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es zu begrüssen, dass die Rolle der Väter grösseres Gewicht in der Familie erhält und Väter die Kinder vermehrt betreuen. Die Aufgabenteilung vor der Trennung spurt vieles vor. Soll die alternierende Obhut gefördert werden, ist es deshalb zwingend notwendig, nicht erst bei der Trennung oder Scheidung anzusetzen. Es sind Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen, damit Paare Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen und Väter sich vermehrt in die Familienarbeit einbringen können. Zu nennen sind etwa ein genügendes und qualitativ gutes Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen, die Durchsetzung der Lohngleichheit, die Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe und flexible Arbeitsmodelle. Haben Paare vor der Trennung die Betreuung der Kinder geteilt und eine funktionierende gemeinsame Elternschaft gelebt, tun sie dies in der Regel auch nach der Trennung. Die alternierende Obhut bedeutet für sie die Fortführung des Familienalltags.

Anders ist die Situation bei Paaren, die vor der Trennung ein traditionelles Rollenmodell gewählt haben. Für sie bedeutet die alternierende Obhut eine radikale Umstellung, was zu Spannungen und Unsicherheiten führt.

Trennung und Scheidung bergen Armutsrisiken, die umso höher sind bei traditionellen Ehegemeinschaften, als bei Paaren, welche die Erwerbs- und Betreuungs- und Hausarbeit gleichmässig aufteilen[1]. Die egalitäre Betreuung nach einer Trennung oder Scheidung kann somit auch an der Realität scheitern, weil einfach nicht genügend Einkommen verfügbar ist oder keine entsprechenden Wohnungen gefunden werden.

Fragwürdig ist auch, weshalb nur bei Kindern, deren Eltern getrennt oder geschieden sind, darauf hingewirkt werden soll, dass sie von beiden Elternteilen gleichmässig betreut werden. Bei Kindern mit Eltern in ungetrennter Ehe oder Partnerschaft besteht kein rechtlich durchsetzbarer Anspruch, von beiden Elternteilen erzogen und betreut zu werden. Ausser es handelt sich um eine Einelternschaft seit Geburt oder durch den Todesfall eines Elternteils. Diese Ungleichbehandlung der Kinder ist nicht nachvollziehbar.

Als Fazit ist festzuhalten, dass der SVAMV die Förderung der alternierenden Obhut im Grundsatz begrüsst. Um eine gleichmässigere Betreuung durch beide Elternteile nach einer Trennung oder Scheidung zu erreichen, braucht es jedoch nicht eine Gesetzesreform, sondern eine Beseitigung von strukturellen und institutionellen Hindernissen, die eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Beruf und familiärer Care-Arbeit festigen.

II. Zu den Varianten

Nach Einschätzung des SVAMV besteht - wie oben dargelegt - kein gesetzlicher Handlungsbedarf. Muss zwischen den beiden vorgeschlagenen Varianten gewählt werden, sprechen wir uns für Variante 1 aus.

Variante 1

Bei dieser Variante soll der alternierenden Obhut der Vorzug gegeben werden, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht. Damit soll strittigen Eltern signalisiert werden, dass eine gemeinsame Beteiligung an der Betreuung des Kindes dem Kindeswohl am besten entspricht. Wie vorne ausgeführt, ist die alternierende Obhut nicht per se in sämtlichen familiären und sozialen Situationen das ideale Betreuungsmodell für ein Kind nach der Trennung oder Scheidung seiner Eltern. Aus Sicht des SVAMV

[1] Fluder, R. & Kessler, D. (2025). Die Kosten traditioneller Ehemodelle: Einkommensverluste, Armut und soziale Absicherung nach der Scheidung. *Social Change in Switzerland, N°41. doi: 10.22019/SC-2025-00004*

soll in Berücksichtigung der Umstände des konkreten Falls jene Lösung getroffen werden, die für das Kind am besten ist. Das kann, muss aber nicht die alternierende Obhut sein. Für die Beibehaltung einer funktionierenden gemeinsamen Elternschaft nach Auflösung einer Paarbeziehung braucht es nicht zwingend eine alternierende Obhut.

Der SVAMV gibt der Variante 1 klar den Vorzug gegenüber der Variante 2. Die Variante 1 liegt nahe beim geltenden Recht. Im Unterschied zum geltenden Recht müssten Gerichte und Behörden auf Antrag die Möglichkeiten einer alternierenden Obhut neu nicht nur prüfen, sondern ihr den Vorzug geben, wenn sie dem Wohl des Kindes am besten entspricht.

Im Gesetz soll zudem zukünftig explizit festgehalten werden, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegensteht. Diese Ergänzung knüpft an die bundesgerichtliche Rechtsprechung an. Die gesetzliche Kodifizierung ist zu begrüssen, sie schafft Rechtssicherheit und Klarheit. Es darf nicht sein, dass ein Elternteil es in der Hand hat, durch seine blosse Weigerung eine geteilte Betreuung einseitig zu verhindern. Der Wille eines Elternteils darf für sich allein kein Hinderungsgrund für die alternierende Obhut sein, wenn diese im Interesse und zum Wohl des Kindes ist.

Variante 2

Gemäss der Variante 2 muss in jedem einzelnen Fall von Amtes wegen die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern zu gleichen Teilen an der Betreuung des Kindes geprüft werden. Eine solche Regelung erweist sich als zu starr. Zudem führt die zwingende Prüfung der gleichmässigen Betreuung in jedem einzelnen Fall - unabhängig davon, ob ein Antrag vorliegt oder nicht - bei Gerichten und Behörden zu Mehraufwand. Die familienrechtlichen Verfahren sind in den letzten Jahren bedeutend komplexer und aufwändiger geworden statt einfacher, effizienter, rascher und flexibler, wie es von der Praxis gefordert wird. Deshalb wäre diese Variante nur mit einem Ausbau der entsprechenden personellen Ressourcen umzusetzen.

Selbst in jenen Fällen, in welchen heute Eltern die Obhut gemeinsam ausüben, ist eine 50:50-Betreuung sehr selten anzutreffen. Meist ist das Betreuungsverhältnis asymmetrisch: ein Elternteil - in der Regel die Mutter - betreut das Kind hauptsächlich, während der andere Elternteil - in der Regel der Vater - einen substanziellen, aber nicht gleichwertigen Anteil an der Betreuung übernimmt. Egalitäre Betreuungsmodelle werden vor allem von Väterorganisationen gefordert. Dabei wird ausgeblendet, dass es bei der Obhut nicht in erster Linie um die Gleichstellung von Vater und Mutter geht, sondern um die Interessen und Bedürfnisse der Kinder. Manch ein Elternteil verknüpft mit einer egalitären Betreuung die Erwartung, dass die Kinderkosten ebenfalls hälftig geteilt werden. Da aber die finanziellen Ressourcen von Müttern und Vätern aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Lebensverläufe und unterschiedlichen Integration auf dem Arbeitsmarkt bei weitem nicht gleich sind, kann und darf eine Betreuung zu gleichen Teilen nicht zu einer Finanzierung der Kinder zu gleichen Teilen führen.

III. Weitere Bemerkungen

Die Begrifflichkeiten des Gesetzes zur Obhut sind heute unbefriedigend. Für viele Eltern ist nicht klar, was unter Obhut zu verstehen ist. Die Unterscheidung zwischen alleiniger und alternierender Obhut verschärft Konflikte. Der SVAMV hält hier gesetzliche Anpassungen für notwendig.

Nach wie vor gibt es keine gesetzliche Definition der alternierenden Obhut. Ab welchem Betreuungsanteil alternierende Obhut vorliegt, ist nicht abschliessend geklärt. Die Rechtsprechung geht häufig

von einem Betreuungsanteil von mindestens ca. 30 Prozent aus, sofern die Betreuung sich auch auf den Alltag und nicht nur die Freizeit des Kindes bezieht. Eine gesetzliche Klärung würde Rechtssicherheit schaffen. Der Kippschalter-Effekt beim Übergang zwischen alleiniger und alternierender Obhut erweist sich in der Praxis als nicht hilfreich.

Dass die alternierende Obhut sich bislang nicht stärker verbreitet hat, mag auch damit zu tun haben, dass die bundesgerichtliche Rechtsprechung zur Unterhaltsberechnung eine Komplexität angenommen hat, die an Grenzen stösst. Bei alternierender Obhut sind die Herausforderungen noch grösser, was eine abschreckende Wirkung haben kann. Es ist unerlässlich, Unterhaltsberechnungen wieder auf eine Ebene zu bringen, die für Gerichte, Behörden und Anwaltschaft handhabbar und für die Prozessparteien nachvollziehbar sind.

Die elterliche Kommunikation ist für eine funktionierende gemeinsame Elternschaft nach einer Trennung oder Scheidung entscheidend. Um die alternierende Obhut zu fördern, sollten vermehrt interdisziplinäre Methoden zur Anwendung kommen wie Mediation, angeordnete Elternberatung, Elterncoaching, Beratungs- und Kursangebote.

Es fällt auf, dass im erläuternden Bericht sowie im Gesetzesentwurf kaum Bezug genommen wird zum mittlerweile gut dokumentierten und dringenden **Handlungsbedarf bei der Regelung von Sorge und Obhut in Fällen von häuslicher Gewalt.**

Bereits 2021 hat die Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt einen Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt publiziert. Verschiedene Berichte, Gutachten und Studien kommen indessen zum Schluss, dass bei der Zuteilung von Sorge und Obhut Vorfälle von häuslicher Gewalt nach wie vor nicht systematisch berücksichtigt werden (vgl. Quellen).

Die Studien und Gutachten machen Empfehlungen auf verschiedenen Ebenen. Büchler und Raveane (2025) empfehlen – notabene als *«weniger weit gehende Variante»* (N129, S. 38) – eine Änderung der ZGB-Artikel, welche in der vorliegenden Gesetzesrevision zur Diskussion stehen. Sie schlagen vor, explizit gesetzlich zu verankern, dass *«die gesetzliche Annahme, wonach regelmässige persönliche Kontakt zu beiden Eltern dem Kindeswohl dienen (Art. 298 Abs. 2bis bzw. Art. 298b Abs. 3bis ZGB), bei häuslicher Gewalt nicht gilt (N 112)»*.

Der SVAMV empfiehlt diese Empfehlung aufzunehmen und eine entsprechende Ergänzung von Art. 298 Abs. 2bis bzw. Art. 298b Abs. 3bis ZGB anzuregen.
Damit soll ein Schritt in die Richtung unternommen werden, dass in Trennungs-, Eheschutz- und Scheidungsverfahren systematisch abgeklärt wird, ob Vorfälle häuslicher Gewalt (inkl. elterlicher Partnerschaftsgewalt) in den Familien bekannt sind, und diese bei der Regelung der Betreuung angemessen berücksichtigt werden, was bis anhin oft nicht der Fall ist.

Für den SVAMV

Maya Bally
Präsidentin, Nationalrätin

Yvonne Feri
Geschäftsführerin, ehem. Nationalrätin

Quellen:

- Schweizerische Konferenz gegen häusliche Gewalt SKHG im Auftrag der Kantonalen Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) (Hrsg.), 2021: Kontakt nach häuslicher Gewalt? Leitfaden zur Prüfung und Gestaltung des persönlichen Verkehrs für Kinder bei Häuslicher Gewalt. https://csvd.ch/app/uploads/2022/01/21_12_20_skhg_leitfaden_d.pdf
- Büchler, Andrea und Raveane Zeno, Eidg. Büro für die Gleichstellung (Hrsg.), 2025: Elterliche Sorge, Obhut, Besuchreicht und häusliche Gewalt. Gutachten. https://backend.ebg.admin.ch/fileservice/sdweb-docs-prod-ebgch-files/files/2025/01/10/a719f51e-01af-4e87-959f-3d6ee3c3a489.pdf
- Krüger, Paula et al., Eidg. Büro für die Gleichstellung (Hrsg.), 2024: Unterstützungsangebote und Schutzmassnahmen für Kinder, die Gewalt in der elterlichen Paarbeziehung ausgesetzt sind
    - Schlussbericht: https://www.ebg.admin.ch/dam/de/sd-web/G6Z0pI3NX566/NAP%2030%20-%20Schlussbericht.pdf
    - Kurzversion: https://www.ebg.admin.ch/dam/de/sd-web/tf5FRXhOS19y/NAP%2030%20-%20Kurzversion.pdf

Herr Vincent Maître
Präsident Kommission für Rechtsfragen
Nationalrat
3003 Bern
zz@bj.admin.ch

Basel / Neuchâtel 13. Oktober 2025

Stellungnahme zur Vernehmlassung:
21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern:

Sehr geehrte Damen und Herren,

SVF-ADF bedankt sich für die Einladung, bei der Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge mitzuwirken.
Grundsätzlich teilt SVF-ADF das Anliegen des Gesetzgebers, ein System zu schaffen, das eine bestmögliche Aufteilung der Betreuung der Kinder eines sich trennenden Paares gewährleistet, wenn die elterliche Sorge gemeinsam ausgeübt wird. An sich wäre es gerecht und logisch, dass beide Elternteile die Verantwortung für die Erziehung, die emotionale und materielle Betreuung der Kinder übernehmen. Dies ist eine der Möglichkeiten, die Rollenverteilung zwischen den Eltern zu ändern. Doch von diesem Ziel sind wir weit entfernt.
SVF-ADF lehnt deshalb den vorliegenden Gesetzesentwurf entschieden ab, denn damit würden die bestehenden Ungerechtigkeiten noch verschärft.

Denn dies entspricht keineswegs der Realität, die Familien im Rahmen einer Trennung erleben:
Oft gibt ein Elternteil, meistens die Mutter ihre Arbeit auf, um sich um die Kinder des Paares zu kümmern, während der andere Elternteil, meistens der Vater, in Vollzeit mit besseren Jobchancen oder in einem höheren Prozentsatz arbeitet. Damit erbringt er den massgeblichen materiellen Teil zum Leben der Familie. Ein Elternteil, der Vater, übernimmt die Rolle des sogenannten Ernährers, und der andere Elternteil, meistens die Mutter, übernimmt die ebenso massgeblich wichtige Betreuungsarbeit.
Es handelt sich um zwei Formen der Arbeit, von denen die eine bezahlt wird, die andere nicht.

Wenn sich die Eltern nicht mehr einig sind, wird die Aufteilung der Rollen zwischen den Eltern problematisch, und die Art der Beziehung zwischen den Eltern beeinflusst die Lösungen, die sie selbst und das Gesetz finden können.
Meistens hat die Mutter nicht die gleichen finanziellen Möglichkeiten wie der Vater, da der grösste Teil ihrer Arbeit nicht bezahlt wird. Sie befindet sich in einer Abhängigkeitssituation, aus der sie nur herauskommen kann, wenn der Vater diese Situation anerkennt. Das funktioniert nur, wenn das gemeinsame Sorgerecht diesen Parameter berücksichtigt. Und wie können wir sicherstellen, dass dies der Fall ist?
Wenn sich der Vater jedoch zu gleichen Teilen um seine Kinder kümmert, muss er nicht mehr den finanziellen Anteil für die Arbeit seiner Ex-Frau übernehmen. Was logisch erscheint, ist es in Wirklichkeit nicht: Da die Mutter nicht in der Lage ist, das gleiche finanzielle Niveau für die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten wie ihr Ex-Partner, kommt es zu Spannungen. Wenig anerkannt wird die Tatsache, dass die weniger reiche Person, in den meisten Fällen die Mutter, ein ebenso guter Elternteil ist wie die andere

SVF-ADF Schweizerischer Verband für Frauenrechte
Postfach 4001 Basel
Tel. 079 647 34 46 / 079 455 56 79 Mail: adf_svf_secret@bluewin.ch
PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1
www.feminism.ch

Person, in der Regel der Vater. Kinder können dies erst ab einem bestimmten Alter verstehen. Während dieser Zeit ist die Mutter benachteiligt, weil sie gegen etwas ankämpft, das für sie unmöglich zu lösen ist. Dies ist eine grosse eine Quelle der Angst für die Mutter.
Sicherlich kann sich die Situation der Mutter nach einer Weile verbessern, aber das braucht Zeit. Falls bei ihrem Beruf Karrierechancen bestehen, hat sie dies jahrelang verpasst. Dies gilt jedoch nicht für jene Frauen, welche eine Ausbildung aufgegeben oder unterbrochen haben, um sich um ihre Familie zu kümmern.

Hinzu kommen bereits bestehende innerfamiliäre Situationen, zum Beispiel Gewalt.
Mit Leichtigkeit kann der Mann vermehrt Einfluss auf seine Frau und später auf seine zukünftige Ex-Frau ausüben. Wie soll sie ihre Rechte geltend machen, wenn sie nie gemeldet hat, was sie in der Familie erlebt? Psychische Gewalt wird nicht offiziell anerkannt. Folglich ist es für die Frau zwecklos, dies zu melden, denn ohne Rechtsgrundlage kann dies nicht berücksichtigt werden.
Wenn es sich um anerkannte körperliche Gewalt handelt, wissen wir, wie kompliziert es für eine Frau ist, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Sie muss sich rechtlich gesehen gegen ihren gewalttätigen Ehemann wehren. Selbst wenn sie dieses Risiko eingeht, steht Aussage gegen Aussage, und die weiterführenden Massnahmen sind trotz echter Fortschritte noch nicht ausreichend. Ein Beweis dafür ist die besorgnis-erregende Zahl von Frauenmorden in unserem Land (wie überall sonst auch)!
Dies ist einer der Gründe, warum sich nur wenige Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind, auf dieses Abenteuer einlassen. Zu den weiteren Gründen gehören die Versprechen und Beteuerungen des gewalttätigen Mannes, wobei seine Frau ihm Glauben schenkt, da sie ihn liebt.
Damit kann der Mann seine Frau manipulieren und kontrollieren, Faktoren, die bei einer Scheidung nicht sichtbar sind.

Die von Ihnen vorgeschlagene Gesetzesänderung lässt eindeutig keinen Spielraum für differenzierte Entscheidungen des Gerichts, beruhend auf Grundsätzen, die wir für gut halten. Ganz im Gegenteil, es gibt für sehr viele Frauen neue Fallen, ob sie selbst sich von ihrem Ehemann scheiden lassen wollen, oder der Ehemann die Scheidung einreicht, aus welchem Grund auch immer.
Schon bei der Einführung des Gesetzes zur gemeinsamen elterlichen Sorge hatten wir unsere berechtigten Zweifel bei einer Trennung oder Scheidung. Mit diesem Gesetzesentwurf werden die negativen Auswirkungen sogar noch verschärft.
Derzeit werden die Anerkennung der unbezahlten Arbeit von Frauen, die anhaltenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, der unzureichende Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und die finanzielle Benachteiligung von Frauen, die einen Grossteil ihrer Zeit ihren Kindern und Familie gewidmet haben, nicht ausreichend berücksichtigt.

Ganz offensichtlich wären die Frauen die grossen Verliererinnen bei der Einführung dieses Gesetzes, sowohl in praktischer als auch in finanzieller und familiärer Hinsicht.

Dies alles ist Grund genug für uns, dass wir diesen Gesetzesentwurf entschieden ablehnen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse

Claudine Stähli-Wolf
Vorstand

Ursula Nakamura-Stoecklin
Vorstand

SVF-ADF Schweizerischer Verband für Frauenrechte
Postfach 4001 Basel
Tel. 079 647 34 46 / 079 455 56 79 Mail: adf_svf_secret@bluewin.ch
PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1
www.feminism.ch

Monsieur Vincent Maître
Président de la Commission des affaires juridiques
Conseil national
3003 Berne
zz@bj.admin.ch

Bâle /Neuchâtel, le 13 octobre 2025

Prise de position sur
21.449 n Iv. pa. Kamerzin. Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe

Mesdames, messieurs,

L'ADF-SVF vous remercie de l'avoir associée à la consultation sur la révision de la Loi sur la garde alternée en cas d'autorité conjointe des parents sur leur enfant.
Sur le principe, l'ADF-SVF partage le souci du législateur de mettre en place un système qui assure la meilleure répartition possible de la prise en charge du ou des enfants d'un couple qui se sépare lorsque l'autorité parentale est conjointe. Il semble en effet logique que les deux parents assument chacun la charge de l'éducation, de l'accompagnement affectif et matériel des enfants. Cela constitue l'une des possibilités de changement dans la répartition des rôles entre les parents. Mais nous sommes encore loin de cet objectif.
L'ADF-SVF rejette catégoriquement le présent projet de loi, car celui-ci ne ferait qu'aggraver les injustices existantes.

En fait cela ne correspond en rien à la réalité vécue par les familles dans le cadre d'une séparation :
Souvent, l'un des parents, généralement la mère, abandonne son travail pour s'occuper des enfants du couple, puis réduit son temps de travail afin de continuer à s'occuper de la famille, tandis que l'autre parent, généralement le père, travaille à temps plein avec de meilleures opportunités professionnelles ou à un pourcentage plus élevé. Il apporte ainsi la contribution matérielle déterminante à la vie de la famille. L'un des parents, le père, assume le rôle de soutien de famille, tandis que l'autre, généralement la mère, se charge des tâches tout aussi importantes liées à la prise en charge des enfants.
Il s'agit là de deux formes de travail, l'une rémunérée, l'autre non.

Au moment où les parents ne s'entendent plus, la répartition des rôles entre les parents va devenir problématique, et le type de relations existant entre les parents va influer sur les solutions qui peuvent être trouvées par eux-mêmes et par la loi.
La plupart du temps, la mère ne jouit pas des mêmes possibilités financières que le père puisque la majeure partie de son travail n'est pas payée. Elle se trouve dans une situation de dépendance dont elle ne peut sortir que si le père reconnait cette situation. Cela ne fonctionne que si la garde alternée inclut ce paramètre. Et comment pouvons-nous garantir que ce sera le cas ?
Or, si le père s'occupe à parts égales de ses enfants, il n'aura plus besoin d'assurer sa part financière pour le travail effectué par son ex-épouse. Ce qui semble logique ne l'est en réalité pas :
Comme la mère ne se trouve pas en situation d'assurer le même niveau financier de prise en charge de leurs enfants que son ex-conjoint, des tensions vont survenir qui auront une implication dans la reconnaissance du fait que la personne la moins riche, la mère dans la plupart des cas, est un aussi bon parent que la personne la plus riche, le père en général. Les enfants ne vont pas pouvoir comprendre cela avant un certain âge.

ADF-SVF Association suisse pour les droits pour des Case postale 4001 Bâle
Tel. 079 647 34 46 / 079 455 56 79 Mail : adf_svf_secret@bluewin.ch
PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1
www.feminism.ch

Durant tout ce temps, la mère sera prétéritée car elle va se battre contre quelque chose d'impossible à résoudre pour elle. C'est une grande source d'angoisses pour la mère.
Certes, au bout d'un moment, la situation de la mère peut s'améliorer, mais cela prendra du temps car elle a perdu des années de carrière, lorsqu'elle exerce un métier où une carrière est possible. Ce n'est pas le cas pour les femmes qui ont renoncé à suivre ou interrompu une formation pour s'occuper de leur famille.

À cela s'ajoutent des situations déjà existantes, telles que la violence intrafamiliale. L'homme pourrait facilement exercer une emprise sur sa femme puis sur sa future ex-femme. Comment va-t-elle faire valoir ses droits, si elle n'a jamais signalé ce qu'elle vit dans la famille ? Les violences psychologiques ne sont pas reconnues officiellement. Par conséquence il ne sert à rien de les signaler, car sans base juridique, cela ne peut être pris en considération.
S'il s'agit de violences physiques qui sont reconnues, nous savons combien il est compliqué pour une femme de faire les démarches nécessaires. Elle va devoir se battre contre son mari violent, juridiquement parlant, et même quand elle prend ce risque, ce sera parole contre parole.
Les mesures prises ne sont pas encore à la hauteur malgré de réels progrès. Nous en voulons pour preuve le nombre inquiétant de féminicides dans notre pays (comme partout ailleurs) !
C'est l'une des raisons qui expliquent pourquoi peu de femmes victimes de violences domestiques se lancent dans l'aventure. Parmi les autres raisons, on trouve bien entendu les engagements et les promesses de l'homme violent et le fait que sa femme veut le croire car elle l'aime. C'est là que se trouvent la manipulation et l'emprise de l'homme sur sa femme, éléments fantômes au moment d'un divorce.

La révision de la loi que vous nous proposez ne permet clairement pas de nuancer les décisions futures des juges, fondées sur des principes dont nous estimons qu'ils sont bons. Au contraire, elle va devenir un piège pour énormément de femmes qui souhaitent divorcer de leur époux ou dont leur époux souhaite divorcer, quelle qu'en soit la raison.
Dès l'introduction de la loi sur l'autorité parentale conjointe en cas de séparation ou de divorce, nous avions des doutes légitimes. Or, ce projet de loi aggrave encore ces effets négatifs !
Actuellement, la reconnaissance du travail non payé des femmes, les inégalités de salaires persistantes entre hommes et femmes, l'insuffisance de protection des femmes contre les violences domestiques, la pénalisation financière des femmes qui ont consacré une part importante de leur temps à leur famille durant l'enfance de leurs enfants ne sont pas suffisamment prise en considération.

Il est évident que les femmes seraient les grandes perdantes si cette loi était adoptée, soit sur le plan pratique, sur le plan financier, sur le plan familial.

Tout cela nous suffit pour rejeter catégoriquement ce projet de loi.

Nous vous remercions de bien vouloir prendre en considération nos préoccupations.
Avec nos meilleures salutations

Association suisse pour les droits des femmes ADF-SVF Suisse

Claudine Stähli-Wolf
Comité

Ursula Nakamura-Stoecklin
Comité

ADF-SVF Association suisse pour les droits pour des Case postale 4001 Bâle
Tel. 079 647 34 46 / 079 455 56 79 Mail : adf_svf_secret@bluewin.ch
PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1
www.feminism.ch

Schweizerischer Verein für Familienmediation
Association Suisse pour la Médiation Familiale
Associazione Svizzera per la Mediazione Familiare
2000 Neuchâtel
www.familienmediation.ch / www.mediation-familiale.ch
info@familienmediation.ch / info@mediation-familiale.ch
T 031 556 30 05

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
Vincent Maitre, Präsident
CH-3003 Bern
zz@bj.admin.ch

Bern/Genf, den 17. September 2025

Stellungnahme des Schweizerischen Vereins für Familienmediation (SVFM)

im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Parlamentarischen Initiative 21.449 n
(Pa. Iv. Kamerzin – *Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern*)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren.

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Parlamentarischen Initiative 21.449 n und nehmen dazu gern wie folgt Stellung.

Der Schweizerische Verein für Familienmediation (SVFM) ist mit über 180 Mitgliedern die grösste und repräsentativste Berufsorganisation von Familienmediator:innen in der Schweiz. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist über den gesamtschweizerischen Mediationsdachverband, die FSM – Federation Suisse Mediation, als ausgebildete und anerkannte Fachpersonen zertifiziert.

Die statutarischen Ziele unseres Vereins umfassen insbesondere:
a) die Förderung der Mediation, speziell der Familienmediation
b) die Qualitätssicherung in der Mediation, speziell der Familienmediation
c) die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Ausbildungsinstitutionen wie Universitäten und Hochschulen, etc.
d) die Auseinandersetzung mit Fragen zur Berufsethik (Art. 3)

Grundsätzliches

1. Der SVFM begrüsst ausdrücklich die Bemühungen der Rechtskommission, die gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der gemeinsamen elterlichen Sorge sowie der Kinderbetreuung nach Trennung oder Scheidung auf gesetzgeberischer Ebene einerseits adäquat abzubilden und andererseits gezielt zu steuern und zu unterstützen.

2. Das vorliegende Vernehmlassungsverfahren steht in engem Zusammenhang mit den aktuellen Bestrebungen des Bundesrates, das Familienprozessrecht grundlegend zu modernisieren. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Bericht des Bundesrates vom 7. Juni 2025 «*Familiengerichtsbarkeit und Familienverfahren: Bestandesaufnahme und Reformvorschläge*» (im Folgenden: „Bericht des Bundesrates“).

3. Aus der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte zum Themenkomplex *Trennung/Scheidung – Elternkonflikte – Auswirkungen auf das Kindeswohl – geeignete Betreuungsmodelle* lassen sich länderübergreifend insbesondere folgende Kernbefunde ableiten:

   - Eine elterliche Trennung oder Scheidung beeinträchtigt das Kindeswohl nicht per se.

- Massgeblich belastend wirken in erster Linie schwere, langanhaltende Elternkonflikte während oder nach der Trennung.
- Erfolgt die Trennung in geregelten, geordneten und vor allem einvernehmlichen Bahnen – was bei der Mehrheit der Familien der Fall ist – sind in der Regel keine bleibenden negativen Auswirkungen auf die Kinder zu erwarten.

Auch der Bericht des Bundesrates verweist auf diese fundamentale Erkenntnis.

4. Der SVFM erachtet es als wichtig, wünschenswert und bedeutsam, dass Kinder nach einer elterlichen Trennung mit beiden Elternteilen sowohl quantitativ als auch qualitativ gehaltvolle Beziehungen pflegen können. Dies entspricht auch Art. 9 Abs. 3 der UNO-Kinderrechtskonvention, wonach Kinder das Recht auf eine bedeutungsvolle Beziehung zu beiden Elternteilen haben, sofern dies nicht dem Kindeswohl widerspricht. Ebenso entspricht dies Art. 8 Abs. 3 der Bundesverfassung, wonach das Gesetz für eine tatsächliche Gleichstellung sorgt und somit für eine egalitäre Verteilung der Familienarbeit.

5. Entscheidend für das Kindeswohl ist, ob die Eltern in der Lage sind – oder durch geeignete Unterstützungsangebote befähigt werden –, nach einer Trennung kooperativ und einvernehmlich zusammenzuarbeiten und es dem Kind ermöglichen, mit ihnen eine regelmässige und bedeutungsvolle Beziehung aufrechtzuerhalten.

6. Weniger ausschlaggebend ist, wie genau die Betreuungszeit zwischen den Eltern aufgeteilt wird. Wesentlicher ist, dass das gewählte Modell von beiden Eltern unterstützt und als selbstbestimmt erlebt wird. Ein von aussen aufgezwungenes Modell kann hingegen als fremdbestimmt empfunden und in der Praxis unter Umständen sabotiert werden – mit entsprechend negativer Auswirkung für das Kind.

7. Daraus folgt – wie auch der Bericht des Bundesrates unterstreicht –, dass dem Kindeswohl am meisten gedient ist, wenn einvernehmliche Lösungen gefunden und bei Bedarf staatlich gefördert werden. Der Bundesrat nennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich Familienmediation sowie verschiedene Formen freiwilliger oder angeordneter Elternberatung als geeignete Massnahmen.

   In diesem Zusammenhang betont der SVFM auch, wie wichtig es ist, die Sichtweise des Kindes in einer seinem Alter und seiner Reife angemessenen Weise zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass sein Wohl wirklich gehört und respektiert wird. Die Familienmediation bietet in dieser Hinsicht spezifische Instrumente, mit denen diese wesentliche Dimension integriert werden kann, ohne das Kind Loyalitätskonflikten auszusetzen.

Zur Frage der alternierenden Obhut und zu den Varianten 1 und 2 des Gesetzesvorschlags

8. In der Praxis der Familienmediation stellen wir fest, dass Eltern im Vergleich zu gerichtlichen Verfahren überdurchschnittlich häufig die alternierende Obhut wählen. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen Eltern bewusst ein Modell mit hauptsächlichem Aufenthalt des Kindes bei einem Elternteil bevorzugen.

9. Die Familienmediation als Methode der einvernehmlichen Konfliktlösung trifft keine Vorgaben dazu, welches Betreuungsmodell besser oder kindgerechter ist. Sie bietet vielmehr den Rahmen, in dem beide Eltern ihre individuellen Lebensumstände und Sichtweisen einbringen, diese miteinander abgleichen und gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln können. In der Folge wählen viele Eltern in Mediationen ausgeglichenere Betreuungsmodelle.

10. Für den SVFM ist daher die **Art des Entscheidungsprozesses** ausschlaggebender als das konkrete Betreuungsmodell selbst.

11. Aus diesem Grund unterstützen wir die Empfehlungen des Bundesrates, einvernehmliche Entscheidungsprozesse zu fördern. Gesetzesänderungen, die die alternierende Obhut als bevorzugtes Modell im Gesetz verankern, lehnen wir hingegen ab.

12. Der SVFM spricht sich klar gegen Variante 1 des Vorschlags aus, die der alternierenden Obhut einen gesetzlichen Vorrang einräumt. Wir verweisen darauf, dass weder die UNO-KRK noch Richtlinien des Europarats dieses Modell bevorzugt nennen und dass Länder, die es rechtlich priorisiert hatten (z. B. Belgien), davon wieder abrücken.

13. Zudem birgt die in Variante 1 vorgesehene Möglichkeit, auf Antrag des Kindes die alternierende Obhut zu prüfen, erhebliche Missbrauchsrisiken. In Trennungssituationen kann die Gefahr bestehen, dass Kinder von Eltern instrumentalisiert werden. Ein solcher Mechanismus könnte dazu führen, dass Kinder in Loyalitätskonflikte geraten. Aus diesem Grund lehnen wir diese Bestimmung ab.

14. Der SVFM bevorzugt Variante 2, die die «Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen» ausdrücklich als Möglichkeit vorsieht, ohne ihr gesetzlichen Vorrang einzuräumen.

15. Dieses Konzept entspricht sowohl unseren Praxiserfahrungen als auch dem aktuellen Forschungsstand und ist aus unserer Sicht am besten mit der vom Bundesrat skizzierten Reformstrategie – insbesondere über Anpassungen im Familienprozessrecht – vereinbar.

Zusammenfassung

16. Aus den genannten Gründen unterstützt der SVFM die **Variante 2** des Gesetzesentwurfs.

    Wir weisen außerdem darauf hin, dass die Mediation nur dann ihre Rolle voll und ganz erfüllen kann, wenn ein effektiver Zugang gewährleistet ist: systematische Information der Eltern, angemessene Finanzierung oder Subventionierung sowie Sensibilisierung und Schulung der Akteure im Justiz- und Sozialbereich. Diese Voraussetzungen sind unerlässlich, damit Familien wirklich von einvernehmlichen und dauerhaften Lösungen profitieren können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen oder eine vertiefte Diskussion gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verein für Familienmediation (SVFM)

Für den Vorstand:

Tania Espinoza Haller und Tanja Lutz, Co-Präsidentinnen

Stephan Auerbach, Geschäftsführer

Schweizerischer Verein für Familienmediation
Association Suisse pour la Médiation Familiale
Associazione Svizzera per la Mediazione Familiare
2000 Neuchâtel
www.familienmediation.ch / www.mediation-familiale.ch
info@familienmediation.ch / info@mediation-familiale.ch
T 031 556 30 05

Conseil national
Commission des affaires juridiques
Vincent Maitre, Président
CH-3003 Berne
zz@bj.admin.ch

Berne/Genève, le 17 septembre 2025

Position de l'Association Suisse de Médiation Familiale (ASMF)

Dans le cadre de la Procédure de Consultation de l'Initiative parlementaire 21.449 n
(Pa. Iv. Kamerzin – *Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe*)

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames et Messieurs,

Nous vous remercions de nous avoir invités à prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'initiative parlementaire 21.449 n et nous exprimons volontiers notre avis comme suit.

Avec plus de 180 membres, l'Association suisse pour la Médiation Familiale (ASMF) est l'organisation professionnelle la plus importante et la plus représentative des médiateurs familiaux en Suisse. La majorité de nos membres sont certifiés en tant que professionnels formés et reconnus par l'association faîtière suisse de médiation, la FSM – FEDERATION SUISSE MEDIATION.

Les objectifs statutaires de notre association comprennent notamment :
a) la promotion de la médiation, en particulier de la médiation familiale
b) l'assurance qualité dans la médiation, en particulier dans la médiation familiale
c) la coopération avec des institutions de formation publiques et privées telles que les universités et les hautes écoles, etc.
d) le traitement des questions relatives à l'éthique professionnelle (art. 3)

Principes fondamentaux

1. L'ASMF salue expressément les efforts déployés par la Commission des affaires juridiques pour, d'une part, refléter de manière adéquate dans la législation l'évolution sociale des dernières décennies en matière d'autorité parentale conjointe et de prise en charge des enfants après une séparation ou un divorce et, d'autre part, l'orienter et la soutenir de manière ciblée

2. La présente procédure de consultation est étroitement liée aux efforts actuels du Conseil fédéral visant à moderniser en profondeur le droit procédural en matière familiale. Nous renvoyons à cet égard au rapport du Conseil fédéral du 7 juin 2025 intitulé « Juridiction et procédure en droit de la famille : état des lieux et propositions de réforme » (ci-après : « rapport du Conseil fédéral »).

3. Les recherches en sciences sociales menées au cours des dernières décennies sur les thèmes de la *séparation/du divorce, des conflits parentaux, des répercussions sur le bien-être des enfants et des modèles de garde adaptés* permettent de dégager les conclusions suivantes, valables dans tous les pays :
   - La séparation ou le divorce des parents ne nuit pas en soi au bien-être de l'enfant.
   - Ce sont avant tout les conflits graves et prolongés entre les parents pendant ou après la séparation qui ont un impact négatif important.

- Si la séparation se déroule de manière réglementée, ordonnée et surtout à l'amiable – ce qui est le cas dans la majorité des familles –, il ne faut généralement pas s'attendre à des effets négatifs durables sur les enfants.

Le rapport du Conseil fédéral fait également référence à cette constatation fondamentale.

4. L'ASMF considère qu'il est important, souhaitable et fondamental que les enfants puissent entretenir des relations riches tant sur le plan quantitatif que qualitatif avec leurs deux parents après la séparation de ceux-ci. Cela correspond également à l'art. 9, al. 3, de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant, selon lequel les enfants ont le droit d'entretenir une relation significative avec leurs deux parents, pour autant que cela ne soit pas contraire à leur intérêt supérieur De même, cela correspond aussi à l'art. 8, al. 3, de la Constitution fédérale, selon lequel la loi garantit une égalité effective et donc une répartition égalitaire des tâches familiales.

5. Le bien-être de l'enfant dépend essentiellement de la capacité des parents – ou de leur aptitude, grâce à des mesures de soutien appropriées – à coopérer de manière concertée et consensuelle après une séparation et à permettre à l'enfant d'entretenir une relation régulière et significative avec chaque parent dans un climat aussi serein que possible.

6. La répartition exacte du temps de garde entre les parents est moins déterminante. Il est plus important que le modèle choisi soit soutenu par les deux parents et qu'ils le considèrent comme un choix personnel. Un modèle imposé de l'extérieur peut en revanche être perçu comme une décision étrangère et, dans certains cas, être saboté dans la pratique, avec des conséquences négatives pour l'enfant.

7. Il en résulte, comme le souligne également le rapport du Conseil fédéral, que le bien-être de l'enfant est mieux servi lorsque des solutions consensuelles sont trouvées et, si nécessaire, encouragées par l'État. Dans ce contexte, le Conseil fédéral mentionne expressément la médiation familiale ainsi que diverses formes de conseil parental volontaire ou obligatoire comme mesures appropriées.

   Dans ce cadre, l'ASMF souligne également l'importance de prendre en compte le vécu de l'enfant, de manière adaptée à son âge et à sa maturité, afin de garantir que son intérêt supérieur soit réellement entendu et respecté. La médiation familiale offre à cet égard des outils spécifiques permettant d'intégrer cette dimension essentielle sans exposer l'enfant à des conflits de loyauté.

Sur la question de la garde alternée et les variantes 1 et 2 du projet de loi

8. Dans la pratique de la médiation familiale, nous constatons que les parents choisissent en moyenne plus souvent la garde alternée que dans les procédures judiciaires. Il existe toutefois aussi des cas où les parents préfèrent délibérément un modèle dans lequel l'enfant réside principalement chez l'un des parents.

9. La médiation familiale, en tant que méthode de résolution amiable des conflits, ne donne aucune indication sur le modèle de garde qui est le meilleur ou le plus adapté à l'enfant. Elle offre plutôt un cadre dans lequel les deux parents peuvent présenter leur situation personnelle et leur point de vue, les comparer et élaborer ensemble des solutions viables. Par conséquent, de nombreux parents choisissent des modèles de garde plus équilibrés dans le cadre de la médiation.

10. Pour l'ASMF, le **processus décisionnel** est donc plus déterminant que le modèle de prise en charge concret lui-même.

11. C'est pourquoi nous soutenons les recommandations du Conseil fédéral visant à favoriser les processus décisionnels consensuels. En revanche, nous refusons les modifications législatives qui ancrent la garde alternée comme modèle privilégié dans la loi.

12. L'ASMF s'oppose clairement à la variante 1 de la proposition, qui accorde une priorité légale à la garde alternée. Nous soulignons que ni la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant ni les directives du Conseil de l'Europe ne mentionnent ce modèle comme étant préférable et que les pays qui lui avaient donné la priorité juridique (par exemple la Belgique) s'en détournent à nouveau.

13. En outre, la possibilité prévue dans la variante 1 d'examiner la garde alternée à la demande de l'enfant comporte des risques d'abus considérables. Dans les situations de séparation, il existe un risque que les enfants soient instrumentalisés par leurs parents. Un tel mécanisme pourrait conduire les enfants à des conflits de loyauté. C'est pourquoi nous rejetons cette disposition.

.

14. L'ASMF privilégie la variante 2, qui prévoit expressément la possibilité d'un « partage égal de la prise en charge de l'enfant » sans lui accorder la priorité légale.

15. Ce concept correspond à la fois à notre expérience pratique et à l'état actuel de la recherche et, à notre avis, il est le plus compatible avec la stratégie de réforme esquissée par le Conseil fédéral, notamment en ce qui concerne les adaptations du droit de procédure en matière familiale.

Conclusion

16. Pour les raisons susmentionnées, l'ASMF soutient la **variante 2** du projet de loi.

Nous rappelons par ailleurs que pour que la médiation puisse jouer pleinement son rôle, il est nécessaire d'en garantir un accès effectif : information systématique des parents, financement ou subvention adéquate, ainsi que sensibilisation et formation des acteurs judiciaires et sociaux. Ces conditions sont essentielles pour que les familles puissent réellement bénéficier de solutions consensuelles et durables.

Nous vous remercions de prendre en considération notre avis et restons à votre disposition pour toute question ou discussion approfondie.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Commission, Mesdames et Messieurs, l'expression de nos sentiments distingués.

Association Suisse pour la Médiation Familiale (ASMF)

Pour le Comité :

Tania Espinoza Haller et Tanja Lutz, Co-Présidentes

Stephan Auerbach, Secrétaire Général

SVR-ASM
Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR
Association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire ASM
Associazione svizzera dei magistrati ASM
Associaziun svizra dals derschaders ASD

Per E-Mail
zz@bj.admin.ch

RK-NR
M. Vincent Maitre, Président

Neuchâtel/Zürich, 13. Oktober 2025

24. Juni 2025 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Maitre
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vernehmlassungsvorlage. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen

1. Mit der per 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Revision des ZGB sind Gerichte und Kindesschutzbehörden bei gemeinsamer Sorge verpflichtet zu prüfen, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter ZGB). Das Bundesgericht hat in seiner seither ergangenen Rechtsprechung die wesentlichen Kriterien für die Anordnung der alternierenden Obhut definiert (insbes. in den Entscheiden BGE 146 III 617 E. 3.2.3 und 146 III 612 E. 4.2 und 4.3). Diese Praxis erfuhr keine nennenswerte Kritik. Anlass für die vorgeschlagene Änderung ist vielmehr der Umstand, dass offenbar kantonale Gerichte "....ungeachtet des Wortlauts des geltenden Rechts und der bundesgerichtlichen Rechtsprechung..." die Anordnung der alternierenden Obhut weiterhin von einer Vereinbarung der Parteien abhängig machen (Erläuternder Bericht S. 17). Angestrebt wird damit in erster Linie eine bessere Umsetzung der auf den 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Revision durch die Gerichte und die Kindesschutzbehörden. Es erscheint fraglich, ob eine Gesetzesänderung hierfür der richtige Weg ist. Die im Zusammenhang mit der Evaluation der

Präsidentin: Marie-Pierre de Montmollin, juge cantonale, Tribunal cantonal, Rue du Pommier 1, Case postale 3174, 2000 Neuchâtel, Tél. 032 889 61 60, Marie-Pierre.deMontmollin@ne.ch
Sekretariat: lic. iur. Ursula Morf, Kirchstrasse 19, 8414 Buch am Irchel, 052 318 23 86, info@svr-asm.ch
Website: www.svr-asm.ch

Gerichtspraxis 2017 in Auftrag gegebenen Studien (zum Postulat Silberschmidt), auf welche der erläuternde Bericht verweist, ergaben denn auch keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

2 Mit der Gesetzesrevision 2017 hat der Gesetzgeber eine Prüfpflicht der zuständigen Behörden eingeführt. Es soll geprüft werden, ob die alternierende Obhut im Einzelfall die dem Kindeswohl am besten entsprechende Lösung ist, wenn das ein Elternteil oder das Kind verlangt. Ausdrücklich abgelehnt wurde dabei, ein bestimmtes Betreuungsmodell vorzuschreiben, was mit der vorgeschlagenen Priorisierung der alternierenden Obhut nun in gewissem Masse dennoch erfolgen würde. Die vorgeschlagene Regelung nähert sich der Motion Romano, welche gar ein Recht der Kinder auf alternierende Obhut forderte, indes abgelehnt wurde.

In Übereinstimmung mit dem von der Schweiz ratifizierten internationalen Recht (Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989, KRK, EMRK) und den Regeln in verschiedenen Vergleichsstaaten gemäss erläuterndem Bericht (S. 9 - 13) sollte auch das schweizerische Recht im Interesse des Kindeswohls nicht darauf abzielen, ein konkretes Betreuungsmodell als Grundsatz oder vorrangig zu bezeichnen. Auch das Bundesgericht sieht die alternierende Obhut nicht als Regelfall; vielmehr soll das Gericht gestützt auf eine sachverhaltsbasierte Prognose die für das Kind beste Betreuungsregelung anordnen müssen (BGer 5A_800/2022 vom 28. März 2023 E. 5.4.2).

Anerkanntermassen und unstrittig ist in Kinderbelangen das Kindeswohl massgebliches Kriterium. Dies gilt auch für die Ausgestaltung der Obhuts- und Betreuungsregelung. Die erfolgreiche Umsetzung der alternierenden Obhut ist anspruchsvoll und kann nicht voraussetzungslos angeordnet werden; das Bundesgericht macht sie zu Recht von konkreten Umständen und Fähigkeiten der Eltern abhängig. Auch die vorerwähnte interdisziplinäre Studie kommt zum Schluss, dass die Erfolgschancen der alternierenden Obhut von einer Reihe von psychosoziale Bedingungen abhängen und sie in gewissen Konstellationen nicht empfehlenswert ist (a.a.O. Fazit S.

Präsidentin: Marie-Pierre de Montmollin, juge cantonale, Tribunal cantonal, Rue du Pommier 1, Case postale 3174, 2000 Neuchâtel, Tél. 032 889 61 60, Marie-Pierre.deMontmollin@ne.ch
Sekretariat: lic. iur. Ursula Marf, Kirchstrasse 19, 8414 Buch am Irchel, 052 318 23 86, info@svr-asm.ch
Website: www.svr-asm.ch

45). Es ist daher eine generelle Priorisierung der alternierenden Obhut abzulehnen.

3. Aus Sicht der Praxis kann der Eindruck, dass «bestimmte erst- und zweitinstanzliche Gerichte die alternierende Obhut immer noch nur dann anordnen, wenn beide Eltern damit einverstanden sind, nicht bestätigt werden. Vielmehr ist es so, dass gerade an den erstinstanzlichen Gerichten in der ganz überwiegenden Mehrheit der Fälle (bis zu 90%) mit den Eltern einvernehmliche Lösungen gefunden werden. In dieser grossen Mehrheit der Fälle sind geteilte Betreuungsmodelle keine Seltenheit und werden durchaus regelmässig angeordnet - auch in Fällen, in denen die geteilte Obhut vom zuvor hauptbetreuenden Elternteil initial abgelehnt wurde. Daneben gibt es eine gemessen an der Gesamtzahlt geringe Minderheit an Fällen, welche aufgrund unüberwindbarer Elternkonflikte hochstrittig geführt werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese in der Öffentlichkeit viel stärker wahrgenommen werden, weil sie die Gerichte überproportional stark beschäftigen und nicht selten über alle Instanzen hinweg ausgetragen werden. Die öffentliche Wahrnehmung ist also stark durch solche nicht repräsentativen Extremfälle geprägt. Es ist ferner eine traurige Realität, dass in besagten Fällen alternierende Obhutsmodelle aufgrund des weitreichenden Elternkonflikts und der sich daraus ergebenden Belastung für die Kinder oft nicht funktionieren.

Zu Variante 1

Eine generelle Priorisierung ist abzulehnen (siehe vorstehend). Die Regelung verlässt den Grundsatz, dass eine Obhuts- und Betreuungsregelung nicht gesetzlich vorgeschrieben werden soll.

Zu Variante 2

Eine Prüfpflicht der Betreuung des Kindes zu gleichen Teilen in jedem Fall, also auch in Fällen, in denen dies offensichtlich ausser Betracht fällt, erscheint weder nötig noch sinnvoll. Anzuerkennen ist, dass die gegenüber der heutigen Regelung weitergehende Prüfpflicht sich allenfalls positiv auswirken könnte mit Bezug auf die in der parlamentarischen Initiative geäusserten Bedenken hinsichtlich der Umsetzung

Présidente: Marie-Pierre de Montmollin, juge cantonale, Tribunal cantonal, Rue du Pommier 1, Case postale 3174, 2000 Neuchâtel, Tél. 032 889 61 60, Marie-Pierre.deMontmollin@ne.ch
Sekretariat: lic. iur. Ursula Morf, Kirchstrasse 19, 8414 Buch am Irchel, 052 318 23 86, info@svr-asm.ch
Website: www.svr-asm.ch

der Revisionsvorlage 2017. Eine Gesetzesänderung allein zu diesem Zweck erscheint indes nicht notwendig.

Die Variante 2 nimmt die Kritik am Begriff der Obhut auf. Das ist zwar grundsätzlich zu begrüssen. Wird dieser Begriff indes in nur einem Absatz einer Gesetzesbestimmung ersetzt und im Übrigen belassen, bringt dies nicht die erwünschte Klärung und ist abzulehnen.

Zusammenfassend erachten wir die vorgeschlagene Gesetzesänderung als nicht notwendig und auch nicht als zielführend. Inhaltlich lehnen wir sie ab.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Die Vizepräsidentin:
Nora Lichti Aschwanden

Mitglied des Vorstandes:
Patrik Müller

Présidente: Marie-Pierre de Montmollin, juge cantonale, Tribunal cantonal, Rue du Pommier 1, Case postale 3174, 2000 Neuchâtel, Tél. 032 889 61 60, Marie-Pierre.deMontmollin@ne.ch
Sekretariat: lic. iur. Ursula Morf, Kirchstrasse 19, 8414 Buch am Irchel, 052 318 23 06, info@svr-asm.ch
Website: www.svr-asm.ch

unicef
für jedes Kind

Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein
Pfingstweidstrasse 10 | CH-8005 Zürich
info@unicef.ch | www.unicef.ch

Telefon +41 (0)44 317 22 66
Fax +41 (0)44 317 22 77
IBAN: CH88 0900 0000 8000 7211 9

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates RK-N
3003 Bern

Eingereicht per E-Mail:
zz@bj.admin.ch

Zürich, 13.10.2025

Stellungnahme von UNICEF Schweiz und Liechtenstein zur Parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

UNICEF Schweiz und Liechtenstein bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern», Stellung zu nehmen.

Wir folgen vollumfänglich der Haltung des Netzwerks Kinderrechte Schweiz, bei dem UNICEF Schweiz und Liechtenstein Mitglied ist. Es gibt keine Obhutsvariante, die für alle Kinder gleichermassen ideal ist, vielmehr müssen die Partizipationsrechte der betroffenen Kinder durch die Anhörung im Verfahren gestärkt werden, um dem übergeordneten Kindesinteresse/Kindeswohl (Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) gerecht zu werden.

1. Grundsätzliche kinderrechtliche Überlegungen

UNICEF Schweiz und Liechtenstein stützt sich bei der vorliegenden Stellungnahme auf die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die die Schweiz 1997 ratifiziert hat. Es wurden beide zur Vernehmlassung vorgeschlagenen Varianten geprüft.

Aus Sicht von UNICEF Schweiz und Liechtenstein vermögen die beiden vorgeschlagenen Varianten für eine Änderung von Art. 298 Abs. 2ter und Art. 298b Abs. 3ter nicht zu überzeugen. Sie bieten keine Verbesserungen im Sinne des übergeordneten Kindesinteressens. Echte Fortschritte im Sinne der Verwirklichung der Kinderrechte – wie die Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes in Verfahren – fehlen.

Das Prinzip des übergeordneten Kindesinteresses (Art. 3 Abs. 1 UN-KRK) als eines der Leitprinzipen der UN-KRK müsste aus Sicht von UNICEF Schweiz und Liechtenstein bei einer solchen Gesetzesänderung im Vordergrund stehen. Es besagt, dass bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, das übergeordnete Kindesinteresse als ein vorrangiger Gesichtspunkt eruiert und berücksichtigt werden muss. Art. 3. Abs. 1 UN-KRK verpflichtet ausdrücklich auch

Gesetzgebungsorgane. Das übergeordnete Kindesinteresse muss somit nicht nur im Einzelfall, sondern auch bei der Ausgestaltung von Gesetzen oberste Priorität haben.

2. Die alternierende Obhut ist nicht immer eine adäquate Lösung für das Kind

Der Begriff der alternierenden Obhut ist nicht eindeutig definiert. Im Allgemeinen versteht man darunter, dass Kinder nach einer Trennung zwei Lebensmittelpunkte haben. In der Praxis bedeutet dies jedoch selten eine exakt hälftige Betreuung (50/50). Bereits ab einem Betreuungsanteil von rund 25–30 % bei einem Elternteil wird häufig von alternierender Obhut gesprochen.

Die alternierende Obhut kann für viele Familien eine geeignete Lösung sein – es eignet sich jedoch nicht in jedem Fall. Denn es gibt kein einzelnes Betreuungsmodell, das allen familiären und sozialen Situationen gleichermassen gerecht wird. Während die alternierende Obhut im Schulalter gut funktionieren kann, können für Kleinkinder und Jugendliche andere Modelle besser geeignet sein.[1] Entscheidend ist, dass das gewählte Modell dem gelebten Alltag entspricht und die Kinder bei der Festlegung mitberücksichtigt werden.[2]

Problematisch kann die alternierende Obhut werden, wenn das Verhältnis zwischen den Eltern stark belastet ist. In solchen Situationen drohen die Konflikte zu eskalieren – zum Nachteil der Kinder, die unter ständigen Auseinandersetzungen und Spannungen besonders leiden.

3. Das Prinzip des übergeordneten Kindesinteressens verlangt Prüfung im Einzelfall

Gemäss Art. 3 Abs. 1 UN-KRK ist bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das übergeordnete Kindesinteresse vorrangig zu berücksichtigen – unabhängig davon, ob diese von Behörden, Gerichten oder Gesetzgebern getroffen werden. Für die Praxis bedeutet dies, dass jeweils im Einzelfall geprüft werden muss, was für das Wohl des jeweiligen Kindes die bestmögliche Lösung ist. Zentral ist deshalb, dass die gewählte Betreuungslösung der individuellen Situation des Kindes am besten entspricht. Die passende Form der Obhut ist in jedem Fall individuell und unter Einbezug des Kindes ergebnisoffen zu prüfen und zu entscheiden. Eine gesetzliche Bevorzugung eines bestimmten Betreuungsmodells widerspricht diesem Grundsatz.

4. Fehlende Stärkung der Partizipationsrechte

Artikel 3 UN-KRK ist eng verknüpft mit Art. 12 UN-KRK, der die Partizipationsrechte des Kindes garantiert. Der Wille des Kindes ist ein integraler Bestandteil des übergeordneten

---

[1] Siehe beispielsweise Nielsen, L. (2015). Shared Physical Custody: Does ist Benefit Most Children? Journal of American Academy of Matrimonial Lawyers, Vol. 28, S. 79-137.

[2] Büchler, A., Simoni, H., (Hrsg). (2009). Kinder und Scheidung. Der Einfluss der Rechtspraxis auf familiale Übergänge. Rüegger Verlag.

Kindesinteressens. Bei der Eruierung des übergeordneten Kindesinteressens muss der Kindeswille entsprechend angemessen berücksichtigt werden.

UNICEF Schweiz und Liechtenstein bedauert, dass die vorliegende Gesetzesänderung keine Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes vorsieht.

- Kinder, die fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, haben gemäss Art. 12 UN-KRK das Recht, diese Meinung frei zu äussern und das Recht, dass diese Meinung entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird. Auch Kinder, die noch nicht urteilsfähig sind, müssen altersgerecht einbezogen werden. Dabei können sowohl verbale wie auch nonverbale Willensäusserungen und gezeigte Grenzen berücksichtigt werden.
- Artikel 12 Abs. 2 sichert dem Kind weiter das Recht zu, in allen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die es betreffen, entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden. Diese Bestimmung ist in der Schweiz justiziabel. Das Bundesgericht hat in einem Grundsatzentscheid festgehalten, dass Kinder in der Regel ab einem Alter von sechs Jahren in Verfahren angehört werden können (BGE 131 III 553). Die Kindesanhörung dient dabei nicht nur der Ermittlung des Sachverhalts, sondern ist Ausfluss der Persönlichkeit des Kindes, wie das Bundesgericht wiederholt betont hat.
- Studien zeigen jedoch, dass nur rund 10 % Prozent der Kinder tatsächlich bei Entscheiden über Familienarrangements durch die KESB oder ein Gericht angehört werden.[3]

Eine gesetzliche Stärkung der Partizipationsrechte des Kindes würde damit eine echte Verbesserung im Sinne der Kinderrechte bedeutet.

5. Einschätzung der beiden Varianten im Detail

Variante 1

Aus den vorhergehenden grundsätzlichen Überlegungen lässt sich in Bezug auf Variante 1 festhalten:

- Variante 1 und der Passus «und gibt dieser den Vorzug, wenn sie dem Kindeswohl am besten entspricht.» bezweckt eine gesetzliche Verankerung der alternierenden

[3] Stutz H., Simoni H., Büchler A., Bischof S., Degen M., Heusser C., Guggenbühl T. (2022): Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen — Elternschaft und Kinderalltag, Forschungsbericht zuhanden der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF), Bern/Zürich.

Obhut als bevorzugtes Familienmodell im Gesetz. UNICEF Schweiz und Liechtenstein befürchtet, dass dadurch der Ermessensspielraum von Gerichten und Behörden unnötig eingeschränkt und ein bestimmtes Betreuungsmodell gesetzlich bevorzugt wird. Dies entspricht nicht dem Prinzip des übergeordneten Kindesinteressens, wonach stets im Einzelfall geprüft werden muss, was für das jeweilige Kind die geeignetste Lösung ist.

- Der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen.» lehnen wir aus fachlicher Sicht ab. Es besteht die Gefahr, dass Konflikte zwischen Elternteilen zusätzlich befeuert werden – mit den Kindern als Leidtragende.

Variante 2

Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz spricht sich mit aller Deutlichkeit gegen die Variante 2 aus.

- Eine «Betreuung zu gleichen Teilen» ist realitätsfern, da dies in der Praxis in den wenigsten Fällen so gelebt wird oder gelebt werden kann (z.B. aus finanziellen Gründen).
- Variante 2 kehrt die Prüflogik um: Während nach aktuellem Recht die alternierende Obhut im Sinne des übergeordneten Kindesinteressens geprüft wird, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt, soll nach Variante 2 die Betreuung zu gleichen Teilen **als Norm** festgeschrieben werden. Das Gericht bzw. die Kindesschutzbehörde kann zwar in begründeten Fällen davon abweichen, sie wird in der Praxis aber stärker unter Druck stehen, im Streitfall eine Betreuung zu gleichen Teilen anzuordnen. Wie oben ausgeführt, ist dies gerade in besonders strittigen Verfahren nicht im Interesse des Kindes.

6. Fazit

Eine rechtliche Verankerung der alternierenden Obhut als bevorzugtes Familienmodell widerspricht dem Prinzip des übergeordneten Kindesinteressens gemäss UN-KRK.

UNICEF Schweiz und Liechtenstein spricht sich gegen beide vorgeschlagenen Varianten aus, kann sich aber mit Variante 1 arrangieren, wenn der Zusatz «Die Weigerung eines Elternteils steht der Prüfung und Anordnung der alternierenden Obhut nicht entgegen» gestrichen wird. Wenn eine Variante zu bevorzugen ist, dann Variante 1.

Das NKS vermisst in der Vorlage eine kinderrechtliche Perspektive und bedauert insbesondere, dass die Partizipationsrechte der Kinder gemäss Art. 12 UN-KRK nicht explizit gestärkt und damit keine tatsächliche Verbesserung im Sinne der Kinderrechte erreicht wird.

UNICEF Schweiz und Liechtenstein schlägt folgende Ergänzung im ZGB vor:

Art. 298 Abs. 2ter

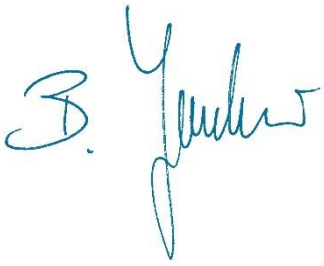
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft es im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Es berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Art. 298b Abs. 3ter

Bei gemeinsamer elterlicher Sorge prüft sie im Sinne des Kindeswohls die Möglichkeit einer alternierenden Obhut, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt. **Sie berücksichtigt die Meinung des Kindes entsprechend dessen Alter und Reife in angemessener Weise.**

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein



Bettina Junker
Geschäftsleiterin

Nicole Hinder
Bereichsleiterin Child Rights Advocacy

UNIVERSITÉ DE GENÈVE
FACULTÉ DE DROIT

Vincent Maître, Président
Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail : zz@bj.admin.ch

Genève, le 15 octobre 2025

Procédure de consultation relative à l'Initiative parlementaire 21.449 Kamerzin « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe »

Prise de position

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les membres de la Commission des affaires juridiques du Conseil national,

Nous vous remercions de l'occasion de vous soumettre une prise de position relative à l'avant-projet de modification du code civil visant à mettre en œuvre l'Initiative parlementaire 21.449 Kamerzin « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe ».

Remarques générales

L'objectif poursuivi par l'Initiative parlementaire est de favoriser une participation aussi équilibrée que possible des parents à la prise en charge de l'enfant lorsqu'ils exercent conjointement l'autorité parentale après une séparation ou un divorce et ne parviennent pas à s'entendre sur les modalités de prise en charge. Il s'agit donc d'une réglementation qui vise les litiges en matière de garde de l'enfant, ce qui représente une minorité des cas de séparation et de divorce.

Dans ce contexte nous souhaitons rappeler les constats de **l'étude sur la garde alternée de l'université de Genève de 2017**, mandatée par l'Office fédéral de la justice[1]. Sur la base d'une analyse de la littérature scientifique, l'étude constate que c'est en premier lieu le type de coparentalité existant entre les parents suite à la séparation ou au divorce qui permet de répondre à la question de savoir dans quelles circonstances on doit admettre que la garde

[1] Cottier Michelle/Widmer Eric/Tornare Sandrine/Girardin Keciour Myriam, Etude interdisciplinaire sur la garde alternée, mandatée par l'Office fédéral de la Justice, 2017, p. 76.

alternée est la meilleure solution pour l'enfant : « les parents qui pratiquent un mode de coparentalité de type unitaire privilégiant la collaboration malgré la séparation/le divorce parviennent davantage que les autres à développer de manière satisfaisante ce type de garde. Par contre, lorsque le désaccord autour des pratiques et des styles de coparentalité est profond, qu'il perdure dans le temps et qu'il implique directement l'enfant, les conséquences pour le développement et le bien-être de l'enfant sont très négatives. En situation de conflit, la garde alternée exacerbe les tensions entre les parents car elle génère des interdépendances fonctionnelles entre eux, liées aux alternances répétées et à la nécessité d'un travail de coordination important. Les pratiques de coparentalité mises en place par les parents (ou que les parents sont désireux de mettre en place) sont donc une condition importante de la garde alternée. Cette condition est exigeante, d'autant plus si les parents se remettent en couple avec des nouveaux partenaires. Finalement, il est à retenir que la garde alternée ne répond pas au bien de l'enfant en cas de violence contre l'ex-partenaire ou contre les enfants, ou en cas d'incapacité éducative d'un des parents notamment suite à une maladie psychique. »

A la lumière de ces constats, certains développements de la **jurisprudence** du Tribunal fédéral ainsi que des tribunaux au niveau cantonal sont préoccupants.

Dans son premier arrêt de principe au sujet de la garde alternée, le Tribunal fédéral souligne certes que l'existence d'une bonne capacité et volonté des parents de communiquer et coopérer est un critère essentiel pour déterminer si la garde alternée correspond au bien de l'enfant. A cet égard, on ne saurait déduire selon la Haute Cour une incapacité à coopérer entre les parents du seul refus d'instaurer la garde alternée. En revanche, un conflit marqué et persistant entre les parents portant sur des questions liées à l'enfant laisse présager des difficultés futures de collaboration et aura en principe pour conséquence d'exposer de manière récurrente l'enfant à une situation conflictuelle, ce qui pourrait apparaître contraire à son intérêt (ATF 142 III 617, p. 621, c. 3.2.3).

Le Tribunal fédéral a cependant par la suite réduit considérablement les exigences en matière de capacité et volonté des parents à communiquer ; il a admis que l'échange d'information entre les parents peut également intervenir par écrit uniquement et que les parents soient dépendants de l'intervention d'une tierce personne pour prendre des décisions communes relatives à l'éducation de leurs enfants ne constitue pas un obstacle à la garde alternée (TF 5A_629/2019 du 13 novembre 2020, c. 4.2). Cette jurisprudence crée le risque de faire perdurer des situations conflictuelles au détriment du bien de l'enfant.

En ce qui concerne la protection de l'enfant en cas de violence domestique, l'étude « Offres de soutien et mesures de protection pour les enfants exposés à la violence dans le couple parental » [2] a également abouti à des résultats préoccupants. Selon cette étude, dans le cadre de l'examen d'une garde alternée, les conflits et la violence ont été explicitement cités par les représentant·e·s des autorités interrogé·e·s comme des motifs d'exclusion d'une telle réglementation. Néanmoins, même dans les exemples de cas soumis aux membres d'autorités, et présentant des indices de violence psychique et physique dans le couple (par ex. insultes, gifles), quelques personnes interrogées tendaient à opter pour une garde

[2] Krüger Paula / Lorenz Cottagnoud Susanne / Mitrovic Tanja / Mahfoudh Amel / Gianella-Frieden Ersilia / Droz-Sauthier Gaëlle, Offres de soutien et mesures de protection pour les enfants exposés à la violence dans le couple parental, version courte du rapport, Berne 2024.

alternée. En résumé, certain·e·s membres des autorités et tribunaux ne semblent pas disposer des connaissances nécessaires pour être en mesure de reconnaitre des situations de violence domestique.

Nous rappelons finalement que la meilleure manière de promouvoir une prise en charge égalitaire par les parents *après* une séparation ou un divorce est de créer les conditions-cadres qui permettent une telle organisation *pendant la vie commune déjà*, dès la naissance des enfants. D'importants obstacles existent cependant encore en Suisse à cet égard : l'absence d'un véritable congé parental qui permettrait aux pères de s'impliquer dans la prise en charge de leurs enfants dès le bas âge, le manque de structures d'accueil extrafamilial des enfants qui permettrait de mieux concilier activité lucrative et prise en charge des enfants et aussi les inégalités salariales entre hommes et femmes, sont autant de facteurs qui poussent les couples à s'organiser de manière semi-traditionnel (le père travaillant à plein temps et la mère à temps partiel). Si le législateur fédéral souhaite promouvoir la garde alternée / la prise en charge à parts égales, il s'agit d'abord d'éliminer ces obstacles, ce qui devrait être une priorité.

Le Conseil fédéral est également de l'avis que ce n'est pas en modifiant les dispositions du code civil relatives à la garde alternée que l'on pourra favoriser la prise en charge équilibrée des enfants par les deux parents après une séparation ou un divorce, mais plutôt en modifiant le contexte social[3].

Au vu de ce qui précède, nous considérons que les actions suivantes sont nécessaires :

- **une meilleure prise en compte, dans la pratique des autorités de protection de l'enfant et des tribunaux civils, tant des connaissances de la recherche scientifique au sujet du bien de l'enfant, notamment en ce qui concerne les risques d'une garde alternée en cas de conflits entre les parents, que de la protection des enfants en cas de violence domestique ;**

- **des mesures de politique familiale et d'égalité qui favorisent la prise en charge égalitaire par les deux parents dès la naissance de l'enfant (congé parental, structures d'accueil extrafamilial des enfants, lutte contre les inégalités salariales entre hommes et femmes).**

Une révision des art. 298 al. 2ter et 298b al. 3ter CC n'est à notre sens pas nécessaire.

[3] Conseil fédéral, Garde alternée : Évaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien. Rapport du Conseil fédéral donnant suite au postulat 21.4141 Silberschmidt du 29 septembre 2021, Berne, le 24 avril 2024.

Si votre commission opte néanmoins pour la poursuite de la révision, la variante 1 nous semble préférable.

Remarques relatives à la Variante 1 *(garde alternée)*

La variante 1 propose une modification minimale des art. 298 al. 2ter et 298b al. 3ter CC afin que le tribunal ou l'autorité ne se limite plus à *examiner* la possibilité d'une garde alternée, mais doit *privilégier* ce régime de prise en charge, s'il correspond le mieux au bien de l'enfant. De plus, il est prévu d'ancrer explicitement dans la loi la jurisprudence du Tribunal fédéral selon laquelle le seul refus de l'un des parents ne saurait faire obstacle à l'examen et à l'attribution d'une garde alternée.

Cette variante a l'avantage de clarifier que la décision du tribunal ou de l'autorité doit dépendre de l'évaluation de quel régime de prise en charge correspond le mieux au bien de l'enfant. La garde alternée est à privilégier seulement si elle correspond le mieux au bien de l'enfant. Entre les deux variantes, cette variante est clairement préférable.

Comme mesures d'accompagnement, il nous semble nécessaire de mieux former les membres des autorités et des tribunaux au sujet des situations qui excluent une garde alternée, comme celles-ci créeraient un risque pour le bien de l'enfant.

Remarques relatives à la Variante 2 *(prise en charge de l'enfant à parts égales)*

La variante 2 va plus loin que la variante 1. Elle propose une modification plus importante des art. 298 al. 2ter et 298*b* al. 3ter CC en prévoyant l'obligation systématique pour l'autorité d'examiner, en cas de désaccord des parents, la possibilité d'une prise en charge de l'enfant à *parts égales*, indépendamment d'une demande de l'un des parents en ce sens. Elle doit toutefois s'en écarter si un autre régime de prise en charge correspond mieux au bien de l'enfant.

Même si cette variante permet également d'évaluer la situation à la lumière du bien de l'enfant, elle donne la priorité à la prise en charge à parts égales et ce, nous le rappelons, pour le groupe des parents qui se trouvent *en litige* autour du mode de prise en charge de leur enfant. Ce signal législatif accentuerait encore le risque de décisions instituant un régime de prise en charge égalitaire dans des situations de haut conflit, voire de violence domestique, encore une fois au détriment du bien de l'enfant.

Finalement, cette variante abandonne la terminologie de « garde » en la remplaçant par celle de « prise en charge ». Il y a en effet une série d'avantages de renoncer à la terminologie de « garde »[4]. Cependant il est important que ce changement se fasse de manière coordonnée, en modifiant toutes les dispositions faisant référence à la « garde ». Nous nous exprimons ainsi en faveur d'une future évolution du droit dans ce sens, un changement isolé des art. 298 al. 2ter et 298*b* al. 3ter CC nous semble contribuer au contraire à la confusion terminologique au lieu de la résoudre.

[4] Voir Aebi-Müller Regina/ Coskun-Ivanovic Tanja, Expertengutachten «Kindesunterhaltsrecht: Insbesondere Auswirkungen der Einführung des Betreuungsunterhalts und der Betreuungsregelung, Lucerne, 23 décembre 2024, p. 51 ss.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions de recevoir, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les membres de la Commission des affaires juridiques du Conseil national, nos salutations les plus respectueuses

Michelle Cottier
Professeure au Département de droit civil
Directrice du Centre d'étude, de technique et d'évaluation législatives

Marie-Laure Papaux van Delden
Professeure à la Faculté de droit
Directrice du département de droit civil

unine
Université de Neuchâtel
Faculté de droit

Professeure
Sabrina BURGAT, Dr iur.
Avocate spécialiste FSA en droit de la famille
Chaire de droit civil et de droit de la santé
Université de Neuchâtel
Faculté de droit
Av. du 1er-Mars 26
CH-2000 Neuchâtel
sabrina.burgat@unine.ch

Commission des affaires juridiques
Conseil national
CH-3003 Berne
Rk.caj@parl.admin.ch

Neuchâtel, le 13 octobre 2025

Madame, Monsieur,

L'égalité de traitement est un principe fondamental garanti par l'art. 8 Cst. En droit des familles, la mise en œuvre de ce principe implique notamment la possibilité, pour les parents, de se partager équitablement les tâches au sein du couple parental, qu'il s'agisse d'assurer les soins et l'éducation des enfants ou de pourvoir au revenu de la famille. En ce sens, la possibilité pour chaque parent de prendre en charge son enfant, aussi bien sur le plan des soins, de l'éducation et de l'entretien, durant la vie commune qu'après la séparation ou le divorce doit être activement soutenue par l'Etat.

Parallèlement, l'article 3 paragraphe 1 de la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE), ratifiée par la Suisse en 1997, impose que toute décision concernant un enfant accorde une considération primordiale à son intérêt supérieur, lequel se définit avant tout par la recherche de son bien-être[1]. L'analyse du rôle du droit dans la protection et la promotion du bien-être de l'enfant après la séparation parentale requiert une approche résolument interdisciplinaire, mobilisant notamment les apports empiriques de la psychologie et de la sociologie de l'enfance[2].

Les recherches dans ces domaines montrent que le bien-être de l'enfant dépend de multiples facteurs — tels que la qualité de la coparentalité, le niveau de conflit entre les parents, les ressources matérielles et relationnelles disponibles, l'âge de l'enfant ainsi que la stabilité et la qualité de chacun des environnements parentaux. En tenant compte de ces différents paramètres, plusieurs revues de la littérature[3] tendent à indiquer que, parmi les enfants de familles séparées, ceux vivant en garde alternée présentent, en moyenne, de meilleurs indicateurs de bien-être et d'adaptation que ceux résidant principalement chez un seul parent. Ces enfants semblent notamment bénéficier d'un accès plus équilibré aux ressources affectives, éducatives et économiques offertes par leurs deux parents. Ces effets positifs doivent toutefois être interprétés en tenant compte du fait

[1] L'objectif des décisions des autorités doit être le bien-être de l'enfant, comme le souligne la CDE en associant les termes "intérêt" et "supérieur" de l'enfant dans son préambule et son article 3, chapitre 2.
[2] COMITÉ DES DROITS DE L'ENFANT, *Observation générale no 14 sur le droit de l'enfant à ce que son intérêt supérieur soit une considération primordiale (art. 3, paragraphe. 1)*, 2013, § 34.
[3] NIELSEN Linda, *Joint versus sole physical custody: Children's outcomes independent of parent–child relationships, income, and conflict in 60 studie*s, J. Divorce Remarriage, 59(4)/2019, 247- 281. https://doi.org/10.1080/10502556.2018.1454204; VOWELS Laura M./COMOLLI Chiara/BERNARDI Laura/CHACÓN-MENDOZA Daniel/DARWICHE Joëlle, *Systematic review and theoretical comparison of children's outcomes in post-separation living arrangements*, PLoS One 18(6)/2023, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0288112.

que la garde alternée demeure plus fréquente dans des contextes socio-économiques favorables et au sein de familles caractérisées par une coopération parentale plus harmonieuse. Si ces conditions expliquent une partie des bénéfices observés, les recherches[4] suggèrent néanmoins que le seul statut socio-économique ne suffit pas à rendre compte des écarts constatés. Il convient ainsi de retenir que la littérature empirique tend à dégager un consensus nuancé selon lequel la garde alternée peut contribuer au bien-être de l'enfant lorsqu'elle s'inscrit dans un cadre parental coopératif - sans conflits persistants ou destructeurs - stable et soutenant, mais elle ne constitue pas en soi une garantie universelle de meilleurs résultats pour tous les enfants.

Le projet de révision est fondé sur l'avis de la commission selon lequel, dans la pratique de certains tribunaux de première et deuxième instance, la garde alternée continue d'être prononcée seulement lorsque les deux parents sont d'accord, c'est pourquoi il serait nécessaire de renforcer la garde alternée au niveau législatif.

Les données relatives à la pratique des tribunaux demeurent lacunaires, en particulier s'agissant du nombre de requêtes portant sur a garde alternée et du taux de cas dans lesquels celle-ci est effectivement ordonnée. Ces lacunes persistent malgré le rapport Bass sur la pratique des tribunaux[5]. En effet, il n'existe pas de données statistiques complètes sur la pratique des tribunaux en matière de garde. Ni I 'Office fédéral de la statistique (OFS), ni le registre informatisé de l'état civil (Infostar), ni les tribunaux recensent le nombre de divorce assortis d'une garde alternée[6]. Jusqu'en 2010, l'OFS indiquait les articles du Code civil auxquels se référaient les jugements de divorce et fournissait des indications sur l'autorité parentale conjointe, sur la base d'une source de données qui n'existe plus aujourd'hui. L'absence de collecte systématique de données relatives aux contentieux familiaux constitue un obstacle réel pour la recherche en droit des familles et pour une révision éclairée des pratiques judiciaires, alors que ces procédures surchargent statistiquement les tribunaux.

Cependant, bien que les données liées à l'attribution de la garde alternée demeurent incomplètes, les études représentatives disponibles indiquent que sa pratique en Suisse reste limitée. En 2018, environ 16.67 % des parents séparés ou divorcés se partageaient de manière à peu près équitable la prise en charge des enfants[7]. En 2020, ce taux s'élevait à 21,41 % en se référant toutefois à une prise en charge comprise entre 33 % et 66 % pour chacun des parents[8]. Ces données ne permettent toutefois pas d'expliquer les raisons du faible taux de partage effectif de la prise en charge des enfants entre les deux parents. Par ailleurs, à ce jour, aucune étude n'a permis d'établir la stabilité des arrangements de garde dans le temps[9].

Le droit actuel permet à l'autorité compétente d'ordonner la garde alternée même en cas de désaccord entre les parents. Ce mode de garde, le seul expressément prévu par le Code civil, doit être examiné par l'autorité compétente lorsque l'un des parents ou l'enfant en fait la demande au moment de la séparation ou du divorce.

Les deux variantes proposées se distinguent notamment par la terminologie employée : l'une se réfère à la « garde alternée », l'autre à la « prise en charge de l'enfant à parts égales ». Ces divergences terminologiques peuvent revêtir une portée juridique significative, mais également symbolique pour les parents, de sorte qu'il apparaît indispensable que le Code civil en précise la définition et en décrive les effets de manière systématique et cohérente. L'étude BASS sur la pratique des tribunaux met en évidence le fait que les avocat·es évitent autant

---

[4] VOWELS Laura M./COMOLLI Chiara/BERNARDI Laura/CHACÓN-MENDOZA Daniel/DARWICHE Joëlle, Systematic review and theoretical comparison of children's outcomes in post-separation living arrangements, PLoS One 18(6)/2023, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0288112, voir tableau 2 "Physical custody arrangements by country", p. 8.

[5] BASS, STUTZ et al., Evaluation de la pratique des tribunaux suite à la révision du droit des contributions d'entretien, en particulier en ce qui concerne la garde, Rapport final, résumé en français, octobre 2023.

[6] *Idem*, p. 2.

[7] OFFICE FÉDÉRAL DE LA STATISTIQUE (OFS), *Actualités OFS Divorces* Démos 01/2020, in : Office fédéral de la statistique,(https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/population/mariages-partenaires-divorces/divortialite.assetdetail.13307849.html), Berne, 2020, (6.10.2025), page 12.

[8] CLAESSENS Elke/MORTELMANS Dimitri, *Joint Physical Custody in Europe: A Comparative Exploration*. Eur J Popul. 2025/41(1):8, doi: 10.1007/s10680-025-09732-y.

[9] Cette lacune devrait être comblée par notre étude FamyCH (https://sinergiafamy.ch/) actuellement en cours. Son dispositif d'enquête, à la fois interdisciplinaire, national et longitudinal, offre une occasion unique en Suisse d'analyser non seulement l'impact des différents arrangements de garde sur le bien-être des enfants, mais également la durabilité de ces arrangements au fil du temps.

que possible les termes de garde alternée et de garde exclusive, car ils exacerbent les tensions entre les parents[10]. Une seconde étude BASS[11] parents ne vivant pas ensemble propose de recourir à la notion uniforme de « responsabilité en matière de prise en charge » (*Betreuungsverantwortung*) des deux parents, mettant ainsi l'accent sur l'enfant et sur la responsabilité commune que les parents assument à son égard.

Actuellement, le Tribunal fédéral recourt aux notions de prise en charge et de garde alternée, sans les distinguer concrètement.[12] Il recourt à des quote-part d'encadrement quotidien de l'enfant[13], lesquelles englobent les droits et devoirs liés aux soins et à l'éducation courante[14]. Il considère par ailleurs que la notion de garde alternée n'implique pas une stricte égalité des périodes de prise en charge entre les parents.[15]

Le recours au terme « prise en charge » apparaît ainsi plus approprié pour permettre de tenir compte d'une participation effective des parents à la vie quotidienne de l'enfant, notamment dans les tâches de care telles que les soins et les devoirs scolaires, mais également dans l'ensemble des activités domestiques non rémunérées : préparation des repas, achats d'habits, accompagnement aux rendez-vous médicaux et d'hygiène, etc.

Le droit en vigueur permet, en principe une participation équilibrée des deux parents à la vie de l'enfant, lorsque ceux-ci s'accordent sur les modalités de la garde. En cas de désaccord, toutefois, les critères jurisprudentiels d'attribution de la garde, notamment « la stabilité de la situation » et « la possibilité pour un parent de s'occuper personnellement de l'enfant » tendent à favoriser le statu quo[16]. L'interprétation de ces critères conduit souvent à privilégier les faits antérieurs à la séparation dans l'objectif est de préserver le bien-être de l'enfant. Pourtant, l'intérêt supérieur de l'enfant est un concept dynamique qui doit être apprécié à partir d'une évaluation actuelle et prospective de la situation, ainsi qu'à la lumière de l'évolution des connaissances sur le développement de l'enfant.

[10] BASS (nbp 6), Evaluation de la pratique des tribunaux, p. 2 s.
[11] BASS, STUTZ et al,. Wenn die Eltern nicht zusammenwohnen – Betreuungs- und Erziehungsverantwortung für die Kinder Auswertungen auf der Basis der repräsentativen gesamtschweizerischen Befragung im Rahmen des Forschungsprojekts «Kinder in multilokalen Familienarrangements» Schlussbericht, p. 51.
[12] Voir par ex. TF 5A_722/2020, consid. 3.4.1 : lorsque l'enfant se trouve à hauteur de 39% chez le père et 61% chez la mère, le Tribunal fédéral considère qu'il s'agit d'une prise en charge qui va au-delà d'un simple droit de visite et qualifie cette répartition de garde alternée.
[13] ATF 147 III 121, TF 5A_678/2023, consid. 4.3.1.
[14] ATF 147 III 121, TF 5A_678/2023, consid. 4.3.1.
[15] Voir par ex. TF 5A_722/2020, consid. 3.4.1 : lorsque l'enfant se trouve à hauteur de 39% chez le père et 61% chez la mère, le Tribunal fédéral considère qu'il s'agit d'une prise en charge qui va au-delà d'un simple droit de visite et qualifie cette répartition de garde alternée.
[16] SCHWARZER Gentiane/BERNARDI Laura, *The Role of Judges in Swiss Federal Jurisprudence Regarding Shared Physical Custody - Social Sciences Perspectives*, LIVES Working Papers 2025/106, http://dx.doi.org/10.12682/lives.2296-1658.2024.106.

En Suisse, pendant la vie commune, le modèle semi-traditionnel de la répartition des tâches demeure majoritaire[17]. Cela étant, la répartition des rôles parentaux[18] et la qualité de la coparentalité[19] établies avant la séparation peuvent soit se maintenir, soit évoluer en fonction des dynamiques relationnelles et des décisions judicaires concernant la garde.

Pour que les conditions d'une répartition réellement égale de la prise en charge des enfants soient réunies après une séparation, il est nécessaire de soutenir, dès la vie commune, des conditions structurelles favorables : un congé parental égalitaire, le développement de structures d'accueil extrafamilial accessibles, la conciliation entre vie privée et vie professionnelle, ainsi que des mesures promouvant l'égalité salariale.

En outre, dans la pratique judiciaire, la méthode de calcul des contributions d'entretien doit être modifiée pour favoriser la garde alternée. Actuellement, elle provoque un « effet bascule »[20] dès qu'un parent assume environ 30% de la prise en charge quotidienne de l'enfant[21], et elle tend à invisibiliser les tâches de care.[22] Ces deux effets nuisent à l'égalité entre les parents, touchant défavorablement une majorité de femmes. En d'autres termes, la méthode de calcul actuelle, en cas de garde alternée, tend à accroître la reconnaissance des charges du parent assumant 30 % du quotidien de l'enfant, ce qui réduit la contribution d'entretien versée, sans que les coûts réels de l'enfant ne diminuent de manière équivalente chez l'autre parent.

Au vu de ce qui précède, la Chaire de droit des familles de l'université de Neuchâtel rejette l'initiative parlementaire dans ses deux variantes, les conditions relatives à la mise en place d'une garde alternée systématique dans l'intérêt de l'enfant n'étant pas réunies à ce jour. Néanmoins, la Chaire réitère son soutien à une répartition plus égalitaire de la prise en charge des enfants au sein des familles et dans les décisions judicaires, le Code civil permettant déjà d'ordonner une garde alternée lorsque cela est dans l'intérêt de l'enfant.

Chaire de droit des familles de l'Université de Neuchâtel – SNSF SINERGIA PROJECT (FamyCH) Family Custody Arrangements and Child Well-Being in Switzerland 2023-2027 (legal team)
Prof. Sabrina Burgat, Dr iur.
Dr iur, Anaïs Hauser, post-doctorante
Gentiane Schwarzer, doctorante

---

[17] Statistiques OFS – Enquête suisse sur la population active (ESPA), https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/population/familles/activite-professionnelle-taches-domestiques-familiales.html : La répartition selon laquelle l'homme travaille à plein temps et où la femme est sans activité professionnelle ou à temps partiel (de 1 à 89%) est recensée chez près de 65% des couples dont le ou la plus jeune enfant est âgé·e de 4 à 12 ans.

[18] PETREN, Raymond E./FERRARO Anthony J./PINTO Emily, *Pre-Separation family relationships and post-separation involvement among nonresident fathers in the United States*. *Journal of Family Studies*, *30*(3)/2023, p. 531–551, p. 554.

[19] DARWICHE Joëlle/ NUNES EIRA C./ EL GHAZIRI Nahema/IMESH Camille/BESSERO Séverine, *Coparenting interventions and shared physical custody: Insights and challenges*, in : BERNARDI Laura/MORTELMANS Dimitri (édit.), *Shared Physical Custody - Interdisciplinary insights in child custody arrangements*, Cham 2021, p.253-284.

[20] ARNDT Christine/JUNGO Alexandra, Die Berechnung von Unterhalt – ein Lösungsansatz, FamPra.ch 2025, 281 – 307, p. 300; AEBI-MÜLLER Regina E./COSKUN-IVANOVIC Tanja, Expertengutachten «Kindesunterhaltsrecht: Insbesondere Auswirkungen der Einführung des Betreuungsunterhalts und der Betreuungsregelung», ch. 4.5 - 4.7. *Cf.* également : BASS (nbp 5), Evaluation de la pratique des tribunaux, p. 3-4, et sa version en allemand, p. 11, 24, 65 et 84 ss.

[21] Selon le principe d'équivalence des prestations, en cas de garde exclusive, les coûts de l'enfant sont en principe acquittés dans leur entièreté par le parent non-gardien (TF 5A_157/2021 du 24 février 2022, consid. 6.1 ; ATF 147 III 265, consid. 5.5 ; TF 5A_727/2018 du 22 août 2019, consid. 4.3.1 et 4.3.2 ; ATF 135 III 66, consid. 4 ; ATF 114 II 26, c. 5b). Voir également TF 5A_330/2022, consid. 4.1.1 et 4.1.2 concernant les coûts de logement ; TF 5A_952/2019 du 2 décembre 2020, consid. 6.3.2 qui limite la participation de l'enfant à l'excédent.

[22] BURGAT Sabrina, La répartition de l'excédent lors du calcul des contributions d'entretien et la prise en compte du travail de care ; analyse de l'arrêt du Tribunal fédéral 5A_636/2023, Newsletter droitmatrimonial.ch mai 2025.

Stellungnahme des Vereins
Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz

im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative 21.449 «Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Steckborn , 28. September 2025

Der Verein Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz bedankt sich für die Möglichkeit, zum Vorentwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) Stellung zu nehmen.
Wir vertreten die Perspektiven und Anliegen von Ein-Eltern-Familien und setzen uns für faire, tragfähige und kindgerechte Rahmenbedingungen ein. Dabei stellen wir das Wohl der Kinder konsequent ins Zentrum.

I. Grundsätzliches

Wir begrüssen, dass die Vorlage keinen Automatismus einführen will. Ein paritätisches Betreuungsmodell darf nicht zur gesetzlichen Norm erhoben werden, da die Lebensrealitäten von Familien sehr unterschiedlich sind. Individuelle Lösungen müssen im Vordergrund stehen – immer orientiert am Kindeswohl.
Unser Verein betont jedoch mit Nachdruck:
Damit die alternierende Obhut in mehr Fällen überhaupt realistisch und tragfähig wird, braucht es **zuerst ein tiefgreifendes gesellschaftliches Umdenken.** Noch immer ist es in der Schweiz so, dass Mütter den überwiegenden Teil der Care-Arbeit übernehmen, während Väter mehrheitlich auf Erwerbsarbeit fokussiert sind.
Die alternierende Obhut setzt voraus, dass Väter nicht nur im Trennungsfall, sondern bereits **vorher im gemeinsamen Familienleben selbstverständlich Verantwortung als Erziehende übernehmen – und dies auch wollen und können.**
Ohne diese Grundlage bleibt die alternierende Obhut oft ein Konstrukt auf dem Papier, das in der Praxis Spannungen, Überlastungen und Instabilität für Kinder wie Eltern erzeugen kann.
Daher sehen wir den grössten Handlungsbedarf **nicht in einer Gesetzesänderung**, sondern in politischen, gesellschaftlichen und arbeitsrechtlichen Massnahmen, die echte partnerschaftliche Elternschaft fördern:

- **Schaffung und Förderung flexibler Arbeitsmodelle für beide Elternteile**
- **konsequente Lohngleichheit**
- **Ausbau von qualitativ guter, bezahlbarer Kinderbetreuung**
- **gesellschaftliche Sensibilisierung für Vaterschaft als aktive, gleichwertige Elternrolle**

Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann alternierende Obhut nach einer Trennung in der Praxis auch wirklich dem Kindeswohl dienen.

II. Zu den Varianten

Wie bereits dargelegt, halten auch wir eine umfassende Gesetzesrevision nicht für vordringlich. Sollte dennoch zwischen den Varianten gewählt werden, sprechen wir uns für **Variante 1** aus. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass die alternierende Obhut eine mögliche Lösung sein kann, aber nicht in jedem Fall die beste. Der Vorrang des Kindeswohls muss uneingeschränkt gewahrt bleiben.

III. Weitere Bemerkungen

Wir erachten es als zentral, dass die Thematik der **häuslichen Gewalt** im Gesetz explizit berücksichtigt wird. Eine gesetzliche Klarstellung, dass bei Fällen von Gewalt der Grundsatz der gleichmässigen Betreuung nicht gelten darf, ist zwingend erforderlich.
Darüber hinaus sollte eine stärkere Förderung von Mediation, Elterncoaching und interdisziplinären Beratungsangeboten erfolgen, um tragfähige Lösungen für Kinder und Eltern zu ermöglichen.

Fazit:

Die Förderung der alternierenden Obhut darf nicht isoliert betrachtet werden. Entscheidend ist ein gesamtgesellschaftliches Umdenken: Väter müssen schon **vor einer Trennung** selbstverständlich Erziehungsverantwortung tragen wollen und können. Nur wenn dies gelingt, kann das Modell alternierende Obhut für Kinder tatsächlich stabil, entlastend und im Sinne des Kindeswohls wirksam sein.

Für den Verein Alleinerziehende Ein-Eltern-Familien Region Ostschweiz

Im Auftrag des Vorstandes

Simone Zuberbühler

Vereinsadresse:

Verein Alleinerziehende Ein Eltern Familien Region Ostschweiz
c/o Dunja Jenni
Sonnmattweg 4
8500 Frauenfeld
info@alleinerziehende-ostschweiz.ch
www.alleinerziehende-ostschweiz.ch

zz@bj.admin.ch
Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
3003 Bern

Bern, 07. Oktober 2025

21.449 N Parlamentarische Initiative Kamerzin.
Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern.
Stellungnahme VeV Schweiz – Verein für elterliche Verantwortung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns eingeladen, zur genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen.
Für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

VeV Schweiz

Der Verein für elterliche Verantwortung wurde 1993 in Baselland gegründet. Er setzt sich seit der Gründung für die gemeinsame Elternschaft und die gemeinsame elterliche Verantwortung ein. Mit insgesamt 11 Beratungsstandorten sowie einer Hotline bietet der VeV Unterstützung für Direktbetroffene. Die Organisation beteiligt sich ausserdem am fachlichen Austausch und organisiert regelmässig entsprechende Veranstaltungen für Fachpersonen.

Gerne nutzen wir die Gelegenheit, zur aktuellen Vorlage 21.449 Stellung zu nehmen.

Ausgangslage

Die heutige Praxis bei der Verteilung der elterlichen Rollen nach Trennung/Scheidung hat ursächlich zur vorliegenden Initiative geführt. Der gesetzgeberische Wille wird unterschiedlich und teilweise willkürlich umgesetzt, was zu einer unbefriedigenden Praxis bei der Zuweisung der elterlichen Rollen führt. Das Prinzip der alternierenden Obhut ermöglicht eine ausgewogene Beteiligung der Eltern an der Betreuung, Erziehung und dem Unterhalt der Kinder, ein wünschenswertes Ziel.

Zahlreiche Studien zeigen, dass die alternierende Obhut in den meisten Fällen die ausgewogenste Art der Wahrnehmung der Elternrollen bietet. Sie fördert die Übernahme von Verantwortung durch beide Elternteile. Sie trägt dazu bei, negative emotionale und beziehungsbezogene Auswirkungen auf die Entwicklung Minderjähriger zu verringern, welche mit der verbreiteten Praxis der einseitigen Obhut mit eher bescheidenem Besuchsrecht für den anderen Elternteil häufig entstehen.

Mit der klaren Verankerung der alternierenden Obhut im Gesetz, wie es die Initiative fordert, wird dieser Erkenntnis Rechnung getragen.

Entwurf
Der vorliegende Entwurf stellt zwei unterschiedliche Möglichkeiten vor, die Initiative umzusetzen.

In Variante 1 prüft die zuständige Behörde die Möglichkeit der alternierenden Obhut nur dann, wenn ein Elternteil oder das Kind dies in einem entsprechenden Antrag verlangt.

In Variante 2 wird die zuständige Behörde gesetzlich verpflichtet, die Möglichkeit zu prüfen, unabhängig von einem entsprechenden Antrag.

In beiden Varianten steht das Wohl des Kindes (best interest of the child) im Vordergrund.

Beurteilung VeV Schweiz zu Variante 1
Variante 1 führt das bestehende Konzept der Antragserfordernis fort. Erfreulich ist, dass in Variante 1 ausdrücklich erwähnt wird, dass die blosse Weigerung eines Elternteils der Anordnung nicht entgegensteht, ein wichtiges Element, um Streitigkeiten über die geeignete Betreuungsform zu reduzieren.

In dieser Variante ist ein ausdrücklicher Antrag eines Elternteils oder des Kindes erforderlich. Diese Variante bietet daher all jenen Personen, welche diese Betreuungsform wünschen, die rechtliche Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.
Hingegen besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Anträge trotz dem Wunsch nach alternierender Obhut aus Unkenntnis, falscher Beratung oder anderen Gründen nicht gestellt werden, und darum die Behörde keine entsprechenden Schritte oder Prüfungen unternehmen würde.

Beurteilung VeV Schweiz zu Variante 2
Variante 2 entspricht im Prinzip einem Regelfall, wie er bei der gemeinsamen Sorge besteht. Die alternierende Obhut wird zum Regelfall, sofern nicht klar benannte Kriterien einer Anordnung der Betreuungsform entgegenstehen.

Der VeV ist der Ansicht, dass eine solche flächendeckende Anordnung womöglich nicht sinnvoll ist. Im Gegensatz zur Sorge, kann es bei der Obhut durchaus praktische Gründe geben, welche gegen eine Umsetzung der alternierenden Obhut sprechen.
Da kein expliziter Antrag erforderlich ist, sondern lediglich die Tatsache, dass zwischen den Eltern Uneinigkeit herrscht, könnte diese Variante zu unerwünschten Resultaten führen.
Konkret könnte hier eine Anordnung der alternierenden Obhut zustande kommen, ohne dass die Eltern und/oder das Kind dies gewünscht hätten.

VeV Schweiz
Verein für elterliche Verantwortung
5200 Brugg
056 552 02 05
info@vev.ch / www.vev.ch
Raiffeisenbank Villmergen / IBAN CH07 8080 8007 4446 7092 3

Vorschlag VeV Schweiz
Angesichts der oben beschriebenen Ausgangslage, halten wir eine Kombination der beiden Varianten für ideal. Wir sind der Ansicht, dass die alternierende Obhut in so vielen Fällen wie möglich zur Anwendung kommen sollte, genau gesagt überall dort wo ein Beteiligter diesen Wunsch äussert, und nicht explizite Tatsachen dagegenstehen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, die Variante 1 zu verwenden. Diese soll aber mit einer gesetzlichen Aufklärungspflicht durch die Behörde verbunden werden, so dass sichergestellt ist, dass alle interessierten Parteien auch über die Möglichkeit des Antrages informiert sind.

Aus unserer Sicht könnte damit die maximale Zahl möglicher Interessenten abgeholt werden, ohne die Gefahr, das Konzept Familien überzustülpen, welche gar nicht in der Lage sind, das Konzept auch umzusetzen.

Fazit
Die parlamentarische Initiative 21.449 ist ein weiterer Schritt in Richtung einer modernen Familienpolitik. Sie stärkt die Rechte des Kindes, fördert die elterliche Verantwortung bei gleichzeitiger Stärkung der Rechte des Kindes. Sie vermag einseitige Belastungen zu reduzieren

Der VeV Schweiz unterstützt deshalb die Initiative ausdrücklich. Wir sind wie erwähnt der Ansicht, dass die Prüfung der alternierenden Obhut auf Antrag, um eine verbindliche behördliche Aufklärungspflicht zu ergänzen ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme

Freundliche Grüsse

VeV Schweiz

Oliver Hunziker
Präsident VeV Schweiz

VeV Schweiz **056 552 02 05**
Verein für elterliche Verantwortung info@vev.ch / www.vev.ch
5200 Brugg **Raiffeisenbank Villmergen / IBAN CH07 8080 8007 4446 7092 3**
www.zweidehei.ch www.zwueschehalt.ch www.grosselterninitiative.ch www.gecobi.ch www.blauesamichlaus.ch

Von:	Murat Acarli
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	STN Acarli Murat 10.09.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Mittwoch, 10. September 2025 13:15:56

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüssen

Murat Acarli

Von:	Stephan Beck
An:	PARL Info RK.CAJ
Betreff:	Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?21)
Datum:	Dienstag, 14. Oktober 2025 16:26:51

Sehr geehrte Damen und Herren
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
In unserem Fall erhielt ich als Vater, nach 9 Jahren Rechtstreit [redacted], die alternierende Obhut durch das Bundesgericht in Lausanne zugesprochen.
Dies kann es doch einfach nicht sein, einen solchen Streit der Eltern, unter unsachgemässer Beeinflussung gewisser Anwälte, zu Lasten der Kinder auszutragen
Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen
Stephan Beck Raemy
[redacted]

[redacted], 14.10.2025

Von:	Stefan Buballa
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	STN Buballa Stefan 11.09.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Donnerstag, 11. September 2025 17:02:54

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als betroffener Vater wende ich mich an Sie in dieser wichtigen Angelegenheit.

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Wieso komme ich hierzu?

Ich bin selber geschieden und habe 2 Kinder. Bei Scheidung waren diese 1 und 7 Jahre alt. Ich hatte meinem Sohn damals versprochen, auch nach der Scheidung immer für ihn da zu sein und das ich mich hälftig um ihn kümmern würde.

Erst im Laufe der Scheidung wurde mir klar, dass die keinesweg sicher war. Ich erfuhr, dass der Regelfall ist, dass die Kinder nur in der Obhut der Mutter leben, der Vater allenfalls Besuchsrecht hat und so viele Kinder nach der Scheidung ihren Vater "verlieren".

Ich hatte ein Riesenglück, dass meine Exfrau nach langem Hin und Her in diese Lösung einwilligte und bin sehr glücklich, dass beide Kinder in getielter Obhut aufwachsen können. Auch die Kinder sind dankbar für diese Ausnahmesituation, ist es doch bei ihren Freunden (bei einer Scheidungsrate von 50%) in der Regel anders.

Ich bitte Sie daher inständig:
Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf. Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

--
Meilleures salutations / kind regards / mit freundlichen Grüssen
Dr.med. Stefan Buballa
[redacted]
11.9.25

Von: [redacted]
An: PARL Info RK.CAJ
Betreff: STN Burkhard Stefan 10.09.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum: Mittwoch, 10. September 2025 13:06:49

Guten Tag geehrte Dame/n und Herr/en
Aus eigener Erfahrung will ich gerne einbringen, dass die alternierende Obhut für JEDES Kind und daher jede Elternschaft, egal welchen Zivilstandes, unbedingt die Regel sein sollte.
Nachdem die Mutter unserer Kinder sich spontan entschloss, ohne vorgängige Erwähnungen und Gründe unsere Familie/Beziehung zu beenden, mit dem bereits konkreten Plan nach [redacted] zu ziehen, musste ich mich mit Anwälten und der KESB sowie einem Gutachten wehren und belegen, dass ich ebenfalls Erziehungs- und Betreuungsfähig bin. Das hat super geklappt, [redacted] Sei es im Umgang mit den Kindern, wie auch dem weiteren Plan was das Aufwachsen der Kinder (sie sollen ein Zuhause mit festem Anker und Sicherheit haben) betrifft. [redacted] Das Gutachten wie die KESB hat dies sofort erkannt und gesagt, dass die Kinder bei mir/uns im Ort bleiben sollen, wo sie hin gehören. Die Mutter entschied sich dann, doch nicht in eine "Patchwork-WG" nach [redacted] zu ziehen (wo die Kinder abgesehen davon, KEINE Bekannten, Verwandten oder Freunde in der Nähe gehabt hätten) und blieb im Ort hier, damit wir die Kinderbetreuung 50/50 machen können. Ansonsten hätten die Kinder 100% bei mir gewohnt. Auch die Adresse sowie alles andere, ist nach wie vor bei mir Zuhause (dann werden auch die Post etc der Kinder sicher bearbeitet und alle Rechnungen bezahlt.....). Unsere beiden Jungs [redacted] geniessen es bei mir zu sein und sträuben sich jeweils, zu Mama gehen zu "müssen". Aber wir schaffen es..
Auch machte die Kindesmutter vorgängig - bevor ich etwas von Trennung wusste - den Versuch, mit den Kindern abzuhauen. Die aufmerksame Gemeindemitarbeiterin hatt dann zufällig (da wir nicht verheiratet waren) bemerkt, dass da noch ein Papa ist, und der Mutter die Unterlagen welche bereits auf dem Tresen lagen, wieder entrissen und gesagt, sie könne ohne die Zustimmung des Kindesvaters nicht einfach sich und die Kinder abmelden. Wäre diese tolle Dame nicht aufmerksam gewesen, oder hätte es eine weniger erfahrene Person ausgeführt, wären die Kinder nun "verloren" gegangen und irgendwo unter fragwürdigen Umständen mit der Mutter weg. Scheinbar hätte man sie dann auch kaum noch wieder nach Hause holen können. Horror für einen liebenden Elternteil, der die Familie über alles stellt und liebt, oder?
Diese Möglichkeit, dass ein Elternteil ohne Zustimmung des zweiten Elternteils den Ort wechseln kann, MUSS UNBEDINGT EBENFALLS GESETZLICH GEÄNDERT WERDEN!
Daher sollte meines Erachtens die alternierende Obwhut sowieso Standart sein - ohne dass ein schuldloser Papa um seine Kinder fürchten und kämpfen muss, mit ungewissem Ausgang.
Zudem die angesprochene Situation, dass Frauen die Kinder einfach packen und mit ihnen spontan wegziehen können, ohne dass dann der Papa noch Eingreifen kann, MUSS ebenfalls geändert werden. """Kein Wegzug ohne Einverständnis beider Elternteile."""
Ich danke Ihnen herzlichst für Ihre Bemühungen und Ihre Zeit, diese enorm wichtigen Punkte aufzunehmen und zum Guten zu führen.
Beste Grüsse und alles Gute,
Stefan Burkhard

Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüssen
Daniel Eisenegger, [redacted]
[redacted], 12.10.2025

Von:	Ron Geburtig
An:	PARL Info RK.CAJ
Betreff:	Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)
Datum:	Donnerstag, 9. Oktober 2025 14:46:31

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen, denn

1. **Kinder brauchen beide Eltern** – auch nach der Trennung, nicht nur am Wochenende.
2. **Gleichstellung darf nicht am Familiengericht enden, wo Frauen immer noch als der wichtigere Elternteil angesehen wird.**
3. **Die automatische Prüfung entlastet den benachteiligten Elternteil**, der sonst aktiv für die Alternierende Obhut kämpfen muss.

Aus eigener Erfahrung aber weiss ich, dass selbst bei alternierenden Obhut als Regelfall nicht enden darf: Viele Frauen sind kriminell und schrecken auch nicht davor zurück selbst Kinder, die in der alternierenden Obhut sind zu missbrauchen und zu entfremden um dann Kasse zu machen. Unterstützt werden sie hier von einer korrupten Scheidungsindustrie (alle Anwälte kennen sich in einer Stadt und teilen sich den Kuchen gerne auf).
Daher muss es eigentlich weiter gehen, wie in Kentucky:

Im amerikanischen Bundesstaat Kentucky wurde Alternierende Obhut (Shared Custody) zum Wohl des Kindes bereits 2018 im Gesetz verankert. Neue US Statistiken zu einer seitdem um 25% gesunkenen Scheidungsrate lassen auch die Behörden in den anderen US Bundesstaaten aufhorchen. Mit Alternierender Obhut erhalten bei einer Trennung beide Elternteile nicht nur gleiche Rechte und Pflichten für die Betreuung ihrer Kinder, aus Trennungen und Scheidungen wird gleichwohl die Motivation für finanzielle Streitigkeiten reduziert. Hier mal ein Video dazu -

https://www.youtube.com/watch?v=wUsRLogAqj0

Wer die Demokratie schützen will und noch mehr Extremismus verhindern will, der sorgt mit Kentuckianischen Verhältnissen endlich für Gerechtigkeit für Kinder und Väter, die die wahren Opfer des toxischen Familienunrechtes sind!

Mit freundlichen Grüssen

Ron Geburtig, [redacted]

8.10.2025

Von: Aaron Handschin
An: BJ-ZZ
Betreff: STN Handschin Aaron L. K. 23.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum: Donnerstag, 23. Oktober 2025 13:46:04

Achtung: Diese E-Mail stammt von einer externen Quelle. Bitte prüfen Sie den Inhalt mit besonderer Sorgfalt.
Attention: cet e-mail provient d'une source externe. Veuillez en vérifier le contenu avec la plus grande vigilance.
Attenzione: questa e-mail proviene da una fonte esterna. La preghiamo di verificarne attentamente il contenuto.

An:
Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
CH-3003 Bern
(per E-Mail: zz@bj.admin.ch)

Betreff:
Stellungnahme zur Vernehmlassung RK-N zur pa.Iv. 21.449 Kamerzin (alternierende Obhut) - Ergänzende Perspektive eines betroffenen Elternteils

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe mit grossem Interesse die Vernehmlassungsantwort des Frauenhauses beider Basel vom 15. Oktober 2025 zur parlamentarischen Initiative 21.449 (alternierende Obhut) gelesen.
Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, als betroffener Elternteil ergänzend eine persönliche Sicht einzubringen.

Ich verstehe und respektiere die Schutzfunktion der Frauenhäuser, insbesondere für Frauen und Kinder, die tatsächlich von häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist richtig und wichtig, dass diese Stimmen gehört und geschützt werden.

Gleichzeitig möchte ich als Vater darauf hinweisen, dass die Realität vieler Trennungssituationen deutlich differenzierter ist, als es in der Stellungnahme zum Ausdruck kommt. Nicht jede Konfliktsituation oder partnerschaftliche Krise ist Ausdruck von Gewalt - und dennoch geraten Väter (und auch manche Mütter), die sich kooperativ und kindeswohlorientiert verhalten wollen, oft automatisch in eine defensive Position, sobald ein Verfahren mit dem Stempel «Gewaltverdacht» versehen ist.

Dies führt in der Praxis dazu, dass Kinder, die bis zur Trennung in stabilen und liebevollen Beziehungen zu beiden Eltern standen, abrupt von einem Elternteil getrennt werden. Solche Trennungen geschehen teilweise ohne gerichtliche Anhörung, auf Basis von einseitigen Darstellungen oder aus reiner Vorsicht der Behörden - und können für die betroffenen Kinder eine erhebliche emotionale Belastung darstellen.

Ich möchte daher anregen, dass bei zukünftigen Gesetzesrevisionen und auch in der Umsetzungspraxis stärker zwischen nachgewiesenen Gewaltfällen und hochkonflikthaften, aber gewaltfreien Trennungen differenziert wird. Nur so kann das Kindeswohl - im Sinne von Stabilität, Beziehungserhalt und emotionaler Sicherheit - wirklich gewährleistet werden.

Auch wäre zu prüfen, ob Verfahren stärker auf kooperative Elternprogramme, Mediationen und beziehungsorientierte Elterntrainings fokussieren sollten, anstatt vorschnell Schutzmechanismen zu aktivieren, die im Einzelfall zu einer Entfremdung der Kinder führen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie auch Stimmen aus der Praxis der betroffenen Eltern in Ihre Überlegungen einbeziehen.

Mit freundlichen Grüssen
Aaron L. K. Handschin (Betroffener Vater und Elternteil von zwei Kindern)
[redacted], 23.10.2025

Von: Kurt Heimann
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung über die alternierende Obhut
Datum: Freitag, 10. Oktober 2025 16:57:26

Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)

Sehr geehrte Damen und Herren
Wir sind die Grosseltern [redacted] und sehr daran interessiert, dass unser Sohn und die Mutter von [redacted] gleichverantwortlich für ihre Tochter sind. Mit dieser Stellungnahme sprechen wir uns klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Deshalb fordern wir den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen

Rosemarie Müller, [redacted]
und
Kurt Heimann, [redacted], 10. Oktober 2025

Von: Matthieu Heimann
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Alternierende Obhut Vernehmlassung
Datum: Donnerstag, 9. Oktober 2025 04:48:10

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Betroffener von vier Jahren zermürbender Rechtsstreitigkeiten spreche ich mich ausdrücklich für Variante 2 aus. Die alternierende Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein längst überfälliger Schritt in einem modernen Rechtsstaat im Jahr 2025.

In meinem Fall wurde mit fiesesten Tricks und übelsten falschen Anschuldigungen durch ständig wechselnde, unentgeltliche Rechtspflegen immer wieder versucht, die alternierende Obhut zu torpedieren.
Ohne jahrelangen zermürbenden Kampf, die Unterstützung meiner Familie und Zehntausenden von Franken Verfahrenskosten hätte die gemeinsame Tochter ihren Vater nie wieder gesehen.
Dies muss künftig betroffenen Vätern, die nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen, unbedingt erspart bleiben und die Kinder geschützt werden.

Kinder brauchen beide Eltern!

Die alternierende Obhut muss der gesetzliche Regelfall sein.

Das Gesetz gemäss der Variante 2 ist längst überfällig und muss zeitnah umgesetzt werden, um die unschuldigen Kinder, die bereits genug zu leiden haben, umgehend zu schützen.

Freundliche Grüsse

Matthieu Heimann
[redacted]

[redacted], 9. Oktober 2025

Von:	Beat Köpfli
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	Alternierende Obhut
Datum:	Mittwoch, 8. Oktober 2025 21:34:06

Guten Tag
Ich heisse Beat Köpfli
und ich finde die Alternierende Obhut sollt als standart gelten. Es sind viele Gründe die dafür sprechen.
Zum einen sind Mann und Frau gleichgestellt. Was das eigentlich schon ausreicht um Mann und Frau je 50 % der Betreuung zu geben. Sonst werden aus meiner sicht die Gleichstellung Frage untergraben.
Ich Finde auch das der Mann ein sehr gutes verhältniss zum Kind/er haben.
Die Frauen möchten ja auch Arbeiten. Gleichberechtigung und der Mann schaut zu den Kindern. Das möchten auch einige Männer.
Wenn Eine Frau den Mann verlässt, verlieren ja beide dich andere hälfte. Das heisst aber nicht das die Frau das Anrecht hat die Kinder zu betreuen und so weiderleben darf wie Immer nur ohne Mann. Und dem Mann wird die Ganze Familie genommen, und darf alleine Leben.
Besten Dank
Ich bin für Alternierende Obhut.

Von:	Oliver Kreutzer
An:	PARL Info RK.CAJ
Betreff:	Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum:	Mittwoch, 10. September 2025 12:00:15

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

In meinem Fall war es so, dass der Richter sagte "Hätte ich einen Goof, wäre ich froh, wenn ich mich möglichst wenig um diesen kümmern müsste" -> Wie somit entschieden wurde (ich habe die alternierende Obhut beantragt), lässt sich aufgrund dieser Aussage wohl erahnen.
Gerichte orientieren sich demzufolge noch zu oft an überholten Rollenbildern und dass unsere Tochter das Recht auf beide Eltern hat - wurde somit aus meiner Sicht zu wenig Rechnung getragen.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Freundliche Grüsse
Oliver Kreutzer

Von:	Künzli Philipp
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)
Datum:	Donnerstag, 9. Oktober 2025 07:22:36

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme möchte ich meine klare Unterstützung für Variante 2 zum Ausdruck bringen. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein wichtiger Schritt hin zur Gleichstellung und zum Wohl der Kinder.

Die derzeitige Praxis führt häufig zu Ungleichbehandlungen, schaffen Rechtsunsicherheiten und kann zu einer belastenden Entfremdung zwischen Eltern und Kindern führen. Ich bin der Ansicht, dass die Alternierende Obhut der Regelfall sein sollte, und nur bei eindeutig nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt davon abgewichen werden sollte.

Ich appelliere an den Gesetzgeber, Variante 2 umzusetzen und diese mit klaren Leitlinien für die praktische Anwendung zu untermauern.

Freundliche Grüsse
Philipp Künzli

In der elektronischen Korrespondenz kann die im Schriftverkehr übliche Vertraulichkeit nicht gewährleistet werden. Bitte überprüfen Sie daher sorgfältig, welche Mitteilungen und Beilagen Sie per E-Mail senden und erhalten möchten. Falls Sie dieses E-Mail irrtümlicherweise erhalten haben, bitten wir Sie, die absendende Person zu kontaktieren und dieses E-Mail mit allen Anhängen von Ihrem System zu löschen.

Avec la communication par courrier électronique, la confidentialité des informations n'est pas garantie comme elle l'est usuellement dans la correspondance écrite. Veuillez donc être vigilant lorsque vous envoyez ou recevez des communications et pièces jointes par courriel. Si vous avez reçu ce courriel par erreur, nous vous prions de contacter l'expéditeur/trice et de l'effacer avec toutes les pièces jointes de votre système.

Nella corrispondenza elettronica, la confidenzialità dei dati non può essere garantita come nella corrispondenza scritta. Controlli quindi attentamente i messaggi e gli allegati che invia e riceve via e-mail. Se ha ricevuto questa e-mail per errore, contattati il/la mittente e cancelli il messaggio e tutti gli allegati dal suo sistema.

Von: [redacted]
An: PARL Info RK.CAJ
Betreff: Vernehmlassung "Alternierende Obhut als gesetzlicher Regelfall" - Eingabefrist bis 14. Oktober 2025
Datum: Montag, 15. September 2025 09:30:29

Sehr geehrte Damen und Herren
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Unbelegte Vorwürfe dürfen nicht zum Verlust des Umgangsrechts führen. Kinder haben das Recht auf beide Eltern – unabhängig vom Streit der Erwachsenen.
Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
--
Freundliche Grüsse
Samuel Kurth

[redacted]

Von:	Alexander Lehrmann
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	STN Lehrmann Alexander 10.10.2025 Alternierende Obhut fördern
Datum:	Freitag, 10. Oktober 2025 11:46:30

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf. Alles andere führt zu Schieflagen, für die Kinder und vor allem im Anspruchsdenken.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Freundliche Grüsse

Alexander Lehrmann
[redacted]
[redacted]
10.10.2025

Von: [redacted]
An: PARL Info RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum: Freitag, 10. Oktober 2025 15:17:33

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Direktbetroffener, Vater von zwei Kindern, möchte ich mich mit dieser Stellungnahme klar für Variante 2 aussprechen.

Eine gesetzlich verankerte automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist nicht nur ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl, dies sollte zwingend im Gesetz verankert sein. Meine Kinder sagten mir mehrmals nach der Trennung, dass sie beide Eltern zu gleichen Prozenten wollen. Die Kinder nur am Wochenende zu sehen, wäre klare psychische Gewalt gegenüber den Kindern und dem Elternteil, welches die Kinder weniger hat. Meine ehemalige Partnerin versucht alles mit allen Mitteln zum die volle Obhut der Kinder zu bekommen. Dies sollte strafbar sein, weil sie dadurch versucht eine Eltern-Kind-Entfremdung zu erreichen. Es kann nicht sein, dass Gleichstellung am Familiengericht endet oder sogar noch unterstützt wird. Die Folgen daraus können so schlimm sein, dass ein betroffener Elternteil so verzweifelt ist und Suizid begeht. Auch nicht wegzudenken sind die betroffenen Grosseltern, welche darunter leiden.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung, wie auch Grosseltern-Grosskind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf. Kinder brauchen beide Eltern. Die automatische Prüfung entlastet den benachteiligten Elternteil der sonst aktiv für die Alternierende Obhut kämpfen muss, was einen finanziell ruinieren kann und den Sozialstaat stark belastet. Dies erlebe ich leider als Direktbetroffener mit aller Härte. Ich, wie auch die Kinder leiden stark darunter. Die aktuelle Gesetzeslage schützt das Kindeswohl nicht zuverlässig.

Ich fordere den Gesetzgeber auf Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüssen
Daniel Lötscher

.....

Daniel Lötscher / [redacted] / Schweiz / [redacted]

.....

Von:	marcin janik
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	STN Marcin Janik 12.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Sonntag, 12. Oktober 2025 21:00:33

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl. Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die alternative Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenen Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf. Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Zu meiner Situation: Ich ([redacted]) bin zu 100 % berufstätig und betreue seit August 2023 zu 40 % meine drei Kinder

Eine geteilte Obhut finde ich aus eigener Erfahrung aus folgenden Gründen sinnvoll:

- **Väter sind oft benachteiligt**, Kinder hingegen sind häufig stärker an die Mütter gebunden.
  Häufig sind die Väter bei der Geburt des Kindes oder in den ersten Jahren der Kinder zu 100 % berufstätig und sorgen sich in dieser Zeit vor allem um das finanzielle Wohl der jungen Familie. Dieser Umstand führt dazu, dass die Kinder im Fall einer Trennung mehr mit der Mutter verbunden sind. Das kann von den Gerichten bei der Kindesanhörung missverstanden werden – **zu Ungunsten der Väter**, die oft mehr Verantwortung für ihre Kinder übernehmen wollen.
  Kinder sollten nicht entscheiden müssen, zu wem sie „gehören", denn dadurch geraten sie in einen **Loyalitätskonflikt**. Um die Kinder sollte nicht gekämpft werden. Zum Kindeswohl gehört auch **Papazeit**, selbst wenn es den Kindern am Anfang manchmal schwerfällt.

- **Eine Automatisierung des Systems** (Ausgangslage 50/50) wäre eine Entlastung, vor allem für Väter, um den Kampf um die Kinder zu vermeiden.
  Trotz meiner Kapazitäten für eine geteilte Obhut war das Erreichen eines Kompromisses mit der Kindesmutter sehr mühsam, da argumentiert wurde, dass ich immer zu 100 % gearbeitet habe, somit weniger mit den Kindern verbunden bin.

- **Kinder brauchen beide Eltern.**
  Es ist wichtig für die Kinder, dass sie beide Perspektiven im echten Alltag erleben – sowohl die weibliche, einfühlsame als auch die männliche, manchmal anspruchsvollere.
  Zum Beispiel: *Du gehst ins Fussballtraining, auch wenn es regnet, denn du hast dich verpflichtet; andere zählen auf dich – und so ist es auch im Erwachsenenleben.*

- **Umsetzung geteilter Obhut**
  Neben der geteilten Obhut als Regelfall sollten konkrete Massnahmen zur Umsetzung im Streitfall geprüft werden. Auch eine gerichtlich zugesprochene, geteilte Obhut garantiert nicht, dass keine **Entfremdung** passiert. Trotz zugesprochener 40 % Obhut kommt einer meiner Söhne ([redacted]) nicht zu mir, da er sich vermutlich in einem Loyalitätskonflikt befindet.

Mit Freundlichen Grüssen
Marcin Janik
[redacted]

12.10.2025, [redacted]

Von: Urs Moos
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum: Montag, 13. Oktober 2025 21:40:41

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus.
Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung.
Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Ich selbst befinde mich aktuell in einem Fall der die Alternierende Obhut betrifft.
Es ist tatsächlich so, dass von der Gegenseite gehofft wird, dass Sie die alleinige Obhut erhält.
Für mich als Vater ist diese Situation tragisch.
[redacted]
Die Mutter alleine kann jedoch nicht die ganze Zeit zu unserer Tochter schauen und so kommt es, dass die Schwiegereltern die Betreuung übernehmen
Und ich als Vater mein Kind nicht zu sehen bekomme.
Gleichzeitig wird eine hohe Geldsumme gefordert.
Sobald ein Gericht eingeschaltet ist. Gibt es leider nur noch den Weg über die Anwälte.
Ich als Vater muss um jeden Kontakt kämpfen.
Ich hätte nie gedacht, dass gerade jetzt bevor das Gericht ein Urteil fällt, eine solche «graue Zone»möglich ist.
Meine Frau hat das Kind bei der Trennung mitgenommen, und ich muss mit einem massiv reduzierten Zugang auskommen.
Dass hätte ich nie für Möglich gehalten im Schweizer Rechtssystem.
Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.
Freundliche Grüsse

Urs Moos
[redacted]
13.10.2025, [redacted]

Virenfrei.www.avast.com

Von:	Oliver Odermatt
An:	PARL Info RK.CAJ
Betreff:	Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)
Datum:	Donnerstag, 9. Oktober 2025 10:13:27

Sehr geehrte Damen und Herren
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Ich spreche aus Erfahrung und lebe die alternierende Obhut mit meiner Tochter ([redacted]) und ex-Frau seit 7 Jahren aus. Wir konnten dies einvernehmlich regeln und dies trotz wiederholtem Wohnsitzwechsel meiner ex-Frau.
Aus meinem Umfeld sind mir aber viele andere Fälle bekannt, wo meistens der Frau die alleinige Obhut zugesprochen wurde.
Die Gerichte orientieren sich meiner Meinung nach zu oft an überholten Rollenbildern. Ich bin der Meinung, dass die aktuelle Gesetzeslage das Kindeswohl nicht zuverlässig schützt. Eine 50:50 Betreuung ist kein Zwang, sondern ein Prüfauftrag - mit Spielraum für Einzelfälle. Bei uns ist es 40 : 60 und flexibel, was auch klappt und dem Kinde zum Wohle kommt. Kinder haben das Recht auf beide Eltern - unabhängig vom Streit der Erwachsenen.
Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen
Oliver Odermatt, [redacted]
[redacted], 9.10.2025

Von: Raymond Petitjean
An: PARL Info RK.CAJ
Betreff: STN Petitjean Raymond 12.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum: Montag, 13. Oktober 2025 10:30:50

Sehr geehrte Damen und Herren der Kommission für Rechtsfragen

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich entschieden für **Variante 2** der vorgeschlagenen Änderung des Zivilgesetzbuches aus. Die gesetzliche Verpflichtung für Gerichte, bei Uneinigkeit der Eltern die Betreuung zu gleichen Teilen als Ausgangspunkt zu prüfen, ist ein zwingend notwendiger Schritt für das Kindeswohl und die Gleichstellung.

Aus persönlicher, leidvoller Erfahrung:

Als Vater eines [redacted] Sohnes erlebe ich seit Jahren, wie die aktuelle Rechtslage einen engagierten Elternteil in einen permanenten Kampfmodus zwingt und dem Kind schadet.

1. **Zwei Gerichtsinstanzen für das Kindeswohl:** Ich musste die heute erfolgreich praktizierte 50/50-Betreuung (alternierende Obhut) für meinen Sohn in einem ressourcenintensiven Eheschutzverfahren vor zwei Gerichtsinstanzen erkämpfen. Sowohl das Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost als auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft bestätigten, dass dieses Modell dem Wohl meines Sohnes am besten entspricht. Variante 2 hätte diesen unnötigen Rechtsstreit möglicherweise verhindert, da die Prüfung des 50/50-Modells der Ausgangspunkt gewesen wäre.

2. **Die selbst geschaffene Distanz als Waffe:** Die Kindsmutter ist seit der Trennung innerhalb von zwei Jahren dreimal umgezogen ([redacted]) und hat die Distanz zum stabilen Lebensmittelpunkt unseres Sohnes in [redacted] eigenmächtig und wiederholt vergrössert. Paradoxerweise nutzt sie nun genau diese selbst geschaffene Distanz als Hauptargument gegen das gerichtlich bestätigte und funktionierende Betreuungsmodell. Eine gesetzliche Verankerung der hälftigen Betreuung als Regelfall würde solche destruktiven "Scheibchentaktiken" erschweren.

3. **Falschdarstellungen zur Diskreditierung des Modells:** Um das 50/50-Modell zu diskreditieren, behauptete die Kindsmutter vor Gericht, ihr Arbeitsverhältnis sei gekündigt worden, weil die alternierende Obhut einen geregelten Arbeitseinsatz verunmögliche. Das von ihr selbst eingereichte Kündigungsschreiben beweist das Gegenteil: [redacted]. Dies zeigt exemplarisch, wie die aktuelle Gesetzeslücke missbraucht wird, um ein funktionierendes Modell zu torpedieren.

Mein Sohn hat sein ganzes Leben in [redacted] verbracht; hier ist sein Zuhause, sein Kindergarten, seine Grosseltern und sein soziales Umfeld. Die Stabilität, die ich ihm biete, steht im krassen Gegensatz zur von der Mutter geschaffenen Instabilität.

Die alternierende Obhut sollte nicht die Ausnahme sein, die man sich unter enormem Aufwand erkämpfen muss, sondern der selbstverständliche Ausgangspunkt für die richterliche Prüfung. *Ich fordere Sie deshalb dringend auf, Variante 2 umzusetzen.*

Ich bitte Sie, meine persönlichen Angaben und die Details meines Falles vertraulich zu behandeln.

Freundliche Grüsse

Raymond Petitjean
[redacted], 12.10.2025

[redacted]

Von: Rolf Rüegg [redacted]
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Alternierenden Obhut von Rolf Rüegg
Datum: Dienstag, 14. Oktober 2025 12:37:21
Anlagen: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210) .pages

---

Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)

Sehr geehrte Damen und Herren
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

1. **Kinder brauchen beide Eltern** – auch nach der Trennung, nicht nur am Wochenende.
2. **Eltern-Kind-Entfremdung (EKE) ist psychische Gewalt**, wie auch der EGMR anerkennt.
3. **Gleichstellung darf nicht am Familiengericht enden.**
4. **Unbelegte Vorwürfe und der Missbrauch von Gewaltschutzmassnahmen dürfen nicht zum Verlust des Umgangsrechts führen.**

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen

Rolf Rüegg
[redacted]

[redacted] 14.10.2025

Freundliche Grüsse

Rolf Rüegg

[redacted]

Von:	Julian Schmidli
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	STN Schmidli Julian 10.09.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Mittwoch, 10. September 2025 13:18:08

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl. Gleichstellung darf nicht am Familiengericht enden.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung (EKE). EKE ist psychische Gewalt, wie auch der EGMR anerkennt. Sie entsteht oft dort, wo ein Elternteil seine Rolle verliert oder unbelegte Vorwürfe zum Ausschluss vom Umgang führen.

Die alternierende Obhut reduziert nachweislich elterliche Konflikte und trennungsinduzierten Kontaktabbruch, weil beide Elternteile gleichverantwortlich bleiben. Die automatische Prüfung entlastet den benachteiligten Elternteil, der sonst aktiv für die alternierende Obhut kämpfen muss.

Gerichte orientieren sich noch zu oft an überholten Rollenbildern. Stattdessen sollte die alternierende Obhut der gesetzliche Regelfall sein – mit Abweichungen nur dann, wenn ein klar nachgewiesener Kindeswohlkonflikt vorliegt.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Beste Grüsse

Julian Schmidli
[redacted]

Von: Daniel Sigrist
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Cc: [redacted]
Betreff: STN Sigrist Daniel 12.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum: Sonntag, 12. Oktober 2025 22:53:55

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der laufenden Vernehmlassung zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Förderung der alternierenden Obhut) möchte ich mich als engagierter Bürger mit einer persönlichen Stellungnahme an Sie wenden.
Ich begrüsse ausdrücklich die Zielsetzung, eine möglichst gleichmässige Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung des Kindes zu fördern, wenn gemeinsame elterliche Sorge besteht und keine Einigung über das Betreuungsmodell erzielt werden kann.
Variante 2 überzeugt mich besonders, weil sie die systematische und automatische Prüfung einer gleichberechtigten Betreuung beider Elternteile durch die zuständige Behörde vorsieht - ohne dass ein Elternteil dies ausdrücklich beantragen muss.
Diese automatische Prüfung ist aus meiner Sicht entscheidend:

- Sie entlastet die Eltern in einer ohnehin angespannten Situation und vermeidet zusätzliche Konflikte, weil keine Seite die "Forderung" nach geteilter Betreuung stellen muss.
- Sie schafft klare und faire Rahmenbedingungen, die auf Gleichstellung beruhen.
- Sie trägt dazu bei, dass das Kindeswohl im Zentrum bleibt und nicht durch rechtliche Hürden oder Machtkämpfe zwischen den Eltern gefährdet wird.

Gleichzeitig wahrt Variante 2 die notwendige Flexibilität, um bei besonderen Umständen andere Lösungen zu ermöglichen - immer mit Blick auf das Wohl des Kindes.
Ich bitte Sie daher nachdrücklich, Variante 2 im weiteren Gesetzgebungsprozess zu unterstützen und damit ein modernes Familienrecht zu fördern, das die Verantwortung beider Eltern stärkt, das Kindeswohl schützt und unnötige Konflikte reduziert.

Freundliche Grüsse
Daniel Sigrist

--
[redacted]

Von: [redacted]
Gesendet: Freitag, 1. August 2025 08:41
An: _PARL_Info_RK.CAJ <rk.caj@parl.admin.ch>
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR 210)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich beziehe mich auf die laufende Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB, SR 210) im Zusammenhang mit der alternierenden Obhut.

Ich befürworte ausdrücklich die gesetzliche Verankerung der alternierenden Obhut als Regelfall bei gemeinsamer elterlicher Sorge. Kinder haben das Recht auf eine gleichwertige Beziehung zu beiden Elternteilen – auch und gerade nach einer Trennung. Ein Betreuungsanteil von mindestens 30 % bei beiden Eltern sollte dabei als Mindeststandard gelten, sofern dies im konkreten Fall wirtschaftlich und organisatorisch umsetzbar ist.

Ich unterstütze Variante 2, weil sie die tatsächliche Gleichstellung beider Eltern im Familienrecht stärkt. Die automatische Prüfung einer hälftigen Betreuung auch ohne Antrag fördert den Perspektivenwechsel hin zu einer kooperativen Elternschaft und beugt Machtungleichgewichten im Trennungskontext vor.

Die bisherige Praxis – trotz gemeinsamer elterlicher Sorge – führt insbesondere in hochstrittigen Fällen regelmässig zur einseitigen Zuordnung des Betreuungshauptanteils. Dies hat nicht selten Eltern-Kind-Entfremdung (EKE) zur Folge, welche nachweislich schädlich für die kindliche Entwicklung ist. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anerkennt EKE als Form psychischer Gewalt.

Darüber hinaus ist zu betonen: Die Unschuldsvermutung muss auch im Familienrecht gelten. Zu oft wird das Sorge- oder Kontaktrecht eines Elternteils auf Basis unbelegter Vorwürfe faktisch eingeschränkt – ohne gerichtliche Feststellung eines Verschuldens. Das widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien und dem verfassungsrechtlich garantierten Elternrecht.

Kindeswohlorientierung bedeutet nicht automatisch den Ausschluss eines Elternteils, sondern die Förderung stabiler, belastbarer Bindungen zu beiden Eltern.

Ich empfehle daher nachdrücklich, Variante 2 gesetzlich umzusetzen.

„Ich spreche aus eigener Erfahrung als betroffener Elternteil. Mein Anliegen ist es, dass zukünftige Generationen von Kindern beide Elternteile auch nach einer Trennung aktiv in ihrem Leben behalten dürfen – nicht als Gnade, sondern als rechtlich gesicherten Anspruch."

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleibe

mit freundlichen Grüssen

Thomas Skipwith
[redacted]
Switzerland

[redacted]

Von:	Roman Stähli
An:	PARL Info RK.CAJ
Betreff:	Stähli Romand 10.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Freitag, 10. Oktober 2025 21:41:32

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüssen
Roman Stähli, [redacted]
10.10.2025, [redacted]

Von: [redacted]
An: PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: STN Suter Peter 10.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum: Freitag, 10. Oktober 2025 17:14:17

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Nachfolgend Argumente, die ich aus eigener Erfahrung vertreten kann:

- Kinder brauchen beide Eltern – auch nach der Trennung, nicht nur am Wochenende.
- Gleichstellung darf nicht am Familiengericht enden.
- Alternierende Obhut reduziert elterliche Konflikte und trennungsinduzierten Kontaktabbruch, weil beide Elternteile gleichverantwortlich bleiben.
- Die automatische Prüfung entlastet den benachteiligten Elternteil, der sonst aktiv für die Alternierende Obhut kämpfen muss.
- Eltern-Kind-Entfremdung (EKE) ist psychische Gewalt, wie auch der EGMR anerkennt.
- Unbelegte Vorwürfe dürfen nicht zum Verlust des Umgangsrechts führen.
- Gerichte orientieren sich noch zu oft an überholten Rollenbildern und ignorieren zu oft die Erkenntnisse der Wissenschaft und Forschung.
- Kinder haben das Recht auf beide Eltern – unabhängig vom Streit der Erwachsenen.
- Eine 50:50-Betreuung ist kein Zwang, sondern ein Prüfauftrag – mit Spielraum für Einzelfälle.
- Die aktuelle Gesetzeslage schützt das Kindeswohl nicht zuverlässig.

Freundliche Grüsse

Peter Suter

[redacted]

Daniel Trojer
[redacted]

Kommission für Rechtsfragen NR
c/o Parlamentsdienste
Bundeshaus West
3003 Bern

[redacted], 14. Oktober 2025

Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative 21.449 – Förderung der alternierenden Obhut

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Vater von vier schulpflichtigen Kindern und als Führungskraft im Gesundheitswesen mit langjähriger Erfahrung in verantwortungsvollen Rollen möchte ich mich zur parlamentarischen Initiative 21.449 äussern. Ich unterstütze ausdrücklich **Variante 2** des Vorentwurfs, welche die **paritätische alternierende Obhut als gesetzliches Standardmodell vorsieht** – bei gemeinsamer elterlicher Sorge und fehlender Einigung.

1. Kindeswohl braucht beide Eltern – auch bei Konflikten

Die aktuelle Gesetzeslage verpflichtet Gerichte, die alternierende Obhut zu prüfen, wenn ein Elternteil sie beantragt. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Prüfung oft formell bleibt und bei Widerstand eines Elternteils rasch verworfen wird – selbst wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Das führt zu einer systemischen Ungleichbehandlung und gefährdet das Kindeswohl, insbesondere durch **Bindungsabbrüche und emotionale Entfremdung.**

2. Persönliche Erfahrung: Rechtlich angeordnet – faktisch blockiert

In meinem Fall wurde die alternierende Obhut mit paritätischen Anteilen bereits vor über einem Jahr erstinstanzlich angeordnet. Die Kindesmutter hat jedoch Berufung eingelegt und verweigert seither jegliche Kooperation. Die Folge ist eine faktische Aushebelung des Modells und eine zunehmende **Vater-Kind-Entfremdung**, obwohl das Gericht die Gleichwertigkeit beider Eltern bestätigt hat. Ein Erziehungsfähigkeitsgutachten wurde angeordnet – mit erheblichem Aufwand und Kosten für alle Beteiligten. Diese Eskalation wäre vermeidbar, wenn die paritätische Obhut gesetzlich klar verankert wäre.

3. Variante 2 schafft Klarheit und schützt Kinder

Variante 2 der Initiative bietet eine klare gesetzliche Leitlinie: Bei gemeinsamer elterlicher Sorge soll die paritätische alternierende Obhut der Ausgangspunkt sein – es sei denn, gewichtige Gründe sprechen dagegen. Das schafft:

- Rechtssicherheit für Gerichte und Eltern
- Verlässliche Rahmenbedingungen für Kinder
- Prävention gegen einseitige Einflussnahme und Entfremdung
- Förderung der Gleichstellung von Mutter und Vater

Diese Variante berücksichtigt, dass nicht jeder Konflikt ein Ausschlusskriterium ist – sondern dass Eltern auch bei Meinungsverschiedenheiten zur Kooperation befähigt werden können.

4. Gesellschaftlicher Wandel verlangt gesetzliche Klarheit

Die Lebensrealitäten haben sich verändert: Väter engagieren sich aktiv in der Betreuung, Mütter sind berufstätig, Kinder profitieren von stabilen Beziehungen zu beiden Elternteilen. Die Gesetzgebung muss diesem Wandel Rechnung tragen und **nicht nur das Kindeswohl schützen, sondern auch die elterliche Verantwortung gerecht verteilen.**

Zusammenfassend spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Sie stärkt das Kindeswohl, fördert die Gleichbehandlung und verhindert Eskalationen, wie ich sie persönlich erlebt habe. Die alternierende Obhut darf nicht länger vom Kooperationswillen eines Elternteils abhängen – sie muss gesetzlich verankert und aktiv gefördert werden.

Ich danke Ihnen für die sorgfältige Prüfung und stehe für ein persönliches Gespräch jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Daniel Trojer

Von: olaf van loon
An: _PARL_Info_RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum: Donnerstag, 9. Oktober 2025 08:13:56

09.10.2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für Variante 2 aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.

Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.

Ich fordere den Gesetzgeber auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.

Gründe:

- Die automatische Prüfung entlastet den benachteiligten Elternteil, der sonst aktiv für die Alternierende Obhut kämpfen muss.
- Gerichte orientieren sich noch zu oft an überholten Rollenbildern.
- Unbelegte Vorwürfe dürfen nicht zum Verlust des Umgangsrechts führen.
- Gerichte orientieren sich noch zu oft an überholten Rollenbildern.

Mit freundlichen Grüssen

Olaf van Loon

[redacted]

[redacted]

Von: [redacted]
An: PARL Info RK.CAJ
Betreff: Stellungnahme zur Vernehmlassung – Alternierende Obhut (ZGB, SR?210)
Datum: Donnerstag, 9. Oktober 2025 08:17:00

Sehr geehrte Damen und Herren
Meiner Meinung nach brauchen Kinder beide Eltern – auch nach der Trennung, nicht nur am Wochenende. Schliesslich darf die Gleichstellung nicht am Familiengericht enden. Die aktuelle Gesetzeslage schützt das Kindeswohl nicht zuverlässig.
Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich klar für **Variante 2** aus. Eine gesetzlich verankerte, automatische Prüfung der Alternierenden Obhut bei gemeinsamer elterlicher Sorge ist ein notwendiger Schritt in Richtung Gleichstellung und Kindeswohl.
Die bisherige Praxis führt zu Ungleichbehandlung, Rechtsunsicherheit und teils schwerwiegender Eltern-Kind-Entfremdung. Die Alternierende Obhut sollte der gesetzliche Regelfall sein, von dem nur bei klar nachgewiesenem Kindeswohlkonflikt abgewichen werden darf.
Ich fordere den Gesetzgeber deshalb auf, Variante 2 umzusetzen und mit klaren Leitlinien für die Praxis zu ergänzen.
Mit freundlichen Grüssen
Urs Weisstanner
[redacted], 9.10.2025

Von:	Roland Wüthrich
An:	_PARL_Info_RK.CAJ
Betreff:	Alternierende Obhut
Datum:	Mittwoch, 8. Oktober 2025 15:58:29

Ich teile die Meinung, dass das der einzige Weg ist um eine Zukunft, die für die Kinder gut ist zu schaffen.
Bei jeder anderen Vereinbarung als einer ganz normalen alternierende Obhut, ob 30/70 oder 50/50 nur so kann eine Gerichte Lösung für die Kinder und beide Elternteile geschaffen werden. Jegliche andere Regelungen sind in der jetzigen Zeit erstens nicht mehr zeitgemäss und zweitens im Mittelstand gar nicht tragbar Finanziell.
Mit freundlichen Grüssen Roland Wüthrich Mit freundlichen Grüssen Roland Wüthrich

Fürst Marianne BJ

Von: Blatter Isabel KKJPD <isabel.blatter@kkjpd.ch>
Gesendet: Donnerstag, 10. Juli 2025 06:35
An: _BJ-ZZ
Cc: KKJPD Generalsekretariat
Betreff: Verzicht auf STN KKJPD 10.07.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Signiert von: isabel.blatter@kkjpd.ch

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Nach Durchsicht der Unterlagen hat die KKJPD entschieden, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Beste Grüsse

Isabel Blatter
Fachreferentin

KKJPD CCDJP CDDGP

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
Generalsekretariat, Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, 3001 Bern
Telefon +41 31 318 15 09
isabel.blatter@kkjpd.ch; www.kkjpd.ch

Von: Bürgy Nadia PARL INT <nadia.buergy@parl.admin.ch>
Gesendet: Dienstag, 24. Juni 2025 14:18
An: _PARL_Info_RK.CAJ <rk.caj@parl.admin.ch>
Betreff: Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der pa. Iv. 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern» [signed OK]

Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern»

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) eröffnet heute das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der parlamentarische Initiative 21.449 « Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern».

Sie sind eingeladen, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 15. Oktober 2025.

Die Vernehmlassung wird ausschliesslich elektronisch durchgeführt. Wir senden Ihnen in der Beilage gerne die Vernehmlassungsunterlagen in elektronischer Form. Diese Unterlagen sind auch unter folgenden Adressen abrufbar:

https://www.parlament.ch/de/organe/kommissionen/sachbereichskommissionen/kommissionen-rk/berichte-vernehmlassungen-rk

https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Freundliche Grüsse
Sekretariat der Kommissionen für Rechtsfragen

****

Consultation de la CAJ-N concernant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » (21.449)

Madame, Monsieur,

La Commission des affaires juridiques du Conseil national ouvre aujourd'hui la procédure de consultation concernant la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Favoriser la garde alternée en cas d'autorité parentale conjointe » (21.449).

Par la présente, nous vous soumettons l'avant-projet susmentionné et un rapport explicatif, sur lesquels vous avez la possibilité de vous prononcer d'ici au 15 octobre 2025, date à laquelle prendra fin la procédure de consultation.

La consultation sera menée exclusivement par voie électronique. Vous trouverez donc ci-joint la version électronique des documents s'y rapportant. Tous ces documents sont également disponibles aux adresses suivantes :

https://www.parlament.ch/fr/organe/commissions/commissions-thematiques/commissions-caj/rapports-consultations-caj

https://www.fedlex.admin.ch/fr/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Vous remerciant par avance de votre coopération, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Le secrétariat de la Commissions des affaires juridiques

****

Consultazione della CAG-N sull'attuazione dell'iniziativa parlamentare 21.449 "Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta"

Gentili Signore e Signori,

in data odierna la Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale (CAG-N) avvia la consultazione sull'attuazione dell'iniziativa parlamentare 21.449 "Favorire la custodia alternata in caso di autorità parentale congiunta".

Vi invitiamo ad esprimere il vostro parere in merito al progetto preliminare e al relativo rapporto. Il termine di consultazione scade il 15 ottobre 2025.

La consultazione ha luogo esclusivamente per via elettronica. In allegato vi inviamo la relativa documentazione in forma elettronica. I documenti sono disponibili anche al seguente indirizzo:

https://www.parlament.ch/it/organe/commissioni/commissioni-tematiche/commissioni-cag/rapporti-consultazioni-cag

https://www.fedlex.admin.ch/it/consultation-procedures/ongoing#Parl.

Con i nostri più cordiali saluti
Segreteria delle Commissioni degli affari giuridici

Nadia Bürgy

Administrative Sachbearbeiterin
Kommissionen für Rechtsfragen
Parlamentsdienste, CH-3003 Bern

Tel: +41 58 322 91 36
nadia.buergy@parl.admin.ch
rk.caj@parl.admin.ch

Von:	Ammon Nina
An:	_BJ-ZZ
Betreff:	Verzicht STN SGV 06.10.2025 VNL Alternierende Obhut fördern
Datum:	Montag, 6. Oktober 2025 14:05:47
Anlagen:	image002.png image003.png

Achtung: Diese E-Mail stammt von einer externen Quelle. Bitte prüfen Sie den Inhalt mit besonderer Sorgfalt.
Attention: cet e-mail provient d'une source externe. Veuillez en vérifier le contenu avec la plus grande vigilance.
Attenzione: questa e-mail proviene da una fonte esterna. La preghiamo di verificarne attentamente il contenuto.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 24. Juni 2025 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1500 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Nina Ammon

Arbeitstage Mo, Di, Mi

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Fachverantwortliche Soziales, Familie/Gesellschaft und Kultur
Holzikofenweg 8
Postfach
3001 Bern
Tel. 031 380 70 05
nina.ammon@chgemeinden.ch
www.chgemeinden.ch

SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden
Der **Schweizerische Gemeindeverband** vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der **«Schweizer Gemeinde»** - **hier** geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.